Barbara Müller

Passiver Widerstand im Ruhrkampf

Eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen



Studien zur Gewaltfreiheit Bd. 1

Barbara Müller

Passiver Widerstand im Ruhrkampf

Studien zur Gewaltfreiheit

Herausgegeben vom
Institut für Friedensarbeit und
Gewaltfreie Konfliktaustragung

Band 1

Barbara Müller

Passiver Widerstand im Ruhrkampf

Eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen

Titelbild: Gedenkblatt für die Verfassungsfeier 1923. Veröffentlicht mit Genehmigung des BA, Abteilungen Potsdam. R 601, Präsidialkanzlei, Nr. 226.

D 188

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Müller, Barbara
Passiver Widerstand im Ruhrkampf : Eine Fallstudie zur gewaltlosen zwischenstaatlichen Konfliktaustragung und ihren Erfolgsbedingungen / Barbara Müller .
(Studien zur Gewaltfreiheit ; 1 .)
Zugl.: Berlin, FU, Diss., 1995
ISBN 3-8258-2675-9

NE: GT

Diese Dissertation ist 1995 im Lit-Verlag erschienen. Seit 2026 liegen die Rechte ausschließlich bei der Autorin. Das Werk darf uneingeschränkt verwendet werden, entsprechend der CC BY-NC-ND- 4.0 Lizenz.

MEINEN "SOESTERN"
IRMGARD, WERNER UND CHRISTIANE MÜLLER

Inhalt 1

Vorbemerkung 1

1. Einleitung 2
1.1. Vorwissenschaftliches Interesse 3
1.2. Ziele und aktuelle Relevanz der Arbeit 7
1.2.1. Gewaltloser Widerstand als Machtfaktor in kollektiven Konflikten 7
1.2.2. Spontaner gewaltloser Widerstand als demokratisches Kampfmittel zur gerechten Konfliktlösung im zwischenstaatlichen Konflikt 10
1.2.3. Schritte zu einem Gesamtverständnis von zivilem Widerstand. Fallanalyse als Prüfstein für Konzepte Sozialer Verteidigung und ihre Kritik 11
1.3. Die Konkretisierung der Fragestellung aus dem Forschungsstand. 13
1.3.1. Zeitgenössische Studien 13
1.3.2. Geschichtswissenschaftliche Studien 14
1.3.3. Die Rezeption des Passiven Widerstands in den Konzepten Sozialer Verteidigung 16
1.3.3.1. Einordnung des Ruhrkampfs in die Konzeptentwicklung Sozialer Verteidigung 16
1.3.3.2. Die staatstheoretische Bedeutung des Ruhrkampfs 18
1.3.3.3. Schwerpunkte und Kritik der bisherigen Aufarbeitung des Ruhrkampfs für die Konzeption Sozialer Verteidigung 21
1.3.3.3.1. Konzentration auf Widerstandshandlungen und Einzelaspekte, Aussparung der Rahmenbedingungen und situativen Hintergründe 21
1.3.3.3.2. Unkritische Übernahme zeitgeschichtlicher Konfliktpositionen, fehlende Berücksichtigung der innergesellschaftlichen Auswirkungen des Widerstands 24
1.3.4. Schlußfolgerungen 28

2. Methodik und Theorie 29
2.1. Allgemeine wissenschaftstheoretische und methodische Überlegungen 29
2.2. Methodik der historischen Analyse 34
2.2.1. Festlegung der Kernfrage und der Bestimmungsfaktoren 34
2.2.2. Die Ermittlung verpaßter Chancen. Möglichkeitsurteile nach Horsky 36

2.3. Theorieansätze 38
2.3.1. Theoretische Grundannahmen über die Verursachung von Konflikten und eine gewaltfreie Konfliktanalyse 38
2.3.2. Konflikttheoretische Grundlagen 43
2.3.2.1. Konfliktstruktur und Konfliktverhalten, Definition und Einordnung gewaltlosen Konfliktverhaltens 43
2.3.2.2. Wirkungsweisen gewaltlosen Konfliktverhaltens 44
2.3.2.3. Gewaltloses Konfliktverhalten als Element von Konflikt 47
2.3.2.4. Konzepte Sozialer Verteidigung und Erfolgsbedingungen zivilen Widerstands 49
2.3.3. Systemtheoretische Konzepte zur Analyse des außenpolitischen Entscheidungsprozesses und zur Ermittlung von Handlungsspielräumen politischer Akteure 58
2.4. Quellen 67
2.5. Der Gang der Arbeit 68

3. Historische Darstellung 72
3.1. Der Konflikt und seine Zuspitzung 72
3.1.1. Anlage und Zustandekommen des Friedensvertrages. Französische und deutsche Sichtweise, alliierte Interessen 72
3.1.2. Strategien im Umgang mit dem Versailler Vertrag, Entwicklung der Eskalationsdynamik 75
3.1.3. Das wirtschaftliche Kampfgebiet 79
3.1.4. Die Komplexität der Probleme 81
3.1.5. Entwicklung der Konfliktdynamik und Zuspitzung im Jahre 1922 85
3.1.6. Die Dynamik der Eskalation bis zum Vorarbend der Ruhrbesetzung 91
3.1.7. Die Machtkonstellation Anfang Januar 1923. Chancen und Risiken des Widerstands 93
3.2. Vorbereitungen auf den Einmarsch seitens der Reichsregierung ... 95
3.2.1. Richtlinien für die innere Verwaltung, Verzicht auf einen Widerstand bei den Eisenbahnen zu Beginn der Besetzung 95
3.2.2. Verzicht auf militärischen Widerstand 99
3.2.3. Vorüberlegungen hinsichtlich Protestmaßnahmen und Behinderungsaktionen der Besetzung 100
3.2.4. Die Einschätzung der allgemeinen Widerstandsbereitschaft im Vorfeld der Besetzung 102

3.2.5. Die potentielle Bedeutung begrenzter Eigensabotage zu Beginn der Besetzung. Installierung der Sabotage und Entwicklung des Programms 104
3.2.6. Zusammenfassung: Die Rolle der Reichsregierung im Vorfeld der Besetzung 111
3.3. Herausbildung des passiven Widerstands 113
3.3.1. Militärische Besetzung und Besatzungsstrategie bis zum 15.1. 113
3.3.2. Vorentscheidungen der Regierung und ihre Alternativen in den ersten Tagen der Besetzung (11.-15.1.) 120
3.3.3. Die Übernahme der Verantwortung durch die Regierung und die Einbeziehung der Beamten (16.-19.1.) 129
3.3.4. Eskalation durch Gewaltmaßnahmen der Besatzungsmächte im besetzten Gebiet (17.-20.1.) 144
3.3.5. Massenstimmung durch den Prozeß gegen die Zechenbesitzer und Beamte (- 24./ 25.1.) und Konsequenzen der Eskalation 146
3.3.6. Verschärfung des Widerstands anhand der Entwicklung der Polizeirichtlinien 152
3.3.7. Erste Kollisionen zwischen Widerstandsstimmung und Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit von Verwaltung und Polizei; Lösungsversuche 156
3.3.8. Wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen mit Währungsstabilisierung, Lohnsicherung und Kreditvergabe 161
3.3.9. Aufbau einer eigenen Ruhrkampforganisation 169
3.3.10. Zusammenfassung: Der Weg in den Widerstand 188
3.4. Stärken und noch nicht wirksame Schwächen des Widerstands (Februar - April) 191
3.4.1. Unterdrückung und Widerstand im besetzten Gebiet 192
3.4.1.1. Die Machtentfaltung des zivilen Widerstands und die zeitliche Perspektive der Besatzungsmächte 192
3.4.1.2. Ausmaß und Kontext der Gewaltsamkeit 198
3.4.1.3. Selbstverständnis des Widerstands: Nichtzusammenarbeit, Geschlossenheit, Selbstbild und Verhältnis zur Gewaltlosigkeit 209
3.4.1.5. Zielkonflikte bei der Umsetzung: Demonstration der Widerstandshaltung und Aufrechterhaltung der materiellen Infrastruktur. Lösungsversuche 229
3.4.1.6. Mittel des Widerstands bei Beamten und Kommunen 235
3.4.1.7. Offensive Aktionen der Besatzung zur Desorganisierung des Wirtschaftslebens und zur Ausbeutung des besetzten Gebiets 249

3.4.1.8. Nicht genutzte Möglichkeiten des Widerstands: Die Sperrung der Kölner Bahnen und das Verschwindenlassen der Kohlenhalden 252
3.4.1.9. Schwerpunkte der Auseinandersetzung: Zolllinie und Verkehrswesen 259
3.4.1.10. Die Debatte um die zeitliche Perspektive des Kampfes und die Chance zur Anpassung des Widerstands an die eigenen Kräfte 266
3.4.1.11. Zusammenfassung: Bedingungen und Entwicklungen der Abwehr im besetzten Gebiet 273
3.4.2. Die Entwicklung und Koordinierung der materiellen Absicherung. Die Funktion des Widerstands in der Konfliktstrategie der Regierung 275
3.4.2.1. Währungsstabilisierung, Preisentwicklung und Lohngefüge 275
3.4.2.2. Lohnsicherung und Kredithilfe, das Stützkorsett des Widerstands 284
3.4.2.3. Fürsorge für Ausgewiesene. Unterbringung vertriebener Beamter 305
3.4.2.4. Zusammenfassung: Maßnahmen der Regierung zur Absicherung des Widerstands 309
3.4.2.5. Organisation und Leitung 310
3.4.2.6. Diplomatische Strategie 329
3.4.3. Gesellschaftliche Handlungsspielräume für Verhandlungen 338
3.5. Die Überstrapazierung der Widerstandskräfte. Erste erkennbare Wirkungen auf der internationalen Ebene (Mai-Regierungswechsel im August) 345
3.5.1. Entwicklung von Widerstand und Besatzungsaktivitäten von Mai bis zur Ablösung des Kabinetts Cuno im August 345
3.5.1.1. Die Schwächung des Zusammenhalts 345
3.5.1.2. Erhöhte Ausbeutung und gesteigerte Repressalien durch die Besatzung 353
3.5.1.3. Taktischer Rückzug zur Aufrechterhaltung der Durchhaltekraft 358
3.5.2. Maßnahmen der Regierung zur finanziellen Unterstützung des Widerstands und zur Mobilisierung gesellschaftlicher Unterstützung 368

3.5.2.1. Kurzfristige Stabilisierungsversuche, der Zusammenbruch der Währung und Ansätze zur fundierten Ruhrkampffinanzierung 368
3.5.2.2. Subventionierung der Ruhrwirtschaft und der gewerkschaftlichen Organisationen. Reichweite und Grenze der Selbsthilfe der Kaufleute 375
3.5.2.3. Fürsorge für Ausgewiesene 384
3.5.3. Wirkungen des Widerstands auf internationaler Ebene. Handlungsmöglichkeiten der Regierung. Alternativen und ihre Voraussetzungen 387
3.5.3.1. Wirkungen des Widerstands in den Ländern der Besatzungsmächte, in Großbritannien und den USA 387
3.5.3.2. Diplomatische Aktivitäten der Reichsregierung. Gelungene Isolierung Frankreichs um den Preis eines zerrütteten Widerstands 392
3.5.3.3. Alternativen und ihre Voraussetzungen 402
3.6. Umbauversuche und Abbruch des Widerstands. Konfliktregelung im Londoner Abkommen (Regierungswechsel August 1923 - August 1924) 411
3.6.1. Entwicklung der Stimmung und der Widerstandsfähigkeit im besetzten Gebiet. Umbau- und Abbruchpläne und die Aufgabe des Widerstands am 26.9. 1923 411
3.6.2. Die Bedeutung des Kabinettswechsels für den Widerstand. Diplomatische Bemühungen für eine Einstellung des Widerstands gegen Kompensationen 421
3.6.3. Die Verzögerung der Arbeitsaufnahme der Beamten nach der Einstellung des Widerstands. Folgelasten des passiven Widerstands 432
3.6.4. Die Konfliktbearbeitung nach dem Ende des passiven Widerstands 444
3.6.4.1. Die Fortsetzung der Auseinandersetzung mit diplomatischen Mitteln. Eskalation durch Frankreich und die erhoffte Intervention. Regelung im Londoner Abkommen 445
3.6.4.2. Die Verteilung der Lasten im Innern Deutschlands 456
3.7. Diskussion der zeitgenössischen und wissenschaftlichen Einschätzungen der Wirksamkeit und Wirkungen des Widerstands 459

4. Zusammenfassung der Ergebnisse 464
4.1. Auswertung der historischen Analyse für die Soziale Verteidigung 464
4.1.1. Gründe für den Verlauf 464
4.1.1.1. Grundlegende Handlungsmuster der Akteure: Experimentieren nach Versuch und Irrtum, Übertragung neuer Herausforderungen in bekannte Konzepte, Entwicklung einer handlungsleitenden Orientierung 464
4.1.1.2. Die zentrale Frage nach der Abstimmung von Ressourcen und zeitlicher Perspektive 465
4.1.2. Diskussion und Bewertung der ermittelten Alternativen 467
4.1.2.1. Abzweigungen für alternative Verläufe, ihre Bedingungen, Realisierungschancen und Bedeutung 467
4.1.2.1.1. Widerstandsbezogene "Abzweigungen" 467
4.1.2.1.1.1. Vermeidung der Eskalation und des Einmarsches 467
4.1.2.1.1.2. Eigensabotage 468
4.1.2.1.1.3. Low-Level-Widerstand 468
4.1.2.1.1.4. Regionale Konzentration oder Flexibilisierung 469
4.1.2.1.1.5. Sperrung der Kölner Bahnen 470
4.1.2.1.1.6. Unterbrechung der Energiezufuhr 470
4.1.2.1.1.7. Rückkehr nach der Ausweisung 471
4.1.2.1.1.8. Haldenkohlen in die Keller 471
4.1.2.1.2. "Abzweigungen" bei der materiellen Absicherung des Widerstands 472
4.1.2.1.2.1. Fundierte Steuern für den Ruhrkampf 472
4.1.2.1.2.2. Devisenbeschaffung 472
4.1.2.1.2.3. Finanzielle Enthaltsamkeit 472
4.1.2.1.3. "Abzweigungen" in der diplomatischen Ausnutzung des passiven Widerstands 473
4.1.2.1.3.1. Verhandlungen ohne Vorbedingungen 473
4.1.2.1.3.2. Anpassung der Widerstandskräfte an die zeitliche Perspektive 474
4.1.2.1.3.3. Offenheit für diplomatische Aktivitäten anderer Staaten 474
4.1.2.1.3.4. Einbeziehung neuer Konzepte in die diplomatische Debatte 474
4.1.2.1.3.5. Umfassende Beratungen über Reparationsangebote und deren innenpolitische Lastenverteilung 475
4.1.2.1.3.6. Die Aufgabe des Widerstandes unter Wahrung des Gesichts 475

4.1.2.2. Entwicklung eines Möglichkeitsurteils: Die mögliche Reichweite eines den Kräften angepaßten Widerstandes 476
4.1.3. Zur Übertragbarkeit der Erfahrungen des Ruhrkampfes und Hinweisen auf mögliche prozeßhafte Verläufe zivilen Widerstands 477
4.1.3.1. Elemente von Eigendynamik im passiven Widerstand und ihre Ausgangspunkte 478
4.1.3.2. Gestaltungsbereiche des passiven Widerstands 480
4.1.3.3. Der Ruhrkampf: Ausnahme- oder Regelfall zivilen Widerstandes? 487
4.2. Gewaltlosigkeit als Machtfaktor im zwischenstaatlichen Konflikt 489
4.3. Der Ruhrkampf als Fall zivilen Widerstands. Einordnung in die Erfolgsbedingungen 492
4.4. Zur Frage nach einer an Gerechtigkeit orientierten Konfliktlösung und dem Spannungsverhältnis von Staat und Bevölkerung im zwischenstaatlichen Konflikt 494
4.5. Anregungen für das Konzept der Sozialen Verteidigung aus den Ergebnissen des Ruhrkampfs 495
4.5.1. Bewertung der bisherigen konzeptionellen Schlußfolgerungen aus dem Ruhrkampf 495
4.5.2. Überlegungen zu den Eingangsstrategien, der dynamischen Weiterarbeit ohne Kollaboration und zur Strategie 497
4.5.3. Effizienzsteigerung durch Planung und Vorbereitung 499
4.5.4. Die Aufrechterhaltung; staatlicher Souveränität ohne Gewaltmittel 504

5. Verzeichnis der Quellen 507
5.1. Archivalien 507
5.2. Gedruckte Quellen 509

6. Literaturverzeichnis 511

Vorbemerkung

Die Anregung zu dieser Untersuchung ging von Prof. Dr. Theodor Ebert aus, der im Herbst 1983 einen Vortrag in Bonn zur Sozialen Verteidigung hielt und auf die fehlende Aufarbeitung der Ruhrkampfgeschichte hinwies, akustisch eingerahmt vom Geheul der Polizeisirenen, die die Veranstaltungen jener Aktionstage der Friedensbewegung begleiteten. Es entwickelte sich ein immer umfangreicheres Forschungsvorhaben [1], das nur zeitweilig zu finanzieren war und daher immer nur stückweise vorankam. Daß es doch noch zum guten Ende kam, verdanke ich dem beharrlichen Nachhaken von Prof. Ebert sowie weiterer inhaltlicher und materieller Unterstützung.

So konnte ich in den Jahren 1986/87 das **Irmgard-Schuchardt-Stipendium** des Internationalen **Versöhnungsbundes** Deutscher Zweig in Anspruch nehmen. Die **Berghof-Stiftung für Konfliktforschung** in Berlin förderte in den Jahren 1989-1991 die erste Manuskripterstellung.

Mut zum Beginnen machten mir Karlheinz Koppe von der Arbeitsstelle Friedensforschung in Bonn-Bad Godesberg und Frau Prof. Dr. Kuhn von der Universität Bonn. Frau Prof. Dr. Christadler von der Universität Duisburg begleitete die diversen Konzeptentwürfe und Textfassungen mit ermutigenden Kommentaren und Anregungen. Herrn Prof. Dr. Riesenberger bin ich für die Kritik dankbar, die mir half, das Manuskript in die endgültige Fassung zu bringen.

Weitere wertvolle Anregungen erhielt ich von Dr. Wolfgang Sternstein, Christine Schweitzer und Kurt Südmersen vom Bund für Soziale Verteidigung. Unermüdlich, geduldig und nachfragend, machte sich Anne Dietrich an das Korrekturlesen der Endfassung. Für die Fertigstellung der Arbeit war schließlich der Diskussionszusammenhang im Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung von unschätzbarem Wert.

---

1. Die Broschüre zur öffentlichen Verwaltung und Sozialen Verteidigung war das erste Resultat dieser Forschungen. Müller, Barbara, Soziale Verteidigung und öffentliche Verwaltung. Pfalzfeld, o.J. (1988).

1. Einleitung

Der Sturz des Diktators Marcos auf den Philippinen im Februar 1986 [2], der Zusammenfall der SED-Herrschaft ohne die "chinesische Lösung" im Herbst 1989 [3], die Verteidigung des Parlaments in Wilnius im Januar 1991 [4], die Abwehr des Putsches in Moskau im August 1991 [5] waren spektakuläre Demonstrationen gewaltloser Machtausübung. Sie machten deutlich, daß gewaltlose Kampfformen nicht nur gegen, sondern auch manchmal mit einer als legitim erkannten Regierung bzw. deren RepräsentantInnen eingesetzt werden. Aber wie der seit mehreren Jahren andauernde zivile Widerstand der Kosovo-Albaner [6] zeigt, kann dieses Kampfmittel auch so unspektakulär sein, gerade dann, wenn es erfolgreich gewaltsame Provokationen und anschließende Blutbäder verhindert, daß es so gut wie gar nicht wahrgenommen wird.

Wenn nach dem Ende der Blockkonfrontation des Kalten Krieges an vielen Stellen neu über Krisen- und Kriegsinterventionen nachgedacht und die Vernachlässigung der zivilen Methoden beklagt wird [7], dann stellt sich die Frage nach den spezifischen Funktionsweisen und Wirkungsmechanismen

---

2. S. Gewaltfreiheit auf den Philippinen - Die gefahrvolle Straße, S. 75-81 in: Versöhnungsbund-Rundbrief. Nov. 1986.

3. Vgl. Bahrmann, Hannes, Links, Christoph, Chronik der Wende. Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989. Berlin 1994, bes. S. 16.

4. Vgl. Siegl, Elfi, Das letzte Wort aus Wilna: Keiner wird uns zwingen in: Frankfurter Rundschau, S. 3, 14.1. 1991.

5. Schulz, Stefan, Ziviler Widerstand in Moskau. Der Beitrag der Sozialen Verteidigung am Scheitern des Putsches in der Sowjetunion 1991, S. 36 Anm. 1 in: Gewaltfrei in Krisen intervenieren. Analysen - Berichte - Konzepte - Ideen - Perspektiven. Eine Dokumentation aus Anlaß der Potsdamer Tagung "Staat - Krieg - Gewaltfreiheit" des Bundes für Soziale Verteidigung 1991. Überarbeitete Neuauflage Jan. 1993. (Die Aufsatzsammlung im folgenden zitiert als: Krisen, a.a.O., der Aufsatz als: Schulz, Widerstand, a.a.O.). Diese Textfassung ist fast identisch mit Schulz, Stefan, Der Staatsstreich in der Sowjetunion 1991. Drei Tage Widerstand aus der Perspektive der Sozialen Verteidigung, S. 20-28 in: gewaltfreie aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit, Nr. 89/90. 23. Jg. 3.u.4. Quartal 1991. (Die Zeitschrift im folgenden zitiert als: ga. u. lfd. Nr., der Aufsatz als: Schulz, Staatsstreich, a.a.O.).

6. La résistance civile au Kosovo. Rapport de mission de la délégation du MAN. Réédition. Paris 1994.

zivilen Widerstands, insbesondere dann, wenn staatliche und gesellschaftliche Träger gemeinsam zivile Methoden der Konfliktaustragung anwenden sollen [8].

Diese Arbeit beschäftigt sich mit einem solchen Fall, der sich als sogenannter "passiver Widerstand" gegen die Besetzung des Ruhrgebiets im Jahre 1923 durch französische und belgische Truppen entwickelte. Sie stellt den Widerstand, den die verschiedenen Bevölkerungsgruppen vor Ort leisteten, in den Gesamtrahmen von staatlicher Lenkung, Organisation und außenpolitischer Strategie. Indem der Erfolg und die Gründe des Scheiterns aus dem Gesamtzusammenhang des Konflikts entwickelt werden, in dem sich der Widerstand abspielte, soll die Arbeit dazu beitragen, eine realistische Einschätzung von Stärken, Schwächen und Erfolgsbedingungen zivilen Widerstands und der innergesellschaftlichen Zusammenarbeit zu entwickeln.

1.1. Vorwissenschaftliches Interesse

Das persönliche Interesse am Thema entstand aus der Erfahrung, daß die Entscheidungen über Krieg und Frieden auch in demokratischen Rechtsstaaten ohne direkte Beteiligung der betroffenen Bevölkerung getroffen werden. Nach der weltpolitischen Entspannungsphase der siebziger Jahre machte das endgültige Umschlagen der Großwetterlage

---

7. Vgl. Boutros-Gahli, Boutros, Agenda für den Frieden. Bericht des Generalsekretärs an den Sicherheitsrat, vorgelegt in New York am 17. Juli 1992, D657-D674 in: Europa-Archiv. Folge 24. 1994. Kritik an der weiterhin zu starken Betonung von militärischen Reaktionsmöglichkeiten durch Rupesinghe, Kumar, Preventive Diplomacy and Conflict Management in Situations of Internal Conflict: The Role of International NGOs and Humanitarian Agencies. Bericht für die Friedrich Ebert Stiftung 6.6.1994. International Alert.

8. Zur Diskussion um einen Zivilen Friedensdienst s. Ziviler Friedensdienst. Einsatzgruppen für eine Politik mit gewaltfreien Mitteln. Erklärung der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg vom 8. Juli 1994 zum Zivilen Friedensdienst, S. 11-22 in: ga. Nr. 101/102. 26. Jg. 3. u. 4. Quartal 1994. Sowie Ziviler Friedensdienst. Ein Konzept des Bundes für Soziale Verteidigung. Minden 1994. (Vollständig dokumentiert in: ga. Nr. 99/100. 26. Jg. 1. u. 2. Quartal 1994.

zwischen den Weltmächten am Ende des Jahrzehnts diese Abhängigkeit bis in ihre letzte Konsequenz deutlich: Eine militärische Eskalation in Zentraleuropa wurde denkbar bis zur Konsequenz der Vernichtung der Lebensgrundlagen.

Diese Erkenntnis und das Interesse, daß dieser Fall auf keinen Fall eintreten sollte, führten zum praktischen Engagement in friedenspolitischen Basisbewegungen. Gleichzeitig begann die Suche nach einer Sicherheitspolitik, die in ihren Auswirkungen weniger selbstschädigend war und sowohl den Namen demokratisch verdiente als auch praktizierbar erschien. Ziemlich geradlinig führte diese Fragestellung zur Beschäftigung mit Konzepten Sozialer Verteidigung oder allgemeiner, mit Formen und Bedingungen gewaltloser [9] Konfliktaustragung.

An der Berechtigung dieser grundsätzlichen Überlegungen hat das Ende des Kalten Krieges nichts geändert. Vielmehr haben die überwiegend gewaltlosen Umstürze in Osteuropa Ende der 80er Jahre und der schnelle Sieg über den ersten Putsch in Rußland im August 1991 die Macht und die Wirkungsweisen gewaltlosen Widerstands eindrucksvoll unterstrichen [10].

Das Massaker auf dem "Platz des Himmlischen Friedens" im Juni 1989, bei dem die chinesische Führung die gewaltlose Platzbesetzung durch die Demokratiebewegung dadurch beendete, daß sie Panzer in die Menge hineinrollen ließ, warnt davor, die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt

---

9. Mit "gewaltlos" ist eine aktive, auf physische Gewaltanwendung verzichtende Form der Konfliktaustragung gemeint. Sie wird synonym mit "ziviler" Konfliktaustragung verwendet. Gewaltlose und zivile Konfliktaustragung setzen keinen grundsätzlichen Verzicht auf Gewaltanwendung und keinen Glauben an eine Philosophie der Gewaltlosigkeit voraus. Ausführlicher dazu weiter unten S. 44-47. Am ehesten kommt diese Sichtweise derjenigen Sharps nahe. S. Sharp, Gene, The Significance of Domestic Nonviolent Action As a Substitute for International War, S. 242 in: Nonviolent Action and Social Change. Hrsg. v. Severyn T. Bruyn und Paula M. Rayman. New York, London, Sydney, Toronto 1979. (Die Aufsatzsammlung im folgenden zitiert als: Action, a.a.O., der Aufsatz als: Sharp, Significance, a.a.O.).

10. S. Schulz, Staatsstreich, a.a.O., S. 20-28.

und Brutalität zu unterschätzen [11]. Eine sorgsame und realistische Einschätzung der Bedingungen des Erfolgs gewaltlosen Widerstands ist deshalb dringend erforderlich.

Der Krieg auf dem Balkan wiederum hat durch die Brutalisierung der bewaffneten Kriegsführung die Frage nach alternativen Widerstandsmöglichkeiten auf neue Art dramatisiert. In bestürzender und unvorhersehbarer Weise wurde die Zivilbevölkerung als Geisel und als Opfer systematischer Repressalien in die Kampfhandlungen einbezogen. Hier ist gewaltloser Widerstand im Grundsatz herausgefordert, in der Fähigkeit, selbst gegenüber der Bereitschaft zum Völkermord wirksame Abwehrmittel zu entwickeln. Gleichzeitig stellte sich hier die Frage nach der Fähigkeit und Bereitschaft des Auslands, sich frühzeitig und konsequent zugunsten der Bevölkerung einzumischen, sowohl in der konsequenten Anwendung von Sanktionen unterhalb der gewaltsamen Schwelle, in der Diplomatie wie in direkten gewaltfreien Eingreifversuchen.

Durch den Krieg auf dem Balkan ist zudem die Illusion zerstört worden, in Europa sei Krieg nicht mehr möglich. Allein die mittel- und westeuropäischen Staaten scheinen untereinander zivilisierte Formen des nichtgewaltsamen Konfliktaustrags entwickelt und gefestigt zu haben [12]. Wenn in dieser Studie eine Auseinandersetzung in Mitteleuropa nicht nur aus historischem Interesse, sondern auch mit Blick auf die grundsätzlichen Erfolgschancen zivilen Widerstands gegenüber militärischer Gewaltanwendung untersucht wird, bedarf es einer Begründung, warum auch hier eine zivile Widerstandsfähigkeit und die Auseinandersetzung mit gerechten Konfliktlösungen vonnöten erscheint. Zwei zentrale Punkte sollen hier stichpunktartig erwähnt werden. Der erste ist die Annahme, daß angesichts knapper werdender Ressourcen die weltwirtschaftlichen Verteilungskämpfe [13] härter werden und diese sich auch in den

---

11. S. Sharp, Gene und Bruce Jenkins, Organisation und Leitung des Hungerstreiks der Studenten in Peking - Mai/Juni 1989. Augenzeugenbericht und Analyse zweier Konfliktforscher, S. 62-69 in: ga. Nr. 85/86. 22. Jg. 3.u.4. Quartal 1990.

12. Hilfreich hier Rittbergers Hinweis auf die Fähigkeit der Demokratien, "zwischen ihnen" Konflikte dauerhaft nichtmilitärisch auszutragen. Vgl. Rittberger, Volker, Frieden und Friedensfähigkeit, S. 75 in: Perspektiven der Friedensforschung. Hrsg. v. Bernhard Moltmann (Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung. Bd. XV). Baden - Baden 1988. (Die Aufsatzsammlung im folgenden zitiert als: Perspektiven, a.a.O., der

innergesellschaftlichen Konflikten innerhalb der privilegierten Industrieländer [14] niederschlagen werden. Möglicherweise wird sich im Laufe dieser Auseinandersetzung die Frage des Konfliktaustrages und der Spielregeln neu stellen, nämlich dann, wenn die politische und soziale Ordnung von einer hinreichend großen Zahl als nicht mehr legitim angesehen wird [15]. Vor diesem Hintergrund erscheint es dringend nötig, das diesem Kulturkreis entsprechende Repertoire an gewaltlosem Konflikt**verhalten** wieder in Erinnerung zu rufen und das Bewußtsein für seine potentielle Effizienz zu schärfen.

Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß sich gerade in den privilegierten Industrieländern auf breiter Basis eine **Bewußtseinsänderung** vollziehen muß, die die eigene Verantwortung an den globalen ökologischen und wirtschaftlichen Problemlagen deutlich werden läßt. Ein Ansatzpunkt kann dabei sein, daß eine Perspektive, die sich an individuellen Bedürfnissen orientiert, in das Zentrum der Konfliktbetrachtung gerückt wird. Kann solch ein individueller Ansatz im globalen Rahmen zu einer *"humanen Perspektive"* [16] erweitert werden, dann gewinnt die Tatsache, daß Anfang der 80er Jahre etwa eine Milliarde Menschen in einer solchen Armut leben, daß ihre *"elementare(n) menschliche(n) Bedürfnisse"* (körperliche und geistige Gesundheit, ausreichende Ernährung, grundlegende Bildung und ausreichender Wohnraum) nicht befriedigt sind [17], einen veränderten Stellenwert. Eine solche Perspektive bleibt dann nicht auf das Mitfühlen

---

Aufsatz als: Rittberger, Frieden, a.a.O.).

13. Zur Rolle der westlichen Demokratien vgl. Rittbergers These, daß "Demokratien - genauso wie Nichtdemokratien - mit hohem Machtrang im internationalen System in besonderem Maße kriegsanfällig sind, und zwar durchaus in der Rolle des 'Täters'". Ebd.

14. Zur weltweiten Interdependenz der Eliten unter Ausschluß all derer, die nicht "passen" als neue Version, den Status quo zu erhalten vgl. Rajini Kothari, Foreword, S. VII in: Walker, R.B.J., One World, many worlds: struggles for a just world peace. Boulder 1988.

15. Senghaas, Dieter, Konfliktformationen im internationalen System, Frankfurt am Main 1988, S. 13. (Im folgenden zitiert als: Senghaas, Konfliktformationen, a.a.O.).

16. Anregend zur Vorstellung einer "globalen und humanen Identität" Jahn, Egbert, Von der internationalen Friedensforschung zur nationalen Sicherheitsforschung?, S. 107 in: Perspektiven, a.a.O.

17. Kappel Rolf, Technologieentwicklung und Grundbedürfnisse: eine empirische

beschränkt, wenn nach den Ursachen für diese Fehlentwicklung gefragt wird und die weltwirtschaftlichen Austauschbeziehungen, die von den westlichen Staaten weiterhin dominiert werden [18] sowie die politischen Machtverhältnisse in den Blick geraten.

Aus dieser Notwendigkeit muß sich die Sichtweise vom Konflikt und der anzustrebenden Lösung dahin verändern, daß gemeinsame Lösungen statt einfacher Interessendurchsetzung die Zielperspektive werden.

Wenn Friedensprozesse einen produktiven Verlauf nehmen sollen, so bedürfen sie der Bereitschaft aller Konfliktbeteiligten, die Interessen der jeweiligen Gegenseite wahrzunehmen. Sollen sie Erfolg haben, ist ein gegenseitiges Eingehen auf wichtige Bedürfnisse unabdingbar. In klarer Form beschreibt das Mediationsverfahren diesen Prozeß der Konfliktlösung. Diese Zielperspektive ist zu entwickeln, damit Konflikte auf möglichst niedrigem Eskalationsniveau ausgetragen und mit einem umfassend befriedigenden Ergebnis abgeschlossen werden können. Diese Perspektive ist auch für Konzepte gewaltlosen Widerstands bisher nicht explizit entwickelt worden und soll in ihrer Relevanz anhand der Falluntersuchung deutlich gemacht werden.

1.2. Ziele und aktuelle Relevanz der Arbeit

1.2.1. Gewaltloser Widerstand als Machtfaktor in kollektiven Konflikten

Im Sinne der Entwicklung von gewaltlosen Handlungsmöglichkeiten in bewaffneten Konflikten will diese Arbeit zu einem realistischeren Umgang mit gewaltloser Konfliktaustragung beitragen. Die menschliche Vorstellung von adäquatem Verhalten in eskalierten Konfliktsituationen ist möglicherweise stark verzerrt. Brücher beschreibt das Phänomen folgendermaßen: *"Die empirisch nachweisbare Tatsache, daß eine durch*

Studie über Mexiko. Rolf Kappel, Manfred Metz, Diethard Wendt (Sozialwissenschaftliche Studien zu internationalen Problemen. Bd. 84). Saarbrücken, Fort Lauderdale 1983, S. 1. Zum Verständnis von Bedürfnissen als komplexem System s. S. 3f. Der hier benutzte Bedürfnisbegriff ist umfassender als Kappels Ansatz, ausführlich s. unten S. 38-43.

Konflikt zugespitzte spannungsreiche Situation sehr leicht in Gewalttätigkeiten ausartet, hängt hier also weniger mit dem Konflikt als solchem, sondern damit zusammen, daß Gewalt als Problemlösungsform extremer Spannungszustände konditioniert ist."[19]

Schulz, der den Widerstand gegen den Staatsstreich in Moskau im August 1991 untersuchte, fiel die *"euphemistische und verharmlosende"* Bezeichnung *Staatsstreichversuch* in neueren Analysen über den Putsch auf [20]. Als könne ein Putsch, der am zivilen Widerstand scheitert, gar nicht recht ernst gemeint sein. Ein ziviler Widerstand, der aufgegeben wird, wird dagegen als Beweis für die grundsätzliche Unmöglichkeit dieses Unterfangens bewertet. So heißt es bei Schulze en passant und lapidar zur Aufgabe des neunmonatigen Widerstands im Ruhrgebiet: *"Es zeigte sich jetzt, was ein politischer Streik gegen einen entschlossenen Gegner vermag, der die Gewehre besitzt und zum Schießen bereit ist: nichts. Der passive Widerstand begann abzubröckeln."* [21] So einfach ist das also, doch scheint in dieser Art Pauschalurteil ein grundlegendes und ernsthaftes Problem durch. Anscheinend hat die gewaltlose Art der Konfliktaustragung mit dem Handicap zu kämpfen, häufig als nicht machtvoll wahrgenommen zu werden [22].

Huber beispielsweise spricht davon, daß *"die Faktizität der Gewalt den Strategien der Gewaltlosigkeit den Weg (verstellt)"* und daß die Schwäche des Pazifismus darin liege, *"daß sie auf den Ausbruch kriegerischer Gewalt keine Antwort zu geben vermag, die den Gesetzen der Machtpolitik genügt."* [23] Wenn sich nun nachweisen ließe, daß eine Konfliktstrategie, die einseitig

---

18. S. Senghaas, Konfliktformationen, a.a.O., S. 9.

19. Brücher, Gertrud, Wahrnehmungsverzerrung und Gewalt. Funktional-strukturelle Systemtheorie und Friedensforschung. Diss. Frankfurt 1986, S. 78. S. dazu auch die Hilflosigkeit bei Mitchell, gewaltlose Konfliktaustragungsformen zu klassifizieren. Mitchell, C.R., The Structure of International Conflict. London 1981, S. 140f. (Im folgenden zitiert als: Mitchell, Structure, a.a.O.).

20. Schulz, Stefan, Widerstand, a.a.O., S. 36 Anm. 1

21. Schulze, Hagen, Weimar. Deutschland 1917-1933 (Die Deutschen und ihre Nation). 2. A. Berlin 1982, S. 259. (Im folgenden zitiert als: Schulze, Weimar, a.a.O.).

22. So Moltmann, der von den Erwartungen an die historische Friedensforschung berichtet, hier an Aufklärung mitzuwirken. Vgl. Moltmann, Bernhard, Perspektiven der Friedensforschung, S. 34f. in: Perspektiven, a.a.O.

auf Gewalt als Mittel verzichtet, effektiv sein kann, dann wäre dieser Argumentation die logische, wenn auch noch nicht die emotionale Grundlage entzogen [24].

Es stellt sich daher die Frage, wie gut oder schlecht gewaltloser Widerstand als Konfliktstrategie funktioniert und unter welchen Bedingungen er besser funktioniert. Da die Effizienz der Widerstandsstrategie im Ruhrkampf begrenzt war, beschäftigt sich diese Untersuchung intensiv mit den hemmenden und fördernden Rahmenbedingungen.

In dieser Arbeit soll es daher darum gehen, die Wahrnehmung für gewaltlose Kampfformen zu schärfen und sie als Machtfaktor ins "kollektive Gedächtnis" (Epple) zurückzubringen oder neu zu verankern. Der "Passive Widerstand" im Ruhrkampf war die wichtigste Erfahrung mit gewaltlosem Widerstand in einer zwischenstaatlichen Auseinandersetzung in Zentraleuropa im 20. Jahrhundert. In vollständiger Asymmetrie standen sich nach einem Krieg der "Stahlgewitter" und der Giftgaswolken, der noch frisch im Gedächtnis haftete, die stärkste Militärmacht des Kontinents, zur Anwendung von Waffengewalt bereit, und ein von innerer Umwälzung und Niederlage geschwächter, in seinem demokratischen Selbstverständnis noch ungefestigter und weitgehend demilitarisierter Staat gegenüber.

Die angewandten gewaltlosen Kampfformen dieser Auseinandersetzung dokumentieren das spontan aktivierbare Widerstandsrepertoire, das sich in den Jahrzehnten seitdem fortentwickelt hat. Darüberhinaus zeigt dieser Fall die Möglichkeit, die auch Staaten haben, in zwischenstaatlichen

---

23. Huber, Wolfgang, Friedensethik und Friedensforschung, S. 59f. in: Perspektiven, a.a.O.

24. S. dazu den Ansatz von Boserup/Mack bei der theoretischen Prüfung der Strategie der Sozialen Verteidigung anhand der Strategie von Clausewitz'. Boserup, Anders, Mack, Andrew, Krieg ohne Waffen? Studie über Möglichkeiten und Erfolge sozialer Verteidigung. Kapp-Putsch 1920/ Ruhrkampf 1923/ Algerien 1961/ CSSR 1968. Reinbek 1974, S. 122-145. Zum Effizienzgedanken, der ihrer Analyse zugrundeliegt, s. ebd., S. 11-14. (Im folgenden zitiert als: Boserup/Mack, Krieg, a.a.O.) Sharp versucht das Dilemma der Fixiertheit auf Gewalt als effizientem Konfliktverhalten dadurch aufzulösen, daß er die Funktion von Abschreckung und Verteidigung von ihrer militärischen Struktur unterscheidet in: Sharp, Significance, a.a.O., S. 240-242.

Auseinandersetzungen auf gewaltsame Mittel des Konfliktaustrags zu verzichten, ohne ihr Recht und ihre Fähigkeit auf Selbstbestimmung aufzugeben [25].

1.2.2. Spontaner gewaltloser Widerstand als demokratisches Kampfmittel zur gerechten Konfliktlösung im zwischenstaatlichen Konflikt

Der Zielpunkt der Untersuchung ist die Frage, wie zwischenstaatliche Konflikte erfolgreich gewaltlos ausgetragen werden können. Dabei ist entscheidend, wer darüber zu befinden hat, was unter "Erfolg" jeweils zu verstehen ist. Das Staatsverständnis dieser Untersuchung geht dahin, Staaten nicht als Selbstzweck, sondern als Systeme zu verstehen, die den Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger verpflichtet sind [26].

Was hier unter Erfolg verstanden wird, bemißt sich daran, wieweit diejenigen, die vom Konflikt und seiner Austragung betroffen sind, die Ziele des Kampfes mitbestimmen können und inwieweit am Ende des konkreten Konflikts eine von allen Beteiligten akzeptierte, dauerhafte und

---

25. Insofern ist der Ruhrkampf ein Gegenbeispiel für Epples Behauptung, ziviler Widerstand habe sich immer als vom Staat unabhängige oder sogar gegen ihn gerichtete politische Kraft bewährt. Gleichwohl gehört er zu den Erfahrungen, die ins "kollektive Gedächtnis" der sozialen Bewegungen gehören. Vgl. Epple, Ruedi, Die Soziale Verteidigung ist kein Instrument des Staates. Kommentar zur Kontroverse Senghaas/Ebert, S. 52f. in: ga. Nr. 89/90. 23. Jg. 3. u. 4. Quartal 1991.

26. Wagner formuliert es umfassend: "Der eigentliche Systemzweck und damit auch die Zielsetzung sozialer Systeme ergibt sich aus dem bedürfnisbefriedigenden Beitrag intern und extern, der durch die Zusammenfassung der Individuen zum System geleistet werden kann." Wagner, Bernd, Konflikte zwischen sozialen Systemen. Konzeption für ein bedürfnisorientiertes Konfliktmanagement (Soziologische Schriften. Bd. 24). Berlin 1978, S. 113. (Im folgenden zitiert als: Wagner, Konflikte, a.a.O.). Auch Heller begreift den Staat funktionsbezogen als die Organisierung und Aktivierung von Menschen und begründet damit dessen Legitimitä. Vgl. Heller, Hermann, Staatslehre. 4. unv. Auflage. Hrsg. v. Gerhart Niemeyer, Leiden 1970, S. 199-203, bes. S. 203 und S. 222. (Im folgenden zitiert als: Heller, Staatslehre, a.a.O.).

selbsttragende Lösung steht. Die Fragestellung erschöpft sich also nicht "nur" darin, die gewaltlosen Methoden mit dem Ziel zu untersuchen, sie zu optimieren. In Fortentwicklung gängiger Konfliktstrategien sollte weniger die Durchsetzung eigener Standpunkte als vielmehr die Verständigung mit dem Gegner über die strittigen Sachfragen die Zielperspektive darstellen. Möglicherweise besteht sogar ein Zusammenhang zwischen dem Niveau der Konfliktaustragung und der Bereitschaft von Konfliktparteien, eine beiderseits akzeptable Lösung anzustreben.

Diese Fragen sollen zunächst in der Form einer historischen Fallanalyse angegangen werden. Der Ruhrkampf eignet sich hierfür besonders, weil in ihm ein zwischenstaatlicher Konflikt und ein (weitgehend) gewaltloser Widerstand einer betroffenen Bevölkerung unter staatlicher Leitung zusammenfielen.

1.2.3. Schritte zu einem Gesamtverständnis von zivilem Widerstand. Fallanalyse als Prüfstein für Konzepte Sozialer Verteidigung und ihre Kritik

Die Aktualität der Fortentwicklung der Konzepte Sozialer Verteidigung hat angesichts der großen Zahl wesentlicher gewaltloser Widerstandsaktionen, die weltweit in den jüngsten Jahren stattgefunden haben, nicht ab- sondern zugenommen [27]. Die neuen Erfahrungen und Herausforderungen müssen begriffen und konzeptuell verarbeitet werden [28]. Allerdings fehlt noch eine

---

27. Vgl. die Kritik von Senghaas am Konzept der Sozialen Verteidigung, soweit es in der Bundesrepublik diskutiert wird und die Elemente von gewaltfreiem Aufstand und Widerstand in den Mittelpunkt rückt. Senghaas, Dieter, Auch für die Theorie der "Sozialen Verteidigung" schlägt jetzt die Stunde der Wahrheit, S. 40 in: ga. Nr. 85/86. 22. Jg. 3. u. 4. Quartal 1990. Gefolgt wird hier insbesondere der Kritik Eberts an Senghaas in: Ebert, Theodor, Das zivile Modell und die Sicherheitspolitik. Eine Erwiderung auf Dieter Senghaas, S. 56 in: ebd. (Im folgenden zitiert als: Ebert, Modell, a.a.O.). Nachzulesen ist die Ebert/Senghaas-Debatte in den folgenden Ausgaben der gewaltfreien aktion: Senghaas, Dieter, Auch für die Theorie der "Sozialen Verteidigung" schlägt jetzt die Stunde der Wahrheit, S. 38-48 in: ebd.; Ebert, Modell, a.a.O.; Senghaas, Dieter, Einige Überlegungen zur Rede von Theodor Ebert, S. 49-52 in: ga. Nr. 87/88. 23. Jg. 1. u. 2. Quartal 1991; Ebert, Theodor, Der Bund für Soziale Verteidigung und die

Systematik, die ein Gesamtverständnis von Zivilem Widerstand in seinem gesamten jeweiligen Bezugsrahmen ermöglichen würde. Dieses ist bislang von der Forschung nicht geleistet worden und kann m.E. auch nur durch eine Reihe von vergleichenden Studien geschehen.

Der Beitrag dieser Arbeit dazu besteht darin, daß sie zunächst spezifische Struktur-, Verlaufs- und Funktionsprobleme analysiert, deren strukturelle Relevanz in weiteren Studien überprüft und konkretisiert werden könnte. Wenn es gelingen könnte, ein gewisses Verständnis und Einschätzungsvermögen für Gesamtzusammenhänge und Funktionsmechanismen eines zivilen Widerstandes zu verbreitern, könnte die Widerstandspraxis davon nur profitieren.

Senghaas-Ebert-Kontroverse, S. 43-48 in: ga. Nr. 87/88. 23. Jg. 1. u. 2. Quart. 1991; Ebert, Theodor, Das zivile Modell staatlicher Sicherheitspolitik: Selbstbehauptung und Solidarität mit gewaltfreien Mitteln. Erneute Erwiderung auf die Kritik von Dieter Senghaas am Konzept der Sozialen Verteidigung, S. 30-41 in: ga. Nr. 89/90. 23. Jg. 3. u. 4. Quartal 1991. (Im folgenden zitiert als: Ebert, Modell staatlicher Sicherheitspolitik, a.a.O.). Wichtig ist Senghaas' Impuls, mit dem "eigentlichen Pfund" zu wuchern, dem Fundus an "Methoden erfolgreicher und konstruktiver Streitbeilegung". Senghaas, Dieter, Auch für die Theorie der "Sozialen Verteidigung" schlägt jetzt die Stunde der Wahrheit, S. 48 in: ga. Nr. 85/86. 22. Jg. 3. u. 4. Quartal 1990. Dies soll in dieser Arbeit konzeptionell mit der Anwendung des Mediationsansatzes im zwischenstaatlichen Konflikt angegangen werden. Konstruktiv zur Weiterentwicklung des Konzeptes von Sozialer Verteidigung in seiner Gesamtheit ist der Beitrag von Steinweg, Reiner, Die Kritik an der Sozialen Verteidigung, S. 70-140 in: Soziale Verteidigung. Konstruktive Konfliktaustragung. Kritik und Gegenkritik. Bearbeiter des Schwerpunktthemas: Theodor Ebert, Dieter Senghaas, Reiner Steinweg (Militärpolitik Dokumentation. Heft 80/81. 13. Jg. 1990). Frankfurt 1991, in dem er die Kritik umfassend aufbereitet und zur Bearbeitung verdichtet. (Im folgenden zitiert als: Steinweg, Kritik, a.a.O.).

28. S. zu den Überlegungen zur Übertragung von Sozialer Verteidigung auf aktuelle eskalierte Konfliktkonstellationen Schweitzer, Christine, On Direct Nonviolent Civilian Intervention in: Peaceful Settlement of Conflict - A Task for Civil Society. Second International Workshop. March 16-18, 1994. Papers. Evangelische Akademie Loccum. S. zur Übertragung von Sozialer Verteidigung auf aktuelle innenpolitische Konfliktkonstellationen Ebert, Theodor, Gewaltfreie Abwehr von Gewalt gegen Flüchtlinge, S. 52-66 in: Krisen, a.a.O.

Neben dem Verständnis für die Zusammenhänge fehlt m.E. in der Forschung ein Konsens über die zentralen Grundbedingungen für den Erfolg zivilen Widerstands. Dazu wird hier in Auseinandersetzung mit den Konzepten ein theoretischer Versuch unternommen und in der Arbeit angewendet.

1.3. Die Konkretisierung der Fragestellung aus dem Forschungsstand

Die historische Forschung und die politologische Reflexion, die sich mit dem passiven Widerstand im Ruhrkampf beschäftigt hat, kann zunächt einmal in drei große Gruppen eingeteilt werden, die nach ihrem erkenntnisleitenden Interesse unterscheidbar sind:

1. Zeitgenössische Rechtfertigungsschriften beteiligter Verbände.

2. Historische Arbeiten zur Aufhellung spezieller Fragen.

3. Politologische Reflexionen zum Ruhrkampf im Hinblick auf seine Bedeutung für die Konzeption der Sozialen Verteidigung.

1.3.1. Zeitgenössische Studien

Die zeitgenössische Literatur suchte jeweils die Verantwortung für den Abbruch des Widerstands "der anderen Seite" zuzuschreiben. Nicht von ungefähr sind die wichtigsten dieser Schriften aus den Reihen der Gewerkschaften und der Industrie entstanden, von Spethmann aus der Sicht der Zechenherren einerseits und von Erdmann für die Freien Gewerkschaften andererseits, sowie aus national gefärbter Sicht von Wentzcke [29]. Ebenfalls in die zeitgenössische Forschung fällt der Versuch

---

29. Erdmann, Lothar, Die Gewerkschaften im Ruhrkampfe. Berlin 1924. (Im folgenden zitiert als: Erdmann, Gewerkschaften, a.a.O.); Spethmann, Hans, 12 Jahre Ruhrbergbau. 5 Bde. Berlin 1928-1931; Wentzcke, Paul, Der Ruhrkampf, 2 Bde. Berlin 1930 u. 1932. (Im folgenden zitiert als: Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I/II, a.a.O.).

des Weltwirtschaftlichen Instituts der Handelshochschule Leipzig, die wirtschaftlichen Folgen des Ruhrkampfs von deutschen Experten und Sachverständigen der beteiligten Besatzungsstaaten aufrechnen zu lassen [30].

Die amtlichen Unterlagen blieben den genannten Autoren unzugänglich. Erst seit den 60er Jahren sollte der Ruhrkampf wieder Gegenstand intensiver geschichtswissenschaftlicher Forschung werden.

1.3.2. Geschichtswissenschaftliche Studien

Ende der 60er Jahre beschäftigte sich Favez mit "Le Reich devant l'occupation franco-belge de la Ruhr" [31]. Er arbeitete als erster die zentrale Rolle der Bürokratie für die Organisation des Widerstands heraus. Seine Arbeit ist die einzige der neueren Forschungsarbeiten, bei denen der Ruhrkampf selber aus der Sicht der Regierung im Mittelpunkt steht. Eine wichtige Studie hat Ruck über die Freien Gewerkschaften im Ruhrkampf [32] vorgelegt, und auch er analysiert die Entscheidungsprozesse innerhalb der Regierung in wichtigen Schlüsselsituationen. Rupieper [33] verdanken wir eine Studie, die den Entscheidungsprozeß der Reichsregierung Cuno in Bezug auf die Reparationsproblematik zum Mittelpunkt hat.

Unbeantwortet blieben in der geschichtswissenschaftlichen Forschung die folgenden Fragen:

1. Wieso geriet der passive Widerstand als das Kampfmittel der Regierung und organisiert durch die Bürokratie derartig außer Steuerung, daß seine Wirkungen das politische und wirtschaftliche System selber in Frage stellten?

---

30. Ruhrbesetzung und Weltwirtschaft. Hrsg. v. E. Schultze (Schriften des Weltwirtschaftlichen Instituts der Handelshochschule Leipzig). Leipzig 1927.

31. Favez, Jean-Claude, Le Reich devant l'occupation franco-belge dans la Ruhr. Genf 1969. (Im folgenden zitiert als Favez, Reich, a.a.O.).

32. Ruck, Michael, Die Freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923. Köln 1986. (Im folgenden zitiert als: Ruck, Gewerkschaften, a.a.O.).

33. Rupieper, Hermann J., The Cuno government and Reparations. The Hague 1979. (Im folgenden zitiert als Rupieper, Cuno, a.a.O.).

2. Welches sind die Gründe für den Verlauf des Widerstands?

3. Welche Funktion besaß der Widerstand in der außenpolitischen Konfliktstrategie?

Mit dem Konflikt um den Versailler Vertrag, der zum Ruhrkampf führte und ihn überdauerte, hat sich seit den 70er Jahren die historische Forschung intensiv beschäftigt. Sie hat herausgearbeitet, daß in dem französisch-belgischen Einmarsch auch eine defensive Komponente und in der vorangegangenen Politik des deutschen Reichs die erfolgreiche Verhinderung von Lösungsansätzen steckte [34]. "Recht und Unrecht" waren, was den Konfliktinhalt angeht, nicht so klar verteilt, wie die Konfrontation von Unbewaffneten mit den Machtmitteln der stärksten Militärmacht auf dem europäischen Kontinent jener Zeit auf den ersten Blick glauben macht.

---

34. S. zur französischen Sichtweise vor allem McDougall, Walter A., France's Rhineland Diplomacy, 1914-1924. The last Bid for a Balance of Power in Europe. Princeton 1978, S. 14. (Im folgenden zitiert als: McDougall, France's, a.a.O.). Zum defensiven Aspekt der französischen Motivation s. auch Hagspiel, Hermann, Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland? Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder. Bonn 1987, S. 28f. und S. 40. (Im folgenden zitiert als: Hagspiel, Verständigung, a.a.O.). Zum Zusammenhang zwischen Reparationen und Sicherheit aus französischer Sicht s. Schwabe, Klaus, Zur Einführung, S. 2f. in: Die Ruhrkrise 1923: Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. Hrsg. v. Klaus Schwabe. Paderborn 1985. (Die Aufsatzsammlung im folgenden zitiert als: Ruhrkrise, a.a.O., der Aufsatz als: Schwabe, Einführung, a.a.O.). Bariety nennt als Motivation hinter dem Wirtschaftskonzept des Versailler Vertrages, mit dem offensiv die bestehenden wirtschaftlichen Strukturen dauerhaft zugunsten Frankreichs geändert werden sollten, die Angst vor der Übermacht der deutschen Industrie in: Bariety, Jacques, Die französische Politik in der Ruhrkrise, S. 12f. in: Ruhrkrise. Über die Struktur der Beziehungen gehen die Meinungen der historischen Forschung auseinander. Wurm verweist auf die "ehrgeizige(n) Projekte" in Frankreich, die eine Interpretation der französischen Politik als strikt defensiv verbieten. Vgl. Wurm, Clemens A., Frankreich, die Reparationen und die interalliierten Schulden, S. 317f. (Zitat S. 317) in: Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924-1933. Hrsg. v. Gerald D. Feldman unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 6). München 1985. (Die Aufsatzsammlung im folgenden zitiert als:

1.3.3. Die Rezeption des Passiven Widerstands in den Konzepten Sozialer Verteidigung

1.3.3.1. Einordnung des Ruhrkampfs in die Konzeptentwicklung Sozialer Verteidigung

Die Aufbereitung von möglichen Lehren aus dem Ruhrkampf für das Konzept Sozialer Verteidigung begann Ende der 60er/ Anfang der 70er Jahre, zeitgleich mit der Arbeit Favez'. Diese blieb, möglicherweise aufgrund des parallelen Entstehens oder auch aufgrund des zeitlich etwas irreführenden Titels, den Politologen und Geschichtswissenschaftlern unbekannt, die auf der Grundlage der älteren Standardwerke [35] begannen, wichtige Aspekte des Ruhrkampfs für die Konzeptentwicklung zu extrahieren.

Der Ruhrkampf gehört zu den geschichtlichen *"Präzedenzfällen"*, aus denen das Konzept der Sozialen Verteidigung entwickelt wurde [36]. Für Theodor Eberts Konzeption von Sozialer Verteidigung hat der Ruhrkampf Vorbildcharakter: *"Staatsmänner, Beamte() und Bürger (handelten) mit fast instinktiver Sicherheit und mit einem für das improvisierte Vorgehen respektablen Erfolg nach der Konzeption der Sozialen Verteidigung"*. An derselben Stelle betont er, daß die Handelnden *"weitgehend 'blind' dafür (waren), daß sie spontan eine der sozialen Demokratie in der Industriegesellschaft adäquate Kampfesweise entwickelt hatten, die bei entsprechender Entwicklung für innen- und außenpolitische Konflikte taugen konnte."* [37]

Nachwirkungen, a.a.O., der Aufsatz als: Wurm, Frankreich, a.a.O.).

35. Diese lagen auch der Magisterarbeit über den passiven Widerstand zugrunde, die vermutlich Ende der 70er oder in den frühen 80er Jahren entstanden ist. Koelbing, Dorothea, Der passive Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich 1923. Die Art der Beteiligung am Widerstand bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Magisterarbeit. Freiburg. O.J.

36. Roberts, Adam, Ziviler Widerstand als eine Technik in den internationalen Beziehungen, S. 27 und S. 29 (Zitat S. 27) in: Jochheim, Gernot, Soziale Verteidigung - Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht. Eine Handreichung. Düsseldorf 1988. (Die Aufsatzsammlung im folgenden zitiert als: Jochheim, Soziale Verteidigung, a.a.O., der Aufsatz als: Roberts, Widerstand, a.a.O.).

37. Ebert, Theodor, Soziale Verteidigung - eine Alternative zur

Ebert trennt das spontane Handeln analog einer theoretischen Strategie von der bewußten Anwendung einer Strategie nach vorhergehender Optimierung der Methoden. Die Grundannahme der Konzeptentwicklung ist, daß die Wirksamkeit der Methode durch Vorbereitung erheblich zu steigern sei [38]. Entsprechend definiert Wolfgang Sternstein Soziale Verteidigung als *"Verteidigungskonzept..., bei dem sich Regierung und Bevölkerungsmehrheit planmäßig und vorbereitet mit nichtmilitärischen Mitteln gegen einen Angreifer von innen und/oder von außen wehren."*

Demzufolge kann der Ruhrkampf nur ein Beispiel für *"spontanen nichtmilitärischen Widerstand"* sein. Für Sternstein gibt es bislang keinen geschichtlichen "Fall" der Sozialen Verteidigung, *"vielleicht mit der halben Ausnahme des indischen Befreiungskampfes unter Gandhi"* [39].

Welche Funktion kann eine Aufarbeitung eines historischen Falles von zivilem Widerstand für die Konzeptentwicklung Sozialer Verteidigung haben? Die Forschung zur Sozialen Verteidigung hat das historische Phänomen "Ruhrkampf" als einen "Steinbruch" benutzt, um Einzelfaktoren zur Konzeptbildung extrahieren zu können. Dies ist legitim, solange die enge Reichweite der Ergebnisse klar ist. Die historischen Erfahrungen können *"nicht als Beweis für oder gegen die Übertragbarkeit bestimmter Kampfformen gelten, jedoch...erlauben (sie), die Wirkung bestimmter Kampftechniken am konkreten Beispiel zu verdeutlichen."* [40]

"Vorwärtsverteidigung"? Ein Forschungsbericht (1968), S. 19 (Zitat) und S. 23 (Zitat) in: Ebert, Theodor, Soziale Verteidigung. Bd. 1: Historische Erfahrungen und Grundzüge der Strategie. Waldkirch 1981. (Der Band im folgenden zitiert als: Ebert, Soziale Verteidigung, Bd. 1, a.a.O.).

38. Ebert, Theodor, Gewaltfreier Widerstand als Mittel der Verteidigungspolitik. Das Konzept der Sozialen Verteidigung in der Argumentation von Kriegsdienstverweigerern (1980), S. 182f. in: Ebert, Theodor, Soziale Verteidigung, Bd. 2: Formen und Bedingungen des zivilen Widerstandes. Waldkirch 1983. (Der Band im folgenden zitiert als: Ebert, Soziale Verteidigung, Bd. 2, a.a.O.).

39. Sternstein, Wolfgang, Übergangsstrategien zur Sozialen Verteidigung. Darstellung und Kritik. Unveröffentlichtes Manuskript o.O., o.J., S. 4.

40. Mez, Lutz, Ziviler Widerstand in Norwegen. Frankfurt 1976, S. 60. Zur Diskussion um Funktion und Probleme von Fallstudien zur Entwicklung des Konzepts Sozialer Verteidigung s. ebd., S. 54-57 und S. 60f. (Im folgenden zitiert

Die Bewertung eines historischen Geschehens als "Präzendenzfall" kann aber auch in einem umfassenden Sinne verstanden werden. Der "Präzedenzfall" endete mit der Kapitulation des Widerstands und kann aus dieser Perspektive wirklich nicht als Vorbild dienen. Als Gegenargument könnte angeführt werden, daß durch Vorbereitung und Planung der Erfolg hätte sichergestellt werden können. Diese Annahme wäre durch die historische Untersuchung zu überprüfen. Als operationalisierte These würde sie in dem Unvorbereitetsein und der fehlenden Planung die Hauptverursachung des Scheiterns sehen. Was wäre aber, wenn es immanente Regeln dieser Kampfesweise gibt, die sich grundsätzlich gegen das eigene System richten würden? Die Frage ist ungeklärt, aber von grundlegender Bedeutung: Welche sind die Regeln, nach denen sich ziviler Widerstand entfaltet? Führt ziviler Widerstand immer oder nur unter ganz bestimmten Bedingungen in die Kapitulation? War der Ruhrkampf die Ausnahme oder die Regel?

Der hier verfolgte Ansatz versucht zunächst, mit einer historischen Kausalanalyse die spezifischen Gründe des Scheiterns des zivilen Widerstands im Ruhrkampf zu ermitteln. Sind diese Gründe identisch mit der Kampftechnik i.S. einer Gesetzmäßigkeit: "Jede Nichtzusammenarbeit muß scheitern"? Oder liegen sie in der speziellen Struktur und im besonderen Verlauf des Ruhrkampfs und damit in einmaligen Besonderheiten? Liegen sie in den vorgegebenen politischen, ökonomischen und internationalen Rahmenbedingungen, von denen auch heute noch einige oder alle wirksam sind? Gibt es ein Mischungsverhältnis von Gründen, und wie ist die Gewichtung? Positiv formuliert, lautet die Frage: "Sind alternative Verläufe von zivilem Widerstand prinzipiell denkbar und waren sie im konkreten Fall des Jahres 1923 eventuell sogar möglich?"

1.3.3.2. Die staatstheoretische Bedeutung des Ruhrkampfs

Die praktische Weiterentwicklung von Methoden, Organisation und Funktionsbedingungen zivilen Widerstands als funktionaler Ersatz des Militärs hat möglicherweise grundlegende Konsequenzen für das Selbstverständnis demokratischer Staaten. Ließe sich konzeptionell *"Punkt für Punkt"* der Nachweis führen, *"daß für alle demokratisch-legitimen Zwecke, welche bislang das Militär meinte, erfüllen zu können, in Zukunft*

---

als Mez, Widerstand, a.a.O.).

gewaltfreie Mittel zur Verfügung stünden" [41], könnten Staaten vollständig abrüsten und auf Militär verzichten. Überträgt man diese theoretischen Überlegungen auf den Ruhrkampf, dann wurde dort speziell der demokratisch legitimierbare Verwendungszweck des Militärs *"Verteidigung der Volkssouveränität gegen bewaffnete Interventionen auswärtiger Mächte"* [42] durch gewaltlose Methoden angestrebt.

Ein Erfolgsnachweis, dem sich das Militär im übrigen nie zu stellen hat, ist für ein gewaltloses Alternativmodell vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Wahrnehmungsverzerrung offensichtlich notwendig. Damit der Ruhrkampf als "Nachweis" für die ersatzweise Erfüllung von Verteidigungszwecken durch Soziale Verteidigung gelten könnte, ist es gerade wichtig einzuschätzen, ob die Erfolgs/Mißerfolgsbilanz auf grundsätzliche Unzulänglichkeiten gewaltlosen Widerstands zurückzuführen ist, die auch von einer durch die Konzeption geforderten Optimierung nicht aufgehoben werden können, oder ob die Ursachen situationsbezogen waren.

Noch ein zweiter Aspekt des Ruhrkampfs ist für die staatstheoretische Debatte von Belang. Während im Ruhrkampf aus pragmatischen und spontanen Gründen von staatlicher Seite auf gerade verfügbare gewaltlose Kampfmethoden zurückgegriffen wurde, blieb eine staatliche Fortentwicklung dieser Methoden in der Folgezeit aus. Damit blieb die staatstheoretisch interessante Frage in der Praxis unentwickelt, *"ob eine Republik lebensfähig ist, wenn sie als letztes Mittel nicht über bewaffnete, sondern ausschließlich gewaltfreie Sanktionen verfügt"* [43]. Sofern der Staat als Monopolist legitimer Gewaltanwendung definiert wird, ist die Abschaffung des Militärs nicht denkbar ohne die Aufhebung des Staates, eine staatliche Einführung von Sozialer Verteidigung bei gleichzeitiger Abschaffung des Militärs wäre ein Widerspruch in sich [44].

Die Debatte stellt sich völlig anders dar, wenn einerseits andere als Gewaltkategorien als Grundkategorien des Staates definiert werden [45] und

---

41. Ebert, Modell staatlicher Sicherheitspolitik, a.a.O., S. 35.

42. Ebert, Theodor, Soziale Verteidigung: Sicherheitspolitik mit gewaltfreien Mitteln nach der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze, S. 5. in: ga. Nr. 82/83. 21./22. Jg. 4. Quart. 1989/1. Quart. 1990.

43. Ebert, Modell, a.a.O., S. 51.

44. Vgl. Epple, Soziale Verteidigung, a.a.O., S. 53.

45. S. dazu die Weiterentwicklung systemtheoretischer Ansätze bei Wagner,

andererseits, in Rezeption der politischen Bedeutung Gandhi's, Gewaltfreiheit als letztes Mittel im Konfliktverhalten angesehen wird [46].

In diesem Zusammenhang ist die staatstheoretische Auseinandersetzung aufschlußreich, die der Jurist Hermann Heller mit seinen Zeitgenossen Max Weber und Carl Schmitt führte [47]. Heller widersprach der Reduzierung des Staatlichen auf Gewaltsamkeit und unspezifizierter Macht [48]. Nicht primär die *"Notwendigkeit des Zwanges"*, sondern die *"Notwendigkeit zielsetzenden bewußten Handelns"* begründete seiner Meinung nach die *"Notwendigkeit einer organisierten Ordnung für das Entstehen und Bestehen eines Willensverbandes oder einer kollektiven Aktion."* [49] Entscheidend für den Zusammenhalt eines Staates sei vielmehr die Legitimität, die ihm insbesondere die *"kleine Minderheit innerhalb des Staatsvolkes"* zuerkenne, *"die also mit bewußter Aktivität an der Erhaltung und Gestaltung des Staates teilnimmt. ... Für die ausschlaggebende Minderheit aber, und mit ihr, wird die Frage der Rechtfertigung zur Existenzfrage des Staates."* [50] Die Grundlage der Macht ist daher für ihn letztlich die Zustimmung: *"...Macht wird bekanntlich nur durch befolgte Befehle begründet, die Befolgung aber lebt immer und in allen Herrschaftsformen wesentlich von der geglaubten Berechtigung des Befehls."* [51]

Aus dieser Perspektive ist der Ruhrkampf insofern bedeutsam, als in ihm die Zuschreibung von Legitimierung sehr deutlich wird, die von der Anwendung gewaltsamer Zwangsmittel unabhängig ist. Stattdessen werden die Mittel der Identifikation und der sozialen Sanktionen deutlich, derer

---

Konflikte, a.a.O., S. 117. S. ebenso die systemtheoretisch orientierte Definition bei Hucke, Jochen, Politische Handlungsspielräume. Möglichkeiten und Probleme ihrer empirischen Bestimmung. Bad Honnef 1980, S. 28-32 und S. 93. (Im folgenden zitiert als: Hucke, Handlungsspielräume, a.a.O.).

46. Conrad, Dietrich, Der Begriff des Politischen, die Gewalt und Gandhis gewaltlose politische Aktion, S. 96f. in: Kultur und Konflikt. Hrsg. v. Jan Assmann und Dietrich Harth. Frankfurt 1990. (Im folgenden zitiert als: Conrad, Begriff, a.a.O.). Vgl. Ebert, Modell, a.a.O., S. 55.

47. S. dazu Heller, Staatslehre, a.a.O., bes. S. 9, 89, 206f., 221f., 276-279.

48. Vgl. Heller, Staatslehre, a.a.O., S. 203.

49. Ebd., S. 89.

50. Ebd., S. 216.

51. Ebd., S. 222.

sich der Staat bedient, der auf ein Gewaltmonopol in der aktuellen Situation nicht zurückgreifen kann.

Schließlich stellt sich drittens die widerstandspraktische Frage für die Repräsentanten eines Staates, die Beamtenschaft, gegenüber einem faktischen Gewaltpotential von Invasionsmächten. Für Borch ist dies gar kein Konfliktfall: *"Dem Usurpator gegenüber gilt, analog dem fremden Eindringling, dem Invasor, Widerstand als bellum iustum. Hier ist das Widerstandsrecht nur eine Frage des Könnens, nicht des Dürfens."* [52] Genau diese Frage stellte sich für die betroffene Beamtenschaft, denn es reichte eben nicht, die Besetzung für rechtswidrig und die Befehle für unwirksam zu erklären, um im Alltag und in der Praxis den Willen des eigenen Staates gegenüber angemaßten Herrschaftsansprüchen und faktischen Gewaltmaßnahmen aufrechtzuerhalten. Hier zeigten sich mit einem Male neue Koalitionen und Anforderungen, auf die sehr unterschiedliche, praktische Lösungen entwickelt wurden.

1.3.3.3. Schwerpunkte und Kritik der bisherigen Aufarbeitung des Ruhrkampfs für die Konzeption Sozialer Verteidigung

1.3.3.3.1. Konzentration auf Widerstandshandlungen und Einzelaspekte, Aussparung der Rahmenbedingungen und situativen Hintergründe

Die Forschung zur Sozialen Verteidigung hat die Gesamtentwicklung des Ruhrkampfs nicht untersucht. Sternstein selbst hat ihn mit dem Ansatz untersucht, daß die bewußt gewaltfreie Konfliktaustragung möglicherweise größere Erfolgsaussichten hätte bieten können. Die historischen Bedingungen und Ursachen für den Zusammenbruch des passiven Widerstands waren für Sternstein kaum herauszuarbeiten, was dieser unter

52. Borch, Herbert von, Obrigkeit und Widerstand. Tübingen 1954, S. 162.

Hinweis auf die enge Quellenbasis selber betont [53]. Schwerpunktmäßig erarbeitete er einige der wirtschaftlichen Probleme, die im Zusammenhang mit dem passiven Widerstand auftraten.

Adam Roberts nennt den Ruhrkampf ein *"einzigartiges Beispiel für zivilen Widerstand, der als gezielte staatliche Politik unmittelbar nach dem Beginn einer ausländischen militärischen Besatzung geleistet wurde..."*. Er war *"mit normalen Maßstäben gemessen...ein Fehlschlag"*, konnte jedoch *"einige seiner Ziele...auf indirektem Wege"* verwirklichen. Roberts weist auf die *"komplexen Auswirkungen zivilen Widerstands"* hin und auf den internationalen Druck, der bei der Regelung des Konflikts im Jahre 1924 von entscheidender Bedeutung war. In Deutschland wurde die Inflation *"bis zu einem gewissen Grad durch die Ereignisse im Ruhrgebiet verstärkt"*. Die Inflation gilt als *"einer der politisch destabilisierenden Faktoren, die in Deutschland den Weg für den Nationalsozialismus freimachten"*. Wenngleich hier die Komplexität des Geschehens zumindest erwähnt wird, so beschäftigte sich die Forschung insgesamt doch eher mit Teilaspekten des Ruhrkampfs und arbeitete als bedeutsam heraus:

- Die Wirkungen des Widerstands auf die internationale Situation [54].

- Die Tatsache, daß ein Staat gewaltlos Widerstand leistete [55].

- Die Vorstellung, wie Niederlagen eines gewaltlosen Widerstands aussehen könnten.

---

53. Vgl. Sternstein, Wolfgang, Der Ruhrkampf. Wirtschaftsprobleme der Sozialen Verteidigung, S. 50, 55 und S. 81 in: Gewaltloser Widerstand gegen Aggressoren. Probleme, Beispiele, Strategien. Hrsg. v. Adam Roberts. Göttingen 1971. (Die Aufsatzsammlung im folgenden zitiert als: Widerstand, a.a.O., der Aufsatz als: Sternstein, Ruhrkampf, a.a.O.).

54. Vgl. Roberts, Widerstand, a.a.O., S. 29-32 (Zitate ebd.).

55. Ebd., S. 29f. Vgl. Nolte, Hans-Heinrich, Geschichte zivilen Widerstands, S. 82 in: Nolte, Hans-Heinrich, Nolte, Wilhelm, Ziviler Widerstand und autonome Abwehr. 1. Aufl. Baden-Baden 1984. (Im folgenden zitiert als: Nolte, Geschichte, a.a.O.).

- Das Erreichen der politischen Ziele des Kampfes selbst nach der Aufgabe des Widerstands [56].

- Die Anwendung zivilen Widerstands in einer hoch industrialisierten Region [57].

- Die u.U. entscheidende Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren für den Ausgang eines gewaltlosen Widerstandskampfes [58].

Der wesentliche Beitrag in diesem Stadium der Bearbeitung des Ruhrkampfs lag darin, auf die Möglichkeit zivilen Widerstands aufmerksam zu machen [59] und die kollektiven Erfahrungen aus dem Vergessen wieder hervorzuholen.

Bereits damals wurde aber auf das Defizit aufmerksam gemacht, das in dieser Arbeit behandelt wird. Roberts beklagte, daß generell *"dem konkreteren wirtschaftlichen, politischen, militärischen und ideologischen Umfeld des zivilen Widerstands im allgemeinen keine Aufmerksamkeit geschenkt wurde"* [60]. Gerade aber das situationsspezifische nationale und internationale Umfeld und die innergesellschaftliche Struktur im Deutschen Reich bestimmten die Chancen und den Verlauf des Widerstands im Ruhrkampf. Sie legten, wie zu zeigen sein wird, weit mehr als die eigentlichen Widerstandsaktionen die Reichweite des Erfolgs und die Notwendigkeit des Scheiterns fest.

---

56. Vgl. Ebert, Theodor, Strategie und Warnungswirkung der Sozialen Verteidigung, S. 65f. in: Jochheim, Soziale Verteidigung, a.a.O. (Im folgenden zitiert als: Ebert, Strategie, a.a.O.).
57. Vgl. Nolte, Geschichte, a.a.O., S. 81.
58. Vgl. Sternstein, Ruhrkampf, a.a.O., S. 50f. und S. 86.
59. Vgl. Steinweg, Kritik, a.a.O., S. 124.
60. Roberts, Widerstand, a.a.O., S. 39 (Zitat). Vgl. auch Jahn zu den älteren Fallstudien, bei Mez, Widerstand, a.a.O., S. 55.

1.3.3.3.2. Unkritische Übernahme zeitgeschichtlicher Konfliktpositionen, fehlende Berücksichtigung der innergesellschaftlichen Auswirkungen des Widerstands

Auch die Frage nach den Hintergründen des Konflikts wurde in der Konzeptionsentwicklung für die Soziale Verteidigung bislang wenig berücksichtigt. Ein Grund mag darin liegen, daß es zunächst darum ging, den zivilen Widerstand konzeptionell zu erfassen. Inzwischen sollte es möglich sein, zivilen Widerstand als Konfliktstrategie im Gesamtkontext eines Konfliktes zu betrachten. Dieser Ansatzpunkt ist konzeptionell wenig verankert. Doch die Berücksichtigung von Konfliktlösung als Zielperspektive von Konfliktaustragung hat auch Rückwirkungen auf die Durchführung und Anlage des Widerstands. Dies ist für den Ruhrkampf deutlich herauszuarbeiten.

Auf den ersten Blick mag die Konfliktsituation völlig eindeutig sein. Sie war scheinbar ganz klar dadurch gekennzeichnet, daß auf einen gewaltsamen Eingriff in die Selbstbestimmung eines Landes die Abwehr dieser Fremdbestimmung durch weitgehend gewaltlosen Widerstand erfolgte. Die dem Ruhrkampf zugrundeliegende Konfliktsituation war in ihrer Gesamtheit aber zu komplex, als daß allein die erfolgreiche Abwehr des Einmarsches ein hinreichendes Kriterium für eine Konfliktlösung abgeben könnte. Vielmehr müssen auch die mit dem Widerstand verfolgten politischen Ziele in die Überlegungen einbezogen werden. Die Forschung der Sozialen Verteidigung übernahm, vermutlich aufgrund der Quellenlage, unkritisch die Position der deutschen Reichsregierung, ohne sich über die Hintergründe der Gewaltanwendung seitens Frankreich bzw. die demokratische Legitimierung des deutschen Widerstands Rechenschaft abzulegen [61]. Drei Beispiele sollen in die wichtigsten Besonderheiten dieser Bedingungen einführen.

1. Sternstein führt aus, daß zum passiven Widerstand als einer Notlösung und nicht aus Überzeugung gegriffen wurde. Entscheidend für das Scheitern sei auch gewesen, daß *"(man) ... auf deutscher Seite die rechte Mischung von Freundlichkeit gegen die Soldaten als Menschen und Widerstand gegen*

---

61. S. Sternstein, Ruhrkampf, a.a.O., S. 51-53. Ebenso Boserup/Mack, Krieg, a.a.O., S. 77; Nolte, Geschichte, a.a.O., S. 73-75.

sie als Organe eines fremden, ungerechten Willens, die den gewaltfreien Widerstand so gefährlich macht, nicht (fand)." [62] Diese Bewertung ist jedoch m.E. zu relativieren.

Für Frankreich war die Tatsache des Widerstands allein bereits ein äußerst bedrohliches Faktum. Der Widerstand als solcher war der Beweis des schlechten deutschen Willens, des Revanchegedankens und der deutschen Weigerung, den verlorenen Weltkrieg als Tatsache zu akzeptieren. Entgegen der Sternsteinschen Vermutung war in Deutschland der Gedanke an Revanche wach, besonders aber an Revision des Versailler Vertrages; in Frankreich bestanden darüber begründete und berechtigte Ängste. In dieser historischen Konstellation bestätigte der Widerstand die vorhandenen Feindbilder. Ihn zu brechen, wurde zu einer Sache des nationalen Prestiges in Frankreich und fand dort breite Zustimmung.

Eine gewaltfreie Gesinnung in Deutschland, die Sternstein vermißt, hätte sicherlich einerseits den Versailler Vertrag kritisiert, aber gleichzeitig auch den französischen Ängsten vor dem mächtigen Nachbarn Rechnung tragen und die Fehler der eigenen Politik in den Blick nehmen müssen [63].

Sternsteins Forschungsinteresse an explizit gewaltfreiem Konfliktverhalten läßt sich für den Ruhrkampf fruchtbar erweitern, wenn über die Widerstandshandlungen hinaus der Kontext des Konflikts mit einbezogen wird. Hätte ein gewaltfreier Umgang mit dem Konflikt (!) die Eskalation vermeiden, den Einmarsch verhindern oder gar bereits vorher einen Ausgleich mit Frankreich erzielen können?

Sternstein macht überdies die Effizienz des Widerstands von der Überzeugung der Akteure abhängig, wenn er sagt: *"Nur wenige der am Ruhrkampf Beteiligten haben geahnt, daß Soziale Verteidigung der militärischen überlegen ist, SOFERN SIE AUS INNERER ÜBERZEUGUNG*

---

62. Sternstein, Ruhrkampf, a.a.O., S. 81.

63. Zur Einstellung deutscher Pazifisten zum Versailler Vertrag, zur Reparationserfüllung sowie gegenüber dem passiven Widerstand von der anfänglichen Unterstützung über die Ernüchterung bis zur Forderung nach dessen Abbruch s. Scheer, Friedrich Karl, Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892 - 1933). Organisation, Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland. Frankfurt 1981, S. 452-457. Zur Stimmung zwischen Frankreich und Deutschland in der Zwischenkriegszeit s. auch die ausgezeichnete

KOMMT" [64]. Dieser Behauptung wird hier die These entgegengestellt, daß auch ohne einen grundsätzlichen Verzicht auf militärischen Widerstand ein gewaltloser Widerstand effizienter sein kann als militärischer. Natürlich müssen auch in diesem Fall diejenigen, die den Widerstand leisten, nicht nur wissen, was sie tun, sondern auch von der Erfolgsmöglichkeit bzw. der Alternativlosigkeit ihres Tuns überzeugt sein. Aber es ist dafür keine Haltung notwendig, die beispielsweise eine Orientierung an Gewaltfreiheit als Lebensprinzip zur Grundlage hat. Gewerkschaftliche Organisations-, Aktions- und Mobilisierungserfahrung sind beispielsweise ein wichtiges Verhaltensrepertoire einer Vielzahl von Menschen, ohne daß dieses Potential in der Forschung zur Sozialen Verteidigung bisher ausreichend gewürdigt worden wäre.

2. Sternstein arbeitet völlig richtig die Bedeutung des wirtschaftlichen Rückhalts für einen dauerhaften Widerstand heraus. Er kommt zu dem Schluß, daß es *"in erster Linie die Inflation war, die dem Widerstand den 'materiellen Rückhalt' entzog"* [65]. Da aber keine fundiertere Art der Finanzierung des Widerstands durchzusetzen war, wurde er ganz durch die Notenpresse bezahlt, in vollem Bewußtsein der Konsequenzen. Somit bestand ein direkter Zusammenhang zwischen der ökonomischen Destabilisierung und der Entwicklung der Widerstandsfähigkeit. Dieser Zusammenhang kann situationsbedingt sein. Er kann aber auch ein strukturelles Problem der strikten Nichtzusammenarbeit sein, das durch dynamische Weiterarbeit, die ebenfalls intensiv praktiziert wurde, nicht aufgefangen werden kann. Dies herauszuarbeiten, ist wichtig, um einzuschätzen, ob Nichtzusammenarbeit zur Grundlage einer auf Dauer angelegten Konfliktstrategie gemacht werden kann und worin die dynamische Weiterarbeit ihre Grenze fand.

3. Die Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Gewerkschaften war für den Zusammenhalt des Widerstandes eine unerläßliche Bedingung. Gleichzeitig vertraten sie gegensätzliche Positionen im sozialen Konflikt, der mit der Reparationsproblematik, dem Anlaß der Eskalation im Ruhrkampf, eng

---

Studie von Hagspiel, Verständigung, a.a.O.

64. Sternstein, Ruhrkampf, a.a.O., S. 80. Hervorhebung von mir.

65. Ebd., S. 82.

verbunden war [66]. Der Ruhrkampf verschärfte diesen Konflikt, der sich vor allem im Bereich der Arbeitszeitfrage abspielen sollte, durch seine negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben [67].

Das Engagement im Ruhrkampf schwächte die gewerkschaftlichen Organisationen, so daß sie bei dessen Ende wegen totaler finanzieller Erschöpfung innenpolitisch kampfunfähig waren. Dabei hatten sie *"(n)iemals seit Weltkrieg und Revolution ...ihre personellen wie materiellen Ressourcen außerhalb des traditionellen gewerkschaftlichen Wirkungsbereichs annähernd umfassend mobilisiert - ein Vorgang ohne Beispiel auch in der weiteren Geschichte der Republik"*. Doch die Erwartung, durch die Beteiligung in der Einheitsfront gegenüber der seit Ende 1922 anstehenden Arbeitgeberoffensive staatlichen Schutz zu finden, erwies sich als trügerisch. Nach Abbruch des Widerstands offenbarte sich die Schwäche der Gewerkschaften nicht nur darin, daß z.B. der Deutsche Metallarbeiterverband nicht mehr in der Lage war, seinen erwerbslos gewordenen Mitgliedern Unterstützung zu zahlen [68].

Die Gewerkschaften trugen demnach einen Widerstand, dessen Folgen sie so ruinierte, daß sie im innenpolitischen Konflikt kaum noch handlungsfähig waren. Zu der nationalen Niederlage des Ruhrkampfs gesellte sich für sie also noch die innenpolitische. Sie mußten sich fragen, für welche Ziele sie eigentlich angetreten waren. Wenn Roberts feststellt, daß die Nichtzusammenarbeit - angesichts der Ziele der Besatzer - *"eine naheliegende, zweckmäßige Form der Reaktion"* [69] darstellte, muß doch gefragt werden, für wen und mit welchem Ziel?

---

66. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 11f.

67. Vgl. Steinisch, Irmgard, Arbeitszeitverkürzung und sozialer Wandel. Der Kampf um die Achtstundenschicht in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie 1880-1929 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin. Bd. 65 und Beiträge zu Inflation und Wiederaufbau in Deutschland und Europa 1914-1924. Hrsg. v. Gerald D. Feldman, Carl-Ludwig Holtfrerich, Gerhard A. Ritter, Peter-Christian Witt. Bd. 6). Berlin, New York 1986, S. 461. (Im folgenden zitiert als: Steinisch, Arbeitszeitverkürzung, a.a.O.).

68. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 535, 14 und S. 532 (Zitat S. 14); Steinisch, Arbeitszeitverkürzung, a.a.O., S. 478, s. ausführlich S. 464-489.

69. Roberts, Widerstand, a.a.O., S. 37.

1.3.4. Schlußfolgerungen

Die zentralen Schlußfolgerungen aus diesen Überlegungen sind, daß die Geschichte des Konflikts auf verschiedenen Ebenen mit berücksichtigt werden muß. Einmal gilt es, die Hintergründe der Eskalation in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu verstehen, um nicht vorschnell einseitig Partei zu ergreifen. Zum anderen müssen die Interessenlagen der Widerstandsgruppen in Bezug auf den Konflikt analysiert und zu ihrer innergesellschaftlichen Machtposition in Bezug gesetzt werden, um nicht ungeprüft ein gleichartiges Interesse aller am Widerstand Beteiligten zu unterstellen.

2. Methodik und Theorie

2.1. Allgemeine wissenschaftstheoretische und methodische Überlegungen

Der Charakter der Arbeit als historische Fallstudie mit politikwissenschaftlicher Fragestellung weist auf mögliche theoretische und methodische Probleme hinsichtlich der Übertragbarkeit und Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse hin. Die allgemeine zentrale Fragestellung war die nach den Bedingungen für einen erfolgreichen zivilen Widerstand. Der passive Widerstand im Ruhrgebiet stellt in diesem Zusammenhang dessen ersten realen Anwendungsfall in hocharbeitsteiligen Industriestaaten dar. Unter der Bedingung, daß sich die Strukturen des ökonomischen wie des politischen Systems nicht grundsätzlich ändern, könnten sich, so die Annahme, auch künftige Konflikte zwischen Industrienationen unter ähnlichen und damit vergleichbaren Rahmenbedingungen abspielen [70].

Hier können mehrere grundsätzliche Einwände geltend gemacht werden. Einmal kann es sein, daß sich Konfliktaustragung durch die Entwicklung von atomaren Massenvernichtungswaffen in einer so grundlegenden Weise verändert hat, daß Analogien mit früheren Erfahrungen für die Gegenwart keinen Sinn mehr ergeben [71]. Ein zweiter Einwand würde, wie oben mit

---

70. Damit wird die grundsätzliche Vergleichbarkeit von Wirkungszusammenhängen angenommen, die die Grundlage einer Prozeß- und Strukturanalyse bilden. Beide ermöglichen eine fundierte Periodisierung. Diese "arbeitet die jeweils zentralen Strukturen heraus und segmentiert den Strukturwandel in Prozesse" in: Vordermayer, Lutz, Geschichte und Gesetzmäßigkeiten. Hypothesenbildung und Abstraktion in der Geschichtswissenschaft unter besonderer Berücksichtigung von Vilfredo Pareto und Norbert Elias (Europäische Hochschulschriften. Reihe III. Geschichte und ihre Hilfswissenschaften. Bd. 262). Frankfurt, Bern, New York, 1986, S. 33f., 45 und S. 69 (Zitat). (Im folgenden zitiert als: Vordermayer, Geschichte, a.a.O.). Die zentralen Strukturen dieser Arbeit wären die der gesellschaftlichen Zusammenarbeit in Deutschland zur Abwehr des Einmarsches und des internationalen Systems. Der Prozeßcharakter liegt in den Wirkungen der

Rittberger bereits angemerkt, auf die zwischenzeitlich stabilisierten Formen der Konfliktbearbeitung verweisen, die gerade die westeuropäische Region auszeichnen. Ein letzter Einwand schließlich könnte mit Bader/Kortländer die hochgradige Verwundbarkeit von Industriestaaten betonen, um die Wahrscheinlichkeit von Konfliktaustragung mit militärischen Mitteln in derselben Region als außerordentlich unwahrscheinlich erscheinen zu lassen [72]. Diese Einwände können mit dieser Arbeit nicht abschließend beantwortet werden. Angesichts der faktischen Relevanz von zivilem Widerstand und seinem offenkundig so wenig ausgeschöpften Potential für die Zivilisierung von Konfliktaustragung erscheint eine Evaluierung seiner Effizienzbedingungen aus grundsätzlichen Erwägungen überfällig, selbst wenn sich die Anwendungsbedingungen seitdem verändert haben sollten.

Spitzt man die Anfangsfrage nach den generellen Erfolgsaussichten von gewaltloser Konfliktaustragung auf die historische Situation des Jahres 1923 zu, so heißt die zentrale Frage: Welches sind die Gründe des Scheiterns? Sind sie identisch mit der Kampftechnik i.S. einer Gesetzmäßigkeit: "Jede Nichtzusammenarbeit muß scheitern"? Oder liegen sie in der speziellen Struktur, im besonderen Verlauf und damit in einmaligen, historischen Besonderheiten? Oder liegen sie in den Vorgaben der politischen, ökonomischen und internationalen Rahmenbedingungen, von denen auch heute noch wenigstens einige wirksam sind?

Hieraus folgt zwingend die Frage nach den gestaltenden Kräften. Aufgrund des Forschungsstands muß davon ausgegangen werden, daß die wesentlichen Entscheidungen nicht in einer, wie auch immer gearteten, Selbstorganisation der Bevölkerung oder in den Gewerkschaftszentralen gefallen sind. Der Blickwinkel muß bei den "Verantwortlichen" für den Widerstand ansetzen. Dementsprechend wird die Reichsregierung als verantwortlich für die Handhabung des passiven Widerstands angesehen, weil sie das oberste Führungsgremium war. Um als leitende Perspektive der Arbeit zu dienen, reicht es erstmal hin, daß wesentliche organisatorische Bestandteile des passiven Widerstands auf Veranlassung der Regierung

---

Konfliktdynamik auf diesen beiden Strukturebenen.

71. S. dazu Wette, Wolfram, Geschichte und Frieden. Aufgabe historischer Friedensforschung (AFB-Texte). Bonn 1987, S. 2f.

72. S. Bader, Rolf, Kortländer, Michael, Strukturelle Nichtverteidigbarkeit hochindustrialisierter Staaten. Hrsg. v. Institut für Psychologie und Friedensforschung. Berlin 1989, bes. S. 9-13.

zurückzuführen sind und daß die wichtigsten am Kampf beteiligten Gruppen sowie die öffentliche Meinung (des In- wie des Auslands) der deutschen Reichsregierung diese Funktion zuschrieben. Wie sich ihre tatsächliche Führungsrolle gestaltete, wird in der Untersuchung herauszuarbeiten und dann neu zu bewerten sein.

Übertragbare Aussagen mit mehr als nur spekulativem Charakter erscheinen möglich, wenn die Vergleichbarkeit der Ergebnisse gewährleistet ist. Die Vergleichbarkeit hängt vom Grad der Verallgemeinerbarkeit der Aussagen ab. Dies bedeutet, daß sich die Erklärungen des historischen Geschehens an den Ansätzen von System-, Entscheidungs- und Konflikttheorien bzw. Modellen orientieren müssen. Diese Untersuchung beansprucht, zur Lösung dieser Frage beizutragen, indem sie reale Probleme mit angewandtem passiven Widerstand benennt und sie zu der inzwischen erfolgten Konzeptionsbildung in Beziehung setzt. Das Ziel dieses Unternehmens ist, die Konzeptionsbildung durch Konfrontation mit empirischen Daten zu erweitern. Dabei muß klar sein, daß der Geltungsanspruch der Ergebnisse gering ist: nur ein einziges Fallbeispiel stand zur Verfügung.

Eine größere Reichweite ist durch vergleichende Untersuchungen zu erzielen. Diese müßten die Annahme prüfen, daß passiver Widerstand im Rahmen einer Konfliktstrategie ähnlichen Struktur-, Verlaufs- und Funktionsproblemen unterliegt und von den Rahmenbedingungen des politisch-ökonomischen Systems in ähnlicher Weise und Richtung beeinflußt wird. Die Ergebnisse dieser Untersuchung können hierfür herangezogen werden, indem sie die zu erwartenden Probleme und die Randbedingungen benennen, also zur Klassifikation dienen. Der vorläufige und rein pragmatische Charakter dieses Unternehmens ist angesichts der Datenbasis und der prinzipiellen Prognosefeindlichkeit offener sozialer Systeme offenkundig.

Für die historische Analyse müssen zwei weitere Annahmen offen dargelegt werden, weil sie die Untersuchungsebenen de facto vorgeben und nicht aus der Fragestellung ableitbar sind.

Zum einen wird Geschichte hier verstanden als Abfolge prinzipiell offener Entscheidungssituationen, in denen dennoch nicht beliebig viele Handlungsalternativen bestehen. Praktisches Handeln ist nicht nur in einen Zusammenhang von Absichten und Motiven eingebettet, sondern auch in einen Rahmen von Bedingungen, die bestimmte Handlungsalternativen

eher, andere weniger wahrscheinlich machen[73]. Begriffe wie Organisierung, Strategieentwicklung, Koordinierung usw. lassen politisches Handeln als ziel- und erfolgsorientiert erscheinen. Das kann dazu verleiten, den relativ leicht herauszuarbeitenden Absichten und Zielen der Akteure die entsprechenden Ereignisse zu einfach zuzuordnen. Ereignisse können aber auch Resultate von nichtrationalen Handlungen sein und den ursprünglichen Intentionen geradewegs zuwiderlaufen. Ereignisse können ferner *"im Schnittpunkt mehrerer, einander eventuell konterkarierender Intentionen stehen und die Resultante ganz verschiedener Kräfte sein"* [74].

Elemente von Eigendynamik und Steuerungsresistenz des Ruhrkampfs ließen sich dann ausmachen, wenn zum Verlauf zu einem wesentlichen Teil Nebenwirkungen von Handlungen beigetragen hätten, die die *"handlungsauslösende Ausgangskonstellation reproduzier(t)en"* [75]. *"Wir alle waren nicht die Herren unseres Wollens und Handelns, erst recht nicht die Regierung."* [76] Diese Äußerungen des Reichsarbeitsministers bei der Aufgabe des passiven Widerstandes deuten auf Prozeßelemente des Ruhrkampfs, die als Gegengewicht zum Handlungskalkül der Akteure verstanden werden können.

Zum Zweiten: Um Geschichte überhaupt schreiben zu können, ist es notwendig, die Komplexität des Geschehens zu reduzieren. Wenn nicht eine

---

73. Diesem Vorverständnis entsprach die theoretische Arbeit von Hucke, die weiter unten ausführlich vorgestellt wird, Hucke, Handlungsspielräume, a.a.O.

74. Zur Definition von Ereignis: "Ereignisse sind die kleinsten Einheiten des Geschehens und gleichzeitig dessen konkreteste Erscheinungsform. Sie stehen für das überraschende, wechselhafte und herausragende Geschehen." In: Vordermayer, Geschichte, a.a.O., S. 29.

75. Vgl. Kempf, Wilhelm, Konflikteskalation durch autonome Prozesse, S. 63 in: Gewaltfreie Konfliktlösungen. Interdisziplinäre Beiträge zu Theorie und Praxis friedlicher Konfliktbearbeitung. Hrsg. v. Wilhelm Kempf, Wolfgang Frindte, Gert Sommer, Michael Spreiter. Heidelberg 1993. Kempf bezieht sich hier auf den Aufsatz von Christian Meier, Fragen und Thesen zu einer Theorie historischer Prozesse, S. 11-60 in: Historische Prozesse. Hrsg. v. K.G. Faber, K. G. und C. Meier (Theorie der Geschichte. Beiträge zur Historik. Bd. 2). München 1978.

76. Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Reichsarbeitsministerium, Nr. 2959, S. 71-76 (Zitat S. 72), Protokoll Pressekonferenz Hamm, 27. September 1923. (Im folgenden zitiert als: ZStA, RAM).

beliebige Geschichte geschrieben werden soll, dürfen die Zusammenhänge zwischen den Einzelelementen (Entscheidungsträgern, öffentliche Meinung z.B.) nicht nur zufälliger Natur sein [77].

Daß geschichtswissenschaftliche Erkenntnisprozesse nicht ohne theoretische Annahmen, Rückgriffe auf Theorien, Modelle und Konzepte vonstatten gehen, hat umfassend und konsistent Josef Meran für die verschiedenen Phasen der Recherche, Aufarbeitung und Darstellung nachgewiesen. Seiner Argumentation wird hier gefolgt, wenn das methodische Vorgehen der historischen Kausalanalyse erläutert und die diversen Theoriebezüge verdeutlicht werden. Das methodische Vorgehen der historischen Kausalanalyse extrahiert die für die jeweilige Fragestellung relevanten Sachverhalte aus der Fülle des historischen Geschehens und gewichtet die Ursachen in einer möglichst hierarchischen Rangfolge [78]. Sowohl der Fragestellung, der Auswahl der Bestimmungsfaktoren als auch der Bestimmung von alternativen Verläufen liegen, nach Meran zwangsläufig, theoretische Überlegungen zugrunde, die im folgenden genauer ausgeführt werden.

---

77. S. Ruloff, Dieter, Geschichtsforschung und Sozialwissenschaft. Eine vergleichende Untersuchung zur Wissenschafts- und Forschungskonzeption in Historie und Politologie. München 1984, S. 100-103 zur Modellbildung, sowie S. 195 und S. 448. Daher war die Anbindung an die Konzeptionen von Hucke und Ruloff außerordentlich hilfreich. Hucke, Handlungsspielräume, a.a.O. Zu Ruloff s. weiter unten ausführlich, Ruloff, Dieter, Konfliktlösung durch Vermittlung. Computersimulation zwischenstaatlicher Krisen (Interdisciplinary Systems Research. Interdisziplinäre Systemforschung 6). Basel, Stuttgart 1975. (Im folgenden zitiert als: Ruloff, Konfliktlösung, a.a.O.).

78. Vgl. Meran, Josef, Theorien in der Geschichtswissenschaft. Die Diskussion über die Wissenschaftlichkeit der Geschichte (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 66). Göttingen 1985, S. 123f. (Im folgenden zitiert als: Meran, Theorien, a.a.O.).

2.2. Methodik der historischen Analyse

2.2.1. Festlegung der Kernfrage und der Bestimmungsfaktoren

Zur alles dominierenden Frage der historischen Analyse entwickelte sich die nach den Bestimmungsfaktoren des passiven Widerstands, die den Verlauf erklären können. Daß diese Fragen relevant werden, ist auch auf theoretische Überlegungen zurückzuführen. Welche Faktoren und welche Arten von Verursachung als die bestimmenden angesehen werden, ist dabei genauso theoriegeleitet wie die Auswahl der Fragestellung.

Wer sowieso der Auffassung ist, daß gewaltloser Widerstand gegen Gewalt keine Chance hat [79], wird die "offensichtliche" Zwangsläufigkeit des Verlaufs nicht in Frage stellen. Doch die politische Praxis verweist spätestens seit Gandhi darauf, daß Gewaltlosigkeit als Machtfaktor gegenüber Gewalt grundsätzlich bestehen kann [80]. Aus dieser Perspektive wird der Verlauf des Ruhrkampfs erklärungsbedürftig [81] und, vor dem Hintergrund des *"Menschenrechts auf Irrtum"*, erklärungsrelevant [82]. Diese Einstellung folgt jedoch nicht aus der Empirie, sondern aus theoretischen Überlegungen bzw. vorwissenschaftlichem Verständnis über Erfolgschancen von Gewalt und Gewaltlosigkeit. Bei der historischen Erklärung kommt also *"der Theoriebezug nicht erst durch die Anwendung von Gesetzmäßigkeiten, sondern bereits durch den Gebrauch von Beschreibungskriterien zustande, in deren Licht ein historischer Tatbestand allererst sowohl als erklärungsbedürftig beurteilt als auch einer bestimmten Erklärung zugänglich gemacht werden kann."* [83]

Wichtig erscheint, vor allem einen wesentlichen Widerspruch aufzuklären, der zwischen der Ausgestaltung des Widerstands und seiner zeitlichen Perspektive bestand. Ganz offensichtlich war der Widerstand so angelegt, daß er aus eigenen Kräften nicht dauerhaft aufrechterhalten werden konnte, die Zeit also gegen ihn arbeitete. Die außenpolitische Strategie zielte ebenso deutlich auf eine Intervention der angelsächsischen Mächte und setzte damit

---

79. Wie Schulze, Weimar, a.a.O., S. 259.

80. Vgl. Conrad, Begriff, a.a.O., S. 96f. und S. 100.

81. Vgl. Meran, Theorien, a.a.O., S. 123.

82. S. Guggenberger, Bernd, Das Menschenrecht auf Irrtum. Anleitung zur Unvollkommenheit. München 1987, S. 12-19.

83. Meran, Theorien, a.a.O., S. 123.

auf Zeit. Eine Abwahl Poincarés wiederum war frühestens erst im Frühjahr 1924 möglich, hätte also eine einjährige Durchhaltefrist des Widerstands erfordert. Vor diesem Hintergrund muß erklärt werden, wieso der Widerstand nicht den Ressourcen angepaßt wurde oder, wenn das nicht möglich war, viel früher deutscherseits abgebrochen und durch traditionelle Diplomatie ersetzt wurde, bevor nämlich die destabilisierenden Wirkungen dieser Politik die Substanz des Systems gefährdeten?

Welche Faktoren zur Beantwortung dieser Fragen als die bestimmenden angesehen werden, ist theoriegeleitet und wird in der Darstellung des Begründungszusammenhangs reflektiert. *"Das eigentliche Problem der Erklärung eines geschichtlichen Geschehens besteht eben darin, herauszufinden, (a) welche Sachverhalte im Hinblick auf ein Forschungsziel (Argumentation) relevant, (b) welches die möglichst hierarchisch gewichteten Ursachen des zu erklärenden Geschehens sind. Erst dann aber darin anzugeben (c), mittels welcher Gesetzmäßigkeiten die erklärungsbedürftigen Sachverhalte mit den Ursachen in Verbindung gebracht werden können."* Schließlich ist es eine theoretische Entscheidung, *"welche Art von kausalen Faktoren er (der Historiker. B.M.) vom Ansatz her für geschichtsmächtig hält, geistige oder materielle, subjektive oder objektive, ebenso durch welche Arten von Verursachung er das geschichtliche Geschehen bestimmt sieht, also von monokausalen oder multivariaten, unilinearen oder interdependenten, deterministischen oder probabilistischen Wirkweisen."*

Das historische Material dient als Prüfstein im konkreten Fall. *"Wenngleich die Daten und Quellen zwar erst im Lichte einer geschichtswissenschaftlichen Frage bzw. Problemstellung zusammengetragen werden können, so legen sie doch ihrerseits fest, was*

keinesfalls behauptet werden darf und welche Erklärungen sehr unwahrscheinlich sind" [84].

2.2.2. Die Ermittlung verpaßter Chancen. Möglichkeitsurteile nach Horsky

Zunächst soll kurz beschrieben werden, wie die Frage nach den eventuell vorhandenen, aber nicht genutzten Möglichkeiten des Widerstands methodisch angegangen werden kann. Entscheidend ist dabei das Kriterium "eventuell vorhanden", denn dieses verpflichtet Spekulationen über Alternativen auf eine nachweisbare Realisierungsmöglichkeit. Zweitens ist dann zu erklären, mit welcher Wahrscheinlichkeit diese Variante zum Erfolg hätte führen können und unter welchen Randbedingungen. Für den Prager Widerstand hat Vladimir Horsky unter Rückgriff auf Weber und Bloch ein methodisches Instrumentarium entwickelt, das für diesen Zweck geeignet erscheint [85].

Für den Ruhrkampf ist eine entscheidende Weichenstellung die Orientierung des deutschen Widerstands auf äußere Hilfe durch eine Intervention dritter Mächte und nicht auf die eigene Kraft gewesen. Was wäre gewesen, wenn der Widerstand den eigenen Kräften hätte angepaßt werden können? Die Antwort auf diese Frage sind "Möglichkeitsurteile", also *"Aussagen über das, was bei Ausschaltung oder Abänderung gewisser Bedingungen geworden 'wäre'"*. Diese Aussage muß sich auf ein Wissen stützen, welches einerseits ein Wissen von Tatsachen ist, die zur historischen Situation gehören und andererseits ein Wissen um die "Regeln des Geschehens".

---

84. Meran, Theorien, a.a.O., S. 123f.

85. Wichtig ist hier vor allem die Argumentation Max Webers. Ausführlich entwickelt in: Weber, Max, Objektive Möglichkeit und adäquate Verursachung in der historischen Kausalbetrachtung, S. 266-290 in: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre von Max Weber. Hrsg. v. Johannes Winckelmann. 4. durchges. A. Tübingen 1973. (Im folgenden zitiert als: Weber, Möglichkeit, a.a.O.); Horsky, Vladimir, Prag 1968. Systemveränderung und Systemverteidigung (Studien zur Friedensforschung. Heidelberg. Band 14). München, Stuttgart 1975, S. 356-376. (Im folgenden zitiert als: Horsky, Prag, a.a.O.).

Bei diesen Möglichkeitsurteilen gibt es eine Gradabstufung, die davon abhängt, ob ein bestimmter Erfolg als möglich oder wahrscheinlich eingeschätzt wird. Das führt zur Frage nach der Verursachung historischen Geschehens. Weber unterscheidet zwischen adäquater und zufälliger Verursachung [86]. Davon leitet Horsky drei Möglichkeitskategorien ab: Das real Mögliche, das potentiell Mögliche und das prinzipiell Mögliche jenseits der historisch gegebenen Alternativen.

Das real Mögliche kann eintreten, ohne daß Fakten oder Rahmenbedingungen geändert werden müßten. Wenn es nicht eintritt, dann aufgrund eines hinzutretenden, hemmenden Faktors, der dem Charakter des Bedingungskomplexes zuwider läuft. Potentiell möglich ist eine Alternative, die hätte eintreten können unter weiteren begünstigenden Bedingungen. Treten potentiell mögliche Varianten nicht ein, dann aufgrund der Konstellation innerhalb des Bedingungszusammenhangs, der sie hemmte. Das potentiell Mögliche hat demzufolge einen geringeren Wahrscheinlichkeitsgrad, markiert aber deutlich die vertanen Chancen. Das prinzipiell Mögliche bezeichnet diejenige Alternative, jenseits des historisch Gegebenen: im Fall des Ruhrkampfs den geplanten und bewußten Einsatz des gewaltlosen Widerstands.

Für die historische Analyse bedeutet dieses methodische Vorgehen, das positive Wissen zu erarbeiten, das den Grad der Bestimmtheit eines alternativen Verlaufs ermessen läßt. Aus dem oben skizzierten Bedingungskomplex der Finanzierung und Konzipierung des Widerstands sind daher jene Elemente aufzustöbern, die, nach allen Erfahrungsregeln, geeignet gewesen *"wären", "eine andere Ursachenkette zu schmieden"* [87].

---

86. Vgl. Weber, Möglichkeit, a.a.O., bes. S. 268, 273-276, 278, 282-284, 286-290 (Zitate S. 275 und S. 276). Vgl. Horsky, Prag, a.a.O., S. 357-360.

87. Vgl. Horsky, Prag, a.a.O., S. 365-368, S. 366 Anm.12 und S. 376 (Zitat S. 376).

2.3. Theorieansätze

2.3.1. Theoretische Grundannahmen über die Verursachung von Konflikten und eine gewaltfreie Konfliktanalyse

Die folgenden Konzepte dienen dazu, die theoretischen Überlegungen in Bezug auf das Konfliktverständnis und Verursachung von Konflikten und einen gewaltfreien Umgang mit Konflikten zu verdeutlichen. Ein Konzept zur Analyse von Konfliktinhalten und zur Entwicklung von Handlungsanleitungen hat Hildegard Goss-Mayr für gewaltfreie Kampagnen entwickelt. In diesem Verfahren geht es letztlich darum, Gerechtigkeit gegenüber dem Gegner zu praktizieren. In den einzelnen Analyseschritten sollen *"in möglichst objektiver Weise die Gegebenheiten, die ein Unrecht darstellen"* aufgedeckt werden, und *"in einem fortschreitenden Prozeß (wird) das gesamte Problem"* erfaßt. Dafür ist der Ruhrkampf einzuordnen in die Entwicklung des Reparationskonflikts. Der nächste Schritt der Analyse besteht in der Identifizierung mit den vom Unrecht Betroffenen, *"um über die vordergründigen Fakten hinaus die geistig-seelischen Belastungen... zu erfahren"* [88]. Diese analytische Forderung wurde in der Arbeit dahingehend umgesetzt, daß, soweit aus den Quellen erschließbar, die Sichtweise von hauptsächlich Betroffenen entwickelt wurde und die Organisations- und Steuerungsleistungen der Regierung und der Bürokratie aus diesem Blickwinkel heraus bewertet wurden. Ein methodisches Handicap blieb, daß "Betroffene" erst dann in den Quellen erfaßbar wurden, wenn sie sich entweder organisierten oder per Beschwerden und Petitionen an Entscheidungsträger wandten.

Da in einem Konflikt *"die Linie, die Recht und Unrecht trennt, nicht zwischen den Konfliktpartnern verläuft"*, sondern sich *"auf jeder Seite, wenn auch in oft radikal ungleichem Maße, Recht und Unrecht befinden"*, folgt für die Konfliktanalyse nun, die *"Wahrheit der Gegenseite miteinzubringen"*. Das bedeutete, daß der französischen Position bei der Entwicklung der Vorgeschichte des Konflikts große Bedeutung beizumessen und eventuelle Wahrnehmungsverzerrungen herauszuarbeiten waren.

Ein weiterer Schritt besteht darin, *"daß die Betroffenen immer und als erstes sich selbst und ihre Mitverantwortung an dem bestehenden Unrecht*

88. Vgl. Goss-Mayr, Hildegard, Der Mensch vor dem Unrecht. Spiritualität und Praxis gewaltloser Befreiung. 4. neubearb. u. erw. A. Wien, München, Zürich

befragen" [89]. Dies hieß erstens, die Anteile der deutschen Politik an der Eskalation vor dem Einmarsch und an der Verhinderung von konstruktiven Alternativen zu erarbeiten. Zweitens blieb auch während des Ruhrkampfs die Notwendigkeit zum Entgegenkommen und zur Verständigung eine relevante Erfolgsbedingung von Diplomatie und Widerstand. Die Frage nach Gerechtigkeit im Sinne von beiderseits akzeptablen Lösungen kann durchaus auch in der Konfliktaustragung eine praktische, deeskalierende Bedeutung annehmen.

Für diese Arbeit muß der basisorientierte Handlungsansatz auf die staatliche Ebene übertragen werden. Dabei ergibt sich die Schwierigkeit, daß sich die handlungsleitenden Interessen von der Basis bis zur staatlichen Ebene verändern, ohne daß dies methodisch gefaßt werden kann. Hier war der von Bernd Wagner entwickelte bedürfnisorientierte Konfliktansatz hilfreich. Sein wesentlicher Beitrag für diese Arbeit liegt darin, daß er einen Erklärungsansatz für Konflikte als Unterdrückung von Bedürfnissen entwickelt, der formal genug ist, die jeweiligen spezifischen Arten und Ebenen eines Konflikts analytisch auszudifferenzieren [90].

Wagner führt Konflikte auf eine Unterdrückung von Bedürfnissen zurück. Als elementare Bedürfnisse bezeichnet er solche, die das Überleben betreffen (z.B. Behausung, Unterschlupf). Diese differenzieren sich auf höheren Ebenen der Befriedigung aus (Ansprüche an das Wohnen). Die Mittel und Arten der Bedürfnisbefriedigung (ein ausreichendes Einkommen für die Miete z.B.) werden genauso wie die Bedürfnisse zu Werten, die sich verselbständigen und selber zu Bedürfnissen werden. Aus der Vielzahl möglicher Bedürfnisse werden nur die bedeutsam, die eine genügend hohe energetische Spannung haben (notwendige Wohnungssuche). Die Aktivität entwickelt sich meist in die Richtung auf die Mittel der Bedürfnisbefriedigung (Finanzierung). Die aktive Bedürfnisbefriedigung führt zu einem Spannungsabbau, der das Niveau der Bedürfnisbefriedigung kennzeichnet (Wohnung oder Zimmer, preiswert oder teuer usw.). Jede Phase von Spannung, Aktivität und Befriedigung kann zum autonomen Bedürfnis werden, je nachdem, ob die Mittel oder Ressourcen, die Verhaltensweisen oder der Zustand der Befriedigung unterdrückt oder gefährdet sind [91]. Nach dieser formalen Charakterisierung klassifiziert

---

1981, 88f. (Zitate S. 88).

89. Ebd., S. 88f.

90. S. Wagner, Konflikte, a.a.O., S. 59-65, 96-98 und S. 110-128.

Wagner die verschiedenen Bedürfnisbereiche der Überlebens-, Kultur- (Lebensstandard), Sozial- und Selbstverwirklichungsbedürfnisse, ohne darin jedoch eine Hierarchie oder Isolierbarkeit festschreiben zu wollen [92].

Konflikte wurzeln in der *"Bedürfnishaftigkeit des Individuums"* und sind daher *"unvermeidbar"*. Aus jedem Bedürfnis, das befriedigt werden soll und aus jedem Potential, das Bedürfnisbefriedigung verspricht, können Konfliktsituationen entstehen, und das unabhängig davon, ob sie den Beteiligten bewußt oder gerade gelebt bzw. nicht-erlebt sind [93].

Für Wagner hat Konfliktgestaltung das Ziel, *"zu einem tendenziellen Ausgleich der Chancen zur Entwicklung und Befriedigung der Bedürfnisse aller"* zu kommen [94]. Welches die jeweils aktuellen Bedürfnisse sind, ist nach Wagner nur *"vorläufig"* zu definieren *"und zwar auf der Basis eines möglichst herrschaftsfreien informierenden und informierten Diskurses zwischen den Betroffenen"* [95]. Diese Diskussionsfähigkeit (als Voraussetzung von Konfliktfähigkeit) soll durch *"praktisches Lernen und Üben in sozialen Situationen"* erreicht werden [96].

---

91. Vgl. ebd., S. 65 und S. 67f.

92. Vgl. ebd., S. 74f. und s. ausführlich S. 68-98. S. dazu die Klassifizierung von Galtung nach Sicherheit, Wohlfahrt, Identität und Freiheit, eine ausführliche konkrete Liste bei Galtung, Johan, Basic Needs Approach in: Human needs. Hrsg. v. Katrin Lederer. Königsstein 1980, S. 66f. und das Kapitel "Is there a hierarchy of Needs?" (Der Aufsatz im folgenden zitiert als: Galtung, Needs, a.a.O.). Kritisch Sorensen, Georg, Peace and Security: Concepts and Strategies (1988), S. 558f. in: A Just Peace Through Transformation. Cultural, Economic, and Political Foundations for Change. Proceedings of the International Peace Research Association. Eleventh General Conference. Hrsg. v. Chadwick Alger u. Michael Stohl. Boulder, London 1988. Differenziert Zuschlag, Berndt, Thielke, Wolfgang, Konfliktsituationen im Alltag. Ein Leitfaden für den Umgang mit Konflikten in Beruf und Familie. Stuttgart 1989, S. 47f.

93. Wagner, Konflikte, a.a.O., S. 130 und S. 61-63 (Zitate S. 130).

94. Ebd., S. 40. Zur Definition von "Gestaltung" vgl. ebd., S. 31. Dort definiert Wagner Gestaltung in Anlehnung an Management und meint mit dem letzteren eine "Aktivität zur Initiierung und Koordination zielgerichtet arbeitsteiliger Prozesse in und zwischen sozialen Systemen."

95. Ebd., S. 73.

96. Ebd., S. 278f. (Zitat S. 279).

Wesentlich ist nun Wagners zweckgebundene Beziehungsdefinition zwischen den sozialen Systemen als Trägern der Konflikte (in diesem Fall Staaten im Konflikt um die Nachkriegsordnung) und den Mitgliedern dieser Systeme. Zur Befriedigung seiner Bedürfnisse ist das Individuum auf die Gemeinschaft angewiesen [97]. Von daher definiert Wagner "Soziale Systeme" als Träger der Konflikte. Ein "*soziales System*" besteht aus einer "*Mehrzahl von Individuen zwischen denen Beziehungen bestehen.*" (Familie, Sportverein, Unternehmen und Staat sind hier alle unter diesem Begriff faßbar) [98]. Die Systemmitglieder richten ihre speziellen Anforderungen und Bedürfnisse auf das jeweilige System. Durch die *"Bedeutung und Dringlichkeit"* der Bedürfnisse, die ein System für den Einzelnen abdecken kann, können *"die Bindungen an das System und deren Intensität bestimmt werden, und innerhalb des Systems sich dadurch zugleich auch Sanktionsmöglichkeiten gegen Nichtkonformität eröffnen"* [99]. (Versorgung mit Wasser und Energie, Entsorgung von Müll, soziale Sicherung, Sicherung vor äußerer Einmischung sind Beispiele wichtiger Leistungen öffentlicher sozialer Systeme). Darüberhinaus ist das Individuum auf den spezifischen Wertekontext seines Systems ausgerichtet, was wiederum seine Beziehungen zu äußeren Systemen prägt [100]. Den Zweck und die Zielbestimmung sozialer Systeme sieht Wagner in ihrem Beitrag zur externen wie internen Bedürfnisbefriedigung, den sie durch die Zusammenfassung der Individuen leisten. Soziale Systeme sind daher kein Selbstzweck [101]. Wagner kann jedoch letztlich kein soziales System ausmachen, das Konflikte mit der von ihm erwünschten Zielsetzung, nämlich "*(d)ie ständige Entwicklung, Entfaltung und tendenzielle Egalisierung der Bedürfnisbefriedigung aller*" [102] angeht. Er stellt sich durchaus - aber unbeantwortet - die Frage, *"wer, d.h. welches soziale System, überhaupt in der Lage ist, gestaltende Maßnahmen zu ergreifen, die an die Konfliktursachen rühren oder die diese zumindest bewußt und manifest machen können, - und welche Instrumente der Gestaltung (z.B.*

---

97. Ebd., S. 39 und S. 52. Auch nach Galtung, Needs, a.a.O., S. 28, entwickeln die meisten Individuen das Bewußtsein für ihre Bedürfnisse in einem sozialen Kontext und befriedigen sie auch dort.

98. Wagner, Konflikte, a.a.O., S. 38f. und S. 110 (Zitat S. 110).

99. Ebd., S. 113f. (Zitat S. 114).

100. Ebd., S. 125-127.

101. Ebd., S. 113, am Beispiel der Unternehmung verdeutlicht auf S. 114. Hinter dem Postulat der Systemerhaltung als Zwecksetzung vermutet er realiter Bedürfnisunterdrückung für die meisten Systemmitglieder, s. ebd., S. 114f.

Sanktionsmöglichkeiten, Medien der Informationsverbreitung, finanzielle oder soziale Machtmittel) diesen sozialen Systemen in der aktuellen Situation zur Verfügung stehen, vor allem, um auch strukturelle Änderungen einleiten zu können" [103].

Die Problematik, die mit einem Bedürfnisbegriff verbunden ist, der Kollektiven zugeschrieben wird, wird hieran deutlich. Galtung verweist auf die Tatsache, daß Gruppen, Städte und Länder, alles soziale Systeme im Wagnerschen Sinne, kein Bewußtsein besitzen, in dem Bedürfnisse reflektiert werden können. Dagegen entspricht es der üblichen Erfahrung, daß solche *"kollektiven Bedürfnisse"* normalerweise diejenigen der in diesen Kollektiven herrschenden Eliten zum Ausdruck bringen [104]. Wagner selbst macht darauf aufmerksam, daß u.U. alle Systemmitglieder vom Konflikt betroffen sind, auch wenn sie es nicht merken oder keine Unterdrückung von Bedürfnissen individuell festgestellt haben bzw. selber nicht als Unterdrücker aufgetreten sind. Sie sind betroffen, weil sie Mitglieder eines bestimmten sozialen Systems sind (*"Systemzusammenhang"*). Als *"(t)ypische Konfliktfälle, in denen der Systemzusammenhang offensichtlich wird"*, nennt er u.a. *"Situationen, in denen persönliche Feindschaften zwischen den Führern oder Repräsentanten z.B. politischer oder wirtschaftlicher Systeme Konflikte zwischen den gesamten jeweiligen Systemen hervorrufen"* [105]. Dies ist genau der Aspekt, der in dieser Arbeit interessiert. Mit Galtung wird daher an einer individuell orientierten Bedürfniskonzeption festgehalten, die explizit die Wahrnehmung und Befriedigung von Bedürfnissen beim Individuum verankert und sie gerade nicht Sozialen Systemen zuordnet [106]. Dadurch wird offenkundig, daß das Individuum zur Bedürfnisbefriedigung existenziell auf die Gemeinschaft angewiesen ist und daß Kollektive Träger von Konflikten sind. Es wird das Problem deutlich, wie das Individuum überhaupt eigene Bedürfnisse wahrnehmen, äußern und verfolgen kann, wenn es in soziale Systeme eingebunden ist, die ihrerseits fundamental in seine Wahrnehmung, Ausdrucksmöglichkeiten und Verwirklichungschancen eingreifen [107].

---

102. Ebd., S. 278.
103. Ebd., S. 254f.
104. Galtung, Needs, a.a.O., S. 60.
105. Wagner, Konflikte, a.a.O., S. 130f.
106. Vgl. Galtung, Needs, a.a.O., S. 60.
107. Wagner, Konflikte, a.a.O., S. 122, benennt z.B. "die Habitualisierung von

Aus diesem Blickwinkel heraus kann dann die innerstaatliche Lasten- und Gewinnverteilung eines Konfliktaustrages aus der Perspektive verschiedener Systemmitglieder (z.B. der Gewerkschaften, des Unternehmerverbandes etc.) bewertet werden. Es läßt sich dann die Frage nach Alternativen formulieren, etwa: was müßte sich ändern, damit beispielsweise tatsächlich ein Ausgleich der Bedürfnisse der einzelnen Widerstandsgruppen zustandekommt? Im Bezug zum äußeren Gegner wird die Begründung von staatlichem Handeln als "Staatsräson" und die Ausrichtung der Massen der Bevölkerung auf übergeordnete Begründungen (Staat, Nation usw.), für die dann die Opfer gebracht werden sollen, hinterfragbar [108].

Wagner hat zur Analyse von Realkonflikten einen Fragebogen entworfen[109], der hinsichtlich der Eskalationsgeschichte des Konflikts operationalisiert wurde, wobei die folgenden Probleme deutlich wurden. Als Analyseebene wurde die der beteiligten Regierungen samt angeschlossener Bürokratie festgelegt. Von hier aus erschien es schwierig, den Bogen zur individuellen Bedürfnislage spannen zu können. Dies äußerte sich konkret bei der Festlegung der Ebene der Datenbasis. Die Quellenlage ließ z.B. die Wahrnehmung der Bedürfnisunterdrückung auf der Ebene der breiten Bevölkerung als nicht rekonstruierbar erscheinen. Angesichts der Größe des Konflikts war zudem eine Einschränkung der Analyse geboten. Für den Bereich der artikulierten Wahrnehmung von Bedürfnisunterdrückung wurde daher das politische Subsystem herangezogen. Die systematisierende Analyse wurde durch Daten der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung ergänzt.

2.3.2. Konflikttheoretische Grundlagen

2.3.2.1. Konfliktstruktur und Konfliktverhalten, Definition und Einordnung gewaltlosen Konfliktverhaltens

Wenig brauchbar erwies sich Wagners Ansatz für die Analyse von Konfliktdynamiken und Wechselwirkungen. Das im Grundsatz kompatible Galtungsche Konfliktdreieck wurde für diesen Punkt herangezogen [110].

Verhaltensweisen, Interaktionsregeln, Normen und Einstellungen, die ... die Systemgrenzen verfestigen". S. ausführlich ebd., S. 124-128.

108. S. ebd., S. 113f.

Galtung unterscheidet darin den Inhalt vom Ausdruck eines Konflikts und ordnet dem Inhalt *"Unvereinbarkeiten"* zu, die beim *"kristallisierten"* Konflikt die entgegengesetzten Ziele von Handelnden und beim *"nichtkristallisierten"* Konflikt die Interessen von Parteien umfassen. Der Konflikt drückt sich in *"Einstellungen"* und *"Verhalten"* aus. Den Einstellungen in der nichtkristallisierten Form des Konflikts entsprechen *"social distance"* und Vorurteile, die sich zu Haß und Feindseligkeit steigern, wenn der Konflikt kristallisiert. Das Verhalten drückt sich in struktureller Gewalt oder in direkter Gewalt aus [111]. Konfliktinhalt, Einstellung der Konfliktparteien zueinander und Verhalten im Konflikt, das sind die wichtigsten Ordnungsbegriffe zur Beschreibung einer Struktur von Konflikt. Eine Eskalationsdynamik wäre damit beschreibbar, daß der Konflikt *"kristallisiert"*. Dabei konkretisieren sich die Elemente auf allen drei Ebenen: bei den Inhalten werden Interessen zu Zielen, die Einstellungen zueinander werden negativer und handlungsorientierter, das Verhalten wird offener negativ und destruktiv. Diese Zuspitzung findet sich im Reparationskonflikt wieder. Dabei stellte die Entwicklung dieses Konflikts bis zum Einmarsch nun beileibe keine lineare Eskalationskette dar. Vielmehr haftete ihr etwas Zyklisches an insofern, als daß problematische Entscheidungen von Mal zu Mal vertagt wurden und sich jeweils vor den Entscheidungen die Angelegenheit krisenhaft zuspitzte.

2.3.2.2. Wirkungsweisen gewaltlosen Konfliktverhaltens

Da in dieser Untersuchung gewaltloses Konfliktverhalten eine zentrale Katgorie ist, ist eine theoretische Einordnung zuvor nötig. Sie soll in zwei Schritten vorgenommen werden. Zuerst wird gewaltloses Konfliktverhalten zum Konfliktverhalten allgemein in Bezug gesetzt und nach seinen Wirkungsweisen differenziert. In einem zweiten Schritt wird gewaltloses Konfliktverhalten als ein Element von Konflikten zu den anderen Elementen (Zielen und Einstellungen) in Beziehung gesetzt.

Es gibt eine Wahrnehmung, die per se gewaltlosem Verhalten gegenüber Waffengewalt keine Erfolgschance einräumt [112]. Es gibt eine weitere

---

109. S. ebd., S. 198-211.

110. S. Galtung, Johan, Der Weg ist das Ziel. Gandhi und die Alternativbewegung. Wuppertal 1987, S. 87-90. (Im folgenden zitiert als: Galtung, Weg, a.a.O.).

Perspektive, für die gewaltloses Verhalten keine Sache der Erfolgsorientierung sondern der inneren Motivation der Akteure ist. Entsprechend sind es die subjektiven Faktoren, die den Charakter des Konflikts definieren [113]. Dazwischen gibt es sozusagen eine "pragmatische" gewaltlose Perspektive, die gewaltloses Konfliktverhalten befürwortet, weil es für wirkungsvoll gehalten wird, um selbstgesteckte Ziele zu erreichen [114]. In der Literatur zur Konfliktforschung erscheinen die beiden letzten Perspektiven manchmal vermischt [115].

Das herausragende Merkmal gewaltlosen Konfliktverhaltens ist der Verzicht auf physische Gewaltanwendung. Hier liegt der Schlüssel der Wirksamkeit gewaltfreier Aktionen [116]. Das bedeutet keineswegs, daß gewaltloses Verhalten nicht in einem Zusammenhang von gewaltsamen Rahmenbedingungen stattfindet. Gewaltlosigkeit kann als Aktionsform definiert werden, die klar darauf abzielt, die Gewalt in menschlichen Beziehungen auf das niedrigst mögliche Niveau zu reduzieren [117].

Mitchell schlägt als eine allgemeine Arbeitsdefinition vor, als Konfliktverhalten die offenen Handlungen anzusehen, die eine Partei gegenüber einer gegnerischen Partei mit der Absicht unternimmt, diese Partei von

---

111. Ebd., S. 88f.

112. Hierfür ist, wie oben auf S. 8 zitiert, Hagen Schulze ein bestechendes Beispiel in: Schulze, Weimar, a.a.O., S. 259.

113. S. beispielhaft Bruyn, Severyn T., Social Theory of Nonviolent Action: A Framework for Research in Creative Conflict, S. 16f. und S. 19 in: Action, a.a.O.

114. S. beispielsweise Sharp, Significance, a.a.O., S. 243 und Boserup/Mack, Krieg, a.a.O., S. 14.

115. Vgl. Eberwein Wolf-Dieter, Reichel, Peter, Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung (Texte und Studien zur Politologie. Hrsg. v. Professor Klaus von Beyme und Professor Kurt Sontheimer). München 1976, S. 112. S. Boserup/ Mack, Krieg, S. 18-31, vgl. bes. S. 20 zur teilweise verschwommenen Begrifflichkeit und den daraus resultierenden Unklarheiten bezüglich der Bewertung der unterschiedlichen Methoden gewaltloser Aktion.

116. Vgl. Jochheim, Gernot, Die gewaltfreie Aktion. Idee und Methoden, Vorbilder und Wirkungen. 1. Aufl. Hamburg 1984, S. 23.

117. Vgl. Roberts, Adam, The Technique of Civil Resistance. Maschinenschriftliches Manuskript. London 1976, S. 100. (Im folgenden zitiert als: Roberts, Technique, a.a.O.).

ihren Zielen abzubringen oder diese zu verändern. Als die wichtigsten Konfliktstrategien kennzeichnet Mitchell die des Zwangs, der Belohnung und der Zugeständnisse und der Übereinkunft [118].

Als die wichtigsten Wirkungsmechanismen gewaltloser Aktionen arbeitete Lakey ebenfalls Zwang, Bekehrung und Überredung heraus. Je nach dem Grad der Abhängigkeit des Konfliktgegners vom Akteur können gewaltlose Methoden auf eine vollständige Zwangswirkung ausgerichtet werden oder aber auf Zwang verzichten und allein auf die Bekehrung ausgerichtet werden [119]. Eine Lösung wird indessen als umso tragfähiger bewertet, je mehr sie durch Bekehrung zustande gekommen ist. Um dies durch die Art der Konfliktaustragung bereits zu begünstigen, folgt für das gewaltlose Konfliktverhalten ein möglichst enger Kontakt zum Kontrahenten, möglichst eine Lösung, die zusammen mit dem Gegner gefunden wird, darin eingeschlossen die Fähigkeit zur selbstkritischen Veränderung der eigenen Position und eine Konfliktaustragung auf möglichst niedrigem Eskalationsniveau [120].

Methoden gewaltloser Konfliktaustragung stehen vor dem Problem, in der Konfliktforschung nicht ernst genommen zu werden. Dies ist weniger bei den Methoden der Fall, die auf Zwang beruhen (Streik, Boykott), weil da offensichtlich der Wirkungsmechanismus unmittelbarer einzusehen ist. Umso mehr trifft es aber auf die Methoden zu, die auf Bekehrung abzielen. Sie gehören z.B. bei Mitchell zum nicht weiter klassifizierten Konfliktverhalten [121].

Die Wirkungsweise dieser gewaltlosen Methoden hat Lakey herausgearbeitet. Er verweist auf die Mechanismen von Gruppenidentifikation und Abwertung des äußeren Gegners, die in kollektiven Konflikten stattfinden. Die Abwertung erleichtert gewaltsames Verhalten, und die Hauptaufgabe der gewaltlos Handelnden besteht darin,

---

118. Vgl. Mitchell, Structure, a.a.O., S. 120 und S. 122.

119. Vgl. Lakey, George, Sociological Mechanisms of Nonviolence: How It Works, S. 65-68 in: Action, a.a.O. (Im folgenden zitiert als: Lakey, Mechanisms, a.a.O.).

120. Vgl. Galtung, Weg, a.a.O., S. 116, 179 und S. 135-138.

121. Vgl. Mitchell, Structure, a.a.O., S. 140-142.

ihre Gegner dahin zu bringen, in ihnen Mit-Menschen zu sehen. Dieses ist erst die Basis, auf der Leiden anderer zu Identifikation führt und die Prozesse von Überzeugung und Bekehrung in Gang bringt [122].

Gewaltloses Verhalten kann demnach durchaus darauf verzichten, die Einstellungen der Gegenseite positiv beeinflussen zu wollen. Diese Möglichkeit eröffnet sich dann, wenn die angedrohte Veränderung der Beziehung (z.B. durch Streik oder Boykott) für die gegnerische Seite unakzeptable Kosten aufwirft (dauerhafter Einkommensverlust in existenzbedrohender Höhe etc.). Hinzu kommt, daß entweder diese Konfliktpartei keine Zwangsmittel anwenden kann und/ oder die gewaltlos handelnde Partei deren Anwendung standhält.

Aus dieser Sicht würden zwei grundsätzlich verschiedene Bedingungen für die Anwendung gewaltloser Methoden zu formulieren sein:

1. Methoden, die auf Nachgeben durch Zwang abzielen, benötigen ein gewisses Maß von Abhängigkeit von der gewaltlos handelnden Partei, begrenzte Zwangsmittel auf der Gegenseite und/oder die Bereitschaft, die Gewaltanwendung auszuhalten.

2. Methoden, die auf Nachgeben durch Überredung und Bekehrung abzielen, müssen die Mechanismen der Gruppenidentifikation nach innen und Abwertung nach außen überwinden und Gemeinsamkeit schaffen, brauchen also ein gewisses Maß an Nähe und Kontakt zum Gegner. Dies kann, wie Galtung herausgearbeitet hat, durchaus über dritte Parteien vermittelt sein [123].

2.3.2.3. Gewaltloses Konfliktverhalten als Element von Konflikt

Die von Lakey erarbeitete Wirkungsweise gewaltloser Aktionen würde, übertragen auf die Elemente und Dynamiken [124] von Konflikten,

122. Vgl. Lakey, Mechanisms, a.a.O., S. 69 und S. 71.

123. Vgl. Galtung, Johan, Die Prinzipien des gewaltlosen Protestes - Thesen über die "Große Kette der Gewaltlosigkeit", S. 85 in: Dokumentation des Bundeskongresses "Wege zur Sozialen Verteidigung" vom 17.-19. Juni 1988. Hrsg. v. Bund für Soziale Verteidigung. Minden 1988. (Die Dokumentation im

folgendermaßen zu beschreiben sein: Bei weiter bestehenden Unvereinbarkeiten hinsichtlich des Inhalts des Konflikts verhält sich eine Partei ohne Gewaltanwendung und behält dies auch gegenüber gewaltsamem Verhalten anderer Konfliktparteien bei. Dies erzeugt eine gewisse Spannung auf der Verhaltensebene, führt aber nicht notwendigerweise zu einer Veränderung der Einstellung, der Ziele, ja nicht einmal unbedingt zu einer Veränderung des Verhaltens der anderen Partei. In der Konfrontationssituation eines Konfliktes zeigt die extreme Asymmetrie von gewaltlosem Verhalten angesichts potentiell unbegrenzter gewaltsamer Unterdrückungsmittel aber eine spezifische Wirkung. Diese besteht darin, daß auf der psychologischen Ebene die Bereitschaft zu Eskalation und zur Ausführung von Unterdrückungsmaßnahmen erschwert wird und auf der politisch-strategischen Ebene Zwangsmaßnahmen inopportun erscheinen [125].

Bei der Anwendung von Methoden, die auf Bekehrung gerichtet sind, kommt nun noch hinzu, daß die gewaltlos handelnde Partei speziell auf die in der Regel negativen Einstellungen der Gegenseite einwirkt mit dem Ziel, eine grundlegende Gemeinsamkeit zu entwickeln, die Abwertung und Entmenschlichung aufhebt. Wenn und insoweit dies gelingt, gewinnt die Diskrepanz des Verhaltens beider Konfliktparteien zusätzlich an Bedeutung, denn es entsteht eine Spannung zwischen einer positiveren Einstellung und weiterhin negativem/ gewaltsamem Verhalten. Diese Spannung kann dazu führen, das gewaltsame Verhalten zu verändern. Sie kann darüberhinaus auch die Inhalte des Konflikts berühren und die bislang verfolgten Ziele in einem anderen Licht erscheinen lassen.

---

folgenden zitiert als: Dokumentation Bundeskongreß 1988, a.a.O.).

124. Zu den Elementen von Konfliktdynamik s. Mitchell, Structure, a.a.O., S. 63 und S. 65-67. Dies entspricht der psychischen Distanz bei Ruloff, Konfliktlösung, a.a.O., S. 34.

125. Vgl. Boserup/ Mack, Krieg, a.a.O. S. 142f. Die oben beschriebene erste Wirkung gewaltloser Methoden ist die, die zu "Widersprüchen" bei der Gegenseite führt. S. dazu auch Mitchell, Structure, a.a.O., S. 158. S. auch Heckmann, G., Lehren des norwegischen Widerstandes, S. 132-143 in: Civilian Defence. Voraussetzungen und Möglichkeiten. Ein neuer Weg zu Abrüstung und Sicherheit? Tagungsbericht der wissenschaftlichen Arbeitstagung v. 15.-17. 9. 1967, veranstaltet von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler. München 1967. (Der Sammelband im folgenden zitiert als: Civilian Defence, a.a.O. und der Aufsatz als: Heckmann, Lehren, a.a.O.).

2.3.2.4. Konzepte Sozialer Verteidigung und Erfolgsbedingungen zivilen Widerstands

Zur gewaltlosen Austragung zwischenstaatlicher Konflikte sind die Konzepte Sozialer Verteidigung entwickelt worden. Die am weitesten ausgearbeiteten Konzepte finden sich bei Ebert, Sharp und Boserup/Mack [126], und anhand ihrer Arbeiten werden die strategischen Vorschriften im folgenden ausgeführt. Das Konfliktszenario der Sozialen Verteidigung zielt auf den Widerstand gegen eine Besetzung ab. Ob die Aussagen zur Strategie und den Wirkungsweisen Sozialer Verteidigung überhaupt auf bestehende Gesellschaften übertragbar sind, wird von verschiedenen Theoretikern unterschiedlich und teilweise widersprüchlich eingeschätzt [127]. Hier wird, analog zu den Überlegungen von Boserup/Mack, davon ausgegangen, daß bei der Ausarbeitung des Verteidigungssystems *"die grundlegenden Züge*

---

126. Dabei wurden folgende Schriften aus dem umfangreichen Schrifttum zugrundegelegt: Ebert, Strategie, a.a.O., S. 60-66; Sharp, Gene, Making Europe Unconquerable. The Potential of Civilian - based Deterrence and Defence. Cambridge 1985. (Im folgenden zitiert als: Sharp, Europe, a.a.O.); Boserup/ Mack, Krieg, a.a.O.; Roberts, Technique, a.a.O., S. 120-126, behandelt ebenfalls Ziele und Strategien, hat sie jedoch nicht, wie die anderen Autoren, zu einem zusammenhängenden Handlungskonzept verbunden.

127. Vgl. Sternstein, Wolfgang, Übergangsstrategien zur Sozialen Verteidigung, S. 120 in: Dokumentation Bundeskongreß 1988, a.a.O., demzufolge mit Sozialer Verteidigung nicht nationale Interessen und Privilegien verteidigt werden können. Ebert, Theodor, Die soziale Verteidigung als Forschungsaufgabe, S. 170 in: Civilian Defence, a.a.O., meint einerseits, daß das Verteidigungskonzept den Status quo erhalten können soll, "aber eben nicht in seiner Gesamtheit". Sharp, Europe, a.a.O., S. 81; Sharp, Gene, Grundlagen der Sozialen Verteidigung, S. 10 in: ga. Nr. 75/76. 1. u. 2. Quartal 1988, betont das Auftreten gewaltlosen Widerstands in jeder möglichen Gesellschaftsform. Auch Galtung erkennt an, "daß es die Möglichkeit zur Sozialen Verteidigung in jeder Gesellschaft gibt" in: Galtung, Johan, Strategien des direkten und des strukturellen Widerstandes, S. 23 in: ebd.; Ebert, Theodor, Gewaltfreier Widerstand gegen stalinistische Regime?, S. 53 in: Ebert, Soziale Verteidigung, Bd. 1, a.a.O., zur zunehmenden Verteidigungsfähigkeit und -bereitschaft aufgrund gesellschaftlich errungener Reformen.

der Wirtschaft und der übrigen Gesellschaftsstruktur als gegebene Größen begriffen werden (müssen), da man sonst entschieden andere Dinge verteidigt." **128**

Ein erster Blick soll auf die Widerstandshandlungen geworfen werden, die im Konfliktfall zur Anwendung kommen. Nach Sharp bedient sich die Soziale Verteidigung ziviler Kampfmethoden auf sozialer, wirtschaftlicher, politischer und psychologischer Ebene (wie politische Nichtzusammenarbeit, Streik, wirtschaftlicher Boykott, symbolischer Protest, ziviler Ungehorsam, sozialer Boykott und extremere Formen von Spaltung und Intervention). Träger dieser Verteidigung ist die Bevölkerung im allgemeinen, sowie besondere Gruppen und die Institutionen der Gesellschaft. Am stärksten beteiligt sind diejenigen Gruppen und Institutionen, auf die sich der Angriff direkt richtet (wirtschaftlich, ideologisch, politisch etc.) und die deshalb am besten für einen Widerstand geeignet sind.

Angesichts eines direkt bevorstehenden Angriffs beginnt der Kampf sofort mit einer massiven Konfrontation, die auf eine schnelle Entscheidung abzielt oder mit "Kommunikation und Warnung". Dies sind die beiden möglichen Eingangsstrategien, die darauf abzielen, allen Beteiligten die Entschlossenheit eines entschiedenen Widerstandes zu signalisieren und die Bevölkerung an die aktive Teilnahme am Abwehrkampf von Beginn an zu gewöhnen. Mit der gewaltlosen Konfrontation soll der Angriff durch eine blitzschnelle Kampagne von fast vollständiger Nichtzusammenarbeit und Herausforderung zurückgeschlagen werden. Hier kommen Aktionsformen in der gesamten Gesellschaft zum Einsatz, die auf einer Massenbasis beruhen: Generalstreik, Massendemonstrationen - oder Entleerung der Straßen, Evakuierung von Städten, massenhafter Dienst nach Vorschrift, Paralyse des politischen Systems, massenhafte Versuche, die Truppen und Beamten der Angreifer zu beeinflussen, herausfordernde Sendungen und Veröffentlichungen mit Neuigkeiten über den Angriff und den Widerstand und vieles andere mehr. Die Strategie der "Kommunikation und Warnung" ist die zweite Eingangsstrategie. Sie bedient sich aller möglichen und geeigneten Kommunikationsmittel und zielt auf die gegnerische Führung, die eigene und fremde Bevölkerung, die fremden Truppen, mögliche Kollaborateure im eigenen Lager und dritte Parteien. Neben den mehr kommunikativen und manchen anderen symbolischen Mitteln können auch

---

128. Vgl. Boserup/Mack, Krieg, a.a.O., S. 49.

direkte Interventionen und Obstruktion eingesetzt werden, etwa in Blockaden von Verkehrswegen oder im Unbrauchbarmachen von bestimmten Werkzeugen etc. bis zur gezielten Zerstörung bestimmter Objekte. Auch die bei der Konfrontationstaktik angesprochenen massiven Mittel sollen in dieser Phase bereits kurz zum Einsatz kommen, um den Angreifern einen Eindruck von diesen stärkeren Methoden zu geben, die sie bei Fortsetzung der Aggression erwarten. Dauert die Besetzung weiter an, wird der Widerstand auf einen längeren Zeitraum ausgerichtet. Dieser ist auf zwei Arten möglich, entweder als "totaler Widerstand" oder als "selektiver Widerstand", den die hauptsächlich angegriffenen Institutionen und Gruppen leisten.

"Totaler Widerstand" - Kampagnen umfassender Nichtzusammenarbeit und Herausforderung durch die gesamte Gesellschaft gegenüber dem Regime des Angreifers und seiner Politik insgesamt - umfaßt eine viel größere strategische Nichtzusammenarbeit als in den bisher improvisierten Fällen des gewaltlosen Kampfes gegen eine Besetzung. Diese Strategie fordert viel größere Kosten für die verteidigende Seite und sollte daher nach Sharp nur punktuell, nach reiflicher Überlegung und vorübergehend eingesetzt werden.

Der Hauptstoß der Verteidigung sollte seiner Meinung nach im selektiven Widerstand liegen, der sich bewußt auf einige für die Verteidigung entscheidende Punkte konzentriert. Diese sind in den Bereichen:

- Der konkreten Angriffspunkte im wirtschaftlichen, politischen oder ideologischen Bereich,

- Der Kontrolle über den Staatsapparat,

- Der Aufrechterhaltung der Autonomie und Handlungsfähigkeit der Institutionen einer Gesellschaft,

- Bestimmter Kristallisationspunkte der allgemeinen Werte von Demokratie, Selbstbestimmung und Freiheit,

- Der Stärkung der gesellschaftlichen Institutionen,

- Des gezielten Gegenstoßes auf die Schwachstellen des Angreifers über die Analyse seiner Stärke und Unterstützung und den gezielten (direkten oder indirekten) Abbau dieser Pfeiler [129] zu suchen und zu konkretisieren.

Insbesondere in der "dynamischen Weiterarbeit ohne Kollaboration" kristallisieren sich Kernpunkte des zivilen Widerstandsverhaltens. Diese Verhaltensweise bedeutet, daß *"der Bürger an seinem Arbeitsplatz bleibt, aber den Usurpatoren konsequent den Gehorsam verweigert, und der Widerstandssituation entsprechend seine bisherigen Pflichten weiter erfüllt und auch seine Arbeitsvorhaben vorantreibt"*. Sie umfaßt Nichtzusammenarbeit, die Weiterarbeit nach den eigenen Regeln, die Verneinung des Kontrollanspruchs der Angreifer, das Standhalten gegenüber der Androhung und der Anwendung von Gewalt, die Einwirkung auf die fremden Soldaten (und die Möglichkeit dazu), das Verursachen hoher Kosten für den Angreifer (durch den Zwang, praktisch jeden für den Angreifer erforderlichen Arbeitsplatz zuerst mit Gewalt zu räumen und dann mit eigenen kompetenten Fachkräften zu besetzen), die Konzentration des Kampfes auf zentrale Werte des angegriffenen Systems [130].

Die Bevölkerung verfügt als Trägerin des Widerstands demnach über ein breit gefächertes Repertoire an Verhaltensweisen [131] und kennt auch deren Wirkungen auf das eigene System (z.B. die selbstschädigende Wirkung des Generalstreiks im Bereich der Versorgung mit wichtigen öffentlichen Dienstleistungen usw.).

Mit einem strategischen Ansatz haben Boserup und Mack das Konzept der Sozialen Verteidigung untersucht. Sie arbeiteten als Schwerpunkte eines zivilen Widerstands heraus, daß nur solange, wie der Zusammenhalt gewahrt ist, der Widerstand fortgesetzt werden kann. Ist er zerbrochen, durch innere Unstimmigkeit, zu großen äußeren Druck etc., ist auch die Verteidigung zusammengebrochen. In einer ersten Phase muß die Verteidigung vorrangig ihren Schwerpunkt schützen - den Zusammenhalt. Alle Methoden und Organisationsformen sind danach zu beurteilen, wieweit sie diesem Ziel dienen. Gelingt dies, dann müssen die Mittel des Angreifers geschwächt werden, damit er nicht mehr mit der Aggression fortfahren kann. Der bevorzugte Ansatzpunkt dieses Gegenangriffs sind ganz

129. S. Sharp, Europe, a.a.O., S. 120f. und S. 128-143.

130. S. Ebert, Strategie, a.a.O., S. 61-65.

131. Vgl. die Liste der Aktionsformen bei Roberts, Technique, a.a.O., S. 44 - 52,

allgemein die inneren Widersprüche im Lager des Gegners. Sie werden konkret aktiviert, indem die Moral der Truppen geschwächt, die Opposition im Lande des Angreifers gestärkt und internationaler Druck über die Interessen von Drittländern mobilisiert wird. Der Gewaltverzicht auf der Seite der Verteidigung wirkt sich in dieser Phase besonders begünstigend aus, denn die Wirkung gewaltloser Methoden besteht darin, daß sie einerseits in großem Maße ideologische Widersprüche beim Gegner aktivieren können und andererseits keine Rechtfertigung für Unterdrückungsmaßnahmen liefern, die den Zusammenhalt des Widerstands durch Unterdrückung zerbrechen könnten. Die strategischen Ressourcen des Widerstands liegen hauptsächlich in den Menschen, politischem Willen, Zeit und manchmal in Gebieten. Die Hauptelemente der Strategie sind damit vorgegeben: *"Ermüdungskrieg, bei dem der Gegner das Land besetzen kann; Vertrauen in die Bevölkerung als Schutz, Versteck, Versorgungshilfe, Kommunikation und Nachschub; systematische Anwendung taktischen Rückzugs; und die Notwendigkeit, politisch ununterbrochen in der Offensive zu sein"* [132].

Insbesondere die letzten Ausführungen bei Boserup/Mack machen es möglich, einige besonders wichtige Kriterien für einen Erfolg eines zivilen Widerstands herauszuarbeiten und sie zu Erfolgsbedingungen zusammenzufassen [133]. Die innere Logik der Konzeption Sozialer Verteidigung beruht auf einigen Annahmen, die gleichzeitig über die Erfolgsaussichten von zivilem Widerstand bestimmen. Die theoretischen Annahmen gehen davon aus,

- Daß der Widerstand Unterdrückung standhalten kann (Grundbedingung 1)

- Daß der Widerstand auf Dauer aufrechterhalten werden kann, jedenfalls muß er länger als die Unterdrückung dauern (Grundbedingung 2)

- Daß der Widerstand unter Umständen das Eskalationsniveau der gegnerischen Gewalt reduzieren kann (Grundbedingung 3/ Situationsbedingung 1)

Diese drei Bedingungen sind notwendig für jeden erfolgreichen Widerstand. Wenn der Widerstand der Unterdrückung nicht standhält, bedeutet dies,

---

die er von Sharp übernommen hat.

132. Vgl. Boserup/Mack, Krieg, a.a.O., S. 138-144 und S. 61 (Zitat S. 61).

dem Willen des Gegners nachzugeben [134]. Wenn der Widerstandswille nicht mehr vorhanden ist, ist es gleichgültig, ob noch die Kräfte zum Weitermachen da sind (Bedingung 2) oder ob der Widerstand geeignet ist, das Maß der Gewaltanwendung zu reduzieren.

Die Fähigkeit, Unterdrückung standzuhalten, hängt vom Grad der Unterdrückung und vom Grad der Standfestigkeit ab. Festzuhalten ist, daß nicht immer jede Möglichkeit zum Terror bis zum letzten genutzt wird [135]. Die Erfahrungen im Umgang mit Repression und Unterdrückung sind bislang sehr widersprüchlich und entziehen sich Verallgemeinerungen [136].

Wenn der Widerstand nicht auf Dauer aufrechterhalten werden kann (Bedingung 2), bedeutet dies, daß die Kosten des Widerstands die der Kapitulation übersteigen. Dies kann entweder auf strukturelle Ursachen zurückgehen (Verwundbarkeit des eigenen Systems) oder auf eine situative Überanstrengung der eigenen Kräfte (materiell wie immateriell), zu der auch die Spaltung gehört. Die entscheidende Frage ist hier: Wie soll der Einbruch in das Werte-, Sozial-, Wirtschafts- und Verwaltungssystem

---

133. Ebd., S. 138-144.

134. Heckmann, Lehren, a.a.O., S. 140, bezog den Fall auf die Erfahrungen in Norwegen.

135. S. Neidert, R., Verankerung des Widerstandsrechts statt Civilian Defence, S. 184 in: Civilian Defence, a.a.O., setzt die Bereitschaft zum Terror absolut. Dagegen Heckmann, Lehren, a.a.O., S. 142, zur konkreten Begrenztheit des Terrors in Norwegen und Boserup/Mack, Krieg, a.a.O., S. 140, zum System- und Strategiekontext von Gewaltanwendung.

136. Vgl. Roberts, Technique, a.a.O., S. 131-133. April Carter beschreibt mehr die widerstandsfördernde Wirkung von Repressionsmaßnahmen in: Carter, April, Die politischen Voraussetzungen der Sozialen Verteidigung, S. 245-247 in: Widerstand, a.a.O. (Im folgenden zitiert als: Carter, Voraussetzungen, a.a.O.).

verhindert werden? [137] Wie geschlossen z.B. muß eine Gesellschaft sein? Ein genaues Maß kann aus den bisherigen Erfahrungen nicht bestimmt werden [138].

Wenn die Bereitschaft zur Gewaltanwendung den gezielten Mord bestimmter Personenkreisen oder Bevölkerungsgruppen einschließt, muß ein ziviler Widerstand eine solche Gewaltanwendung bzw. die Bereitschaft dazu reduzieren können. Gelingt dies nicht, so bedeutet dies im Extremfall, daß das Überleben der Bevölkerung oder gefährdeter Gruppen nicht gewährleistet werden kann [139]. Selbst wenn die Menschen sich in Unterdrückungssituationen nicht zwingen lassen, ist dann nicht gesichert, daß sie nicht unterschiedslosen Massakern zum Opfer fallen. Auch die strukturellen und situativen Möglichkeiten zum Widerstand werden dann sinnlos, wenn sie die Menschen nicht dem Völkermord zu entziehen vermögen. Roberts drückte sich sehr vorsichtig aus, wenn er zahlreiche Fälle feststellte und einige beschrieb, in denen gewaltlose Aktionen die Fähigkeit des Gegners zur Gewaltanwendung gehemmt zu haben schienen. Die von ihm berichteten Fälle betrafen durchweg die direkte Konfrontation bewaffneter Einheiten mit Unbewaffneten. Er betont, daß sich augenscheinlich keine Theorie des zivilen Widerstands auf die Idee gründen könne, daß ein solches Morden überhaupt nicht auftreten würde. Es sei im Gegenteil leider wahrscheinlich, daß es vorkomme [140].

Ob gewaltloser Widerstand Gewaltanwendung reduzieren kann, ist von grundlegender Bedeutung [141] auch unterhalb der oben beschriebenen Eskalationsstufe, denn nur so kann er Schutz entwickeln. Boserup/ Mack

---

137. S. Forndran, Ehrhard, Abrüstung und Friedensforschung. Kritik an E. Krippendorff, D. Senghaas und Th. Ebert. Düsseldorf 1971, S. 80, 88f. und S. 95. Er nennt als verwundbare Stellen gerade die hochspezialisierte Arbeitsteilung und die Unterbrechung von Wirtschaftskreisläufen. (Im folgenden zitiert als: Forndran, Abrüstung, a.a.O.).

138. Carter, Voraussetzungen, a.a.O., S. 247-251 mit unterschiedlichen historischen Erfahrungen.

139. Forndran, Abrüstung, a.a.O., S. 73.

140. Roberts, Technique, a.a.O., S. 55, 59 und S. 62.

141. Roberts zufolge gründet sich auf diese Annahme mehr oder weniger jeder Versuch, zivilen Widerstand zu Verteidigungszwecken zu nutzen, s. seine Auseinandersetzung damit in: Roberts, Technique, a.a.O., S. 53-75, vgl. bes. S. 53. Insbesondere das "Sündenbock" - Phänomen: die Verschiebung von Frustration

verweisen darauf, daß Gewaltanwendung von konkreten Rahmenbedingungen abhängig ist: *"Wie jede andere Handlung in einem Krieg ist Unterdrückung keine sinnlose Zerstörungshandlung, sondern eine zweckbestimmte Aktivität. Sie wird ausgeübt in einem bestimmten sozialen, politischen, kulturellen und ideologischen Kontext, indem sie auf irgendeine Art berechtigt und geeignet erscheint. ... Physische Unterdrückung kann darum nicht als völlig willkürliche Handlung begriffen werden, als 'im Prinzip' immer mögliche Handlung, die ihre Grenzen nur in den vorhandenen physischen Mitteln findet und in der Menschlichkeit der feindlichen Leiter oder deren Mangel an ausreichenden Motiven. Man kann die 'psychologischen' und technologischen Seiten der Unterdrückung nicht von ihren politischen und soziologischen Aspekten trennen, ohne gleichzeitig auf jede Verbindung mit der Wirklichkeit zu verzichten."* **142**

Darum ist gerade an dieser Stelle der konkrete Konfliktkontext zu berücksichtigen, weil nicht immer Völkermord das Ziel oder auch nur eine Option der Konfliktpartei darstellt, die zur Gewaltanwendung bereit und entschlossen ist. Für den Ruhrkampf z.B. hat sich diese Frage nie gestellt. Von daher gehört diese Bedingung auch zu den eher situationsbezogenen Erfolgsbedingungen.

Die Relevanz der einzelnen Situationsbedingungen hängt von den spezifischen Zielsetzungen im konkreten Konflikt ab. Als solche sind jeweils zu bestimmen:

- Das Ausmaß der Abhängigkeit von Zusammenarbeit (Situationsbedingung 2).

Die mit einer Besetzung verbundenen Optionen können sehr begrenzt sein und sich nur auf bestimmte Dienstleistungen, Güter, Ressourcen oder strategische Positionen richten **143**. Sofern eine Abhängigkeit von

---

durch Gewalt gegenüber Schwächeren (ethnischen Gruppen oder kleineren Staaten) verstärkt seine Auffassung, daß Gewaltlosigkeit kein Allheilmittel ist, vgl. ebd., S. 68f. Zur Kritik am Postulat der Gewaltlosigkeit in der deutschen Konzeption von Sozialer Verteidigung s. Thielen, Joseph H. Helmut, "Soziale Verteidigung" - revolutionärster Zweig der Friedensforschung oder sektiererische Sackgasse? Zur Kritik eines praxeologischen Konzepts der Friedensforschung. Maschinenschriftliches Manuskript. Berlin 1975, S. 5f., 15 und S. 50.

142. Boserup/Mack, Krieg, a.a.O., S. 140.

Zusammenarbeit besteht (bei der Herstellung bestimmter Güter, Dienstleistungen etc.), muß diese Zusammenarbeit verweigert werden. Die Effizienz der Nichtzusammenarbeit hängt ab vom Grad der Abhängigkeit von den Diensten etc., vom Bewußtsein hierüber und dem Ausmaß der Bereitschaft zur Nichtzusammenarbeit [144]. Dies setzt eine relativ hohe Partizipation am Widerstand, moderne Kommunikation, eine gewisse Legitimität des angegriffenen Systems und politisches Bewußtsein der Akteure voraus und hängt besonders von örtlichen Gegebenheiten und Traditionen ab [145].

- Die Möglichkeit, den Nutzen der Besetzung zu verringern (Situationsbedingung 3).

Falls keine Abhängigkeit von Zusammenarbeit besteht [146] bzw. diese Zusammenarbeit durch den Einsatz eigener Kräfte (oder Kollaborateure) vermindert wird, muß der Nutzen der Güter oder Arbeitsmittel verringert werden (gezieltes Unbrauchbarmachen von Gütern, Anlagen, Infrastruktur) [147].

In diese Klassifizierung von Verhaltensrepertoire und Erfolgsbedingungen gewaltloser Gegenwehr müßten die Widerstandhandlungen und die Strategie des passiven Widerstands einzuordnen sein. Auf diese Weise wären das Maß von Erfolg und Mißerfolg sowie die entscheidenden Schwachstellen konkret und differenziert angebbar.

---

143. Vgl. Forndran, Abrüstung, a.a.O., S. 86-88.

144. Porsholt, Lars, Probleme des Überganges von militärischer zu ziviler Verteidigung, S. 58f. in: Civilian Defence, a.a.O. (Im folgenden zitiert als: Porsholt, Probleme, a.a.O.).

145. Roberts, Technique, a.a.O., S. 39.

146. S. hierzu systematisch Porsholt, Probleme, a.a.O., S. 58f.

147. Damit wäre die Kritik Forndrans, Abrüstung, a.a.O., S. 65, widerlegt, daß nur begrenzte Ziele eines Angriffes diskutiert und "sicherheitspolitische, ideologische oder einfach auf die Ausdehnung seines Territoriums ausgerichtete Überlegungen eines Angreifers (kaum) berücksichtigt (werden)." Richtig ist jedoch ein Übergewicht der deutschen Diskussion im Bereich der Nichtzusammenarbeit.

2.3.3. Systemtheoretische Konzepte zur Analyse des außenpolitischen Entscheidungsprozesses und zur Ermittlung von Handlungsspielräumen politischer Akteure

Als Faktoren, die auf Verlauf und Ergebnis des Ruhrkampfs Einfluß ausübten und damit als Ursachen infrage kommen, können für den Ruhrkampf ausgemacht werden:

1. Die Organisierung, Anlage und Finanzierung des Widerstands

2. Die Mobilisierung von finanziellen Ressourcen (Markstützung) und ihre Grenzen (Inflation)

3. Die übersteigerten Erwartungen an die Diplomatie, ihre Berechtigung (Strategie) und ihre objektiven und subjektiven Begrenzungen (Fehleinschätzungen und Reparationskonflikt)

4. Die Abstimmung von Widerstand und Diplomatie hinsichtlich ihrer spezifischen Erfordernisse und gemeinsamen Zielperspektive.

Damit ist die primäre Untersuchungsebene für den Verlauf die Leitungsebene des Widerstands. Bei der Strukturierung der Untersuchungsebene "Leitung des Ruhrkampfs" leisteten die systemtheoretischen Überlegungen von Hucke [148] und Ruloff [149] wichtige Hilfen. Das Fruchtbare an Huckes wie an Ruloffs Arbeiten war, daß sie beide einerseits einen relativ geringen Abstraktionsgrad aufweisen und dadurch in ihrer Begrifflichkeit für die Strukturierung der Datenerhebung konkret genug sind. Gleichzeitig leisten sie eine große Reduktionsarbeit und bieten eine transparente und daher kritikfähige Auswahl an relevanten Variablen. Ihre Annahmen über Funktionsweisen und Beziehungen des politischen Systems und politischer Prozesse liegen dieser Arbeit zugrunde.

Zur Beschreibung des außenpolitischen Entscheidungsprozesses wird hier auf ein Modell zurückgegriffen, das Ruloff für die Computersimulation

---

148. Hucke, Handlungsspielräume, a.a.O. Ausführlich weiter unten.

149. Ruloff, Konfliktlösung, a.a.O. Ruloff bedient sich der methodischen Ansätze von Systemtheorie und Systemanalyse und arbeitet politologische und psychologische Konzepte zu einem formalen und dynamischen Modell ein, vgl. S. 7f. und S. 28. Zur Ausarbeitung des Konzepts s. ebd., S. 29-43.

zwischenstaatlicher Konflikte entwickelt hat. Ohne den Gesamtzusammenhang des Modells zu entwickeln, seien die entscheidenden Funktionsbeziehungen und Begriffe hier kurz erläutert.

Einer von mehreren Faktoren, die in den außenpolitischen Entscheidungsprozeß nationaler Akteure eingehen, ist die *"Stabilität des Regimes"*, d.h. die Wahrscheinlichkeit, mit der die jetzigen Akteure an der Macht bleiben. Instabilität ist eine Quelle des Problemdrucks, unter dem die Akteure stehen und kann *"unter bestimmten Umständen außenpolitisch außerordentlich relevant werden"* [150]. Das Maß der Stabilität wird im politischen Subsystem ermittelt [151]. Die entscheidenden Faktoren sind hier einmal die *"Gesamtdeprivation"* der Bevölkerung, also das Ausmaß, indem die aktuell erreichte Position (in verschiedenen Lebensbereichen) von der erwünschten abweicht. Zum anderen ist es die Qualität der *"Institutionalisierung"* als der geregelte Transfer der Macht und damit der Möglichkeit, eine nicht mehr akzeptierte Regierung auzutauschen.

Die Kategorie der Gesamtdeprivation läßt sich mit dem oben entwickelten Bedürfnisansatz gut vereinbaren. Diejenigen Bereiche, in denen die Zufriedenheit oder Unzufriedenheit für besonders wichtig gehalten wird, sind Beschäftigung, Preisstabilität, das Konsumniveau, die politische Infrastruktur (Institutionalisierung), Repressionsfreiheit, Innere Sicherheit (als Abwesenheit von Unruhen, Bürgerkrieg und Kriminalität), zusammengefaßt als *"Lebensqualität einer Bevölkerung"* [152]. Damit sind die bei Galtung und Wagner aufgeführten Bedürfnisklassen abgedeckt. Unzufriedenheit, die hier entsteht, verringert vielleicht "nur" den *"Kapitalstock"* einer Regierung, d.h. ihre Popularität. Sie vergrößert in jedem Fall gleichzeitig die Neigung in der Bevölkerung, den Unmut auszudrücken [153]. Deprivation wirkt sich umso nachhaltiger auf die Stabilität des Regimes aus, je höher der Grad der Institutionalisierung ist, denn diese gewährleistet und regelt den Austausch der Akteure [154]. Ruloff

---

150. Ebd., S. 49. Grundlage des Modells ist die Annahme eines politischen Systems mit regelmäßigen Wahlen und zwei um die Macht konkurrierenden Parteien.

151. Ebd., S. 56, Flußdiagramm politisches Subsystem.

152. Ebd., S. 52-57 (Zitate S. 55 und S. 53).

153. Ebd., S. 55 und S. 49 (Zitat S. 49); ebd., S. 55, festgelegt auf die "strukturelle() Disposition zur Gewaltsamkeit" und u.U. direkt als Unruhen, die ihrerseits die Disposition dazu verstärken.

berücksichtigt damit in seinem Modell die beiden Wege, die innergesellschaftlich der Konfliktaustragung zu Verfügung stehen: den innerhalb (Institutionalisierung) und den außerhalb der vom System gesetzten Regeln (Unruhen) [155].

Ein Regime ist dem Nachlassen der Stabilität nicht hilflos ausgeliefert. Es kann die Ursachen der Unzufriedenheit beseitigen, Unruhen einzudämmen suchen und dazu sein vorhandenes Zwangspotential einsetzen oder vergrößern sowie das Durchschlagen der Unzufriedenheit verhindern, indem die Institutionalisierung verringert wird. Die beiden letzten Möglichkeiten sind nicht ungefährlich, da sie ihrerseits wieder die Unzufriedenheit vergrößern und die Bereitschaft, diese auszudrücken.

Schließlich bleibt einem Regime noch die Möglichkeit, seine Legitimität zu erhöhen, z.B. dadurch, daß das System in Gefahr gerät (durch äußere Bedrohung oder innere Unruhen) und damit zu rechnen ist, daß *"ein Großteil der Bevölkerung für eine stabile Regierung eintreten"* wird [156]. Grundsätzlich besteht über den Faktor der Stabilität und das Mittel des geregelten Macht-Transfers bzw. der Äußerung des Unmuts [157] eine - zugegebenermaßen pauschale - Einflußmöglichkeit auf den außenpolitischen Entscheidungsprozeß.

---

154. Ebd., S. 53, das Instrumentarium der Institutionalisierung verdient daher genauere Beachtung. Ruloff beschreibt es als "Politische Infrastruktur; diese wird über die Institutionalisierung erfaßt. Hohe Institutionalisierung, d.h. funktionierende Justiz, effiziente Verwaltung, politische Parteien, sonstige politische, soziale und wirtschaftliche Korporationen wie Gewerkschaften, eine geregelte Form der Ausübung und des Transfers der Regierungsgewalt, geregelte Kontrolle der Regierungsgewalt, gewährleistet nicht nur ein hohes Wertberücksichtigungs-Potential des Systems, sondern bietet jedem die Möglichkeit der Partizipation."

155. Mitchell, Structure, a.a.O., S. 269 und S. 274, verweist darauf, daß das politische System in seiner Gesamtheit als ein Mittel der Konfliktbeilegung ohne den Rückgriff auf Gewalt oder physischen Zwang angesehen werden kann. Zu offenem Konfliktverhalten außerhalb des regulierten Spielraums kommt es, wenn dieser Weg einer Konfliktpartei als unbefriedigend erscheint oder ein solcher nicht verfügbar ist.

156. Ruloff, Konfliktlösung, a.a.O., S. 51 und S. 57 (Zitat S. 57).

157. im Gegensatz zu Ruloff enge ich diese Kategorie nicht auf Gewaltsamkeit ein, deswegen die geänderte Wortwahl für die von Ruloff verwandten Begriffe von

Zu zwischenstaatlichen Problemen kann die Struktur der Beziehungen zwischen zwei Staaten führen, ebenso das jeweilige innere wirtschaftliche- und/ oder politische Subsystem, sowie unter bestimmten Bedingungen Zufallsereignisse [158]. Hier sei die zwischenstaatliche Beziehungsstruktur näher beleuchtet. Ruloff geht hier nicht so sehr von "objektiven" Interessengegensätzen aus, sondern von ihrer subjektiven Wahrnehmung durch die Entscheidungsträger. Diese psychologische Komponente ist im Konzept der "Distanzen" verarbeitet, mit denen die folgenden wichtigen zwischenstaatlichen Bereiche gemessen werden:

- Die politische Distanz, die *"die von den Akteuren perzipierten Interessengegensätze oder -übereinstimmungen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich (erfaßt)"* (incl. ideologischer Differenzen). Die Interessenstruktur ist meist widersprüchlich, da Gegensätze und Übereinstimmungen meist gleichzeitig vorhanden sind.

- Die psychische Distanz, die *"die Summe der Erfahrungen mit dem anderen Akteur (angibt)"*, damit auch das *"Ausmaß an vorherrschenden Freund- und Feindbildern"*. Auch diese Phänomene treten meist in einem komplizierten Mischungsverhältnis auf.

- Die Sicherheitsdistanz als die *"subjektive Einschätzung des Militärpotentials eines potentiellen Partners oder Gegners"*, sowohl in aktueller Sicht als auch aus der Perspektive des Gesamteindrucks.

- Die Interaktionsdistanz, die den *"augenblicklichen Stand des Verhaltens eines potentiellen Partners oder Gegners"* in freundschaftlicher oder feindseliger Kommunikation und anderen Aktivitäten angibt.

Alle Distanzen können sich ändern und geben zusammen die Gesamtdistanz, die positiv oder negativ ist. Das aktuelle Verhalten und die Struktur der Beziehungen stehen in einem besonderen "Spannungs"verhältnis. *"Wenn die Struktur der Beziehungen ein gewisses Verhalten verlangen, dies aber ... noch nicht eingetreten ist, spricht man von Spannung"*. Die Spannung muß abgebaut werden, und das geschieht, indem sich das Verhalten der Struktur der Beziehungen anpaßt. Beide, Spannung und Distanzen, bilden die

---

internen Unruhen.

158. Ruloff, Konfliktlösung, a.a.O., S. 28 und S. 36.

strukturellen Voraussetzungen feindlichen wie auch freundlichen Verhaltens. Um hieraus Handlungen werden zu lassen, sind "Stimuli" nötig [159]. Eine wichtige Quelle dafür ist der Problemdruck [160].

Während die Distanz das Ziel der Handlungen angibt, enthält die Spannung die Energie, und der Anstoß zum Handeln kann aus Frustration [161] stammen, die in Deprivation ihren Ursprung hat. Auch im zwischenstaatlichen Bereich gibt es Rangdimensionen und damit unerfüllte Statushoffnungen und ungleichgewichtige Rangverteilungen als Quelle von Frustration. Ruloff berücksichtigt hier den innenpolitischen Bereich mit der Stabilität des Regimes, die wirtschaftliche Macht, die militärische Macht und im außenpolitischen Bereich den Aspekt der Sicherheit [162].

Das Ergebnis des außenpolitischen Entscheidungsprozesses schlägt sich in der Intensität des Konfliktaustrags und in der Größe des Rüstungspotentials nieder [163]. *"Eine Steigerung des Rüstungshaushaltes... muß zwangsläufig Einsparungen in anderen Bereichen einer Volkswirtschaft zur Folge haben, wenn diese Mehrausgaben nicht von außen finanziert werden.*

---

159. Ebd., S. 30, 32-34 und S. 36 (Zitate S. 33, 34, 30 und S. 36). Stimuli sind Zufallsereignisse oder Problemdruck.

160. Ebd. S. 36, der die Entscheidungsträger "zu Handlungen zu veranlassen oder gar zu zwingen" in der Lage ist. Er löst entweder eine Kettenreaktion aus oder verleiht als andauernder Druck einem Prozeß ständig neue Impulse.

161. Ebd., S. 37, dieser Überlegung liegt die Übertragung der Kausalkette Deprivation - Frustration - Aggression zur Erklärung aggressiven Verhaltens von der individuellen und gruppenbezogenen Ebene auf die zwischenstaatliche zugrunde.

162. Ebd., S. 37f. auch hier vermerken die Veränderungsraten die kurzfristige Deprivation, während die strukturelle oder langfristige Deprivation "aus einer unausgeglichenen Struktur des Rangprofils" entsteht.

163. Ebd., S. 29.

...Einsparungen, die so erzwungen werden, müssen ihre Auswirkungen im politischen Subsystem haben" [164]. Mit Intensität des Konfliktaustrags ist das Ausmaß an Todesopfern und Sachschäden gemeint [165].

Ruloffs Analyse des außenpolitischen Entscheidungsprozesses strukturierte nicht nur die Sichtung des Datenmaterials in mehreren Punkten der zwischenstaatlichen Beziehungsebenen, sondern er betonte die Bedeutung der gegenseitigen Wahrnehmung der Akteure in diesem Politikfeld [166]. Seine Überlegungen sind hauptsächlich in die Aufarbeitung des Konflikts und die Darstellung der Konfliktdynamik eingeflossen.

Huckes Aussagen wiederum betrafen insbesondere die Abgrenzung einzelner Handlungsmöglichkeiten der staatlichen Akteure vor dem Hintergrund ihrer Rahmenbedingungen und die Struktur der innergesellschaftlichen Zusammenarbeit zwischen staatlicher Bürokratie und

---

164. Ebd., S. 65. Vgl. Holtfrerich, Carl-Ludwig, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive. Berlin, New York 1980, S., 98f. zur Kriegsfinanzierung: "Das Ziel der Kriegsfinanzierung liegt in der Mobilisierung oder Umlenkung der produktiven Leistungen einer Volkswirtschaft in Richtung auf den für die Zwecke der Kriegsführung notwendigen Bedarf. Die Rangordnung der Bedarfszwecke wird umgestaltet, zwischen Zukunft und Gegenwart zugunsten der letzteren, d.h. in der Gegenwart zwischen Investition und Konsum zugunsten des Verbrauchs und innerhalb des Konsumbereichs zulasten des Massen- und zugunsten des Staatsverbrauchs, vor allem für die Kriegszwecke. ... Für die Deckung des Kriegsbedarfs, der nunmehr Priorität vor der Befriedigung anderer Bedarfskategorien genießt, stehen makroökonomisch mehrere Möglichkeiten zur Verfügung: - Produktionssteigerung durch stärkere Auslastung der Faktoren Arbeit und Kapital, - Verzicht auf nicht unmittelbar kriegswichtige Ersatz- oder Neuinvestitionen, d.h. Aufzehrung der Substanz des Vermögens oder Vermögenszuwachses einer Volkswirtschaft, - Einschränkung der privaten Nachfrage, - Steigerung der Nettoimporte aus dem Ausland." "Das Gegenstück ...liegt in der Kriegsfinanzpolitik, deren Ziel in der für die Zwecke der Kriegführung notwendigen Übertragung von Kaufkraft aus den Händen privater Haushalte und Unternehmen oder aus dem Ausland in die Hände des kriegführenden Staates besteht." (Im folgenden zitiert als: Holtfrerich, Inflation, a.a.O.).

165. Vgl. bei Ruloff, Konfliktlösung, a.a.O., S. 154f., die Skala der Konfliktintensität, bei der ab der 2. Stufe (von 10) Soldaten geopfert und ab der 3. Stufe die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen wird.

einzelnen gesellschaftlichen Gruppen. Hucke definiert den Begriff Handlungsspielraum zunächst allgemein als *"die Menge der einem Handlungssubjekt zur Verfügung stehenden alternativen Handlungsmöglichkeiten"* [167]. Hucke präzisiert sein Konzept für den *"politischen"* Handlungsspielraum, den er schließlich definiert als *"die Menge alternativer Handlungsmöglichkeiten, die einem Handlungssubjekt bei der Findung und Realisierung kollektiver Ziele mit Hilfe von Macht zur Verfügung stehen"* [168]. Der Ruhrkampf stellt in diesem Sinne eine realisierte Handlungsmöglichkeit dar. Huckes Aussagen sind auf diesen Untersuchungsbereich übertragbar, so daß die Bedingungen für Handlungsspielräume, die Hucke im folgenden benennt und präzisiert, sowohl für den Handlungsspielraum insgesamt gelten wie auch für die einzelne Handlungsalternative. In der Gesamtheit der Handlungsalternativen bildet sich der Handlungsspielraum ab, der im Zentrum der Untersuchung von Hucke steht. Im Einzelfall erklären die Kausalfaktoren die spezifische Ausgestaltung einer Handlungsalternative, wie sie der Ruhrkampf darstellt.

Hucke bezieht sein Konzept auf dieselbe Ebene, die auch dieser Arbeit zugrundeliegt, nämlich auf "soziales Handeln" in dem vom Handlungssubjekt gemeinten Sinn wie im beobachtbaren Verhalten anderer. Von diesem Verständnis sozialen Handelns ausgehend, stellt er drei zentrale Postulate für sein Konzept auf: Handlungsspielräume besitzen eine *"interne Dimension"*, die sich durch die Frage erschließt, *"welche relevanten Eigenschaften des Handlungssubjektes die Menge alternativer Handlungsmöglichkeiten begrenzen oder ausweiten."* Sie besitzen ferner eine *"externe Dimension"* in Gestalt der relevanten Eigenschaften der Umwelt. Und drittens besteht der Handlungsspielraum in der *"Relation zwischen den Bedingungen der internen und der externen Dimension"* [169]. Demnach spiegelt der Ruhrkampf als die realisierte Handlungsmöglichkeit in spezifischer Weise das Zusammenspiel des Handlungssubjekts und seiner Umwelt wider.

Eingangs wurde die Reichsregierung als das Handlungssubjekt definiert, das den passiven Widerstand ausübte. Huckes Beschreibung faßt den Sachverhalt hinreichend präzise: *"So läßt sich etwa die staatliche Organisation als Netzwerk von Organisationen begreifen, dessen einzelne*

166. Ebd., S. 33.
167. Vgl. Hucke, Handlungsspielräume, a.a.O., S. 55f.
168. Ebd., S. 77.

Elemente...faktisch weitgehende Autonomie in ihren Handlungen besitzen und mit anderen Organisationen über Austauschbeziehungen...verbunden sind. Hinzu kommt, daß zwischen staatlichen Organisationen und dem nicht-staatlichen Bereich um bestimmte Sachthemen zentrierte feste Kooperationsbeziehungen bestehen, die es angemessen erscheinen lassen, diese Außenbeziehungen des Handlungsystems ihrerseits als Charakteristika eines organisatorischen Netzwerkes zu begreifen, zumal der Handlungserfolg in vielen Fällen gerade von diesen Interaktionsbedingungen abhängt." **170**

Obwohl von Berlin aus geleitet, war der Widerstand ja doch nicht ohne eine Beteiligung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten durchführbar, mehr noch, von ihrer Bereitschaft zum Durchhalten hing der Widerstand ab. Zentrale Verantwortlichkeit und lokale Handlungsbereitschaft bildeten die beiden Pole, zwischen denen sich eine neue Form der Zusammenarbeit verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen herausbildete. Mit Hucke läßt sich diese Struktur beschreiben als ein interorganisatorisches Netzwerk aus staatlichen und nichtstaatlichen Gremien, die sich um ein bestimmtes Sachthema, die Abwehr des französisch-belgischen Einmarsches, zusammenschlossen. Im Zentrum dieser Arbeit steht als Handlungssubjekt aber weiterhin die staatliche Organisation.

Im nächsten Schritt ist nun die interne Dimension deren Handlungsspielraumes zu bestimmen. Zu ihr gehört neben den Machtressourcen vor allem die Zielbestimmung und die interne Struktur des Handlungssubjekts. Zu den zentralen Begriffen der Macht zählen neben den persönlichen Fähigkeiten vor allem die mehr organisationsspezifischen wie Personal, Finanzen, Informationen, Rechte, Prestige und Output [171]. Hinsichtlich der Zielperspektive muß herausgearbeitet werden, mit welchen anderen Zielen der Ruhrkampf im Zusammenhang zu sehen ist und in welchem Verhältnis er zu ihnen stand. Besonders komplex und aufschlußreich ist die Analyse der internen Struktur des Handlungssubjekts. Hucke führt dazu aus: *"Mit Struktur wird hier die Art der Zuordnung von Machtmitteln und Zielelementen im internen Merkmalsbereich des Handlungssubjektes bezeichnet. Ihre Bedeutung gewinnt Struktur vor allem als limitierender Faktor. Indem die interne Struktur die Herausbildung bestimmter Handlungsmuster durch Ordnung der internen Elemente des*

169. Ebd., S. 57-59 (Zitate S. 57 und S. 59).
170. Ebd., S. 92.

Handlungssubjektes fördert, schließt sie zugleich die Realisierung von Handlungsmöglichkeiten aus, die eine alternative Struktur voraussetzten." [172]

Die zentralen Merkmale der internen Struktur sind Kommunikation, Aufgabenverteilung und Macht. Bedeutung erlangt die interne Struktur als Korrektiv für die Realisierung einzelner Handlungsmöglichkeiten. Dazu Hucke: *"Die Verteilung der Ziele und Ressourcen des organisatorischen Handlungssubjekts auf die interne Struktur von Organisationseinheiten, die gegebenenfalls durch Überbetonung der eigenen Aufgabenstellung, Selektivitäten und Verzögerungen der Kommunikation, sowie Durchsetzung eigener Positionen die Realisierung von Handlungsalternativen unterlaufen, schafft nämlich gegebenenfalls interne Rigiditäten, deren Verfestigung die Spannweite organisatorischer Handlungsmöglichkeiten einengt."* [173]

Die Umwelt des Handlungssubjekts kann unterschieden werden in die soziale und die sachliche Umwelt; sie bilden zusammen die *"externe Dimension"* des Handlungsspielraums. Zur sozialen Umwelt zählen diejenigen *"Akteure, mit denen das Handlungssubjekt bei der Konzipierung und Durchführung seiner Handlungen in Beziehung tritt."* [174] Sie sind dessen unmittelbarer Kontrolle entzogen und können durch Zusammenarbeit die Realisierung von Zielen erleichtern, vielleicht erst ermöglichen, oder aber zu verhindern oder eigene, andere Ziele zu erreichen suchen. Aufgabenverteilung, Kommunikation und Macht bilden die Grundlagen des zu untersuchenden Beziehungsmusters, das den umstrittenen oder gemeinsamen Zielkomplex im Mittelpunkt hat, *"der die Art des Austauschs von Leistungen zwischen den Interaktionspartnern, Kommunikationsbeziehungen und die Anwendung von Macht bestimmt"* [175]. Die sachliche Umwelt stellt sich einmal dar als ein eher passiver, der Einwirkung aufgrund der Problemstruktur zugänglicher Bereich. Dies hängt vom Grad der Teilbarkeit der Probleme, der Reagibilität des Systems und dem Wissen um die Kausalzusammenhänge ab. Veränderungen der sachlichen Umwelt können umgekehrt durch den "Problemdruck" das Handlungssubjekt zum Reagieren und damit zum Einsatz seiner Ressourcen,

---

171. S. ebd., S. 94-99, vgl. bes. S. 99.
172. Ebd., S. 113.
173. Ebd., S. 114 und S. 119f. (Zitat)
174. Ebd., S. 126f.
175. Ebd., S. 128-140 (Zitat S. 133f.).

zur Veränderung von Zielen usw. zwingen und damit aktiv in den Handlungsspielraum hineinwirken. Die sachliche Umwelt kennzeichnet den Zielbereich und die Ausgangssituation des Handlungssubjekts [176].

2.4. Quellen

Die vorliegende Arbeit stützt sich auf amtliches Quellenmaterial in den Berliner Ministerien und den preußischen Provinzialregierungen, ergänzt durch Nachlässe wichtiger Entscheidungsträger und, zur Kontrolle, eine stichprobenartige Aktendurchsicht im Stadtarchiv Dortmund. Die den Ruhrkampf betreffenden Aktenbände in Ministerien und Behörden füllen Regalwände. Sie wurden schwerpunktmäßig und notwendigerweise selektiv ausgewertet, unter der leitenden Fragestellung, die wichtigsten Organisationsstrukturen und Entscheidungsgänge entsprechend der Fragestellung herauszuarbeiten.

Zur Bewertung der Quellen ist festzuhalten, daß die Fülle des Geschehens, die Fragmentierung der Wahrnehmung und die Dichte der Ereignisse jedes historische Arbeiten erschwert [177]. Mehrere Faktoren erschweren zusätzlich eine sichere Interpretation. Wichtige Entscheidungen wurden nur mündlich besprochen und sind nirgendwo festgehalten worden [178]. Einen Überblick über die Gesamtsituation gab es nicht, auch die zentralen Lagemeldungen enthielten fragmentierte Einzelnachrichten. Aus Vorsichts- und Geheimhaltungsgründen wurden Akten "gesäubert", vor allem im besetzten

176. Ebd., S. 140 und S. 142-144.

177. Favez, Reich, a.a.O., S. 11.

178. Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Reichsministerium für die besetzten Gebiete, darin Abteilung IV (für die besetzten Rheinischen Gebiete) und R des Reichsministerium des Innern, Nr. 1099, Bl. 108, Mitteilung des Ruhrhauptreferates des Reichsarbeitsmin. v. 27.6. auf eine entsprechende Anfrage: "Niederschriften über die Besprechungen mit den Gewerkschaften werden nach Vereinbarung mit den Verbänden nicht angefertigt." (Im folgenden zitiert als: ZStA, RmfdbG/RIM). Stadtarchiv Dortmund, Stadt Dortmund (Bestand 3), 2239, nach dem 10.3. gibt es keine Protokolle des Besatzungsausschusses mehr. (Im folgenden zitiert als: StaDo, Stadtverwaltung (Bestand 3)); Stadtarchiv Dortmund, Magistrat Hörde (Bestand 15), 818 und 802, keine Protokolle vom Besatzungsausschuß bzw. nur eine Niederschrift v. 12.5. (Im folgenden zitiert als:

Gebiet. Wichtige Erlasse erschienen nicht schriftlich, sondern wurden telefonisch weitergegeben. Bei Alarm im besetzten Gebiet gerieten Akten durcheinander. Amtliche Verlautbarungen auf lokaler Ebene waren mitunter gefälscht, um falsche Spuren zu legen. Stimmungs- und Lageeinschätzungen differierten bis zur Gegensätzlichkeit. Gerüchte erschienen als Tatsachenmeldung. Den Beteiligten war oft selber auch kurz nach dem Ende des Widerstands kaum noch möglich, die Handlungen und verschlungenen Wege des Widerstands zu rekonstruieren, an dem sie selber beteiligt waren.

Einzelne Berichte über "die Stimmung" sind daher aufschlußreicher für die Intentionen und Einstellungen ihrer Verfasser als für die Lage, es sei denn, sie decken sich mit denen anderer Provenienz [179].

2.5. Der Gang der Arbeit

Die Darstellung der historischen Untersuchung erfolgt in einer chronologisch gegliederten Querschnittsanalyse. Dabei werden zunächst der Konflikt und seine Zuspitzung bis zum bevorstehenden Einmarsch geschildert. Dann werden die Vorbereitungen auf den Einmarsch analysiert, soweit sie vom deutschen Reich getroffen wurden. Als Exkurs wird die Haltung der Regierung zur Sabotage und die Entwicklung des Sabotageprogramms dargestellt und vor diesem Hintergrund die Optionen begrenzter Eigensabotage erörtert. Die Herausbildung des passiven Widerstands bis Ende Januar ist der nächste Schwerpunkt, der insbesondere die Einbeziehung der Regierung in die Verantwortung vor dem Hintergrund der möglichen Alternativen und der Entwicklung einer Eskalationsdynamik

---

StaDo, Magistrat Hörde (Bestand 15)).

179. Stollenwerk, Alexander, 1923 in einer rheinischen Kleinstadt. Der passive Widerstand und die Separatistenzeit im altbesetzten Gebiet. Jülich 1934, S. IX, 93-95 und S. 134f. (Im folgenden zitiert als: Stollenwerk, 1923, a.a.O.); Feldman, Gerald D., Iron and Steel in the German Inflation 1916-23. Princeton 1977, S. 346. (Im folgenden zitiert als: Feldman, Iron, a.a.O.); Feldman, Gerald D. und Heidrun Homburg, Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916-1923 (Historische Perspektiven. Bd. 5). Hamburg 1977, S. 129. (Im folgenden zitiert als: Feldman/ Homburg, Industrie, a.a.O.).

von Gewalt und Widerstand im besetzten Gebiet beschreibt. Hier wird auch die Entwicklung von Verhaltensrichtlinien für die Beamtenschaft nachvollzogen.

Der nächste Abschnitt umfaßt die Hochphase des passiven Widerstands bis Ende April auf den verschiedenen Ebenen. Hier geht es zunächst darum, das Ausmaß an Repression und Gewaltbereitschaft einzuschätzen, mit dem die Bevölkerung der besetzten Gebiete konfrontiert wird und die Taktik der Besatzungsmächte beim weiteren Vorgehen zu analysieren. Auf der anderen Seite entfaltet sich das Selbstverständnis vom passiven Widerstand mit den Stärken der Nichtzusammenarbeit und Geschlossenheit und inneren Unsicherheiten im Verhältnis zur Gewaltlosigkeit und zur Leidensbereitschaft. Als Träger staatlicher Souveränitätsrechte stehen die Beamten und Kommunen mit ihren Zielkonflikten und Widerstandsmitteln hier im Zentrum der Analyse. Während der Hochphase des Widerstands treten an mehreren Stellen taktische Fehlentwicklungen auf, deren Vermeidung eine unmittelbar effizienzsteigernde Wirkung größten Ausmaßes mit sich gebracht hätte. Schließlich werden die Schwerpunkte der Auseinandersetzung im besetzten Gebiet geschildert, der Kampf um die Zolllinie und das Verkehrswesen und die entscheidende Debatte um die Flexibilisierung der Taktik und die Abstimmung mit der diplomatischen Perspektive beschrieben.

Auf der Ebene der staatlichen Organisation werden die Anstrengungen und Schwierigkeiten der Regierung und der Ministerialbürokratie beschrieben, den Widerstand als staatliche Aufgabe abzusichern, zu führen und diese gewaltige Aufgabe zu koordinieren und mit der Bevölkerung im besetzten Gebiet abzustimmen. Mit währungspolitischen Maßnahmen und mit einem Subventionskonzept für die Ruhrwirtschaft wird versucht, die wachsenden Eingriffe in das Wirtschaftsleben auszugleichen und die materielle Widerstandsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig organisiert die Reichsbürokratie die Schadensregulierung für die Opfer von Zwangsmaßnahmen. Schließlich entwickelt sie eine außenpolitische Strategie, um den Widerstand für die Konfliktbearbeitung nutzbar zu machen. Während in dieser Phase die Organisationen aufgebaut und die Strategien entwickelt werden, machen sich schon gleich zu Beginn schwerwiegende Strukturmängel bemerkbar, die allerdings noch nicht allzu negativ ins Gewicht fallen.

Diese Entwicklung kennzeichnet die nächste Phase, die von Mai bis zur Regierungsumbildung im August reicht. Gleich in mehreren Bereichen wirken sich jetzt Entwicklungen der vorherigen Phase aus, die den Zusammenhalt des Widerstands entscheidend schwächen. Anhand der Entwicklung im besetzten Gebiet und in den verschiedenen Bereichen staatlicher Steuerung und Leitung wird die Umkehrung dieses Trends und seine Auswirkungen beschrieben. Gleichzeitig wird in dieser Phase die Chance vertan, den Widerstand vor der Zerrüttung des inneren Zusammenhalts einzustellen.

Die letzte Phase der historischen Untersuchung reicht vom Amtsantritt der Regierung Stresemann im August 1923 bis zur Beendigung des Widerstands im Londoner Abkommen im August 1924. Sie umfaßt das Auseinanderbrechen des Zusammenhalts in gegenseitigen Schuldzuweisungen, die vergeblichen Bemühungen um ein außenpolitisches Entgegenkommen für die Einstellung des Widerstands, die Umbau-, Abbaupläne und die Einstellung des Widerstands. Das Schicksal der Gefangenen, Ausgewiesenen und des besetzten Gebietes lag nun noch weniger in der eigenen Hand. Die Fortsetzung der Eskalation im besetzten Gebiet durch Frankreich wird beschrieben, die an eine Rückkehr zur Normalität nach dem Ende des Widerstands gar nicht denken ließ. Die Konfliktregelung im Anschluß an den Widerstand war dann Sache der angelsächsischen Mächte, deren Intervention und Initiative bei der Regelung von Reparationen und Ruhrkampf bis zur Annahme des Londoner Abkommens durch die deutsche Regierung nachgezeichnet wird. Die Verteilung der Lasten bildet den Schlußpunkt der Betrachtung. Zuletzt werden die in der Literatur diskutierten Einschätzungen über die Wirkungen des Ruhrkampfs bewertet und in den innen- wie außenpolitischen Gesamtrahmen gestellt.

Die Ergebnisse der historischen Analyse werden im Auswertungsteil nach den folgenden Kriterien zusammengefaßt:

1. Auswertung des Ruhrkampfs für die Soziale Verteidigung hinsichtlich der Gründe des Verlaufs, der alternativen Möglichkeiten und ihrer Einschätzung sowie der grundsätzlichen Übertragbarkeit der Ergebnisse und der Ermittelung von Gestaltungsbereichen und Eigendynamiken.

2. Einordnung des passiven Widerstands in die Konfliktdynamik unter dem Aspekt von Gewaltlosigkeit als Machtfaktor.

3. Einordnung des Ruhrkampfs in die Erfolgsbedingungen zivilen Widerstands.

4. Gerechte Konfliktlösung als Leitgedanke im zwischenstaatlichen Konflikt und das Verhältnis von Staat und Bevölkerung.

5. Anregungen für die weitere Konzeptentwicklung Sozialer Verteidigung im Hinblick auf Strategie, Methode, Effizienzsteigerung und staatstheoretische Überlegungen.

3. Historische Darstellung

3.1. Der Konflikt und seine Zuspitzung

Der Ruhrkampf steht im Zusammenhang mit dem Konflikt um den Versailler Vertrag und nimmt dort eine herausragende Stellung ein. In dem jahrelangen Ringen um eine Befriedung Europas bildete die Eskalation des Ruhrkampfes im Jahre 1923 den Höhepunkt, wenn nicht sogar den *"Wendepunkt"* in den internationalen Beziehungen [180]. Die Widersprüchlichkeiten der Vertragsgestaltung und die Dynamiken der Umsetzung des Versailler Vertrages waren der Nährboden dieser Eskalation. Woraus resultierte die unzweifelbare Dynamik zur Konfrontation, die im Versailler Vertrag [181] und den nationalen Strategien, ihn umzusetzen, angelegt war? Gab es Möglichkeiten einer alternativen Entwicklung ohne diese Eskalation? Um welche Bedürfnisse ging es den Kontrahenten? Was verhinderte die gegenseitige Anerkennung?

3.1.1. Anlage und Zustandekommen des Friedensvertrages. Französische und deutsche Sichtweise, alliierte Interessen

Welche Bedeutung der Versailler Vertrag und seine strikte Umsetzung für Frankreich annahm, ist nur aus dem Trauma des Ersten Weltkrieges zu verstehen. Dieser Krieg war für Frankreich schließlich zum Überlebenskampf geworden, wenn es weiterhin eine europäische Großmacht bleiben wollte. Deutschland war zwar am Ende zurückgeworfen worden, doch der Frieden erzeugte in Frankreich ein Bewußtsein erhöhter Gefahr. Er hatte die Zusammenballung demographischer und industrieller Macht nicht zerstört, die die Vorkriegsordnung aus dem Lot gebracht hatte. Hierin lag die Tragik der französischen Situation 1919. Nur eine dauerhafte Schwächung

---

180. Vgl. Schwabe, Einführung, a.a.O., S. 1.

181. Vgl. Haffner, Sebastian, Der letzte Friedensvertrag, S. 417 in: Der Vertrag von Versailles. Mit Beiträgen von Sebastian Haffner, Gregory Bateson, J.M. Keynes, Harold Nicholson, Arnold Brecht, W.I. Lenin u.a. München 1978, S. 417. (Im folgenden zitiert als: Haffner, Friedensvertrag, a.a.O.); Hagspiel, Verständigung, a.a.O., S. 37.

Deutschlands konnte für die Zukunft Sicherheit verbürgen. Diese Position konnte Frankreich in den Verhandlungen über den Friedensvertrag gegenüber den Interessen der anderen Alliierten nicht durchsetzen [182].

Die Unterhändler der USA rieten zu mäßigen Zahlungsverpflichtungen und einer raschen ökonomischen Erholung Deutschlands [183]. Die britische Regierung wiederum schwankte zwischen zwei Alternativen. Die eine Möglichkeit bestand darin, die Reparationsforderungen, von denen sie einen möglichst großen Teil reklamierte, an der deutschen Zahlungsfähigkeit zu orientieren. Die zweite Möglichkeit bestand darin, die Chance zu nutzen, den Wirtschaftsrivalen Deutschland für die Zukunft auszuschalten. Eine Zerstückelung Deutschlands widersprach britischem Interesse, dem an einer Machtbalance auf dem europäischen Kontinent gelegen war [184].

Der Versailler Vertrag wurde so zum Abbild widerstreitender Prinzipien. Weder die von Frankreich gewünschte Abtrennung des Rheinlands und damit die dauerhafte Schwächung Deutschlands setzte sich durch. Noch wurde die Wilsonsche Idee des Selbstbestimmungsrechts der Völker

---

182. S. McDougall, France's, a.a.O., S. 7 und S. 4; Hagspiel, Verständigung, a.a.O., S. 28-30 und S. 40; Haffner, Friedensvertrag, a.a.O., S. 419.

183. S. Hogan, Michael J., Thomas W. Lamont and European Recovery: The Diplomacy of Privatism in a Corporatist Age, S. 8 in: U.S. Diplomats in Europe, 1919-1941. Hrsg. v. Kenneth Paul Jones. Santa Barbara 1981. (Die Aufsatzsammlung im folgenden zitiert als: U.S. Diplomats, a.a.O., der Aufsatz als: Hogan, Lamont, a.a.O.).

184. S. Dohrmann, Bernd, Die englische Europapolitik in der Wirtschaftskrise 1921-1923. Zur Interdependenz von Wirtschaftsinteressen und Außenpolitik. München, Wien 1980, S. 31f. und S. 34-36. (Im folgenden zitiert als: Dohrmann, Europapolitik, a.a.O.); Lee, Marshall M., Michalka, Wolfgang, German Foreign Policy 1917-1933. Continuity or Break? Spa, Hamburg, New York 1987, S. 26f. zur Ausschaltung des wirtschaftlichen Rivalen durch England. (Im folgenden zitiert als: Lee/ Michalka, German, a.a.O.).

umgesetzt. Ein *"'Wilson-Friede' hätte Deutschland... automatisch zur Vormacht des neuen Europa gemacht"* [185], für die Kriegsgegner ein unvorstellbarer Gedanke.

Das besiegte Deutschland wiederum wurde, entgegen vieler Erwartungen im Lande, am Zustandekommen des Vertrages nicht beteiligt. Als der Vertrag zur Unterschrift vorgelegt wurde, verweigerte in einer ersten Reaktion die Nationalversammlung die Unterschrift. Die Ablehnung des Versailler Vertrages einte die Deutschen über alle Parteigrenzen hinweg. Haffner sieht in dieser ersten Reaktion die *"richtige"*, denn sie hätte die Demokratie zum *"Inbegriff für deutschen Patriotismus"* machen können [186]. Friedrich Naumann wird aus dieser Zeit mit der Aufforderung zitiert: *"Es bleibt uns nichts als passiver Widerstand: wir zahlen nicht, wir unterschreiben nicht, es ist der Generalstreik einer mißhandelten Nation, die man zum Lohnsklaven der Herrenvölker machen will"*. In den Verhandlungen der Nationalversammlung über den Vertrag hielt *"(a)ls Sprecher der DDP ... Ludwig Quidde, Pazifist und überzeugter Republikaner, die schärfste Rede"* gegen die Annahme des Vertrages [187]. Dabei ging es durchaus nicht darum, jegliche Verantwortung für den Wiederaufbau nach dem Krieg abzulehnen. In der irrigen Annahme, zu Verhandlungen hinzugezogen zu werden, waren im Auswärtigen Amt unter der Mitwirkung gemäßigter Wirtschaftsvertreter *"beachtliche und sinnvolle Vorschläge"* entwickelt worden. Umso größer war das Gefühl des Betrogenseins bei ihnen. Wirtschafts- und Reparationssachverständige rieten von der Unterzeichnung dieses Vertrages ab [188].

---

185. Vgl. Haffner, Friedensvertrag, a.a.O., S. 418f. und S. 420f. (Zitat S. 418). Haffner diskutiert diese Möglichkeit unter den Vorzeichen eines demokratischen, republikanischen Staatswesens. Vgl. Lee/ Michalka, German, a.a.O., S. 21-25 zu den Kontroversen der Alliierten.

186. Haffner, Friedensvertrag, a.a.O. S. 422, 424 (Zitate S. 424).

187. Hagspiel, Verständigung, a.a.O., S. 84, auch Anm. 75 (Zitat Naumann, Quidde). Vgl. die Kundgebung der Deutschen Friedensgesellschaft gegen die Waffenstillstandsbedingungen v. 20.11.1918 in: Nachlaß Ludwig Quidde im Bundesarchiv, Nr. 108. (Im folgenden zitiert als: BA, NL Quidde). Vgl. BA, NL Quidde, Nr. 6, Brief der Liga v. 13.5.1924, die Kontroverse Lehmann-Rußbildt (Liga für Menschenrechte) und Quidde über die Kriegsschuldfrage.

188. S. dazu detailliert Krüger, Peter, Die Rolle der Banken und der Industrie in den deutschen reparationspolitischen Entscheidungen nach dem Ersten Weltkrieg,

Unter dem Zwang von Ultimatum und drohender militärischer Besetzung wurde der Vertrag dann doch unterzeichnet und die Demokratie zum Symbol der *"Ehrlosigkeit und Selbstaufgabe"* [189]. Das im Versailler Vertragswerk steckende Konfliktpotential war also immens, doch die jeweilige konkrete Handhabung und Ausführung war durch den Vertrag selber nicht vorgegeben. Entscheidend würde sein, *"ob Frankreich mit dem Reich früher oder später zu einem echten und dauerhaften Vergleich - diesmal auf beiderseitiger Basis - gelangen würde oder nicht. ...Nicht zuletzt auf deutscher Seite sollte zu einem großen Teil entschieden werden, welche der im Friedensvertrag offengehaltenen Entwicklungsmöglichkeiten für Europa realisiert würde."* [190]

3.1.2. Strategien im Umgang mit dem Versailler Vertrag, Entwicklung der Eskalationsdynamik

Im Laufe der Zeit führten mehrere Entwicklungen dazu, eine Eskalationsdynamik in Gang zu setzen. Zum einen konzentrierte sich das Konfliktverhalten zunehmend auf Frankreich einerseits und Deutschland andererseits. Zum anderen offenbarte sich die immense Komplexität der ineinander verschachtelten Probleme. Und schließlich blockierten die inneren Widersprüche in den beiden Staaten und die andauernden schlechten Erfahrungen miteinander zunehmend die Ansätze einer Verständigung.

Die tatsächliche Schwäche der französischen Ressourcen verlangte die Beibehaltung der Kriegsallianz als ein dauerndes anti-deutsches Instrument. Um den Vertrag wirklich durchsetzen zu können, mußten die Alliierten auf

---

S. 575-582 (Zitat S. 575) in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.- 17. Juni 1973. Hrsg. v. Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod. Düsseldorf 1974. (Die Aufsatzsammlung im folgenden zitiert als: System, a.a.O., der Aufsatz als: Krüger, Rolle, a.a.O.); Grupp, Peter, Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles 1918-1920. Paderborn 1988, S. 44f., 46 und S. 49, verweist darauf, daß diese Wirtschaftsexperten nicht aus innerer Umkehr, sondern aus erzwungener Anpassung an die Umstände handelten. (Im folgenden zitiert als: Grupp, Außenpolitik, a.a.O.).

189. Vgl. Haffner, Friedensvertrag, a.a.O., S. 424 (Zitat). Er diskutiert die Konsequenzen einer Verweigerung auf S. 422-424.

Dauer geschlossen gemeinsam auftreten [191]. Frankreich mußte erleben, daß sich die einstigen Bundesgenossen aus der praktischen Umsetzung der Allianz immer mehr zurückzogen. Die anfängliche Geschlossenheit zerfiel, als sich die USA von Völkerbund und Versailler Vertrag zurückzogen [192]. Sie hielten die *"balance of power"* in ihrer Hand [193]. Aus ihrer weltwirtschaftlich orientierten Perspektive besaß die wirtschaftliche Gesundung Europas als wichtiger Absatzmarkt eine hohe Priorität, und eine Gesundung Europas ohne ein wirtschaftlich wiedererstarktes Deutschland war nicht denkbar. In der Behandlung Deutschlands gingen die USA mit Separatfrieden und Handelsvertragsverhandlungen zunehmend eigene Wege [194]. Auf eine englische Unterstützung konnte Frankreich bei der Durchsetzung der Bestimmungen des Friedensvertrages ebenfalls immer weniger rechnen. Es kam kein Defensivbündnis zustande, und auch von der Anwendung von Sanktionen rückte Großbritannien seit Mai 1921 ab. Die Haltung zu einer Besetzung des Ruhrgebiets war innerhalb der Entscheidungsgremien der britischen Regierung und Administration geteilt. 1921 wurde die grundsätzliche Einstellung zur Reparationsproblematik revidiert, eine weitreichende politische Entscheidung. Der Transfer von Reparationsleistungen, so die Analyse, war nur möglich mit einer gewaltigen Ausweitung des deutschen Exports, der jedoch den Welthandel erschüttern würde [195]. Da dies keinesfalls im britischen Interesse lag, näherte sich die britische Position dem deutschen Revisionsinteresse an.

Die Folge dieser Veränderungen war, daß für Frankreich der Versailler Vertrag nur noch insofern von Bedeutung war, als er notfalls auch

---

190. Hagspiel, Verständigung, a.a.O., S. 34 und S. 37 (Zitat S. 37).

191. McDougall, France's, a.a.O., S. 7f.

192. Weidenfeld, Werner, Die Englandpolitik Gustav Stresemanns. Theoretische und praktische Aspekte der Außenpolitik. Mainz 1972, S. 46f. (Im folgenden zitiert als: Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O.).

193. Churchill zu Rathenau am 3.12.21, nach Link, Werner, Die Vereinigten Staaten und der Ruhrkonflikt, S. 40 in: Ruhrkrise, a.a.O.

194. Vgl. Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932. Düsseldorf 1970, S. 22, 52-58, bes. S. 56f. und S. 89-105. (Im folgenden zitiert als: Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O.).

195. Vgl. McDougall, France's, a.a.O., S. 8; Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O., S. 46f.; Dohrmann, Europapolitik, a.a.O., S. 55-57 u. S. 70f.; Kaiser, Angela, Lord D'Abernon und die englische Deutschlandpolitik 1920-1926. Frankfurt, Bern, New York, Paris 1989, S. 117-120. (Im folgenden zitiert als: Kaiser, Lord

Alleingänge und Zwangsmaßnahmen rechtlich absicherte. Zentral wurden die Passagen, die die Besatzungspolitik betrafen und die die Ausführung von Sanktionen rechtfertigen konnten. Aber auch hierin lag eine Gefahr, denn in dem Maße, wie die französische Politik von den anderen Alliierten nicht mehr unterstützt und mitgetragen wurde, stieg für Deutschland die Chance eines erfolgreichen Widerstands gegen diese Maßnahmen [196].

Für die deutsche Außenpolitik wurde die "Revision" des aufgezwungenen Vertrages zum zentralen Thema, wobei die Ziele und Mittel in einer großen Bandbreite variierten [197]. Die sozialdemokratischen Positionen schlossen die Erfüllung von Forderungen ein, die berechtigt erschienen, während die Vorbereitung einer gewaltsamen, kriegerischen Abrechnung zum Gedankengut der Berater des Chefs der Heeresleitung gehörte [198].

Gegenüber der französischen Politik entstand eine Art neuer "Burgfriedensstimmung" im Parteienspektrum, die erst nach dem Londoner Abkommen 1924 wieder von programmatischen Differenzierungen abgelöst wurde [199]. Das Verlangen nach dem Wiederaufstieg zur gleichberechtigten europäischen Großmacht verband die Wirtschaftsparteien von Gewerkschaften bis in den Reichsbund der deutschen Industrie [200].

Als der amerikanische Senat im März 1920 die Unterzeichnung des Versailler Vertrages verweigerte, war dies das erste Ausscheren aus der Front der Sieger. Die Hoffnung auf Revision erschien nicht unrealistisch. Diese Orientierung wurde so stark, daß für die deutsche Reparationspolitik

---

D'Abernon, a.a.O.).

196. Hagspiel, Verständigung, a.a.O., S. 32 und S. 34-36; McDougall, France's, a.a.O., S. 9.

197. Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O., S. 33-35; Rupieper, Hermann J., Industrie und Reparationen: Einige Aspekte des Reparationsproblems 1922-1924, S. 582 in: System, a.a.O. (Im folgenden zitiert als: Rupieper, Industrie, a.a.O.).

198. Adolph, Hans J. L., Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894-1939. Eine politische Biographie (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin. Bd. 33). Berlin 1971, S. 208f. (Im folgenden zitiert als: Adolph, Wels, a.a.O.); Carsten, Francis L., Reichswehr und Politik 1918-33. Köln, Berlin 1964, S. 218-220. (Im folgenden zitiert als: Carsten, Reichswehr, a.a.O.).

199. Vgl. Hagspiel, Verständigung, a.a.O., S. 57.

200. Konkret in der Phase der Erfüllungspolitik s. Krüger, Peter, Die Auswirkungen der Inflation auf die deutsche Außenpolitik, S. 301 in:

die Politik der USA der *"letztliche Bezugspunkt"* wurde. Die Schulden- wie die Reparationsfrage sollten gemeinsam mit den USA endgültig gelöst werden. Dabei wurden die bestärkenden Signale einseitig überbewertet, so daß bei den deutschen Regierungen kein *"ausgeglichene(s) realistische(s) Gesamturteil"* zustandekam. Auch das Tempo des amerikanischen Eingreifens wurde überschätzt [201]. Eine große Wirkung, auch im Hinblick auf Fehleinschätzungen der amerikanischen Politik, übte der amerikanische Botschafter, Houghton, auf die deutschen Diplomatie aus. Seine Aktivitäten sollten die Intervention seines Landes in Europa vorantreiben [202]. Vor diesem durchgängigen Hintergrund der Orientierung und Fehlwahrnehmung sind die außenpolitischen Aktivitäten der deutschen Regierungen im Umgang mit dem Versailler Vertrag zu sehen und zu verstehen.

Das Verhalten der deutschen Regierungen gegenüber den Reparationsforderungen läßt sich als Hinhalten und Destabilisieren bezeichnen. Erhofft wurde ein Gewinn an Zeit, in der den Alliierten die selbstschädigenden Wirkungen einer zwangsweisen Exekution des Vertrages klarwerden und sie für eine Revision gewonnen werden sollten. Auch die zeitweilig propagierte "Erfüllungspolitik" unterschied sich hiervon nicht im Ziel, sondern in dem Mittel, nämlich durch Entgegenkommen die Akzeptanz für die Berechtigung der deutschen Position zu stärken [203]. Darunter fielen schließlich auch die Anstrengungen, die einzelne industrielle Kreise mit eigenen Opfern, gegen innenpolitische Konzessionen natürlich, beizutragen gewillt waren, insbesondere die Überlegungen zur "Kreditaktion" des Jahres 1921. Deren Grundgedanke war, daß die Kreditwürdigkeit der Industrie genutzt werden sollte, um im Ausland eine langfristige Anleihe aufzunehmen, mit der das Reich Reparationszahlungen begleichen konnte. Auf diese Weise sollte die Zeit des Durchhaltens verlängert werden. Außenpolitische Belastungen, wie die Entscheidung des

---

Nachwirkungen, a.a.O. (Im folgenden zitiert als: Krüger, Auswirkungen, a.a.O.).

201. Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 37, 116, 40f., 52f. und S. 57 (Zitate S. 116 und S. 41).

202. Jones, Kenneth Paul, Alanson B. Houghton and the Ruhr Crisis: The Diplomacy of Power and Morality, S. 27f. und S. 31 in: U.S. Diplomats, a.a.O. (Im folgenden zitiert als: Jones, Houghton, a.a.O.); D'Abernon, Viscount, Ein Botschafter der Zeitenwende. Memoiren. Bd. I: Von Spa bis Rapallo. Leipzig 1929, S. 28f. (Im folgenden zitiert als: D'Abernon, Botschafter, Bd. I, a.a.O.).

203. S. Krüger, Auswirkungen, a.a.O., S. 300-303. So auch Wels im Mai 1921, in: Adolph, Wels, a.a.O., S. 209.

Völkerbundes in der Schlesien-Frage, aber auch innere Widerstände vor allem aus schwerindustriellen Kreisen, beendeten die Bereitschaft zu Kreditaktion und Erfüllungspolitik [204].

Die deutsche Strategie war eine ständige bewußte Gratwanderung zwischen dem erhofften Einlenken der Alliierten und dem Riskieren von Zwangsmaßnahmen. Die ständige Drohung mit Gewaltmaßnahmen war wiederum gleichzeitig ein Grund, warum für deutsche Anleihen kein ausländisches Kapital zu erhalten war [205].

3.1.3. Das wirtschaftliche Kampfgebiet

Neben dem politischen gab es das wirtschaftliche Kampfgebiet um die Reparationen [206]. Von besonderer Wichtigkeit für den Ruhrkampf ist dabei der Bereich, der die Hauptkontrahenten Frankreich und Deutschland betraf. Es sei dahingestellt, ob ein bewußt verfolgter Plan in Frankreich tatsächlich verfolgt wurde, Deutschland als führende Wirtschaftsmacht auf dem Kontinent mithilfe der Versailler Vertragsbestimmungen zu ersetzen. Sicherlich aber sollte die Möglichkeit ergriffen werden, auf Kosten des Rivalen Wettbewerbsvorteile abzusichern und strukturelle Defizite auszugleichen [207]. Potentiell bot der Versailler Vertrag die Möglichkeit, das europäische schwerindustrielle Produktionszentrum von Deutschland nach Frankreich zu verlagern [208]. Nach dem Krieg erlebte Frankreich einen

---

204. S. Krüger, Auswirkungen, a.a.O., S. 299-305; Albertin, Lothar, Faktoren eines Arrangements zwischen industriellem und politischem System in der Weimarer Republik 1918-1928, S. 667f. in: System, a.a.O. (Im folgenden zitiert als: Albertin, Faktoren, a.a.O.); Steinisch, Arbeitszeitverkürzung, a.a.O., S. 447.

205. Krüger, Auswirkungen, a.a.O., S. 299f.

206. Krüger, Auswirkungen, a.a.O., S. 298 Anm. 1 und S. 301, verweist beispielsweise auf die "Exportoffensive" der deutschen Wirtschaft, um das Reparationssystem auszuhebeln. Auch Grupp, Außenpolitik, a.a.O., S. 139f. und S. 147f., betont den Einsatz des wirtschaftlichen Potentials, besonders der Kohle.

207. Vgl. Wurm, Frankreich, a.a.O., S. 317f. Zum "industriellen Projekt" des Versailler Vertrages s. Bariety, Jacques, Das Zustandekommen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft (1926) als Alternative zum mißlungenen "Schwerindustriellen Projekt" des Versailler Vertrages, S. 554-559 in: System, a.a.O. (Im folgenden zitiert als: Bariety, Zustandekommen, a.a.O.).

inflationären Wirtschaftsaufschwung und schloß mithilfe großzügiger staatlicher Zuwendungen den Aufbau der zerstörten Gebiete bis 1924 größtenteils ab. Die dadurch entstehenden Defizite im Staatshaushalt sollten die Reparationszahlungen von Deutschland ausgleichen [209].

Auf der deutschen Seite war das ökonomische Potential eine noch vorhandene Machtquelle, mit der Revision aktiv zu betreiben war [210]. Vor allem sollte die weitere Industrialisierung der französischen Wirtschaftsstruktur bekämpft werden. Von besonderer Wichtigkeit wurden dabei die schwerindustriellen Beziehungen. Durch die Wiederangliederung Elsaß und Lothringens wurde die Kapazität der französischen Schwerindustrie erheblich ausgeweitet. Die junge französische Industrie hätte aber der deutschen Konkurrenz kaum standhalten können, und es war kein Geheimnis, daß die deutschen Industriellen an Rhein und Ruhr den Aufschwung der französischen Eisendindustrie hemmen wollten. Während Frankreich von einer machtpolitisch abgesicherten Position die alten arbeitsteiligen Beziehungen zwischen der Schwerindustrie in Elsaß-Lothringen und dem Ruhrgebiet wieder aufgenommen sehen wollte, hatte die deutsche Schwerindustrie die Entschädigungszahlungen des Reichs für die durch den Versailler Vertrag entstandenen Verluste bereits dazu benutzt, ihre eisenschaffende Industrie technisch umzustellen. Sie konnte zunehmend auf das minderwertige lothringische Eisenerz verzichten, während umgekehrt die Abhängigkeit der französischen Eisenindustrie vom hochwertigen Koks aus dem Ruhrgebiet blieb. Die deutsche Schwerindustrie sah keine Veranlassungen zu verhandeln, solange sie aufgrund der politischen Verhältnisse in einer unterlegenen Position sein würde [211]. Sie baute ihre Anlagen ohne Rücksicht auf die von Frankreich gefürchteten Überkapazitäten aus. Im politischen Kräftefeld der Weimarer Republik ohnehin schon stark, wuchs die Schwerindustrie in eine Schlüsselrolle der Reparationsproblematik hinein und bestimmte entscheidend die hier

208. Vgl. Feldman/ Homburg, Industrie, a.a.O., S. 130.

209. Vgl. Kemp, Tom, The French Economy 1913-39. The history of a decline. London 1972, S. 67. (Im folgenden zitiert als: Kemp, Economy); Wurm, Frankreich, a.a.O., S. 316f.

210. Hagspiel, Verständigung, a.a.O., S. 40.

211. Vgl. Pohl, Karl Heinrich, Weimars Wirtschaft und die Außenpolitik der Republik 1924-1926. Vom Dawes-Plan zum Internationalen Eisenpakt. Düsseldorf 1979, S. 17-21. (Im folgenden zitiert als: Pohl, Weimars Wirtschaft, a.a.O.). Zur Obstruktion der direkten Verständigung seitens der Schwerindustrie vgl. Feldman/

betriebene Politik mit. Gerade in dieser Wirtschaftsgruppe war eine ausgeprägte Konfliktbereitschaft vorhanden, verbunden mit der Bereitschaft, vorübergehende Nachteile wie die Ruhrbesetzung in Kauf zu nehmen, um langfristige Ziele, wie die Wiedererringung alter Machtstellungen, zu erreichen [212].

3.1.4. Die Komplexität der Probleme

Im Versailler Vertrag waren innerstaatliche wie zwischenstaatliche Probleme auf politischer und wirtschaftlicher Ebene engstens miteinander verknüpft. Darüberhinaus verkomplizierten Erscheinungen wie Inflation und Reparationstransfer die sachliche Behandlung der Probleme, weil sie in vorher unbekannten Größenordnungen auftraten und es weder ein praktisches noch ein wissenschaftliches Repertoire gab, um damit umzugehen. Es mußten also nicht nur die Bereitschaft, sondern auch noch die Fähigkeit zum Umgang mit dem Problem entwickelt werden. Diese Verknüpfungen verhinderten das Aufteilen des Gesamtproblems in handhabbare Teilbereiche.

Als ein Lösungsweg erschien die Gesamtreduktion der Schulden, die einerseits zwischen den Alliierten und andererseits zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern bestanden. Die Voraussetzung für eine Senkung der Gesamtsumme war die Bereitschaft der USA als Hauptgläubiger, ihre Forderungen gegenüber den Alliierten zu reduzieren. Ein Nachlaß bei den eigenen Schulden hätte Frankreich wiederum eine Reduzierung der Forderungen an Deutschland ermöglicht. Darauf ließ sich die amerikanische

---

Homburg, Industrie, a.a.O., S. 130f.

212. S. Bariety, Zustandekommmen, a.a.O., S. 558f. S. Maier, Charles S., Coal and Economic Power in the Weimar Republic: The Effects of the Coal Crisis of 1920, S. 536 und S. 540 in: System, a.a.O. S. auch Soutou, Georges, Der Einfluß der Schwerindustrie auf die Gestaltung der Frankreichpolitik Deutschlands 1919-1921, S. 543-552, exemplarisch für die Anfangsjahre der Weimarer Republik, in: System, a.a.O.; Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar. Darmstadt 1985, S. 192. (Im folgenden zitiert als: Krüger, Außenpolitik, a.a.O.); Grupp, Außenpolitik, a.a.O., S. 147f.

Administration nicht ein. *"Die Vereinigten Staaten bestanden auf der Bezahlung der Dienste, die sie den Alliierten erwiesen hatten, und die Franzosen auf ihrem Anteil am Sieg"* [213].

Da dieser Weg verbaut war, konzentrierten sich die weiteren Überlegungen darauf, wie Deutschland die Reparationen aufbringen könnte. Die Konstruktion des Vertrages erschwerte eine Finanzierung durch internationale Anleihen, ein sonst üblicher Weg der internationalen Schuldentilgung. Weil im Vertrag zunächst keine Endsumme festgelegt worden war, *"war potentiellen privaten Kreditgebern an Deutschland... die Möglichkeit genommen, die Kreditwürdigkeit der Kapital importierenden Volkswirtschaft genauer abzuschätzen."* Nachdem im Mai 1921 die Endsumme der Reparationsforderungen und der Londoner Zahlungsplan festgelegt worden waren, schätzten die potentiellen Kreditgeber die Endsumme jedoch weit höher als die deutsche Leistungsfähigkeit ein und zeigten sich nun genausowenig wie vorher bereit, Anleihen zu fundieren. Die Unerfüllbarkeit des Londoner Zahlungsplans war angeblich auch in Frankreich nicht umstritten [214]. Der *"Ungewißheit über das zukünftige Ausmaß der Zahlungsverpflichtungen"* mißt Holtfrerich *"... das Hauptgewicht bei der Destabilisierung der finanziellen Situation 1918 - 23 in Deutschland"* bei, das jedoch quantitativ nicht abzuschätzen ist. Anleihen blieben bis zur Regelung der Reparationen im Dawes-Abkommen, das den Ruhrkampf im Sommer 1924 abschloß, also kein Weg.

Seit 1921 mußte das Reich in Raten die Reparationszahlungen ableisten. Zum jeweiligen Termin kauften die Regierungen harte Devisen mit Papiermark und verstärkten damit die bereits vorhandene Inflation in Deutschland. Die Inflation ihrerseits ruinierte die Staatsfinanzen und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Unterstützt von einzelnen britischen und amerikanischen Sachverständigen, wurden in Deutschland von Politikern und Wissenschaftlern die Friedensbedingungen stets als die wichtigste Ursache der Inflation herausgestellt [215]. Daraus zogen die Regierungen die

---

213. Vgl. Jones, Houghton, a.a.O., S. 29; Wurm, Frankreich, a.a.O., S. 319; Aldcroft, Derek A., Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street. 1919-1929 (Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert. Bd. 3). München 1978, S. 98f. (Zitat S. 98). (Im folgenden zitiert als: Aldcroft, Jahre, a.a.O.).

214. Holtfrerich, Inflation, a.a.O., S. 152 (Zitat). Antwort des Bankhauses Morgan auf die Anfrage des französischen Finanzministers nach den Gründen für den Frankensturz November 1922, nach Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 165.

Schlußfolgerung, daß eine Stabilisierung der Währung nur nach einer vorherigen Reduzierung der Reparationensschulden möglich sei. Vor diesem argumentativen Hintergrund ergriff keine deutsche Regierung Maßnahmen, um die Inflation zu beenden [216], aber sie untermauerten dadurch die Vorwürfe der Zahlungsunwilligkeit. Besonders die Briten kritisierten diese Finanzwirtschaft. *"Es ist wohl kaum eine Übertreibung, wenn man sagt, daß die für die Finanzpolitik des Landes Verantwortlichen Selbstmord begehen, um sich vor Reparationszahlungen zu drücken."* [217]

Es gab in Deutschland handfeste innenpolitische Ursachen für die Inflation und wichtige politische Gründe, an ihr festzuhalten. Eine Schuldzahlung und Tilgung der Reparationen aus ordentlichen Einnahmen hätte eine Deflation und Depression *"unvorstellbaren Ausmaßes erzeugen müssen, die keine Regierung, aber auch nicht die eben erst entstandene Staatsform der Republik hätte überleben können."* [218] Der Staat ging den Weg des geringsten Widerstandes, auf dem zunächst neben ihm auch viele andere profitierten. Dem Staat, dem Verursacher und größten Gewinner der Inflation, billigt Holtfrerich dabei eine Notwehrsituation zu. Der Ausbau des Sozialstaates in den frühen Weimarer Jahren wurde durch die Inflation erleichtert, *"bietet doch die 'Inflationssteuer' eine Einnahmequelle, die auch schwache Regierungen jederzeit ausschöpfen können"*. Es profitierten ferner die Besitzer von Sachvermögen und die Geldschuldner [219]. Bis in die Mitte des Jahres 1922 hielt der *"Konsensus, der maßgeblich zur Inflation beigetragen hatte."* Bis dahin gehörte auch die Arbeiterschaft, relativ

---

215. Holtfrerich, Inflation, a.a.O., S. 143, 152f., 136f, 156f. (Zitat S. 143).

216. Vgl. Krüger, Auswirkungen, a.a.O., S. 297; Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O., S. 50, am Beispiel des Kabinetts Fehrenbach. Vgl. das Schicksal der Erzbergerschen Finanzreform und die weitere Entwicklung der Finanzpolitik bei Witt, Peter-Christian, Finanzpolitik und sozialer Wandel in Krieg und Inflation 1918-1924, S. 414-420 in: System, a.a.O. (Im folgenden zitiert als: Witt, Finanzpolitik, a.a.O.).

217. D'Abernon, Viscount, Ein Botschafter der Zeitenwende. Memoiren. Bd. II Ruhrbesetzung. Leipzig 1929, S. 279. Eintragung v. 20.8.23. (Im folgenden zitiert als: D'Abernon, Botschafter, Bd. II, a.a.O.).

218. Vgl. Holtfrerich, Inflation, a.a.O., S. 126f. (Zitat S. 127); Krüger, Auswirkungen, a.a.O., S. 300; Schuker, Stephen A., The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes-Plan. Chapel Hill 1976, S. 16. (Im folgenden zitiert als: Schuker, End, a.a.O.).

gesehen, zu den Inflationsgewinnlern, und sie zog auch dauerhaft den größten Nutzen aus ihr. Die Verlierer des Umverteilungsprozesses waren die Bezieher von Rentiereinkommen. Angesichts der allgemeinen Ablehnung, die die Reparationen in Deutschland fanden, hätte jeder Versuch, sie mit Steuern einzutreiben, scheitern müssen. Konfrontiert mit drohenden Sanktionen und Zerstückelung bei Nichtbezahlen und inneren Zerreißproben beim Bezahlen, kamen die deutschen Regierungen *"den Reparationsforderungen weitgehend mit Hilfe der Notenpresse nach..."* [220]. Hier verknüpfte sich die Reparations- mit der Sicherheitsproblematik, die für Frankreich so entscheidend war. Das Ausmaß, indem Frankreich Deflation und strikte Besteuerung verlangte, verringerte die Zahl der Befürworter der Aussöhnung mit Frankreich in Deutschland immer weiter. Doch die Entwicklung einer stabilen Demokratie war der eigentliche Garant französischer Sicherheit [221].

Die Inflationspolitik der Nachkriegsjahre überdeckte innerhalb Deutschland das Problem, welche Bevölkerungsgruppen die Lasten des Versailler Vertrages zu tragen haben würden. In dem Moment, in dem Deflation und Steuerreform angegangen würden, würde die Frage zu einer innenpolitischen Machtfrage werden. Dieser Verteilungskampf würde den inneren Konflikt zwischen Industrie und Arbeiterschaft aktivieren. Die Fronten waren 1922 bereits klar. Die *"Erfassung der Sachwerte, Maßnahmen gegen die Kartelle und gegen andere Absprachen, die eine Hochpreispolitik ermöglichten, standen auf dem Stabilisierungsprogramm der Arbeiterschaft"*. Die Industrie wollte eine Stabilisierung erst nach einer

---

219. Vgl. Holtfrerich, Inflation, a.a.O., S. 134f. und S. 266-269 (Zitat S. 269).

220. Zum Inflationskonsens vgl. Feldman, Gerald D. und Irmgard Steinisch, Industrie und Gewerkschaften 1918-1924. Die überforderte Zentralarbeitsgemeinschaft (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Nr. 50). Stuttgart 1985, S. 94 (Zitat). (Im folgenden zitiert als: Feldman/ Steinisch, Industrie, a.a.O.). Zum inflationsbegünstigten Ausbau des Sozialstaats s. ausführlich Witt, Finanzpolitik, a.a.O., S. 411-414. Vgl. Holtfrerich, Inflation, a.a.O., S. 266-268 und S. 151f. (Zitat S. 152). S. auch Schuker, Stephen A., American "Reparations" to Germany, 1919-1933, S. 336 und bes. S. 341 zum Netto-Kapitalimport aus den USA aufgrund der Inflation in: Nachwirkungen, a.a.O.

221. Vgl. Wurm, Frankreich, a.a.O., S. 319. Differenziert zum Sicherheitsbedürfnis in Frankreich s. Wurm, Clemens A., Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924-1926 (Europäische Hochschulschriften. Reihe III. Bd. 115). Frankfurt, Bern, Las Vegas 1979, S. 16-

Reduzierung der Reparationen und wenn ausländischer Kredit eingeräumt war. *"Die Voraussetzung dafür war nach ihrer Ansicht eine Erhöhung der Produktivität bei gleichzeitiger Senkung der Produktionskosten, was durch eine Verlängerung der Arbeitszeit, Senkung der Reallöhne, völlige Freiheit der Wirtschaft und durch reduzierte Staatsausgaben zu bewerkstelligen sei."* [222] Für die deutsche Industrie wurde *"die Abschaffung des Achtstundentages gewissermaßen zur Vorbedingung und zum Kernstück des Stabilisierungsprogramms"* des Jahres 1922. *"Damit stand die größte revolutionäre Errungenschaft der Arbeiterschaft ... im Mittelpunkt der Arbeitgeberangriffe."* [223]

Innerhalb Frankreichs stellte sich das Problem ähnlich, nur nicht in dieser Schärfe. Auch hier hätten die Kriegsfolgekosten und die Ablösung der interalliierten Schulden über Steuererhöhungen und Kapitalabgabe abgegolten werden können, jedoch um den Preis von Umverteilungskonflikten. Der Ausweg hier war bestechend einfach: *"Wenn schon jemand zahlen mußte, ... dann zuerst Deutschland"*. Das eigentliche Motiv der Ruhrbesetzung wurzelte, so Rupieper, im französischen Haushaltsdefizit [224].

3.1.5. Entwicklung der Konfliktdynamik und Zuspitzung im Jahre 1922

Das Verhältnis beider Länder verschlechterte sich durch den Umgang miteinander weiter. Während des Waffenstillstands hatte es in Deutschland kaum eine solche Verbitterung gegen Frankreich gegeben, wie sie im Laufe der ersten Nachkriegsjahre in Deutschland aufgrund der *"verfehlte(n) Politik und ihr(em) brutale(n) Vorgehen nach dem Waffenstillstand"* entstand. In der Reparationsfrage verhärteten sich die Gegensätze zu unüberbrückbaren

---

26.

222. Vgl. Feldman/ Steinisch, Industrie, a.a.O., S. 98 (Zitat); Rupieper, Industrie, a.a.O., S. 586.

223. Vgl. Feldman/ Steinisch, Industrie, a.a.O., S. 97.

224. Vgl. Wurm, Frankreich, a.a.O., S. 316f. (Zitat S. 317); Rupieper, Industrie, S. 589.

Gräben. Kompromißlösungen wurden dadurch immer schwieriger, da sie stets Empörung in der öffentlichen Meinung weckten oder spätestens in Verhandlungen sicher scheiterten [225].

Von daher erklärt sich wenigstens zum Teil die vollständige Ignorierung derjenigen Vorschläge von Bankiers und Reparationsexperten, die auf die Erzwingung von Leistungen verzichteten, für wirtschaftlich orientierte und entemotionalisierte Lösungen plädierten und bereits 1919 zum Teil Lösungsansätze entwickelten, die erst 1924 "reif" für die Umsetzung wurden [226].

Das Verhältnis beider Nationen kennzeichnete eine zunehmende Polarisierung. Für die Franzosen erschreckend, nahmen die Deutschen die Bedeutung der Niederlage des Weltkrieges nicht zur Kenntnis. Auf der anderen Seite lief der spiegelverkehrte Mechanismus ab: *"Ähnlich leicht wie die Deutschen ihre Niederlage vergessen, scheint den Franzosen im eigenen Bewußtsein ihr Sieg abhanden zu kommen. Kleinste Bagatellen werden zu einer außenpolitischen Belastungsprobe hochgespielt. Nicht die geringste Nachsicht darf dem entmachteten Nachbarn gegenüber geübt werden..."*. Auch in Frankreich wurden Bilder gepflegt, die mit der Realität Deutschlands nur wenig zu tun hatten. Bei der französischen Auffassung von der deutschen Zahlungsfähigkeit aber -unwilligkeit handelt es sich nach Hagspiel um ein *"Paradebeispiel dafür..., wie objektive Sachverhalte im Denken breiter Massen - gefördert durch einschlägige Äußerungen auf höchster politischer Ebene - in phantastische Konstrukte verkehrt werden"*. Doch der *"offenkundige Mangel an Zahlungsmoral jenseits des Rheins zwingt die Verfechter der These des prosperierenden deutschen Kapitalismus nie, dieses bequem zurechtgelegte Bild mit der realen Situation zu konfrontieren."* [227]

Im Jahr 1922 kamen diese Entwicklungslinien zur Zuspitzung. Die sich beschleunigende wirtschaftliche Zerrüttung in Deutschland drängte nach

---

225. D'Abernon, Botschafter, Bd.I, a.a.O., S. 236 und S. 89. Zur Obstruktionspolitik des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats beim Kohle-Lieferabkommen vom Herbst 1919 s. Grupp, Außenpolitik, a.a.O., S. 150-153.

226. Rupieper, Industrie, a.a.O., S. 585, erwähnt beispielsweise das Bankierstreffen im Oktober 1919 in Amsterdam und Voten der alliierten Reparationsexperten in Versailles.

227. Vgl. Hagspiel, Verständigung, a.a.O., S. 41, 37f., 31f. (Zitate S.41 und S.

dem Übergang zur galoppierenden Inflation Mitte 1922 mit Macht zur Konsolidierung der Finanzen. Mit Poincaré auf der Gegenseite trat Anfang 1922 ein Politiker in Frankreich an, der entschlossen war, Deutschland zum Zahlen zu bringen. Er setzte in den ersten Monaten einerseits auf direkte Verhandlungen, ließ jedoch die Optionen für eine Besetzung des Ruhrgebiets frühzeitig entwickeln [228].

Gleichzeitig wurde in Deutschland die "Erfüllungspolitik" beendet. Es wurde beschlossen, einen möglichst langen Zahlungsaufschub bei den Ratenzahlungen für die Reparationen zu beantragen. Das mußte den Konflikt mit Frankreich erneut anheizen. Die logische Antwort war die französische Forderung nach "produktiven Pfändern". Die anderen Alliierten erteilten sowohl dieser Forderungen als auch den französischen Sanktionsdrohungen eine Absage, sie schienen sogar einer substantiellen Verringerung der Reparationssummen nicht abgeneigt. Sie erhöhten damit die deutsche Erwartung auf einen erfolgreichen Widerstand und verfestigten die Hinhaltetaktik der deutschen Regierung. Die laufende Verschärfung der finanziellen Situation, die schwindenden Aussichten auf wirkungsvolle Entlastung durch deutsche Reparationszahlungen und auf gemeinsame Sanktionen mit den anderen Alliierten erhöhten den inneren Druck in Frankreich ständig. Seit Mitte 1922 war aus französischer Sicht eine Lösung des Reparationsproblems nur noch durch die Sicherung durch "Pfänder" denkbar. Es wurden die taktischen Schritte der Besetzung in die Wege geleitet und weitere Alliierte zur Beteiligung an der Aktion geworben [229].

Ende November 1922 entschloß sich Poincaré zur Ruhrbesetzung. Im Dezember 1922 wurde die Teilnahme der Belgier zur Gewißheit, nachdem auch dort die Spannung zwischen wirtschaftlicher Situation und mangelnder

---

31).

228. Vgl. Feldman/ Steinisch, Industrie, a.a.O., S. 94. Vgl. Krüger, Außenpolitik, a.a.O., S. 187f. S. D'Abernon, Botschafter, Bd.II, a.a.O., S. 36f. zur Einschätzung Poincarés; Bariety, Jacques, Les Relations Franco-Allemandes après la première guerre mondiale. 10. Nov. 1918-10. Jan. 1925. De Exécution à la Négociation. Paris 1977, S. 91-95. S. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 79-87 zu den Vorbereitungen der Besetzung, vgl. bes. S. 82f.

229. S. Schuker, End, a.a.O., S. 16 und S. 19f.; Krüger, Auswirkungen, a.a.O., S. 305f.; Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O., S. 55f.; Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 79-87; Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 133f.; Rupieper, Industrie, a.a.O., S.

Aussicht auf baldige Zahlungen zum Handeln drängte. Belgien hatte bislang eine vermittelnde Haltung zwischen Frankreich und Großbritannien eingenommen, gab diese aber angesichts der sich vertiefenden Spaltung zwischen den beiden anderen Ländern auf. Nun wurde eine Gelegenheit zum Einmarsch gesucht [230].

Als Ende November 1922 die Nachricht in Deutschland bekannt wurde, daß in Paris die *"stärkere Durchdringung der besetzten Rheinlande"* und die Besetzung von Teilen des Ruhrgebiets erwogen worden war, begannen bei der Reichsregierung hektische Aktivitäten, um dieses Ereignis abzuwenden. Vor allem beschäftigte sie sich mit der Ausarbeitung von Reparationsplänen für die noch ausstehenden Verhandlungen. Zudem ließ der neue Reichskanzler Cuno die Möglichkeiten für die Annahme der Idee eines Rheinpaktes sondieren, um die französischen Sicherheitsbedürfnisse zu befriedigen. Die deutschen Reparationsvorschläge wurden ohne Diskussion zurückgewiesen (am 9. 12. 22) oder gar nicht gehört (am 2.- 4.1. 23), informelle Kontaktaufnahmen wurden abgeblockt oder deutscherseits nicht weiterverfolgt und Cunos Rheinpakt-Abkommen zurückgewiesen [231].

Am 26. Dezember 1922 stellte die Reparationskommission einen *"willkürlichen Verzug"* bei der Lieferung von Nutzholz und Telegraphenstangen fest. Dies gab den Weg für Zwangsmaßnahmen frei. Am 4. Januar 1923 ging die Reparationskonferenz der alliierten Siegermächte in London ergebnislos auseinander. Damit, so notierte der nach London entsandte, aber dort nicht angehörte deutsche Sachverständige in Reparationsfragen, war der Einmarsch in das Ruhrgebiet unvermeidlich. Der britische Vorstoß mit einem neuen Reparationsplan brachte Belgien und Italien endgültig offen auf die Seite Frankreichs und Großbritannien in die Isolierung. Einen Tag nach dem Ende der Konferenz gaben der belgische

---

591 und S. 588.

230. Artaud, Denise, Die Hintergründe der Ruhrbesetzung 1923: Das Problem der interalliierten Schulden, S. 242 und S. 253 in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 27. 1979. (Im folgenden zitiert als: Artaud, Hintergründe, a.a.O.). Ausführlich zum Wandel der Einstellung in Belgien s. Helmreich, Jonathan, Belgium and Europe. A Study in Small Power Diplomacy (Issues in Contemporary Politics. Historical and Theoretical Perspectives. 3). The Hague, Paris 1976, S. 265-273. (Im folgenden zitiert als: Helmreich, Belgium, a.a.O.).

231. Vgl. AdRk Cuno, S. XXVIII, S. 20 Anm. 5, S. 22 Anm. 2, S. 96 Anm 4, Dok. Nr. 16, S. 101 Anm. 2; Dok. Nr. 34, S. 116 Anm. 5, Dok. Nr. 42, bes. S.

und der italienische Delegierte bei der Reparationskommission zu verstehen, daß sie dem Antrag Frankreichs zustimmen würden, der eine Verfehlung bei den deutschen Kohlenlieferungen feststellen wollte. Diese Verfehlung hatte die Reparationskommission seit Monaten kommen sehen, nun, unter französischem Druck, handelte sie [232].

Es gab in verschiedenen Bereichen im Jahr 1922 inhaltlich konstruktive Ansätze. Es gab die direkte deutsch-französische wirtschaftliche Zusammenarbeit; es gab die Konferenz in Genua, bei der Deutschland erstmals als gleichberechtigter Partner teilnahm und bei der später umgesetzte Lösungsvorschläge diskutiert wurden. In Deutschlands Sachverständigen- und Bürokratiekreisen gewann ein Konzept zur Reparationsregelung Kontur, das die bislang verfolgte Außenpolitik von Inflation und Destabilisierung hinter sich ließ und ebenfalls in den späteren Jahren inhaltlich umgesetzt wurde [233]. Endlich zeigten sich in diesem Jahr die angelsächsischen Mächte an deutschen Vorstellungen zur Regelung der Reparationsfrage interessiert. Sowohl in England als auch in den USA wollte man in diesem Jahr endlich wissen, welche konstruktiven Pläne Deutschland für die Reparationsfrage bereithielt [234]. Aber entweder blieben diese Aktivitäten nur Ansätze, die den Trend zur Eskalation nicht umkehren konnten und ihre potentielle Wirksamkeit in den Interferenzen der widerstreitenden Interessen verloren. Manche Aktivität, die mit hohen Erwartungen an eine Lösung des Konflikts verbunden war, zeigte paradoxe Wirkungen und Nebeneffekte, die die Eskalation sogar verstärkten.

So scheiterten konstruktive Ergebnisse in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit hauptsächlich an der oben beschriebenen Haltung der deutschen Schwerindustrie, aber auch an der französischen Industrie, die die

---

136f., S. 136 Anm. 3, S. 137 Anm. 5 und S. 92 Anm. 5.

232. Vgl. Rupieper, Cuno, S. 52 und S. 74-76; Zwehl, Konrad von, Die Deutschlandpolitik Englands von 1922 bis 1924 unter besonderer Berücksichtigung der Reparationen und Sanktionen. Diss. München 1974, S. 363-365. (Im folgenden zitiert als: Zwehl, Deutschlandpolitik, a.a.O.); Bergmann, Carl, Der Weg der Reparation von Versailles über den Dawesplan zum Ziel. Frankfurt am Main 1926, S. 217. (Im folgenden zitiert als: Bergmann, Weg, a.a.O.).

233. Vgl. Krüger, Auswirkungen, a.a.O., S. 307 und S. 311f.; Wurm, Frankreich, a.a.O., S. 320.

234. Vgl. Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O., S. 55; Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 149; Krüger, Außenpolitik, a.a.O., S. 184-150.

Konkurrenz bei Sachlieferungen fürchtete. Die britischen Industrie und Regierung suchten ihrerseits alle Aktivitäten in Richtung auf eine deutsch-französische Zusammenarbeit zu *"torpedieren"* [235].

Die Konferenz von Genua verfehlte nicht nur den Durchbruch bei den Reparationsverhandlungen. Die Vorstellungen, die der britische Premier zur Konfliktregulierung entwickelte, nahmen zwar die in Locarno 1925 umgesetzten Gedanken vorweg, fielen aber noch nicht auf fruchtbaren Boden. Zum einen wurde, weil Poincaré das Thema auszugrenzen verstand, über Reparationen gar nicht verhandelt. Der Zusammenhang zwischen Sicherheit und Reparationen, den der britische Premier klarzumachen bemüht war, war in Deutschland bis dato von nur wenigen erkannt worden. Anstatt diese Politik aufzugreifen, wurden neue, durch die Erfüllungspolitik gerade eröffnete außenpolitische Handlungsspielräume getestet, die im Rapallo-Vertrag, also der Annäherung Deutschlands und der Sowjetunion, ihren Ausdruck fanden. Rapallo aber wurde zur wichtigen Weichenstellung für die Ruhrbesetzung. Es signalisierte die deutsche Bereitschaft zum Konflikt und schuf in Frankreich das Klima für eine härtere Gangart [236].

Eine neue außenpolitische Konzeption, die Reparationen, Stabilisierung und Sicherheit verband, war im Frühjahr 1923 im Kern ausgearbeitet. Erst die Politik Stresemanns griff im Herbst des Jahres darauf zurück. Bis dahin mußten die Anfragen aus den angelsächsichen Ländern nach deutschen Konzepten zur Enttäuschung bei diesen Staaten führen. Es gab keinen Plan, der in diskreten Sondierungen hätte berücksichtigt werden können. Die Rufe aus Deutschland um Hilfe bei den angelsächsischen Ländern dienten eher der taktischen Isolierung Frankreichs und damit der alten Politik [237].

Andere konstruktive Ansätze des Jahres 1922 liefen den grundlegenden Plänen und Ansätzen der Akteure zuwider und wurden deshalb abgeblockt. So diskutierte ein internationales Konsortium der wichtigsten Bankiers die Möglichkeiten der lang ersehnten internationalen Anleihe. Ihre

---

235. Vgl. Wurm, Frankreich, a.a.O., S. 321.

236. Vgl. Krüger, Auswirkungen, a.a.O., S. 307 und S. 309-311; Schuker, End, a.a.O., S. 19; Lee/ Michalka, German, a.a.O., S. 62.

237. Vgl. Krüger, Auswirkungen, a.a.O., S. 311f.; Krüger, Außenpolitik, a.a.O., S. 184f. und S. 192; Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 148-156.

Vorstellungen scheiterten jedoch, da sie ebenfalls ein Moratorium und eine Revision des Zahlungsplans forderten, was Poincaré vollständig zurückwies **238**.

Als im November 1922, kurz vor der endgültigen Entscheidung zur Ruhrbesetzung, das Kabinett Cuno gebildet wurde, erschien die Einbeziehung von Wirtschaftsvertretern wie Cuno in die Regierungsverantwortung als eine Chance, um die Ernsthaftigkeit deutscher Reparationsangebote zu erhöhen. Nur ein Opfer der Industrie, und zwar ein schnelles, erschien als das einzige Mittel, um Sanktionen noch abzuwenden. Das neue Kabinett stellte sich jedoch explizit in die Tradition seiner Vorgänger. Es stellte sich ferner sehr schnell heraus, daß die Regierung die Wirtschaft tatsächlich nicht führte, was deswegen nicht zu inneren Kontroversen führte, weil man von einer Übereinstimmung in den grundsätzlichen Fragen zwischen Kabinett und Wirtschaft ausgehen kann, die in den informellen wie institutionalisierten Formen der Zusammenarbeit und des Meinungsaustausches, insbesondere in Reparationsfragen, ausgehandelt wurde. Der erste deutsche Gesamtplan, der im Januar 1923 vorgelegt wurde, markierte sowohl den politischen wie wirtschaftlichen Konsens im Reich als auch die Bereitschaft zur Kraftprobe mit Frankreich, machte er doch die vorzeitige Räumung der vertraglich besetzten Rheinlande zur Vorbedingung einer freiwilligen Reparationsvereinbarung **239**.

3.1.6. Die Dynamik der Eskalation bis zum Vorarbend der Ruhrbesetzung

Die Konfliktsituation am Vorabend der Ruhrbesetzung läßt sich zusammenfassend beschreiben als eine erneute Dramatisierung in einem seit längerem bestehenden Konfliktzyklus. Als grundlegende Bedürfnisse standen sich ein nicht befriedigtes Sicherheitsbedürfnis bei Frankreich und

---

238. Vgl. Schuker, End, a.a.O., S. 19.

239. Vgl. Jones, Houghton, a.a.O., S. 28; AdRk Cuno, S. XIX-XXI, Dok. Nr. 2, bes. S. 4, S. 17 Anm. 7, S. 63-66, S. 64 Anm. 4, S. 51 Anm. 8, S. 65 Anm. 6 u. Dok. Nr. 1, bes. S. 2, S. 15 Anm 10., Dok. Nr. 24, S. 73 Anm. 2, S. 91 Anm. 4, S. 101 Anm. 2; Krüger, Außenpolitik, a.a.O., S. 193f.; Schuker, End, a.a.O., S. 22f.; Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 162f.

das Streben nach Gleichwertigkeit in Deutschland gegenüber. Der Versailler Vertrag bildete den Kristallisationspunkt des Konfliktes. Hier entwickelten sich die verschiedenen Bedürfnisse zu entgegengesetzten Handlungszielen, der strikten Durchsetzung des Vertrages auf der einen, der Revision des Vertrages auf der anderen Seite. Das Konfliktverhalten kennzeichnete im wesentlichen Zwang auf der einen, Hinhalten und Nachgeben unter Zwang auf der anderen Seite. Die Einstellungen zueinander verschlechterten sich durch die Erfahrungen mit diesem Konfliktverhalten. Die Anwendung von Zwang vertiefte das Gefühl, ungerecht behandelt und gedemütigt zu werden. Die hinhaltende und ausweichende Taktik vertiefte das Mißtrauen und erhöhte die Bereitschaft, sich zwangsweise zu sichern, was nicht freiwillig zugestanden wurde.

Die Problemsituation verschärfte sich im Laufe der Zeit dadurch, daß die bislang verfolgten Strategien Risiken in sich bargen, die im Laufe der Zeit immer offensichtlicher wurden. Die Anwendung von Zwang seitens Frankreich wurde dadurch erschwert, daß die Verbündeten sich zurückzogen. Damit wurde das Bedürfnis nach Sicherheit noch vordringlicher. Auch die Ansichten über die inhaltlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages veränderten sich tendenziell in Richtung auf eine Reduzierung der zu erwartenden Geldbeträge. Die sich verschlechternde Wirtschaftslage in Deutschland ließ die Aussichten auf einen einigermaßen vollständigen finanziellen Ausgleich drastisch sinken. Ein Verzicht auf vollständige Erfüllung des Vertrages hätte aber auch in Frankreich das Ende innerer finanzpolitischer Illusionen und einen entsprechenden innenpolitischen Druck mit sich gebracht.

Der Problemdruck verschärfte sich in Deutschland dadurch, daß die selbstschädigenden Wirkungen der außenpolitischen Hinhaltetaktik innenpolitisch einen kritischen Punkt erreichten. Entweder gelang der Befreiungsschlag in Form einer drastischen Reduzierung der Belastung oder die innenpolitischen Konfliktlinien würden evident.

Diese Dynamik brachte die erkennbaren konstruktiven Ansätze auf der inhaltlichen Ebene zum Scheitern. Die Eskalation konnte voranschreiten, zumal die anderen Konfliktparteien darauf verzichteten, auf das aktuelle Konfliktverhalten einzuwirken.

3.1.7. Die Machtkonstellation Anfang Januar 1923. Chancen und Risiken des Widerstands

Nicht nur Frankreich, sondern auch Belgien und Italien beteiligten sich an der Ruhrbesetzung. Die Belgier wollten nicht durch ein Abseitsstehen künftige Einwirkungsmöglichkeiten verlieren. Aber es herrschte Besorgnis über eine mögliche soziale Beunruhigung im Ruhrgebiet und Mißtrauen gegenüber den eigentlichen Zielen der Franzosen. Die Italiener befürchteten, daß die deutschen Kohlenlieferungen aufhören könnten, wenn die Franzosen die Ruhr allein besetzten. Sie versprachen, einen oder zwei Ingenieure zu entsenden und waren offensichtlich an der raschest möglichen Beendigung der Aktion interessiert. Ihre Interessen richteten sich darauf, Abmachungen über die Reduzierung von Kriegsschulden und Reparationen zu verbinden. Die französische Rechtsposition hielten sie nicht für stichhaltig, waren aber andererseits vom betrügerischen Bankerott der deutschen Staatsfinanzen überzeugt [240].

Großbritannien unterstützte die Besetzungspläne nicht, sondern unterstrich die nachteiligen wirtschaftlichen Wirkungen dieser Aktion. Andererseits stellte es sich der Aktion nicht entgegen, sondern wartete ab. Frankreich sollte die Unmöglichkeit der lange angedrohten Einzelaktion auskosten. Die Entente blieb jedoch unangetastet. Eine Überprüfung der Rechtmäßigkeit der militärischen Aktion durch einen formellen Antrag bei der Reparationskommission wurde in Großbritannien erwogen und vom französischen Delegierten befürchtet, seit die erste Verfehlung im Dezember 1922 festgestellt worden war; sie blieb aber aus [241].

Die USA hatten im zweiten Halbjahr 1922 auf Geheimdiplomatie gesetzt und eine öffentliche Festlegung ihrerseits verworfen. Dabei setzte der amerikanische Außenminister auf die letztlich falsche Wahrnehmung seines Botschafters in Paris, der an einen Einmarsch nicht glaubte. Erst als am 27. Dezember in Washington die Entscheidung der Reparationskommission bezüglich der Verfehlungen Deutschlands bekannt wurde, war klar, daß

---

240. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 93 und S. 87; Helmreich, Belgium, a.a.O., S. 273f. Zur Motivation Mussolinis zur Ruhrbesetzung s. Torunsky, Vera, Entente der Revisionisten? Mussolini und Stresemann 1922-1929 (Dissertationen zur neueren Geschichte. Bd. 14). Köln, Wien 1986 , S. 33-42. (Im folgenden zitiert als: Torunsky, Entente, a.a.O.).

241. Vgl. D'Abernon, Botschafter, Bd. II, a.a.O., S. 179f.; Rupieper, Cuno,

weitere Sanktionen drohten und die Geheimdiplomatie gescheitert war. In dieser Konstellation wurde der seit einem halben Jahr entwickelte und später umgesetzte "Hughes-Plan" veröffentlicht, der den Gedanken einer Problembearbeitung durch eine unabhängige Expertenkommission propagierte und für ein solches Vorgehen amerikanische Unterstützung zusagte. An eine aktive Rolle war nach dem Einmarsch vorerst nicht zu denken, auch mit Rücksicht auf die gespaltene öffentliche Meinung. Die USA zogen ihre Besatzung aus dem Rheinland ab. Sie setzten auf Zeit, konkret auf die weitere Zersetzung der französischen Finanzen [242].

Sofern eine Ruhrbesetzung nach dem Bekanntwerden der Planungen vermeidbar war, dann durch eine Unterwerfung Deutschlands unter den französischen Standpunkt. Da hierzu deutscherseits keine Bereitschaft bestand, war eine weitere Eskalation vorgezeichnet [243]. Von den mitbeteiligten Mächten hätte nur ein eindeutiges Eintreten der USA und /oder Großbritanniens auf einer der beiden Seiten vor dem Einmarsch die Konstellation grundsätzlich verändern können. Es ist fraglich, ob Frankreich bei erkennbarer Isolierung und angekündigten Gegenmaßnahmen der angelsächsischen Mächte einmarschiert wäre. Noch fraglicher ist, ob das Deutsche Reich bei der gegebenen Fixierung auf die Unterstützung aus dem angelsächsischen Raum irgendeine Form von Widerstand gewagt hätte, wäre Großbritannien mitmarschiert. Beide Mächte hielten sich jedoch bewußt und konsequent im Hintergrund und spielten ihre vorhandenen Machtmittel nicht aus, um eine Deeskalation zu erreichen.

Die Chancen des zivilen Widerstands lagen für das Deutsche Reich darin, die inneren Widersprüche der Besatzer zu aktivieren. Betrachtet man die Heterogenität der Motivationen der teilnehmenden Mächte, so boten sich dort einige Ansatzpunkte für diplomatische Aktivitäten. Bezogen auf den schon lange dauernden Konflikt konnte der sichtbar werdende Widerstand die Einstellung und das Verhalten wieder zur Deckung bringen, indem das als Demütigung empfundene Nachgeben-Müssen gegenüber Zwangsmaßnahmen beendet wurde. Die Konfrontation, besonders mit Frankreich, mußte durch einen direkten Widerstand zunächst eskaliert werden. Denn er bestätigte, was dort schon lange vermutet und befürchtet

---

a.a.O., S. 81; Krüger, Außenpolitik, a.a.O., S. 198.

242. Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 166-168, 170f., 173f. und S. 132; Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 92.

243. Krüger, Außenpolitik, a.a.O., S. 187.

wurde. Dieser eskalierende Aspekt des Widerstands konnte aufgefangen werden, indem gleichzeitig und glaubhaft diejenigen Aspekte des Versailler Vertrages beachtet wurden, die als berechtigt anerkannt wurden, eine Aufgabe, die ein erhebliches Differenzierungsvermögen verlangte.

Die innere Stärke des Widerstands lag darin, daß die empfundene Ablehnung dieses Vertrages und seiner Durchsetzung endlich in ein adäquates Handeln umgesetzt werden konnte. Der innere Zusammenhalt wurde dann prekär, wenn die Frage der inneren Lastenverteilung durch die Besatzung zum Thema gemacht und die einzelnen Parteien im Reich gegeneinander ausgespielt werden konnten.

Unklar war jedoch, ob diese Zwangsmaßnahme überhaupt einen Widerstand hervorrufen würde. Die bisherigen Sanktionen waren bislang widerstandslos hingenommen worden.

3.2. Vorbereitungen auf den Einmarsch seitens der Reichsregierung

Die Pläne zur Ruhrbesetzung wurden in Frankreich seit der zweiten Jahreshälfte des Jahres 1922 konkret ausgearbeitet.

Wie und ab wann bereitete sich die Reichsregierung auf eine mögliche Besetzung vor? Woran orientierten sich die Vorbereitungen und waren sie noch brauchbar, als die Besetzung konkret wurde? Welches Verhältnis bestand zwischen den staatlichen Vorbereitungen und denen anderer gesellschaftlicher Gruppen? Inwieweit war eine generelle Bereitschaft zum Widerstand in der Bevölkerung auszumachen? Welche Möglichkeiten der Verhinderung oder Behinderung der Besetzung wurden gesehen und umgesetzt?

3.2.1. Richtlinien für die innere Verwaltung, Verzicht auf einen Widerstand bei den Eisenbahnen zu Beginn der Besetzung

Die frühesten Forderungen, sich auf einen möglichen Einmarsch vorzubereiten, lassen sich in den westdeutschen Gebieten nachweisen. Sie entstanden nach der Einmarschdrohung aus Paris Ende November 1922 und

wurden seit Anfang Dezember 1922 erhoben. Es waren vor allem führende Vertreter der Wirtschaft und der Gewerkschaften sowie Beamte im besetzten Rheinland und in der Pfalz, die die halboffiziellen Ankündigungen weiterer Sanktionen ernstnahmen. Ihre Befürchtungen konzentrierten sich darauf, daß das Rheinland diesmal staatsrechtlich abgetrennt werden sollte [244]. Die Beamtenschaft in dieser Region forderte *"klare Richtlinien über ihr Verhalten"*, falls es zum Versuch einer staatsrechtlichen Veränderung kommen sollte und *"bündige Zusicherungen für ihre Versorgung"*, wenn Beamte von ihren Posten verdrängt würden [245]. Die Tatsache, daß die Beamten, die nach dem Friedensschluß aus Elsaß und Lothringen verdrängt worden waren, immer noch nicht zufriedenstellend versorgt waren, war der Hintergrund dieser Forderung [246]. Bayern hatte für die bedrohte Pfalz Anfang Dezember präzise Instruktionen erlassen [247] und drängte die Reichsregierung, *"alsbald die erforderlichen Verhaltensmaßregeln ins Auge zu fassen, insbesondere müsse die Beamtenschaft mit Richtlinien versehen werden, um einen geschlossenen Widerstand zu organisieren"* [248]. Bei all diesen Überlegungen ging man davon aus, das das Ziel der Ruhraktion die Annexion des Rheinlandes umfassen würde. Die Richtlinien zielten darauf ab, einen Widerstand für diesen Fall zu organisieren. Sie beschäftigten sich nicht damit, eventuelle wirtschaftliche Ziele zu durchkreuzen. Dies erklärt sich daraus, daß das genaue Vorgehen nicht bekannt war und weiterhin die Erwartung bestand, das Ereignis abwenden zu können.

In der Reichsbürokratie und an der Regierungsspitze rückte das Thema, den Widerstand der Beamten zu organisieren, im Laufe des Dezember zu einer höheren Priorität auf [249]. Es wurde in der Kabinettssitzung am 19.12.1922 behandelt. Dort kam es nach vorangegangenen Verhandlungen zwischen

---

244. Vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 9, bes. S. 22 Anm. 2 u.5.

245. Ebd., S. 25 Anm. 15.

246. Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Reichsministerium für die besetzten Gebiete, darin Zentralstelle Rhein-Ruhr, Filmnr. 53424/4, Bl. 119. (Im folgenden zitiert als: ZStA, RmfdbG).

247. Vgl. AdRk Cuno, S. 25 Anm. 15.

248. So der Ministerpräsident Bayerns in der Besprechung der Reichsregierung mit den Ministerpäsidenten der Länder am 6.12. 1922, in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 13 (Zitat S. 43).

249. Noch am 7.12. 1922 hielt der Staatssekretär für die besetzten rheinischen Gebiete Richtlinien nicht für nötig und wollte die Frage "gelegentlich" im Kabinett besprechen in: AdRk Cuno, S. 25 Anm. 15. Am 16.12.1922 bezeichnete

dem Reich, Preußen, Bayern und den Ressorts zu einer Verständigung über einige allgemeine Grundsätze. Diese betrafen einerseits die Sicherung der Versorgung [250], andererseits das Verhalten bei *"erhöhte(r) Besetzung, Abschnürung der Rheinlande, separatistische(n) Bewegungen"*.

Die Meinung überwog, daß sich die Beamten dem Verhalten der Bevölkerung anpassen sollten. Auf alle Fälle sollten die leitenden Beamten auf ihrem Posten bleiben [251]. Das preußische Staatsministerium übernahm diese Grundsätze am 5. Januar 1923 [252], konkretisierte sie jedoch am folgenden Tag.

Das Scheitern der Reparationskonferenz am 4. Januar in London ist vermutlich der Termin gewesen, an dem die letzten Hoffnungen im Reich schwanden, mit diplomatischen Bemühungen die Besetzung des Ruhrgebiets abzuwenden. Die konkreten Überlegungen, wie auf den Einmarsch zu reagieren sei und konkrete vorbereitende Maßnahmen beginnen mit diesem Datum. Aus dieser Perspektive ist der preußische Rückgriff auf andere, detailliertere Richtlinien verständlich. Die bisher abstrakte Gefahr wurde nun konkret.

Im Staat Preußen griff man auf die Richtlinien aus dem März 1921 zurück, die damals anläßlich drohender Sanktionen abgefaßt worden waren und nun *"sinngemäß"* angewandt werden sollten [253]. Darin wurde Widerstand ausgeschlossen, falls die Besetzung nicht zu einer Abtrennung des Gebietes benutzt werden sollte. Falls doch eine staatsrechtliche Veränderung das Ziel der Besetzung sei, sollten die leitenden Beamten auch gegenüber unmittelbarem Zwang Widerstand leisten, selbst auf die Gefahr hin, daß sie

---

Reichskanzler Cuno in der Kabinettssitzung Anweisungen für die Beamten als eine der Fragen, "die schnellste Entschließung der Reichsregierung notwendig machten" in: ebd., S. 72.

250. AdRk Cuno, Dok. Nr. 26, S. 81 Anm. 5.

251. Ebd., S. 72 Anm. 9, S. 81 und S. 81 Anm. 5 (Zitat S. 81); Bundesarchiv Koblenz, Akten der Reichskanzlei, R 43 I/186, Bl. 5. (Im folgenden zitiert als: BA, R 43 I).

252. Zentrales Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg, Sitzungen des preußischen Staatsministeriums, Rep. 90a BIII2b6, Sitzung pr. Staatsmin. v. 5.1. (Im folgenden zitiert als: ZStA Merseburg, pr. Staatsmin.).

253. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Regierung Düsseldorf, 16533, pr. Innenmin. an Regierungspräs. Düsseldorf am 6.1. (Im folgenden zitiert als: HStD, RD).

von ihrem Posten entfernt würden. Untere Beamte sollten auf jeden Fall ihren Dienst fortsetzen, u.U. "passive Resistenz" üben. Ihre Vorgesetzten sollten protestieren [254].

Die Vorbereitungen hinsichtlich der Verhaltensrichtlinien der Beamten gingen von den bisherigen Erfahrungen mit alliierten Sanktionen aus und richteten sich auf die befürchteten Angriffsziele. Bei dem Angriffsziel der ersten Phase des Ruhreinmarsches, das sich auf die Kontrolle der Kohlenverteilung richtete, hätte sich für die westdeutsche Beamtenschaft aus diesen Richtlinien kaum ein Widerstand begründen lassen. Interessant ist jedoch, daß sich im Zuge der späteren Entwicklung die Interpretation derselben Verhaltensrichtlinien in Beamtenschaft und Ministerien dahingehend veränderte, daß mit ihnen Widerstand begründbar wurde. Es waren in diesen Richtlinien diejenigen Verhaltensweisen benannt (Protest z.B.) bzw. im Kern angelegt, die das Widerstandsverhalten der Beamtenschaft prägen sollten. Es sind vor allem die zu diesem Zeitpunkt nicht weiter konkretisierte Formel der "passiven Resistenz" und der Widerstand auch gegenüber unmittelbarem Zwang, die für und durch die Beamtenschaft weiterentwickelt wurden.

Im Gegensatz zur allgemeinen Verwaltung wurde bei den Eisenbahnen im Vorfeld die weitergehende Option diskutiert, ob die Zusammenarbeit verboten werden und damit der Versuch unternommen werden sollte, die Durchführung der Besetzung aktiv zu behindern. Diese Möglichkeit wurde am Tag vor dem Einmarsch zwischen den Fachressorts (Reichsverkehrsministerium, Reichsinnenministerium, zuständig für das besetzte Rheinland und dem Auswärtigen Amt) diskutiert und dann bewußt fallengelassen. Die durchschlagenden Argumente waren die der Zwecklosigkeit des Widerstands und der zunehmenden Lasten für die Bevölkerung. Es wurde erwartet, daß die benötigten Züge mit Besatzungspersonal gefahren würden oder daß das deutsche Personal mit Gewalt zur Beförderung gezwungen würde. Würden die Lokomotiven abgezogen, würde sich die Besatzung die restlichen reservieren und die Bevölkerung hätte das Nachsehen. Der Staatssekretär in der technischen Eisenbahnabteilung des Reichsverkehrsministeriums, das sich mit dieser pessimistischen Einschätzung durchsetzte, rechnete im übrigen damit, daß

---

254. Staatsarchiv Münster, Regierung Münster, Besatzungsakten, Nr. 14, Schreiben pr. Innenmin. v. 1.3. 1921 an Regierungspräs. Münster, Weitergabe der Richtlinien aus Münster am 10.1. 1923 an Kommunalverwaltungen. (Im folgenden

die Besetzung von Essen reichen würde, das erforderliche Quantum an Kohlen herauszubekommen. Die Eisenbahnen wurden bis auf weiteres zur Zusammenarbeit verpflichtet [255].

3.2.2. Verzicht auf militärischen Widerstand

Eine wichtige Vorentscheidung in einem anderen Gebiet fiel vermutlich in den ersten Januartagen, nämlich über die Formen und Möglichkeiten des militärischen Widerstands. Am 4. Januar besprachen der Reichskanzler, der Reichswehrminister und der Chef der Heeresleitung das Verhalten der Reichswehr [256]. Dabei dürfte es nicht nur, wie Meier-Welcker überliefert, um Waffenbeschaffung, sondern auch um die Erfolgschancen einer militärischen Auseinandersetzung gegangen sein. Der Chef der Heeresleitung rechnete mit keinerlei Erfolgsaussichten eines militärischen Widerstands [257]. In den Besprechungen im Kabinett, mit Parteiführern und Industrieverbänden, die vor der Besetzung stattfanden und in ihren Inhalten nicht zu rekonstruieren sind [258], dürfte, nach dem Ergebnis zu urteilen, eine Art "Arbeitsteilung" zwischen zivilen und militärischen Widerstandsmaßnahmen im Konfliktverhalten verabredet worden sein. Wie das Außenministerium an den Pariser Botschafter am 5.1. übermittelte, wollte man sich im Ruhrgebiet passiv verhalten, keine Streiks auslösen und eventuell den Verteilungsapparat des Kohlensyndikats wegverlegen [259]. Für den Fall eines weiteren Vormarsches aber sollten Mobilisierungsschritte vorbereitet werden und ebenfalls wurde an militärischen Widerstand

---

zitiert als: StaMs, RegMsBes).

255. AdRk Cuno, Dok. Nr. 129, Besprechung im Reichsverkehrsministerium am 10.1.

256. Vgl. Meier-Welcker, Hans, Seeckt. Frankfurt am Main 1967, S. 348. (Im folgenden zitiert als: Meier-Welcker, Seeckt, a.a.O.).

257. Vgl. Gordon, Harold J., Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919-1926. Frankfurt am Main 1959, S. 251. (Im folgenden zitiert als: Gordon, Reichswehr, a.a.O.); Das Krisenjahr 1923. Militär- und Innenpolitik. 1922-24. Bearbeitet von Heinz Hürten (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Zweite Reihe. Militär und Politik. Hrsg. v. Erich Matthias und Hans Meier-Welcker. Band 4). Düsseldorf 1980, S. XVIIIf. (Im folgenden zitiert als: Krisenjahr 1923, a.a.O.).

258. AdRk Cuno, S. 121 Anm. 1.

gedacht, falls es, beispielsweise durch eine Erklärung der Besatzungsmächte, sich im Kriege zu befinden, zum Kriegszustand kommen würde [260]. Militärischer Widerstand wurde jedoch auch später nicht praktiziert, als die Besatzung immer weiter nach Osten ausgedehnt wurde und der Grenze des entmilitarisierten Gebiets immer näher kam. Die entsprechenden Reichswehrstellen erhielten den Befehl, notfalls weiter zurückzuweichen [261]. Andererseits wurde indirekt über diplomatische Kanäle vor einem weiteren militärischen Vorrücken gewarnt: *"Der Weg von Dortmund nach Berlin ist ja nicht weit, aber er führt durch Ströme von Blut"* [262].

Der Verzicht auf militärischen Widerstand scheint demnach eine klare interne Entscheidung der Regierung gewesen zu sein, für die die fehlende militärische Erfolgsaussicht sprach, vielleicht aber auch noch weitere, nicht näher festzustellende Gründe angeführt wurden. Diese Entscheidung wurde durch verbale Drohgebärden nach außen hin verschleiert, so daß nicht einzuschätzen ist, wieweit der Gewaltverzicht im militärischen Bereich auf deutscher Seite in den Kalkulationen der Konfliktparteien eine feste Größe darstellte.

3.2.3. Vorüberlegungen hinsichtlich Protestmaßnahmen und Behinderungsaktionen der Besetzung

Zu den wichtigsten diplomatischen Maßnahmen, die vorberaten und dann umgesetzt wurden, gehörten die Abberufung des Botschafters aus Paris, des Gesandten aus Brüssel sowie die Betonung der Rechtsfrage. Am 9.1. verfaßte der Reichspräsident einen Aufruf an die Bevölkerung des von der

---

259. AdRk Cuno, s. Anm. S. 126.

260. Vgl. Gordon, Reichswehr, a.a.O., S. 251.

261. Vgl. Krisenjahr 1923, a.a.O., S. XIV.

262. Von Seeckt Ende Januar zum amerikanischen Botschafter nach Gordon, Reichswehr, a.a.O., S. 250.

Besetzung bedrohten Gebietes [263]. Diese Maßnahmen begründeten keinen Widerstand, sondern griffen die drohende Besetzung mit Verweisen auf die Rechtslage und Protesten an.

Die Bereitschaft, die Ziele der Besetzung zu behindern oder gar zu verhindern, erforderte andere Maßnahmen. Hierzu ist auf seiten der Regierung festzustellen, daß sie entsprechenden Aktivitäten gesellschaftlicher Gruppen offen und positiv gegenüberstand. Sie besprach sich mit Industrieverbänden und Parteien [264]. Mit Gewerkschaftsvertretern war es am Abend des 8. Januars in Berlin zu einem Gespräch gekommen, bei dem der Reichskanzler Aktionsformen wie passiven Widerstand der Eisenbahner und der technischen Beamten ins Gespräch brachte, ohne sie weiter zu vertiefen. Die Besprechungen an diesem Abend konzentierten sich auf einen kurzen Demonstrationsstreik einige Tage nach Beginn der Besetzung. Am selben Abend reiste, in Absprache mit dem Reichspräsidenten, dem Kanzler und dem Staatssekretär der Reichskanzlei, ein Gewerkschaftsfunktionär ins Ruhrgebiet, um mit dem Industriellen Hugo Stinnes über die Bezahlung von politischen Streiks und, allgemeiner, über die Möglichkeiten eines gemeinsamen Protestes zu sprechen und dessen Meinung zu erkunden. Stinnes zeigte sich sehr zum Widerstand entschlossen, in logischer Fortsetzung seiner bekannten Konfrontationshaltung [265]. Er gab sich davon überzeugt, daß die deutschen Industriellen ihre Vorstellungen durchsetzen würden und *"daß die Franzosen sich eines Tages mit noch weniger begnügen werden, als die deutsche Regierung ihnen zuletzt angeboten hat. Allerdings könne darüber noch einige Zeit vergehen, und es können schlimme Dinge über uns kommen"* [266].

---

263. AdRk Cuno, Dok. Nr. 37, bes. S. 122-125, S. 125 Anm. 6. Die Reichsregierung greift die Rechtsgrundlage des Einmarsches in ihrer Note v. 12.1. an, der Außenminister in einer Erklärung über WTB am 9.1.; ebd., S. 128 Anm. 17.

264. AdRk Cuno, S. 121 Anm. 1.

265. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 44-46, S. 46 Anm. 102 und S. 51.

266. Vgl. Die Gewerkschaften in den Anfangsjahren der Republik 1919-1923. Bearbeitet von Michal Ruck (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Bd. 2). Köln 1988, Dok. Nr. 75, S. 739 (Zitat), Bericht des ADGB-Vorstandssekretärs Knoll über Besprechung mit Stinnes am 9.1.23. (Im folgenden zitiert als: Gewerkschaften, a.a.O.); Ruck,

Die Industriellen im Ruhrgebiet beschlossen die Verlegung des Kohlensyndikats aus dem bedrohten Essen. Sie war als eine wichtige Einzelmaßnahme bereits einige Tage vor der Besetzung im Gespräch, wie die Nachricht an die Botschaft in Paris vom 5.1. belegt. Am Nachmittag des 9.1. wurde die Verlegung des Kohlensyndikats vorentschieden, ohne Einbeziehung gewerkschaftlicher Vertreter im übrigen, und in der Nacht durchgeführt. Am 10.1. verließen der Deutsche Ammoniakverband und der Benzolverband das besetzte Gebiet [267]. Die Regierung war in diese Aktion insoweit einbezogen, als sie Reichsgarantien für Kredite zusagte, um finanzielle Engpässe zu überbrücken, die mit der Wegverlegung entstehen könnten. Von dieser Entscheidung wurde eine Signalwirkung erwartet. *"Das Verhalten unserer Arbeiter"*, so bewertete es der Reichspräsident, *"werde stark davon abhängen, ob das Kohlensyndikat den beabsichtigten Schritt ganz und energisch mache."* [268]

3.2.4. Die Einschätzung der allgemeinen Widerstandsbereitschaft im Vorfeld der Besetzung

Eine erkennbare Widerstandsbereitschaft seitens der Bevölkerung im besetzten Gebiet war für die Regierung in den Wochen vor dem Einmarsch nicht wahrnehmbar. Wentzcke hingegen betont die *"Notgemeinschaft"*, die sich in den Jahren 1921 bis 1923 zwischen Wirtschaft und Staat entwickelt und der sich nach und nach alle Kreise der Bevölkerung angeschlossen hätten. Der neuerliche Rechtsbruch angesichts des Einmarsches hätte das Ruhrgebiet kampfbereit gefunden und die Regierung hätte die Führung übernommen. Nur die konkrete Form sei noch zu entwickeln gewesen [269]. In dieser Verallgemeinerung erscheint Wentzckes Bild zu vereinfachend und die tatsächlichen Friktionen verwischend.

Für die Reichsregierung war im Vorfeld der Besetzung nicht erkennbar, daß in der Gesellschaft ein Widerstandswille gegenüber Zwangsmaßnahmen

---

Gewerkschaften, a.a.O., S. 42.

267. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 52f.

268. AdRk Cuno, Dok. Nr. 37, bes. S. 125 (Zitat), der Reichspräsident im Ministerrat am Abend des 9.1., bevor die Verlegung des Kohlensyndikats telefonisch durchgegeben wurde, ebd., S. 128f. über die finanziellen Zusagen im unmittelbaren Anschluß an die Sitzung.

vorhanden war. Eine Abwehrbewegung nach Gandhis Vorbild konnte nur *"spontan aus der Stimmung der Bevölkerung"* entstehen. Diese Einschätzung teilten im Vorfeld der Besetzung französische wie deutsche Verantwortliche. Auf beiden Seiten ging man davon aus, daß eine solche Stimmung nicht bestand [270].

Zwar kam es im Rheinland zu Kundgebungen, als die französischen Drohungen Ende November bekannt wurden. Doch breiteten sich im Dezember eher Mutlosigkeit und Resignation unter der Arbeiterschaft und in Wirtschaftskreisen aus. Insbesondere die wirtschaftliche Notlage ließ *"die politische Gleichgültigkeit immer weiter um sich"* greifen. Es sei nicht damit zu rechnen, berichtete das Allgemeine Politische Informationsbüro im Dezember 1922 an das preußische Innenministerium, daß es zu *"irgend welchen tatsächlichen Widerständen kommen würde"*, falls die Franzosen *"Ernst machen sollten"*. *"Vielleicht würde es einige Streiks geben, das wäre aber auch alles ... schnell beendet."* [271] Die Unklarheit, welche Reaktionen die Besetzung insbesondere bei der Arbeiterschaft hervorrufen würde, blieb bis in die ersten Tage der Besetzung hinein bestehen.

Auf eine Aufrüttelung der Bevölkerung zielte denn auch die Ausrufung des ersten Sonntags nach Besetzungsbeginn zum nationalen Trauertag. Dafür wurden in den Ländern Kundgebungen organisiert. Mit diesem Ereignis sah der preußische Ministerpräsident die Gelegenheit gegeben, *"die Bevölkerung, die seit 4 Jahren allzusehr abgestumpft sei, auf den Ernst der Lage hinzuweisen."*

Es machte sich jedoch mit dem Heranrücken der Bedrohung eine erhöhte Widerstandsbereitschaft bemerkbar, insbesondere auch bei den Mitgliedern der Freien Gewerkschaften, was deren Berliner Funktionäre überraschte. Die Christlichen Gewerkschaften propagierten von Beginn an den passiven Widerstand [272].

---

269. Vgl. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 171 und S. 176 (Zitat S. 171).

270. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 45.

271. Zentrales Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg, Preußisches Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 4041, Nr. 1, Bl. 1 (Zitate). Allgemeines Politisches Informationsbüro an pr. Innenmin., 5.12.1922. (Im folgenden zitiert als: ZStA Merseburg, MdI). Vgl. AdRk Cuno, S. 22 Anm. 2.

272. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, S. 85f., 47f., 98 und S. 90. Vgl. AdRk Cuno,

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die Reichsregierung bis zum Einmarsch keine Initiative in ihrem eigenen Wirkungsbereich ergriff, um sich auf den Einmarsch vorzubereiten [273]. Hinsichtlich der Gegenmaßnahmen beschränkte sie sich darauf, den militärischen Widerstand auszuschließen sowie Proteste und Rechtsverwahrung vorzubereiten. In den letzten Tagen vor der Besetzung formierten sich in Gesellschaft und Staat diejenigen Kräfte, die Aktionen befürworteten, die über Protest hinausgingen und diejenigen Kräfte, die Widerstandsaktionen ablehnten. Bis zum Einmarsch übernahm dabei die Regierung, entgegen Wentzckes Ansicht, nicht die Führung, sie unterstützte aber Widerstandsmaßnahmen gesellschaftlicher Gruppen und hielt die Entwicklung damit offen.

3.2.5. Die potentielle Bedeutung begrenzter Eigensabotage zu Beginn der Besetzung. Installierung der Sabotage und Entwicklung des Programms

Bei Beginn der Besetzung wurden innerhalb des Ruhrgebietes Sabotagepläne erörtert. Es wurde an eine begrenzte Eigensabotage [274] in Form von Zerstörungen an der verkehrstechnischen Infrastruktur gedacht, mit nicht zu erkennenden Grenzen zur menschenverletzenden Gewalt. So beriet man im Umfeld des Duisburger Oberbürgermeisters Jarres die Zerstörung vitaler Verkehrsknotenpunkte. Im Gespräch waren die Mündung des Rhein-Herne-Kanals, d.h. die Kanalschleuse, die Hochfelder Brücke sowie der Cochemer und der Horremer Tunnel. Der Plan kam nicht zur Ausführung, Wentzcke macht, wie auch Jarres, dafür den Reichsverkehrsminister verantwortlich

---

Dok. Nr. 37, bes. S. 127 und S. 128 Anm. 18 (Zitat S. 127).

273. Das erklärt auch die Vorwürfe gegenüber einer fehlenden Vorbereitung von Propaganda, s. dazu Wippermann, Klaus W., Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. 114). Bonn 1976, S. 212. S. ausführlich zur Propagandaarbeit der Reichsregierung und der Rolle der Reichszentrale für Heimatdienst ebd., S. 210-229.

274. Mit Eigensabotage sei hier die Zerstörung von Anlagen und Einrichtung der zivilen Infrastruktur im eigenen Land gemeint. Unter Sabotage sind über die obigen zivilen Ziele hinaus auch Anschläge auf Angehörige der Besatzungstruppen und deren Einrichtungen zu verstehen.

[275], so daß es spekulativ bleibt, wie umfangreich oder begrenzbar die Zerstörungen hätten sein müssen. Es hätte vermutlich auch mancher Vorbereitungen im Vorfeld der Besetzung bedurft.

Die potentielle Effizienz dieser Maßnahmen scheint eine Äußerung des kommandierenden Generals der Besatzungstruppen, Degoutte, nach dem Ende des Widerstands, zu bestätigen. Er lehnte die Rückgabe der Eisenbahnen in deutsche Verwaltung u.a. mit dem Argument ab, daß die Besatzung nicht mehr dieselbe Gefahr laufen wolle wie in den ersten Monaten des passiven Widerstands. Damals habe die Gefahr bestanden, das besetzte Gebiet wieder räumen zu müssen, *"infolge der Unmöglichkeit, die Truppen zu verpflegen."* Eigene *"entschlossene(...) Maßnahmen"* und *"gewisse Schwächen"* auf deutscher Seite hätten diese *"gefährliche Situation"* überwinden helfen [276]. Worin diese Schwächen möglicherweise lagen, wird aus einer parallelen Überlieferung über dieses Gespräch deutlich. Stinnes zufolge sagte Degoutte: *"Es gab einmal einen Augenblick, als ich im Ruhrgebiete war und der Befehl (...) schon vorbereitet war zurückzumarschieren, weil ich durch die Zerstörung von wichtigen Punkten durch deutsche Hand meine Rücklinie als gefährdet ansehen mußte: Sie haben damals den Augenblick verpaßt; ich werde Ihnen keine neue Gelegenheit dazu geben"* [277]. In diesen Äußerungen wird die militärische und gewaltsame Logik deutlich, in die Sabotageakte von den Beteiligten eingeordnet wurden. Der Verzicht auf Gewalt wurde als "Schwäche" bewertet. Wenn im Zusammenhang von zivilem Widerstand Eigensabotage als Handlungsmöglichkeit diskutiert wird, dann muß man sich darüber im Klaren sein, daß damit der Bereich der zivilen Widerstandslogik verlassen und der der militärischen Logik von Zerstörung und vitaler Bedrohung

---

275. Vgl. Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Karl Jarres, Bd. 36, Brief Jarres an Kabisch, 19.11.1931. (Im folgenden zitiert als: BA, NL Jarres); Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 428.

276. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Stresemann I und II, 1. Bd. Hrsg. für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Karl Dietrich Erdmann, für das Bundesarchiv von Hans Booms. Bearbeitet von Karl Dietrich Erdmann und Martin Vogt. Boppard 1978, S. 479, Besprechung von Vertretern der Ruhrindustrie mit General Degoutte am 5.10. (Im folgenden zitiert als: AdRk Str. I).

277. Zitiert nach der Fassung im Brief Jarres an Kabisch v. 19.11.1931 in: BA, NL Jarres, Bd. 36. Mit anderen Worten aber gleichen Inhalts s. ebd., Bd. 49, "Meine Beteiligung am Ruhrabwehrkampf und seiner Liquidierung". Karl Jarres,

betreten wird. Vor diesem Hintergrund und der Entwicklung der Sabotage insgesamt wird die Chance von begrenzter Eigensabotage im Rahmen des passiven Widerstands zu diskutieren sein. In der Bereitschaft zur Durchführung bestimmter Sabotageakte trafen sich Aktivisten, die sich in der innenpolitischen Auseinandersetzung üblicherweise schärfstens bekämpften, Gewerkschaftsfunktionäre einerseits und Angehörige rechter paramilitärischer Verbände andererseits. Eine Zusammenarbeit dieser Gruppen ist allerdings nur punktuell überhaupt vorstellbar, da sie auch in Bezug auf die Sabotage im Ruhrgebiet in der Regel verschiedene Wege gingen [278].

Die Besetzung des Ruhrgebiets spornte selbstredend die Befürworter einer gewaltsamen Auseinandersetzung an. Thyssen und der ehemalige General Watter planten eine Art Guerillakriegführung (Sizilianische Vesper, Bartholomäusnacht) mit einer militärischen Freiwilligenorganisation. Ihr Konzept wurde zwar ebenso verworfen wie der *"Volksaufstand"*, den Oberstleutnant von Stülpnagel, der Chef der Heeresabteilung im Truppenamt, favorisierte. Aber der Druck aus militärischen und politischen Kreisen führte dazu, ein sogenanntes "aktives Sabotageprogramm" anzunehmen. Dessen Kern bestand in der Schaffung einer Organisation, die in Abstimmung mit von Stülpnagel Sabotageakte ausführen sollte, *"die das Vorgehen der Franzosen hemmen und die Stimmung der französischen Truppen schädigen sollten."* [279] Dieses Programm fand auch im Kabinett Unterstützung durch den Kanzler, den Reichswehrminister Geßler, dem Reichsarbeitsminister Brauns und auch durch den Chef der Heeresleitung, von Seeckt [280]. Ein nicht näher beschriebener ehemaliger Agent, Jahnke, wurde mit der Leitung betraut und das Programm mit viel Geld ausgestattet [281].

Die zentrale "Organisation", die für die Sabotageakte im besetzten Gebiet gegründet wurde, entwickelte eine über den Anlaß hinausgehende Eigendynamik. Sie beschränkte sich weder auf Sabotageakte noch auf das

---

20.11.1926. (Im folgenden zitiert als: BA, NL Jarres, "Beteiligung" 1926).

278. S. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 422-433 zum Verhältnis der Gewaltbefürworter und der -ablehner; Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 396, 399, 402-405 und S. 408f.

279. Vgl. Gordon, Reichswehr, a.a.O., S. 251; Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 397 (Personalie von Stülpnagel).

280. Vgl. Meier-Welcker, Seeckt, a.a.O., S. 349.

besetzte Gebiet. Aus ihr ging, wie Gumbel meint, die *"Schwarze Reichswehr im eigentlichen Sinne hervor als ein - wenn auch nicht sehr festgefügtes - heimliches Heer..."* [282]. Unter Rückgriff auf rechtsradikale und völkische, paramilitärische Verbände wurden in verschiedenen Ländern des Reichs Freiwillige rekrutiert. Der Ruhrkampf war in diesem Zusammenhang nur ein Anlaß für die Zusammenarbeit zwischen diesen Verbänden und Reichswehrstellen, denn diese bezog sich mancherorts explizit auch auf ein Zusammengehen im inneren Konflikt [283]. Gleichermaßen diente der Ruhrkampf als Stimulanz für Aufrüstungsprojekte. So wurden aus einem *"Ruhrfond"* der Industrie in den Niederlanden 100 Jagdflugzeuge bestellt [284].

Nach außen hin trat die Reichswehr nicht in Erscheinung. Mit den nationalistischen Verbänden aber verhandelte der Chef der Heeresleitung persönlich, mit Wissen des Reichskanzlers im übrigen [285]. Die 1. Abteilung des Truppenamtes unter Oberstleutnant von Stülpnagel leitete den Ruhrkampf *"militärisch"* [286]. Was das konkret heißt, bleibt weitgehend im Dunkeln, die Reichswehr konnte angeblich keine *"Schlüsselstellung"* erringen [287]. Sie vermittelte z.B. handlungswilligen Aktivisten den Kontakt zum *"Reichsbeauftragten für sämtliche Sabotageakte"*, wie sich Jahnke selber nannte [288]. Man muß daher von einem Doppelspiel von Reichswehr und Reichsregierung ausgehen, die nach außen hin leugneten, mit Sabotage etwas zu tun zu haben, de facto aber Aufträge an Kampfkommandos erteilten [289].

---

281. Vgl. Carsten, Reichswehr, a.a.O., S. 175.

282. Gumbel, E., Geheime Rüstung und politische Morde in der Weimarer Republik, S. 252 in: Der Friede. Idee und Verwirklichung. Festgabe für Adolf Leschnitzer. Hrsg. v. Erich Fromm und Hans Herzfeld. Heidelberg o.J. (1959). (Im folgenden zitiert als: Gumbel, Rüstung, a.a.O.).

283. Vgl. Carsten, Reichswehr, a.a.O., S. 176-183.

284. Meier-Welcker, Seeckt, a.a.O., S. 352.

285. Vgl. Carsten, Reichswehr, a.a.O., S. 177f.; Krisenjahr 1923, a.a.O., S. XIV.

286. Meier-Welcker, Seeckt, a.a.O., S. 348.

287. Krisenjahr 1923, a.a.O., S. XIV.

288. Krisenjahr 1923, a.a.O., Dok. Nr. 16, S. 34-40, bes. S. 37 (Zitat S. 37), Bericht von Kriminalkommissar Weitzel über die Tätigkeit der Organisation Hauenstein im besetzten Gebiet.

289. So beschreibt Gumbel, Rüstung, a.a.O., S. 231, das Verhältnis zwischen der

Im Ruhrkampf hat es vielleicht auch *"wilde Sabotage"* als verzweifelte Einzelaktionen unabhängig arbeitender Gruppen gegeben [290], aber man muß eher davon ausgehen, daß dies Schutzbehauptungen nach außen waren [291]. Vielmehr lassen sich z.B. bei der Sabotage-"Organisation Heinz", die bis in den Mai 18 Sprengungen durchführte und acht Menschen umbrachte, die sie als "französische Spitzel" bezeichnete, folgende Querverbindungen zu amtlichen Stellen in Berlin und im Ruhrgebiet feststellen: Ein Ingenieur der Kruppwerke in Essen mit Verbindungen zu den Christlichen Gewerkschaften initiierte die Gründung der Gruppe, die Handelskammer in Essen und die Generalbetriebsleitung West (GBLW) in Elberfeld deckten ihre Aktivitäten. Beamte des Reichsverkehrsministeriums bei der GBLW, deren Chef ausdrücklich gegen Sabotage eingestellt war, bestimmten die Sprengungen, besorgten Eisenbahner aus Württemberg für die Aktionen und leisteten logistische Unterstützung bei der Vorbereitung.

Oberstleutnant von Stülpnagel in Berlin vermittelte den Kontakt zu Jahnke. Dieser erkannte die Gruppe als Teil des *"vom Reich eingesetzten Sabotageapparates"* an. Für die Ausrüstung mit Sprengstoff etc. und Waffen sorgten die Werke des Industriebezirks und die Essener Polizei, ohne Wissen und gegen den Willen ihres obersten Chefs wiederum, den preußischen Innenminister, der schärfstens gegen Sabotage vorging. Bei den diversen "Aufträgen" leisteten amtliche Stellen wie die Meldestelle des Münsteraner Oberpräsidiums, der Stabschef der Münsterschen Division, von Falkenhausen, und selbst Mitarbeiter im Münsteraner Oberpräsidium Zuarbeit und Absicherung durch Kontakte zur Polizei. Das Auffliegen der Teilgruppe Schlageter, das Heinrich Brüning, damals Geschäftsführer der

---

Reichswehr und ihren "schwarzen" Brüdern. Die Protestschreiben des badischen Staatspräsidenten an Reichskanzler Cuno v. 15.6. und an den Reichswehrminister v. 27.6. sprechen dieses Doppelspiel direkt an in: Krisenjahr 1923, a.a.O., Dok. Nr. 21 und 22, S. 51-53, bes. S. 53.

290. Vgl. Brüning, Heinrich, Memoiren 1918-34. Stuttgart 1970, S. 94. (Im folgenden zitiert als: Brüning, Memoiren, a.a.O.).

291. S. die Erklärung der Badischen Regierung, die der badische Staatspräsident und Innenminister Remmele (SPD) im Schreiben an den Reichskanzler zitiert in: Krisenjahr 1923, a.a.O., Dok. Nr. 21, S. 51f.

Christlichen Gewerkschaften (Zentrumsmitglied [292]) einem französischen Spitzel zuschreibt [293], lastete der Chef der Organisation einem rivalisierenden rechtsradikalen Verband an [294].

Im Juni wurde der Duisburger Oberbürgermeister, der, wie gesehen, durchaus kein grundsätzlicher Gegner von Sabotageakten und inzwischen von der Besatzungsmacht nach mehrmonatiger Haft wegen Befehlsverweigerung aus dem Ruhrgebiet ausgewiesen war, mit der Oberleitung des sozusagen halboffiziellen Programms betraut. Auf Druck von SPD und anderen Gruppen wurde das Programm nun aufgegeben [295]. Der Vatikan drängte, um Handlungsspielräume für seine diplomatische Vermittlungstätigkeit nicht zu verspielen, auf eine öffentliche Distanzierung der Reichsregierung von Sabotageakten [296], die diese natürlich leicht geben konnte. Schärfer setzte sich die preußische Regierung für die Beendigung dieser Aktionen ein, unterstützt von der Badischen Regierung, die auf die verschärften Repressalien für die Bevölkerung in Folge solcher Anschläge verwies [297]. Für die Besatzungsbehörden boten Sabotageakte eine günstige Gelegenheit, Repressalien zu verschärfen oder neue einzuführen [298]. Im besetzten Gebiet beeinträchtigten sie die Stimmung in der Bevölkerung [299].

---

292. AdRk Cuno, S. 765 (Personalie Brüning).

293. Vgl. Brüning, Memoiren, a.a.O., S. 94.

294. Zu den Querverbindungen vgl. Krisenjahr 1923, a.a.O., Dok. Nr. 16, S. 34-40, Bericht von Kriminalkommissar Weitzel über die Tätigkeit der Organisation Hauenstein im besetzten Gebiet.

295. Vgl. BA, NL Jarres, "Beteiligung" 1926; ebd., Bd. 36, Brief Jarres an Kabisch, 19.11. 1931.

296. Brüning, Memoiren, a.a.O., S. 102.

297. S. Krisenjahr 1923, a.a.O., Dok. Nr. 21, S. 51f., Schreiben der Badischen Regierung an Reichskanzler und Reichswehrminister v. 15.6. bzw. 27.6.; ebd., S. 40 Anm. 14, Schreiben des pr. Innenmin. Severing v. 8.6. an den Staatssekretär in der Reichskanzlei.

298. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 230 und S. 230 Anm. 100 und 101.

299. ZStA, Merseburg, MdI, Nr. 21, Besprechung mit dem Landesverband der Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten der besetzten rheinischen Gebiete v. 23.8.

Es gab noch einen weiteren Grund, das Programm zu beenden, denn zu jenem Zeitpunkt war es *"für ein wirksames aktives Vorgehen"* zu spät. *"Der Truppenschutz war so dicht und wohlorganisiert, daß vitale Punkte nicht mehr zu treffen waren"* [300].

Der innergesellschaftlichen Zusammenarbeit im Ruhrkampf war diese Art der Sabotage nicht förderlich, weil sie das gegenseitige Mißtrauen vertiefte und die Spaltung förderte. Im Bereich der Sabotage gab es unter den politischen Entscheidungsträgern ganz klare Gegensätze und eindeutig ein Doppelspiel der Reichsregierung. Die Trennlinie verlief hier am schärfsten zwischen dem Reich und einzelnen Ländern und zwischen verschiedenen Parteien im Reich. Der "Nutzen" von Sabotageakten im besetzten Gebiet bestand in einer Verunsicherung von Besatzungssoldaten und von Kollaborateuren. Der Nachteil der Sabotageakte lag in der Spaltung zwischen verschiedenen tragenden Gruppen des Widerstands. Nachteile brachten die Sabotageakte darüberhinaus für die diplomatischen Bemühungen, die sich alle auf die moralische Kraft des gewaltlosen Charakters des Widerstands beriefen. Die Besatzungsmacht profitierte von Sabotageakten, indem sie ihre eigenen Repressionen damit rechtfertigen konnte.

Vor diesem Hintergrund wäre die Bedeutung einer punktuellen, frühzeitigen Eigensabotage strategischer Verkehrsknotenpunkte im Rahmen des passiven Widerstands einzuordnen. Sie hätte sich einerseits an den militärischen Notwendigkeiten der Besatzungsmacht orientiert, an Funktionen wie Nachschub-, Verpflegungs- oder Rückzugslinien, wie es General Degoutte beschrieb. Auf der anderen Seite hätte die Bedeutung der fraglichen Verkehrsknotenpunkte für die zivile Infrastruktur (Versorgung und Güteraustausch) in Rechnung gestellt werden müssen. Ferner hätten die Wirkungen auf die Besatzungstruppen eine Rolle spielen müssen und, um die Repressionsgefahr zu verringern, eine Zerstörung ohne die geringste Gefahr für die Sicherheit von Soldaten stattfinden müssen. Die angedeuteten Querverbindungen machen deutlich, daß es vor allem im besetzten Gebiet zwischen den verschiedensten Gewerkschafts-, Behörden- und Organisationsvertretern Berührungspunkte in Teilbereichen von Sabotage gab. Bei einer entsprechend intensiven Kommunikation wäre die Vermittlung einer solchen Aktion und damit die Reduzierung der Gefahr der Spaltung, im Bereich des Möglichen gewesen. Es hätte einer gewissen

---

300. BA, NL Jarres, "Beteiligung" 1926.

Vorbereitung auf den Einmarsch bedurft, um die entscheidenden Punkte zu markieren und dann schnell zu handeln. Schwer abzuschätzen sind die Folgen, die ein erzwungener Rückzug der Truppen auf die Konfliktkonstellation insgesamt gehabt hätte. Aus der Vorgeschichte des Konflikts muß man mit einer verheerenden psychologischen Wirkung, vor allem in Frankreich, rechnen. Denn die Ängste Frankreichs, dem Nachbarn im Osten nicht gewachsen zu sein, wären eindrucksvoll bestätigt worden. Es hätte einer äußerst sensiblen, um dieser Wirkung wissenden und ihr gegensteuernden deutschen Außenpolitik bedurft, um hier Brücken zu bauen, die einen Rückzug ohne Gesichtsverlust zugelassen hätten.

3.2.6. Zusammenfassung: Die Rolle der Reichsregierung im Vorfeld der Besetzung

Aus der Analyse des Vorfeldes der Besetzung wird deutlich, wie sehr der nachfolgende Widerstand als ein Novum und ein großes Experiment bezeichnet werden muß, insbesondere, was die Rolle der Regierung betrifft. Es ist auffällig, daß die ersten Impulse zu vorbereitenden Maßnahmen aus der gefährdeten Region an die Regierung herangetragen und dort eher beiläufig behandelt wurden. Die Konzentration der Regierungsarbeit lag auf der zu diesem Zeitpunkt bereits unrealistischen Erwartung, mit Verhandlungsangeboten die Besetzung noch abwenden zu können. Eine Parallelität oder gar Koordinierung von Widerstands-Vorbereitung einerseits und diplomatischer Verhinderungsstrategie andererseits ist nicht auszumachen. Insofern war das Verhalten der Regierung reaktiv, und dies blieb das Grundmuster.

Die konkreten Vorbereitungen auf den Einmarsch orientierten sich dann an Bekanntem: Rückgriff auf alte Richtlinien, Proteste und Einsprüche. Dieses Verhalten wurde nach dem Einmarsch binnen weniger Tage verlassen und durch einen großen Sprung ins Unbekannte ersetzt. Dies festzuhalten ist wichtig, weil es dazu Alternativen gab.

Neu war für die Verantwortlichen in Regierung und Ministerialbürokratie vor allem die Bewertung der Effizienz von Streik und Befehlsverweigerung als Mittel der Konfliktaustragung im zwischenstaatlichen Bereich, die später die zentralen Elemente des Widerstands ausmachen würden. Sie wurden in

den Regierungsstellen zunächst als nicht effizient verworfen und Absprachen mit den Gewerkschaften, den in diesem Kampfgebiet erfahrenen Partnern, wurden nicht vorgenommen.

Ein für das Verständnis vom zivilen Widerstand zentraler Punkt war im Vorfeld einer anderen Gruppe, den Ruhrindustriellen, klar. Er betraf das Wissen um die Abhängigkeit der Besatzer von den Informationen des Kohlensyndikats. Die Überlegungen zum Entzug dieser Daten war das erste echte Widerstandssignal, das mit Hilfe der Regierung umgesetzt wurde. Die Widerstandsbereitschaft in der Gesellschaft allgemein stieg zwar mit Heranrücken der Gefahr sowohl zeitlich wie räumlich. Hier spielte die Regierung im Vorfeld eine Art von Seismograph, insofern, als sie Zeichen von Widerstandsbereitschaft aufmerksam registrierte und ihrerseits Aufmerksamkeit und Unterstützung signalisierte. Mit dieser Haltung bereitete sie widerstandsbereiten Kräften in Gesellschaft und Staat einen günstigen Boden. Eine Kooperation zwischen gesellschaftlichen Kräften kam aber vor dem Einmarsch nicht in Gang, vielmehr behielten die gängigen Trennlinien (Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer, verschiedene Parteiinteressen) ihre Gültigkeit weiterhin bei.

Die Abgrenzung zwischen gewaltloser Gegenwehr und militärischem Widerstand wurde regierungsintern geklärt, aber nach außen hin verschleiert. Vorbereitungen auf eine begrenzte Eigensabotage wurden in der Kürze der Zeit nicht getroffen und ein Einvernehmen über diesen heiklen Punkt nicht erzielt.

In Konzepten Sozialer Verteidigung wird der Vorbereitung auf zivilen Widerstand eine Wirkung zugeschrieben, die Einfluß auf das Verhalten anderer Akteure im Konflikt haben kann. Insbesondere wird eine deeskalierende Wirkung durch die Erklärung zum Gewaltverzicht vermutet und eine abhaltende Wirkung angenommen, die ein angekündigter Widerstand als Kostenfaktor im Kalkül einer potentiellen Besatzungsmacht erzielen kann. Für den Ruhrkampf ist festzuhalten, daß zu diesen Punkten keine Aussage getroffen werden kann. Die staatlichen Akteure konnten keinen Widerstand vorbereiten und diesen ankündigen, weil sie keinerlei Vorstellungen von den Mitteln, ihren Wirkungen und Erfordernissen hatten und darüber im Unklaren waren, ob eine hinreichende Widerstandsbereitschaft in der Bevölkerung denn tatsächlich vorhanden war. Sie konnten sich nur über das Mittel verständigen, das sie kannten, und das war der militärische Widerstand.

Das vorherrschende Merkmal dieser "Vor"-zeit ist die Offenheit der staatlichen Entscheidungsträger im Hinblick auf künftige Herausforderungen und ihre Bereitschaft, Widerstand zu unterstützen. Den Widerstand in die eigene Verantwortung zu übernehmen, davon war allerdings noch keine Rede.

3.3. Herausbildung des passiven Widerstands

3.3.1. Militärische Besetzung und Besatzungsstrategie bis zum 15.1.

Am 3. Januar 1923 begann der Oberbefehlshaber der alliierten Truppen im Rheinland, General Degoutte, den Einmarsch konkret vorzubereiten [301]. Während zunächst nur die Besetzung von Essen vorgesehen war, wurden am 9. Januar die Besetzungspläne auf das ganze Ruhrgebiet ausgedehnt, ob als Reaktion auf die Gerüchte über die Verlegung des Kohlensyndikats von Essen nach Hamburg, kann nicht definitiv geklärt werden [302]. Die Note, die den Einmarsch ankündigte, wurde dem Reich am 10.1. übergeben. Darin wurde eine aus französischen, belgischen und italienischen Mitgliedern bestehende Kommission angekündigt, die für die Erfüllung der Lieferungen sorgen sollte. Sie sollte im ganzen Ruhrgebiet das Recht haben, alle Auskünfte einzuholen und Dokumente einzusehen, die ihr für ihre Aufgabe erforderlich schienen. Ferner hatte sie das Recht, den Verteilungsplan des Kohlensyndikats nach ihrem Ermessen zu ändern. Für den Fall, daß das Kohlensyndikat oder die Zechen ihre Vorschriften nicht achteten, wurden Strafmaßnahmen angedroht.

Diese Kommission, die "Mission Interallié de Controle des Usines et des Mines" (MICUM) wurde von mehreren Tausend Soldaten begleitet. Der erste Stoß der Besetzung zielte auf Essen. Dort rückten die Truppen am 11. Januar 1923 um ein Uhr mittags ein und besetzten das Kohlensyndikat und die Eisenbahndirektion. Die Besetzung verlief ohne Zwischenfall. Mit der Besetzung erging am 11.1. eine Proklamation an die Bevölkerung, in der der Belagerungszustand verhängt wurde. Waffen und Munition waren abzugeben, jede Person mußte einen Personalausweis mit sich tragen. Weitere Verordnungen vom selben Tag verpflichteten die Behörden zur Weiterarbeit für die Besatzung und die Presse zur Selbstzensur bezüglich

301. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 41.

ihrer Berichterstattung über die Besetzung. Schließlich wurden die Kontrollkommission für Fabriken und Bergwerke und ihre Kompetenzen in einer weiteren Verordnung bekannt gemacht [303].

Die Besetzung folgte einem Plan Marshall Fochs, der in den Beratungen der zweiten Jahreshälfte 1922 konkrete Gestalt angenommen hatte, mit seinen Wurzeln jedoch bis ins Jahr 1919 zurückreichte. *"Die operativen Planungen Frankreichs gründeten auf dem Leitgedanken der 'pénétration progressivé', einer raum-zeitlich gestaffelten Übernahme des gesamten Reviers, insbesondere seiner Infrastruktur und der Produktionsanlagen, die schließlich zur uneingeschränkten Verfügung über das Industriegebiet und seine Ressourcen führen sollte."* [304] Mit der Ausweitung der Besetzung wurde allerdings schon zu Beginn der ursprüngliche Plan Foch verlassen. Möglicherweise machte sich hier eine Eigendynamik geltend. Der General kritisierte dieses Vorgehen im Januar 1923: *"Nach meiner Meinung sollte man sich auf einen kleineren, aber hinreichenden Bezirk, der Essen in sich begriff, beschränken, den man sofort und ohne Schwierigkeiten ausnützen konnte. ... Aber man wollte die Sache in großem, sehr großem Maßstabe betreiben, um sich ein rechtes Ansehen zu geben, was mit praktischen Überlegungen nichts zu tun hat."* [305]

Von General Degoutte stammte die neue Idee, das Ruhrgebiet ringförmig vom Reich abzuriegeln, anstatt es völlig zu besetzen. Zunächst sollten Produktionsstätten weder besetzt noch in eigenen Betrieb genommen werden. Vielmehr lag den Plänen die Erwartung zugrunde, *"es werde gelingen, die regionalen Repräsentanten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer davon zu überzeugen, daß Widerstand gegen die Pfandnahme zwecklos sei und eine Störung des Wirtschaftsablaufes im besetzten Gebiet vor allem ihren eigenen Interessen zuwiderlaufe."* [306] Diese Annahme erwies sich jedoch als falsch.

Zwischen dem 12. und dem 16.1. riegelten sieben Divisionen eine Zone ab, deren südliche Grenze *"Annen, Witten, Wetter und Vorhalle, in der Mitte*

---

302. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 95f.

303. Vgl. Spethmann, Hans, Der Ruhrkampf 1923 bis 1925. O.O., o.J. Auszug aus "Der Ruhrkampf 1923-1925 in Bildern" 1931, S. 2f. und S. 5.

304. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 216f.

305. Recouly, Raymond, Marschall Foch. Erinnerungen von der Marneschlacht bis zur Ruhr. Dresden 1929, S. 211.

Bochum, Wanne, Merklinde und Marten, nordwärts der Dortmund-Ems-Kanal mit Castrop-Rauxel und Mengede" markierten. Man vermied die bevölkerungsreichen Stadtzentren und besetzte Hauptstraßen und insbesondere Bahnhöfe, Postämter und Fernsprechstellen. Der Aufzug vollzog sich immer ähnlich mit Panzerkampfwagen und Reiterspitzen zu Beginn, auf die das Hauptkontingent von Infanterie und Kavallerie folgte, unterstützt von Flugzeugen. Am 16.1. war die militärische Besetzung im wesentlichen abgeschlossen, es standen jetzt 45.000 Soldaten im Ruhrgebiet. Bei der Besetzung Bochums am 15.1. gab es die ersten Todesopfer unter der Zivilbevölkerung, als eine Wache auf eine Menschenmenge feuerte, die *"vaterländische"* Lieder sang und an ihr vorbeizog. Zwei Personen wurden getötet und mehrere verletzt [307].

Trotz dieser Gewaltsamkeit sollten in diesen ersten Tagen, laut Anordnung, Zusammenstöße der Soldaten mit der Bevölkerung vermieden werden. Eine Instruktion des kommandierenden Generals an die Besatzungstruppen vom 10.1. legte, zur Erläuterung für die Soldaten, den Schwerpunkt der Aktion auf die Erzwingung der Zusammenarbeit. Wenn *"Deutschland sich entschlossen hat, seine unterzeichneten Verpflichtungen zu erfüllen"*, würde das Ruhrgebiet geräumt. Die Instruktion unterschied zwischen der arbeitenden Bevölkerung und den Industriellen. Die Rücksichtnahme auf die Bevölkerung bestimmte das Auftreten der Besatzer. *"Der ganze Wert dieses Pfandes besteht in der Arbeit seiner Bevölkerung."* Die Truppen sollten alles vermeiden, was den Fortgang der Arbeit stören könne. *"Das würde hauptsächlich der Fall sein, wenn sie Hand legen würden an Besitzungen, die zur wirtschaftlichen Tätigkeit unbedingt notwendig sind, oder wenn sie Maßnahmen treffen würden, die eine Hinderung des Verkehrs der Arbeiterbevölkerung beabsichtigt."* Die Versorgung (vermutlich aus dem besetzten Gebiet. B.M.) sollte auf das Notwendigste beschränkt werden. Die Mannschaften sollten den Kontakt vermeiden. *"Sie haben daher keine andere Propaganda zu treiben als durch die Würde ihres Verhaltens, korrekte Haltung und strenge Disziplin."* Ausdrücklich wurde auf das Leiden der Ruhrbevölkerung unter der Reichswehr im Jahre 1920 als abschreckendes Beispiel hingewiesen. *"Die gemäßigte Haltung der französischen Truppen muß im Gegensatz stehen zu den Erinnerungen an die Grausamkeit"*. Dieser Rücksichtnahme gegenüber der Bevölkerung stand die Androhung exemplarisch schwerer Strafen gegen leitende

306. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 217.

307. Vgl. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 169-171 und S. 180 (Zitate S.

Persönlichkeiten gegenüber. Bei Widerstand *"muß man sich möglichst nicht an die Masse machen, sondern an ihre Vorgesetzten oder Führer, Beamte, Bürgermeister, Syndikatsvorstände usw. Persönliche schwere Strafen gegen die leitenden Persönlichkeiten werden eine weit größere Wirkung haben als blinde Unterdrückung der Massen."* [308]

Die Besatzungsbehörden versuchten denn auch zu Beginn des Einmarsches, ein gutes Einvernehmen mit der Bevölkerung, besonders mit den Arbeitern, herzustellen. Dies äußerte sich in einer anerkanntermaßen schonenden Einquartierung und Behandlung [309].

Die potentielle Gewaltsamkeit der bewaffneten Einheiten war zunächst durch diese übergeordnete Anweisung in Schach gehalten. Da die spontane Reaktion der Bevölkerung auf die Besetzung nicht gewaltsam war, war in diesen ersten Tagen der Besetzung durchaus Raum für den Versuch, den Kontakt mit Soldaten zu suchen, um sie zugunsten der Bevölkerung zu beeinflussen. Diese Ansatzmöglicheiten sind jedoch nicht gefördert worden. Ganz im Gegenteil verfolgte man deutscherseits die Strategie, Soldaten und Bevölkerung auseinander zu halten. Insbesondere Beamte sollten als Puffer fungieren. Eine grenzüberschreitende Agitation unternahmen allerdings die Kommunisten. Sie wurden dabei amtlich überwacht und ihre Aktionen ausschließlich unter innen-, besonders parteipolitischen Konkurrenzaspekten bewertet. In der "Westfälischen Arbeiterzeitung", die in Dortmund erschien und der KPD zugerechnet wurde, hieß es am 29. Januar: *"Französische Soldaten sind an uns herangetreten und haben uns gesagt, sie verständen wohl, wenn die deutschen Nationalisten ihnen feindselig entgegentreten, aber sie wunderten sich, daß auch Arbeiter sich teilweise von den deutschen Kapitalisten soweit haben verhetzen lassen, daß sie in dem einfachen französichen Soldaten den Feind sehen. Es wäre nicht ihr freier Wille, wenn*

---

169 und S. 180).

308. BA, R 43 I/209, Dt. Übersetzung. "Rheinarmee. Stab. Geheim. Hauptquartier 10.1. Instruktionen des General Degoutte bzg. des Verhaltens der Truppe im Falle der Ruhrbesetzung", eingegangen am 18.2.

309. Vgl. StaMs, RegMsBes, Nr. 96, "Zusammenfassende Darstellung der wesentlichsten Ereignisse im Einbruchsgebiet des Regierungsbezirks Münster v. 8.6. 23", S. 1 und 34. So auch Einschätzung im Bericht des Amtmannes Thiel, Amt Blankenstein v. 20.2.23 "Verhaftungen des Amtmanns Thiel" in: Staatsarchiv Münster, Oberpräsidium Münster, Nr. 5007. (Im folgenden zitiert als: StaMs, OpräMü). Weitgehend problemlos z.B. auch in Bottrop, vgl. den Bericht des

sie ins Ruhrgebiet eingerückt seien. Sie sind gezwungen, den Befehlen ihrer Offiziere zu gehorchen. Ihre Feinde seien die französischen Kriegshetzer und Kapitalisten. Sie bitten die deutschen klassenbewußten Arbeiter, ihnen ihr Leben fern von der Heimat nicht unnötig zu erschweren." Der Artikel forderte *"die Genossen auf, überall den französischen Soldaten freundlich gegenüberzutreten und mit ihnen Verbindung zu suchen. Es sind viele Elsaß-Lothringer unter den Soldaten, die deutsch sprechen und sich freuen, wenn sie eine revolutionäre Arbeiterzeitung zu Gesicht bekommen."* Das Oberpräsidium in Münster schickte diesen Artikel an den preußischen Staatskommissar für die Überwachung der Öffentlichen Ordnung und berichtete weiter, daß ein solcher Verkehr zwischen Arbeitern und Soldaten bislang noch nicht beobachtet worden sei. Aber aus *"einwandfreier Quelle"* wisse man, daß Mitglieder der französischen kommunistischen Jugend bei deutschen Funktionären seien, um unter den französischen Soldaten kommunistische Propaganda zu betreiben. Ebenso sei mit Unterstützung der französischen Kommunisten Flugblattpropaganda betrieben worden [310]. Über den weiteren Verlauf dieser Aktivitäten fand sich in den amtlichen Quellen kein weiterer Hinweis.

Über die Möglichkeiten der Beamten, durch Kontakt mit Besatzungsoffizieren die lokale Situation erträglicher zu gestalten, wird an anderer Stelle zu berichten sein. Hier sei festgehalten, daß der Einsatz militärischer Machtmittel einerseits in engster Verbindung mit dem politischen Zweck des Unternehmens stand, nämlich "Stärke" zu demonstrieren, ohne sie anzuwenden. Andererseits entwickelte die Unternehmung offensichtlich von Beginn an eine Eigendynamik, die die Besatzungsmächte über die ursprünglichen Pläne hinaustrieb. Dabei spielte die Wahrnehmung der Gegenseite, also die Einschätzung der Reaktionen seitens des Reichs, möglicherweise eine eskalierende Rolle. Daraus könnte man schließen, daß die Frage nach den Machtfaktoren weniger durch die Analyse der konkret angewandten Mittel zu beantworten ist als durch die Anlayse der Bereitschaft der Konfliktparteien, auf dem eigenen

---

Oberbürgermeisters Bottrop v. 11.1. in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007.

310. Staatsarchiv Münster, Regierung Arnsberg, Polizeiabteilung, I Pa, Nr. 979, Akten der Meldestelle Arnsberg, übermittelt am 31.1. an den Regierungspräs. Arnsberg. Mit Begleitschreiben Oberpräs. Münster an den preußischen Staatskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung. (Im folgenden zitiert als: StaMs, RegAbg I Pa).

Standpunkt zu beharren oder nachzugeben. Unter diesem Aspekt kann sehr unterschiedliches Konfliktverhalten (wie gewaltsam gegenüber gewaltlos) miteinander in Beziehung gesetzt werden.

Die militärische Inbesitznahme des Ruhrgebiets erzielte das erste selbstgesteckte Ziel, den Zugriff auf die Verteilungsdaten der Ruhrkohle durch die militärische Besetzung des Ruhrkohlensyndikats in Essen, nicht. Die Offiziere der Besatzung versuchten, es in den nächsten Tagen durch Verhandlungen mit Vertretern von Zechen im besetzten Gebiet zu erreichen. Dabei wirkte die militärische Präsenz bereits als potentielles Druck- und Drohmittel. Zwischen dem 12. und dem 16. Januar fanden verschiedene Treffen statt, deren Ziel die Wiederaufnahme der am 12. Januar eingestellten Lieferungen von Reparationskohle war.

Die ersten Verhandlungen zwischen Besatzungsoffizieren und verschiedenen Industrieverbänden wie dem Stahlbund und dem Roheisenverband am 12. und 13. Januar ließen eine Zusammenarbeit nicht aussichtslos erscheinen. Währenddessen unterrichtete die Reichsregierung die Zechen allerdings davon, daß das Reich für die Bezahlung solcher Lieferungen nicht mehr aufkommen würde. In einer weiteren Besprechung bot Thyssen den Besatzungsoffizieren die privatrechtliche Lieferung von Kohle an. Bevor darüber am nächsten Tag abschließend verhandelt wurde, verbot der Reichskohlenkommissar jede Lieferung von Kohle und Koks selbst für den Fall der Bevorschussung oder Bezahlung seitens der Besatzungsmächte [311]. Damit war jeder weiteren Verhandlung die Basis entzogen. Sie wurden am 16. ergebnislos abgebrochen.

Parallel zu diesen Gesprächen suchten die Besatzungsbehörden Kontakte zu Gewerkschaftsvertretern, wurden von diesen aber abgewiesen [312].

Auf einer der Verhandlungen zwischen Industriellen und Besatzungsoffizieren am 12.1. erklärte der französische General, *"er kümmere sich nur um die Reparationskohlen"* und würde sich um die Kohlenverteilung im übrigen nicht kümmern. Diese Mitteilung kam noch

311. Vgl. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 179f.
312. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 63-70.

am selben Tag dem Kabinett zur Kenntnis, das gerade über das weitere Vorgehen beriet, und auch der Reichspräsident wurde davon unterrichtet [313].

Diese Äußerung kann leicht als taktische Beschwichtigungsgeste verstanden werden, vor allem, wenn man sich das militärische Gewaltpotential vor Augen hält, über das der General verfügte. Wer garantierte, daß nicht die Erreichung dieses Zieles weitergehende Forderungen nach sich ziehen würde? Gleichzeitig werden aber an diesem Punkt weitere Facetten des Konflikts und mögliche Alternativen deutlich.

Es zeigt sich hier eine gewisse Tragik des französischen Konfliktverhaltens. Wäre es nur darum gegangen, die Kontrolle über die Verteilung der Kohlen zu erhalten, hätte ein unangemeldeter Besuch von Ingenieuren im Kohlensyndikat die Informationen und den geforderten Einblick vermutlich verschaffen können. Aber die Ingenieurkommission mußte von bewaffneten Einheiten begleitet werden, die Zusammenarbeit mußte erzwungen werden. Für die deutsche Seite lag in dieser Situation ebenfalls eine Möglichkeit, einen Widerstand auf einem viel niedrigeren Eskalationsniveau zu installieren, indem allein die Kontrolle verweigert wurde, nicht aber die Lieferungen insgesamt. Gerade die Zeit um den 11./12. Januar war dadurch charakterisiert, daß die genauen Reaktionsweisen des Reiches hin und her beraten wurden und sich eine Richtung erst allmählich in konkreten Entscheidungen niederschlug. Was hinderte die Reichsregierung, diese Offerte weiterzuverfolgen und konkret auszuloten, inwieweit die Weiterlieferung von Kohlen ohne Kontrolle durch die Besatzungsmächte möglich war?

Das Scheitern der Verhandlungen wiederum veränderte von einem auf den anderen Tag das Vorgehen der Besatzung. Am 16.1. wechselte die militärische Führung von der bislang verfolgten zurückhaltenden Taktik zur Anwendung von Zwangsmaßnahmen [314].

---

313. Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Präsidialkanzlei, Reichspräsident, Nr. 53, Bl. 17, Aufzeichnung v. 12.1. im Präsidialbüro über Mitteilung des Reichswirtschaftsministers. Dieser zitiert den Düsseldorfer Regierungspräsidenten mit der Äußerung des französischen Generals bei der Besprechung mit Zechenbesitzern am 12.1.1923. (Im folgenden zitiert als: ZStA, Präsi).

314. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 69 Anm. 34 und S. 75 Anm. 59.

3.3.2. Vorentscheidungen der Regierung und ihre Alternativen in den ersten Tagen der Besetzung (11.-15.1.)

Von dem, was später "passiver Widerstand" oder "passive Resistenz" genannt wurde, besaß die Reichsregierung weder vor noch zu Beginn des Widerstands eine Vorstellung. An Widerstand in dem Sinne, wie er sich später entwickelte, war überhaupt nicht gedacht. Die Regierung war allerdings einmütig bereit, Gegenmaßnahmen von gesellschaftlichen Gruppen zu unterstützen und andererseits Maßnahmen in ihrem eigenen Geschäftsbereich zu ergreifen [315].

Unter diesen Maßnahmen sollte eine eine ganz besondere Bedeutung erlangen. Am Tag des Einmarsches stellte die Regierung die Reparationssachleistungen an diejenigen Länder ein, die an der Besetzung teilnahmen [316]. Vom 12.1. an wurden weder Kohle noch Koks geliefert [317]. Diese Einzelentscheidung überwog alle anderen an Bedeutung, weil an der ersten konkreten Stelle de facto die generelle Nichtzusammenarbeit verordnet und gleichzeitig einseitig die Ausführung von wichtigen Ausführungsverträgen des Versailler Vertrages gegenüber Frankreich, Belgien und der Reparationskommission suspendiert wurde [318]. Diese Entscheidung war richtungsweisend für weitere, die letztlich den Abbruch der Verhandlungen im Ruhrgebiet zur Folge hatten. Angesichts der Beiläufigkeit, mit der diese Entscheidung getroffen wurde, ist zu vermuten, daß ihre Tragweite nicht erkannt worden ist: Auf eine Anfrage des Kohlensyndikats beim Reichskanzler am 11.1. um 9 Uhr 15 folgte noch

---

315. Die Einstellung der Leistungen und der Zahlungen für Reparationskohle waren hier die wichtigsten. Vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 37, bes. S. 127.

316. Vgl. ZStA, Präsi, Nr. 679, Bl. 63. Ebenso Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Reichswirtschaftsministerium, Nr. 8412, Mitteilung v. 12.1.23. (Im folgenden zitiert als: ZStA, RWiM).

317. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 62 Anm. 8.

318. Vgl. ZStA, Präsi, Nr. 679, Bl. 63, Verträge zwischen Deutschland und Frankreich v. 15.3.1922 und 2.6.1922 und Vereinbarung zwischen Deutschland und der Reparationskommission v. 2.6. 1922 im Verhältnis zu Belgien.

vormittags ein Telegramm des Reichskommissars für die Kohlenverteilung an die Zechen und die Ankündigung der Einstellung der Lieferungen für den 12. mittags, während das Kabinett darüber noch weiter beriet [319].

Beim Ministerrat zwei Tage vor der Besetzung waren einzelne Überlegungen schon in die Richtung einer Liefereinstellung gegangen. Dabei wurde dieser Schritt allerdings nicht besonders hoch bewertet, insbesondere nicht vor dem Hintergrund, daß man am liebsten den ganzen Versailler Vertrag aufkündigen würde. Der Reichsfinanzminister bezeichnete *"die Einstellung der Zahlung der Reparationskohle"* als *"die wirksamste Waffe"*. Der Reichspräsident hatte darauf gedrängt, bei Erklärungen zur Rechtsfrage vorsichtig zu sein, um nicht den Franzosen *"die Möglichkeit zu geben, daß nun auch sie der Vertragsverpflichtungen sich frei und ledig erklärten. Deshalb werde auch von Suspensionen des Vertrages nur hinsichtlich unserer Leistungen zu reden sein. Dás werde jeder verstehen, daß wir nicht mehr leisten können, nachdem man uns unsere Wirtschaftskraft und unsere Wirtschaftsseele aus dem Leibe zu reißen versucht."* Eine Verschärfung der Situation wurde von einer solchen eingegrenzten Handlung gerade nicht erwartet, sondern eher von einer Erklärung, die den Bestand des Versailler Vertrages insgesamt angegriffen hätte, und diese wurde bewußt vermieden [320]. Nachdem die Liefereinstellung angeordnet war, stufte sie der Reichspräsident gegenüber den Ministerpräsidenten der Länder in seiner Rede am 12.1. auch logischerweise als nicht bedeutend ein: *"Was dagegen (gegen den Einmarsch. B.M.) unmittelbar geschehen kann, ist nicht viel; insbesondere kann nicht etwa der Friedensvertrag in seiner Gesamtheit als nichtig bezeichnet werden. Abberufung des Botschafters in Paris und des Gesandten in Brüssel, Einstellung der Reparationsleistungen."* [321]

---

319. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 70 Anm. 38 und S. 62 Anm. 8; ZStA Merseburg, MdI, Nr. 21, Bl. 2RS, Mitteilung in der Referentenbesprechung um 12 Uhr über das vorausgesandte Telegramm und den noch zu schreibenden Brief vom Reichskohlenkommissar an die Zechen.

320. AdRk Cuno, Dok. Nr. S. 37, S. 124f., S. 124 Anm. 5, S. 127 und S. 129f. (Zitate S. 127 und S. 124f.).

321. Vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 42, s. bes. S. 138.

Ruck spricht von einer *"taktische(n) Fehlleistung mit schwerwiegenden Konsequenzen"*, weil die Reichsregierung ihren Handlungsspielraum aufgab und weil sie internationale Sympathien verscherzte, indem sie Rechtsbruch ihrerseits mit Vertragsverletzung beantwortete [322].

Angesichts der Tatsache, daß in den ersten Wochen das Erscheinungsbild des Widerstands geprägt wurde und dieses nicht unwesentlich die Reichweite des Erfolges mitbestimmte, ist es wichtig, Kernsituationen alternativer Entwicklungen festzuhalten. Der Abend des 9. Januar 1923 war eine solche Situation, in der die Entwicklungsrichtung des Widerstands hätte anders verlaufen können. An diesem Abend wurden Elemente einer Strategie diskutiert, die die Widerstandsmaßnahmen darauf beschränkt hätten, ungerechtfertigte Ansprüche zurückzuweisen, aber eingegangene Verpflichtungen weiter aufrechtzuerhalten. Als der Ministerrat am 9.1.23 tagte, betonte der preußische Ministerpräsident, daß es darauf ankomme, zu verhindern, daß zusätzliche, also über die derzeitigen Liefermengen hinausgehende Lieferungen mit dem Einmarsch erzwungen werden konnten [323]. Nicht die Forderung nach Reparationslieferungen an sich, sondern der Anspruch, unter Androhung militärischer Gewalt in die Verteilung einzugreifen, stellte die Zumutung dar, die zurückgewiesen werden sollte. Sie korrespondierte mit der Versicherung des Besatzungsgenerals, sich nur für die Reparationskohlen interessieren zu wollen. Selbst die vorschnelle Festlegung auf die Einstellung der Lieferungen erscheint revidierbar angesichts des zunächst niedrigen Stellenwerts dieser Maßnahme bei den Hauptakteuren. Daß die darin liegende Inkonsequenz, die in der Rücknahme des verfügten Lieferstopps bestanden hätte, von besonderer Tragweite war, erscheint nicht überzeugend. Noch am 17. Januar kritisierte ein Gewerkschafter, daß die Lieferungen gegen Bezahlung nicht wieder aufgenommen worden seien, denn dann hätten die Besatzungsmächte Mark kaufen und damit wider Willen die deutsche Währung stützen müssen [324]. Anstelle des Verbotstelegramms hätte der Reichskohlenkommissar am 14.1. die Anweisung erteilt, die Lieferungen zu alten Bedingungen oder gegen Bezahlung, aber nicht unter Kontrolle der Besatzung wiederaufzunehmen.

---

322. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 71.

323. Reichspräsident Ebert, der preußische Ministerpräsident Brauns, Reichsfinanzminister Hermes äußern sich in diesem Sinne, vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 37, s. bes. S. 125-127.

324. Der Bezirkssekretär des ADGB in Düsseldorf, Meyer, am 17.1. in der Konferenz beim Oberpräsidenten Münster, nach Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S.

Noch waren das Verkehrswesen und die Kohlenhalden fest in eigener Hand und die punktuellen Streiks richteten sich gerade gegen die Kontrollversuche des Militärs; an Handlungsfreiheit fehlte es also nicht.

Eine solche oder ähnliche Entscheidung hätte Vorteile auf mehreren Ebenen gebracht. Sie hätte Vertragsbruch nicht mit einseitiger Vertragsauflösung beantwortet und die Verurteilung durch die Reparationskommission vermutlich vermeiden können. Der Wille zur Erfüllung des Versailler Vertrages wäre gerade in einer sehr kritischen Situation zum Ausdruck gekommen und hätte in der öffentlichen Meinung der Besatzungsmächte für erhebliche Verwirrung gesorgt. Die Provokation gegenüber den Besatzungsmächten wäre geringer gewesen. Deren Übergang zur reinen Zwangsanwendung und Repression wäre schwieriger zu begründen gewesen und vielleicht ausgeblieben oder milder ausgefallen, vielleicht auch der Schritt zur Abriegelung des Ruhrgebiets entfallen. Nationale Emotionen und verletztes Gerechtigkeitsempfinden hätten mit einer solch frühen, klaren Parole des Widerstands kanalisiert werden können, weil die Zuspitzung auf "alles oder nichts" erst später einsetzte. Auch in den Gewerkschaften wäre eine solche Haltung vermittelbar gewesen, war doch die Erfüllung bis zur Leistungsgrenze genauso ihre ureigenste Position wie die Zurückweisung militaristischer Kontrollansprüche. In bergbaulichen Arbeitgeberkreisen lief die Perspektive allerdings darauf hinaus, die Maßnahmen der Besatzer erfolgreich zu durchkreuzen, weil dann *"einer Revision des Friedensvertrages nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ... die Bahn geebnet (ist)"* [325]. In ihrem Konzept machte die Verweigerung der Lieferung am meisten Sinn. Aber auch sie waren davon abhängig, Rückendeckung durch die Regierung zu erhalten. Von daher waren hier Handlungsspielräume gegeben, den Widerstand auf einen entscheidenden Punkt einzugrenzen und ihm womöglich eine andere Richtung zu geben. Dies wäre die Fortsetzung des Grundtenors gewesen, der in den ersten Tagen bei der Regierung vorherrschte.

Bei konsequenter Fortführung dieser strikt formalistischen Linie wäre nicht nur eine andere Entscheidung der Regierung in Bezug auf die Kohlenlieferung, sondern die Entwicklung einer wirklichen passiven Resistenz denkbar gewesen. Ausgehend davon, daß die vertraglich

---

80.

325. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 77 Anm. 65, amtlicher Bericht über die Arbeitgeberposition nach Gesprächen beim Verein für die bergbaulichen Interessen,

vereinbarten Lieferungen fortgesetzt, aber daß jede Kontrolle und jeder Eingriff in die Transportwege verweigert werden mußten, hätte sich eine Widerstandskonzeption auf der Grundlage der Gedanken entwickeln lassen, die der preußische Ministerpräsident am 9.1. im Ministerrat in Grundlinien skizzierte. Er verwies darauf, daß es seit dem Weggang des Kohlensyndikats nicht einfach sei, die *"Lücken auszufüllen, auch wenn das untergeordnete Personal bliebe und die Arbeiten fortsetze."* Er überlegte dann die nötigen Schritte, falls die Besatzung den Versuch unternehmen würde, die nach Osten gerichteten Kohlenzüge umzudirigieren. In diesem Fall sollten sich die Eisenbahner nicht offen weigern, sondern die Beamten sollten *"ihre Pflicht weiter in dem Ausmaß erfüllen, daß weniger herauskomme als bisher."* Dringend verwies er darauf, im Bergbau die *"Lohnfrage... in Ordnung zu bringen"* und im Landesinnern Lohnkämpfe zu vermeiden [326]. Darin kommen Grundzüge eines Widerstandskonzepts zum Vorschein, die die Eskalation auf einem äußerst niedrigen Level und die Widerstandsmaßnahmen im fast nicht sanktionierbaren Bereich gehalten hätten.

Unterstützt wurde diese Richtung durch die Praxis, die die Beamten vor Ort in den ersten Tagen entwickelten. Von passiver Resistenz, die die Beamtenschaft leisten sollte, war vor dem Einmarsch eher im Sinn eines Dienstes nach Vorschrift die Rede und deutlich abgegrenzt von offener Verweigerung. Der preußische Ministerpräsident sprach sich gegen eine offene Weigerung der Eisenbahner aus, da die Besatzer die Eisenbahn sonst in eigene Verwaltung übernehmen würden. Seine Überlegungen gingen ebenfalls in die Richtung eines Dienstes nach Vorschrift [327]. Die Frage einer *"passive(n) Resistenz der Eisenbahner und technischen Angestellten"* wurde am 8. Januar vom Reichskanzler gegenüber Gewerkschaftern angesprochen, aber nicht weiter vertieft [328]. Auch der Maßnahmenkatalog, den der Ministerrat einen Tag später beriet, enthielt nichts, das über Protestaktionen und Rechtsverwahrung hinausging [329]. Am 10. Januar stellten die ministeriellen Teilnehmer einer Besprechung im

---

bei der Deutschen Bergwerkszeitung und bei der Handelskammer Essen v. 17.1.

326. AdRk Cuno, Dok. Nr. 37, S. 126.

327. Ebd.

328. Gewerkschaften, a.a.O., Dok. Nr. 75, S. 735.

329. Vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 37, S. 122f. Anm. 3, undatierte Aufzeichnung des Staatssekretärs in der Reichskanzlei, Hamm, die "wahrscheinlich" dem Reichskanzler beim Ministerrat am 9.1. als Vorlage diente.

Reichsverkehrsministerium übereinstimmend fest, daß die Eisenbahn nicht einmal passiven Widerstand leisten sollte, da er zwecklos und für die eigene Seite schädlicher sei [330].

Auch für die Beamten der inneren Verwaltung Preußens sowie für die anderen Staats- und Reichsbeamten war Widerstand nur in einem ganz besonderen Fall für einen eng eingegrenzten Personenkreis vorgesehen, wie oben gezeigt wurde. Nach dem Einmarsch wurde nach dem Grundsatz verfahren [331], daß außer den leitenden alle anderen Beamten am Platz bleiben mußten. Beamte sahen zunächst gar nicht sich selber in vorderster Front, sondern die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, entscheidend die Zechenbetriebe. Auf einer Pressekonferenz im Münsteraner Oberpräsidium am 17.1. faßte es ein Polizeihauptmann so zusammen: *"Alle übrigen Berufsstände, auch die Beamtenschaft, können als unfreiwillige Zuschauer nur durch moralische und materielle Unterstützung dem Vaterlande helfen."* [332] De facto waren aber die Kommunalbeamten von Beginn an in das Herrschaftsszenario der Besatzungsmächte einbezogen. Sie dienten den Besatzungsmächten als lokale Ansprechpartner [333], die Verbindungsbeamte zu ernennen hatten [334], als Informationsbeschaffer über die industrielle Infrastruktur und die verantwortlichen Personen [335]. Beamte sorgten für die Unterbringung der Truppen [336] und fungierten als Sprachrohr der Besatzung [337]. Sie sollten Aufgaben jenseits ihrer Zuständigkeiten erfüllen,

---

330. Vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 38, S. 129f. An der Besprechung im Reichsverkehrsmin. nahmen außerdem das Auswärtige Amt, das Reichsinnen- und Wehrmin. und die Reichskanzlei teil.

331. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1100, Bl. 03, Antwort des Reichswirtschaftsmin. v. 11.1. auf das Rundschreiben des Reichsmin. d. Innern v. 5.1.

332. BA, R 43 I/205, Bl. 57ff., Bericht über Pressekonferenz im Oberpräsidium Münster am 17.1. Sinngemäß genauso in der Zweiten Westfälischen Pressekonferenz am 20.1. in: StaMs, RegAbg I Pa, Nr. 979.

333. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 3, Bl. 20 und 22, 11.1., Gesprächsersuchen der Besatzung und Konferenz der Besatzung mit der Stadtverwaltung in Essen.

334. HStD, RD 16533, Anforderung der Besatzung in Düsseldorf v. 11.1. Wird im Reg.Bez. Düsseldorf entsprochen; BA R 43 I/206, entsprechender Befehl der Besatzung v. 22.1. wird im Ruhrgebiet auch zunächst befolgt. Mit Schreiben v. 30.1. fordert der Reichsschatzmin. ein Generalverbot.

335. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 3, Bl. 31, 15.1., Befehl der Kontrollkommission an Regierung Düsseldorf.

336. StaMs, OpräMü, Nr. 5007, 11.1., wie in Bottrop. Bericht des OB Bottrop an

z.B. für die Steigerung der Kohleförderung sorgen [338]. Mit solchen Anforderungen konfrontiert, handelten die Beamten vor Ort zunächst nach ihrem Ermessen oder aufgrund erster Weisungen der vorgesetzten Behörden, meist der regionalen Regierungspräsidien [339]. Wie eigentlich der gesetzliche Rahmen dieses Handelns aussah, wann Widerstand gefordert war und wann er mit anderen Interessen kollidierte, die Vorrang besaßen, und welche das waren, all das blieb in den ersten Tagen unklar und wurde kontrovers diskutiert [340]. Klar war nur, daß die Richtung des Verhaltens war, die Unterstützung an der Ruhraktion zu versagen.

Entsprechend wurden in den Berliner Ministerien die bislang vorliegenden Weisungen neu interpretiert, darunter auch die aus dem Jahre 1921, die die preußischen Beamten kurz vor dem Einmarsch erhalten hatten. So wurde schon am 11.1. in einer Besprechung der Referenten der Ministerien unterstrichen, daß alle Beamten *"lediglich den Weisungen ihrer vorgesetzten Behörden zu folgen"* hatten. Das Reichsfinanzministerium erließ bereits eine Anweisung, in der nicht mehr davon die Rede war, daß ein Verhalten von Beamten toleriert würde, das unter gegnerischem Druck zustandegekommen war [341]. Allerdings war man noch weit von einer Widerstandsanordnung entfernt und in den ersten Tagen gab nicht Verweigerung, sondern Zusammenarbeit den Ton an.

Für eine Zusammenarbeit, konkret bei der Forstverwaltung im Rheinland, plädierte der Staatssekretär der besetzten rheinischen Gebiete. Vor allem die Not der Beamten und ihrer Familien nach Verweigerung und Ausweisung

---

Oberpräs. Münster v. 11.1.

337. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 3, Bl. 34, 17.1., Meldung aus Dortmund.

338. BA R 43 I/203, Bl. 145, 12.1., Mitteilung Mehlich an Reichsarbeitsmin. über die Aufforderung General Denvignes an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Grützner. Der weist dies in Besprechung mit Besatzung und Handelskammern am 13.1. zurück, da er nicht zuständig ist in: ebd., Bl. 235ff. Bericht über die Besprechung.

339. Vgl. die Aussagen des Regierungspräs. König (Arnsberg) und Mehlich (Reichs- u. Staatskommissar) in Besprechung Hamm am 21.1. in: ZStA, MdI, Nr. 22, Bl. 4 u.5.

340. Vgl. die unterschiedlichen Interpretationen einer Gehorsamspflicht von Landrat Klauser aus Dortmund, dem OB Hamm aus Recklinghausen und dem Bürgermeister Fischer aus Dortmund in der Münsteraner Besprechung noch am 17.1. in: BA, R 43 I/205, Bl. 57ff.

warf er in die Waagschale. Außerdem fürchtete er den Ersatz durch französische Beamte und den steigenden Einfluß der Besatzungsmacht auf das Rheinland. Diese Meinung fand erst einmal Zustimmung [342]. Der Bayerische Geheimrat Wappes meinte, daß Beamte keinen Widerstand, z.B. gegen die Wegnahme von Akten und Geldbeständen, leisten könnten, aber sie sollten Maßnahmen treffen, daß keine Einnahmen mehr eingingen [343].

Eine andere Variante wurde von den mittleren preußischen Instanzen (von den Regierungspräsidien abwärts) favorisiert. Sie entwickelten die preußische Richtlinie fort, daß Beamte auf dem Platz zu bleiben hatten. Verweigerung und Gehorsam wurden unterschiedlich abgegrenzt: Düsseldorf (dort lag das Regierungspräsidium selber im besetzten Gebiet) gab die Parole aus, daß Befehle, die durch Protest und Verhandlungen nicht zurückgenommen oder gemildert werden konnten, unter nochmaligem Protest ausgeführt werden sollten [344]. Münster (als Regierungssitz im unbesetzten Gebiet) schränkte weiter ein: ausführen auch nur dann, wenn die Befehle nicht gegen deutsche Gesetze verstießen [345]. Die regionale Unterschiedlichkeit wird hier sehr deutlich. Sie erklärt sich aus den bisher bestehenden Verhältnissen einer rechtmäßigen Besatzung im Rheinland (aufgrund des Versailler Vertrages) und einer zweijährigen faktischen in den "Sanktionsstädten" Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, an die man dort inzwischen gewöhnt war (Besetzung seit 1921 als Sanktion der Alliierten). Im Unterschied dazu war die Besatzung im eigentlichen Industrierevier, das verwaltungsmäßig zu den Regierungsbezirken Münster und Arnsberg

341. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 21, Bl. 3f. (Zitat Bl. 3).

342. BA, R 43 I/186, Bl. 51f., 11.1., Staatssekretär für die besetzten rheinischen Gebiete, Brugger, an Reichskanzler. Ebenso am folgenden Tag vor den Ministerpräsidenten der Länder. Bayern pflichtet Brugger bei, Preußen befürwortet baldige Weisung. Keine Gegenrede zu Brugger, vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 43, Bl. 143f. Damit erschien diese Angelegenheit erledigt laut hs. Vermerk in R 43I/ 186, Bl. 61.

343. Persönliche Ansicht von Wappes v. 19.1. im Gespräch mit Brugger. Das Kabinett entschied am selben Tag auf Widerstand, vgl. BA R 43 I/205, Bl. 10. Wappes war Geheimrat im bayerischen Staatsmin. des Äußern, vgl. AdRk Cuno, S. 783.

344. BA R 43 I/205, Bl. 149, 18.1., Verhaltensregeln der Regierung Düsseldorf.

345. In Pressekonferenz in Münster am 17.1. in: BA R 43 I/205, Bl. 57ff. Ebenso das Oberpräsidium Münster an nachgeordnete Behörden in: HStD, RD 16606, 18.1. Gleichfalls der Oberpräsident Münster, Gronowski, in der Westfälischen

gehörte, vollkommen neu und wurde erstmalig mit einem ausgesprochenen Widerwillen empfangen, der seinen Ausdruck im Verhalten noch suchte. Aus diesen unterschiedlichen Ansätzen konnte sich nun ein regional angepaßtes, mitunter sehr verschiedenes Beamtenverhalten entwickeln.

Eine Strategie der passiven Resistenz auf einem niedrigen Eskalationsnievau wäre, nach den ersten Reaktionen der Bevölkerung auf Ankunft und Einquartierung der Besatzungstruppen zu urteilen, vermittelbar gewesen. Die Reaktionen vor Ort waren sehr unterschiedlich und gaben keinen Hinweis auf einen sofort und spontan entstehenden Widerstand weiter Bevölkerungskreise. In einem Bericht über die Unterbringung von Besatzungstruppen vermerkt der Oberbürgermeister von Bottrop lediglich eine Zurückhaltung bei der Bevölkerung, Stroh abzuliefern. Abends sang eine 2.000 *"Mann starke Menge: 'Es braust ein Ruf wie Donnerhall'"* [346], weitere Aktivitäten waren nicht zu vermelden.

Allerdings stellte ein französischer Verantwortlicher einen deutlichen Produktionsrückgang in vielen Fabriken seit dem Einmarsch fest. Er vermutete, daß die Arbeiter dazu angehalten würden. Angesichts der kritischen Haltung mancher Gewerkschaften zu einer Einheitsfront mit den Arbeitgebern und der noch ganz ungeklärten Gesamtentwicklung zu diesem Zeitpunkt erscheint eine bewußt gesteuerte Agitation in diese Richtung weder von allen gewerkschaftlichen noch von Arbeitgeberorganisationen her wahrscheinlich. Weder in den Berliner noch in regionalen Akten wurde über dieses Phänomen berichtet, so daß zu schließen ist, daß es amtlich nicht bekannt geworden ist. Es scheint eher eine passive Resistenz im ursprünglichen Sinne gewesen zu sein. Diese entstammte dem Repertoire der französischen Syndikalisten und bedeutete die *"verabredete Zurückhaltung der Arbeitskraft"* bzw. die *"kampfmäßige Verweigerung voller Arbeit"*. In Deutschland war diese *"kaum sanktionierbare, weil nicht eindeutig nachzuweisende"* Kampfform bei der Eisenbahn und im Bergbau aufgetreten, wo gerade syndikalistisch orientierte Gewerkschafter stark vertreten waren [347].

Pressekonferenz am 20.1. in Münster in: StaMs, RegAbg I Pa, Nr. 979, 20.1.

346. StaMs, OpräMü, Nr. 5007, 11.1., Bericht OB Bottrop. Zur anfänglichen Zurückhaltung s. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 61.

347. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 92 Anm. 146 und S. 93f. (Zitate S. 94 Anm. 159).

Die Aktionen, die von Gewerkschaften und Arbeitgeberkreisen entwickelt wurden, waren ein halbstündiger Proteststreik seitens der Gewerkschaftsorganisationen am 15.1. und die Verlegung des Kohlensyndikats durch die Zechenbetriebe am Abend vor dem Einmarsch. Die Streikaktion der Gewerkschaften wurde nicht einmal von Arbeitgeberverbänden mit unterstützt, im Gegenteil wurde die Teilnahme untersagt bzw. mit Verweigerung der Bezahlung gedroht [348]. Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, daß die verringerte Produktion zumindest von Arbeitgebern nicht allgemein propagiert worden ist.

3.3.3. Die Übernahme der Verantwortung durch die Regierung und die Einbeziehung der Beamten (16.-19.1.)

Vor diesem Hintergrund ist der Frage nachzugehen, wie die Regierung in die Verantwortung für den Widerstand, und wie es zu einer sehr breiten und kostspieligen Anlage des Widerstands kam. Dabei ist die Rolle führender Vertreter der westdeutschen Schwerindustrie besonders zu beachten.

Mit der Besetzung fiel den Vertretern der westdeutschen Schwerindustrie eine Schlüsselrolle zu, weil sich der erste Hauptstoß der Besetzung auf die Kontrolle der Kohlenlieferung konzentrierte. Schon am Morgen des Einmarsches fragte das Kohlensyndikat telefonisch bei der Regierung an, ob die Reparationskohlenlieferungen weiterlaufen sollten und ob gegebenenfalls gegen Bezahlung geliefert werden sollte. Damit wurde die Regierung vor einen unmittelbaren Entscheidungsdruck in einer Frage gestellt, deren Reichweite nicht überblickbar war [349]. In den Besprechungen zwischen Industrieführern und Besatzungsoffizieren am 12. und 13. Januar schienen insbesondere Krupp, Thyssen und der Vorsitzende der Arbeitgebervereinigung und des Reichsverbandes der deutschen Industrie (RdI), Sorge, gegenüber der Besatzungsmacht zunächst verhandlungsbereit. Die Verhandlungen schienen bis zum 14.1. auf eine Vereinbarung hinzulaufen, die Lieferung von Kohlen, gegen Bezahlung des größten Teils, wiederaufzunehmen. Damit wäre die Maßnahme der Regierung unterlaufen worden, die die Lieferung von Kohlen bereits verboten und propagandistisch mit der faktischen Unmöglichkeit, unter Besatzungsbedingungen zu liefern, begründet hatte [350]. Nun wurde die

348. S. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 46-48 und S. 59.

Reichsregierung in entschiedener Weise aktiv. Am 14.1. verbot der Reichskohlenkommissar den Zechen des Ruhrgebiets, gegen Bezahlung Kohlen zu liefern [351]. Die Lieferstops von Kohlen am 11.1. (erstes Telegramm) und von Reparationen am 13.1. waren, so beschrieb es Poincaré rückblickend, für ihn die ersten Anzeichen für den Widerstand [352].

Die Verhandlungsbereitschaft der Ruhrindustriellen gegenüber der Besatzungsmacht aber war, wie Ruck urteilt, ohnehin vorwiegend taktischer Natur, um die Regierung zu einer eindeutigen Unterstützung des Widerstandskurses und in die Verantwortung dafür zu zwingen [353]. Gestützt wird diese Einschätzung dadurch, daß z.B. Thyssen, wie oben gesehen, militärischen Widerstand propagierte. Er konnte an einer Deeskalation nicht interessiert sein. Nachdem die Regierung Rückendeckung gegeben hatte, drängte gerade die Gruppe der westdeutschen Schwerindustriellen den Staat, seinen Apparat, insbesondere die Eisenbahner, in den Dienst des Widerstands zu stellen [354]. Ferner inszenierte sie die weitere Eskalation des Widerstands, indem sie dafür sorgte, daß in einer Dramatisierung der Widerstand seine ersten Opfer bekam [355].

Die Forderungen der Zechenbesitzer stießen in den Ministerien und im Kabinett auf eine gewisse Empfangsbereitschaft. Dieser Trend, mit eigenen Maßnahmen tatsächlich eine Verweigerung zu organisieren, ist das eigentlich Neue an der Reaktion des Reichs im Januar 1923 im Unterschied zur Reaktion auf die bisherigen Sanktionsmaßnahmen (Einmarsch

349. Vgl. ebd., S. 70 Anm. 38 und S. 71.

350. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 73; Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 179f.; Niederschrift der Besprechung v. 13.1. in: ZStA, RWiM, Nr. 8424, Bll. 25-30.

351. Vgl. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1099, Bl. 8, erstes Verbots- Telegramm des Reichskohlenkommissars am 14.1. an die Zechen als Ergebnis einer Besprechung zwischen Kanzler, Außen-, Wirtschafts-, Finanzminister und Kohlenkommissar v. 11.1., Bestätigung am 16.1. und Verschärfung ebenfalls am 16.1.; AdRk Cuno, Dok. Nr. 44 und S. 146 Anm. 3.

352. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 62 Anm. 8.

353. Ebd., S. 74.

354. Vgl. AdRk Cuno, S. 146 Anm. 3, Telefonat Vögler (Generaldirektor der Stinnes-Zechen) mit Reichswirtschaftminister v. 16.1.; ebd., S. 783.

französischer Truppen nach Frankfurt 1920, Einmarsch französischer Truppen in Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort 1921). Die Entscheidungen, die zur Widerstandsbewegung führten, waren dann zunächst eher zufällige, situationsbezogene ad hoc-Entscheidungen der Regierung unter dem Druck von Reaktionen im besetzten Gebiet gegenüber den vielfältigen Anforderungen der Besatzung [356]. Über die konkrete Frage der Kohlenlieferungen und ihrer Bedingungen, die zwischen dem 11. und dem 16. Januar verhandelt wurde, kam die Regierung mit jedem Schritt der Verantwortung für eine strikte Verweigerung näher, bis sie das Verbot der Lieferung auch gegen Bezahlung ausgesprochen hatte.

Der offene Eintritt in den Widerstand begann für die Beamten am 16.1. Vor allem in den Reichsverwaltungen wie Verkehr und Finanz nahm um dieses Datum die Verweigerungsvariante Gestalt an. An diesem Tage hieß es in der Referentenbesprechung: *"Die von der Regierung gegebene Richtlinie schreibe entschlossenen Widerstand gegen alle Eingriffe des Gegners vor. Eine Anweisung an alle Beamten, daß solche Befehle des Gegners, die im Widerspruch zu denen der eigenen Behöreden stehen, nicht ausgeführt werden dürften, wird für erforderlich gehalten. Zuwiderhandlungen würden geahndet werden, andererseits würden Reichsregierung und Preußische Regierung für diejenigen Beamten eintreten, die in Befolgung dieser Vorschrift irgendwelche Nachteile erlitten."* [357] Der in der Folgezeit umgesetzte Komplex von Verweigerungsvorschriften, Sanktionsdrohungen und Fürsorgeaktivitäten war damit im Grundzug festgelegt. Bereits am Tage vorher war der Kanalbaudirektion eine detaillierte Weisung zugegangen. Dieser zufolge sollte der Dienstbetrieb wie normal und ohne Eigensabotage weitergehen. Eingriffe durch Befehle allein wurden nicht anerkannt, sie mußten mit unmittelbarer Gewaltanwendung durchgeführt werden. Der Wille der Reichsregierung, die "Mitwirkung" bei den Maßnahmen zu

---

355. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 77 und S. 82.

356. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 3, Bl. 23, 11.1., Anfrage Regierungspräs. Arnsberg; Besatzungsoffizier Essen will Besprechung mit einer Delegation der Stadtverwaltung in: ebd., Bl. 20, 11.1. Am 15.1. Instruktionen an Kanalbaudirektion Essen in: BA R 43 I/203, Bl. 315. Besatzungsoffizier gibt Anordnungen nur über den Oberbürgermeister. Meldung aus Dortmund in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 3, Bl. 34., 17.1. Die Anweisung an Kreiskassen zur Nichtzusammenarbeit v. pr. Finanzmin. v. 17.1.1923 in: StaMs, RegMsBes, Nr. 30.

357. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 21, Bl. 5RS, 16.1., zweite Besprechung der

versagen, galt als Rückendeckung für die Verweigerung, auf die sich jeder berufen konnte [358]. Darüberhinaus wurde Entschädigung für entstehende Nachteile zugesagt, eine Zusammenarbeit dagegen als Pflichtverletzung beurteilt [359].

Im Reichsverkehrsministerium trug man allerdings Bedenken, die Eisenbahn in den Widerstand mit einzubeziehen und verlangte einen Kabinettsbeschluß über eine so folgenschwere Entscheidung. Es wurde prognostiziert, daß nach einem Verbot der Beförderung der Eisenbahnbetrieb vom Militär übernommen würde. Die Konsquenzen für die Versorgung des besetzten Gebiets und die Wirtschaft wurden hervorgehoben, da die Kontrolle der Bahn dann deutschen Stellen entzogen und die Verbindungen unterbrochen seien. Nicht einschätzbar erschien die Fähigkeit der Besatzungsmächte, den Betrieb mit eigenen Kräften aufrechtzuerhalten. Allerdings erschien sicher, daß sie einen Notbetrieb in eigener Regie für ihre Zwecke würden errichten können. Sollte nun dieser Verkehr *"durch passive Resistenz oder drastischere Mittel"* sabotiert werden, während *"im übrigen Gefügigkeit gegenüber dem Machthaber an den Tag gelegt würde"*, dann wäre ebenfalls die Militarisierung der Bahnen zu erwarten [360].

Die Einschätzung hinsichtlich des Notbetriebes sah die spätere Entwicklung zutreffend voraus. Auch die Unterbrechung der Verkehrsverbindungen wurde durch die Besatzung mit der Zeit erreicht, allerdings nicht auf dem Wege der Militarisierung der Bahnen, sondern durch die Abriegelung des besetzten Gebietes. Nicht in Rechnung stellen konnten die Beamten, daß der Widerstand die Übernahme des Eisenbahnbetriebes zunächst verhindern konnte, denn dieses Phänomen sollte sich erst noch in den nächsten Tagen entwickeln. Das Reichsverkehrsministerium schickte zwei Beamte in das Ruhrgebiet, um mit Gewerkschaftern und Zechenbesitzern die örtliche Situation zu erkunden und, wie der Reichskanzler den Kabinettskollegen berichtete, *"die Maßnahmen vorzuschlagen, die ihnen aus der Sachlage*

Referenten der Ressorts über die Lage im Ruhrgebiet.

358. Entsprechende Weisung bereits am 15.1. vom Reichsverkehrsmin. an Kanalbaudirektion Essen in: BA R 43 I/203, Bl. 315.

359. Pr. Finanzmin. an Regierung Münster v. 17.1., Kreiskassen des neubesetzten Gebiets hierüber zu verständigen in: StaMs, RegMsBes, Nr. 30. Vgl. BA R 43 I/205, Bl. 35, 18.1., pr. Justizmin. an die Spitzen der Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizbehörden im alt- und neubesetzten Gebiet.

heraus notwendig erschienen." [361] Am 19.1. erhielt das Personal von Reichsbahn und Reichswasserstraßenverwaltung die Anweisung, Kohlen nicht nach Frankreich und Belgien zu transportieren und auch Lieferungen nicht dorthin umzuadressieren [362]. Damit standen die Verkehrsbetriebe in der Widerstandsfront.

Eine weitere folgenschwere Entscheidung fiel am 17./18. Januar. Nun wurde das räumliche Gebiet, in dem Widerstand geleistet werden sollte, auf das gesamte besetzte westdeutsche Gebiet ausgedehnt. Noch am 16.1. hatten die Referenten in der Besprechung die Unterscheidung zwischen dem alt- und dem neubesetzten Gebiet hinsichtlich der Widerstandsüberlegungen stark betont [363]. Diese Ausdehnung war weniger die Folge einer Eskalationsdynamik im besetzten Gebiet als vielmehr eine Folge des Selbstverständnisses des Widerstands, das nun in den Zentralstellen entstand.

Von einem "Ruhrkampf" konnte nun nicht mehr die Rede sein, denn das Kampfgebiet umfaßte auch das gesamte, seit dem Versailler Vertrag besetzte, linksrheinische Gebiet. Hierhin dehnten zum einen die Besatzungsmächte die Beschlagnahmungen der Zölle, Forsten und Kohlensteuer aus [364]. Doch den Widerstand auch in diesem Gebiet aufzunehmen und mit aktiven eigenen Handlungen selber zu verschärfen, warnte am 17. Januar das Auswärtige Amt. Es riet zur Konzentration auf das Ruhrgebiet als das *"eigentliche Kampfgebiet"*, das ohnehin als *"Kriegsschauplatz, bei dem es nicht ohne schwere Verluste und Zerstörungen abgehen kann"*, geeigneter als das Rheinland sei. Zum einen sei die westfälische Bevölkerung *"starrköpfig"* und *"nervenstark"*, von keinem *"separatistischen Geist angekränkelt"* und stehe der Besetzung noch *"frisch"* gegenüber. Die Rheinländer, *"von Natur schwächer und zarter als die Westfalen"*, seien schon von vier Jahren Besetzung zermürbt. Jenseits dieser Auslassungen über mentalitätsmäßige Unterschiede warnte das

360. AdRk Cuno, S. 149 Anm. 8, Denkschrift v. 17.1.

361. AdRk Cuno, S. 159 und ebd. Anm. 15 (Zitat S. 159), Kabinettssitzung v. 17.1.

362. Vgl. AdRk Cuno, S. 176 Anm. 12.

363. Vgl. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 21, Bl. 5 RS., 16.1., zweite Besprechung der Referenten der Ressorts über die Lage im Ruhrgebiet.

364. Vgl. BA R 43 I/206, Bl. 406 und 408-423, 4.2., Schreiben Landesverband der Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten der besetzten rheinischen Gebiete und

Auswärtige Amt vor den Konsequenzen geplanter Zahlungseinstellungen im Rheinland, denn dadurch würden die Reichsbehörden im Rheinland schwer geschädigt, die es vor allem im Hinblick auf mögliche französische Rheinstaatpläne aufrechtzuerhalten galt. Eine Übertragung von Verweigerungsmaßnahmen ins altbesetzte Gebiet würde zu Belastungen führen, die die Bevölkerung dem Reich anlasten würde [365].

Der Reichskanzler ließ sich davon nicht überzeugen [366], und im Kabinett gab es auch die noch weitergehende Meinung, daß es durch die Verletzung des Versailler Vertrages und des Völkerrechts für die Beamten im altbesetzten Gebiet *"selbstverständlich"* sei, sich allen Anordnungen zu widersetzen, die die Ruhraktion förderten, so selbstverständlich, daß es im Grunde nicht einmal einer diesbezüglichen Weisung bedurft hätte [367]. Der Widerstand im altbesetzten Gebiet richtete sich gegen alle Maßnahmen, die *"im Widerspruch zu den Bestimmungen des Rheinlandabkommens stehen"* [368]. Dies war leicht gesagt, doch erforderte es in der Praxis eine ständige Einzelfallprüfung und als Voraussetzung einen Überblick über die Logistik der Besatzungsmächte, der örtlich nicht vorhanden sein konnte [369].

Im altbesetzten Gebiet erschwerten nicht nur die rechtlichen Grundlagen der Besetzung den Widerstand. Die Gewöhnung an zwei Jahre faktische Besetzung machte in den sogenannten "Sanktionsstädten" Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort den Übergang zur Widerstandshaltung wie im

---

Provinzialverband Rheinland des DBB an den Reichskanzler.

365. Stellungnahme v. Friedberg, Leg.Rat im Auswärtigen Amt, Referat Besetzte Gebiete, v. 17.1. in: BA R 43 I/186, Bl. 83-86 (Zitate Bl. 83); AdRk Cuno, S. 768 (Personalie v. Friedbergs).

366. Vermerk des Staatssekretärs in der Reichskanzlei, Hamm, v. 18.1. in: BA R 43 I/186, Bl. 82.

367. BA R 43 I/207, Bl. 36f., 6.2., Schreiben Reichsschatzminister an den Staatssekretär für die besetzten rheinischen Gebiete.

368. AdRk Cuno, S. 177 Anm. 14.

369. Vgl. HStD, RD 16606, 4.2., Schreiben Regierungspräsident Düsseldorf an Innenmin. mit Fallschilderung; Beschwerde Westausschuß DBB an Reichskanzlei v. 14.5. in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 257, Bl. 258f.; Bericht Staatssekretär für die besetzten rheinischen Gebiete, Brugger, an Reichskanzler, über Besprechungen in Köln im Februar und März, 14.3. in: BA, R 43 I/187, Bl. 108-110, s. bes. Bl 108f. und s. den ausführlichen Bericht des Reichs- und preußischen Staatskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete, Fürst Hatzfeldt, v. 15.3.

Ruhrgebiet unmöglich. Dieser Gewöhnungszustand irritierte sogar leitende Beamte beim Aufbau des Widerstands, die selber nicht wußten, ob die Besatzung hier nicht auch, wie im Rheinland, vertragsmäßige Rechte hatte, ein Ansinnen, das in den ganzen Jahren die Besatzung selbst nie zu erheben gewagt hatte [370]. Es fiel dennoch hier schwer, auf Konfrontation umzuschalten. Und so sollte sich das Verhalten hier nicht grundsätzlich ändern, sondern nur die Ruhraktion nicht unterstützt werden [371]. Den Spezialverwaltungen wiederum gelang dies leichter als den kommunalen und provinzialen Behörden, was wiederum erhebliche Vorwürfe und Schwierigkeiten auslöste [372]. Doch Reichskabinett und preußisches Kabinett hatten sich, auch auf Kosten örtlicher Verwicklungen innerhalb des Widerstands, darauf verständigt, den *"besonderen Verhältnissen Rechnung"* zu tragen, die die zweijährige Besetzung mit sich gebracht hatte. Die Verhaltensrichtlinien für die innere Verwaltung des Sanktionsgebiets (Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort) wichen in einigen Punkten von denen des "Einbruchsgebiets" (Ruhrgebiet) ab, außerdem sollte weder das Grußverbot noch das Lieferverbot von Kohlen für die Besatzungstruppen hier angewandt werden, da der *"eingelebte tatsächliche Zustand schwer plötzlich geändert werden kann"* [373]. Die Besatzung zeigte für solch feine Differenzierung wenig Entgegenkommen und überzog das altbesetzte Gebiet

---

in: ebd., Bll. 89-107.

370. Vgl. den entrüsteten Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten, Grützner, an den Innenmin. v. 24.1. in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 5.

371. BA, R 43 I/206, 23.1., Referentenbesprechung in der Reichskanzlei.

372. Der Reichspostminister an den Staatssekretär für die besetzten rheinischen Gebiete am 30.5. in: ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1100, Bl. 262f.

373. Rundschreiben Staatssekretär in der Reichskanzlei (i.A. Bürgermeister Schmid) an Reichs- und preußische Ressorts v. 3.3. in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 96 (Zitat); Aufkündigung der Zusammenarbeit im Schreiben Regierung Düsseldorf an den frz. Bezirksdelegierten v. 21.3. in: HStD, RD 16139. In Düsseldorf zeigt sich anscheinend auch die Bevölkerung weniger abweisend, vgl. das Schreiben des Staatssekretärs in der Reichskanzlei, Hamm an den Bürgermeister Schmid in der Zentralstelle Rhein-Ruhr v. 17.5. in: ZStA, RmfdbG 53424/6, Bl. 336, sicher nicht ohne Ironie, da Schmid bis zu seiner Ausweisung Bürgermeister in Düsseldorf gewesen war.

genauso mit Sanktionen wie das neubesetzte. In diesem Sinne stellten beide Gebiete tatsächlich *"ein einheitliches Widerstandsgebiet"* dar [374], mit erheblichen Konsequenzen für die finanziellen Belastungen des Reichs.

Dieser Gemeinsamkeit im Widerstand standen gravierende Unterschiede der regionalen Strukturen und Rahmenbedingungen gegenüber. So wurden hinter der Zerschlagung des Beamtenapparats im Rheinland mit größerer Berechtigung als im Ruhrgebiet Pläne für einen neuen, besatzungsfreundlichen Beamtenaufbau vermutet und schneller die Konsequenzen gezogen, den Beamten wenn irgend möglich, die Ausweisung zu ersparen [375], und ihnen zur Not auch ein zurückhaltenderes Auftreten aufzuerlegen [376].

Rheinland und Ruhrgebiet unterschieden sich darüberhinaus fundamental hinsichtlich ihrer verkehrsmäßigen Infrastruktur. Wo im Ruhrgebiet Straßenbahnen den Ausfall von Eisenbahnen kompensieren konnten, mußten im Rheinland Fuhrwerke und Pkw aushelfen. Die dichte Besiedlung des Ruhrgebiets erlaubte kaum zu kontrollierende Kommunikationswege, so daß Nachrichten, Zeitungen *"nahezu ungestört"* fließen konnten. Besonders die abgelegenen Landstriche wie die Eifel litten dagegen unter einer *"Art geistige(n) Blockade"*. Und schließlich waren die höchsten regionalen Verwaltungsstellen der Rheinprovinz dem direkten Zugriff der Besatzung ausgesetzt, während die Regierungen in Münster und Arnsberg ungestört arbeiten konnten und dort lediglich die Aufrechterhaltung der Kommunikationswege sichergestellt werden mußte [377]. Die Konsequenzen des Entschlusses, das Rheinland zum Kampfschauplatz zu machen, waren

---

374. BA, R 43 I/206, Bl. 406 und 408-423, 4.2., Schreiben Landesverband der Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten der besetzten rheinischen Gebiete und Provinzialverband Rheinland des DBB an den Reichskanzler.

375. BA, R 43 I/211, 9.3., Stellungnahme Reichsjustizmin. zu Verhaltensrichtlinien im Sanktionsgebiet; Bericht Staatssekretär für die besetzten rheinischen Gebiete, Brugger, an Reichskanzler, über Besprechungen in Köln im Februar und März, 14.3. in: R 43 I/187, Bl. 108-110.

376. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 92, 1.3., Regierungspräs. Trier ermahnt nachgeordnete Instanzen, daß Beamte mit Protesten und der Teilnahme an Demonstrationen im Hinblick auf eine drohende Ausweisung zurückhaltender umgehen sollten.

377. Bericht Staatssekretär für die besetzten rheinischen Gebiete, Brugger, an Reichskanzler, über Besprechungen in Köln im Februar und März, 14.3. in: R 43

indes nicht zu überblicken, weil die Verantwortlichen noch kein Einschätzungsvermögen dafür haben konnten, welche Infrastruktur zur Aufrechterhaltung des Widerstands wichtig werden würde.

Wie widersprüchlich die Erwartungen und wie vage die Vorstellungen von einem Beamtenwiderstand waren, wird an den Äußerungen in der Ministerrunde am 19.1. deutlich, in der die allgemeine Anweisung besprochen wurde, die das Beamtenverhalten regeln sollte. Der preußische Innenminister, der eine flexible Verhaltenslinie vertrat, wollte den Beamten einerseits *"generell passive Resistenz und Unterstützung der Zechenbesitzer und Arbeiter"* empfehlen. Sonst aber sollten sie sich *"der jeweiligen Situation anpassen"*. Der Reichsinnenminister wollte die Grenze des Widerstands dort gezogen sehen, wo *"das physische Vermögen aufhört"*. Gleichzeitig sollten, soweit möglich, die Beamten *"dort"*, vermutlich im besetzten Gebiet und auf ihrem Posten, bleiben. Auch der preußische Finanzminister wollte einerseits *"passive Resistenz soweit wie irgend möglich"* und gleichzeitig, daß die Beamten *"solange wie irgend möglich in ihren Stellungen bleiben."* In all diesen Äußerungen kommt die Erwartung zum Ausdruck, daß die Beamten Widerstand zeigen und gleichzeitig die Chancen ihrer Weiterarbeit erhalten sollten. Es wurde aber nicht darüber nachgedacht, wie eine Order an die Beamten aussehen müßte, die diese beiden Ziele verbinden könnte. Im preußischen Innenministerium, das für die Polizeikräfte und die Kommunalverwaltungen des größten Teils der besetzten Gebiete verantwortlich war, wurde versucht, diesen Zielkonflikt zu lösen. Diese Sichtweise kam aber in der Ministerbesprechung am 19.1. nicht zum Tragen. So blieben die oben angeführten Äußerungen unbesprochen stehen und man folgte in der Entscheidung den Haltungen des Reichskanzlers und des Reichsverkehrsministers. Der letztere verlangte, sicherlich auch als Rückendeckung für die Eisenbahner, von der Regierung *"einen klaren Befehl..., nach dem die Beamten den rechtswidrigen Befehlen der Besatzungsbehörde nicht folgen dürfen."* Damit ging er mit dem Reichskanzler überein. Dieser konzentrierte sich darauf, daß alles getan werden müsse, um die Kohlenlieferungen zu verhindern. Das hieß, wie er etwas später ausführte, für das neubesetzte Gebiet *"Resistenz auf der ganzen Linie"* und im vertraglich besetzten Rheinland Widerstand gegen die Anordnungen, die *"rechtsungültig"* seien [378].

I/187, Bl. 108-110 (Zitate Bl. 108RS).

378. AdRk Cuno, Dok. Nr. 49 (Zitate S. 176f.), Ministerbesprechung v. 19.1.

Am 19.1. erging dann die allgemeine Anordnung zum Widerstand für die Beamten. Sie ließ einem Nachgeben in Einzelfragen wenig Spielraum, obwohl, wie gesehen, ein möglichst langes Verbleiben auf dem Posten durchaus erwünscht war: *"Es ergeht daher seitens der Regierungen des Reiches, Preußens, Bayerns, Hessens und Oldenburgs die Anweisung, Anordnungen der besetzenden Mächte keinerlei Folge zu geben, sondern sich ausschließlich an die Anweisungen ihrer eigenen Regierung zu halten. Dies gilt auch für die Beamten des altbesetzten Gebiets allen Maßnahmen gegenüber, die im Widerspruch zu den Bestimmungen des Rheinlandabkommens stehen."* [379] De facto war damit die strikte Nichtzusammenarbeit vorgegeben, und das Verhalten wurde jetzt darauf abgestimmt [380].

Entsprechend der Absprache erließen die einzelnen Ressorts in der Folgezeit für ihre jeweilige Beamtenschaft Zusätze zu diesem allgemeinen Erlaß, vor allem das Verkehrsministerium mehrere zu konkreten Anlässen [381]. Richtlinien ließen sich ermitteln für die Reichsverwaltungen der Finanzen (Finanzämter), das Reichsarbeitsministerium (Versorgungsämter), das Reichsschatzministerium (Vermögensverwaltung), die Reichsbank (selbständige Bankanstalten), die Ministerien für Post, Verkehr (Bahnverwaltung) und Wirtschaft (Oberkontrollstelle für Ein- und Ausfuhr Essen) [382]. Das Reichsinnen- und -ernährungsministerium erließen keine Weisungen [383]. Den Erlaß des preußischen Innenministeriums [384] übernahm der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und

379. AdRk Cuno, S. 177 Anm. 14.

380. General de Metz in Unterredung mit dem Gesandtschaftsrat der Pfälzischen Kreisregierung Bayerns, Knoch, am 4.3. in Speyer, über die abrupte Verhaltensänderung des Oberpräsidenten der Pfalz "binnen 48 Stunden" nach der Berliner Verordnung in: BA, R 43 I/211; AdRk Cuno, S. 773 (Personalie Knoch).

381. BA, R 43 I/205, 20.1., Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hamm, an Reichsressorts; ZStA, RWiM, Nr. 8420, Bl. 115ff., "Übersicht über die wesentlichen Verordnungen der Deutschen Regierung zur Durchführung des passiven Widerstandes", undatiert, s. bes. Bl. 116f.

382. BA, R 43 I/205, Bl. 176-78 (Reichsfinanzmin. am 20.1.), 124 (Reichsarbeitsmin. am 20.1.), 253 (Reichsschatzmin. am 20.1); R 43 I/206 (Reichsbank am 22.1., Reichsverkehrsmin. am 27.1.); R 43 I/208, 106f.; ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1101, Bl. 14 (Reichsverkehrsmin. am 1.2.) und 19 (Reichspostmin. am 27.1.).

383. BA R 43 I/206, 24.1.; R 43 I/205, Bl. 250.

Volksbildung. Eigene Richtlinien ergingen vom preußischen Justizministerium und dem für Landwirtschaft, Domänen und Forsten [385]. Einzelnen Beamtengruppen wurde die Mitarbeit bei bestimmten Anordnungen der Besatzung direkt verboten [386].

Die Regeln für die Beamten der inneren Verwaltung des "Sanktionsgebiets" (Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort) wurden im März etwas abweichend von den übrigen Gebietsteilen gefaßt [387]. Nachdem am 4.2. Kehl besetzt worden war, erließ die Regierung Badens Anweisungen an ihre Beamten [388], ebenfalls die hessische Regierung [389].

In diesen Erlassen verwiesen die Dienstherren die Beamten ausdrücklich auf ihre Pflichten. Eine Mitwirkung bei Anordnungen der Besatzungsmacht sollte unterbleiben [390]. Ausdrücklich wurde Schutz zugesagt. Die einzelnen Verwaltungen differenzierten diese allgemeine Anordnung [391] in unterschiedlicher Weise aus. Zahlreiche Beispiele für ein richtiges Verhalten in konkreten Situationen oder eine ausführliche Auseinandersetzung mit den rechtlichen Grundlagen der Besetzung und des Widerstands gaben den Beamten Orientierungshilfe [392]. Einzelne Erlasse drohten mit Strafe bei Zuwiderhandeln und informierten über das Verhalten

---

384. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Hochbauamt Düsseldorf 82 III, Richtlinie v. 24.1.23. (Im folgenden zitiert als: HStD, Hochbauamt D).

385. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bll. 19, 42, 21; StaMs, RegMsBes, Nr. 30, Richtlinien v. 23.2.

386. Pr. Min. f. Landwirtschaft, Domänen und Forsten an Ober- und Regierungspräsidenten in: BA, R 43 I/206, 19.1., staatliche Waldungen, am 20.1. ausgedehnt auf Gemeindewaldungen. Reichsfinanzmin.: "Dringendes Diensttelegramm" an Landesfinanzamt Düsseldorf v. 19.1. in: BA, R 43 I/186, Bl. 131; ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 38, Verbot der Mitwirkung an Ordonnanz 134 der Rheinlandkommission, Regierungspräsident Köln an nachgeordnete Behörden.

387. BA, R 43 I/210, Bl. 244-246.

388. BA, R 43 I/209, Bl. 274-8.

389. ZStA, RmfdbG 54424/1, Bl. 129. Richtlinien für das Verhalten der Beamten im Einbruchsgebiet.

390. im Rheinland mit gewissen Einschränkungen

391. HStD, RD 16533, Richtlinien für das Verhalten der preuß. Kommunalbeamten v. 1.2.

392. Reichspostmin. in: ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1101, Bl. 14;

nach der Ausweisung, die Fortführung des Dienstes nach der Entfernung von Beamten und über Nachrichtenverbindungen [393]. Der Reichsschatzminister übertrug anscheinend als einziger die Verantwortung für das konkrete Verhalten einer Stelle im besetzten Gebiet. Bei Unklarheiten nachgeordneter Stellen sollte der Chef der Reichsvermögensverwaltung in Koblenz entscheiden, ob Anordnungen zu treffen waren oder ob verweigert werden sollte und welche Art der Widerstand anzunehmen hatte. Unter Umständen sollte dieser Widerstand gar nicht sichtbar werden oder hinhaltende, verzögernde Formen annehmen bis zur scheinbaren Ausführung [394]. Diese Richtlinien ergingen weit überwiegend zwischen dem 19. und 24. Januar, so daß knapp zwei Wochen nach dem Beginn des Ruhrkampfes der gesamte Beamtenapparat dem Widerstand zur Verfügung stand.

Nur die Anweisungen für die preußischen Polizeibeamten wichen von Beginn an deutlich von der allgemeinen, polarisierenden Marschroute ab [395]. Sie blieben nicht lange gültig, sondern waren bereits wenig später *"leider durch die Ereignisse überholt."* [396] Die Hintergründe und Bedeutung dieser Entwicklung sind in dem Vereinheitlichungsdruck im Zuge der weiteren Eskalation im Ruhrgebiet zu sehen und werden weiter unten ausführlicher beschrieben.

Das so wichtige Ziel der Einheitlichkeit vor Ort wurde trotz der allgemeinen Richtlinien nicht erreicht. Die Richtlinienflut vom 19.-24.1. konnte nur teilweise zur erwünschten Klarstellung beitragen, aus Gründen, die aus der Organisationsstruktur des Widerstands in den Ministerien erklärbar werden. So trat auf örtlicher Ebene das auf, was hatte vermieden werden sollen, nämlich Unsicherheit über das Verhalten bei den

---

Reichsverkehrsmin. in: ebd., Bl. 19; Reichsfinanzmin. in: BA, R 43 I/208, Bl. 106f.; Reichsbankdirektorium in: BA, R 43 I/206, 22.1.

393. Reichsverkehrsmin. in: ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1101, Bl. 19; Reichsfinanzmin. in: BA, R 43 I/208, Bl. 106f.; Richtlinie für Badische Beamte in: R 43 I/209, Bl. 274-278; Hessische Richtlinie in: ZStA, RmfdbG 53424/1, Bl. 129.

394. BA, R 43 I/205, Bl. 253. Anweisung v. 20.1. an den Präsidenten der Reichsvermögensverwaltung Koblenz.

395. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Landratsamt Essen, Nr. 135, Bl. 95ff., Richtlinie v. 24.1. (Im folgenden zitiert als: HStD, LA Essen).

396. ZdA.-Vermerk des Landrats Essen, als er den Umdruck am 2.3. erhielt in: HStD, LA Essen, Nr. 135, Bl. 96 RS.

Kommunalbeamten und bei verschiedenen Verwaltungen am selben Ort. Aus Hessen wurde Regelungsbedarf angemeldet. Besonders heikel waren drei Punkte:

- Die Forderung, es auf die gewaltsame Entfernung aus dem Amt ankommen zu lassen, hatte nur der Reichsfinanzminister und keine weitere Reichs- oder Landesbehörde erhoben.

- Der Reichsfinanzminister und die Länder hatten Streik als Mittel ausgeschlossen. Der Reichspostminister hatte ihn unter bestimmten Bedingungen zugelassen, das Reichsverkehrsministerium wiederum nicht, obwohl gerade die Eisenbahner mit Streiks manche Erfolge erzielten.

- Der preußische Justizminister hatte die Mitwirkung bei Zwangs- und Strafmaßnahmen abgelehnt [397]. Verhaftete wollten aber lieber in deutsche Gefängnisse eingeliefert werden, als die Haft unter der Bewachung von Soldaten der Besatzungsmächte absitzen.

Die Antwort aus der Reichskanzlei umriß die Grenze der vorsorglichen Festlegung des Verhaltens, wie sie in den Zentralstellen des Reichs wahrgenommen wurde: *"Was die Frage einer Unsicherheit einzelner Beamter anlangt, wie sie sich im Einzelfall Maßnahmen des Gegners gegenüber zu verhalten haben, so bitte ich zu berücksichtigen, daß es den Zentralstellen nicht möglich ist, für jede Einzelmaßnahme des Gegners im voraus eine Anweisung zu erteilen. Es muß von den einzelnen Beamtengruppen, wie vom einzelnen Beamten erwartet werden, daß sie sich bei ihrem Verhalten an die grundsätzlichen Anweisungen ihrer vorgesetzten Behörde halten und, wo diese für den Einzelfall keinen hinreichenden Aufschluß geben, sich von ihrer Einsicht in die Gesamtlage und von ihrem pflichtgemäßen Ermessen leiten lassen."*

Auch die Tatsache, daß sich dieses Vorgehen inzwischen seit einiger Zeit bewährt hatte [398], änderte nichts an der Differenz des Verhaltens, soweit es in den Richtlinien festgeschrieben war. Daß die vorhandenen Richtlinien vor Ort ein unterschiedliches Verhalten der verschiedenen Beamtengruppen erforderten, leuchtete den Verwaltungsbeamten in Essen nicht ein. Vertreter

---

397. BA, R 43 I/206, 29.1., Hess. Staatspräsident und Außenminister Ulrich an Reichskanzlei; ebd., 5.2., Hess. Gesandter in Berlin an Reichskanzler.

398. BA, R 43 I/206, 3.2., Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hamm, an Hess.

der inneren Verwaltung und der Polizei setzten sich am 22. Januar zusammen und versuchten, die einander widersprechenden Tendenzen aufeinander abzustimmen. In einer anschließenden Besprechung mit den in Essen ansässigen Reichs- (Post, Bahn, Kanalbau) und Landesverwaltungen (Zoll, Finanz, Justiz, Bergbau) sowie den Gebietskörperschaften (Landkreis, Stadt) wurden weitere grundsätzliche Unterschiede, aber auch erste Harmonisierungen herausgearbeitet, die beispielsweise der Kommune eine gewisse Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen (Einquartierung) zuwies. Wo klare Anweisungen bestanden, dies war eine weitere Einigung, durfte auch nicht unter Zwang mitgewirkt werden. Daneben gab es noch Befehle der Besatzer, die weder gegen deutsche Gesetze verstießen noch die allgemeine Richtung der Reichsregierung schädigten oder die wirtschaftlichen und politischen Ziele der Besatzer förderten. Hier trennten sich die Wege: Bahn, Post, Telegraphenverwaltungen lehnten Befehle grundsätzlich ab, schrieben sie *"unausgeführt zu den Akten"*. Beamten der Inneren Verwaltung war dies nicht möglich, sah doch z.B. der Erlaß des Düsseldorfer Regierungspräsidenten sogar vor, auch unberechtigte Befehle unter Umständen auszuführen. An diesem Punkt beschlossen die Essener Beamten, durch Vermittlung Luthers (der gleichzeitig Oberbürgermeister der Stadt Essen und Reichsernährungsminister war), den Willen der Regierung zu *"ergründen"*. Vielleicht hatte die unterschiedliche Praxis ja einen tieferen Sinn [399]. Beispielhaft zeigt die Besprechung die Bemühungen, durch Kommunikation und gegenseitige Absprache die allgemeinen Anweisungen auf das vor Ort anwendbare Maß abzustimmen, Differenzierungen zuzulassen und sich durch Kommunikation der gegenseitigen Solidarität zu vergewissern.

Wenn man die Einstellungen zum Widerstandsverhalten in den verschiedenen Widerstandsgruppen in diesen ersten Tagen untersucht, kann man feststellen, daß die Gewerkschaftsverbände in dieser Frage keine einheitliche Linie vertraten. Vor dem Einmarsch war ein gemeinsamer Aufruf aller Gewerkschaften gescheitert. Ruck vermutet, daß dies nicht zuletzt deswegen geschah, weil man sich über die Frage von Widerstandsmaßnahmen nicht einigen konnte. Hier setzte sich die Linie der Christlichen Gewerkschaften mit dem Votum für passiven Widerstand

---

Staatspräsident.

399. BA, R 43 I/205, Bl. 144f., 22.1., Besprechung Essen zw. Landrat Schöne, Bürgermeister v. Essen, Polizeipräsident Essen. Zweite Besprechung abends mit Post, Finanzamt, Landkreis, Zoll, Reichsbahn, Reichsbank, Landgericht,

durch, auf die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) und der Allgemeine freie Angestelltenbund (Afa) schließlich einschwenken mußten, wollten sie nicht Vertrauens- und Loyalitätsverluste bei den Mitgliedern im Westen erleiden [400].

Die westdeutsche Schwerindustrie war in den entscheidenden ersten Tagen die wichtigste Gruppe der Wirtschaftsvertreter. Sie propagierte den Widerstand, auch den von anderen Gruppen, indem ihre Repräsentanten die Lieferverweigerung durch die Regierung, die Transportverweigerung und die Nichtzusammenarbeit der Arbeiterschaft im Verkehrssektor forderten. Gegenüber der Besatzungsmacht war ihre Haltung bis zum 13.1. entgegenkommend, indem sie sich zur Wiederaufnahme der Lieferungen für die Besatzung bereiterklärte. Die Regierung wurde dadurch unter unmittelbaren Entscheidungsdruck gestellt. Nach der Entscheidung der Regierung für den Widerstand forderte die Gruppe die Eskalation des Beamtenwiderstands in Richtung auf eine demonstrative Nichtzusammenarbeit [401].

Die Entscheidungsträger der Regierung und innerhalb der Ministerialbürokratie ihrerseits hatten Widerstand überhaupt nicht ins Auge gefaßt, weder als eine Aufgabe, die sie selber zu meistern hatten, noch als eine gestalterische Aufgabe für die Beamtenschaft. Vor die Herausforderung gestellt, die nachgeordneten und betroffenen Behörden mit Weisungen zu versehen, differenzierten sich, wie oben gesehen, unterschiedliche Ansichten über die erfolgversprechende Linie aus. Sie kamen in den ersten Tagen der Besetzung in einer großen Bandbreite zum Zuge, wurden aber im Verlauf der weiteren Eskalation revidiert. Übrig blieb eine demonstrative Verweigerungshaltung, die nur die Kommunalbeamten nicht in ganzer Striktheit ausüben mußten. Sie waren bei der Ausarbeitung ihrer Richtlinien in großem Umfang beteiligt.

Daraus läßt sich schließen, daß die Regierung größere Handlungsspielräume hatte als sie nutzte. Sie verließ die anfangs eingeschlagene Route des differenzierten und indirekteren Widerstands auf äußeren Druck hin. Sie

---

Kanalbaudirektion, Bergrat und Stadt Essen.

400. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 98f.

401. Damit komme ich in diesem Bereich zu ähnlichen Ergebnissen wie Ruck, was die Rolle der westdeutschen Schwerindustrie betrifft. S. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 101f.

hätte genausogut auf die Übernahme der Verantwortung für den Widerstand verzichten, mit dem neuartigen Kampfinstrument Erfahrungen sammeln und danach Zug um Zug ihre Instruktionen entwickeln können. Mit einem zurückhaltenderen Engagement hätte die Ausweitung des Widerstands auf das linksrheinische Gebiet unterbleiben können. Die Regierung war die Instanz, von der eine deutliche Marschrichtung verlangt wurde. Sie hätte sie nutzen können, um deutliche Schwerpunkte zu bilden und ebenso deutlich andere Bereiche aus dem Widerstand herauszunehmen. Dies hätte nicht unbedingt ein umfassendes Verständnis zivilen Widerstands vorausgesetzt. Die vorhandene gewerkschaftliche Erfahrung mit breit oder konzentriert angelegten Streikaktionen hätte ausreichen können, um den Widerstand mit klaren Parolen zu kanalisieren.

3.3.4. Eskalation durch Gewaltmaßnahmen der Besatzungsmächte im besetzten Gebiet (17.-20.1.)

Zeitgleich mit der Einbeziehung der Beamten in den Widerstand durch die Regierung am 16.1. vollzog im Ruhrgebiet die Besatzungsmacht den Wechsel von einer gemäßigten Haltung hin zur Anwendung von Unterdrückungsmaßnahmen [402]. Diese Verhaltensänderung wurde mit der Verweigerungshaltung der Reichsregierung begründet. Sie schuf ihrerseits eine der Grundlagen des sich nun entwickelnden Massenwiderstands. Eine Spirale von Unterdrückungs- und Zwangsmaßnahmen auf der einen, von Protest, Streiks und Kundgebungen auf der anderen Seite kam in Gang.

Am 17. Januar wurde der Präsident des Düsseldorfer Finanzamtes von der Besatzung aufgefordert, den Besatzungsbehörden die Bücher der Oberfinanzkasse zur Feststellung der beschlagnahmten Kohlensteuer vorzulegen. Auf seine Weigerung hin wurde er verhaftet. Ebenso erging es dem Präsidenten der staatlichen Bergwerksinspektion Recklinghausen, als er sich weigerte, Koks liefern und versenden zu lassen. Gleichzeitig unternahmen Soldaten erste kleinere Streifzüge auf Kohlenzüge und Schleppkähne sowie auf die Einnahmebestände aus Zöllen und Forsten. Dann

---

402. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 75 u. S. 75 Anm. 59. In den Akten des preuß. Innenmin.s schlug sich ein deutlich schärferes Vorgehen am 19.1. nieder, s. dazu ZStA Merseburg, MdI, Nr. 3, Bl. 38.

folgten die Besetzung der staatlichen Zechen in Buer und die Beschlagnahme von Barguthaben in einer Reichsbankfiliale in Düsseldorf [403].

All diese Maßnahmen konfrontierten in direkterer Weise als bisher Einzelpersonen und Bevölkerungsgruppen mit der Gewaltmacht der Besatzung und forderten ihre Reaktion heraus. Die angegriffenen leitenden Beamten erfuhren eine breite Welle der Solidarität. Für den Leiter des Landesfinanzamtes verwandte sich die Belegschaft per Telegramm beim Reichskanzler: *"Sämtliche Beamte und Angestellte des Landesfinanzamtes Düsseldorf erheben flammenden Protest gegen die Verhaftung ihres Präsidenten Herrn Dr. Schlutius. Sie empfinden diese Maßnahme als einen Schlag ins Gesicht und bitten, kein Mittel zur Freilassung ihres Präsidenten unversucht zu lassen."* [404] Gleichzeitig verweigerte die Reichsbahndirektion Essen die Umadressierung von Kohlenzügen, und Forstverwaltungen wiesen ihre Unterstellung unter Befehle der Besatzungsmacht zurück [405]. Schiffsbesatzungen vor Ort griffen spontan zu Selbsthilfemaßnahmen. *"Auf Kohlenschiffen, die nach Karlsruhe oder nach anderen rechtsrheinischen Häfen unterwegs waren, wurde die Besatzung durch Patrouillenboote mit vorgehaltenem Revolver zur Weiterfahrt veranlaßt. Ohne einen besonderen Beschluß ihres Verbandsvorstandes abzuwarten, drohten darauf Maschinisten und Heizer mit der Niederlegung der Arbeit..."*. Nach der Festnahme des Präsidenten der Reichsbahndirektion Essen und des technischen Leiters drohten die Eisenbahnergewerkschaften mit Streik und begannen ihn im Dortmunder Revier. Die Beamten wurden in der Nacht vom 19. zum 20.1. freigelassen. Dann spitzte sich die Situation wieder zu, als sich dieselbe Reichsbahndirektion am 20.1. weigerte, einen regelmäßigen Sonderzug für die Leiter der MICUM zwischen Essen und Düsseldorf verkehren zu lassen. Es erfolgte die erneute Verhaftung und Ausweisung des Präsidenten und eines weiteren Beamten, das Direktionsgebäude wurde abgeriegelt und sechs weitere Direktionsmitglieder festgenommen und ausgewiesen [406].

---

403. Vgl. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 182f.

404. BA, R 43 I/203, Bl. 362, Telegramm v. 19.1.

405. BA, R 43 I/203, Bl. 362, Telegramm v. 19.1.; ebd., Bd. 205, Bl. 16, 19.1., Meldung Reichsbahn; ebd., Bl. 298, 19.1. Meldung Forst.

406. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 184 und S. 225 (Zitat S. 184). Über die Vorgänge in Dortmund vgl. die Meldung v. 21.1. von Polizeikommando

Am 19.1. schlägt sich vor allem in den Berichten aus dem Ruhrgebiet, die im preußischen Innenministerium ankamen, ein schärferes Vorgehen der Besatzungsmacht nieder. Fernmündlich teilte das Schutzpolizeikommando Dortmund mit, daß die Besatzung die Aufstellung von Wachen, deren besondere Kennzeichnung und das Grüßen durch Polizeibeamte verlangte. In Recklinghausen wurden die staatlichen Zechen besetzt, deren Leiter verhaftet und in Düsseldorf die Filiale der Reichsbank besetzt worden [407].

Am 20.1. drohte ein Besatzungsoffizier erstmalig gegenüber einem hohen Reichsbeamten die Massenausweisung von Beamten aus dem besetzten Rheinland und ihre Ersetzung durch *"geeignete Personen"* an. Erste Ausweisungen leitender Beamter begannen [408]. Wenige Tage später blieb es bereits nicht mehr bei der Ausweisung, sondern leitende Beamte wurden in Gefängnisse geworfen [409].

3.3.5. Massenstimmung durch den Prozeß gegen die Zechenbesitzer und Beamte (- 24./25.1.) und Konsequenzen der Eskalation

In dieser bereits aufgeheizten Stimmung führten Aktionen einzelner Zechenbesitzer zur weiteren Eskalation. Die abgebrochenen Verhandlungen um die Kohlenlieferungen hatten mit dem Ultimatum der Besatzer an einzelne Werke geendet, bis zum 17.1. die Lieferungen von Kohlen wieder aufzunehmen. Als das Ultimatum ablief, verlangten einige Zechenbesitzer am 19.1. demonstrativ, daß gegen sie ein Kriegsgerichtsverfahren angestrengt werden sollte. Sie wurden am 20.1. verhaftet und ihnen wenige Tage später der Prozeß gemacht. Mit Blick auf die nun einsetzenden

---

Dortmund an pr. Innenmin., hs. Vermerke des zuständigen Bearbeiters, Regierungsrat Driest in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 3, Bl. 40. In diesem Aktenband ist das die erste Nachricht in den Zentralstellen über einen solchen Solidaritätsstreik.

407. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 3, Bl. 38, 19.1., fernmündliche Mitteilung.

408. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 3, Bl. 39, 20.1., fernmündliche Meldung im pr. Innenmin. über Besprechung des Reichskommissars, Fürst Hatzfeldt, mit Tirard, dem Präsidenten der Interalliierten Rheinlandkommission und französischem Oberkommissar im Rheinland. Vgl. AdRk Cuno, S. 783 (Personalie Tirard). Ausführliche Parallelüberlieferung in: BA, R 43 I/185, Bl. 173 (Zitat).

409. BA, R 43 I/205, Bl. 239, Bericht Staatskommissar Brugger an Reichskanzlei

Massenaktionen meint Ruck eine Widerstandsbewegung entdecken zu können, die am 19./20. Januar mit der Verhaftung leitender Beamter begann, und die ihren Höhepunkt am 24./25. Januar hatte [410].

Die Beamtengewerkschaften und die Betriebsräte solidarisierten sich am 19.1. mit den Inhaftierten und drohten mit Streiks von Zigtausenden Arbeitern der Werke, falls keine Freilassung erfolgen sollte. Die Betriebsräte der Thyssen-Werke, die für 65.000 Arbeiter sprachen, forderten Thyssens sofortige Freilassung, *"und zwar sowohl als Volksgenossen wie als Werkleiter. Die Antwort, seine Bestrafung würde von der Haltung der Arbeiter abhängig (sic!), erregte lauten Protest und sie verlangten bis heute 10 Uhr vormittags klare Entscheidung des Generals und werden Morgen die Arbeit vermutlich einstellen"* [411]. Aufgrund der oben beschriebenen Eingriffe der Besatzungsmacht breiteten sich bei der Binnenschiffahrt, der Post und den Eisenbahnen Streiks aus [412]. Diese unerwarteten Reaktionen veranlaßten die Besatzungsmacht, auf neue Verhaftungen und Werksbesetzungen zunächst zu verzichten.

Der Prozeß gegen die Zechenbesitzer und leitende Beamte staatlicher Zechen endete am 24.1. in Mainz mit Geldstrafen und wurde von Demonstrationen begleitet, an denen ca. 20.000 Menschen teilnahmen, die nationalistische Lieder anstimmten. Die Rückfahrt der freigelassenen Verurteilten *"von Mainz über Düsseldorf nach Essen gestaltete sich zu einem wahren Triumphzug"*. Gleiches geschah bei der Ausweisung des Präsidenten des Landesfinanzamts am folgenden Tag. Die Kundgebungen zeigten deutlich nationalistische und antifranzösische Tendenzen, denen Gewerkschaftsvertreter sehr reserviert gegenüberstanden. Aber sie mußten feststellen, daß sich auch Arbeiter diesen Demonstrationen anschlossen [413].

---

v. 23.1.

410. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 75, 77, 82, 91, 84f. und S. 85 Anm. 108.

411. Bericht des Regierungspräs. Düsseldorf, Grützner, über diese Reaktion in der Besprechung in Hamm v. 21.1. in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 22, Bl. 2-10, hier Bl. 7 (Zitat Bl. 7).

412. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 84 und Anm.102.

413. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 84f., 84 Anm. 102, 91, 91 Anm. 140, S. 92 und S. 219 (Zitat S. 91).

In dieser Zeit entstanden vermutlich auch die örtlichen Aktionsausschüsse als Bündnisse verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, um ein abgestimmtes Verhalten gegenüber der Besatzungsmacht zu erreichen. In Herdecke wurde am 21.1. ein Ausschuß der Betriebs- und Beamtenräte der Stadt gewählt. Dieser Ausschuß bestimmte über Sanktionen, wenn die Nichtzusammenarbeit nicht die gewünschte Form annahm [414]. In dieser Phase hatten die gewerkschaftlichen Organisationen die Kontrolle über die lokalen Aktivitäten verloren. Sie bemühten sich, den Anschluß zu gewinnen und stellten sich an die Spitze der Bewegung. Dies gelang ihnen offenbar, denn seit dem 22.1. nahmen spontane Streiks ab. Die Arbeitsniederlegungen im Bergbau ließen nach dem 22. Januar nach und gingen auch in der Industrie und bei der Reichsbahn zurück. Eine verringerte Arbeitsintensität, die verzögerte Ausführung von Befehlen oder deren Verweigerung traten an die Stelle. Durch eine Verständigung über die Kampfform und ein energisches Vorpreschen hinsichtlich Durchführung und Organisierung der Streiks gewannen die Gewerkschaften die Initiative zurück und konnten ihre Formeln des passiven Widerstands in den Vordergrund stellen. Diese orientierten sich an der Konzentration auf eine "passive Resistenz" mit möglichst geringem Krafteinsatz, dem Festhalten am Willen, den Versailler Vertrag zu erfüllen und der Ablehnung jeden nationalistischen Einschlags [415].

Dies waren die Tage der euphorischen Massenstimmung des Widerstands. Einer der Hauptverantwortlichen, der Duisburger Oberbürgermeister Jarres, der später als Sabotagebevollmächtigte und Verbindungsmann zwischen besetztem Gebiet und Reichsregierung tätig war, beschrieb sie später rückblickend: *"Durch das Revier ging damals eine erhebende Begeisterung, die sich nicht eindämmen ließ: 'Jeder wollte Hüter sein'. Daß dabei sehr viel allzu Menschliches und Eigennütziges unterlief, war bald zu erkennen. Auch mußte sich jeder Einsichtige sagen, daß die finanziellen Lasten auf diesem Wege bei langdauerndem Streike und Arbeitsverweigerungen nicht aufzubringen seien. Aber gegen den Strom ließ sich nicht schwimmen, ..."* [416]. Dieser "Strom" war allerdings, wie gesehen, kein Naturereignis,

---

414. Vgl. StaMs, RegAbg I Pa, Nr. 979, Herdecke, Sitzung des Ausschusses der Betriebs- und Beamtenräte v. 25.1., Nichteinhaltung des Verkaufsverbots an Besatzungstruppen. S. zu einzelnen dieser Räte Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 378-381, ohne daß seine Erklärung über das Zustandekommen und seine Schlußfolgerungen über den Wirkungsbereich hier übernommen werden.

415. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 95, 97, 92, und S. 100f.

sondern erst allmählich in Gang gesetzt worden. Insbesondere die ersten Tage der Besetzung ließen gleich mehrere Entwicklungen möglich erscheinen, die insgesamt ein niedrigeres Eskalations- und Kostenniveau auf deutscher Seite zur Folge gehabt und spätere, den Widerstandsgeist schwächende Rücknahmen von Verhaltensrichtlinien vermieden hätten.

Die Analyse der ersten Wochen nach dem Einmarsch ins Ruhrgebiet ließ erkennen, wie, wann und wodurch dieser "Strom" zustandekam. Wenn Ruck die Verantwortung dafür den übereilten Entscheidungen der Reichsregierung und den treibenden Kräften in der westdeutschen Schwerindustrie unter Stinnes' Führung auferlegt, so trifft er damit die Kernsituationen der Entscheidungen richtig [417]. Am Ingangsetzen und Unterhalten der Eskalationskette waren aber auch die Besatzungsmächte und aus eigenem Antrieb weitere Personen und Gruppen im besetzten Gebiet und in der Regierung beteiligt. Diese Dynamik sollte in ihrer Bedeutung für das Zustandekommen der Widerstandsbewegung nicht übersehen werden. Ein wichtiges, den Widerstand auf einer breiten Basis aktivierendes Element war der Übergang der Besatzungsmächte zu Zwangsmaßnahmen. Die ständige weitere Ausdehnung des besetzten Gebiets als Re-Aktion auf die erkennbare Nichtzusammenarbeit, der Beginn von Verhaftungen, Besetzungen, Geldbeschlagnahme, Requisitionen und Einquartierungen nach dem Scheitern der Verhandlungen mit den Zechenbesitzern schufen ihrerseits Feindseligkeit und weckten antimilitaristische Gefühle in der Bevölkerung.

Dem Übergang zur Zwangsanwendung der Besatzungsmächte ging deutscherseits die Einbeziehung der Spezialbeamten in den Widerstand parallel. Diese kam am 19.1. zur Geltung und muß beim Entstehen der Widerstandsbewegung mit einberechnet werden. Darüberhinaus begleiteten einige weitere Erscheinungen von allgemeiner Tragweite die Besetzung: die Preise explodierten, seitdem die Währung mit dem Tage des Einmarsches drastisch an Wert verlor und sich die Inflation überschlug. Die Beschlagnahmeaktionen der Besetzung ließ die Befürchtung aufkommen, daß die Lohnauszahlung gefährdet sei. Die Besatzungssoldaten kauften Lebensmittel auf und verknappten die Versorgung der Bevölkerung. Es kam ferner das Gerücht auf, daß die Besatzung den Achtstundentag abschaffen wollte. Dies erhielt umso mehr Nahrung, als in den vertraglich besetzten Gebieten die Besatzungsbehörde diese Vorschrift über die

416. BA, NL Jarres, "Beteiligung" 1926, S. 1.

Arbeitszeitregelung nicht hatte rechtswirksam werden lassen. Auf der anderen Seite war durch die Besetzung Bewegung in bislang festgefahrene Tarifverhandlungen gekommen. Löhne und Gehälter wurden nun angepaßt, im Bergbau ausnahmsweise Zuschläge gezahlt. Die staatlichen Beschäftigen erhielten eine Besatzungszulage, ebenso wurden die Erwerbslosensätze erhöht. Die gezielten Maßnahmen der Industriellen, mit denen sie die Regierung in Zugzwang und auf Konfrontationskurs brachten, von denen Ruck spricht, waren wichtige Impulse, die die Aktions-Reaktionskette stimulierten, aber sie waren meines Erachtens für ihre Wirksamkeit auf ein derart günstiges Umfeld angewiesen [418].

Die beschriebenen Maßnahmen zur Lohnanhebung sind im Gesamtzusammenhang der wirtschaftlichen Absicherung des Widerstands zu sehen. Sie bildeten das finanzielle Rückgrat der Widerstandsfähigkeit, zusammen mit den später einsetzenden Bemühungen, die Versorgung auf Dauer sicherzustellen. Das ist der Hintergrund, vor dem die massenhafte Entscheidung in Richtung auf eine offene Widerstandshaltung zu sehen ist. Inwieweit diese Entscheidung den eigenen Interessen entsprach und in rationaler Entscheidung getroffen wurde, ist schwer auszumachen. Definitiv wurden in stärkstem Maße Gefühle aktiviert, die sich auf eine Identifikation mit dem "Ganzen" richteten, was auch immer konkret darunter verstanden werden sollte.

In den letzten Januartagen entwickelten sich die Haupteinsatzmittel des Ruhrkampfes: Nichtzusammenarbeit, Kundgebungen, Streiks und Protestnoten und Aktionen wie die folgende: Auf die Verhaftung eines städtischen Forstverwalters in Duisburg am 26.1. versuchten Behörden- und Gewerkschaftsvertreter vergeblich, in Verhandlungen die Freilassung zu erreichen. Daraufhin kam es unter gewerkschaftlicher Führung am folgenden Tag zu einer Demonstration und Kundgebung mehrerer Tausender Beamter in Duisburg. Eine Deputation wurde aus dem Zug heraus gebildet und zum zuständigen General geschickt, um die Freilassung zu bewirken. Während des Weiterzuges wurden *"vaterländische Lieder*

---

417. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 102.

418. Ebd., S. 86-89 und S. 102. Neumann, Walter, Die Gewerkschaften im Ruhrgebiet. Voraussetzungen, Entwicklung und Wirksamkeit. Köln 1951, S. 191 betont die Provokation durch die Art der Verweigerung.

gesungen" und es kam zu einem Zwischenfall, bei dem mehrere Personen festgenommen wurden und die belgische Gendarmerie den Zug mit Gewalt auflöste [419].

Wegen der Ausweisung des Oberbürgermeisters von Recklinghausen sollte ein zweistündiger Proteststreik der Arbeiter, Beamten und der *"Geschäftswelt"* stattfinden. *"Ähnliche Beratungen schweben in Dortmund, wegen der heutigen zahlreichen Verhaftungen."* [420]

Im altbesetzten Rheinland konnte die Besatzung Massenausweisungen von Beamten androhen und bis zum Monatsende bereits in die Tat umsetzen, doch an manchen Orten mußte sie es auch hier bei der Androhung von Sanktionen zunächst einmal belassen [421]. Auswärtige Beobachter schilderten das Phänomen des Widerstands, wie der amerikanische General Allen: *"Die Politik, die darin besteht, Streiks hervorzurufen und abzubrechen, wo und wann auch immer es gewünscht wird, muß außerordentlich lästig für die französische Verwaltung sein..."*. Er fuhr fort: *"Der Widerstand an der Ruhr wechselt beständig in der Form. Die Banken schließen und machen wieder auf, die Bergwerksarbeiter gehen in den Streik und fangen dann wieder an zu arbeiten. Die Schiffsarbeiter legen die Arbeit nieder und hier und da wird der Eisenbahndienst eingestellt. Augenblicklich ist die neueste Form des Widerstandes die, daß der ganze*

---

419. Bericht OB Duisburg an Regierungspräsidenten Düsseldorf am 27.1. in: BA, R 43 I/209, Bl. 39.

420. BA, R 43 I/206, 29.1., Stimmungsbericht Reichszentrale für Heimatdienst an Reichskanzlei.

421. Reichszentrale für Heimatdienst, Bericht Ende Januar: "Auf dem Wege zur rheinischen Republik" in: BA, R 43 I/186, Bl. 182-186. Vgl. die Aufstellung Ausgewiesener in der Protestnote der Reichsregierung v. 17.2. in: ebd., Bl. 363RS. S. auch ZStA Merseburg, MdI, Nr. 3, Bl. 39, 20.1., Besprechung Tirard - Hatzfeldt über die Androhung von Massenausweisungen. Sowie Bericht Brugger v. 23.1. an Reichskanzlei über ein verschärftes Vorgehen gegen Beamte in: BA, R 43 I/205, Bl. 239. Ferner BA, R 43I/ 207, zum Vorgang v. 27.1. in Trier.

Eisenbahndienst an den Knotenpunkten einfach weggeht. ..." [422]. Bei Grubenbesetzungen, so hatten sich Zechenbesitzer und Bergarbeiterverbände geeinigt, sollte die Arbeit 24 Stunden ruhen [423].

3.3.6. Verschärfung des Widerstands anhand der Entwicklung der Polizeirichtlinien

Die Form, die sich im Überschwang der ersten Wochen herausbildete, war die der allgemeinen, demonstrativen Verweigerung der Zusammenarbeit. Diese war, wie Verantwortliche in Bürokratie und gewerkschaftlichen Organisationen klar sahen, nur kurz durchzuhalten, weil außerordentlich kräftezehrend. An der erneuten Verschärfung der Richtlinien für das Verhalten der Polizeibeamten ist dieser Trend nachzuzeichnen und in seiner Relevanz für einen zentralen Punkt des zivilen Widerstands, die Funktionsfähigkeit des eigenen Systems, einzuschätzen.

Das preußische Innenministerium stand auf dem Standpunkt, daß Kommunen und Polizei dem Trend zur Nichtzusammenarbeit nicht bis ins Extrem folgen dürften, sondern auf jeden Fall verhandlungsfähig bleiben sollten, wenn sich auch nun (am 21.1.) der Widerstand weiter steigern sollte [424]. Hinter dieser Praxis stand eine Konzeption, die die Funktionsfähigkeit dieser Beamtengruppe über den Demonstrations- und Verweigerungsaspekt ihres Verhaltens stellte. Nebensächlichkeiten sollten hingenommen und auch Mißverständnisse bei der Bevölkerung in Kauf genommen werden. Wichtiger war, daß die deutsche Polizei und nicht die Besatzungsorgane oder von ihnen abhängende Einheiten für den Schutz der

---

422. Eintragung General Allens v. 27.1. in: Allen, Henry T., Französische Rheinpolitik in amerikanischer Beleuchtung. Ausgewählte Stücke aus dem Tagebuch des Oberkommandierenden der amerikanischen Besatzungstruppen. Bearbeitet von Dr. Rudolf Pechel. Berlin 1925, S. 152-154 (Zitate S. 152 und S. 153). (Im folgenden zitiert als: Allen, Rheinpolitik, a.a.O.).

423. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 98.

424. Vgl. Besprechung Hamm v. 21.1. zwischen pr. Innenmin. und den Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten des bes. Gebiets in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 22, Bl. 2-10, bes. S. 6. Einen allgemeinen Erlaß forderte besonders der Koblenzer Oberpräsident Fuchs, s. ebd., S. 5f. Richtlinien für die Polizei v. 24.1. in: HStD, LA Essen, Nr. 135, Bl. 95f.

Bevölkerung sorgte [425]. *"(A)lle Beamten der Polizei (tun) ihren Dienst unverändert weiter"* [426], hieß die Parole, die wenige Tage vor dem Einmarsch durchgegeben worden war.

Anfangs war diese Rechnung aufgegangen, die Besatzungstruppen beließen die deutsche Polizei vorerst im Dienst [427]. Jedoch erließen sie bereits am 13.1. jene Verordnung, an der sich das Schicksal der Schutzpolizei entscheiden sollte, als die demonstrative Verweigerung zum Standard des Widerstandsverhaltens wurde. In Punkt 5 dieser Verordnung hieß es, daß *"allen Mitgliedern der deutschen Polizei"* der Befehl zu geben sei, *"damit sie sich allen französischen Offizieren gegenüber in militärischer Form benehmen (grüßen, stillstehen usw.)"* [428] In den ersten Tagen der Besetzung gab diese Verordnung noch keine Veranlassung zu besonderen Aktivitäten. *"Die Beamten grüßten die fremden Offiziere, der Gruß wurde von diesen korrekt erwidert"*, heißt es in der "Zusammenfassende(n) Darstellung der wesentlichsten Ereignisse im Regierungsbezirk Münster" über den Polizeibezirk Recklinghausen [429]. Hier war auch noch keine Rede von empörten Reaktionen seitens der Bevölkerung. Erst nach dem 20. Januar mehrten sich die Anfragen um nähere Verhaltensanweisungen aus der Beamtenschaft und die Hinweise darauf, daß die Beamten gerade diese Verordnung als *"besonders entwürdigend und drückend"* empfanden [430]. Seitdem kritisierte angeblich auch *"die Arbeiterschaft"* diese Handlungsweise, die *"die Einheitsfront durchbreche"* [431]. Entsprechende Kritik, gepaart mit Seitenhieben auf den preußischen Innenminister, lieferte gleichzeitig die Fachgruppe Bergbau des RdI [432], während vom Verein

---

425. Vgl. Erlaß des pr. Innenmin. an die Polizei im besetzten Gebiet v. 24.1. in: HStD, LA Essen, Nr. 135, Bl. 95-96.

426. HStD, RD 16533, 5.1., pr. Innenmin. an Oberpräsidenten Münster und Kassel über vorbereitende Maßnahmen bez. Polizei.

427. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 3, Bl. 24, 12.1., Meldung aus Essen und Münster im pr. Innenmin.

428. HStD, RD 16604, 20.1., Anfrage Polizeipräs. der Schutzpolizei Essen an Reg. Düsseldorf um Anweisung zum Umgang mit dieser Verordnung.

429. StaMs, RegMsBes, Nr. 96, 8.6., "Zusammenfassende Darstellung der wesentlichsten Ereignisse im Regierungsbezirk Münster".

430. HStD, RD 16604, 20.1., Anfrage Polizeipräs. Essen an Reg. Düsseldorf um Anweisung; ebd., 24.1. (Zitat), Anfrage Polizeipräs. Oberhausen.

431. Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung v. 23.1. über die Eindrücke eines Bekannten, der aus dem besetzten Gebiet kam in:

deutscher Eisen- und Stahlindustrieller der Reichskanzlei noch am 20.1. ein Lagebericht aus dem Ruhrgebiet zuging, in dem es hieß: *"Das Verhalten der Beamten löst allgemein Anerkennung aus. Die Beamten gehen im Allgemeinen in der Befolgung der Befehle der Franzosen nicht über das allernotwendigste Maß hinaus."* [433] Bis zu diesem Zeitpunkt kollidierte ein gewisses Maß an Zusammenarbeit durchaus nicht mit dem Empfinden für die richtige Widerstandshaltung.

Tatsächlich stand der preußische Innenminister auf dem Standpunkt, daß *"die Grußpflicht im Interesse des Reiches in Kauf genommen werden"* müsse. Verhaftungen im Auftrag der Besatzung und Unterstützung ihrer Wirtschaftspläne blieben *"natürlich"* genauso ausgeschlossen wie Handlungen, die die Ziele der Reichsregierung schädigten. Drohte dies, sollte die Polizei hinhalten, Rat von vorgesetzten Stellen einholen und *"in jeder Weise auszuweichen suchen"*. Bei einer Besprechung der regionalen Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten am 21.1. in Hamm widersprach dem preußischen Innenminister hier noch niemand. Der Regierungspräsident von Arnsberg wies vielmehr darauf hin, daß sich die Fragen des Grußzwangs und der Armbinden *"z.T. durch Verhandlungen mit Franzosen abschwächen"* ließen, in Dortmund war das bereits erreicht worden [434]. Als wenige Tage später ein Verhaltenserlaß diese Linie der ausweichenden Taktik festschrieb, wurden auch in den Zentralstellen in Berlin die *"vorgebrachten Zweifel und Anregungen... als erledigt angesehen"* [435].

BA, R 43 I/205, Bl. 237.

432. Auszug aus einem Bericht des Geschäftsführers der Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie (RdI), der im Ruhrgebiet war, über Gerüchte über die Haltung des pr. Innenministers Severing. Am 24.1. vom Auswärtigen Amt an die Reichskanzlei weitergeleitet in: BA, R 43 I/205, Bl. 283.

433. BA R 43 I/205, Bl. 43, 20.1., Bericht Verein der Eisen- und Stahlindustriellen an den Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hamm.

434. In Besprechung Hamm v. 21.1. zwischen pr. Innenmin. und den Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten des bes. Gebiets in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 22, Bl. 2-10 (Zitate Bl. 3 und 4); ebd., Beitrag Polizeipräsident Brandt, Dortmund, Bl. 7; ebenso im Tenor Polizeipräsident v. Essen, Melcher, Bl 8.; Bl. 10 über Vereinbarung in Witten.

435. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 86, "Übersicht über die letzten Ressortbesprechungen", undatiert (ca. 25.1.).

Das Thema blieb aber auf der Tagesordnung [436]. Mittlerweile hieß es, die Beamten würden *"vom Publikum nicht nur beschimpft, sondern auch mit Tätlichkeiten bedroht"*. Insbesondere der Polizeipräsident von Essen setzte sich jetzt dafür ein, daß das Grüßen verboten wurde [437]. Am 29.1. gab der preußische Innenminister nach und verbot per Staatstelegramm den Beamten der Polizei und den Landjägern des neubesetzten Gebiets, Offiziere und Fahnen fremder Heere zu grüßen [438].

Der Dortmunder Polizeipräsident begrüßte das Verbot. Er betonte die positive Auswirkung auf die Stimmung, sowohl bei den Beamten selber wie bei der Bevölkerung. Das Grüßen stellte eine Konzession dar und bot überdies keinen Schutz vor der Ausweisung der Polizei, die ohnehin kommen würde [439]. In der Folgezeit nahmen die Besatzungsbehörden das Grußverbot ihrerseits gern zum Anlaß, die örtliche Schutzpolizei zu vertreiben [440]. Andernorts verzichteten sie auf Maßregelungen [441]. Im Polizeibezirk Recklinghausen wirkte das Grußverbot eskalierend: *"Die Anordnung der Verweigerung der Grußpflicht änderte sofort die Sachlage. Wegen Unterlassung des Grußes wurden alsbald die Schutzpolizeibeamten von der Straße weg verhaftet, zum Teil erheblich mißhandelt und zu*

436. Schreiben des pr. Min. für Handel und Gewerbe v. 27.1. in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 257, Bl. 19.

437. Standpunkt Landrat Essen zur neu aufzustellenden Polizei v. 14.6. in: HStD, LA Essen, Nr. 134, Bl. 317-320, bes. Bl. 317RS (Zitat Bl. 317RS).

438. BA, R 43I/ 206, Staatstelegramm des pr. Innenmin. an Oberpräs. Münster v. 29.1.; HStD, RD 16604, 30.1., per Fernspruch am 30.1. an Regierung Düsseldorf.

439. StaMs, OpräMü, Nr. 5002, Besprechung 5.2., handschriftl. Mitschrift im Münsteraner Oberpräsidium. Einladung am 2.2. an Landräte, Oberbürgermeister und Regierungspräs. Münster; StaMs, RegMsBes, Nr. 30, 2.2.

440. Vgl. z.B. den Erlaß General Fourniers in Essen, Mitteilung v. 19.2. an pr. Innenmin. in: BA, R 43 I/209, Bl. 77-79. Durch Verordnung des Generals der Besatzungstruppen v. 28.2. erfolgt die allgemeine Aufhebung der Schutzpolizei in: StaMs, RegMsBes, Nr. 96, "Zusammenfassende Darstellung der wesentlichsten Ereignisse im Regierungsbezirk Münster", S. 4 des Berichts.

441. Vgl. Vorgänge in: HStD, RD 16604, 21.2., Bericht Regierungspräs. Düsseldorf an Innenmin. über den Verzicht auf das Grüßen in Oberhausen; ebd., Bericht Unterwachtmeister Oberhausen v. 10.2. über zeitweilige Festnahme nach der Verweigerung des Grußes; ebd., Bericht Pol.Präs. Elberfeld-Barmen v. 11.9. an Regierung Düsseldorf über Verhalten der Besatzung in Lennep: die "Erinnerung" im Juli an die Grußpflicht und vorübergehende Festnahme mehrerer

mehrwöchigen Gefängnisstrafen verurteilt. Der Streifendienst wurde auf diese Weise zur Unmöglichkeit." [442] Die Übergriffe gegen Polizeibeamte führten zu der Anweisung, daß Schutzpolizeibeamte nur noch zu zweit den Dienst versehen sollten, in der Hoffnung, so einen *"gewisse(n) Schutz"* gewährleisten zu können [443].

Die Analyse dieser Entwicklung zeigte einerseits den Druck zur Konformität, den die Eskalation erzeugte, und dem besonders in dem Moment schwer standzuhalten war, als sich selbst innerhalb der Beamtenschaft eine einheitliche Haltung durchzusetzen begann. Sie zeigte aber auch, wie ein solcher Druck geschürt wurde und mit ihm Politik gemacht wurde. In der Entwicklung der Polizeirichtlinien ist daher das Wirken der Polarisierung zu erkennen, die Boserup/Mack [444] als ein notwendiges Grundmuster von Konfliktverhalten in eskalierten Situationen ansehen und die ein differenzierendes und flexibles Verhalten eher erschwert. Daß es trotz Polarisierung, Emotionalisierung und Konformitätsdruck möglich war, flexible Verhaltensrichtlinien für komplexe Situationen zu entwickeln, zeigt die Erfahrung, die die kommunalen preußischen Beamten mit ihren Widerstandsrichtlinien machten und die im folgenden beschrieben werden.

3.3.7. Erste Kollisionen zwischen Widerstandsstimmung und Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit von Verwaltung und Polizei; Lösungsversuche

Die Tendenz zum einheitlichen, geschlossen ablehnenden Verhalten brachte die Kommunalverwaltungen in Schwierigkeiten, die im Unterschied zu anderen Verwaltungszweigen nicht mit der Anweisung zur strikten Verweigerung ausgestattet waren. Anhand der Richtlinien, die für die preußischen Kommunalbeamten entwickelt wurden, wird die Komplexität

---

Beamter sowie Erklärung, daß Besatzung auf Grußpflicht keinen Wert legt.

442. StaMs, RegMsBes, Nr. 96, 8.6., "Zusammenfassende Darstellung der wesentlichsten Ereignisse im Regierungsbezirk Münster", S. 4 des Berichts.

443. HStD, RD 16377, 23.2., Ministerialdirigent Abegg (pr. Innenmin.) an Oberpräsident Westfalen, Gronowski. Von diesem an Regierungspräsident Grützner am 23.2. zur persönlichen Kenntnisnahme.

444. S. Boserup/Mack, Krieg, a.a.O., S. 24-31.

der Problematik von Widerstandserlassen in der Praxis deutlich. Gleichzeitig war der Prozeß der Entwicklung dieser Richtlinien der weitreichendste Versuch, die betroffene Beamtengruppe in die Beratungen und Beschlußfassung einzubeziehen, die aktuellen Erfahrungen aufzugreifen sowie Widerstandsverhalten und Funktionsfähigkeit in pragmatischer Weise auszubalancieren. Es dauerte zwar bis in den Februar, bis dieser Diskussionsprozeß zum Abschluß kam; dafür war diese Beamtengruppe später weniger als andere vom Zurücknehmen von Positionen betroffen.

Weder der allgemeine Erlaß der Reichsregierung vom 19.1. noch der spezielle Erlaß des preußischen Innenministeriums vom 24.1. reichten aus, um Kommunalbeamten einen sicheren Standpunkt zu den konkreten Anforderungen der Besatzungsbehörden zu ermöglichen [445]. In letzterem hieß es: *"Im übrigen darf von allen Beamten zuversichtlich erwartet werden, daß es ihrer Tatkraft und ihrem Geschick gelingen wird, diese Grundsätze in jedem Einzelfall in zweckentsprechender und wirksamster Form zur Geltung zu bringen"* [446]. Ortsbehörden beharrten jedoch auf der grundsätzlichen Rückbindung an die vorgesetzte Behörde: *"Wie sollen wir Ortsbehörden entscheidende Entschlüsse treffen, wenn wir nicht wissen, wie sich die Aufsichtsbehörde zur Einzelfrage stellt?"* [447]

Am 25. Januar besprachen Oberbürgermeister, Landräte und Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern das Thema in der Reichskanzlei [448]. Vier Teilnehmer aus diesem Kreis erarbeiteten "(Weitere) Richtlinien für das Verhalten der Gemeinde- und Kreisbeamten". Die wichtigsten Bereiche, die einer einheitlichen Klärung bedurften, waren einmal die Anforderungen, die

---

445. HStD, RD 16606, 21.1., Anfrage Landrat Dortmund an Regierung Düsseldorf; ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, 24.1., Telegramm mit Anfrage Landrat Dortmund an pr. Innenmin. In der Referentenbesprechung am 23.1. wird über Klagen über fehlende Anweisungen berichtet in: BA, R 43 I/206; AdRk Cuno, S. 185 Anm. 18; Am 12.2. fragt der Magistrat Bochum bei der Reichskanzlei um Rat, ob angeforderte Pkw gestellt werden dürfen in: BA, R 43 I/208, Bl. 17 u.19.

446. Verhaltenserlaß pr. Innenmin. für die allgemeine und innere Verwaltung v. 24.1. in: HStD, Hochbauamt D 82 III.

447. Vgl. den Bericht Bürgermeister Lennep an Regierungspräs. Düsseldorf v. 21.3. in: HStD, RD 16137, Bl. 185f. Noch im März!

448. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 86, undatiert, Auszug: "Übersicht über die letzten Ressortbesprechungen", (ca. 25.1.). Zur Datierung der Besprechung vgl. BA, R 43 I/205, Bl. 195, handschriftlicher Vermerk des Staatssekretärs in der

über die Zuständigkeit der Ortsbehörden hinausgingen, dann Requsitionen von Lebens- und Futtermitteln, ferner Fragen der Einquartierung und der Weitergabe von Veröffentlichungen. Inwieweit sollten die Ortsbehörden bei der Einsammlung von Waffen und Munition, der Ausstellung von Pässen oder bei Anträgen auf Versammlungen mitwirken? Ferner war eine Abgrenzung zwischen der verbotenen Mithilfe bei den wirtschaftlichen und politischen Zielen und dem erlaubten Mitwirken zum Schutz der Bevölkerung zu treffen. Als erster Ausweg wurde vereinbart, in allen hinhaltbaren Fällen beim Regierungspräsidenten nachzufragen oder die Antwort durch diesen (bzw. die Landräte) erfolgen zu lassen. Einige andere Punkte, die in der Regel unmittelbare Reaktion verlangten, wurden konkreter umrissen.

Bei der Einquartierung sollten die Gemeinden im notwendigen Rahmen mitwirken. Es wurde ein differenzierter Umgang mit Veröffentlichungen vereinbart, der sich am Interesse der Bevölkerung an den Nachrichten orientierte. *"Belanglose"* Befehle sollten der Presse zur selbständigen Verwertung überlassen werden; inhaltlich wichtige Anordnungen im redaktionellen Teil erscheinen und Befehle, deren Wortlaut wichtig war, gegen Bezahlung und ohne Bekanntmachungsvermerk der Besatzung der Presse zugeleitet werden. Nicht ganz ablehnend wollten sich die Ortsbehörden bei der Ausstellung von Pässen, der Einsammlung von Waffen und Munition und bei Anträgen für Versammlungen verhalten. Die Abgabe von Lebens- und Futtermitteln sollte jedoch nicht von ihnen unterstützt werden. Soweit bestimmte Anordnungen von Reichs- oder Landesbehörden das Verhalten regelten, war ihnen zu folgen, auch gegenüber Zwang. Ausweisungsbefehle mußten ebenfalls mit Gewalt durchgesetzt werden [449].

Während der zuständige Ministerialdirektor im preußischen Innenministerium und der Dortmunder Oberbürgermeister an diesem Entwurf weiterarbeiteten [450], trafen sich am 26. Januar in Gelsenkirchen zahlreiche Kommunalvertreter aus dem neubesetzten Gebiet zum Erfahrungsaustausch in derselben Sache. Eine Verständigung erschien ihnen

---

Reichskanzlei.

449. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 25-27, 25.1., Entwurf, (Weitere) Richtlinien für das Verhalten der Gemeinde- und Kreisbeamten gegenüber den Besatzungsmächten.

450. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, 27.1., Telegramm des OB Dortmund,

nötig, um ein *"gleichmäßige(s)"* Verhalten herzustellen. Die besondere Rolle, die die Kommunalverwaltungen von den anderen, mit bestimmten Weisungen ausgestatteten Verwaltungen unterschied, beschrieben sie so: *"Es sei selbstverständliche Pflicht, alles abzulehnen, was den Gesetzen, den Anordnungen der Reichs- und Staatsregierung und der Ehre der Beamten widerspräche. Es müsse im Gegenteil das möglichste getan werden, um zu verhindern, daß die Franzosen ihr Ziel, die Wegnahme der Kohlen, der Kohlensteuer und der Zolleinnahmen und schließlich die Beherrschung des Ruhrkohlengebiets, erreichten. Die Kommunalverwaltungen hätten aber auch die Pflicht, dahin zu wirken, daß der Bevölkerung ernste Belästigungen erspart und alle Erleichterungen verschafft würden, die verständlicherweise zu erreichen seien. Es sei daher nicht zweckmäßig, sich jeder Forderung gegenüber weigerlich zu verhalten oder ununterbrochen Proteste zu erheben... Es sei somit nachzugeben, wenn es das Interesse der Bevölkerung verlange oder wenn mit Bestimmtheit zu erwarten sei, daß die Leistung mit Gewalt erzwungen würde und wenn zugleich feststehe, daß Reichs- und Staatsinteressen nicht geschädigt und deutsche Gesetze und Verordnungen nicht verletzt würden".*

Aus den bisherigen Erfahrungen stellten sie eine Reihe von Richtlinien für das Verhalten auf, die in den inhaltlichen Bereichen und dem Tenor weitgehend den oben erwähnten entsprachen. Im Unterschied zu diesen wollten die in Gelsenkirchen versammelten Vertreter bei Veröffentlichungen der Besatzung diese auch ganz klar als solche gekennzeichnet wissen [451].

Am 31.1. besprachen ausgewiesene Beamte mit dem Innenminister weitere zweifelhafte Punkte. Der Innenminister wollte nicht alle Verbindungen zur Besatzungsmacht abgebrochen wissen. Die Gratwanderung von Rücksichtnahme auf die Besatzung oder auf die Bevölkerung dauerte an [452], doch wurde sie in den folgenden Wochen an ganz konkreten Einzelfragen weiterdiskutiert. Hierzu hatten Ministerialvertreter geraten,

---

Eichhoff, an den zuständigen Ministerialdirektor im pr. Innenmin., Loehrs.

451. HStD, RD 16606, 26.1., Gelsenkirchen. Ohne Titel und Unterschrift. Maschschr. Protokoll der Sitzung und der Ergebnisse.

452. StaMs, OpräMü, Nr. 5002, 5.2., Handschriftliche Mitschrift einer Besprechung im Münsteraner Oberpräsidium; StaMs, RegMsBes, Nr. 30, 2.2., Einladung an Landräte, Oberbürgermeister und Regierungspräs. Münster "zwecks Aufstellung gemeinsamer Richtlinien für das Verhalten der Kommunalbeamten..."

die sich zusammen mit Kanzler Cuno am 5.2. in Münster aufhielten. Sie schlugen vor, konkrete Fragen in allen Zweifelsfällen direkt der Reichskanzlei oder dem preußischen Staatsministerium vorzulegen. Diese würden Entscheidungen der Ressorts, gegebenenfalls des Kabinetts, herbeiführen. *"Die jetzige Unklarheit sei zum Teil dadurch entstanden, daß man der Zentralinstanz große Denkschriften, aber keine formulierten Einzelfragen vorgelegt habe"*. Zwei Tage später, am 7.2., stellten in Recklinghausen die Oberbürgermeister von Buer, Bottrop, Gladbeck, Osterfeld, Recklinghausen, Herne und die Amtmänner des Kreises eine Liste mit Fragen und Vorschlägen zusammen [453]. Am nächsten Tag konstituierte sich der "Westfälische Besatzungsausschuß", der von nun an als *"sachverständiger Beirat"* tätig werden und Verhaltens- und sonstige häufige Fragen beraten sollte [454]. Am 9.2. stellte der Ministerialbeamte des preußischen Innenministeriums die erarbeiteten Richtlinien in einer Ressortbesprechung vor, über die das Kabinett auf Antrag Preußens am 13.2. positiv entschied [455].

Diese Richtlinie konkretisierte die Spielräume des kommunalen Handelns anhand von Beispielen. Die Mitarbeit bei der Einquartierung durfte erfolgen, soweit *"es im Interesse der Bevölkerung unbedingt nötig ist"*. Abzulehnen waren insbesondere alle Forderungen, die dem Dienstbetrieb der Besatzung zugute kamen. Als allgemeiner Grundsatz galt, *"daß jedes Einlassen auf ein Vertragsverhältnis verboten ist, weil darin ein Anerkenntnis des Gegners als Vertragspartei liegen würde."*

Auch die Ämter und staatlichen Polizeiverwalter sollten Vertreter mitbringen

453. AdRk Cuno, S. 217 Anm. 1; BA, R 43 I/207, 9.2., Niederschrift Ressortbesprechung (Zitat).

454. Der Ausschuß setzte sich zusammen aus den Oberbürgermeistern Eichhoff (Dortmund) und Jovy (Gladbeck), dem Beigeordneten Stadtbaurat Tiefenbach (Bochum), den Landräten Friedrichs (Hattingen), Klausener (Recklinghausen) und Stühmeier (Bochum), dem Bürgermeister Ueberhorst (Wattenscheid) und den Amtmännern Böttcher (Annen) und Jacobi (Langendreer), Verfügung Oberpräsident Münster am 6.2. an nachgeordnete Behörden in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 66.

455. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 32-35, Niederschrift über Ressortbesprechung v. 9.2.; BA, R 43 I/207, 9.2., Niederschrift über Ressortbesprechung; BA, R 43I/208, Bl. 188, Antrag des pr. Ministerpräsidenten an Reichskanzler v. 10.2.; AdRk Cuno, Dok. Nr. 74, Kabinettssitzung v. 13.2., s. bes. S. 252.

Dann nahm die Richtlinie zu einem mittlerweile wichtigen, anfangs nicht bedachten Punkt Stellung, nämlich zu Fragen *"auf dem Gebiet der Justiz"*. Bei Strafverfolgung und -vollstreckung seitens der Besatzungsmächte durfte nicht mitgearbeitet werden, außer bei der Stellung von Verteidigern und der Mitarbeit bei Gnadengesuchen. Veröffentlichungen, bauliche Maßnahmen, Auskünfte und das Zustellen von Ladungen waren verboten. Ob die Kommunalbeamten ihrerseits Vorladungen vor Kriegsgerichten folgten, sollte ihnen überlassen werden, die Richtlinie empfahl lediglich, nicht hinzugehen.

Hinsichtlich der Veröffentlichungen der Besatzung wurde die sich bereits abzeichnende Tendenz festgeschrieben. Auskünfte und Mitarbeit in all den Bereichen, die den wirtschaftlichen Zweck der Besetzung förderten, sollten unterbleiben [456].

Mit dieser Richtlinie kamen die Beratungen der Kommunalvertreter zu einem gewissen Abschluß. Neu auftauchende Einzelfragen kamen entweder bei den Sitzungen des Westfälischen Besatzungsausschusses zur Sprache [457], oder wurden durch Rücksprache bei der vorgesetzten Behörde direkt geklärt [458]. Auch das Preußische Innenministerium erließ weiter bestimmte Anweisungen in Einzelfragen [459].

3.3.8. Wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen mit Währungsstabilisierung, Lohnsicherung und Kreditvergabe

Die wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen bildeten die materielle Basis, auf der sich der Widerstand nun entfaltete. Sie wurden hauptsächlich

---

456. BA, R 43 I/210 (Zitate), 17.2., Reichsregierung an Ressorts und Länder; StaMs, RegMsBes, Nr. 30, 17.2. pr. Innenmin. an Regierungspräs. die Richtlinien in Überdrucken.

457. In der Sitzung am 20.2. fragt Dortmund an, ob Lichtleitungen zu requirierten Räumen abgeschnitten werden sollen in: StaMs, RegMsBes, Nr. 30. 3. Sitzung Westfälischer Besatzungsausschuß in Hamm am 20.2.

458. HStD, RD 16639, 21.4., Anfrage Bürgermeister Hünxe und Anweisung v. 12.5. von Regierung Düsseldorf an nachgeordnete Behörden.

459. StaMs, OpräMü, Nr. 5002, 6.3., pr. Innenmin. an Oberpräs. Münster: keine Einquartierung von Familienangehörigen. Dasselbe an Regierung Düsseldorf in:

von der Regierung in verschiedenen wirtschaftlichen Bereichen entwickelt. Zunächst unternahm sie einen überraschend erfolgreichen Versuch, die Währung zu stabilisieren, die sich seit dem Einmarsch in einer rasant beschleunigten Talfahrt befand. Kostete ein Dollar am 10.1. noch etwa 10.000 Mark [460], so mußten am 30.1. bereits 44.000 Mark für ihn bezahlt werden. Diese Entwicklung wurde als Zeichen der *"Hoffnungslosigkeit der Wirtschaftskreise"* interpretiert [461]. Die beunruhigende Wirkung auf die Bevölkerung im besetzten Gebiet ist oben bereits kurz dargestellt worden. Der Finanzexperte Bergmann, der Reichskanzler und der Finanzminister waren die treibenden Kräfte bei dem Versuch, die Reichsbank, eine formell unabhängige Institution, zu einer Intervention zugunsten der deutschen Währung zu bewegen. Die Zielperspektive dieser zeitlich ganz klar begrenzten Aktion war, einige Monate des Durchhaltens zu erreichen, um bei geschickter Außenpolitik zu Verhandlungen zu kommen. Den Besatzern sollte klargemacht werden, daß der Widerstand nicht schnell zusammenbrechen würde [462]. Niemand gab sich der Illusion hin, die Stützungsaktion unbegrenzt durchhalten zu können [463]. Infolgedessen waren jeder diplomatischen Initiative enge zeitliche Begrenzungen gesetzt, je nach Prognose zwischen vier und acht Wochen [464].

Am 17. und 19. Januar gab es erste Besprechungen zwischen Regierungs-, Wirtschafts- und Parteivertretern über allgemeine Fragen der Devisenwirtschaft, der gegenseitigen Kreditunterstützung der Wirtschaft, der Wucherbekämpfung und der gleitenden Lohnerhöhung. Weitere Besprechungen am 29. und 30. Januar betrafen mögliche Interventionen der Reichsbank und konkrete Schritte zur Begrenzung der Devisennachfrage. Anfang Februar begann schließlich die Intervention der Reichsbank. Sie kaufte für 100 Mio. Goldmark in London, New York und Amsterdam Papiermark auf, und ihre Nachfrage drückte, vermutlich gemeinsam mit

---

HStD, RD 16606, 6.3.23.

460. Vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 37, S. 127 Anm. 12.

461. "Vermerk über den Marksturz", 30.1. in Reichskanzlei, vermutlich Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hamm, in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 60.

462. Vgl. Bergmann, Weg, a.a.O., S. 229-234, bes. S. 231.

463. Vgl. ebd., S. 231; Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 108.

464. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 108, behauptet, daß es den Verantwortlichen klar war, daß die Währung wieder fallen würde, wenn keine Verhandlungen zustande kämen. Die Schätzungen schwankten bei Bergmann und Reichsfinanzminister Hermes zwischen 6-8 Wochen, beim Reichsbankpräsident Havenstein: 4 Wochen,

französischer Nachfrage nach Papiermark zu Okkupationszwecken, den Dollarkurs für Papiermark bis Mitte Februar erfolgreich und zunächst dauerhaft auf rund 20.000 Mark [465].

Bezüglich der Bereitschaft, finanzielle Verantwortung zu übernehmen, ist in der Reichsbürokratie von Beginn des Widerstands an dieselbe Offenheit auszumachen, die sie gegenüber Widerstandsmaßnahmen einnahm. Schon am Tag des Einmarsches wurden bei den Ministerialreferenten *"(b)esondere Vorbereitungen ... angeregt für die Geldversorgung der Arbeiterschaft von Seiten des Reichs im Falle politischer Streiks."* [466] Das Land Preußen richtete eigens eine neue "Feststellungsbehörde" für das neubesetzte Gebiet ein, um den Verkehr mit den Besatzungstruppen zu regeln und Entschädigungsansprüche zu klären, die zunächst hauptsächlich mit Quartierfragen zusammenhingen [467]. In einer "Notstandsaktion" behob das Preußische Landwirtschaftsministerium mit finanzieller Unterstützung des Reichsfinanzministers Requisitionsschäden, die Landwirten im besetzten Gebiet entstanden waren und die den Viehbestand gefährdeten [468].

Im Zuge der Eskalation zum Widerstand wurden die materiellen Voraussetzungen geklärt mit der Konsequenz, daß die öffentliche Hand letzten Endes finanziell verantwortlich war. Am 18.1. wurde die Bezahlung von Feierschichten der Zechenarbeiter geregelt. Sie sollten auf den Zechen zusammengehalten und anderweitig beschäftigt werden. Soweit diese Beschäftigung für den Betrieb produktiv war, übernahmen die Zechenbesitzer die Löhne. *"Die endgültige Regelung der Kostenfrage,"* so hieß es weiter, *"wird das Reich übernehmen, soweit die geleisteten Notstandsarbeiten nicht den Privatinteressen der Zechen zugute kommen."* [469] Am 25.1. besiegelten Ministerialbürokraten, Vertreter der Arbeitgeber

---

ebd.

465. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 108; "Vermerk über den Marksturz", 30.1.23 in Reichskanzlei, vermutlich Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hamm, in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 60.

466. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 21, Bl. 2f. (Zitat Bl. 3RS), 11.1., Referentenbesprechung der Ressorts.

467. StaMs, RegMsBes, Nr. 30, Rundbrief Feststellungsbehörde (FSB) Essen v. 15.1.

468. StaMs, RegMsBes, Nr. 30, 8.2., "Anliegender Bericht meines Kommissars über die Durchführung einer Notstandsaktion für die Requisitionsgeschädigten im Ruhrgebiet", pr. Staatskommissar für Volksernährung an Regierungspräsidenten.

und Gewerkschaften in einer Besprechung im Reichsarbeitsministerium die *"nötige Einheitsfront"*. Im Groben wurde die Struktur der künftigen Lohnzahlungen nach Art und Beschaffung geregelt, und auch hier stand das Reich in zentraler Verantwortung. Ministerialdirektor Sitzler vom Reichsarbeitsministerium beschrieb den Modus so: *"Die Arbeitgeber zahlen die Löhne aus, schon um damit die Leute ihrem Betrieb zu erhalten. Nur wo dies versagt, werden die Gewerkschaften eingesetzt, damit die Leute zu ihrem Lohn kommen und nicht hungern. Die Mittel fließen nicht aus eigenen Beständen, sondern kommen aus der Hilfsaktion und letzten Endes von der Regierung. Niemand denke auch daran, die Gewerkschaften auszupumpen. Der Kampf würde für die Allgemeinheit geführt und die Kosten müssen von dieser getragen werden. Öffentliche Kassen sollen nicht verwendet werden, um sie nicht dem Zugriff der Franzosen auszusetzen."* [470] In weiteren Besprechungen der nächsten Tage wurden Grundzüge und Arbeitsteilung der Unterstützung geklärt: Bergbau und Metallindustrie würden sich zunächst weitestgehend selber helfen, nicht nur bei Lohnzahlungen für unproduktive Arbeiten sondern auch für die Bezahlung bei vereinbarten Arbeitsniederlegungen. Mit der Rheinschifffahrt sollte in ähnlicher Richtung verhandelt werden. Das Handwerk sowie kleinere bzw. nicht organisierte Industriebetriebe würden eine Unterstützung zur Sicherstellung des Lohns brauchen. Diese Hilfsaktion sollte von den Handels- und Handwerkskammern durchgeführt werden, die in enger Verbindung mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen vorgehen sollten [471].

Die grundsätzliche Bereitschaft des Reiches, im konkreten Fall finanziell die Verantwortung zu übernehmen, galt nicht für alle Interessenten gleichermaßen. Die Durchsetzungsfähigkeit und die Richtung partikularer Interessen war es, die finanzielle Stützungsmaßnahmen reale Gestalt

---

Die Reise fand v. 23.1.-1.2. statt.

469. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 21, Bl. 13f., 18.1., Referentenbesprechung der Ressorts.

470. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1085, Bl. 75-81 (Zitate Bl. 81 und 77), 25.1., Niederschrift über eine Sitzung im Reichsarbeitsmin. Anwesend waren laut Niederschrift der Staatssekretär Geib und Ministerialdirektor Sitzler vom Reichsarbeitsmin., Meisinger als Arbeitgebervertreter und Graßmann v. ADGB, Steeger v. DGB, Lemmer u. Schmidt v. Gewerkschaftsring, Husemann von den Bergarbeitern, Becker-Arnewald .

471. ZStA, RAM 3023, Bl. 14, Ergebnis Besprechung mit Arbeitgeberverbänden

annehmen ließ. In der wichtigen Regelung zur Weiterbeschäftigung der Belegschaften drückte sich beispielsweise der gesellschaftliche Minimalkonsens des Widerstands aus. Gewerkschaften, Arbeitgeber und Staat einte die Furcht vor Arbeitslosigkeit im besetzten Gebiet und einer sich radikalisierenden Arbeiterschaft, die sich sowohl gegen die Besatzung wie gegen die Verantwortlichen im eigenen Land wenden konnte. Mit dem Zurückhalten der Belegschaften in den Werken und Zechen, letztlich auf Kosten der Allgemeinheit, sollte diese Gefahr gebannt werden. Insoweit waren die konkreten Vereinbarungen und die finanziellen Verpflichtungen, die das Reich übernahm, nicht strukturell durch den Widerstand bedingt, sondern durch den allgemeinpolitischen Minimalkonsens und die sehr verschieden ausgeprägte Fähigkeit einzelner Interessengruppen, den Staat für die Schadensregulierung in die Pflicht zu nehmen. Es läßt sich in vielen weiteren Fällen nachweisen, daß das Reich bzw. einzelne Ressorts früher oder später die Erstattung oder Kreditierung von Schäden oder neu auftretenden Kosten übernahm [472]. Es trafen sich hier eine offenkundige Bereitschaft zum finanziellen Engagement seitens des Staates zur

---

des Ruhrgebiets v. 2.2.

472. S. allgemein zu den finanziellen Anforderungen des Rheinlandes den Bericht Brugger an Reichskanzler v. 14.3. in: BA, R 43 I/187, Bl. 89-110. Gemeinden verlangen Erstattung von Mehrkosten für Transporte in: StaMs, RegMsBes, Nr. 30, 29.1., Schreiben FSB-Essen an pr. Innenmin.; ebd., 16.2., Schreiben FSB-Essen an Regierungspräs. Münster, daß Verkehrsmin. Mehrkosten übernimmt; ebd., 13.3. Sitzungsbericht Siegen, Erklärung des Ernährungskommissars Burckhardt in Siegener Besprechung der pr. Regierungspräsidenten mit Ministerialvertretern, Ersatz für Transportmehrkosten bei Lebensmitteln und Saatgut, nicht für Kohlen und Futtermittel. Gleicher Stand in Besprechung im Reichsverkehrsmin. v. 14.4. und erneuter Anlauf für Kohle und Futtermittel in: ZStA, RmfdbG 53424/3, Bl. 147-159, hier bes. Bl. 159. Gemeinden wollen Kosten der Notstandsarbeiten abgenommen bekommen, Transportmehrkosten, Kreise der Industrie wollen Entschädigung für Aufwendungen, wenn sie ihre entfernt wohnenden Arbeiter unterbringen in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 238, Bl. 37-47, bes. Bl. 40 und 43f., 19.2., "Notizen über eine Dienstreise ins besetzte Gebiet", Reise v. 16.-18.2. durch Vertreter Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsmin. Ferner ZStA, RWiM, Nr. 8412, Bl. 73 und 75, 17.2. und 27.2., Mitteilung Reichswirtschaftsmin. an Reichsverkehrsmin. über Wünsche aus Industrie- und Handelskreisen, die im Gespräch von Vertretern mit dem Reichskanzler am 15.2. geäußert worden waren nach Verzicht auf Liegegelder und Wagenstandsgebühren bei verzögerten Frachten. Teilweise positive Antwort aus dem Reichsverkehrsmin.

Abmilderung von Schäden und ein gewisser Drang seitens der Betroffenen, daß das Reich die "grundsätzliche Geneigtheit" zum Schadensersatz an Privatpersonen auch amtlich erklären sollte [473]. Die Gefahr, die Ressourcen des Reichs zu überdehnen, wurde dabei durchaus gesehen. Insbesondere scheute man sich, Ersatz für Waren zuzusichern, die die Besatzung beschlagnahmt hätte, *"da man, wenn man für diese Schäden jetzt Ersatz zusichere, die ganze Aktion im Ruhrgebiet gefährde."* [474]

Auf dieser allgemeinen Grundlage entstanden schon in den ersten Wochen die zentralen Ideen zur Widerstandsfinanzierung, die im Laufe der nächsten Monate umgesetzt und den sich verändernden Entwicklungen angepaßt wurden. Die Entlohnung der Arbeiterschaft und die Ausstattung gewerblicher Klein- und Mittelbetriebe mit Betriebskrediten waren die Schwerpunkte in dieser Anfangsphase, die auf dem Verordnungswege geregelt wurden.

Durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministeriums und der zuständigen Landesbehörden wurde Mitte Februar die "Lohnsicherungsaktion" ins Leben gerufen. Sie versprach Betrieben, die *"in unmittelbarem politischen Kampfe durch passive Resistenz oder durch Zwang der Besatzungsbehörden die Arbeit niederlegen"*, vollen Lohn. Die jeweilige Gemeinde, und damit die öffentliche Hand, bezahlte den Lohn. Arbeitgeber oder im Notfall auch gewerkschaftliche Organisationen übernahmen die Auszahlung. Hing die Betriebsstilllegung nur mittelbar mit dem Ruhrkampf zusammen, etwa aufgrund von Kohlemangel oder Verkehrsstreiks, wurde 2/3 der Lohnsumme als Entschädigung ausgezahlt. Diese Regelung galt für das alt- wie das neubesetzte Gebiet gleichermaßen und führte die bisherige Regelung vom Beginn des Widerstands weiter. Bevor diese Regelung mit

---

v. 27.2. mit entsprechender Anweisung an Reichsbahndirektionen. Reichsverkehrsmin. wendet sich ferner an Reichsfinanzmin. "wegen völliger Erstattung dieser Nebengebühren aus allgemeinen Rechtsmitteln". Vgl. Telegramm Reichsminister Luther über Zustände in Essen nach Geschäftsplünderung und Forderung nach Ersatz der Schäden in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 232, 5.3.

473. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1085, S. 43-45, 20.2., Ressortbesprechung mit Arbeitsauftrag an Reichswirtschaftsmin., Reichsschatzmin. und Reichsfinanzmin., eine Formel für das Kabinett zu finden; ebd., 27.1., Bl. 6, die Referenten suchen auf der Ressortbesprechung nach Wegen, um Aufruhrschäden und Transportschäden ersetzen zu können.

474. Einhellige Meinung in der Referentenbesprechung v. 27.1. in: ZStA,

dem 12. bzw. 23.2. in Kraft trat und dort, wo sie nicht angewendet werden konnte, versorgte die bisherige Erwerbslosenfürsorge den Personenkreis. Sie wurde auf das Dreifache erhöht, wurde aber von der Lohnsicherung abgelöst. Die Arbeiterfürsorge schien damit ausreichend abgesichert zu sein [475].

Für Klein- und Mittelbetriebe entstand im Februar die "Hika", die "Hilfskasse für gewerbliche Unternehmungen". Mit der "Hika" wurde ein Relikt aus der Demobilmachungszeit aktiviert. Ihre Kredite sollten den üblichen Bankkredit in Ausnahmefällen ergänzen. Damit sollten Betriebseinstellungen verhindert und ein Weiterarbeiten auf Lager ermöglicht werden. Die Mittel wurden den Handelskammern nach bestimmten Schlüsseln überwiesen [476].

In einem dritten Bereich wurden erste allgemeine Beschlüsse gefällt, die ebenfalls zum Aufbau eines weitverzweigten Organisationsnetzes führten. Dies war die "Schadloshaltung" im Falle von Vertreibung oder Schädigung. Zwischen dem Verlangen der Reichsregierung nach Widerstand und der Zusicherung von Entschädigung bestand ein enger Zusammenhang. Insbesondere die Aufrufe und die Erlasse, die sich auf die Beamtenschaft bezogen, forderten Widerstand und versprachen Entschädigung. Die unbedingte Notwendigkeit einer Hilfe durch das Reich formulierte wohl als erster der Reichskommissar für die besetzten Rheinischen Gebiete, Fürst Hatzfeldt. Die Bedeutung dieser Sicherheit für einen geschlossenen Beamtenwiderstand lag seiner Meinung nach darin, *"daß so mancher an*

RmfdbG/RIM, Nr. 1085, Bl. 5 (Zitat).

475. ZStA, RWiM, Nr. 710, 10.2., Vermerk über den Aufbau der Hilfsorganisation für das besetzte Gebiet, Bl. 8 (Zitat); ZStA Merseburg, MdI, Nr. 241, Bl. 9, handschriftlicher Vermerk über die Sitzung im Reichsarbeitsmin. v. 6.2., unter TOP "Lohnzahlung, Unterstützung, Lohnausfall", Mindestwochenlohn bei 4000 Mk; Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Reichs- und Staatskommissar für gewerbliche Fragen in Westfalen, 39.02., Nr. 14, Bl. 62-64, bes. Bl. 64, 20.2., "Niederschrift über die Besprechung betreffend Rhein-Ruhr-Hilfe". (Im folgenden zitiert als: ZStA, 39.02); ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1099, 20.2., Bl. 43RS, Bericht Reichsfinanzmin. über bisherige finanzielle Maßnahmen mit Stichtag.

476. ZStA, RWiM, Nr. 708, Bl. 124-127, 8.3., "Entstehungsgeschichte der Kredithilfe für die besetzten Gebiete"; Zentrales Staatsarchiv Potsdam, Reichsfinanzmin., 3.12.3, B 36, Bl. 4, Vermerk über Sitzung v. 3.2. im Reichsfinanzmin., die Idee der Reaktivierung der Hilfskasse (Hika) entstand bei

sich zur Ängstlichkeit und zum Wankelmut Neigende, dennoch die nötige sittliche Kraft aufbringen wird, um im Dienste des Vaterlandes nicht nur für sich selber - hierauf kommt es bei der rücksichtslosen Mitausweisung der Familie ganz besonders an - gemeinschaftlich mit den Seinigen Schweres auf sich zu nehmen. ...Der ausgewiesene Beamte muß unbedingt wissen, daß er alles, was er hier verlieren und hinterlassen muß, im unbesetzten Gebiet wiederfinden ... wird." Die bislang abgegebenen Versprechungen waren nicht ausreichend; es fehlte das Vertrauen. Von Hatzfeldt schloß mit der Forderung nach ganz konkreten Maßnahmen zur Unterbringung, zum Transport, zur Ausstattung mit Barmitteln u.v.a.m. [477].

Die Notwendigkeit, schnell zu praktischen Maßnahmen der Fürsorge zu kommen, wurde von anderen Ressorts geteilt und von einer Delegation von Beamtenvertretern beim Reichsinnenministerium unterstrichen. Das Reichsfinanzministerium hatte bereits telefonisch und schriftlich in seinem Geschäftsbereich Weisungen erlassen. In einer Kabinettssitzung am 31.1. wurden Richtlinien verabschiedet, die der Schadloshaltung einen amtlichen Rahmen gaben. In den Richtlinien wurden die folgenden Bereiche geregelt: Fortzahlung der Dienstbezüge, der Ortszuschläge und Besatzungszulagen bei Umzug. Tagegelder in besonderer Höhe wurden gewährt, die Umzugs- und die Reisekosten ersetzt. Alle Personen- und Sachschäden wurden ersetzt, die durch *"rechtswidrige Maßnahmen der Besatzungsmächte"* entstehen würden. Bei Verhaftung und Internierung wurden Tage- und Übernachtungsgelder in doppelter Höhe gewährt. Damit stand die Organisation aber erst am Anfang. Nun sollten die einzelnen Ressorts für ihren Bereich Ausführungsbestimmungen und die Landesregierungen für ihre Bediensteten entsprechende Regelungen erlassen [478].

---

dieser Sitzung. (Im folgenden zitiert als: ZStA, RFM).

477. V. Hatzfeldt am 22.1. an den Reichskanzler in: BA, R 43 I/222a, Bll. 3-7.

478. Das Reichsfinanzmin. übernahm die Initiative in: BA, R 43 I/222a, Bl. 13, 27.1., weitere Anweisungen für verdrängte Beamte; ebd., Bd. 205, Bl. 195, 22.1., Reichsfinanzmin. drängt Reichskanzler zur Aktivität; ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 86, 25.1. Besprechung in der Reichskanzlei mit Vertretern des besetzten Gebietes und Zusicherung der Fürsorge für Beamte, Richtlinien in: BA, R 43 I/206, 31.1. (Zitat); AdRk Cuno, Dok. Nr. 59, bes. S. 202f. und ebd. Anm. 4-7, Kabinettssitzung v. 30.1.

Die Entfaltung und Anpassung der wirtschaftlichen Widerstandsorganisation bildete in den nächsten Monaten einen der Schwerpunkte der Organisations- und Koordinationsarbeit in den Ministerien in Berlin und im besetzten Gebiet.

3.3.9. Aufbau einer eigenen Ruhrkampforganisation

Die organisatorische Aufgabe des Widerstands bestand darin, angemessen rasch zu Entscheidungen und ihrer Umsetzung zu kommen, sei es, daß der Widerstand mit Aktionen die Initiative ergriff oder sich neuen Entwicklungen seitens der Besatzer anpaßte. Für die organisatorischen Vorbereitungen gilt das Wort von Reichspräsident Ebert: *"Kein Plan über Organisation und Methode dieser Abwehr lag vor."* [479] Es mußte vom Informationsfluß bis zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung eine neue Organisation zunächst improvisiert und dann etabliert werden. Angesichts vieler Mängel in organisatorischer Hinsicht sollen hier die Grundstruktur der Organisation und ihre Entwicklung herausgearbeitet werden, die Alternativvorschläge, die diskutiert, aber nicht umgesetzt werden und die diversen internen Schwierigkeiten, mit denen die Organisatoren zu kämpfen hatten. Alles zusammen ergibt ein faszinierendes Bild einer Bürokratie, die sich gezwungen sieht, Flexibilität im Handeln und ressortübergreifende Kooperation zu praktizieren.

Die Grundfrage war zunächst die, aufgrund welcher Informationen und Informationsqualität die Entscheidungen in den Zentralen erarbeitet wurden. Hier ist festzustellen, daß die Berliner Entscheidungszentren nach eigenem Eingeständnis anfangs *"über die Vorgänge im Ruhrgebiet zur Zeit sehr mangelhaft informiert"* waren [480]. Das blieb in einem wichtigen Bereich die ganze Zeit hindurch ein Problem, denn vor allem die Verordnungen der Besatzung wurden zu spät in den Zentralstellen bekannt [481]. Oft kam die Nachricht vom Erlaß neuer Verordnungen oder dem baldigen Erscheinen zuerst als ein Gerücht aus dem besetzten Gebiet, und die verschiedensten Zentralstellen mühten sich, diesem auf den Grund zu

---

479. WTB- Meldung, Abendausgabe v. 18.3 über den Besuch des Reichspräsidenten in Hamm.

480. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1100, Bl. 12, Schreiben Auswärtiges Amt v. 17.1.

481. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1085, Bl. 46f., 24.2., Ressortbesprechung in der

gehen [482]. Es konnte in den Quellen nirgends ausgemacht werden, daß die Widerstandsträger über verläßliche Informationen über die Gegenseite aus erster Hand verfügten oder sich diese nutzbar machen konnten. In dem einen oder anderen Fall konnte der Düsseldorfer Regierungspräsident vertrauliche Informationen übermitteln [483], aber das änderte nichts an dem großen Manko, eigentlich nicht im Bilde zu sein. Dieses grundlegende Problem wurde verschärft durch die unterschiedlichen Informationssysteme, über die nun die verschiedenen Stellen in den Berliner Zentralen verfügten oder auf die sie zurückgreifen konnten.

Die Nachrichtenbeschaffung für die Zentralen besorgten zum großen Teil die preußischen Lokalbehörden, also Städte, Ämter und Landkreise, mit den Oberpräsidien als Vermittlungsinstanzen. Sie wurden vom vorgesetzten Ministerium [484], von anderen Ministerien - direkt oder über die Provinzialbehörden - aber auch von den wie Pilzen aus dem Boden schießenden Nachrichtenstellen der verschiedenen Ressorts mit Anfragen [485] und Mahnungen zur schnelleren Berichterstattung [486] überhäuft. Die Qualität ihrer Nachrichten, die aus zu vielen Einzelheiten und zu wenig allgemeinen und wirtschaftlichen Informationen bestand, war für die Zentralen oft unbrauchbar [487]. Der normale Instanzenweg über die

---

Reichskanzlei.

482. ZStA, RWiM, Nr. 14704, Bl. 13f., 30.6. Vermerk über das neueste Gerücht über Maßnahmen der Besatzer und die vergeblichen Bemühungen der Verifikation in den verschiedenen Ressorts.

483. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 1, Bl. 46-48, 16.2., der Regierungspräsident Düsseldorf, Grützner, hat Zugang zu einer Druckerei, die Besatzungssachen druckt; BA, R 43 I/208, 16.2., er hat Betriebsrat und Besitzer angewiesen, auf den Plätzen zu bleiben und gegen Bezahlung Druckarbeiten zu leisten. Er hofft, auf diese Weise "einen möglichst weitgehenden Einblick" in den offiziellen französischen Druckschriftenverkehr zu bekommen.

484. HStD, RD 16377, 26.1., Anweisung des pr. Innenmin. zur schleunigen Berichterstattung an nachgeordnete Behörden. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1085, Bl. 46f., 24.2., Ressortbesprechung Reichskanzlei; StaMs, RegAbg I Pa, Nr. 979, 29.3., Verfügung Regierung Arnsberg an nachgeordnete Behörden v. 28.2. und 24.3. zur Berichterstattung über die Besatzungslage, die später standardisiert wird.

485. BA, R 43 I/206, 29.1., Telefonat Oberpräsidium Münster an Staatskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung.

486. RD 16377, entsprechende Anweisungen für den Regierungsbezirk Düsseldorf v. 7.2., 22.3., 5.4., 17.5., 4.8., 13.9., seit dem 3.3. sollen, wenn möglich, Fotos

Provinzialbehörden und das preußische Innenministerium, das andere Ressorts über interessante Details informierte [488], erwies sich als so schwerfällig und langsam [489], daß immer mehr Ressorts darum baten, direkt von den Lokalinstanzen informiert zu werden [490]. Zur Vereinheitlichung der Nachrichtenbeschaffung griffen die preußischen Bezirksregierungen auf sogenannte "Meldestellen" zurück und richteten neue ein [491]. Darüberhinaus entstanden beim Münsteraner Oberpräsidium und der Regierung eigene Pressestellen und aufgrund der guten Erfahrung mit einer Pressestelle, die die Stadt Essen eingerichtet hatte, wurde im Münsteraner Regierungsbezirk zur Nachahmung aufgerufen, *"überall da, wo französische Besatzung sich befindet."* [492] Neben diesen quasi amtlichen Informationsquellen versorgten die Verbände der Wirtschaft einzelne

---

von Gewaltakten beschafft werden.

487. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1085, Bl. 46f., 24.2., Ressortbesprechung in der Reichskanzlei.

488. Ebd.

489. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 21, 19.4., pr. Min. f. Volkswohlfahrt bittet um Einsicht in die Akten, da er relevante Details zu spät erhält; ebd., Nr. 241, Bl. 82, 6.6., Reichsarbeitsmin. bietet seinen Kurierdienst an, um schneller an relevante Informationen zu kommen; handschriftliche Vermerke der Bearbeiter im pr. Innenmin. zur besseren Sortierung der unwichtigen von den wichtigen und weiterzuleitenden Berichten. Ebd., Nr. 241, Bl. 91, 29.6., weiteres Schreiben Reichsarbeitsmin., wieder wegen eines verspäteten Berichts.

490. So das Auswärtige Amt über pr. Innenmin. und Regierungspräsidenten wegen direkter Berichterstattung über die Zolllinie in: BA, R 43 I/208, 4.2., 8.2. und Rückmeldungen v. 9., 10., 13. und 14.2. Der pr. Min. für Volkswohlfahrt erbittet direkten Bericht über die Verschlechterung des Gesundheitszustands der Ruhrbevölkerung an die Zentralstelle seines Min. in: StaMs, RegMsBes, Nr. 30, 22.3. Anforderung des pr. Min. f. Handel und Gewerbe an Regierung Düsseldorf, Berichte über wirtschaftliche Fragen unmittelbar an sein Min. zu senden in: HStD, RD 16377, 26.6.

491. BA, R 43 I/206, 29.1., Telefonat Oberpräsident Münster an Staatskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung. Streng vertrauliche Nachricht der Regierung Arnsberg an Hauptmeldestelle Dortmund, Hagen, Hamm, Gelsenkirchen, Polizeidirektion und Landrat Bochum, Landrat Hattingen, Polizeiverwaltung Witten und sämtliche Kommandos der Schutzpolizei v. 9.6. über Einrichtung einer neuen Meldestelle in Schwerte ab 11.6. für den Regierungsbezirk Arnsberg in: StaMs, RegMsBes, Nr. 69.

492. StaMs, RegMsBes, Nr. 2, 3.4., Information für die Dezernate über

Ministerien mit Nachrichten und, natürlich, ihren Wertungen [493]. Insbesondere die Fachgruppe Bergbau des RdI [494] und der "Zweckverband Nordwestdeutscher Wirtschaftsvertretungen" [495] hatten zum Reichswirtschaftsministerium und zur Presseabteilung der Reichsregierung direkte Kontakte. Die verschiedenen Stellen der Berliner Ministerien wurden darüberhinaus durch Lageberichte der bei der Reichskanzlei eingerichtenten Zentralstelle Rhein-Ruhr zweimal täglich informiert [496]. In diesen Lageberichten, die in mehreren Ressorts zusammengestellt wurden, kam eine bunte Mischung von Nachrichten aus den Ressorts, ihren jeweiligen Verbindungsstellen im besetzten Gebiet, von Handelskammern, Kurieren, einzelnen Persönlichkeiten, wie auch Informationen, deren Herkunft ungenannt blieb, zusammen [497]. "Stimmungsberichte" machten so die Runde durch die Behörden, von denen sie *"im allgemeinen ohne*

Pressestelle seit dem 1.4.; StaMs, RegMsBes, Nr. 84 (Zitat), 4.4., Schreiben Oberpräsidium an Regierung.

493. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 239, Bl. 20f., 8.2., Mitteilung des Zweckverbandes, weitergegeben von der Presseabteilung, mit Angriffen auf den pr. Innenminister. Hinweis des pr. Ministerpräsidenten an den Innenminister, "(d)a ich nicht weiß, ob auch Dir die zahlreichen Mitteilungen der Presseabteilung der Reichsregierung zugehen". S. zur anschließenden Auseinandersetzung AdRk Cuno, S. 253 Anm. 9 u. 10.

494. ZStA, RWiM, Nr. 8424, Bl. 117f., 23.1., "Vertraulicher Mittagsbericht" und ebd., Bl. 115f., 23.1., "Die Ernährungslage im Ruhrrevier nach dem Stande vom .../ 23. Januar 1923". S. ferner ZStA RmfdbG/RIM, Nr. 1071, Bl. 32, 59 und 89 über Mitteilungen des Verbandes v. 9.2., 21.2. und 9.4. über die Veränderung der Nachrichtenversorgung durch den Verband.

495. Mitteilung des Zweckverbandes, weitergegeben von der Presseabteilung der Reichsregierung, 8.2. in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 239, Bl. 20f.

496. Vereinbarung v. 20.2., Schreiben Schmid (Zentralstelle Rhein-Ruhr) an Staatssekretär für die besetzten rheinischen Gebiete in: ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1099, Bl. 45, 26.2.

497. Vgl. die Bände der Lageberichte, die in der Abteilung IV (für die besetzten Rheinischen Gebiete) des Reichsinnenmin. zusammenkamen in: ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1071, "Lageberichte allgemein" unterschiedlichster Provenienz; ebd., Nr. 1072, "Lageberichte Staatssekretariat für die besetzten rheinischen Gebiete" mit Berichten der Fachgruppe Bergbau des RdI, der Pressestelle der badischen Regierung, des Reichskommissars Hatzfeldt; ebd., Nr. 1073, "Lageberichte Abteilung I" mit Zeitungsschau der Berliner Presse; ebd., Nr. 1074, "Lageberichte Reichskanzlei"; ebd., Nr. 1075, "Lageberichte Reichskanzlei und

Würdigung bekanntgegeben" wurden [498]. Die Zentralstelle wiederum verfügte nicht über einen Gesamtüberblick, denn sie war beispielsweise von den verdeckt arbeitenden "Abwehrausschüssen" informativ abgeschnitten. Den Kontakt zu diesen Stellen überwachte das Reichsarbeitsministerium [499]. Daß dieser ausgedehnte und kaum überblickbare Informationsbeschaffungsapparat den Regierungszentralen ein adäquates Lagebild verschaffte, ist zu bezweifeln. Die Berichte waren nicht nur von den Interessen, Einschätzungen, Hoffnungen und Befürchtungen der Berichterstatter geprägt, sondern die Lage selbst war oft durch Unterschiedlichkeit und Uneinheitlichkeit gekennzeichnet. Die Vorhaltungen, die Regierung sei über die Stimmung nicht informiert, rissen nicht ab [500], sondern nahmen im Laufe der Zeit eher noch zu. Die Informationsbeschaffung war und blieb eine Schwachstelle der Abwehr in den Zentralstellen. Dies wirkte sich umso mehr aus, nachdem die Entscheidungsbefugnis über den Widerstand in den Zentralstellen konzentriert blieb.

Im besetzten Gebiet entwickelten sich spezifische Strukturen von Zusammenarbeit zum Zwecke der Abwehr. Die bemerkenswertesten Merkmale waren hier die zunächst spontane, gemeinsame Absprache verschiedener Bevölkerungsgruppen vor Ort über bestehende soziale und politische Grenzen hinweg und trotz weiter bestehenden gegenseitigen Mißtrauens [501]. *"(A)lles Erforderliche... wurde in Besprechungen und*

Reichsmininisterium für die besetzten Gebiete"; ebd., Nr. 1076, "Lageberichte Auswärtiges Amt"; ebd., Nr. 1077, "Lageberichte Reichs-Post-Ministerium"; ebd., Nr. 1078, "Lageberichte Reichskommissar für öffentliche Ordnung"; ebd., Nr. 1079, "Lageberichte Preuß. Ministerium des Innern"; ebd., Nr. 1081, "Lageberichte Landesverband der Staats- pp. Beamten". Vgl. ferner den 2. Band im pr. Innenmin. über die "Lagemeldungen der Reichskanzlei Rhein-Ruhr" mit den diversesten Provenienzen und auch ungenannten Informanten in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 17 Bd. 2, s. bes. Bl. 263 u. 265.

498. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1074, Bl. 17, 24.1., im Lagebericht der Reichskanzlei war am Vortag durch Versehen ein Bericht über Vorgänge in Münster veröffentlicht worden, der sich als einseitig bzw. unverbürgt herausgestellt hatte.

499. BA, R 43 I/208, Bl. 198, 13.2., Ressortbesprechung in der Reichskanzlei.

500. Brief Bezirksleiter Westfalen der Technischen Nothilfe beim Reichsinnenminister an Oberpräsidium Münster in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007, 12.3.

Vereinbarungen" dieser Art am Anfang veranlaßt. *"So gelang es, engste Fühlung mit der Arbeiterschaft zu gewinnen... Auch zwischen Polizeibeamtenschaft und Arbeiterschaft besteht engste Solidarität."* [502] Besprechungen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Verwaltungsstellen fanden am 17.1. auf Einladung des westfälischen Oberpräsidenten in Münster statt. Alle Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, darunter der Alte Bergarbeiterverband, der Deutsche Metallarbeiterverband, der Generalsekretär der Freien Gewerkschaften, die Christlichen und Hirsch-Dunkerschen Verbände, der Zechenverband sowie die Spitzen der Kommunalbehörden und der Handelskammern waren erschienen [503]. Zu einer dauerhaften, kontinuierlichen und breiten Zusammenarbeit ist es auf regionaler Ebene aber offensichtlich nicht gekommen.

Eine feste Kooperation zwischen unterschiedlichen Bevölkerungs- und Berufsgruppen nahm in den Ausschüssen oder Räten, die sich lokal bildeten, eine feste Gestalt. In den ersten Tagen der Besetzung bildete sich in Gladbeck ein Abwehrausschuß aus Vertretern der Gewerkschaften, des Handels und des Handwerks, der zweimal wöchentlich tagte und an dem auch Verwaltungsvertreter teilnahmen. Außerdem gab es einen städtischen Besatzungsausschuß mit zwölf Stadtverordneten. Beide Ausschüsse berieten die Stadtverwaltung und sollten die Bevölkerung aufklären. Ihre Einrichtung bewährte sich nach Ansicht des Oberbürgermeisters [504]. In Buer war ebenfalls ein Abwehrausschuß in Erwartung der Besetzung entstanden [505]. Ohne besonderen Ausschuß kam die Stadt Recklinghausen nach eigenem Bekunden aus. Wichtige Besatzungsangelegenheiten wurden

---

501. Ein heikler Punkt war z.B. die Kontrolle der Kredithilfeanträge durch Gewerkschafter, wo sich Ministerialvertreter in einer Mittlerposition befanden. Vgl. dazu ZStA, RWiM, Nr. 709, Bl. 20, 12.3., Schreiben Knoll v. ADGB an Reichswirtschaftsminister; ebd., Bl. 35, 8.6., Bericht über Hagener Versammlung; ebd., Bl. 28f., Schreiben der Wirtschaftlichen Außenstelle (WAST) Köln an Reichswirtschaftsmin. über Schlichtung.

502. Regierungspräsident Arnsberg in Besprechung in Hamm am 21.1. mit dem pr. Innenminister und Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten sowie dem Reichs- und Staatskommissar Mehlich in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 22, Bl. 4.

503. ZSta Merseburg, MdI, Nr. 241, Bl. 1, 18.1., Staatskommissar für öffentliche Ordnung an pr. Innenmin.

504. Bericht Oberbürgermeister Gladbeck an Regierung Münster v. 19.3. in: StaMs, RegMsBes, Nr. 30, Aufforderung v. 1.3.

im Magistratskollegium und, wenn nötig, mit Vertretern von Gewerkschaften und Parteien besprochen. Beim städtischen Wohlfahrtsamt war ein Ausschuß eingerichtet worden, der für die gerechte Verteilung der Ruhrspenden sorgen sollte und dem politische, wirtschaftliche und karitative Organisationen angehörten [506]. Der Landrat von Recklinghausen berichtete, daß sich *"bereits kurze Zeit nach dem Eindringen der fremden Truppen ... in den einzelnen Amtsbezirken Abwehrausschüsse unter der Bezeichnung 'Aktionsausschüsse' gebildet (haben), die bei wichtigen Angelegenheiten im Einvernehmen mit den Amtsverwaltungen entsprechende Entschlüsse fassen und durchführen wie z.B. Proteststreiks, Schließung von Geschäften, Verkaufsboykotts etc."* [507]

Der Charakter, die genaue Aufgabenstellung, die Zusammensetzung und der Anlaß ihres Entstehens scheinen in besonderem Maße von der örtlichen Situation abhängig gewesen zu sein [508]. Die örtlichen Ausschüsse konnten auf die allgemeine Entwicklung des Widerstands keinen Einfluß nehmen, wohl aber die Gestaltung von Protestaktionen bestimmen. Ferner wirkten sie bei den örtlichen Aktivitäten zur materiellen Unterstützung des Widerstands mit. Welchen Ausdruck der Widerstand vor Ort annahm, welche Kraft er entfaltete und wieweit es gelang, die Verschärfung der sozialen Gegensätze aufzufangen, dürfte nicht unwesentlich auf die Qualität der gesellschaftlichen Zusammenarbeit auf örtlicher Ebene zurückzuführen sein.

Innerhalb des besetzten Gebietes trafen sich die Landräte jede Woche in Essen. Diese regionale Koordinierung bewährte sich außerordentlich, bot sie doch die Gelegenheit, die Informationsdefizite auszugleichen, Tendenzen abzuschätzen und Verhalten abzustimmen [509]. Eine ähnliche

505. Ebd., Bericht aus Buer v. 4.4.

506. Ebd., Bericht Stadt Recklinghausen v. 22.3.

507. Ebd., Bericht Landrat Recklinghausen v. 8.3.

508. So kontrollierte der in Dinslaken gebildete Ausschuß andererseits auch Preise, was dem Regierungspräsidenten gar nicht gefiel in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 232, Bl. 234-235, Bericht des Landrats v. 12.3. und Stellungnahme des Regierungspräsidenten Düsseldorf v. 3.4.; StaMs, RegAbg I Pa, Nr. 979, 25.1., Niederschrift der Sitzung des Ausschusses von Herdecke; HStD, RD 17119, Bl. 267f., 10.8., Bürgermeister Sterkrade an den Regierungspräsident Düsseldorf. In Sterkrade hatte sich ein Mittelstandsamt gebildet, bestehend aus Vertretern der Kommune, des Lebensmittelhandels, Landwirtschaft und Konsumgenossenschaften

Funktion übten die Bürgermeisterbesprechungen aus [510]. Die politischen Parteien des Rheingebiets hatten einen gemeinsamen Aktionsausschuß gebildet [511].

Die Entscheidungen über den Abwehrkampf fielen weitgehend in den Zentralen in Berlin und dort oft ohne Wissen um die aktuellen Zustände. Forderungen nach einer größeren Entscheidungskompetenz für das besetzte Gebiet verstummten daher während des Ruhrkampfs nicht, im Gegenteil. Vor allem aus dem altbesetzten Gebiet wurden sie stärker. Als eine Vorstellung von sinnvoller Kooperation und Kommunikation wurde von dort entwickelt, mehr Stellen im oder am Rande des besetzten Gebietes einzurichten, bei denen man sich in den vielen Zweifelsfragen Rat holen könnte [512]. Mitverantwortlich für das letztliche Festhalten an der Entscheidungskompetenz in Berlin, selbst in taktischen Fragen, dürfte die Angst gewesen sein, daß eine *"Verlegung der Entscheidung an die Front ... die Gefahr (hat), daß die dort dann zweifellos einsetzenden Kämpfe nach außen in die öffentliche Stimmung dringen, sofort den Franzosen zur Kenntnis kommen und diesen die Stelle verraten, an denen sie einsetzen können"* [513]. Die freiwillige Zusammenarbeit sozial und politisch getrennter und gegensätzlich eingestellter Bevölkerungsgruppen war jedoch der Grundstock des Widerstands; das Ausweichen vor der notwendigerweise konfliktreichen verantwortlichen Zusammenarbeit dieser Kreise durch die Verlegung der Entscheidungskompetenz in zentrale staatliche Instanzen hat den Widerstand nicht stärker gemacht.

---

mit dem Schwerpunkt der Kontrolle der Lebensmittelversorgung.

509. Einladung an Regierung Münster durch Besatzungsamt Gladbeck v. 29.3. in: StaMs, RegMsBes, Nr. 84.

510. HStD, RD 16606, 12.3., Schreiben Landrat Cleve an Regierung Düsseldorf mit Bitte um Klärung einzelner Punkte, Bürgermeisterbesprechung am 9.3.

511. BA, R 43 I/188, Bl. 252RS, Bericht von der Besprechung in Gießen v. 17.5.

512. BA, R 43 I/188, Bl. 281-283, 30.5., Staatssekretär für die besetzten rheinischen Gebiete an Reichskanzler über Besprechung in Aschaffenburg mit Vertretern der Aktionsausschüsse der politischen Parteien des altbesetzten Gebietes der verschiedenen Länder, den Vorsitzenden der gewerkschaftlichen Abwehrausschüsse des altbesetzten Gebietes und einem Vertreter der Zentralstelle Rhein-Ruhr aus Berlin.

513. AdRk Cuno, Dok. Nr. 112, bes. S. 354, Reichswirtschaftsminister Becker in der Kabinettssitzung über die Taktik des Ruhrkampfs.

Über dieser lokalen Ebene läßt sich in der Region ein Geflecht von diversen Stellen ausmachen, die Knotenpunkte von Information und manchmal auch von Kompetenz in Spezialgebieten bildeten. Sie vermittelten einerseits zwischen den Zentralen in Berlin und deren jeweiligem Klientel im besetzten Gebiet und kommunizierten andererseits in unterschiedlichem Ausmaß und Intensität untereinander. Zu den wichtigsten Informationsknotenpunkten im besetzten Gebiet, die sich erfassen ließen [514], gehörten die Generalbetriebsleitung West [515], die Abwehrausschüsse, und darunter ganz besonders die Stelle Mehlichs [516] (die weiter unten beschrieben wird), die Provinzialbehörden, die obersten Post-, Eisenbahn-, Justiz-, Kanalbau- und Finanzverwaltungen, das Wehrkreiskommando Münster, die Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern [517], die Wirtschaftlichen Außenstellen in Köln, Hamm und Heidelberg [518] und der Wirtschaftsausschuß [519]. Köln wurde zum geographischen Zentrum der Abwehr [520]. Teilweise standen diese Stellen untereinander in engem Kontakt, sei es telefonisch [521], brieflich oder über regelmäßige Treffen. Zu speziellen Fragen wurden kurzfristig Spezialisten zu Beratungen

514. Die interessantesten Zusammenstellungen ergeben sich aus den Einladungslisten zum Besuch des Reichspräsidenten in Hamm am 18.3. Die Akten dazu im Bestand: ZStA, 39.02, Nr. 45, Bl. 71, undatierte Einladungsliste der Behörden und Organisationen zum Besuch des Reichspräsidenten am 18.3. in Hamm. Anlage zum Schreiben Mehlich an Meissner v. 16.3., ebd., Bl. 57. Zum Verfassungstag am 11.8. war eigentlich ein Gedenken an das Ruhrgebiet mit Ehrung von Verantwortlichen vorgesehen. Den instruktiven Schriftwechsel über den zu bedenkenen Personenkreis s. im Bestand: ZStA, Präsi, Nr. 226, Bl. 144, 157f., 165, 172-174, 223f., 236-238, 242-248, 258f. und 269f.

515. HStD RD 17119, Bl. 56, undatierter 2. Entwurf Generalbetriebsleitung West (GBLW), ca. April 1923.

516. Mitteilung Bürodirektor des Reichspräsidenten an Reichsinnenminister in: ZStA, Präsi, Nr. 226, Bl. 176, 4.8.

517. Landräte v. Hamm, Bochum, Hörde, Essen, Dinslaken, Hattingen, Recklinghausen und Düsseldorf. Einladungsliste zum Besuch des Reichspräsidenten in: ZStA, 39.02, Nr. 45, Bl. 71.

518. BA, R 43 I/216, Bl. 194, 14.11., Aufhebungsverfügung des Reichsarbeitsmin.

519. ZStA, Präsi, Nr. 226, Bl. 245RS, 5.8., Schreiben Reichsinnenmin. an Reichspräsidenten.

520. AdRk Cuno, S. 241 Anm. 4, Einschätzung Kochs im 3. vorläufigen Bericht.

521. Telefonische Nachricht der Generalbetriebsleitung West nach Barmen zum ausgewiesenen Regierungspräsidenten Grützner, einer Schlüsselfigur des

zusammengerufen [522]. Neue Informationswege quer zu den Instanzenwegen mußten aufgebaut werden [523], vor allem zwischen den regionalen Behörden der einzelnen Ressorts; neue Stellen mußten in die Informationskanäle integriert werden [524]. Teilweise fehlte es jedoch weiterhin an jeder Fühlungnahme, besonders zwischen Reichs- und preußischen Behörden [525]. Von diesen Knotenpunken wurden die nahestehenden Bevölkerungskreise benachrichtigt: Gewerkschaften, Kommunen, Wirtschaftsverbände. In Besprechungen zwischen Entscheidungsträgern aus Berlin mit Vertretern des besetzten Gebiets wurden darüberhinaus Entscheidungen ins besetzte Gebiet vermittelt. Dies geschah durch Reisen von Ministern [526], des Kanzlers [527], des Reichspräsidenten [528] und von Ministerialbeamten [529] in das besetzte Gebiet bzw. nach Köln [530] oder durch Versammlungen, meist

---

organisierten Widerstands, der sich insbesondere um die Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung kümmerte in: HStD, RD 17119, 25.8.

522. ZStA, 39.02, Nr. 25, Bl. 195f., 20.3., ADGB an Mehlich, Bitte um Einladung zu einer Besprechung über eine Kartoffelankauf- und -verteilungsaktion; ebd., Nr. 14, 20.2., Einladung Oberbürgermeister Essen an Mehlich zur Besprechung über die Organisierung von Kredithilfe und Lohnsicherung; Besprechung der Polizeinachrichtenoffiziere am 23.2. und weiteres Treffen, zusammen mit den "Telegrafenbevollmächtigten" der Regierungsbezirke Düsseldorf, Münster, Arnsberg, und Minden am 1.3. in Hamm über die "Anlage direkter Leitungen ins und vom Einbruchsgebiet" in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007, Bericht Regierung Münster an Oberpräsidium v. 27.2. und handschriftlicher Vermerk.

523. Vgl. z.B. die Bitte des Landesfinanzamtspräsidenten Münster an Oberpräsidium, von nachgeordneten Stellen entlang der Grenze bei einem weiteren Vorrücken der Besatzung unmittelbar verständigt zu werden in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007, 26.1. Das geschieht mit Anweisung Oberpräsident an die entsprechenden Landräte v. 2.2. in: StaMs, RegMsBes, Nr. 30.

524. Vgl. z.B. StaMs, RegMsBes, Nr. 30, 16.2., Schreiben der neuen Pressestelle Ruhr-Rhein an Regierungspräsidenten Münster mit Bitte um Termin zum Vorstellen.

525. BA, R 43I/ 212, Bl. 307-311, 23.4., Besprechung im Oberpräsidium in Münster.

526. Vgl. z.B. AdRk Cuno, S. 201 Anm. 5, Anfang Februar fährt der Reichswirtschaftsminister nach Köln; AdRk Cuno, Dok. Nr. 52, S. 189, der Reichsernährungsminister ist um den 20. Januar im Ruhrgebiet.

527. AdRk Cuno, S. 217 Anm. 1.

528. ZStA, 39.02, Nr. 45, Bl. 58, 5.3., Büro des Reichspräsidenten, Meissner, an Mehlich, über die für den 18.3. geplante Reise des Reichspräsidenten nach Hamm.

am Rande des besetzten Gebiets [531]. Diese Formen der Unterrichtung und des Meinungsaustausches bürgerten sich im Laufe der Zeit mehr und mehr ein [532]. Der persönliche Austausch spielte auch deshalb eine zunehmend wichtigere Rolle, weil die schriftliche oder telefonische Übermittlung von Anweisungen immer gefährdeter und zunehmend vermieden wurde [533]. Außerdem dauerte der schriftliche Bearbeitungsweg zu lange. Wer einigermaßen auf dem Laufenden über die sich ständig verändernden Anweisungen bleiben wollte und einen Überblick erhalten wollte, tat gut daran, an solchen Besprechungen regelmäßig teilzunehmen [534]. Dabei blieb das Entscheidungsgefälle gewahrt, de facto wurden den Provinzialbeamten die Richtlinien und Intentionen der Zentralen erklärt und ausgelegt [535].

Als eine Form der begrenzten Verlegung von Kompetenz aus den Zentralen in das besetzte Gebiet wurde die dauerhafte Entsendung von Kommissaren mit bestimmten Vollmachten [536] praktiziert, außerdem Kommissare mit Spezialaufträgen versehen [537]. Mit ihnen wurde diese

529. Vgl. z.B. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 238, Bl. 37-47, 19.2., "Notizen über eine Dienstreise ins besetzte Gebiet", Ministerialdirektor von Brandt, Oberregierungsrat von Oetzen vom Reichsfinanzmin. und Geheimrat Reichardt vom Reichswirtschaftsmin.

530. Vgl. beispielsweise BA, R 43 I/188, Bl. 464-7, Bericht Bruggers an Reichskanzler über Reise nach Köln v. 21.-24.6.

531. Vgl. beispielsweise der Hinweis auf die Besprechungen in Dortmund und Hagen am 9. und 10.1. im Rundschreiben des Regierungspräsidenten Arnsberg in: HStD, RD 16533, 12.1.

532. Sitzung der Regierungspräsidenten in Siegen am 13.3. mit Vertretern aus Düsseldorf, Trier, Aachen, Köln, Koblenz, Wiesbaden (der kommissarische Regierungspräsident) und Arnsberg in: StaMs, RegMsBes, Nr. 30, 13.3., Bericht über die Sitzung der Regierungspräsidenten in Siegen. Die nächste Besprechung fand am 17.5. in Gießen statt über die Lage im altbesetzten Gebiet in: ZStA, RmfdbG 53424/7, Bl. 87-90, Niederschrift.

533. Vgl. StaMs, RegMsBes, Nr. 30, 13.3., Bericht über die Sitzung der Regierungspräsidenten in Siegen.

534. Vgl. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 21, Bl. 47, 27.3., Schreiben Oberpräsident Cassel an pr. Innenmin.

535. Vgl. StaMs, RegMsBes, Nr. 30, 13.3., Bericht über die Sitzung der Regierungspräsidenten in Siegen.

536. Vgl. HStD, RD 16533, 9.1., Geheimes Brieftelegramm des Reichsschatzmin. an pr. Innenmin.; weitreichende Vollmachten erhält der "besondere Vertreter" des

Entscheidungsbefugnis jedoch nicht Stellen im besetzten Gebiet übertragen, sondern Abgesandten der Ressorts, später auch der Regierung. So erhielt einer der Verbindungsmänner der Reichsregierung, Karl Jarres, die Oberleitung über die Sabotage übertragen [538]. Der Ernährungskommissar Burckhardt war vom preußischen und dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft authorisiert, anstehende Fragen selbstverantwortlich zu regeln [539]. *"Man weiß,"* so schrieb der amerikanische General Allen, *"daß der passive Widerstand mit Einschluß der Streiks in den Bergwerken und auf den Eisenbahnen zu bestimmten Terminen und an noch verschiedenen lebenswichtigen Stellen von Münster aus geleitet wird."* [540] Eine derart zentrale Stelle gab es für die Leitung des Ruhrkampfs zwar nicht, aber nach

---

pr. Min. für Landwirtschaft, Domänen und Forsten/ pr. Staatskommissar für die Ernährung, der Maßnahmen "von sich aus selbständig und unmittelbar" treffen kann in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 235, Bestellung Dr. Burckhardt v. 3.2.; vgl. AdRk Cuno, S. 159 Anm. 15, bzgl. der Kommissare des Reichsverkehrsmin.; vgl. die Äußerungen des Staatssekretärs Geib vom Reichsarbeitsmin. in der Besprechung mit Gewerkschaftern v. 23.1. über die Planungen in seinem Bereich in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 52, s. bes. S. 189.

537. Vgl. den zumindest skeptischen Bericht des Oberbürgermeisters von Gelsenkirchen v. 4.6. über die Erfolgsaussichten, die Kompetenz und die Vollmachten des entsandten Organisators einer kommunalen Sicherheitswehr und den handschriftlichen Vermerk über die ablehnende Reaktion in der Berliner Zentrale, in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007, Gelsenkirchen, 4.6., betr. die gegenwärtige Lage in Gelsenkirchen.

538. Vgl. BA, NL Jarres, Bd. 36, Brief Jarres an Kabisch v. 19.11. 1931; NL Jarres, "Beteiligung" 1926, bes. S. 2; NL Jarres, Bd. 7, Brief Jarres an Friedrich Kienzl v. 7.1.1925. Darin fordert Jarres von Kabisch Pläne des Düsseldorfer Gefängnisses zurück, die er diesem "für bestimmte Zwecke" hatte zukommen lassen.

539. Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten teilt am 12.2. den preußischen Ressorts mit, daß Burckhardt in Elberfeld, bei der Generalbetriebsleitung West und nicht in Hamm (vermutlich bei der Stelle Mehlich. B.M.) stationiert wird in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 235, Bl. 10. Vgl. ebd. die Bestellung Burckhardts v. 3.2. Vgl. HStD, RD 17119, Erlaß v. 10.2. mit Ernennung und Bevollmächtigung des Reichsernährungsminsters. Vgl. BA, R 43 I/216, Bl. 239, Mitteilung des pr. Staatskommissars für Volksernährung v. 24.1.24, daß vom 21.1.24 an die Dienstgeschäfte in Ernährungsangelegenheiten nicht mehr im besetzten Gebiet sondern von der Zentralstelle abgewickelt werden. Das bedeutet vermutlich die Aufhebung der Stelle Burckhardts.

Münster war der Geheimrat Brecht vom Reichskohlenkommissariat abgeordert, um *"Fühlung mit Regierungs- und Industriekreisen des Reviers"* zu halten [541] usw. Außerdem war vermutlich auch der Kommissar Mehlich in die Koordinierung von Einzelstreiks seit Ende Januar involviert [542]. Binnen kürzester Zeit war dadurch eine Vielzahl von Stellen für die unterschiedlichsten behördlichen und politischen Zwecke [543] von teilweise verdeckter Art [544] geschaffen worden. Einen vollständigen Informationsfluß zu den Verteilstellen ins besetzte Gebiet hat es nicht gegeben. Fast alle wichtigen Abwehrstellen im besetzten Gebiet [545] beklagten sich über fehlende Informationen aus den Zentralen. Dies erklärt

---

540. Allen, Rheinpolitik, a.a.O., S. 152.

541. Telegramm des Reichskohlenkommissars Stutz an Oberpräsidium Münster v. 25.1. mit der Bitte um Unterstützung in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007, 25.1.

542. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1085, Bl. 5, Referentenbesprechung am 27.1., Mehlich soll kontaktiert werden, um eine Vereinheitlichung der Abwehrmaßnahmen vorzuschlagen.

543. Vgl. die Niederschrift über die Chefbesprechung im Reichsernährungsmin. v. 6.2., derzeit neun eingerichtete, eine geplante Stelle der Reichsmin. für Arbeit, Verkehr, Wirtschaft, Finanz, Schatz, Post sowie der pr. Min. des Innern, für Landwirtschaft, Handel und Volkswohlfahrt. In der Diskussion ist der Aufbau einer weiteren Verwaltungsstelle in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 235, Bl. 12f.

544. Vgl. StaMs, RegMsBes, Nr. 30, Brief pr. Innenmin. an Regierung Münster v. 1.2. Darin werden die pr. Behörden von der Stelle des Reichsschatzmin. unterrichtet, gleichzeitig sollen sie "von einer schriftlichen Weitergabe" absehen. Als Anschrift firmiert "Geräteverteilungsstelle Rathaus Essen" ohne Namensnennung.

545. Vgl. HStD, RD 16377, 12.5., der Oberpräsident der Rheinprovinz an pr. Innenmin., betr.: Informationen der staatlichen Provinzialbehörden. Die Haltung der Zentralstellen zu einer Ordonnanz hat sich wesentlich verändert, ohne daß das Oberpräsidium und die Regierungspräsidenten etwas davon direkt erfahren. Vgl. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 235, Bl. 14f., 12.2., Der Regierungspräsident Arnsberg hat von der Veränderung und der Einrichtung neuer Stellen, auch in seinem Zuständigkeitsbereich, "(g)elegentlich" erfahren. Vgl. ebd., Nr. 230, 30.4., Vertrauliches Schreiben des Reichsarbeitsmin. an Reichs- und pr. Ressorts mit der Bitte, Verfügungen, die seine Vertrauensleute vor Ort brauchen, ihm zur Weiterleitung zukommen zu lassen. Vgl. ZStA, RmfdbG 53424/7, Bl. 149, Niederschrift der Sitzung v. 28.5. im Reichswirtschaftsmin. mit dem Wirtschaftsausschuß, in der dessen Vertreter die Information über neue Ordonnanzen und die Stellungnahmen der Reichsregierung dazu als "eine absolut

sich sowohl aus der fragmentierten Bearbeitung in den Zentralen, in denen das Zuständigkeitsdenken Querverbindungen erschwerte wie aus der selektiven mündlichen Weitergabe, der ein hoher Grad von Zufälligkeit anhaftete. Es waren im Grunde Bruchstücke eines dauernd sich verändernden Sachstands, über die die einzelne Stelle im Ruhrgebiet verfügte [546].

Die Frage, ob und wie sich *"das abgeschlossene Gebiet ... im wesentlichen aus sich selbst regieren"* sollte, wurde Ende Januar in den Zentralen in Berlin gestellt [547]. Hierzu wurden von verschiedenen Stellen unterschiedliche Konzepte favorisiert. Dem Gedanken einer wirklichen Selbstregierung, also einer Entscheidungskompetenz im besetzten Gebiet selber, kamen die Bestrebungen des Reichsarbeitsministers am nächsten. Er kämpfte [548] um den Ausbau der Stelle des Reichs- und Staatskommissars Mehlich, der im besetzten Gebiet für "gewerbliche Fragen" bereits seit Jahren tätig war und die Verhältnisse kannte. Mehlich sollte sich ein Beratungsgremium schaffen, dem Gewerkschafter, Arbeitgebervertreter und Beamte als Vertreter der wichtigsten organisierten Bevölkerungskreise und Entscheidungsträger des Ruhrgebiets angehörten. Diese Stelle sollte im besetzten Gebiet angesiedelt sein und die Führung im Abwehrkampf haben, soweit gewerbliche Fragen betroffen waren. Aber auch allgemeine politische Fragen sollten mit ihr abgestimmt werden, und mehr noch. Sie sollte *"den Kampf (leiten) und die Kräfte (zusammenfassen)"*, über alles wesentliche informiert sein und die Informationen der Regierung weiterleiten, ferner *"Kampfhandlungen abblase(n) und ebenso anfache(n)"*. Hier, bei einer Stelle im besetzten Gebiet also, sollte alles zusammenlaufen und von hier aus Kuriere Nachrichten und Anordnungen überbringen. Die Stelle Mehlichs wurde tatsächlich auf- und ausgebaut, und bald schon entstanden nach ihrem Vorbild für die anderen Regionen des besetzten Gebietes zwei weitere sogenannte "Abwehrausschüsse" [549]. Zwar fehlte

---

unzureichende" bezeichnet.

546. Vgl. beispielsweise HStD, RD 16606, 1.3., Schreiben Landrat Kreis Gladbach an Regierung Düsseldorf über die Veränderungen der Anweisung zum Verbot der Energielieferung an militarisierte Bahnhöfe und die Nachfrage nach dem derzeitigen Sachstand.

547. Aufzeichnung über die Situation im Ruhrgebiet, vermutlich vom Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hamm, am 31.1. in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 62, S. 209.

548. Vgl. die Kabinettssitzung v. 3.2. in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 63, S. 211. Ebenso in der Chefbesprechung im Reichsernährungsmin. am 6.2. in: ZStA

diesen Ausschüssen jede demokratische Legitimierung, doch kam in ihnen der Wille wichtiger Bevölkerungskreise und Funktionsvertreter zur Zusammenarbeit in der Abwehr zum Ausdruck. Die Kompetenz dieser Ausschüsse blieb jedoch eingeschränkt. Sie bestimmten nicht die Entscheidungen über die Abwehr, ja sie durften nicht einmal die Fragen von starrer oder flexibler Taktik entscheiden. Solche Entscheidungen blieben den Zentralstellen vorbehalten, die sie auch nicht aus der Hand gaben. Wenn Jarres, der Mitglied im Abwehrausschuß Mehlichs war, rückblickend behauptet, daß Mehlichs *"Gutachten, wie das der Wirtschaftsführer, ... letzten Endes für die Reichsregierung bestimmend"* gewesen sei, so kann das für die Stelle Mehlichs jedenfalls nicht bestätigt werden [550].

Parallel zur Ausgestaltung der Stelle Mehlichs lief die Diskussion um die Einrichtung einer Stelle am Rande des besetzten Gebiets, die mit *"diktatorischen Vollmachten"* [551] ausgestattet sein sollte, und die über einen Stab von ortskundigen, sachverständigen Vertretern aller beteiligten Behörden und Körperschaften verfügen sollte [552]. Hinter diesem verschiedentlich vorgetragenen Wunsch, der aus dem besetzten Gebiet heraus formuliert wurde, stand das Bedürfnis nach schneller, kompetenter, umfassender Auskunft und Entscheidung. Denn die bisherigen Erfahrungen zeigten eine fehlende Fühlungnahme Berlins mit dem besetzten Gebiet, eine Orientierungslosigkeit dort und eine fehlende Zusammenfassung der

---

Merseburg, MdI, Nr. 235, Bl. 12f.

549. Rundschreiben des Staatssekretärs in der Reichskanzlei v. 6.2. in: ZStA, RmfdbG 53432/53, Bl. 145. Vgl. ferner ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1085, Bl. 75-81, Niederschrift über eine Sitzung im Reichsarbeitsmin. am 25.1. (Zitate Bl. 78). Vgl. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 241, Bl. 9 u. 9RS, den handschriftlichen Vermerk über die am 6.2. beim Reichsarbeitsmin. stattgefundene Sitzung betr. Ruhrgebiet, bei der die Einrichtung ähnlicher Stellen in Köln und Frankfurt oder Mannheim vereinbart wird. Zur personellen Zusammensetzung des Abwehrausschusses s. BA, NL Jarres, "Beteiligung" 1926, bes. S. 2.

550. Vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 112, Kabinettssitzung v. 29.3., s. bes. S. 355, die Kontroverse zwischen dem Reichswirtschaftsminister und dem Bürgermeister Schmid einerseits und dem Reichsarbeitsminister andererseits über die Entscheidungsbefugnis der "Vertrauensstellen"; BA, NL Jarres, "Beteiligung" 1926, S. 2 (Zitat).

551. Vermerk Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hamm, über Gespräch mit dem Abgeordneten Bell in: AdRk Cuno, S. 211 Anm. 4.

Abwehr [553]. Gegenüber dem *"Bürokratismus"* wurde *"ein Kommissar... mit den weitgehendsten Vollmachten"* gefordert [554]. Der Umfang der Kompetenzen, die Art der Aufgaben, die Anbindung an die verschiedenen anderen Abwehrstellen und die leitenden Personen wurden ausgiebig beraten und die Idee dann doch fallengelassen [555]. De facto setzten sich die Zentralisten durch. Sie konnten sich darauf berufen, *"daß nicht ein Mann alle diese tausenderlei Dinge entscheiden könnte, sondern daß diese Dinge letzten Endes von den großen Zentralstellen in Berlin, in welchen alle Ministerien vertreten seien, geregelt werden müßten"* [556].

Blieben also die Entscheidungen zunächst weitestgehend in Berlin konzentriert, bereitete die Umsetzung vor Ort insofern Schwierigkeiten, als das besetzte Gebiet nicht einmal verwaltungsmäßig eine Einheit bildete und außer zu Preußen noch zu Bayern, Hessen und Baden gehörte. Preußen war durch die Besetzung des Industriegebiets besonders betroffen, und hier sind einige Experimente unternommen worden, um die schnelle Umsetzung von Entscheidungen und eine Entscheidungsfindung vor Ort zu installieren. Das Problem wurde im "Vorwärts" Anfang Februar so beschrieben: *"Nichts bringt die Behörden so sehr in Mißkredit wie ein Neben- und Gegeneinanderarbeiten. Diese Gefahr ist im Ruhrgebiet besonders groß. Sie liegt darin, daß das wirtschaftlich einheitliche Industriegebiet verwaltungsmäßig zu zwei Provinzen und drei Regierungsbezirken gehört"* [557]. In Münster, Arnsberg und Düsseldorf saßen die Bezirksregierungen der neubesetzten Gebiete. Düsseldorf lag davon als einzige im direkten

552. BA, R 43 I/206, Bl. 219, 29.1., Schreiben Reichspostmin. an Reichskanzlei.

553. BA, R 43 I/206, Bl. 219, 29.1., Reichspostmin. an Reichskanzlei. So auch die Parteiführer der bürgerlichen Parteien in einer Besprechung mit dem Reichskanzler am 2.2., eingeladen waren Fraktionsführer SPD, DDP, DVP, BVP, DNVP und Zentrum mit je einem Vertreter aus den besetzten Gebieten in: AdRk Cuno, S. 210 Anm. 1.

554. So Zöllner, Vertreter der Eisenindustrie, am 19.2. in einer Besprechung in der Handelskammer in Bochum in: ZStA, 39.02, Nr. 25, Bl. 147f. (Zitat Bl. 148).

555. Vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 62, Aufzeichnung über die Situation im Ruhrgebiet, 31.1. Verfasser vermutlich Staatssekretär Hamm u. ebd., S. 209 Anm. 3. Vgl. BA, R 43 I/206, Einladung zur Besprechung am 6.2. v. 3.2. und Antwort des Staatssekretärs Hamm v. 7.2.

556. Der pr. Handelsminister Siering in der Besprechung der Handelskammer Bochum v. 19.2. in: ZStA, 39.02, Nr. 25, Bl. 147f. (Zitat S. 148).

557. Vorwärts v. 2.2.: "Gebote der Not" v. A. Grzesinski in: BA, R 43 I/222a, Bl.

Zugriff der Besatzer. Die preußische Provinz Rheinland mit dem Oberpräsidium in Koblenz (Bezirksregierung Düsseldorf) war sowohl durch die vertragsmäßige Besetzung des Rheinlandes wie die Ruhrbesetzung betroffen, die Provinz Westfalen mit Sitz des Oberpräsidenten in Münster (Bezirksregierungen Arnsberg und Münster) nur durch die Ruhrbesetzung. Die erste Reaktion auf das Problem war, die Bearbeitung der Besatzungsangelegenheiten bei der bereits besatzungserfahrenen Regierung in Düsseldorf zu zentralisieren [558]. Diese Maßnahme wurde nach nur wenigen Tagen wieder aufgehoben. Dafür sollten nun bei den Dienststellen "Besatzungs-Dezernate" eingerichtet werden [559], die Verbindung untereinander halten sollten. Analog zur bereits erwähnten "Diktaturdiskussion" wurde auch für Preußen eine neue Stelle erwogen, entweder zur Zentralisierung von Information oder zur autoritativen Entscheidung. Die Erkenntnis, daß die örtlichen Stellen die *"Sache selbst meistern"* mußten, hat sicherlich die Aufhebung der Zentralisierung beeinflußt [560]. Für kurze Zeit richtete Preußen eine Verbindungsstelle in Hamm ein, um Fragen aus der Bevölkerung und von Behörden zu klären

---

31f.

558. Erlaß des pr. Innenmin. v. 11.1. in: HStD, RD 16533, Regierungspräsident, Arnsberg, 12.1., betr.: Besatzungsangelegenheiten.

559. Oberpräsident der Rheinlande, Fuchs, und zusammenfassend Oberpräsident Westfalen, Gronowski, in der Besprechung in Hamm am 21.1., pr. Innenminister Severing mit Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten sowie Reichs- und Staatskommissar Mehlich in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 22, Bl. 10; StaMs, RegMsBes, Nr. 30, Benachrichtigung Regierung Münster durch Oberpräsidium v. 22.1.; StaMs, OpräMü, Nr. 5007, 23.1., Anweisung an nachgeordnete Behörden durch Regierung Arnsberg.

560. Schon bei der Einführung war man sich nicht sicher, was die Stelle eigentlich sollte. Vgl. Besprechung in Hamm am 21.1., Severing mit Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten, Beamten und Reichs- und Staatskommissar Mehlich in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 22, Bl. 2-10 (Zitat Regierungspräsident Grützner, Düsseldorf, Bl. 9), s. bes. Innenminister Severing Bl. 3 und 8, Oberpräsident von Westfalen will nur Stelle mit Vollmachen Bl. 4, Oberpräsident Rheinprovinz gar keine Bl. 9, dafür aber Regierungspräsident Arnsberg eine mit Vollmachten Bl. 9, Regierungspräsident Düsseldorf will nur eine mit "entscheidende(r) Gewalt", hält das aber für "nicht durchführbar" Bl. 9, Mehlich will Stelle in Berlin "für die Verkürzung des Weges und Erleichterung der Zuständigkeit" Bl. 9. Tenor der Besprechung, keine Stelle am besetzten Gebiet, aber Auskunftsstelle in Berlin mit Vertretern verschiedener Reichs- und pr. Min., Bl. 10.

und Klärungsprozesse in der Zentrale voranzutreiben, doch auch diese

Stelle wurde schon nach wenigen Wochen wieder aufgegeben, weil inzwischen der Westfälische Besatzungsausschuß mit derselben Aufgabenstellung arbeitete. Einer kontinuierlichen Bearbeitung der ständig eingehenden Fragen aus dem besetzten Gebiet war ein derartiger ständiger Wechsel natürlich abträglich [561].

Zu Recht sucht man daher die zentrale Koordination in den Berliner Zentralstellen, doch man sucht sie dort vergeblich. Die nicht ausprobierten Überlegungen sind hier die eigentlich interessanten Ergebnisse dieser großen Herausforderung. Denn sie zeigen exemplarisch die Problembereiche der Koordination auf, an denen die zentrale Abstimmung der Kräfte schließlich scheiterte.

Als faktisch zuständig für die Entscheidungen über den Widerstand mußten die Ministerien des Reichs und der Länder, kurzgefaßt die "Zentralstellen", schnell zu einheitlichen oder zumindest nicht gegensätzlichen Anweisungen kommen, und diesen Prozeß galt es zu koordinieren. Nicht alle Ministerien waren gleichermaßen betroffen [562]. Nachdem sich anfangs auf Initiative des Auswärtigen Amts die Referenten aus verschiedenen Ministerien in gemeinsamen Besprechungen gegenseitig ins Bild setzten und nächste

---

561. StaMs, OpräMü, Nr. 5007, "Verbindungsstelle Hamm. Entstehungsgeschichte". Undatierte und nicht unterschriebene Aufzeichnung, ca. Februar 1923 über Aufgaben und Anbindung der Stelle; ZStA Merseburg, MdI, Nr. 257, Bl. 90, Anfrage der Verbindungsstelle Hamm beim Reichsmin. d. Innern v. 22.2.; StaMs, RegMsBes, Nr. 30, 15.2., Anfrage Regierungspräsident Münster bei der Verbindungsstelle; ebd. Erinnerung v. 13.3. und Antwort v. 22.2. von Mehlich, der Abschrift der Anfrage erhalten hatte sowie Hinweis des Landrats Hamm v. 22.3., daß mit Weggang Klausers die Verbindungsstelle verwaist sei.

562. "Das Reichsinnenministerium hatte mit dem Ruhrkampf wenig zu tun gehabt. Die grundlegenden Entscheidungen waren solche der Außen-, nicht der Innenpolitik, die finanziellen Folgen Sache des Finanzministeriums und der Reichsbank, und die polizeilichen und verwaltungsmäßigen Maßnahmen an Ort und Stelle Angelegenheiten des preußischen Innenministeriums." In: BA, NL Brecht, Bd. 55, "Die Erinnerungen des Professors Arnold Brecht", VII, Als Reformator im Reichsinnenministerium (1921-1927), S. 732f. Die zentralen Funktionen des Reichsarbeits- und Reichswirtschaftsmin. und der Abteilung IV des eigenen Min., das ja für die rheinischen Gebiete verantwortlich war, sind demnach selbst

Schritte koordinierten [563], wurde diese Koordinierung am 19.1. bei der Reichskanzlei zusammengefaßt und nicht dem Staatssekretariat für die besetzten rheinischen Gebiete beim Reichsinnenministerium übertragen [564]. Zu den nun anvisierten täglichen [565] Referentenbesprechungen ist es aber nicht gekommen, sondern Besprechungen wurden seit dem 21.1. bei Bedarf anberaumt [566]. Damit verlor die Koordinierung schnell an Kontinuität und die Möglichkeit wurde vertan, über einen regelmäßigen Austausch an kompetenter Stelle eine relativ gleichgewichtige Bearbeitung zu gewährleisten und eine "Vision" von der gemeinsamen Herausforderung entstehen zu lassen.

Die weitere Entwicklung ist durch den formalen Ausbau der Stelle bei der Reichskanzlei und ihres Instrumentariums bei inhaltlicher Aushöhlung und separater Bearbeitung der Materie in den Ministerien gekennzeichnet. Der aus Düsseldorf ausgewiesene Bürgermeister Schmid wechselte als Referent speziell für diese Aufgabe in die Reichskanzlei und löste den Amtsinhaber, den Ministerialrat Kempner, ab. Genau wie sein Vorgänger sollte er den Nachrichtendienst besorgen und als Anlaufstelle für *"Anträge, Anregungen und Wünsche"* aus dem besetzten Gebiet dienen. Diese sollte er den zuständigen Stellen zuleiten, zwischen den verschiedenen zuständigen Stellen Einvernehmen herstellen, Zuständigkeitsfragen sofort klären und dafür sorgen, daß die Einheitlichkeit der Bearbeitung nach den Gesichtspunkten der Reichsregierung und in besonderer Abstimmung mit dem Reichskommissariat für die besetzten rheinischen Gebiete gewahrt wurde. Die sachliche Zuständigkeit sollte unverändert bleiben [567].

Angehörigen der Zentralstellen nicht präsent gewesen.

563. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 21, Bl. 2f., 11.1., erste Besprechung von Vertretern der Reichs- und preußischen Ressorts im Auswärtigen Amt.

564. Auszug aus dem Staatsministerialprotokoll v. 19.1. in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 21, Bl. 15; AdRk Cuno, Dok. Nr. 45, Ministerbesprechung v. 16.1., S. 150 u. ebd. Anm. 9.

565. Auszug aus dem Staatsministerialprotokoll v. 19.1. in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 21, Bl. 15.

566. Ebd., Bl. 15 und Bl. 23, 21.1., Staatssekretär des Reichskanzlers an pr. Innenmin.

567. Rundschreiben des Reichskanzlers an die Reichs- und preußischen Ressorts v. 9.2. in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 21. Vgl. die Anfrage des Reichsernährungsmin. v. 2.5., wer für die Gegenmaßnahmen gegen Suppenküchen

Eine *"(e)inheitliche Zusammenfassung der Angelegenheiten des vergewaltigten Gebietes"* kam auf diese Weise aber nicht zustande [568]. Die Kenntnis der Örtlichkeiten und der Personen in der Region, die Schmid als Bürgermeister einer besetzten Stadt in die Bearbeitung der Ruhrangelegenheiten in die Zentralen hätte einbringen können, konnte für die Organisierung des Widerstands nicht fruchtbar gemacht werden. Vielmehr symbolisierte der "Abstieg" vom Ministerialrat zum Bürgermeister in der preußischen Verwaltungshierarchie mehr als augenfällig den Abstieg der konkreten täglichen Sacharbeit. Diese Problematik ist also schon von Beginn des Widerstands als Schwachpunkt festzustellen. Hieraus ergaben sich fatale Konsequenzen für die Gesamtabstimmung, wenn es auch immer wieder nahezu verzweifelte Versuche gegeben hat, eine funktionierende Koordinierung aufzubauen.

3.3.10. Zusammenfassung: Der Weg in den Widerstand

Eine detaillierte Analyse der Entscheidungs- und Eskalationsprozesse der ersten Tage der Besetzung machte die relative Offenheit der Entwicklung deutlich, vor allem auch die erst allmählich einsetzende und gezielt geförderte Entwicklung einer massenhaften Widerstandsstimmung im besetzten Gebiet, an der Aktionen der Besatzungstruppen genauso beteiligt waren wie Dramatisierungen von Protagonisten des Widerstands im besetzten Gebiet. Hinsichtlich der Entwicklung des Gewalteinsatzes wurden die Stufen der Eskalation von der formalen Anmaßung der Herrschaft durch Verfügungen und einseitige Erklärungen über die Demonstration der Stärke bis zum gezielten Einsatz begrenzter Gewaltmittel seitens der Besatzungsmächte erkennbar.

Die relativen Grenzen der Gewaltmittel und die Macht der Nichtzusammenarbeit wurden sichtbar, als die Funktion der militärischen

---

etc. zuständig sei in: ZStA, RmfdbG 53432/49, 2.5.

568. AdRk Cuno, Dok. Nr. 78, S. 264 (Zitat), 18.2., "Vermerk des Staatssekretärs Hamm über die politische Lage". Vgl. beispielsweise die Klärung einer Zweifelsfrage aus dem besetzten Gebiet, die vom 1.4. bis zum 27.6 dauert, die Betroffenen bis dahin immer noch nicht informiert sind, während mit der Angelegenheit fünf verschiedene Stellen befaßt werden in: ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1099, Bl. 116-118 und 121f.

Gewalt noch darin lag, als Drohpotential und noch nicht primär als Unterdrückungspotential zu dienen. Als die Truppen begannen, ihre Machtmittel zur Unterdrückung einzusetzen und mit massenhaftem Widerstand konfrontiert wurden, zeigte sich, daß ihre Führung hierauf konzeptionell noch gar nicht eingestellt war.

Hinsichtlich der Entwicklung des Widerstands wurden die Schritte der Regierung von einer klaren, aber unkonkreten Bereitschaft zu Gegenmaßnahmen zu einem umfassenden, staatlich verantworteten Widerstand mit relativ einheitlichen Formen nachvollzogen. Die Beamtenschaft durchschritt mehrere Stufen von der Zusammenarbeit über begrenzte Fälle von Nichtzusammenarbeit, die Entwicklung regional unterschiedlicher Bereiche von Zusammenarbeit und Verweigerung, verdeckter Nichtzusammenarbeit bis zur offenen Nichtzusammenarbeit, die nur in bestimmten Situationen eine Kollaboration erlaubte.

Einerseits klare, de facto aber nicht hinreichend differenzierende Entscheidungen der Regierung markierten diese Eskalation des Verhaltens und später die Verengung der Formen. Die einsetzende Emotionalisierung, konkrete Forderungen von Interessenten und die Eskalationsdynamik haben die Entscheidungsträger in Richtung zu einer Eskalation und Vereinheitlichung getrieben. Infolgedessen wurde der gesamte Staatsapparat für den Widerstand zur Verfügung gestellt. Die dort bereits gesammelten Erfahrungen mit verschiedenen Widerstandsformen wie auch die bereits erkannten Konkurrenzen zwischen Widerstand und Aufrechterhaltung vitaler Funktionen wurden zugunsten einer einheitlichen, der Eskalationsstimmung Rechnung tragenden Haltung, geopfert. Darüber ging das anfangs sehr deutliche Bestreben verloren, die Eskalation nicht einseitig voranzutreiben. Es erscheint möglich, daß die Regierung anfängliche Maßnahmen abgeändert hätte, als ihre Wirkungen erkennbar wurden. Solche Schritte blieben aber aus, vielmehr drängte die eskalierende Gesamtsituation zu einer Ausweitung von Widerstandsmaßnahmen auf Gebiete und Bereiche, an die anfangs niemand gedacht hatte. Gleichzeitig wurde die Verantwortlichkeit des Reichs in entscheidenden materiellen Bereichen festgeklopft und ein umfassendes Hilfsangebot aufgebaut, dem sich dann eine entsprechende Erwartungshaltung zugesellte. Aufgrund der Analyse scheint die Annahme vertretbar, daß der notwendige Zusammenhalt des Widerstands nicht notwendigerweise mit einer einheitlichen Widerstandshaltung konform gehen mußte. Wichtiger scheint, angesichts der Erwartungshaltung des besetzten Gebiets an die Regierung als

Führungsinstanz, eine eindeutige Parole gewesen zu sein und intensive Kommunikation im Anschluß daran. Die Ausarbeitung der Richtlinien für die kommunalen Beamten zeigte nicht nur die Komplexität der Besatzungsrealität, die mit einfachen Parolen nicht zu bewältigen war. Sie zeigte darüberhinaus, daß es möglich war, sowohl mit den Betroffenen vor Ort als auch im Sinne zentraler Vorgaben zu realitätsangemessenen Verhaltensnormen zu kommen.

Abschließend sei festgehalten, daß mit einer anderen, aber klaren und frühzeitigen Parole und mit engeren Zusagen hinsichtlich Entschädigungsangeboten auch ein Widerstand hätte entstehen können, aber auf einem viel niedrigeren Eskalationsniveau. Die später verhängnisvolle Entwicklung der Überstrapazierung der materiellen Kräfte beruht auf den Weichenstellungen der ersten Wochen der Besetzung und der ausbleibenden Korrektur. Die richtigen Grundsatzentscheidungen der Verantwortlichen in der Regierung konnten in verschiedener Weise umgesetzt werden, auch in einer solchen, die sowohl Widerstand ermöglichte und förderte als auch den eigenen Kräften Rechnung trug. Die Facetten zeigen Parolen des Widerstands, die die gewaltsame Kontrolle zurückwiesen, aber selber konsequent an der Ausführung der Lieferung festhielten; sie zeigen einen sehr indirekten, tatsächlich passiven Widerstand im Sinne eines Dienstes nach Vorschrift; sie lassen selbst die Entwicklung eines Widerstandes durchscheinen, der sich völlig autonom im besetzten Gebiet hätte entwickeln können.

Deutlich wird in den ersten Tagen auch, daß die Widerstandshandlungen im besetzten Gebiet selber nur ein Teil des Gesamtkomplexes der Widerstands- und Konfliktstrategie waren. Tatsächlich war hier die gesamte Gesellschaft gefordert, und diese Herausforderung ist als solche wahrgenommen, deutlich artikuliert und auf verschiedenen Ebenen, der finanziellen wie der währungspolitischen beispielsweise, umgesetzt worden. Nicht nur die Solidarität im besetzten Gebiet, sondern genauso die Solidarität zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Teil von Gesellschaft und Staat bildete die Basis der Widerstandsmöglichkeit.

Ausgehend von einer Bereitschaft, der Besetzung des Ruhrgebiets tatsächlich Maßnahmen entgegenzusetzen, stand die Regierung nach den ersten drei Wochen in der Verantwortung für eine Konfliktstrategie, deren Verhaltensmuster und Notwendigkeiten ihr fremd und unbekannt waren. In den nächsten Wochen und Monaten gewann sie dann ein klareres

Verständnis vom Widerstand, seinen Stärken und von ihrer Verantwortung. Diese ersten Monate zeigten eine beachtliche Reichweite des Widerstands, was die Vereitelung der Ziele der Besatzung betrifft. Sie enthielten darüberhinaus eine Reihe von realen Chancen, diese Reichweite noch weiter zu erhöhen und die Ausbeutung des Gebiets dramatisch zu begrenzen. Und sie belegen ein deutliches Gespür der Verantwortlichen für das prekäre Verhältnis von eigener Kraft und Belastung durch die Besatzung. Hier wird erstmals die später entscheidende Schwachstelle des Konfliktkonzepts erkennbar, die letztlich nicht geleistete Anbindung von diplomatischer Strategie an die Kräfte des Widerstands. Dabei wirkten sich die Mängel der Information, der Koordination und der interministeriellen Abstimmung, die bereits bei Beginn angelegt waren, für den Widerstand katastrophal aus.

3.4. Stärken und noch nicht wirksame Schwächen des Widerstands (Februar - April)

In den Monaten von Februar bis Ende April/ Anfang Mai erfüllte der Widerstand die Erfolgsbedingungen weitestgehend, die im theoretischen Teil generell für einen zivilen Widerstand formuliert wurden: er hielt der Unterdrückung stand und konnte über Monate hinweg aufrechterhalten werden. Die Besatzungsmächte konnten ihre Abhängigkeit von der Zusammenarbeit nur partiell überwinden, und der Nutzen aus dem besetzten Gebiet blieb gering. Der Einschnitt im Mai ist markant, weil sich die Entwicklung gleich auf mehreren Ebenen umkehrte: hinsichtlich der Widerstandshandlungen im besetzten Gebiet, hinsichtlich der materiellen Ressourcen und hinsichtlich des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Besonders bemerkenswert an dieser Entwicklung ist jedoch, daß sie zwar plötzlich manifest wurde, daß aber die dafür wesentlichen Einzelentwicklungen entweder bereits von Beginn an in der Struktur dieses Widerstands angelegt waren oder die Weichen hierfür in den ersten Wochen des Widerstands gestellt wurden. Die folgende Querschnittsanalyse verfolgt daher die manifesten wie die latenten Entwicklungen, um hieran einerseits die Gründe für die Entwicklung verständlich zu machen und andererseits diejenigen Alternativen aufzuzeigen, die vorhanden waren und hinsichtlich ihrer Bedeutung für den Gesamtverlauf einschätzbar gemacht werden sollen. Zunächst wird die Situation im besetzten Gebiet verfolgt, und dann die Perspektive auf die materielle Unterstützung und die außenpolitische Ausnutzung des Widerstands erweitert.

3.4.1. Unterdrückung und Widerstand im besetzten Gebiet

3.4.1.1. Die Machtentfaltung des zivilen Widerstands und die zeitliche Perspektive der Besatzungsmächte

Der erste Anlauf hatte der militärischen Besatzung weder die Herrschaft über das besetzte Gebiet noch die Kontrolle über die Kohlenverteilung gebracht. Die materiellen Lieferungen waren so weit entfernt wie nie zuvor, die Ziele konnten nicht *"reibungslos und schnell"* erreicht werden. Mit der sofortigen Vereitelung des unmittelbaren Angriffsplans brachte der Widerstand in der Einschätzung des britischen Botschafters die Ruhrbesetzung zum Scheitern. Ohne den wirksamen Widerstand von Grubenbesitzern und Bergarbeitern, so führte er in seinen Tagebuchaufzeichnungen aus, *"wäre eine de-facto-Lage geschaffen worden, die der juristischen Position (Frankreichs. B.M.), wie sie der Versailler Vertrag festgelegt hatte, bei weitem überlegen gewesen wäre. Deutschland hätte aufgehört, eine Gefahr zu sein."* Inwieweit die europäischen Nachbarn und die USA eine solche Stellung Frankreichs auf Dauer geduldet hätten, ließ er dahingestellt, denn: *"Die Gelegenheit zu dieser Probe blieb aus. ... Die Ruhrbesetzung scheiterte schon im Anfangsstadium."* Zu diesem Ergebnis brachte ihn die Überlegung, daß Gewalt den *"sofortigen Erfolg"* verlange. *"Sobald sie einmal gedämmt oder aufgehalten wird, ist das Spiel verloren."* **569**

Dieser Aspekt der Machtentfaltung des passiven Widerstands wird vor dem Hintergrund der späteren Entwicklung leicht übersehen und soll an dieser Stelle kurz vertieft werden. Die Drohung mit Gewalt und ihre selektive Anwendung waren zunächst die Mittel der Besatzer, um Gehorsam zu erzwingen. Dagegen benutzte der Widerstand Mittel, die auf ganz anderen Ebenen ansetzten, die aber dem Anspruch der Besatzer wirksam entgegentraten, und die auch so wahrgenommen wurden. Nicht zuletzt deshalb waren die gewaltlosen Mittel ja geeignet, die Eskalationsspirale weiter anzuheizen. Erst diese Wahrnehmung des Widerstands als Machtfaktor erklärt die vermehrten Anstrengungen der Besatzungsmächte, doch noch zum Ziel zu kommen. Das Mittel, mit dem der gewaltlose Widerstand diese Macht enfalten konnte, war die Verweigerung von

569. D'Abernon, Botschafter, Bd.II, a.a.O. S. 37-39 (Zitate S. 37 und 39).

Zusammenarbeit, auf die die Besatzung angewiesen war. Eine kriegsmäßig ausgestattete Armee in einem entmilitarisierten Gebiet hatte nicht einmal die Kontrolle über die Verteilung bestimmter ziviler Güter erreichen können, als der Verteilungsschlüssel der hochkomplexen Infrastruktur entzogen war. Darüberhinaus brachte der massenhafte gewaltlose Widerstand die Besatzungsmächte zeitweilig dazu, auf Zwangsmaßnahmen gegenüber wirtschaftlichen Betrieben und Personen zu verzichten. Der Widerstand vermochte in dieser Phase durch gewaltfreie Mittel einen Schutz vor gewaltsamer Beeinträchtigung zu entfalten.

Weder Poincaré noch General Degoutte hatten einen Widerstand in dieser Breite und Stärke erwartet, sondern waren davon ausgegangen, daß sich das Deutsche Reich der Demonstration der Stärke beugen werde, wie es bislang ja auch immer der Fall gewesen war. Die Verweigerung der Zusammenarbeit nicht einkalkuliert zu haben, sieht Rupieper als die *"größte Schwäche"* in Poincarés Konzept an [570], die man ihm m.E. allerdings nicht anlasten kann. Denn die Erwartungen des General Degoutte und des Ministerpräsidenten Poincaré deckten sich völlig mit den bisherigen Erfahrungen. Die Bereitschaft zur tatsächlichen Nichtzusammenarbeit war wirklich das Novum, das den Ruhrkampf qualitativ von den bisherigen Auseinandersetzungen unterschied. Daß dieses Verhaltensmuster eine solch mächtige Gestalt annahm, überraschte die Entscheidungsträger auf allen Seiten.

Auf Seiten der Okkupationsmächte wurde über das weitere Vorgehen nachgedacht. Die Mitglieder der Interalliierten Kontrollkommission (MICUM) schlugen den Rückzug der Truppen auf die Erückenköpfe und die Blockade der deutschen Kohlenexporte vor. Gegen den Rückzug und für die Steigerung der Zwangsmaßnahmen votierte General Degoutte. Nun erfolgte bei den Besatzungsmächten der Übergang zu einer Strategie, die den Zeitfaktor entscheidend ins Spiel brachte. Zunächst wurde in Frankreich und Belgien die Aktion auf eine unbestimmte zeitliche Perspektive angelegt. Am 16. Januar erklärte der französische Ministerpräsident öffentlich, daß er keine substantiellen Einkünfte von der Ruhr erwarte [571]. Meldungen des deutschen Botschaftsleiters aus Paris unterstrichen den langfristigen Ansatz der französischen Politik [572]. Die Lage, so hieß es Anfang Februar in einer französischen Einschätzung, sei

570. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 95.

571. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 121-122f.

sehr ernst geworden. Von einer Zusammenarbeit mit Zechenbesitzern, deren Beamten oder deutschen Verwaltungsbeamten könne keine Rede mehr sein. Allein die Arbeiterschaft könne helfen, aber erst dann, wenn die Arbeiter nicht mehr auf Berlin hörten. Wenn sich der Arbeiterwiderstand fortsetze, dann müsse die Taktik geändert werden. *"Die Angelegenheit des Ruhrgebiets wird unter Umständen noch eine europäische Handelskatastrophe."* [573]

Deutlich wird, daß ein Ansehensverlust auf dem Spiel stand, wenn die militärische Macht dem Widerstand wich. In dieser Hinsicht wurde der Widerstand als Machtfaktor wahrgenommen. Für Frankreich ging es inzwischen angeblich um *"Leben und Tod"*. Der französische Gesandte in Berlin wurde mit dem Ausspruch zitiert: *"Die französische Armee steht in Deutschland einem weit gefährlicheren Feind gegenüber, der zwar nicht mit Waffen, sondern mit energischem Widerstand und verletzten patriotischen Gefühlen ausgerüstet ist"* [574]. Ende Januar erklärte dieser französische Gesandte in Berlin vor dem "Französischen Militärclub": *"In Paris hat man bevor das Ruhrgebiet durch unsere Truppen besetzt wurde niemals an die Hartnäckigkeit der deutschen Regierung geglaubt."* Die französische Regierung, so bemerkte er, sei über die *"Widerstandspolitik der Regierung Cuno empört."* [575] Diese Verengung der Verantwortlichkeit auf die Regierung gehörte von nun an zur Propaganda der Besatzungsmächte und zur Legitimation der Besatzungsmaßnahmen. Alle Repressalien gegenüber der Bevölkerung wurden als Reaktion auf das Verhalten der Regierung dargestellt und begründet [576]. Anfang Februar besuchte der Reichskanzler das besetzte Gebiet. Danach wurde eine Verschärfung des Widerstands in Frankreich wahrgenommen und dort auf die Kanzlerreise zurückgeführt. Nun sei, so berichtete der Botschaftsleiter nach Berlin, in Paris *"Ernüchterung"* eingetreten, nachdem noch Ende Januar dort

---

572. Telegramm Hoeschs v. 24.1. in: BA, R 43I/206.

573. BA, R 43 I/207, Bl. 97f., 8.2., Bericht eines Gewährsmannes über einen Brief des Chefs der frz. Zivilverwaltung in Essen an den französischen Gesandten in Berlin.

574. Ebd., Zitat einer Äußerung des französischen Gesandten, de Margerie, im Anschluß an die Verlesung des Briefes.

575. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 240, Bl. 12, Berlin, 31.1. Rede de Margeries v. 28.1.

576. Vgl. beispielsweise das Gespräch des frz. General de Metz mit dem bayer. Gesandtschaftsrat Knoch, Schreiben Knochs v. 4.3. an das Reichsinnenmin., von

Verhandlungsbereitschaft *"ausposaunt"* worden sei. Der Botschaftsleiter fuhr fort: *"Natürlich erzeugt, was noch besonders betont sei, die Erkenntnis von dem vorläufigen Mißerfolg des Ruhrunternehmens zunächst nicht etwa den Wunsch nach Abbau sondern im Gegenteil die Forderung nach Ausbau und Verschärfung der Methoden."* [577]

Zur Verstärkung des Engagements gehörte die Vergrößerung des Personals der Besatzung. Die Truppe wuchs von 45.000 Mann, bei denen Mitte Februar eine Abwechselung vorgenommen wurde, auf 90.000 Mann Anfang Juni. Ende Juni umfaßte das Personal der Besatzung, zusammen mit den mobilisierten Eisenbahnern, der Kriminalpolizei und Verwaltungsangehörigen weit über 100.000 Personen. Als Ersatz für die streikenden Eisenbahner wurden *"einige Hundert zum Heer einberufene Angestellte der verschiedenen französischen Eisenbahngesellschaften"* bereitgestellt. Über die Anwerbung von Eisenbahnern aus Polen, der Tschechoslowakei, Belgien, den Niederlanden und Frankreich sollte das Defizit ausgeglichen werden. Der Aufwand an Arbeitskräften war immens: *"Um je einen durchlaufenden Verbindungsweg im Nord- und Südteil des Einbruchsgebiets in eigenen Betrieb zu nehmen, mußte die französische Heeresverwaltung etwa 4000 Eisenbahner zu einer sechswöchigen Übung einberufen."* [578]

Durch den Zwang, mit eigenem Personal die entzogene Zusammenarbeit aufzufangen, trieb der Widerstand die Kosten der Invasion in die Höhe. Analog zur Kostenentwicklung im Deutschen Reich stellte der Widerstand die französische und die belgische Gesellschaft vor die Frage, ob sie zu diesen Investitionen bereit war. Zunächst gab es in Frankreich für eine Verschärfung der Zwangsmaßnahmen hinreichend Unterstützung. Sie drückte sich darin aus, daß Kritik an der Unternehmung nicht diskutiert wurde. Eine von der Linken geforderte Diskussion über die Ruhrpolitik wurde im französischen Parlament verhindert. Außer in der linken Presse herrschten in den Medien optimistische Gedanken vor, nur ein kleiner Teil der öffentlichen Meinung wurde angesichts ausbleibender sofortiger Erfolge unsicher [579]. Auch in Belgien bestand die Bereitschaft, *"schärfere Mittel"*

---

da am 8.3. an die Reichskanzlei in: BA, R 43 I/211.

577. BA, R 43 I/208, Bl. 95, Bericht des Botschaftsleiters Hoesch über die Stimmung in Paris v. 8.2.

578. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 190 und S. 283f. (Zitat S. 283f.)

579. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 122.

anzuwenden, um Deutschland, *"dessen Hand im Kriege so schwer"* auf dem Land gelastet hatte, *"zum Nachgeben zu bringen."* Die Presse stimmte die Öffentlichkeit auf einen langen Kampf ein [580].

Mit dem verstärkten Engagement ging eine Erweiterung der Ziele der Aktion einher. In den Ausführungen des französischen Gesandten vor dem "Französischen Club" Ende Januar hieß es dazu: *"Über die geplanten Sanktionen ... bin ich ... gezwungen, zu schweigen, doch kann ich jetzt schon mit Bestimmtheit sagen, daß das unbesetzte Gebiet in ganz kurzer Zeit ohne Kohlen sein wird. Die dadurch erzwungene Stillegung der deutschen Industrie des unbesetzten Gebietes muß zweifellos den Sturz der Regierung Cunos herbeiführen. Aus den mir aus Paris zugegangenen Mitteilungen geht hervor, daß die französische Regierung auf keinen Fall nachgeben wird. Ich kann sogar versichern, daß heute nicht mehr daran zu denken ist, daß unsere Truppen das Industriegebiet verlassen werden. Wir werden dem deutschen Volk im Frühjahr sogar noch ein paar Divisionen Kolonialtruppen in das Ruhrgebiet schicken. Durch die neutrale Haltung Englands ist Frankreich die Möglichkeit gegeben worden, die deutschen Arbeiter zu zwingen, für Frankreich zu arbeiten."* [581] Hinter diesen Ausführungen verbarg sich einiges Wunschdenken, vor allem wurde die Bedeutung der westfälischen Kohlelieferungen für das unbesetzte Gebiet überschätzt und die Haltung Englands zu positiv interpretiert. Die Ausführungen umrissen jedoch das strategische Konzept, dem die Besatzungsmacht in den folgenden Monaten nachging.

Der ursprüngliche, allerdings viel kleinräumiger angelegte "Plan Foch" hatte den theoretischen Fall durchaus einkalkuliert, daß es nicht zu dem erwünschten Verhalten kommen könnte. Diese Überlegungen kamen jetzt zur Anwendung. *"Nun sollte, unter Rückgriff auf die ursprünglichen Vorstellungen, Frankreich selbst Zechen und Kokereien übernehmen sowie sämtliche staatlichen Einkünfte - Zölle, Steuern, Einnahmen der Reichsbahn usw. - konfiszieren. Widerstand leistende Beamte sollten ausgewiesen und nötigenfalls die gesamte deutsche Verwaltung des besetzten Gebiets mit eigenem oder kooperationswilligem deutschen Personal besetzt werden. Ziel dieses Vorgehens... sei es, die Reichsregierung in eine Situation zu*

---

580. BA, R 43 I/209, Bl. 113, Meldung Rödiger aus Brüssel v. 13. 2.

581. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 240, Bl. 12, Berlin, den 31.1., Rede des frz. Gesandten im "Französischen Militärclub".

zwingen, in der ihr als Ausweg nur die freiwillige Entlassung der okkupierten Territorien in die Autonomie - unter französischer Hegemonie - bleibe." [582]

Nach diesem Konzept wurde in den nächsten Monaten verfahren. Ende Januar wurde die weitere Besetzung von Gebiet und die Unterbrechung der Kohlenzufuhr in das unbesetzte Gebiet angekündigt [583]. Damit begann die zweite Phase der Besetzung. Sie umfaßte die Abriegelung des besetzten Gebietes, die Beanspruchung weiterer Hoheitsrechte, die Desorganisation des Eisenbahnbetriebs sowie den Aufbau eigener Transportkapazitäten. In der dritten Phase, die am 12./13. März begann, nahm die Besatzung den Abtransport der auf Halde liegenden Kohlen- und Koksvorräte in eigener Regie auf. Vor allem die Zwangsmaßnahmen gegen Eisenbahner und ihre Familien wurden gesteigert. Die üblichen Zwangsmaßnahmen wurden verstärkt und mit Eingriffen in die Geldwirtschaft begonnen [584].

Die militärische Besetzung stellte die Organisatoren des Widerstands vor die schwierige Aufgabe, die gewaltsamen Eingriffe in das Funktionieren der komplizierten zivilen Infrastruktur zu verhindern oder aufzufangen und die Weiterführung eines Lebens nach den eigenen Gesetzen zu ermöglichen. Gleichzeitig mußte der Versuch unternommen werden, die schwindende Abhängigkeit von der Zusammenarbeit in den zentralen Bereichen wie Kohle und Transport, die die Besatzung durch eigenes Personal und Arbeit organisierte, durch gezielte Maßnahmen zu durchkreuzen.

Mit der Abriegelung der besetzten Gebiete am 1.2. begann der Gegenschlag der Besatzungsmächte. General Degoutte meldete am 29. Januar, daß die Besatzungstruppen entsprechend umorganisiert seien, um ihn militärisch abzusichern. Möglichst schnell und effektiv sollte das besetzte Gebiet abgeriegelt werden. Am 30.1. wurde der verschärfte Belagerungszustand erlassen, *"(i)n Anbetracht der systematischen Hindernisse, die von gewissen*

---

582. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 218.

583. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 240, Bl. 12, Berlin, den 31.1., Rede des frz. Gesandten im "Französischen Militärclub".

584. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 221-223 und S. 226-229.

Reichsbeamten der friedlichen Tätigkeit der alliierten Ingenieurkommission in den Weg gelegt worden sind" [585], wie es die propagandistische Begründung glauben machen wollte.

Der passive Widerstand hatte sich binnen weniger Wochen zu einem Machtfaktor in der Konfliktaustragung entwickelt, dem die Besatzungsmächte mit einer veränderten Strategie und der Vergrößerung ihrer Anstrengungen Rechnung trugen. Der Zeitfaktor wurde verändert und das Ziel der Zersplitterung gewann oberste Priorität und steuerte den Einsatz von Gewaltmitteln. Die Entscheidungsträger in der deutschen Regierung sahen sich also schon im Januar mit einer zeitlich nicht eingrenzbaren Herausforderung durch steigende Gewaltmaßnahmen und Eingriffe in die zivile Infrastruktur sowie mit einer Ausdehnung der Ziele der Besatzer konfrontiert. Wollten sie am Widerstand weiterhin festhalten, so hatten sie dieses Faktum von nun an in Rechnung zu stellen.

3.4.1.2. Ausmaß und Kontext der Gewaltsamkeit

Die Grundidee des Widerstands war, den Einmarsch als rechtswidrigen Akt und die Anordnungen der Besatzungsbehörden als unverbindlich anzusehen. Wie leicht oder schwierig es aber tatsächlich war, diese Idee umzusetzen, ist vor allem daran zu messen, in welchem Umfang die Besatzungsmächte bereit waren, Gewalt zur Durchsetzung ihres Machtanspruches anzuwenden. Zu dieser Einschätzung gehört auch eine Bewertung des Kontextes der gewaltsamen Unterdrückung und der Funktion, die sie für die Besatzung erfüllte.

Auf seiten der Gewalthaber griffen drei Aktivitäten der Unterdrückung ineinander, mit der die Bevölkerung im besetzten Gebiet jeweils in unterschiedlichen Rollen und Zusammenhängen konfrontiert wurde.

1. Für die Ausbeutung des besetzten Gebiets und zur Zerstörung der materiellen Widerstandsfähigkeit wurden, zunächst formal, neue Instanzen der Besatzung aufgebaut (neue Ämter, Verwaltungen etc.) und die rechtmäßigen Instanzen (Zoll/ Post/ Kommunalverwaltungen etc.) sowie die

---

585. Vgl. ebd., S. 219f.; BA, R 43 I/206, Bl. 241 (Zitat), veröffentlicht von WTB am 31.1.

Abläufe des zivilen Wirtschafts- und Kommunikationskreislaufes mittels Drohung und Gewaltanwendung gegen Personen und manchmal durch Zerstörung von Sachgütern und Unterbrechungen der zivilen Infrastruktur ausgeschaltet (Zollgrenze, Verkehrswesen).

Zu dieser Kategorie gehören solche Maßnahmen wie die Sperrung der Einnahmen aus den Zöllen, den Devisen und der Kohlensteuer, der Zugriff auf alle Erzeugnisse, die mit der Weiterverarbeitung von Kohle in Verbindung standen und die Beschlagnahme der Einnahmen aus den Staats- und Gemeindewaldungen. In Essen wurde ein neues Ein- und Ausfuhramt installiert, das den Güterverkehr kontrollieren sollte. Am 12.2. wurde aller Kahnraum beschlagnahmt, am 27.2. eine direkte Steuer auf Konsumartikel erhoben und mit Geschäftsschließung im Falle der Nichtzahlung gedroht. Die Einrichtung besetzter Bahnhöfe wurde mitunter erheblich beschädigt oder vernichtet. In den zeitgenössischen Werken sind zahlreiche Beispiele von Überfällen von Soldateneinheiten auf Passanten, gezielten Vorstößen oder Sanktionen gegen städtische Einrichtungen sowie Überfälle auf Lohnzahlungsstellen, Bankanstalten und räuberische Überfälle beschrieben [586]. Die Einrichtung der Zolllinie und die Auseinandersetzung um die Kontrolle über das Verkehrswesen gehören in diesen Zusammenhang.

Diese Herrschaftsansprüche konnten zunächst nur durch unmittelbare Gewaltanwendung durchgesetzt werden. Langfristig erhoffte man sich ein Nachgeben der Bevölkerung. Die Zwangsmittel, die die Besatzung in diesem Bereich einsetzte, waren Verhaftung, Geldstrafen, Vertreibung und Ausweisung von Personen sowie Diebstahl und Zerstörung von Sachgütern. Mitte März wurden insgesamt 1246 ausgewiesene Personen aus dem altbesetzten Gebiet gezählt, hauptsächlich aus der Zoll-, Forst-, Eisenbahn-, Post- und allgemeinen Verwaltung, daneben Presse- sowie ParteivertreterInnen sowie Pfarrer, Lehrer und Studenten. Nur ein Beamter hatte sich bis Mitte März bekanntermaßen unter den Schutz der Besatzung gestellt [587].

Ein immer wieder angewandtes Mittel war, einschneidende Maßnahmen zunächst nur anzudrohen, um bestimmte Forderungen durchzusetzen. Seit dem 19. Februar bestand die Drohung, die Schutzpolizei auszuweisen,

---

586. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 204-208, 210-213, 285f. und S. 342-350.

587. Bericht v. Hatzfeldt über die Lage im besetzten Rheinland v. 15.3., in: BA, R

wenn sie nicht Forderungen der Besatzung nachkam [588]. Im April griffen die Besatzungsmächte in den Geldverkehr ein, indem sie in den entsprechenden Druckereien im besetzten Gebiet die Formulare beschlagnahmten [589].

Im Hinblick auf diese Unterdrückungsstrategie wird deutlich, eine welch entscheidende Rolle der Zeitfaktor spielte. Die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen, beispielsweise bei der Unterbindung des Güter- und Rohstoffaustausches zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet, sollten ganz allmählich verstärkt werden, damit die dann einsetzenden negativen Folgen auf die Lebensverhältnisse nicht plötzlich auftraten. Hungerunruhen sollten nicht der Ruhraktion zugeschrieben werden und diese damit vor der Weltöffentlichkeit diskreditiert werden können.

Diese Taktik wurde als *"eine geduldige Politik der Nadelstiche"* bezeichnet, die den Widerstandsgeist zermürben sollte. Zwangsmaßnahmen sollten von demonstrativen Bemühungen um die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung begleitet werden, *"(u)m es ... nicht zum offenen Aufruhr kommen zu lassen"*. Mit dieser *"Ermattungsstrategie"* setzte die Besatzung auf Zeit, um die inneren Bruchlinien des Widerstands zu aktivieren [590].

Die Grenzen, die in diesem Bereich der Gewaltsamkeit auf Seiten der Besatzer gezogen wurden, lagen insbesondere im Verzicht darauf, die Lebensmittelversorgung abzuschneiden und größere Beschädigungen an der wirtschaftlichen Infrastruktur vorzunehmen. Die Besatzung nutzte längst nicht alle potentiell zur Verfügung stehenden Druckmittel aus, wie Trachtenberg mit Recht feststellt. Sie wurden allerdings durchaus diskutiert. Im Gespräch waren die Unterbrechung der Rohstoffzufuhr für die Industrie, die Flutung der Bergwerke und die Besetzung der Energiewerke, um die Energiezufuhr der Industrie zu kontrollieren. Diese Überlegungen scheiterten an der Ansicht Degouttes, der auf Spaltung und nicht blinde Unterdrückung setzte. Es gab darüberhinaus Pläne zur wirtschaftlichen

---

43 I/187, Bl. 89-110, s. bes. Bl. 94RS-96.

588. BA, R 43 I/209, Bl. 77-79, 19.2., Mitteilung des Oberleutnant Knuth aus Essen an pr. Innenmin. über Forderungen und Drohung des Generals Fournier.

589. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 249, Bl. 21, 12.4., Reichsbank-Direktorium an pr. Innenmin.

590. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 220f. (Zitate S. 220 und 221). Vgl. StaMs, RegMsBes, Nr. 30, Anlage II. Aufzeichnung Gespräch Polizeimajor v. Sillich,

Ausbeutung der besetzten Gebiete. Sie blieben in der ersten Jahreshälfte unberücksichtigt. Es wurde weder ein eigenes Verwaltungsbudget im Rheinland noch eine Militärregierung oder eine neue Währung installiert. Schritte in diese Richtung wurden höchstens halbherzig unternommen. Vor allem die Lahmlegung der Nahrungsmittelversorgung, die *"letzte Sanktion"*, um einer feindlichen Bevölkerung den Willen der Militärmacht aufzuerlegen, wurde aus politischen Gründen quasi als Tabu behandelt. Denn die Bevölkerung sollte gegen ihre eigene Regierung und nicht gegen die Besatzung aufgebracht werden [591]. An diesem Aspekt wird die Funktion der Gewaltanwendung im Gesamtkalkül der Besatzungsstrategie sehr deutlich.

Zur Desorganisation ziviler Instanzen durch eine Eskalation von Gewalttätigkeiten griffen die Besatzungsmächte allerdings auch, und zwar insbesondere dann, wenn sich die Auseinandersetzung um Herrschaftsrechte vor Ort zuspitzte. Dies betraf dann vor allem die kommunalen Verwaltungen und die Aufrechterhaltung ihrer Funktionsfähigkeit, wobei die Anlässe der Eskalation in der Regel nicht von Bedeutung waren. Weil ein Beitreibungsbefehl nicht befolgt wurde, wurden beispielsweise in Bochum Mitte April sämtliche städtischen Verwaltungsgebäude besetzt, die Beamten vertrieben und die Arbeit unterbrochen. *"Zwei volle Monate hindurch mußten sich die Ämter ohne Unterlagen und ohne jede Registratur in Wirtschaften und Privathäusern behelfen."* [592]

Im wirtschaftlichen Bereich konnte das Ignorieren der rechtswidrigen Anordnungen Eingriffe in das Privateigentum und wirtschaftliche Schädigungen bis hin zur Bedrohung der

---

Recklinghausen, mit Gen. Laignelot v. 8.2.

591. S. dazu Trachtenberg, Marc, Reparation in World Politics. France and European Diplomacy 1916-1923. New York 1980, S. 295-299 und S. 305f. (Zitat S. 305). (Im folgenden zitiert als: Trachtenberg, Reparation, a.a.O.). Dagegen meint Ruck mit Bezug auf Wentzcke, daß die Besatzungsverwaltung im Rheinland militarisiert wurde. Wentzcke bezieht sich dabei mehr auf die formale Unterstellung besetzter Gebiete unter die Militärkontrolle und auf die Desorganisation der Verwaltung, während Trachtenberg mehr an die Übernahme von Verwaltungsaufgaben durch die Militärbehörden denkt. Vgl. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 194f.; Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 228.

592. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 342f.

wirtschaftlichen Existenz zur Folge haben. Beispielsweise wurden Waggons mit Waren beschlagnahmt und über zweitausend Wagenladungen von der Eisenbahnverwaltung der Besatzung verkauft.

Lebensgefährlich wurden die Zusammenstöße, die zwischen Soldaten und größeren Menschengruppen drohten, wenn die Soldaten die Konfrontation in den Betrieben suchten. Bei einer solchen Aktion kam es Ende März zum größten Massaker an Unbewaffneten. Eine genauere Beschreibung verdeutlicht den Kontext dieses Ereignisses. Als eine kleine französische Truppe, ein Leutnant mit zwölf Soldaten, die Kraftwagenhalle der Kruppschen Gußstahlfabrik besetzte, sah sich die Gruppe binnen kurzer Zeit mehreren Tausend Angestellten und Arbeitern gegenüber, die durch die Fabriksirenen zusammengerufen wurden. Während die Stimmung durch diese Konfrontation und durch Maschinenlärm in unmittelbarer Nähe zunehmend gespannter wurde, scheiterten Verhandlungbemühungen von Betriebsratsmitgliedern, die den Soldaten einen Abgang verschaffen wollten. Nachdem sich diese Vermittlungspersonen zum zuständigen General auf den Weg machten und die Szene verließen, eskalierte die Situation. Der Leutnant ließ die Soldaten auf die Menschen feuern, die Gruppe schoß sich den Weg frei, es gab 13 Tote und 29 Verletzte. Die Besatzung gab dem Betrieb die Schuld, verhaftete mehrere Direktoren und Betriebsratsmitglieder der Werke und ließ von einem Militärgericht einige Direktoren und Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, der zum Prozeß als Zeuge geladen war und bei der Verhandlung festgenommen wurde, zu Geld- und langjährigen Haftstrafen verurteilen. Die Schilderung des Geschehens läßt m.E. den Schluß zu, daß es sich hierbei nicht um einen gezielten Überfall handelte, sondern um eine situationsbedingte Eskalation. Sie ist m.E. nicht charakteristisch für den typischen Einsatz von Gewaltmitteln, markiert aber deutlich die niedrige Schwelle der Gewaltbereitschaft. Typisch i.S. einer festgelegten Vorgabe entsprechend, erscheint wiederum der Umgang der Besatzungsmacht mit der Tat, indem Verantwortliche auf deutscher Seite gesucht und mit persönlich schweren Strafen überzogen wurden.

2. Eine gewaltsame Unterdrückung bedrohte diejenigen gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten, die sich gegen die Herrschaftsanmaßung direkt wandten. Beispielhaft sei die Reaktion der Besatzungsmacht auf die Aufführung des "Tell" in Essen geschildert. Beim Rütli-Schwur erhob sich das ganze Publikum und sprach die Worte nach. Danach wurde das Deutschlandlied gesungen und auf dem Theaterplatz die Kundgebung fortgesetzt. Am anderen Tag wurde das Theater besetzt und erst nach

wochenlangen Verhandlungen freigegeben, nachdem die Garnsion Freikarten erhielt [593].

Die Teilnahme an Kundgebungen konnte für Einzelpersonen die Ausweisung zur Folge haben. Für Freiberufler (Verleger, Redakteure) stand damit die wirtschaftliche Existenz auf dem Spiel. Auf Kanzelreden konnte die Vorladung vor ein Kriegsgericht folgen [594]. Gegen die Presse verhängte die Rheinlandkommission längerfristigere Verbote (10 Tage bis 3 Monate). Bis zum 8. März waren im altbesetzten Gebiet 264 Zeitungen verboten worden, 38 davon 2-4 mal. Verleger und Redakteure wurden zu längeren Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt, 9 Redakteure und 5 Verleger wurden ausgewiesen [595].

Darüberhinaus wurden Organisationen, die den Widerstand trugen, verfolgt. Bereits Ende Februar ging die Besatzung in diesem Zusammenhang verstärkt gegen Gewerkschaftsfunktionäre vor, die sie *"neben den Beamten als wichtigste Stützen des passiven Widerstands betrachteten"*. Gewerkschaftsorgane wurden verboten, zunehmend Angestellte verhaftet oder ausgewiesen und ganze Geschäftsstellen zwangsweise geschlossen. Besonders die Eisenbahnerverbände litten unter der Verfolgung. Bereits Mitte April hatten die Ausweisungen die Weiterarbeit des Deutschen Eisenbahnerverbandes in den rheinischen Bezirken nahezu unmöglich gemacht. Genauso ging es der Christlichen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner. Mit ähnlicher Intensität ging die Besatzung erst in der Spätphase gegen die Bergarbeiterverbände vor [596].

In zunehmendem Maße wurden Haft- und Geldstrafen für Nichtigkeiten verhängt: 4 Jahre Gefängnis und 10 Mio. Mark Strafe wegen der Weigerung, Plakate ankleben zu lassen [597].

---

593. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 285, 352-354 und S. 317f.

594. Zweiter vorläufiger Bericht aus dem besetzten Gebiet v. 8.2., Reichsminister a.D. Koch in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 238, Bl. 18f.

595. Bericht v. Hatzfeldt über die besetzten rheinischen Gebiete v. 15.3. in: BA, R 43 I/187, Bl. 104.

596. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 224f. (Zitat S. 224). Antwortbrief des General Laignelot über Beamte als Zielgruppe der Repressalien, nach einer Beschwerde des Landrats von Recklinghausen in: BA, R 43 I/223, Bl. 163, 19.2.

597. Bericht v. Hatzfeldt über die Lage im besetzten Rheinland v. 15.3. in: BA, R

Die Ausweisung wurde zu einer der hauptsächlichen Zwangsmaßnahmen gegen den Ungehorsam. Nach amtlichen deutschen Angaben wurden bis Mitte Juni 65.752 Vertriebene gezählt, davon 58.845 Ausgewiesene [598]. Bis zum August waren mehr als 180.000 Personen vertrieben worden [599].

3. Der Bevölkerung drohte allgemein eine willkürliche und gewaltsame Drangsalierung. Sie reichte von zeitaufwendigen aber ungefährlichen Schikanen (durch Paßzwang usw.) bis zu lebensgefährdenden Überraschungsaktionen gewalttätiger Soldatentrupps (Straßensperren und -kontrollen) mit Schußwaffengebrauch gegenüber gewaltlosen Demonstranten und bis zu Todesurteilen für angenommene oder tatsächliche Sabotageakte.

Die relativ ungefährlichste Variante der Schikanierung der Bevölkerung ist am Beispiel der Einführung von Personalausweisen gut zu veranschaulichen. Nachdem die Besatzung bereits zu Beginn der Besetzung das Tragen von Personalausweisen vorgeschrieben hatte, wurden Mitte Mai die Personalausweise für ungültig erklärt. *"Da nur wenige Amtsstellen die Berechtigung erhielten, wurde die Abstempelung und Neuausstellung der Ausweise zu einem der schlimmsten Gewaltstreiche der Besatzung."* ... *"Die Ausstellung von Ausweisen für den Aufenthalt im besetzten Gebiet selbst, die jede Zivilperson bei sich zu tragen hatte, war mit den verschiedensten Schwierigkeiten verknüpft."* Die Paßstellen wurden nur zu bestimmten Stunden geöffnet und es gab ein Riesengedränge, manche Leute hatten sich Stühle mitgebracht und warteten nächtelang. Daß sich die Bevölkerung dieser Anmaßung unterwarf, hing mit der Art der Kontrolle dieser Papiere zusammen. Sie wurde vor Ort willkürlich vorgenommen; es wurden kurzfristig Straßensperren errichtet und die Passanten zusammengedrängt. Diese Straßensperren waren von besonderer Gefährlichkeit. Sie waren,

---

43 I/187, Bl. 95.

598. Angaben des Büros von Prof. Stein. Beamte waren vertrieben: 7.126 der Reichsverkehrsverwaltung, mit Angehörigen 22.566. Von der Reichsfinanzverwaltung waren ausgewiesen: 1.695 Beamte, mit Angehörigen 5.085; Reichspost: 332/ 539; von der preußischen Verwaltung: 6.803/ 9819; von der Bayerischen Verwaltung: 97/ 232; von der Badischen Verwaltung: 46 /129 und der Hessischen Verwaltung: 102/ 182 in: BA, R 43 I/222b, Bl. 73.

599. AdRk Str. I, S. 363 Anm. 16, Proklamation zum Abbruch des Widerstandes.

besonders als Nachtverkehrssperren, *"(b)esonders beliebte Druck- und Strafmaßnahmen ..., die die Divisionsführer und örtlichen Befehlshaber ganz persönlich verhängten."* [600]

Das Auftreten von Soldaten in der Öffentlichkeit war in den Anfangsmonaten von Mißtrauen und Furcht bestimmt und damit für unbewaffnete Passanten gefährlich. Anfang Februar erhielten angeblich die belgischen Soldaten auf Veranlassung des belgischen Kriegsministers scharfe Munition ausgehändigt. Offiziere und Mannschaften durften abends nicht allein über die Straße gehen und sollten, wenn sie belästigt oder gar angegriffen wurden, von der Waffe Gebrauch machen [601]. Von seiten der Soldaten kam es zu Beschädigungen, Wegnahmen und Requisitionen auf offener Straße. Zeitweilig zogen Soldatentrupps durch Gaststätten und Geschäfte. Dabei wurden Verbrauchern Lebensmittel weggenommen und Lebensmittellieferungen beschlagnahmt [602]. Ein amerikanischer Augenzeuge, der im Sommer eine Woche im Ruhrgebiet war und danach in Paris mit Mitgliedern der Interalliierten Rheinlandkommission sprach, gab seine Eindrücke über das Ausmaß der Gewalt so wieder: *"Ich kam skeptisch ins Ruhrgebiet und zweifelte an den Geschichten, die ich gehört hatte. Aber nachdem ich mit den Augenzeugen gesprochen, mich selbst von den Räubereien und Gewalttaten überzeugt hatte, bin ich genötigt, unumwunden zu erklären, daß, was die Quälereien, Grausamkeiten, Ungerechtigkeiten und Beraubungen anbelangt, ich noch nichts erlebt habe, was dieser französischen Ruhrbesetzung gleichkommt, seitdem ich die Provinz der Banditen in Honan in China verlassen habe."* [603]

Die Eingriffe in den öffentlichen und privaten Alltag waren drastisch. Ein Beispiel soll den umfassenden Charakter verdeutlichen. *"Aus nicht näher bekannten Gründen"* verhängte der kommandierende General der belgischen Besatzungsarmee über die besetzten Teile von Wesel und Emmerich den Belagerungszustand. Jede Person, die sich in diesem Gebiet aufhielt, mußte einen Personalausweis bei sich tragen, sie durfte nicht die Hände in den

---

600. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 369f. (Zitat S. 369 und 370).

601. Geheime Mitteilung des Staatskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung an Reichskanzlei v. 7.2. in: BA, R 43 I/207.

602. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 340f.

603. Deutsche Übersetzung in: NL Quidde, Nr. 5, 19.3.24, Zeitungsausschnitt: "Das Urteil eines Amerikaners über die Franzosenherrschaft an der Ruhr". Brief Eddy, Generalsekretär des Internationalen Komitees der "Young Men's Christian

Taschen tragen oder Waffen mit sich führen. Auf den Bürgersteigen zwischen den Schranken bei den Schildwachen durfte niemand gehen oder stehenbleiben, und den aufgestellten Maschinengewehren durfte sich niemand nähern. Der Verkauf, der Transport und der unentgeldliche Ausschank von alkoholischen Getränken waren untersagt, nur Rot- und Weißwein, Sekt und Bier waren zugelassen. Jeder Ausschank und jede Kaffeestube mußte um 9 Uhr abends geschlossen sein. An allen Waren mußten Preisschilder angebracht werden. In allen Wohnungen mußten an leicht erkennbaren Plätzen Verzeichnisse angebracht werden mit den persönlichen Daten der BewohnerInnen und der HausbesitzerInnen [604].

Besonders lebensbedrohlich für die Bevölkerung waren die Reaktionen der Besatzungsmächte, wenn Besatzungssoldaten oder Offiziere zu Tode kamen, auch wenn die Todesursache nicht geklärt wurde oder die Täter vermutlich aus den eigenen Reihen kamen. Mißhandlungen, Geiselnahme, Verhaftungen und Verschleppung, Straßenkontrollen mit Gewaltanwendung durch Reitpeitschen und Gewehrkolben stellen die gängigen Reaktionsweisen dar. Hinzu kam dann, daß harmlose Widerstandshandlungen in einer solch eskalierten Situation die Spirale der Gewalt bis hin zu Schießereien mit tödlichem Ausgang weiter anheizten. Aus einer solchen Ausgangssituation entwickelte sich im Juni das zweite Blutbad der Ruhrbesetzung. Auch dieses sei hier näher beschrieben.

Im Vorfeld dieses Ereignisses waren zwei Adjutanten der Besatzungsarmee erschossen worden, ein Mordfall, der nie aufgeklärt wurde. Als Strafmaßnahme wurde eine Verkehrssperre verhängt und die Frist dafür so kurz angesetzt, daß die Bevölkerung nicht mehr rechtzeitig unterrichtet werden konnte. *"Mit einer wahren Wollust fielen die Streifen daher auf ausdrücklichen Befehl ihrer Vorgesetzten über die ahnungslos zurückkehrenden Sonntagsausflügler her"*. Sieben Erschossene, darunter ein Schweizer, waren die Bilanz. Nach deutschen Berichten wurden die Opfer erschossen, während sie sich ohne Gegenwehr abführen ließen. Diese Darstellung wird durch Äußerungen französischer Soldaten gestützt. Am 17.6., eine Woche nach dem Ereignis, wurde ein Brief in der Humanité veröffentlicht und in Übersetzung im Berliner Vorwärts vom 21. 6. wiederabgedruckt. Darin schrieb der Soldat: *"Es wurden Patrouillen damit*

Associations", Paris, 29.6. in: HStD, RD 17 072.

604. Vgl. den Bericht des Bürgermeister von Emmerich an Regierungspräs. Düsseldorf v. 24.3. in: HStD, RD 17062, Bl. 219-222.

beauftragt, die Verkehrssperre durchzuführen. Unsere Patrouille hat vierzig Passanten verhaftet (nur die männlichen), und es ging dies ohne Brutalitäten vor sich. Wir zerstreuten die Ansammlungen, indem wir in die Luft schossen. Aber das gleiche geschah nicht bei den anderen Patrouillen. Jene, die mindestens aus 40 Mann bestanden, verhafteten alle Passanten ohne Unterschied, schossen in die Menge hinein, um die Leute zu zerstreuen, und haben sich wie die Wilden betragen. Die Leute, die gefangengenommen waren, wurden bei ihrer Ankunft mit Schlägen traktiert. Wir haben einen armen Teufel gesehen, der von zwei Soldaten festgehalten wurde und von einem Sergeanten mit Fußtritten und Kolbenschlägen traktiert wurde. Es gibt aber auch Schlimmeres: der Leutnant E. hat einen Zivilisten, der zu fliehen versuchte, mit einem Revolverschuß niedergeknallt. Zwei Zivilisten, die ruhig ihres Weges gingen, wurden erschossen. Es wird behauptet, daß der Feldwebel V. einen Gefangenen aus einer Gruppe herausgegriffen und ihn mit einem Revolverschuß niedergemacht hat. Kurz und gut, man zählte heute morgen sieben Tote, und die Bevölkerung befindet sich in großer Erregung. Es könnten sich die schlimmsten Dinge entwickeln. Wir wollen, daß diese barbarischen Methoden, die wir verurteilen und die uns entehren, in Frankreich bekannt werden."

Weitere Tote gab es, indem einzelne Personen von Streifen angeschossen oder gezielt beschossen wurden [605]. Bis Ende Juni waren 65 Menschen erschossen worden [606], bis Ende September hatte sich diese Zahl auf etwa 100 Menschen erhöht [607].

Die Grenzen der Gewaltsamkeit in diesem Bereich der Unterdrückung des Widerstands und der Drangsalierung der Bevölkerung lagen m.E. darin, daß weder Völkermord noch exemplarische Massaker Mittel der Besatzungsmächte waren, um den Widerstand zu brechen. Das Ausmaß an Gewaltsamkeit lag eindeutig unterhalb dieser Schwelle und insofern stand der Widerstand nicht vor der Herausforderung, das pure Überleben gefährdeter Bevölkerungskreise oder -gruppen zu organisieren. Die Ausführung der Todesstrafe im Falle Schlageters markierte die äußerste Drohung, mit der sich der Widerstand konfrontiert sah. Daneben dienten langjährige Haftstrafen, hohe Geldstrafen und die Ausweisung zur

---

605. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 351f., 354f., 485f. und S. 365 (Zitate S. 354 und S. 485f.).

606. Vgl. Brief Eddy, in: HStD, RD 17 072, Paris, 29.6.

607. AdRk Str. I, S. 363 Anm. 16, im Entwurf der Proklamation zur Aufgabe.

Abschreckung.

Das tatsächliche Ausmaß an offener Gewaltsamkeit, insbesondere gegenüber der Bevölkerung allgemein, soll damit nicht verharmlost werden. Wentzcke vermutet im Ruhrkampf ein System der Mißhandlung, da sich Mißhandlungen auf offener Straße sowie Überfälle auf Geschäfte und Gaststätten zu bestimmten Zeiten und in bestimmten Gegenden häuften. Er schließt daraus auf eine Verabredung und eine Ermunterung der Soldaten durch die Offiziere, die entweder führend oder im Hintergrund beteiligt waren. Der Beginn war meist die Kontrolle der Geleitpapiere auf Straßen und Plätzen, dann kam es zu gröberen Mißhandlungen bis zum offenen Straßenraub als Höhepunkt [608].

Diese Art von Aktionen kann als typisch für die Gewaltsamkeit der Besatzungsmacht angesehen werden. Es wird deutlich, daß sie als gezieltes Mittel der Verunsicherung und Einschüchterung eingesetzt wurde und insbesondere durch die Aspekte der Willkür, der Überraschung und der Lebensgefahr ihre Wirkung nicht verfehlte. Hinzu kam ein permanentes Ausgesetzt-Sein und sich Anpassen-Müssen an die Regularien, die die Besatzung über das Alltagsleben verhängte, wollte man sich nicht bedrohlichen Schikanen aussetzen. Dies waren die Umstände, und das muß genauso hervorgehoben werden, unter denen sich viele Menschen zum Widerstand entschieden und an ihm festhielten in dem Wissen, daß Widerstandshandlungen noch einmal zusätzlich bestraft würden.

608. Vgl. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 364f.

3.4.1.3. Selbstverständnis des Widerstands: Nichtzusammenarbeit, Geschlossenheit, Selbstbild und Verhältnis zur Gewaltlosigkeit

Anhand der konkreten Herausforderungen entwickelten die Hauptakteure in den ersten Wochen ein Gesamtverständnis für ihren, den "passiven Widerstand". Die zentralen Begriffe von Nichtzusammenarbeit, Geschlossenheit und ein an Ehre und Selbstbestimmung orientiertes Selbstbild machten die ideellen Grundlagen des Widerstands aus. Darüberhinaus wirkten massenpsychologische Phänomene wie die Ansteckung mit der Euphorie der Anfangstage und ein nicht zu unterschätzender sozialer Konformitätsdruck daran mit, daß das von der Regierung gewünschte Verhalten auch gezeigt wurde [609].

Das zentrale Mittel der Abwehr war die Nichtzusammenarbeit, und sie wurde von denen als ein effektives Mittel der Auseinandersetzung angesehen, die sich der Komplexität der zivilen Infrastruktur und der Abhängigkeit der Besatzer vom Know-how der Verteidiger bewußt waren. In der Diskussion im Reichsverkehrsministerium über die Zusammenarbeit mit den Besatzern im Verkehrswesen in den Tagen vor und den ersten Tagen während der Besetzung votierten jene für eine Zusammenarbeit, die den Besatzungsmächten die Fähigkeit zutrauten, die Eisenbahn in eigener Regie zu betreiben. Gerade diese Fähigkeit verneinten andere. Ein Industrieller argumentierte, *"man solle die Franzosen den Betrieb*

609. Vgl. StaMs, RegAbg I Pa, Nr. 979, Herdecke, Sitzung des Besatzungsausschusses v. 25.1.; dieser droht, das Geschäft zu schließen, wenn Waren trotz Verkaufsverbots an Besatzungstruppen abgegeben werden.

übernehmen lassen, dann wäre in ganz kurzer Zeit der ganze Betrieb gestört." [610] Deutlicher noch brachte diese Auffassung ein anderer Hauptakteur des Widerstands, der Düsseldorfer Regierungspräsident, auf den Punkt: *"Ich glaube... aussprechen zu dürfen, daß der französische Staat nach seiner gesamten wirtschaftlichen Struktur einfach nicht in der Lage sein dürfte, diejenigen Persönlichkeiten an Zahl und Kenntnis zur Leitung eines Verkehrswesens zur Verfügung zu stellen, die einen auch nur einigermaßen stockungslosen Weiterverkehr gewährleisten können."* [611]

Anfang März sprach der Reichskanzler im Parlament vom passiven Widerstand. Das Bild, das er von der Art des Kampfes zeigte, dokumentiert das Grundverständnis des Widerstands, wie es in den Leitungsgremien wahrgenommen wurde. Auch hier spielte die Infrastruktur des Gebiets eine zentrale Rolle. Er führte aus: *"Geschütze und Dynamit mögen gut sein, eine Fabrik oder ein Bergwerk zu zerstören, nicht aber um sie zu betreiben. Mit Armeen man man Kolonialländer erobern und die Eingeborenen in Schrecken setzen, man kann die friedliche (sic! B.M.) Durchdringung afrikanischer Sultanate betreiben, aber man wird keinem Industriegebiet Produktion abgewinnen können. Es ist eine Mißachtung des Geistes, wenn man glaubt, die räumliche Besitzergreifung entscheide. (Sehr richtig! rechts, in der Mitte und bei den Vereinigten Sozialdemokraten.)"* Dann kam er auf die internen Kenntnisse zu sprechen, die die Voraussetzung für eine Ausbeutung des Gebietes seien und die durch Zusammenarbeit für eine Besatzung nutzbar gemacht oder aber verweigert werden könnten. *"Gerade dieses Gebiet an der Ruhr hat seine eigenen tiefen Geheimnisse und Gesetze (sehr richtig!), die sich am Vergewaltiger rächen. Und würden die Franzosen noch lange Zeit im Ruhrgebiet stehen und statt der deutschen Arbeiter fremde Kolonnen bringen; der Fluch der Unfruchtbarkeit würde sie verfolgen! (Zustimmung.) Ein Land der reichsten industriellen Schöpferkraft, der angepanntesten Tätigkeit würde ihnen weniger bringen als die Kosten ihres Aufenthalts. Das Land, aus dem freier Wille des Arbeiters täglich ungeheure Leistungen nach Frankreich strömen ließ, würde an Frankreichs Kraft zehren Tag um Tag. (Sehr richtig!) Das ist der passive Widerstand, (lebhafte Zustimmung) den Frankreich uns zur Schuld anrechnet, den es zu brechen versucht und den es doch so lange nicht*

---

610. AdRk Cuno, S. 146 Anm. 3. Zitat Vögler an Reichswirtschaftsminister Becker, 16.1.

611. Vgl. HStD, RD 16533, später gestrichener Absatz im Entwurf eines Protestschreibens des Regierungspräsidenten Düsseldorf an den Chef der

brechen kann, als der Wille des deutschen Volkes dahintersteht. (Sehr richtig.)" [612] Verglichen mit den eher zurückhaltenden Einschätzungen über die Reichweite des passiven Widerstands vom Anfang der Besetzung, drückte sich in diesen Äußerungen das inzwischen gewachsene Bewußtsein über diesen Funktionsmechanismus ziviler Gegenwehr aus.

Die Grundlage der Abwehr war die fortdauernde Bereitschaft der Bevölkerung, an der Nichtzusammenarbeit in ihren jeweiligen konkreten Maßnahmen teilzunehmen. Dennoch gab es Gruppen, die stärker betroffen waren als andere, und die Frage war, wie sich die einzelnen Gruppen aufeinander beziehen konnten und wie sie voneinander abzugrenzen waren. An diesem Punkt wurde eine mögliche Schwerpunktbildung innerhalb des Widerstandes diskutiert. Ihre Umsetzung scheiterte an der dann einsetzenden Eskalation, die das Verhalten vereinheitlichte.

In einer gemeinsamen Besprechung in der ersten Besetzungswoche (17.1.) diskutierten zahlreiche Vertreter von Gewerkschaften, Behörden, Industrie- und Handwerkskreisen, wer im Zentrum des Abwehrkampfes stände. Dazu sagte ein Organisator des Widerstands: *"Ich halte weitgehenden passiven Widerstand aller Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Beamten für das richtigste. Sie können nicht alle einsperren."* Die Gegenposition wurde so formuliert: *"Die Behörden müssen verhandlungsfähig bleiben. Die wirtschaftlichen Organisationen sind völlig frei und unabhängig."* [613] Die Einigkeit der wirtschaftlichen Organisationen in zentralen Punkten wurde als die Grundlage der Widerstandsmöglichkeit ausgemacht. Konkret war es die *"Kohlenfrage"*, die im Zentrum der *"militärpolitischen Lage"* gesehen wurde: *"Als Gegenmaßnahme Deutschlands kommt einzig und allein die wirtschaftliche Gegenarbeit in Frage, die ihre Stütze in der Einigkeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern finden muß. Alle übrigen Stände sind mehr oder minder Zuschauer, die durch moralische und materielle Unterstützung die Einigkeit fördern und den wirtschaftlichen Kampf stützen müssen".* [614] Der Reichskanzler formulierte diesen Aspekt in seiner Rede

---

französischen Zivilverwaltung, Denvignes v. 17.1.

612. Vgl. Verhandlungen des Reichstags. I. Wahlperiode 1920. Bd. 357. 17.10.1922 - 25.1. 1923. Berlin 1923, 331. Sitzung, 6.3., S. 9953-9957 (Zitate S. 9953f. und S. 9956f.). (Im folgenden zitiert als: Verhandlungen).

613. Vgl. BA, R 43 I/205, Bl. 57ff. 17.1., Besprechung von 69 Vertretern des besetzten Gebiets. (Erstes Zitat von Linke, einem Vertreter Mehlichs. Das zweite vom Oberpräsidenten Westfalen, Gronowski).

am 6. März im Reichstag folgendermaßen: *"Eins aber hat er (der Widerstand. B.M.) schon erreicht: stärker und einmütiger ist die Geschlossenheit der deutschen Bevölkerung an Ruhr und Rhein zum Widerstand entschlossen als je. (stürmische Zustimmung.) Er wird es und kann es bleiben; denn Tanks und Maschinengewehre haben doch ihren Sinn verloren, wo sich ihnen niemand gegenüberstellt. (sehr gut!) Der Schwerthieb geht in die Luft. Waffenlos, im groben Sinne des Worts, hat Deutschland seine starke Wehr im Willen des freien Mannes, der dem Rechte gehorcht, sich der Gewalt aber mit verschränkten Armen entsagt".* **615** Das Pathos dieser Reichstagsrede überdeckte die Differenzen, die es nach wie vor zwischen den einzelnen Gruppen und den verschiedenen Regionen im Widerstand gab. Insofern war das beschworene Bild auch ein Stück Fiktion. Es behielt allerdings als Leitfigur seine Gültigkeit.

Nichtzusammenarbeit, Geschlossenheit und Gewaltlosigkeit waren die ideellen Eckpunkte des Widerstandes, in dessen Zentrum gleichwohl die Regierung stand. Dies weniger aus eigenem Drängen; ihr war vielmehr die Führungsrolle zugewiesen worden. Das Volk erwarte, daß die Regierung *"mitteilt, wie weit sie zu gehen beabsichtigt!"*, so formulierte ein Redakteur aus Gelsenkirchen bei einer weiteren Besprechung am 20.1. diese Haltung. *"Im Namen der Presse und der Bevölkerung des besetzten Gebietes bitte ich den Herrn Oberpräsidenten, die Zentralstelle in Berlin zur Mitteilung darüber zu veranlassen, welche Sicherheiten die Regierung hat und welche Maßnahmen sie treffen will."* **616**

Die Regierung hatte sich inzwischen in der Führungsrolle etabliert. Ihre Parole lautete, daß der Einmarsch rechtswidrig war. Alle Anordnungen der Besatzungsbehörden galten als unverbindlich. Der zweite Fixpunkt war, Kohlen nicht freiwillig abzugeben und weder beim Abtransport noch bei sonstigen Arbeiten behilflich zu sein. Die Parole *"(k)eine Arbeit unter französischen Bajonetten"* brachte das auf den Punkt. Aus dieser Grundidee ließen sich alle konkreten Verbote ableiten, wie das, keine Eisenbahnen der Besatzung zu benutzen oder keine deutschen Waren zu kaufen, die die Besatzung vorher beschlagnahmt hatte, Bahnanlagen zu bewachen,

---

614. Vgl. StaMs, Reg Abg I Pa, Nr. 979, 2. Westf. Pressekonferenz v. 20.1. (Zitat vom Hauptmann Bergmann vom Münsteraner Oberpräsidium über die militärpolitische Lage).

615. Verhandlungen, Bd. 357, S. 9953-9957 (Zitate S. 9953f. und S. 9956f.).

616. Vgl. StaMs, RegAbg I Pa, Nr. 979, 2. Westf. Pressekonferenz v. 20.1. (Zitat

Kohlensteuer und Abgaben sowie Zölle zu zahlen, Ein- und Ausfahrtsbewilligungen einzuholen usw. [617]. Die wichtigste Verordnung in diesem Zusammenhang war diejenige vom 22. Februar, die sich gegen die wirtschaftlichen Besatzungsanordnungen richtete und die Bezahlung von Zöllen, Steuern, Ausfuhrabgaben verbot, und die denjenigen Strafe und Schadenersatz androhte, die beschlagnahmte Waren kauften. Die Regierung erhielt zu solchen Maßnahmen vom Parlament einen Freiraum, denn sie wurde vom Reichstag dazu ermächtigt, alle erforderlichen Bestimmungen zu erlassen, um Eingriffe in die Staatshoheit zurückzuweisen [618].

Der Rückhalt durch diese allgemeinen Parolen stärkte die Argumentation derjenigen, die mit der Besatzung in Konflikt gerieten. Als die Exponenten des Staatswillens im besetzten Gebiet galten die Beamten. *"Die ganze Bevölkerung sieht auf die Beamten."* [619] Ihrem Auftreten kam besondere Bedeutung zu. *"In dem Verhalten der Beamten muß stets, mindestens stillschweigend, zum Ausdruck kommen, daß auf Seiten der Eindringlinge zwar die Macht und die Gewalt, auf deutscher Seite jedoch das Recht und das gute Gewissen steht."* [620] In der Auseinandersetzung mit der Besatzungsmacht konnten sich die Beamten auf Bestimmungen des Beamteneids, der Reichs- und Staatsverfassungen und des § 81 des Reichsstrafgesetzbuchs berufen, um Eingriffe in die Gesetzes-, Beamtenhoheit und damit die Souveränität von Reich und Ländern zurückzuweisen [621]. Im altbesetzten Gebiet waren die Möglichkeiten des

---

von Redakteur Paffendorf aus Gelsenkirchen).

617. "Grundsätze, Mittel und Methoden des passiven Widerstandes an Ruhr und Rhein, nebst einigen Bemerkungen dazu", verm. Vorlage von Mehlich für Bespr. im Reichsfinanzmin. v. 31.8. in: ZStA, 39.02, Nr. 43, Bl. 41-46, s. bes. Bl. 41f. (Zitat Bl. 42). Vgl. ferner das Rundschreiben des Kommissars Schmid v. 26.6. in: HStD, RD 16606 und das Rundschreiben des Oberpräsidenten der Rheinprovinz v. 20.7. in: HStD, RD 17073. Die dort ins Auge gefaßten Maßnahmen gegen die Benutzung der Regiebahnen schufen wieder neue Reibungspunkte mit der Besatzung.

618. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 224f. und S. 229.

619. Vgl. StaMs, OpräMü, Nr. 5002, 5.2., handschriftl. Mitschrift der Besprechung im Münsteraner Oberpräsidium, (Zitat von Polizeipräsident Brand, Dortmund). Die Einladung erging am 2.2. an Landräte, Oberbürgermeister und Regierungspräs. Münster in: StaMs, RegMsBes, Nr. 30, 2.2.

620. Richtlinie des Oberpräsidenten Gronowski an nachgeordnete Behörden am 18.1. für das Verhalten in: HStD, RD 16606, 18.1.

Widerstands diffiziler, da die Rechte der Besatzung aus dem Rheinlandabkommen gewahrt bleiben mußten [622]. Die Richtlinien und Anweisungen, die eine Zusammenarbeit verboten, stellten eine willkommene Rückversicherung dar [623], auf die sich die Beamten auch dann beriefen, wenn sie so konkret gar nicht ergangen waren [624]. Andererseits sollten ausdrückliche Verbote einzelne, etwa wankelmütig werdende Beamte auf Linie halten [625]. Reichskanzler Cuno setzte auf die *"alte Beamtentreue"*. [626]

Die Besetzung wurde von den Okkupationsmächten wiederum als *"faktische Okkupation"* gerechtfertigt und dem Befehlshaber des besetzten Gebietes die *"Befehlsgewalt über die gesamte Bevölkerung"* zugeschrieben. Seine Anordnungen konnte er selbständig treffen und sie hatten als *"gemeines Recht"* zu gelten. Die juristischen Grundlagen zog die Besatzung aus dem Friedensvertrag, dem Londoner Abkommen und dem Art. 42 der Haager Landkriegsordnung [627]. Für das neubesetzte Gebiet folgte hieraus auch in den Augen der Besatzungsbehörden keine Gehorsamspflicht von Bürgerinnen und Bürgern. Im besetzten Rheinland konnte sich die Besatzung darauf berufen, daß eine vertraglich festgelegte Gehorsamspflicht aufgrund des Rheinlandabkommens bestand. Wohl aber verlangte die Besatzung auch im Ruhrgebiet eine Gehorsamspflicht von den Beamten.

Die juristische Argumentation der Abwehr berief sich ebenfalls auf das 1.

---

621. Verbindungsstelle Hamm an Oberpräsidium betr. Übergriffe der Besatzungstruppen in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007, 12.2.

622. Vgl. die Vorlage von Verordnungen bei der Rheinlandkommission und der Umgang mit deren Veto, in: BA, R 43I/ 211, Bl. 24, Vermerk Hamm v. 10.3., Schreiben des pr. Justizmin. an den Reichsjustizmin v. 6.3. und Besprechung im Reichsjustizmin. am 7.3.

623. S. in: HStD, RD 16605, einige Beispiele für diesen Argumentationsstrang gegenüber Anforderungen seitens der Besatzungsmächte.

624. Vgl. dazu den Bericht des Oberbürgermeisters Dr. Baur aus Bottrop an den Regierungspräsidenten Münster über seine Verhaftung und seine Verteidigung in: StaMs, RegMsBes, Nr. 19, 14.4.1925, s. bes. S. 8 des Berichts.

625. HStD, RD 17119, Bericht des Landrats zur Nieden über die Bürgermeisterkonferenz v. 23.2. an den Regierungspräs.

626. Verhandlungen, Bd. 357, S. 9949, Reichskanzler Cuno in der Reichstagsrede v. 6.3.

627. Ausschnitt aus dem Duisburger Generalanzeiger Nr. 48 v. 18.2., "Der

Haager Landkriegsabkommen von 1899. Artikel 44 dieses Abkommens bestimmte: *"... es ist verboten, die Bevölkerung eines besetzten Gebietes zur Teilnahme an den Kriegsunternehmungen gegen ihr eigenes Land zu zwingen"*. Der Artikel 52 legte für Personalleistungen fest: *"... sie dürfen für die Bevölkerung nicht die Verpflichtung enthalten, an Kriegsunternehmungen gegen ihr Vaterland teilzunehmen."* Nun argumentierte Frankreich, daß es sich bei der Besetzung des Ruhrgebiets eben nicht um ein kriegerisches Unternehmen handelte. Dann aber, so konterte die deutsche Argumentation, müßten die *"Rechte des Okkupanten, der im Frieden eine rein wirtschaftliche Besetzung durchführt..., geringer sein als die Rechte, welche der Okkupant im Krieg für sich in Anspruch nimmt."* Zusätzlich führte die Verteidigung das französische Landesrecht an, in denen ein Beamter, der auf Anweisung handelte, unter besonderem Schutz stand. In Art. 114. des französischen Strafgesetzbuches hieß es dazu: *"Wenn der betreffende Beamte nachweist, daß er auf Befehl seiner Vorgesetzten gehandelt hat, welchen er in der fraglichen Materie Gehorsam schuldig war, ist er straflos."* Zuletzt wurde die mehrfache Zwangslage angeführt, in der Beamte standen. Neben die *"allgemeine() moralische() Zwangslage jedes Bürgers, dem Ehre und Gewissen verbieten, gegen sein Vaterland zu handeln"*, trat die besondere Verpflichtung des Beamten, der an seinen Treueid gebunden war. Bei Zuwiderhandlungen setzte er sich disziplinarischen Maßnahmen aus und konnte zivilrechtlich zum Schadensersatz herangezogen werden [628]. Zahlreich sind die Berufungen auf Gewissen, Pflicht und nationale Würde in den Schreiben, mit denen Beamte ihnen auferlegte Anordnungen zurückwiesen [629]. Das Selbstbild der Beamten hatte der westfälische Oberpräsident bereits in den Anfangstagen der Besatzung so umschrieben: *"Bedenke, daß du ein Deutscher bist! Dieses Wort hat heute besondere Bedeutung. Wer sich als deutscher Staatsbürger selbst achtet, wird nie von den Franzosen verachtet. Niemand darf sich aus persönlichen oder geschäftlichen Gründen verächtlich machen und den deutschen Namen schänden. Wir wollen keinen Haß säen, aber das Gebot der Selbstachtung gebietet uns, daß wir unsere Peiniger unbeachtet lassen. Auch Vertrauen zu Reichs- und Staatsregierung und Opfersinn sind*

Urteilsspruch" in: BA, NL Jarres, Bd. 30.

628. "Rechtsanwalt Dr. Grimm über die durch das Urteil im Thyssen-Prozeß sowie in den Prozessen gegen Dr. Schlutius und Geheimrat Raiffeisen geschaffene Rechtslage." Zweiseitige, undatierte Druckschrift in: HStD, RD 16618.

629. Beispiele in: HStD, RD 16605. Oder auch im Schreiben des Oberbürgermeisters von Koblenz an den Kreisdelegierten v. 1.2. in: BA, R 43

erforderlich." Der Hurra-Patriotismus wurde zurückgewiesen. *"Selbstlose Hingabe ans Ganze, Opfer und Entbehrung standhaft ertragen, das ist eine unüberwindliche Waffe."* [630] Mitunter sprachen die Beamten das Ehrgefühl ihrer Gegner direkt und offensiv an. In einem Bericht über seine Verhaftungen schilderte ein Amtmann seine Vernehmung durch einen Besatzungsoffizier und seine Weigerung, Befehle auszuführen: *"In einem Konflikt zwischen der Pflicht als Beamter und dem Befehl einer fremden Macht könne es für einen deutschen Beamten immer nur die eine Lösung geben, daß er die Befehle des fremden Militärs ablehne; er selbst als französischer Offizier würde genau dasselbe tun. Er erwiderte wiederholt, daß er mich vollständig verstehe."* [631]

Das Widerstandsverständnis blieb an einem wichtigen Punkt jedoch widersprüchlich, und das war der Umgang mit Repressionen. Während die angeordnete offene Nichtzusammenarbeit konsequenterweise in die Konfrontation mit der Besatzungsmacht führen mußte, scheuten gerade die Verantwortlichen in den Zentralstellen in Berlin und in manchen Ländern davor zurück, die Beamten den daraus entstehenden Sanktionen auszusetzen. An anderen Stellen wiederum weigerten sich die verpflichteten Beamten, die ihnen abverlangten Belastungen auf sich zu nehmen. Ein Zurückweichen vor Repressalien wurde auf Verwaltungsseite meist mit Effizienz, Funktionsfähigkeit und zu hohen persönliche Belastung begründet, auf Beamtenseite eher mit dem Mißtrauen, mit den Belastungen (Vermögen, Gesundheit, berufliche Zukunft) trotz großer Versprechungen alleingelassen zu werden.

Es wurden vereinzelt Überlegungen angestellt und Forderungen entwickelt, die Leidensbereitschaft zu einem bewußten Mittel der Auseinandersetzung zu machen ("Sie können nicht alle einsperren"). Aber bis auf wenige Ausnahmen ist das Verhältnis zur Gewaltlosigkeit eher pragmatisch-taktisch einzustufen. Auf dieser Ebene liegt auch der einzige Bezug in offiziellen Quellen, der eine Rezeption von Gandhis Kampagnen erkennen und der die

---

I/209, Bl. 247f.

630. StaMs, RegAbg I PA, Nr. 979, 2. Westf. Pressekonferenz v. 20.1.

631. Der Amtmann des Amtes Blankenstein 20.2., Verhaftungen des Amtmanns Thiel in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007.

Unterschiede in der Bereitschaft zum Leiden und zur Gewaltlosigkeit deutlich werden läßt. Diese Überlegungen, die mir insgesamt nicht untypisch erscheinen, sollen daher hier etwas näher betrachtet werden.

Der bayerische Gesandtschaftsrat Knoch berichtete Ende Februar/Anfang März aus der besetzten Pfalz von einer britischen Delegation, der er den Charakter des Ruhrkampfes nahegebracht hatte. Diesem Bericht zufolge hatte er die Unterscheidung zwischen *"Gewalt und Recht in der Politik"* betont und dafür bei seinen Gästen *"warme Zustimmung"* gefunden. Der Aspekt des Kampfes um das Recht, so seine Schlußfolgerung, garantiere allein, *"die mühsam und vereinzelt im Auslande aufkeimenden freundlichen Gesinnungen und das Interesse an dieser neuzeitlichen Art von Freiheitskriegen zu erhalten."* In diesem Zusammenhang votierte der Autor dafür, Tendenzen zur Aktivierung des Widerstands in Richtung auf Sabotage- und Gewaltakte zu verhindern. Besonders die angelsächsischen Länder seien empfänglich für diese *"--mehr auf dem Gefühlsmäßigen liegende-- Einstellung."* Er bezog sich dann auf einen Zeitungsartikel mit dem Titel *"Deutschland braucht einen indischen Gandhi"*. In diesem Aufsatz werde *"das politische Dogma der 'passiven Resistenz' der 'non-cooperation' der indischen Irredenta Gandhis verherrlicht'"*. Knoch faßte diesen Aufsatz dahin zusammen: *"(W)as den um ihre nationale Selbstbestimmung ringenden Völker der Iren, der Inder, der Polen usw. die Sympathie der Welt erobert, seien nicht die Akte der 'Sabotage' und Gewalt gewesen, sondern das 'Golgatha, die Leidensstationen' einer in stummem Opfermute um ihr Sein oder Nichtsein ringenden Nation. Trotz aller politischen Katastrophen hielt z.B. Polen unerschütterlich fest an seinen unverjährbaren Rechten. Es schloß über diese Grundrechte niemals Kompromisse, blieb ständig mit erhobenem Finger in der 'Rolle' der Anklägerin vor der Weltgeschichte, der 'edlen Nation im Trauergewande'."* Einschränkend fügte er gleich hinzu: *"Das sind für robuste Kraftnationen vielleicht mollukenhafte, arterioklerotische (sic!) und entartete Anwandlungen, aber ich glaube trotzdem, daß letzten Endes die 'Ideen weiter schießen als die stärksten Kanonen.'"* [632] In allen durchgesehenen amtlichen Akten war dies der einzige Hinweis auf eine bewußte Auseinandersetzung mit Gandhis gewaltfreier Kampfesweise, und die abwertenden Bemerkungen ("molukkenhaft", "arteriosklerotisch",

632. BA, R 43 I/211, Bl. 184f., Brief Knochs Ende Februar/ Anfang März an die Reichskanzlei.

"entartet") zur Leidensbereitschaft charakterisieren m.E. in recht typischer Weise eine weit verbreitete Grundhaltung zu diesem zentralen Aspekt des gewaltlosen Kampfes.

Eine weniger verbreitete, dafür Gandhis Vorstellungen näher liegende Einstellung findet sich vereinzelt in gewerkschaftlichen Kreisen. Der Reichskommissar Mehlich (Mitglied der SPD und der Freien Gewerkschaften [633]) organisierte den Widerstand hauptsächlich mit. Er war im besetzten Gebiet stationiert und arbeitete eng mit Gewerkschaften, Behörden und Wirtschaftskreisen zusammen. Für ihn stand Widerstandsbereitschaft in einer engen Beziehung zur Verständigungsbereitschaft. In einer im Sommer geführten Diskussion über eine zeitweilige Einstellung des Widerstands wurde die Befürchtung geäußert, *"die Waffe aus der Hand"* zu legen, wenn man den Widerstand zeitweilig unterbreche. Dem widersprach Mehlich: *"Dieses militärische Bild ist ganz und gar unangebracht, da der Soldat und seine Waffe zwei verschiedene Dinge sind, während der Ruhrkämpfer die Waffe in sich trägt. Der Wille, den Franzosen Widerstand zu leisten, wird umso stärker sein, je mehr jeder einzelne überzeugt ist, daß* [634] *er auch von sich aus den guten Willen zur Verständigung bewiesen, damit aber nur Ablehnung erfahren hat."* [635] Diese Einstellung, die den Gegner selbst in einer akuten Auseinandersetzung beim Wort zu nehmen gewillt war, kam wohl dem von Gandhi entwickelten Vorgehen näher. Mehlich entwickelte aus dieser Grundhaltung heraus im Spätsommer einen detaillierten Plan für eine Einstellung des Widerstands als Vorleistung für einen Verhandlungsprozeß. Im übrigen kursierte der oben beschriebene Artikel in Gewerkschaftskreisen, und Gandhis Ansatz wurde innerhalb der Freien Gewerkschaften diskutiert, wenn auch nicht direkt übernommen [636].

Zur Einschätzung des Stellenwertes des gewaltlosen Kampfes ist es hilfreich, sich zu verdeutlichen, daß der zivile Widerstand von den

---

633. Zur Personalie Mehlichs vgl. AdRk Cuno, S. 775f.; Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 44.

634. Nicht "da", wie es falsch in: ZStA, RAM 2959, Bl. 11, "Zur Beendigung des Ruhrkonflikts", Vorschlag Mehlich, überliefert ist. Vgl. BA, NL Jarres, Bd. 49, Anl. I zu "Beteiligung" 1926, "Vorschlag Mehlich zur Beendigung des Ruhrkonfliktes", Bl. 3.

635. ZStA, RAM 2959, Bl. 11 "Zur Beendigung des Ruhrkonflikts", Vorschlag Mehlich

Verantwortlichen in der Regierung trotz aller offenkundigen Wirksamkeit als ein Mittel der Schwäche und nicht der Stärke angesehen wurde. Diese Einstellung wird exemplarisch deutlich an den Überlegungen in der Reichskanzlei, wie auf die mögliche Erklärung Frankreichs, sich im Kriegszustand zu befinden, reagiert werden solle. Die Hintergründe, die mit diesen Überlegungen verbunden waren, führte der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hamm (Mitglied des Reichstags und der Deutschen Demokratischen Partei [637]) in einer Denkschrift etwa Mitte Februar 1923 aus, zu einer Zeit also, als der passive Widerstand bei voller Wirkung war.

Sollte Frankreich den Kriegszustand erklären, so schrieb er, dann würden *"die entscheidenden Beschlüsse"* zu fällen sein. Sollte man dann den Krieg annehmen und trotz ungünstiger Erfolgsaussichten und der Gefahr der Spaltung der Nation, militärisch Widerstand leisten? Interessant ist nun, welche Alternative er formuliert: Die Nichtannahme des Kriegszustands war für ihn gleichbedeutend mit *"sich kampflos zu fügen, gewissermaßen zu entstaatlichen."*

Von einer Funktion des passiven Widerstands für die Selbsterhaltung des Reichs in diesem elementaren Sinne war in diesen Überlegungen nicht die Rede, der passive Widerstand diente lediglich dazu, im Ruhrgebiet den Beweis zu erbringen, *"daß auch Frankreich nichts daran gewinnen kann."* Aber der eigentliche Befreiungskampf wurde als ein kriegerischer aufgefaßt. *"Der Krieg kommt vielleicht aus dem Gefühl heraus im Westen. Das mag von großer Bedeutung sein für Historie und die Wiedergeburt. Aber die Entscheidung, ob Krieg oder Frieden, muß auch aus dem Verstande geschöpft sein."* [638]

Diese Überlegungen beleuchten, daß das Kampfmittel des passiven Widerstands nicht als ein wirksames Instrument staatlicher

---

636. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 95.

637. Zur Personalie Hamms vgl. AdRk Cuno, S. 770.

638. Vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 78, S. 260f. (Zitat Dok. Nr. 78, S. 260) sowie ebd. S. 260f. Anm. 2 (Zitate S. 261 Anm.), siebenseitige Denkschrift, unklar datiert und nicht unterzeichnet, vermutlich vom Staatssekretär Hamm im Februar 1923 ausgearbeitet.

Selbstbehauptung wahrgenommen wurde. Die Auffassung des Staatssekretärs war darüberhinaus keine Einzelmeinung, sondern sie findet sich in zeitgenössischen Darlegungen führender Entscheidungsträger [639].

Ein Blick auf diese Einstellung macht die Ambivalenz deutlicher, in der sich Beamte und ihre Vorgesetzten beim Umgang mit Repressalien befanden. Einerseits wollte man der Gewalt nicht weichen, andererseits konnte man die Sanktionen doch nicht ignorieren, und wozu sollte man die Beamten diesen Schikanen aussetzen, wenn die Besatzungsmächte doch offensichtlich nicht davor zurückschreckten? Andererseits gab es auch den offensiven Umgang mit Repressalien, gerade bei denen, die darunter zu leiden hatten, und es gab die Euphorie der Anfangsstimmung, als Sanktionen als Auszeichnung empfunden wurden und den Widerstand anspornten. Das allmähliche Zurückweichen und die Unterschiede der Einstellung zwischen besetztem Gebiet und den entfernten vorgesetzten Stellen lassen sich in den Quellen deutlich nachzeichnen.

Die Verhaltensregeln erforderten, daß Beamte weiterarbeiten sollten, bis sie gewaltsam, d.h. durch unmittelbare Gewaltanwendung, von ihrem Posten entfernt würden [640]. An der Verhältnismäßigkeit dieses Verlangens brachte das Land Hessen schon Anfang Februar Zweifel an. Die Beamten, so war die Erfahrung, verschwanden oft ohne Nachricht, und die Besatzungsbehörden waren zur Gewaltanwendung offensichtlich bereit [641]. Die offenbar systematische Verhaftung *"alle(r) Männer, die einige Bedeutung im öffentlichen Leben oder im Industrieleben haben"* [642] wies auf den zahlenmäßigen Umfang dieser Repressalie hin. Der Staatssekretär in der Reichskanzlei rechtfertigte die Anordnung. Sie sollte auch gegenüber

---

639. Beispielsweise führt der Reichspräsident vor den Ministerpräsidenten der Länder am 12.1. aus: "Wenn das Reich im Westen nicht Widerstand leisten kann, so ist damit nicht auch gesagt, daß wir den Osten einem Einbruch schutzlos preisgeben würden." In: AdRk Cuno, Dok. Nr. 42, S. 138f.

640. So beispielsweise im Verhaltenserlaß des pr. Innenmin. für die allgemeine und innere Verwaltung v. 24.1. in: Hochbauamt D 82 III, Der Minister des Innern, 24.1.

641. Einwände des hess. Gesandten in Berlin an Reichskanzler v. 5.2. in: BA, R 43 I/206, Bl. 440. Genauso Gutachten des hess. Generalstaatsanwalts v. 20.2. in: BA, R 43 I/222a, Bl. 341-344.

642. Bericht des Magistrats Bochum an die Reichskanzlei über die Zustände in Bochum v. 1.3. in: BA, R 43 I/210, Bl. 296-299.

dem Ausland die Schwere des Rechtsbruchs dokumentieren. Den Beamten sei im übrigen der Sinn der Anweisung klar, sie würden das Opfer auf sich nehmen [643].

Diese Stringenz wurde beim Umgang mit der Ausweisung verlassen. Die am 20.1. angedrohte Ausweisungswelle begann zuerst mit leitenden Beamten des altbesetzten Gebiets [644]. Höhere Beamte wurden einbestellt und bei Erscheinen verhaftet, oft auf Lastwagen ohne Sitzmöglichkeiten abtransportiert und ins unbesetzte Gebiet abgeschoben [645]. *"Die Beamten ertragen die Ausweisung und die Gefahr der Ausweisung mit bewundernswerter Ruhe"*, so charakterisierte ein offizieller Bericht aus dem besetzten Gebiet die Situation [646]. Die Opferbereitschaft der Ausgewiesenen spornte den Widerstandswillen insgesamt zunächst an und gab Anlaß zur Solidarisierung und zur offensiven Propagandaarbeit. *"Sabotage die Parole"*, Maßregelung als höchste Auszeichnung, so kommentierte die rechte Deutsche Allgemeine Zeitung die Opferbereitschaft der Beamten [647]. Mit den gemaßregelten Betroffenen solidarisierten sich andere Beamtengruppen [648], die Reichsregierung ließ die Namensliste ausgewiesener Beamter mit einem Protestschreiben durch die Botschaften in London, Brüssel und Paris den dortigen Regierungen überreichen [649]. Es wurden Proteststreiks von Arbeitern, Beamten und Geschäftsleuten gegen Ausweisungen und Verhaftungen organisiert [650]. Für den Umgang mit der Ausweisung schlugen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter vor, daß

---

643. BA, R 43 I/206, 9.2., Antwort des Staatssekretärs in der Reichskanzlei an den hess. Gesandten.

644. Gespräch Tirard, Präsident der Interalliierten Rheinlandkommission und frz. Oberkommissar im Rheinland, mit Fürst Hatzfeldt, dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete v. 20.1. in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 3, Bl. 39.

645. Aus dem Protest des Regierungspräs. von Düsseldorf, Grützner, an den Bezirksdelegierten der Rheinlandkommission in Düsseldorf v. 9.4. in: HStD, RD 16381.

646. Zweiter vorläufiger Bericht aus dem besetzten Gebiet v. 8.2., Reichsminister a.D. Koch in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 238, Bl. 17.

647. BA, R 43 I/205, 20.1. Ausschnitt der DAZ v. 20.1.

648. Bericht Reichsvertreter David aus Darmstadt, Solidarisierung der hessischen Beamten mit den preußischen nach Ausweisungen der Hauptzollamtsbeamten in Mainz in: BA, R 43 I/206, 24.1. Darmstadt.

649. Note und Liste in: BA, R 43 I/222d, Bl. 13, 25.1.

650. Stimmungsbericht der Reichszentrale für Heimatdienst mit Meldungen aus

jedesmal von der Gemeindebehörde wie vom Regierungspräsidenten ein schriftlicher Protest eingelegt werden sollte, die *"(g)anz eindruckslos ... in der Regel nicht"* blieben [651]. Es gab weitere Vorschläge, diese Gewaltmaßnahme offensiv und provokativ für die internationale Propaganda zu nutzen. Der bayerische Ministerpräsident regte an, *"politische Einzelmärtyrer"* zu schaffen. Persönlichkeiten von internationaler Bedeutung, er dachte an ehemalige Diplomaten mit guten Auslandskontakten, sollten mit führenden Beamtenposten betraut werden, *"lediglich, um ausgewiesen zu werden, wenn sie ihre Pflicht erfüllen"*. Dies Vorgehen stieß in Berlin auf keine Gegenliebe: *"Die Anregung erscheint mir weder praktisch durchführbar noch irgendwie erfolgversprechend."* [652]

Noch deutlicher wurde die faktische Akzeptanz der Sanktion dadurch, daß ausgewiesene Beamte nicht an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren brauchten. Diese Strafmaßnahmen wurde also einerseits für rechtlich unverbindlich erklärt, eine Rückkehr andererseits aber nicht zur Pflicht gemacht [653]. Eine Rückkehr, so hieß es, könne *"nur freiwillig geschehen"* [654]. Das Wegbleiben der Beamten kritisierte hingegen der ADGB-Ortsausschuß Oberhausen und forderte die unbedingte Rückkehr der Beamten, *"selbst auf die Gefahr hin, daß sie verhaftet und verschleppt werden."* Nur so könne der Besatzung gezeigt werden, daß sie kein Recht zur Ausweisung habe. *"Soviel Gefängnisse gibt es nicht um alle Beamten festzusetzen und würde die Taktik der Verhaftungen an der Unausführbarkeit scheitern"*. Das Vorbild von *"Fritz Thyssen und Genossen, sowie Oberbürgermeister Jarres-Duisburg"* habe Anerkennung in der Arbeiterschaft gefunden und so sollten ohne Ausnahme alle Beamte handeln [655]. Außerdem kehrten die Privatleute nach der Ausweisung zurück [656]. Eine Rückkehr der Beamten würde die

---

Recklinghausen und Dortmund in: BA, R 43 I/206, 29.1.

651. Streng vertraulich. Meldung Mehlich mit Stellungnahme von Arbeitnehmern und Arbeitgeber an Reichsarbeitsmin. in: BA, R 43 I/206, 30.1. Dortmund.

652. Anregung des bayer. Ministerpräsidenten, v. Knilling. Dieser bezog die Idee vom Herausgeber der Zeitschrift "Hochland", Carl Muth. Den vernichtenden Kommentar schrieb Bürgermeister Schmid in: BA, R 43 I/207, 8.2. München und handschr. Vermerk Schmids.

653. Streng vertraulich. Meldung Mehlich mit Stellungnahme von Arbeitnehmern und Arbeitgeber an Reichsarbeitsmin. in: BA, R 43 I/206, 30.1. Dortmund.

654. Zweiter vorläufiger Bericht aus dem besetzten Gebiet v. 8.2., Reichsminister a.D. Koch in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 238, Bl. 17. Dazu vermerkte der Bearbeiter im pr. Innenmin., Loehrs, handschriftlich: "Auch meine Meinung".

Stimmung in der Bevölkerung stärken, auch wenn sie nicht mehr in ihrer Stellung arbeiten, sondern lediglich als Bergleute oder Privatleute anwesend sein könnten [657]. Einzelne leitende Beamte sahen das genauso, ignorierten die Ausweisung und kehrten zurück, wie der Duisburger Oberbürgermeister Jarres, der daraufhin verhaftet wurde, oder auch der Dortmunder Polizeipräsident [658]. Der Düsseldorfer Regierungspräsident Grützner bat nach seiner Ausweisung den preußischen Innenminister um die Anweisung, nach Düsseldorf zurückzukehren [659]. Der Preußische Minister für Handel und Gewerbe erließ in einzelnen Fällen die Anordnung zur Rückkehr, überließ es aber dem Ermessen der Beamten, *"ob und inwieweit Sie dieser Anweisung Folge leisten können"* [660]. Gewerkschafter argwöhnten, *"daß es manchem Beamten angenehm sein könnte, ausgewiesen zu werden; da er dadurch aus dem Hexenkessel von Ruhrrevier mit Anstand herauskäme"* [661]. Eine offensive Aktion der Rückkehr von Beamten wurde im Sommer in der Regierung Münster erwogen. Aus Propagandagründen könnte überlegt werden, daß *"alle ausgewiesenen Beamten an einem bestimmten Tage in ihr Amt zurückzukehren versuchten."* Große Erfolgsaussichten wurden diesem Schritt jedoch nicht zugesprochen. Er wurde im Berliner Innenministerium als *"völlig nutzlose und für alle Beteiligten wegen der schweren Bestrafungen sehr nachteilige Demonstration"* verworfen. Da die Beamten

---

655. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 63f., ADGB-Ortsausschuß Oberhausen an pr. Innenmin. v. 9.2.

656. BA, R 43 I/210, Bl. 285, Telefonat Ritter (wahrscheinlich der Vortragende Legationsrat aus dem Auswärtigen Amt) an Reichskanzlei v. 4.3.

657. Ebd., Ritter vermerkt eine "gewisse Unzufriedenheit", weil die Beamten nicht zurückkehrten. Vgl. die Mitteilung aus dem Ruhrgebiet, vermittelt von Walther Langer, MprL. und Sekretär der Christlichen Gewerkschaften im Ruhrgebiet, über den Reichskommissar f.d. Überwachung der öff. Ordnung am 15.2. an die Reichskanzlei in: BA, R 43 I/208, Bl. 274.

658. Vgl. zum Dortmunder Polizeipräsidenten StaMs, OpräMü, Nr. 5007, Mitteilung Polizeipräsident Dortmund an Oberpräsidium Münster v. 14.2. Zu Jarres vgl. BA, NL Jarres, "Beteiligung" 1926, S. 1.

659. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Regierung Düsseldorf, Präsidialabteilung, Nr. 131, Rundschreiben Regierungspräsidium an nachgeordnete Behörden v. 19.2. (Im folgenden zitiert als: HStD, RD Präs).

660. BA, R 43 I/222d, Bl. 279, Mitteilung v. 21.2. an Reichskanzlei.

661. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 63f., ADGB-Ortsausschuß Oberhausen an pr.Innenmin. v. 9.2.

kaum würden ihr Amt versehen können, wollte die Regierung sich nicht dem Vorwurf aussetzen, sie *"völlig nutzlos()"* zu opfern. Umso höher schätzte sie die freiwillige Rückkehr Einzelner [662].

In einem anderen Fall verlangten die Zentralstellen umso hartnäckiger von den Beamten, daß sie die Regel der Nichtzusammenarbeit beachten und eine konsequente Leidensbereitschaft aufbringen sollten. Den Präzendenzfall schuf schon im Januar die Verhaftung des Präsidenten des Landesfinanzamts Köln und seine Einlieferung in das französische Gefängnis in Bonn [663]. Während die Verschärfung der Repressalien ganz offen zum Ziel hatte, Druck auf die Regierung auszuüben, tendierte diese dahin, daß die Beamten Gefängnisstrafen in Kauf zu nehmen hatten [664]. Die verhafteten Beamten wurden von den Besatzungsbehörden in deutsche Gefängnisse gebracht und, beispielsweise in Aachen, *"trotz großer Bedenken"* aufgenommen, *"um dem Interesse dieser festgesetzten deutschen Beamten zu dienen"*. Nachdem einige Beamte in Gewahrsam der Besatzungsmacht *"in empörender und entwürdigender Weise ... behandelt worden seien"* und man um ihre Widerstandsfähigkeit unter einer längeren derartigen Behandlung fürchten mußte, baten leitende Behördenvertreter und auch die Gefangenen darum, diese Praxis beizubehalten. Dem stand jedoch der Erlaß des Preußischen Justizministers entgegen, der die Nichtzusammenarbeit vorschrieb und eine Beherbergung von verhafteten Beamten in deutschen Gefängnissen verbot. Der Gefängnisdirektor mußte nun die Gefangenen dem belgischen Kreisdelegierten *"zur Verfügung"* stellen, *"mit dem Hinweis, daß sie freigelassen würden, wenn sie nicht innerhalb einer angemessenen Frist von der belgischen Behörde aus der deutschen Strafanstalt abgeholt seien"* [665].

---

662. Stellungnahme Regierungspräsident Münster v. 3.5. und handschriftlicher Vermerk des Bearbeiters, Driest, v. 21.7. in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 77. Damit scheint diese Angelegenheit erledigt gewesen zu sein.

663. BA, R 43 I/205, Bl. 239, Bericht des Staatssekretärs für die besetzten rheinischen Gebiete, Brugger, an die Reichskanzlei v. 23.1.

664. Ebd. Vgl. auch den Bericht des Polizeimajors v. Sillich v. 8.2. über ein Gespräch mit dem Kommandeur der 47. Infanteriediv., General Laignelot, über die allgemeine Verschärfung von Maßregeln in: StaMs, RegMsBes, Nr. 30, 8.2. Recklinghausen, Anlage III.

665. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 40f. Abschrift des Berichts des Präsidenten des Strafvollzungsamts Köln im pr. Innenmin. v. 28.1. Zitiert wird der

Am 30.1. bestätigte der Justizminister seinen Erlaß. Die Besatzungsbehörden sollten darüber informiert werden, daß diese Gefangenen im Gefängnis bleiben könnten und dort auch verpflegt, aber nicht bewacht und auch nicht als Gefangene behandelt würden. Zukünftig würden diese Personen nicht mehr aufgenommen [666]. Gegen diese Haltung liefen die leitenden Beamten der besetzten Gebiete im Einklang mit allen Parteien Sturm [667], doch das Reichjustizminsterium, das preußische Justizministerium und die Reichsregierung blieben unnachgiebig [668]. Ihr Grundsatz lautete, daß aus den deutschen Behörden kein Büttel fremder Machthaber werden dürfe [669]. Gleichzeitig wurde Vorsorge getroffen, falls aufgrund dieser Weigerung die Gefängnisse geschlossen würden [670].

In diesem wie in den folgenden Fällen gingen die Anforderungen an die Leidensbereitschaft über das hinaus, was die Betroffenen zu leisten bereit waren, doch auch bei ihnen gingen die Meinungen über das Zumutbare auseinander. Während die Regierung hinsichtlich der Unterbringung in den Gefängnissen hart blieb, veränderte sie ihre Vorgaben hinsichtlich der Ladungen vor Kriegsgerichte und der Bezahlung von Geldstrafen im Laufe

---

Direktor der Strafanstalt Aachen. Ebd., Bl. 19f., Verhaltenserlaß des pr. Justizministers v. 23.1.

666. ZStA Merseburg, MdI 157, Bl. 39f., pr. Justizmin. an den Präsidenten des Strafvollzugsamts beim OLG Köln v. 30.1.

667. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 47f., Schreiben Regierungspräsident Köln v. 2.2.; ebd., Bl. 51, Telegramm OB Aachen, Farwick, an pr. Jusitzmin. v. 7.2. Ein weiteres Telegramm des OB Farwick an Reichsregierung v. 10.2. in: BA, R 43 I/207; Telegramm Rechtsanwalt Grimm und Mitteilung MdRT Koch v. 9.2. in: BA, R 43 I/207, 9.2.

668. BA, R 43 I/207, 9.2. bei Telegramm Grimm und Mitteilung MdRT Koch, handschr. Vermerk: "Reichsjustizmin. hat mitgeteilt, daß es bei der Auffassung verbleibt. 10/2." BA, R 43 I/206, Bl. 458, 3.2., Wunsch "begreiflich", aber: "Die allgemeine Auffassung ging dahin,... daß die Vergewaltigten auch dieses Opfer dem Vaterlande bringen müßten." BA, R 43 I/208, Bl. 240, Antwortschreiben des Reichsjustizmin. an Koch v. 14.2., Reichsregierung und pr. Justizmin. halten am Standpunkt fest, "bei voller Würdigung der Schwere des Opfers". BA, R 43 I/209, Bl. 26, 22.2., Antwort Reichskanzlei auf eine Eingabe des Prof. Landsberg aus Bonn, daß "eine Änderung des ... Beschlusses... jetzt nicht mehr möglich" sei.

669. Vgl. die Antwort des Staatssekretärs in der Reichskanzlei an den hess. Gesandten v. 9.2. in: BA, R 43 I/206, Bl. 442.

670. Durch Beurlaubung bzw. Abtransport Strafgefangener in: HStD, RD 16606,

der Zeit. Die anfängliche Empfehlung, Ladungen nicht zu folgen, wurde bald als Verbot ausgelegt und kritisiert, weil sie zu höheren Gefängnisstrafen führte. Vor dem Kriegsgericht zu erscheinen, bezeuge den Willen, zur Handlung zu stehen und beweise moralischen Mut. Die Verhandlung gebe Gelegenheit, das Gericht als nicht zuständig zu erklären und jeden Anschein einer Befolgung gegnerischer Anordnungen zu verhindern, argumentierte ein Landrat [671]. In den Berliner Zentralen gingen die Meinungen auseinander; der westfälische Besatzungsausschuß votierte dafür, die zwangsweise Vorführung abzuwarten [672].

Die Geldstrafen, zu denen Menschen von den Kriegsgerichten verurteilt wurden, sollten zunächst erstattet werden. Im altbesetzten Rheinland gab es dazu eine Hilfsorganisation, deren Kompetenz auf das neubesetzte Gebiet ausgedehnt und deren Fonds aus Reichsmitteln aufgestockt werden sollte [673]. In einer Ressortbesprechung Ende Februar wurden die Einzelheiten des Erstattungsverfahrens bekanntgegeben. Verfahrens-, Verteidiger- und Strafkosten übernahm bei Beamten, Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst und in Einzelfällen auch für Gewerkschafter und politisch wichtige Persönlichkeiten das Reich bzw. öffentliche Kassen. Nichtbeamtete konnten sich an den "Hilfsausschuß der Rheinländer" wenden, vorschußweise an die Gemeinden. Es ist aber nicht sicher, ob diese ohnehin überwiegend mündlich weiterzugebende Anweisung überall hinreichend bekannt geworden ist [674]. Einzelne Verwaltungen stellten sich auf diese

---

14.2., Regierung Düsseldorf an nachgeordnete Behörden.

671. Vgl. Stellungnahme Landrat Dortmund v. 2.3. in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 45. Das pr. Justizmin. ging von der irrtümlichen Annahme aus, daß die Richtlinien der Kommunalbeamten v. 9.2. das Nichtbefolgen der Vorladung vorschrieben in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 59, Schreiben v. 5.4. Tatsächlich hatten diese Richtlinien aufgrund der örtlichen Verschiedenartigkeit keinen allgemeinen Grundsatz aufgestellt, vgl. BA, R 43 I/210, 17.2., Reichsinnenminister mit Verhaltensrichtlinien der kommunalen Beamten an die Ressorts. Hieran wird der Trend zur verweigernden Interpretation sehr klar erkennbar.

672. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 59, pr. Justizmin. am 5.4. an Ressorts, das Auswärtige Amt ist für eine Liberalisierung, das pr. Justizmin. möchte eine Beratung der Ressorts darüber. Vgl. StaMs, RegMsBes, Nr. 30, Niederschrift Besprechung Westf. Besatzungsausschuß v. 6.4.

673. BA, R 43 I/207, 6.2., Besprechung im Reichsinnenmin.

Praxis ein, während sich bei der Bevölkerung und einzelnen Kommunalverwaltungen Unmut über die mangelnde finanzielle Unterstützung ausbreitete [675].

Die Besatzung verhängte immer höhere Geldstrafen, durchaus in bewußter Absicht, damit das Reich zu schädigen [676]. Auf Betreiben des Ruhrkommissars und gegen den Widerspruch des Auswärtigen Amtes entschied dann das Kabinett am 29.3., daß Geldstrafen vom Reich prinzipiell nicht erstattet würden [677]. Diese Position, die nach Wochen der Unklarheit und ständiger Nachfragen *"aus allen Teilen der Bevölkerung"* am 20. bzw. 21.4. vom Kabinett bestätigt und präzisiert wurde [678], spaltete die Beamtenschaft [679] und die Regionen [680].

---

674. Das federführende Reichsinnenmin. wollte ein Rundschreiben an die Landesregierungen aufsetzen, die die Oberpräsidenten mündlich informieren sollten in: ZStA, RmdfbG/RIM, Nr. 1085, S. 46f., Ressortbesprechung v. 24.2.

675. Vgl. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 45, Bericht des Landrats Dortmund v. 2.3. Vgl. StaMs, RegMsBes, Nr. 30, Besatzungsamt Gladbeck an Regierungspräs. Münster v. 29.3., Forderung nach Bezahlung von Verteidigern und Erstattung von Geldstrafen.

676. Gespräch des frz. General de Metz mit dem bayer. Gesandtschaftsrat Knoch, Schreiben Knochs v. 4.3. an das Reichsinnenmin., von da am 8.3. an die Reichskanzlei in: BA, R 43 I/211.

677. Vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 111, bes. S. 352, Kabinettssitzung v. 29.3.

678. Ebd., S. 352 Anm. 8. und Dok. Nr. 136, Kabinettssitzung v. 21.4., S. 420 Anm. 5 (Zitat). Laut Brieftelegramm mit Kurzfassung v. pr. Innenmin. an nachgeordnete Behörden war der Beschluß schon am 20.4. gefallen in: StaMs, RegMsBes, Nr. 30.

679. Provinzialausschuß West ADBB, Geldstrafen in Ausnahmefällen zahlen, in: StaMs, OpräMü, Nr. 5002, Handschr. "Sofort. Abschrift der anliegenden Eingabe", 19.4.

680. Vgl. den Brief Bücher, geschäftsführ. Präsidialmitglied des RdI, an Staatssekretär Hamm v. 10.4. Gemeinsame Besprechung des Verbandes Rheinischer Industrieller und der Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen des Rheinlands und Westfalens geplant, um zur einheitlichen Meinung zu kommen. Im Einbruchsgebiet besteht die Meinung, kein Geld zu bezahlen, im altbesetzten Gebiet verfährt die Bevölkerung ohne ausdrückliches Verbot der Regierung nach Zweckmäßigkeit. Laut vertraulicher Mitteilung v. 27.4. an alle Ressorts wird beim Treffen am 23.4. entschieden, daß

Das Dilemma war deutlich. Eine Bezahlung wurde als Anerkennung der Besatzungsmacht interpretiert und erlaubte es den Besatzungsmächten, vom Reich hohe Summen zu erpressen. Dem gegenüber standen schwerwiegende Eingriffe in das Privatvermögen, wenn die Strafen durch Zwangsbeitreibung eingezogen wurden, bei einer gar nicht so sicheren Aussicht, daß diese Schäden ersetzt würden. Die Schäden, die eine Beitreibung der Geldstrafen anrichtete, sollte das Reich zwar *"selbstverständlich"* übernehmen [681]. Das Vertrauen, nicht im Stich gelassen zu werden, war der entscheidende Punkt. War es vorhanden, so konnte die Zwangsbeitreibung abgewartet werden und es waren auch gar keine öffentlichen Zusicherungen nötig [682]. Den rheinischen Beamten genügten die Zusagen von voller Sachentschädigung aber nicht. Sie wollten sich auch nicht auf *"spätere Versprechungen"* einlassen. Das Mißtrauen besaß einen realen Hintergrund: *"Die Ausgewiesenen Elsaß-Lothringens seien zum Teil bis heute noch nicht entschädigt."* Auf eine weitere Bestrafung oder die Beschlagnahme von Eigentum wollten es die Beamten nicht ankommen lassen. Diese Absicht der Regierung erschien ihnen *"undiskutierbar"* [683].

Während die Wirtschaftsverbände Ende April auf die harte Haltung der Regierung einschwenkten und auch Gewerkschaften die Erstattung angeblich ablehnten, brachte der Klärungsversuch innerhalb der Beamtenschaft [684] keine volle Zustimmung mit der von den Zentralstellen propagierte Linie. Die Beamten erwarteten, daß *"Mittel und Wege"* gefunden werden sollten, um die über Beamte verhängten Geldstrafen zu

---

weder Geldstrafen noch Kautionen bezahlt werden sollen in: BA, R 43 I/212.

681. Laut Ressortbesprechung v. 6.4. in: ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 13-15 (Zitat handschr. Korrektur).

682. Auf diesem Standpunkt stand der Westfälische Besatzungsausschuß in: StaMs, OpräMü, Nr. 5002, handschriftlicher Entwurf einer Stellungnahme v. 19.4.

683. Schreiben Landesverband der Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten (der) besetzten rheinischen Gebiete und Provinzialverband Rheinland des Deutschen Beamtenbundes an Bürgermeister Schmid Reichskanzlei v. 20.4. in: ZStA, RmfdbG 53424/4, Bl. 118f.

684. Besprechung in der Reichskanzlei am 4.5. "in Gegenwart des Westausschusses des Deutschen Beamtenbundes" in: ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 41 und 41RS.

erstatten. Außerdem sollten Beamte, die die Bezahlung von Geldstrafen ablehnten, über die Schadloshaltung hinaus einen vollen finanziellen Ausgleich bekommen [685].

An dieser Stelle wird der Zusammenhang zwischen der Bereitschaft, Sanktionen auszuhalten, dem materiellen Hintergrund und der ideellen Widerstandsgrundlage deutlich. Die Beamten führten den Kampf für die "Allgemeinheit", und hier mußte die Allgemeinheit in Gestalt staatlicher Regelungen die Unterstützung glaubhaft machen; doch am Vertrauen daran fehlte es, wie sich zeigte, leider zu Recht.

3.4.1.5. Zielkonflikte bei der Umsetzung: Demonstration der Widerstandshaltung und Aufrechterhaltung der materiellen Infrastruktur. Lösungsversuche

Die Widerstandsbereitschaft wurde nicht nur durch interne Gründe begrenzt. Die Umsetzung der Widerstandshaltung war eine ständige schwierige Gratwanderung zwischen zwei wichtigen Zielen des Widerstands. Einerseits demonstrierte die offene Nichtzusammenarbeit die Geschlossenheit der Ablehnung. Andererseits gefährdeten die Sanktionen die Aufrechterhaltung der zivilen Infrastruktur. Französische Generäle drückten diesen Sachverhalt ganz offen gegenüber Repräsentanten der besetzten Städte aus. In einem Bericht über ein solches Gespräch heißt es: *"Nunmehr wies ich (Leiter der Polizei-Inspektion Recklinghausen. B.M.) darauf hin, daß die Franzosen doch schließlich Kohlen und Arbeit erwarteten. Aus seiner Antwort ging hervor, daß er von der Zeit eine Unterwerfung der Bevölkerung erwartete. Er führte aus, sie, die Franzosen, hätten Essen, warme Bekleidung und Unterkunft. Wenn die Bevölkerung in ihrer ablehnenden Haltung verharre, so würde sie sich selber schaden. Zuerst seien die Franzosen sehr milde aufgetreten, die Maßregel würden nun immer strenger werden. Er habe jetzt die Theater und Wirtschaften usw. geschlossen; demnächst würde er den Nachtverkehr verbieten und so würde es immer weitergehen, bis die Bevölkerung nachgäbe. (der Ausdruck 'nachgäbe' wurde vom Dolmetscher gebraucht. Mir ist der französische*

685. Schreiben Westausschuß des Deutschen Beamten-Bundes an die Reichskanzlei v. 2.6. in: ZStA, RmfdbG 53424/7, Bl. 320.

Ausdruck leider entfallen, ich glaubte im Moment aber mehr zu verstehen: 'eine willenlose Unterwerfung, so etwa aus der Hand fressen', sehr frei übersetzt.)" [686]

Insbesondere die Beamtenschaft war in ihrem Verhalten durch die beschriebenen Verhaltensregeln weitgehend auf die demonstrative Nichtzusammenarbeit festgelegt und wurde umgehend zum Ziel der Repressalien der Besatzungsmächte. Der westfälische Besatzungsausschuß warnte die Beamten davor, es auf die Ausweisung anzulegen. Sie sollten sich diese Maßregelung *"nicht ohne Not"* zuziehen [687]. Bereits Anfang März trat vor allem im altbesetzten Rheinland die Notwendigkeit in den Vordergrund, das Verhalten der Beamten u.U. zu ändern, um die Ausweisung zu vermeiden und soviele Beamte wie möglich noch im besetzten Gebiet zu erhalten. Amtliche Proteste sollten sie in Zukunft nur noch in in bestimmten Ausnahmefällen einlegen und auch möglichst nicht an spontanen Demonstrationen teilnehmen [688]. Ferner wurde versucht, durch Umgehen, Ausweichen und Improvisieren die Funktionsfähigkeit weiter zu erhalten.

Der höhere Verwaltungsapparat des Ruhrgebiets konnte in den Regierungen Münster (Oberpräsidium und Regierung) und Arnsberg (Regierung) ungestört arbeiten, da sie nicht dem Zugriff der Besatzer ausgesetzt waren. Im Rheinland waren aber im März die Mehrzahl der Landräte ausgewiesen [689]. Auf vielfältige Weise wurde versucht, die Funktionen ausgewiesener Beamten weiter zu erfüllen.

Die allgemeine Anordnung aus dem preußischen Innenministerium dazu lautete: *"Im Falle der gewaltsamen Beseitigung des leitenden Beamten sind die Dienstgeschäfte von jedem Beamten im Rahmen der geltenden Gesetze und Bestimmungen weiterzuführen. Einmischungen in die Dienstgeschäfte von Personen, die etwa von unzuständiger Seite eingesetzt werden sollten,*

---

686. StaMs, RegMsBes, Nr. 30, 8.2., Abschrift Bericht Polizeipräs. Recklinghausen. Gespräch des Polizeimajors v. Sillich mit dem Kommandeur der 47. Infanteriediv., General Laignelot.

687. StaMs, OpräMü, Nr. 5002, 8.2., handschr. Niederschrift über die konstituierende Sitzung des Westf. Besatzungsausschusses.

688. Vgl. Verfügung des Regierungspräsidenten Trier v. 1.3. in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 92.

689. Vgl. Bericht v. Hatzfeldt über die besetzten rheinischen Gebiete v. 15.3. in:

sind abzulehnen, Anordnungen solcher Usurpatoren sind unbeachtet zu lassen" [690]. Relevant wurde weniger die Auseinandersetzung mit Usurpatoren als die Entfernung leitender Beamter. Die Entfernung von Spitzenbeamten schuf an manchen Orten eine prekäre Lage, so in der Regierung Trier, die ohne Präsidenten und alle Oberregierungsräte auskommen mußte. Die Beamten dort erbaten die Unterstützung aus dem preußischen Innenministerium, und von dort wurde ein ortskundiger [691] Landrat kommissarisch abgeordert, im *"inoffiziellen Auftrag nach dem Rechten zu sehen"* [692].

Die Aufgaben ausgewiesener Beamter übernahmen in Teilbereichen der Forstwirtschaft untergeordnete Ränge, ohne daß sich in der Geschäftsführung der Regierung etwas änderte. So gingen Kompetenzen in forsttechnischen Belangen und denen der Holzverwertung an die Revierverwalter über, die nun auf eigene Verantwortung Verträge abschließen durften. Der zweite Ausweg war, die spätere endgültige Genehmigung auf die Zeit nach dem Ende der Auseinandersetzung zu verlegen und Verträge nur unter Vorbehalt zu schließen [693]. Für die innere Verwaltung wurde vorgeschlagen, daß *"der nächste Untergebene"* selbständig in die Stelle des ausgewiesenen Vorgesetzten nachrücken sollte [694]. Die Regierung Düsseldorf plante das Nachrücken systematisch [695].

BA, R 43 I/187, Bl. 94RS.

690. Verhaltenserlaß des pr. Innenmin. für die allgemeine und innere Verwaltung v. 24.1. in: HStD, Hochbauamt D 82 III.

691. Landrat Lönartz war Mitglied im preußischen Landtag und Vorsitzender des Zentrum in Koblenz, zur Personalie vgl. Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Stresemann I und II, 2 Bde. Hrsg. für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Karl Dietrich Erdmann, für das Bundesarchiv von Hans Booms, bearbeitet von Karl Dietrich Erdmann und Martin Vogt. Band 2. 6. Oktober bis 30. November 1923. Dokumente Nr. 115 bis 282. Bearbeitet von Karl Dietrich Erdmann und Martin Vogt, Boppard 1978, S. 1253. (Im folgenden zitiert als: AdRk Str. II).

692. Zweiter vorläufiger Bericht aus dem besetzten Gebiet v. 8.2., Reichsminister a.D. Koch in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 238, Bl. 18, ebd. handschriftlicher Vermerk des Ministerialdirektors Loehrs, des Leiters der auch mit Ruhrangelegenheiten befaßten Abteilung.

693. Rundschreiben des Min. für Landwirtschaft, Domänen und Forsten v. 17.3., das die entsprechende Entscheidung der Regierung Trier v. 1.3. billigt in: ZStA, RmfdbG 53424/1, Bl. 13.

Um die Verwaltungsjuristen zu schonen, wurden dort technische Beamte mit Stellvertreteraufgaben betraut [696]. Die Zahl der geeigneten Beamten im besetzten Gebiet war, so zeigte sich, nicht unbegrenzt. Der aus Düsseldorf ausgewiesene Regierungspräsident Grützner [697] sowie einzelne Beamte leiteten ihre Geschäfte vom unbesetzten Gebiet aus weiter [698]. Bei der Mitarbeit von Nichtbeamten im Verwaltungsdienst ergaben sich in Einzelfällen Probleme, weil sich ihre finanzielle Absicherung durch Besoldung, Überbrückungsgeld und Bezüge bei der Ausweisung schwierig gestaltete. Denn den ehrenamtlich Tätigen wurde bei der Ausweisung lediglich eine Entschädigung zugestanden [699].

Stattdessen übernahmen zunehmend Beamte aus dem unbesetzten Gebiet die Vertretung, gerade auch, um die ersten Beigeordneten vor dem Nachrücken und dem erhöhten Risiko der Ausweisung zu schützen. Besonders Regierungsreferendare, -assessoren und jüngere Regierungsräte sah der preußische Innenminister als geeignet an, *"umsomehr, als gerade diese Beamten dasjenige Maß von Unabhängigkeit und Widerstandskraft*

---

694. BA, R 43 I/207, 5.2., Brief und Vorschlag von Dominicus, OB und Staatsmin. a.D. an Staatssekretär Hamm.

695. Vgl. HStD, RD Präs, Nr. 57, 31.5., "Sofort", handschriftl. Plan der Geschäftsübernahme durch Tiemann, Vorschlag für Verteilung der Aufgaben, Bestätigung und teilweise Korrektur durch Regierungspräsident Grützner v. 2.7.; HStD, RD Präs, Nr. 132, Bl. 103-110, 29.6., Bl. 119, 8.7., Bl. 163, 4.9., Umlauf der jeweils nachgerückten Stellvertreter Terwiel, Amelunxen und Raddatz.

696. Vgl. HStD, RD Präs, Nr. 57, 2.7., Umlauf Regierungspräsident.

697. HStD, RD Präs, Nr. 131, Rundschreiben an nachgeordnete Behörden v. 19.2.23.

698. HStD, RD Präs, Nr. 131, 19.2., Rundschreiben an nachgeordnete Behörden. Grützner arbeitete vom Rathaus Elberfeld bzw. Barmen weiter. HStD, RD 16076, 3.3. Bericht Landrat Dinslaken an Regierungspräsident Grützner über die Ausweisung eines Beigeordneten und eines Landbürgermeisters, die die Geschäfte in den groben Zügen von Wesel aus weiterleiten wollten. HStD, RD 17140, Bl. 30, 17.9., Antrag Grützner an Innenminister über Verwendung Landrat zur Nieden, der seinen Landkreis Mettmann von Barmen aus weiterleiten soll.

699. Vgl. Vorgang im Kreis Mörs in: HStD, RD 17140, Bl. 20, 25.6., Anfrage des Regierungspräsidenten wegen der Anstellung eines Rechtsanwalts und dessen finanziellen Forderungen und Antwort des pr. Innenmin. v. 7.7.

gegenüber den Besatzungsbehörden besitzen werden, welches eine den Erfordernissen der augenblicklichen Lage entsprechende Verwaltung des Amtes gewährleistet." [700]

Die preußischen Ober- und Regierungspräsidien, die Beamte für das besetzte Gebiet abzugeben hatten, folgten den Anforderungen ihres Dienstherren allerdings ungern, sie wollten ihre Beamten behalten. Dies veranlaßte den Innenminister zu einem Runderlaß, in dem entgegenstehende *"dienstliche oder persönliche Interessen"* als *"geradezu ausgeschlossen"* bezeichnet wurden [701]. Ob die jungen Beamten für das riskante Amt motiviert waren, läßt sich aus den Quellen nicht beurteilen, wohl aber ist die Ablehnung durch einen Beamten der Regierung Düsseldorf bekannt. Trotz des indirekten Hinweises auf eine schnellere Beförderung lehnte er es ab, eine verwaiste Landbürgermeisterei vertretungsweise zu übernehmen, *"da er jungverheiratet sei und seine Frau vor der Entbindung stände"* [702].

Das Innenministerium überwies von sich aus Beamte regelmäßig an die einzelnen Regierungen und überließ es diesen, im Bedarfsfall die geeigneten Kandidaten sofort zu ihren neuen Posten abzuordern [703]. Auch von anderen Verwaltungen wurden Beamte zur Verstärkung gefordert. Die anfordernde Regierung, hier Koblenz, erhielt jedoch nicht alle gewünschten Bürobeamten, da *"(a)us dem unbesetzten Gebiet ... schon eine große Anzahl ... in das besetzte Gebiet entsandt worden"* war und auch die Regierungen

---

700. Mit Staatstelegramm v. 21.2. fordert der Oberpräsident Münster auswärtige Vertretung ausgewiesener Amtmänner an. Dies wird genehmigt mit Schreiben des pr. Innenmin. an das Oberpräsidium v. 9.3. (Zitat), von dort werden am 17.3. nachgeordnete Behörden aufgefordert, Vertreter vorzuschlagen in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007, 21.2., 9.3., 17.3. Im Brief an Regierung Düsseldorf stellt pr. Innenmin. die Entsendung eines Beamten in Aussicht in: HStD, RD 17140, 7.7., pr. Innenmin. an Regierung Düsseldorf.

701. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 85, Runderlaß des pr. Innenmin. v. 26.2.

702. Stellungnahme Regierungspräsidium Düsseldorf für Oberpräsidium v. 6.8. in: HStD, RD Präs, Nr. 991.

703. HStD, RD Präs, Nr. 132, Bl. 153, Schreiben pr. Innenmin. v. 28.6. an nachgeordnete Behörden.

im unbesetzten Gebiet ihren Betrieb *"nur noch notdürftig aufrecht erhalten"* konnten. Sie mußte mit Anwärtern vorlieb nehmen [704]. Demnach wurden auch im unbesetzten Gebiet allmählich die Personalkräfte knapp.

Im altbesetzten Rheinland durchkreuzten die Besatzungsmächte die Praxis einer Vertretung von außen. Aufgrund des Rheinlandabkommens mußten die Besatzungsbehörden der Ernennung neuer Beamter zustimmen; neue Beamte mußten bei ihnen angemeldet werden. In den Regierungsbezirken Koblenz und Trier verweigerten die Besatzungsbehörden dies ausnahmslos, in Köln und Düsseldorf stimmten sie oft zu, und in Aachen war die Haltung nicht eindeutig. Der preußische Innenminister überwies Beamte deshalb nur noch an die Regierungen Düsseldorf und Köln und ließ mit Beamten von dort aus die anderen Regierungen wieder auffüllen [705].

Im neubesetzten Gebiet hatte die Besatzungsmacht sich das Recht auf Zustimmung der neuernannten Beamten einseitig angemaßt und verlangte dort nun ebenfalls deren Anmeldung. Vom Amtsantritt neuer Beamter, die natürlich nicht angemeldet wurden, erfuhr sie sofort und drohte mit Kriegsgericht wegen "unberechtigter Amtsführung". Der Kölner Regierungspräsident plädierte daher dafür, die Beamten anzumelden, damit die neuen Beamten wenigstens während der wenigen Wochen, die zwischen Anmeldung und Ablehnung lagen, arbeiten konnten [706]. Der Düsseldorfer Regierungspräsident schlug dagegen vor, Regierungsobersekretäre zu entsenden, weil diese nicht angemeldet werden mußten [707].

Scharfe Kontrollen und ein ausgedehntes Spitzelwesen machten es der Polizei an den meisten Orten unmöglich, von außen Beamte zur

---

704. Pr. Innenmin. an pr. Finanzmin. v. 13.9. mit der Bitte, 7 Obersekretäre abzuordnen und Antwort des Finanzmin. v. 18.9. (Zitat) in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 92, Bl. 41f.

705. HStD, RD Präs, Nr. 86, 21.6., pr. Innenmin. an Oberpräsident Fuchs.

706. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 122, Bericht des Regierungspräsidenten Köln an pr. Innenmin. v. 21.6.; ebd., Bl. 122-124, der Oberpräsident nimmt ablehnend Stellung, und die Ablehnung des Vorschlags ergeht am 21.7.

707. HStD, RD 17140, Bl. 31, Schreiben Düsseldorfer Regierungspräsident an pr. Innenminister v. 17.9.

Verstärkung einzuschleusen. Die Polizeipräsidenten des Rheinlands und Westfalens empfahlen daher, den Sicherheitsdienst mit am Ort befindlichen Beamten anderer Dienstzweige zu verstärken [708].

Die Ausweisungen und die Verhaftungen verringerten die Qualität der Verwaltungstätigkeit [709]. Eine normale Weiterarbeit scheiterte darüberhinaus an der starken Beanspruchung örtlicher Behörden durch die Besatzungsmacht sowie an der zeitweiligen Unterbrechungen der Kommunikationswege [710].

Schließlich waren nicht nur die Beamten dem Zugriff der Besatzer ausgesetzt, sondern auch die Gebäude und die Akten. Die Regierung Düsseldorf bereitete sich auf Hausdurchsuchungen vor und brachte einen Teil der wichtigen Akten in Sicherheit. Darüberhinaus wurde mehrfach Alarm ausgelöst und dabei die in Arbeit befindlichen Akten weggeschaft. Bei diesen häufigen Aktentransporten geriet die Registratur für politische und Besatzungsangelegenheiten allmählich vollständig durcheinander [711].

3.4.1.6. Mittel des Widerstands bei Beamten und Kommunen

Vor dem Hintergrund der Verhaltensrichtlinien, des Verständnisses für den Widerstand und der drohenden Sanktionen soll nun ein Blick auf die Mittel geworfen werden, die die Beamten nutzten, um ihrer Rolle gerecht werden zu können. Zunächst sollen die Mittel im Einzelnen betrachtet werden, bevor die Rolle der Beamtenschaft in der Machtprobe auf örtlicher Ebene exemplarisch beschrieben und auf diese Weise ein Einblick in das

---

708. StaMs, RegMsBes, Nr. 84, Besprechung der Vereinigung der rheinisch-westfälischen Polizeipräsidenten in Münster am 20.3.

709. Vgl. den Bericht Marx und Hausmann aus Meisenheim an Regierungspräs. Koblenz v. 13.9. in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 92, Bl. 71f.

710. HStD, RD 16533, Brief Bürgermeister Sterkrade v. 29.1.

711. Bericht Regierungspräs. Düsseldorf v. 16.1.24 an pr. Innenmin. in: HStD, RD 16377. Die Affäre beginnt mit Erinnerungen und Mahnungen seitens des Oberpräsidium Münster v. 22.9. und des pr. Innenmin. v. 24.12., 6.1.24, 18.9.24, 25.10.24 usw. Die Aufräumarbeiten in der Registratur dauern bis Juli 1925.

"Handwerkszeug" und die Funktionsweise des Widerstands gegeben wird. Die Mittel des Widerstandes können grundsätzlich in konfrontative und subversive Aktionen eingeteilt werden.

Mit konfrontativer Wirkung wurden Befehle der Besatzer durch Beamte und Behörden zurückgegeben, je nachdem mit sachlicher, rechtlicher Begründung oder dem Verweis auf Ehre, Nation, Gewissen und Anstand. Teilweise versuchten sie, die Besatzer mit ihren eigenen propagandistischen Waffen zu schlagen, indem sie Anforderungen mit der eigenen Begründung der Besatzer zurückwiesen. Beispielhaft hierfür ist der Briefwechsel des Bürgermeisters von Lennep mit dem zuständigen Kommandanten um die Frage der Personalausweise. Er verwies auf die Aussage des Kommandanten bei Beginn der Besetzung, *"dass die Truppen nur zum Schutze der hier anwesenden Techniker und Zollbeamten erschienen seien, dass keinerlei Aenderungen in der Verwaltung der Stadt eintreten würden, dass eine Einmischung in polizeilichen Angelegenheiten nicht erfolgen solle, kurzum, dass es sich um eine durchaus friedliche Besetzung handele."* Hieraus folgte für ihn, daß die Anordnungen über die Personalausweise und deren Kontrolle durch die Besatzung *"für die Stadt Lennep nicht in Frage kommen"* [712].

Einen noch offensiveren Umgang mit der Besatzungsbehörde pflegte der Düsseldorfer Regierungspräsident bis zu seiner Ausweisung, indem er seine Beziehungen mit der Besatzungsbehörde transparent machte und für die weitere propagandistische Nutzung zur Verfügung stellte. Er gab seine Schriftwechsel mit der Besatzung an die Presse weiter, die sie dann abdruckte und mit längeren eigenen Kommentaren versah. Dieses Vorgehen war den Besatzungsoffizieren ein Dorn im Auge. Es verginge kein Tag, so vertraute der General Denvignes, der Chef der Zivilverwaltung, einem Düsseldorfer Regierungsrat an, an dem nicht die Ausweisung des Präsidenten gefordert würde. Der Regierungspräsident konnte jedoch auf das Recht der Pressefreiheit pochen, das die Kommentare von Zeitungen seiner Verantwortung entzog [713]. Eine ihm aufgenötigte *"Berichtigung"* eines seiner veröffentlichten Schreiben gab er über die Pressestelle weiter mit dem Zusatz: *"Kraft ausdrücklichen schärfsten militärischen Befehls der Besatzungsbehörde, dem ich mich nur auf Weisung meiner vorgesetzten*

712. Vgl. den Bericht des Bürgermeisters v. Lennep v. 27.2. in: HStD, RD 16627, Lennep, 27.2.

713. HStD, RD 16058, 9.2. Regierungspräsid. Düsseldorf an pr. Innenmin. und

Dienstbehörde im Interesse der uns anvertrauten Bevölkerung füge, ersuche ich Sie um Aufnahme folgender mir von der Besatzungsbehörde wortwörtlich vorgeschriebenen 'Berichtigung'". War damit für die Redaktionen klar, wie sie diese Berichtigung einzuschätzen hatten, so setzte der Regierungspräsident noch seinen Kommentar hinzu: *"Ich bemerke zu dieser 'Berichtigung', daß sie weder mich noch irgendeinen Kenner der Verhältnisse davon überzeugt, daß meine Sachdarstellung .... das Gebiet der pflichtgemäßen objektiven Berichterstattung verlassen hat."* Dem General schrieb er: *"Ich erblicke in der mir aufgenötigten 'Berichtigung' einen Verstoß gegen das Reichspressegesetz..., also eines der deutschen Reichsgesetze, die... Herr General Simon...beachten zu wollen erklärte"* [714]. Die Wirkung solcher Schriftwechsel und Vorgehensweisen liegt weniger in ihrem Potential, an der Situation unmittelbar etwas zu verändern, als vielmehr in der Festigung und Vergewisserung der eigenen Werte sowie manchmal auch der Mahnung an vorgebliche gemeinsame Werte. Deutlich werden bei diesem Vorgehen auch die Möglichkeiten für Doppelstrategien, indem die örtliche Behörde verweigert, sich aber durch übergeordnete Anweisungen und Interessen dann doch formal fügt. Auf diese Weise ist es möglich, an den eigenen Positionen festzuhalten, auch wenn man sie momentan nicht durchsetzen kann, ohne daß es für die Gegenseite leicht möglich wäre, Sanktionen anzusetzen und zu begründen, weil die argumentative Auseinandersetzung immer immanent geführt wird.

Häufig wurde auf kommunaler Ebene mit dem Einlegen von Protesten reagiert [715], entweder unmittelbar bei der örtlichen Besatzungsbehörde oder bei den vorgesetzten französischen Stellen bzw. dem General für Zivilangelegenheiten, Denvignes, in Düsseldorf [716]. Die regionalen Aufsichtsbehörden erwarteten dies von den örtlichen Behörden: *"Bei jeder Anforderung durch die Besatzung ist zunächst zu protestieren"* [717]; die Regierung Düsseldorf legte stellvertretend für nachgeordnete Behören

---

Oberpräsident.

714. Vgl. den Schriftwechsel v. 18. u. 19.1. in: HStD, RD 16533, Bl. 125f. und 128 (Zitate).

715. Vgl. beispielsweise den Bericht des Amtmanns Thiel v. 20.2. in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007, 20.2., Blankenstein. Regelmäßig durch Landrat Essen bei Androhung von Geldstrafen gegenüber Bürgermeistereien des Kreises in: HStD, RD 17064, 11.8., Essen.

716. Vgl. Protest der Reg. Düsseldorf gegen die Verurteilung und Ausweisung Raiffeisens in: HStD, RD 16618, 7.2.

Protest ein [718] und verordnete nachgeordneten Behörden den Protest in Einzelfällen [719]. Ferner erfolgten Proteste als Reaktionen auf konkrete Vorfälle [720].

Außerdem wurden Solidaritätsadressen verfaßt, sei es zugunsten anderer Widerstandsgruppen [721] oder leitender Beamter [722]. Die Regierung Düsseldorf vermittelte und unterstützte Proteste anderer Widerstandsgruppen [723]. Zu besonderen Anlässen solidarisierten sich der Reichspräsident [724] und die Regierung mit einzelnen, besonders betroffenen Gruppen oder Personen [725]. Die Wirkung von Protesten war allerdings von Ort zu Ort unterschiedlich. Vor allem, wenn Beamte zusammen mit anderen

---

717. Rundschreiben Regierungspräs. Arnsberg an nachgeordnete Behörden v. 12.1. in: HStD, RD 16533, S. 2.

718. BA, R 43 I/206, Bl. 484- 490, Verfügung des General Nayral an den Landrat Hattingen v. 21.1., dessen Antwort v. 23.1. und die Verwahrung durch den Regierungspräs. Düsseldorf v. 27.1.

719. BA, R 43 I/207, Bl. 289, 18.1., Anweisung an Landrat Dinslaken und OB Sterkrade, gegen Bekanntmachung zu protestieren.

720. Hier Protest des Landrats wegen der Besetzung des Postamts in Wülfrath am 25.1. in: BA, R 43 I/209, Bl. 38.

721. Erklärung an Degoutte am 23.1. anläßlich des Krupp-Thyssen-Prozesses, den ADBB, Afa, DBB, Gesamtverband deutscher Beamten, Gewerkschaftsring, Reichsbund der höheren Beamten, Reichsverband deutscher Post- und Telegraphenbeamten zusammen mit Zechenleitungen und Betriebsräten unterzeichnen in: HStD, RD 16533. Gegen die Verhaftung des Generaldirektors Koste protestiert der Landrat von Essen bei der Besatzungsbehörde in Altenessen und Bredeney am 21.1., die Gemeinde Rotthausen am 20.1. bei der Besatzungsbehörde in Altenessen und am 20.1. der Regierungspräs. Düsseldorf beim Chef der Zivilverwaltung, Denvignes in: HStD, RD 16618, 20.1., 21.1.

722. Beamtenausschuß und Betriebsrat der Regierung Wiesbaden anläßlich Ausweisung des stellv. Regierungspräs. am 22.1. in: BA, R 43 I/222d, Bl. 65.

723. Protestschreiben Betriebstrat Gutehoffnungshütte an General Degoutte und Solidarisierung mit der Forderung nach Freilassung des Direktors Boeckers in: HStD, RD 16618, 23.2.

724. Schreiben Reichspräsident Ebert an den pr. Innenminister Severing v. 19.2. durch WTB, in dem er ihm Anerkennung für das Verhalten der Schutzpolizei im Ruhrgebiet ausspricht in: BA, R 43 I/209, Bl. 34.

725. Reichsdiensttelegramm des Reichskanzlers an den Staatspräsident von Hessen, Ulrich, wegen der Ausweisung des Oberbürgermeisters Külb aus Mainz v. 29.1.

örtlichen Verbänden auftraten und im Verbund mit weiteren Aktivitäten stiegen die Chancen für die Rücknahme der Maßnahmen, die dem Protest zugrunde lagen. *"Der einmütige Protest und sofortige Streik anläßlich der Verhaftung des Amtmanns ... hat die Freilassung des Amtmannes bewirkt."* [726] Das persönliche Verhältnis, das sich zwischen Verwaltungsbeamten und dem jeweiligen Besatzungsoffizier herausbildete, bestimmte ebenfalls Spielräume für Verhandlungen [727].

Zum erfolgversprechenden Mittel, um Proteste wirksamer zu machen, wurde der Streik. Auf die Besetzung des Bahnhofs Witten und die Verhaftung des Bahnhofsvorstehers antworteten die Eisenbahner sofort mit Streik. *"Durch sofort eingeleitete Verhandlungen und Proteste von allen Seiten wurde die Freigabe des Bahnhofs und die Entlassung des Ortsbahnhofsvorstehers .. aus der Haft erwirkt"* [728]. Streiks solcher Art erschienen auch in den Zentralen vernünftig. Doch es mehrten sich Streiks, die zunehmend zulasten der eigenen Bevölkerung gingen. In Duisburg legten Postbedienstete den Betrieb nach dem 15. Februar vollständig lahm und stießen damit bei der Bevölkerung auf Unverständnis und Verbitterung. *"Die gesamte Bürgerschaft ist der Auffassung, daß diese Maßnahmen sich gegen das eigene Volk richten."* Auch der Eisenbahnverkehr war stillgelegt. Handelskammer, Gewerkschaften und Industrie kritisierten den Streik, der als *"bezahlte(r) Urlaub"* angesehen wurde. *"Die Bevölkerung sagt sich: 'Die Leute haben gut streiken, sie erhalten ihr Gehalt und ihren Lohn, die dazu noch aufgebessert worden sind. Da ist es leicht verständlich, wenn die Staatsbeamten und Arbeiter sich nicht nach der Arbeit drängen'".*

---

in: BA, R 43 I/206, 29.1. Telegramm des Reichskanzlers Cuno an den ausgewiesenen Regierungspräsidenten Grützner nach Elberfeld in: BA, R 43 I/209, Bl. 54. Die Reaktion der Reichsregierung v. 26.1. mit einer Note wegen der Ausweisungen in: AdRk Cuno, S. 195 Anm. 6.

726. Bericht Landrat Dortmund v. 12.2. an Regierungspräsident in Arnsberg in: BA, R 43 I/222d, Bl. 357f. (Zitat). Bericht Oberbürgermeister Laue, Witten, an Regierung Arnsberg am 20.2. über Teilerfolg aufgrund "energische(r) Proteste" in: BA, R 43 I/223, Bl. 250. Vgl. den Bericht des Amtmanns Thiel über seine Verhaftungen und den Streik der Belegschaft Henrichshütte aus diesem Grunde in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007, 20.2., Blankenstein, s. bes. S. 5 des Berichts.

727. Vgl. die Schwierigkeiten des Oberbürgermeisters Krefeld, überhaupt noch in Verhandlungen mit der Besatzung zu kommen in: HStD, RD 17073, Schriftwechsel OB Krefeld mit Regierung Düsseldorf v. 27.7., 28.7., 1.8. und 8.8.

Die Besatzung sah dies mit Gelassenheit und erklärte den Gewerkschaften: *"Uns können Sie mit dem Post- und Eisenbahnerstreik nicht schädigen. Wir haben unseren eigenen Verkehr, wir haben drahtlose Telegraphie, wir haben Telegrafen- und Telefonverkehr und können unsere sonstige Post befördern. Also meine Herren, Sie schädigen sich selbst."* Die Duisburger Erfahrung riet zur reiflichen Überlegung jeder einzelnen Arbeitseinstellung und dazu, nach Möglichkeit die Arbeit wieder aufzunehmen [729]. Anfang März sah sich der Postminister veranlaßt, zur Streikfrage bei seiner Beamtenschaft Stellung zu nehmen. Er erklärte Arbeitseinstellungen allein als Protestkundgebung gegen die Verhaftung von Beamten für im *"allgemeinen nicht erwünscht"*. Aber er schloß Streiks auf örtlicher Ebene auch nicht aus, sondern billigte sie ausdrücklich, wenn sie das *"einziges geeignetes Mittel"* erschienen, *"um weitere Eingriffe der Besatzungstruppen abzuwehren"*, oder um *"zusammen mit den anderen Behörden eines Ortes gegen Maßnahmen der Besetzung geschlossen durch Arbeitseinstellung zu protestieren"* oder wenn aus *"sonstigen wichtigen Gründen"* eine Weiterarbeit unzumutbar war [730]. Einen Spielraum für örtliche Behörden wollten die Zentralstellen in der Streikfrage gewahrt wissen, denn *"zahlreiche Einzelfälle können nur vor Ort richtig entschieden werden."* Es wurde zum Kontakt zu den Behörden untereinander und in Zweifelsfällen zum Staatskommissar Mehlich geraten [731].

Die mehr subversive Variante im Umgang mit Befehlen war das Hinhalten oder Versackenlassen. So blieben Befehle einfach "unausgeführt" oder wurden hinhaltend beantwortet [732]. Als Rückzugslinie bot sich die Erklärung der Nicht-Zuständigkeit an. Die Proteste etwa der Münsteraner

---

728. Bericht OB Laue, Witten v. 9.2. in: BA, R 43 I/223, Bl. 165.

729. Bericht über die Lage im Ruhrgebiet, Reichszentrale für Heimatdienst v. 17.2. in: BA, R 43 I/222d, Bl. 262 und 264-266.

730. BA, R 43 I/223, Bl. 9, Anweisung des Reichspostministers v. 3.3. an Oberpostdirektionen Münster, Aachen, Darmstadt, Karlsruhe, Köln, Konstanz (sic!), Trier.

731. BA, R 43 I/206, Bl. 442, 9.2., Antwort des Staatssekretärs in der Reichskanzlei auf das Schreiben des hessischen Gesandten.

732. BA, R 43 I/208, Bl. 302, 5.2., Bericht Regierungspräs. Düsseldorf über Umgang mit diversen Anweisungen in Oberhausen. StaMs, RegMsBes 100, Bericht Landrat v. Recklinghausen v. 20.6. über Umgang eines Amtmannes mit der Vorladung v. 17.5. Weitere Beispiele in: HStD, RD 16605. Weigerung des Amtmannes im Amt Bladenhorst, bei der Requisition von Kohle mitzuwirken in:

Regierung zeigten keinen *"sichtbaren Erfolg"*. Ebenso blieben die Meldung von Übergriffen von Soldaten durchweg ohne Antwort [733]. *"Das Einlegen von Protesten ist eine recht unproduktive Arbeit. Es gibt wohl kaum eine Handlung, welche von der Besatzung vorgenommen wird, die nach unsern Begriffen nicht rechtswidrig wäre, da ja der ganze Aufenthalt der Besatzung im Ruhrgebiet rechtswidrig ist. Man würde infolgedessen aus den Protesten kaum herauskommen."* [734] Proteste wurden bereits frühzeitig abgeblockt und erreichten die vorgesehene Stelle gar nicht: *"Nichtannahme aller Proteste ist Wille des kommandierenden Generals. Sie wollten das Wort Protest, Einspruch usw. nicht mehr hören"* [735]. Die Bevölkerung ihrerseits bräuchte keine Proteste, so wurde weiter argumentiert, um Übergriffe als solche zu erkennen, zumal Zwangsmaßnahmen derart zugenommen hätten, daß sie kaum noch erwähnenswert seien. Auf besonders wichtige Vorkommnisse von allgemeiner Bedeutung sollte jedoch weiterhin mit Protesten reagiert werden [736]. Das Einlegen von Protesten von Stellen im besetzten Gebiet war nicht ohne Risiko. Um regionale Stellen vor der Ausweisung zu schützen, wurde daher verlangt, daß das Auswärtige Amt Protest einlegen sollte [737]. In der Regierung Düsseldorf bestand der bereits ausgewiesene Regierungspräsident Grützner darauf, daß Proteste, *"bei denen irgendwie die Gefahr einer Ausweisung des Protestierenden besteht"* in seinem Namen unterschrieben wurden [738]. Der Protest allein verhinderte keine Zwangsmaßnahme. *"Trotz Einspruchs des anwesenden Beamten führten die Beamten (der Besatzung.B.M.) ihr Vorhaben aus*

BA, R 43 I/209, Bl. 96ff., 1.2.

733. StaMs, RegMsBes, Nr. 96, Zusammenfassende Darstellung..., Bericht des Regierungspräsidenten v. 9.8., s. bes. S. 3

734. StaMs, RegAbg I Pa, Nr. 1054, 11.4., Bericht Landrat Kreis Hagen an Regierungspräsidenten Arnsberg.

735. Ebd. Vgl. auch den Bericht Polizeiinspektion Herne durch Schutzpolizei Bochum v.12.2., von da an Regierung Arnsberg, über den gescheiterten Versuch, 4 Protestschreiben bei dem französischen Gendarmerieoberst abzugeben in: StaMs, RegAbg I Pa, Nr. 979, 12.2. (Zitat).

736. StaMs, RegAbg I Pa, Nr. 1054, 11.4., Bericht Landrat Kreis Hagen an Regierungspräsidenten Arnsberg.

737. Schreiben des Staatssekretärs für die besetzten rheinischen Gebiete an die Reichskanzlei, Zentralstelle Rhein-Ruhr v. 30.4. zum künftigen Umgang mit Ordonnanzen der Rheinlandkommission in: ZStA, RmfdbG 53424/5, Bl. 111.

738. HStD, RD Präs, Nr. 132, Bl. 117, Zurechtweisung des stellvertretenden Regierungspräsidenten Düsseldorf durch den ausgewiesenen Regierungspräsidenten

(Einsichtnahme in vorliegende Akten.B.M.), unter der ausdrücklichen Erklärung, dass sie diese Protesterhebungen schon seit 6 Monaten kannten" [739]. In *"einzelnen Fällen"* war es der Stadtverwaltung Essen *"geglückt, eine Aussetzung (Beitreibung von Geldstrafen. B.M.) .... zu erlangen, nachdem die Stadtverwaltung Verwahrung nicht eingelegt, sondern die Sache einfach auf sich hat beruhen lassen"* [740].

Insbesondere die Spezialverwaltungen im Post/Telegraphenwesen, aber auch Steuerbehörden verlegten ihre Arbeit in den Untergrund. So wurde die Kohlensteuer bis Ende Februar auf Schleichwegen an deutsche Stellen im unbesetzten Gebiet überwiesen und dann eine Neuregelung getroffen, die das besetzte Gebiet verwaltungsmäßig nicht mehr betraf. Die direkt von den Steuerzahlern eingezogenen Verbrauchssteuern wurden bei der Bier- und Branntweinsteuer dadurch in eigener Hand behalten, daß die Kassen- und Einnahmebücher und die Listen der Gewerbetreibenden an verschiedensten Stellen untergebracht waren. Bei Wein und Tabak dagegen fielen den Besatzungsmächten die Formulare in die Hände und sie benutzten diese erfolgreich zum Einzug der Steuer. Die Umsatzsteuer wurde *"weitherzig"* gestundet und damit die Abrechnung auf die Zeit nach dem Ende dieses Ausnahmezustandes vertagt. Die Einkommens-, Vermögens- und Lohnsteuer blieb erst einmal unbehelligt.

Der Postdienst ging nach dem 19.1. in den Widerstand. Die Funkeinrichtung der Dortmunder Oberpostdirektion wurde nach Soest, außerhalb des besetzten Gebietes, geschafft. Telegramme wurden dann vernichtet, die Verbindungen wurden nicht ausgeführt. *"Als die Beamten und Beamtinnen des Postamts Hörde die freiwillige Räumung verweigerten, wurden sie z.T. von den Soldaten herausgetragen. An den Leitungen entfernte man die Bezeichnungen, an den Schaltungen die Nachweise; nur für den Eingeweihten war der Betrieb zu durchschauen."* Am 29.1. wurde der Präsident der Düsseldorfer Oberpostdirektion verhaftet und ausgewiesen. Er leitete den Bezirk von außen weiter und hielt unter Decknamen die Kommunikation aufrecht.

---

in Barmen v. 19.7.

739. Bericht des Oberbürgermeisters Düsseldorf an den kommandierenden General v. 17.9. in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 92, Bl. 77.

740. Bericht Landrat Essen v. 11.8. in: HStD, RD 17064, 11.8., Essen.

Beide Oberpostdirektionen wurden dann von Münster, von wo es Geheimleitungen nach Düsseldorf und Dortmund gab, weiterverwaltet. Die Oberpostdirektion Düsseldorf wurde am 19.2. besetzt, die Beamten vertrieben. Sie richteten sich behelfsmäßig woanders in der Stadt ein und arbeiteten ohne Aktengrundlage weiter. Schriftstücke wurden nach Hause mitgenommen, Doppelschichten eingelegt, um die Räume besser zu nutzen. Ebenso waren die Dienststellen verschiedener Ämter in den verschiedenen Stadtteilen verdeckt untergebracht. Das Amt, das Besatzungsangelegenheiten regelte, arbeitete verdeckt und wechselte im Laufe des Jahres fünfmal den Standort. Auf diese Weise konnte ebenfalls das Postscheckamt Essen weiterarbeiten. Statt der Briefbeförderung richtete man eine Eilüberweisung ins unbesetzte Gebiet ein, in der Stadt ging man vermehrt auf Bargeld über, das versteckt untergebracht wurde.

In Dortmund wurde erst Anfang Juni verschärft eingegriffen, als der Divisionsstab sich in der Stadt niederließ. Im Telegrafenamt wurden alle Hinweise von den Arbeitsplätzen entfernt. Schließlich wurden die Oberpostdirektion und das Telegrafenamt gewaltsam geräumt. Das Personal arbeitete woanders ohne Akten weiter, ein Teil des Betriebs lief von Hörde aus. Die Beförderung der Post wurde zunehmend von Pkw übernommen. Nachdem die Besatzung mit einer Verordnung am 8.5. diesen Transport faktisch unmöglich gemacht hatte, ging man auf die Beförderung mit Pferdefuhrwerken über. Zunächst konnte zwischen den wesentlichen Ruhrrevierorten die Straßenbahnen genutzt werden. Bis in den Juni hinein standen die kleinen Ämter und Reichspoststellen mit ihren Direktionen in Verbindung.

Technische Einrichtungen wurden vor dem Zugriff gesichert und am Rande des besetzten Gebietes installiert. Gleichzeitig wurde das Informationsnetz des "Rheinlandkabels" für die Besatzer unbrauchbar gemacht. Gleichzeitig mit diesen Störungen wurden eigene Geheimleitungen installiert. Das Geheimnetz blieb - nach Wentzcke - bis zuletzt unentdeckt [741].

Für das Zusammenspiel von subversiven und konfrontativen Widerstandstaktiken und für die Eskalation von Unterdrückungs- und Widerstandsmaßnahmen sind die Ereignisse in Herne im Februar ein instruktives Beispiel.

---

741. Vgl. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 231, 239-243, 245 und S. 248.

In Herne wurden anfänglich die Forderungen nach Einquartierung und Requisitionen u.a. erfüllt; das Verhältnis gestaltete sich zwischen der starken Besatzung und der Verwaltung gut, schlug aber um, als Forderungen zunehmend abgelehnt wurden [742]. Der Anlaß zur Kraftprobe im Februar war die konsequente Weigerung des Besatzungsamts, Kohlen für die Besatzung bereitzustellen. Zug um Zug wurden die Sachbearbeiter verhaftet. Gleiches geschah mit dem Magistrat, der sich den Anordnungen der Besatzung nicht unterordnen wollte. Um die Amtsgeschäfte intakt zu halten, wurden sie unbesoldeten Beigeordneten übertragen. Als sich diese weigerten, auf Befehl beim Platzkommandanten zu erscheinen, wurden sie in der Nacht, soweit sie in der Stadt waren, verhaftet [743]. Die Lage spitzte sich weiter zu, als auch die Betriebsversammlung der städtischen Beamten und Angestellten den Befehl des Platzkommandanten verweigerte, unter französischer Aufsicht weiterzuarbeiten. Sie legten noch am selben Tag die Arbeit nieder und versteckten Akten. Zur angedrohten Zeit besetzten Truppen das Rathaus. Eine Verwaltungsarbeit konnte nur noch in einem abseits untergebrachten Amt stattfinden. Der Magistrat protestierte und beauftragte eine Verhandlungsdelegation, die die Räumung des Rathauses erreichen sollte. In der Verhandlung prallten die Positionen beider Seiten unversöhnlich aufeinander. Nur das humanitäre Argument, daß besonders die ärmere Bevölkerung auf das Wohlfahrtsamt, die Schulspeisung und das Lebensmittelamt angewiesen sei, brachte praktische Resultate: diese Funktionen durften wieder aufgenommen werden. Die Verwaltung versuchte dann, in anderen Räumen auch die anderen Verwaltungszweige wieder arbeiten zu lassen [744].

Dieweil kamen zwei Magistratsmitglieder gegen privat gestellte Kaution wieder frei und nahmen ihren Dienst wieder auf. Der Versuch des Arnsberger Regierungspräsidenten, einen seiner Beamten zur Verwaltung der Stadt Herne zu entsenden, scheiterte vollständig. Dieser Beamte mußte sofort wieder zurückgezogen werden, da er sein Amt gar nicht antreten konnte [745]. Bis zum 28.2., dem letzten Berichtstag, waren nur das

---

(Zitate S. 231 und S. 239).

742. Bericht v. 22.2. über Rundreise des Arnsberger Regierungspräsidenten v. 6.-8.2. durch Städte des besetzten Bezirks, darunter auch nach Herne in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007, 22.2.

743. Bericht Magistrat Herne v. 20.2. in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007.

744. Bericht Magistrat Herne v. 25.2. in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007.

745. Bericht Magistrat Herne v. 28.2. in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007 und ebd.,

Wohlfahrts- und Fürsorgeamt wieder arbeitsfähig und sonst keine Dienststelle. *"Nur die Todesfälle werden auf dem Friedhofe eingetragen, damit die Leichen unter die Erde gebracht werden können".*

Der Herner Aktionsausschuß und der Magistrat beschlossen, sofort eine Abordnung zum kommandierenden General zu senden; drei weitere Ausschüsse aus Arbeiterkreisen schickten Delegationen, ebenso die karitativen Vereine der beiden Kirchengemeinden und karitative Organisationen, doch die Verhandlungen verliefen ohne Ergebnis. Die Stellungnahme der Gewerkschaften ging dahin, von Demonstrationen und Generalstreik abzusehen und einen gemeinsamen Protest von Arbeitern und Arbeitgebern in den Zeitungen zu veröffentlichen. Eine Delegation des Aktionsausschusses wollte nach Rücksprache mit dem Regierungspräsidenten zum kommandierenden General Degoutte reisen. Der Geldtransport aus Berlin wurde nach Dortmund umgeleitet. Der Herner Anzeiger und die Herner Zeitung wurden für acht Tage verboten, die Redakteure in Recklinghausen festgesetzt. *"Losungswort in Beamten-, Angestellen- und Arbeiterschaft: 'Durchhalten!'"* [746].

Aus Angst vor den persönlich harten Strafen, vor befürchteten Eingriffen in die Energieversorgung, und vielleicht auch aufgrund von energiewirtschaftlichen Interessengegensätzen verzichteten die Verantwortlichen schließlich auf ein sehr scharfes Mittel des Widerstands; gemeint ist die Unterbrechung der Energieversorgung für diejenigen Bahnhöfe, die militärisch besetzt worden waren. Generell war die Lieferung von Gas, Wasser und Strom in all jenen Fällen verboten, *"wo die Lieferung überwiegend den Besatzungsmächten zugute kommen würde"* [747]. Bei den Leitern der öffentlichen Werke bestand aber nur eine geringe Neigung zu einem solchen Vorgehen, da sie mögliche Sanktionen für ihre eigenen Werke fürchteten, obwohl im Präzedenzfall diese Konsequenz nicht zum Tragen gekommen war [748]. Die erste Abschalt-Aktion ereignete sich in Oberhausen Anfang Februar. Dort hatte die Eisenbahndirektion Essen der

---

handschriftl. Vermerk über die vergebliche Entsendung eines Beamten.

746. Bericht des Regierungspräs. Arnsberg an Oberpräsidium und pr. Innenmin. v. 8.3., "Augenblickliche Lage in Herne. 28. Februar, 9 Uhr morgens" in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007.

747. BA, R 43 I/210, Bl. 235, 1.2., Weisung des Reichskohlenkommissars an die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke des Einbruchsgebiets v. 1.2. Er behält sich die Einzelfallentscheidung vor.

Stadtverwaltung Oberhausen angekündigt, daß sie für den besetzten Bahnhof den Strom nicht mehr zahlen würde. Daraufhin ordnete der Oberbürgermeister von Oberhausen die Einstellung der Lieferung von Strom und Gas an. Binnen kurzem spitzte sich daraufhin der Streit mit der Besatzung soweit zu, daß der Divisionsgeneral drohte, der gesamten Stadt Licht, Strom und Gas abzusperren, sollte der Bahnhof nicht wieder mit Strom versorgt werden. Kurzfristig beriet sich die Verwaltung mit *"führende(n) Personen aller Stände"*, die den weiterhin harten Kurs der Stadtverwaltung einstimmig unterstützten. Die Besatzung machte ihre Drohung gegenüber der Stadt nicht wahr, verhaftete aber den Oberbürgermeister [749] und verurteilte ihn zu drei Jahren Gefängnis. Diese Höhe der Strafe erklärte man sich auf deutscher Seite auch damit, daß die Anweisung unklar gewesen sei. Ein striktes Verbot [750] seitens der Regierung sowie die genaue Benennung der Bahnhöfe durch die Eisenbahn, die abzuschalten seien [751], wurden gefordert. Beides erfolgte, und der Erlaß wurde auf das altbesetzte Gebiet ausgedehnt [752]. Der Erlaß des Reichsverkehrsministeriums über das Abschalten erschien am 21.2. in der Presse [753] und war der Besatzung früher bekannt als den leitenden Verwaltungsbeamten [754]. Auch der Reichskohlenkommissar erließ eine

---

748. Schreiben des Reichskohlenkommissars Stutz an den Regierungspräsidenten Düsseldorf v. 4.3. in: HStD, RD 17072.

749. BA, R 43 I/223, Bl. 12ff., Bericht aus Oberhausen an die Reichskanzlei von den Ereignissen vom 3.-9.2.

750. BA, R 43 I/208, Bl. 342, Schreiben Reusch an Reichskanzler v. 17.2. sowie handschriftl. Vermerk Schmids v. 3.3., daß dem Wunsch inzwischen Rechnung getragen sei.

751. Eingabe RWE bei Stinnes v. 14.2., das dieser unterstützend an den Reichsverkehrsmin. weiterleitet in: ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1100, Bl. 181-183.

752. Erlaß des Reichsverkehrsmin. v. 17.2. an die Reichsbahndirektionen und Bitte an den Reichswirtschaftsmin., seinen Erlaß auf das altbesetzte Gebiet zu erweitern in: ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1100, Bl. 181.

753. Schreiben Wolf und andere an den Reichskommissar für die Kohlenverteilung v. 23.2. in: ZStA, RmfdbG 53432/53, Bl. 103f.

754. BA, R 43 I/187, Bl. 109, Bericht Staatssekretär für die besetzten rheinischen Gebiete, Brugger, an Reichskanzler, 14.3.

Verfügung [755] in derselben Sache, so daß erst eine Abstimmung vorgenommen werden mußte, auf welche Verfügung man sich denn jetzt verständigen wollte [756].

Doch inzwischen schalteten sich örtliche Stellen ein. Der Düsseldorfer Regierungspräsident wies die ihm unterstellten leitenden Kommunalbeamten an, Befehle zum Abschalten nicht auszuführen, weil er nicht vorher gefragt worden war [757] und behielt sich selber die Entscheidung hierüber vor [758]. Eine Kommission der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der betroffenen regionalen Energiewerke wurde in Berlin vorstellig und verlangte wiederholt und erfolgreich, die endgültige Entscheidung über das Abschalten dem Regierungspräsidenten Grützner zu übertragen [759] und damit aus den Zentralen ins besetzte Gebiet zu verlagern [760]. Insgeheim wurde die Anweisung zurückgezogen [761]. Im Folgenden arbeiteten nun die Generalbetriebsleitung West und die Reichsbahndirektionen zusammen mit

---

755. Schreiben Wolf und andere an Reichskommissar für die Kohlenverteilung v. 23.2. in: ZStA, RmfdbG 53432/53, Bl. 103.

756. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1085, Bl. 46f. und 55f., Niederschriften über Ressortbesprechung v. 24.2. mit Ministervorlage, den Erlaß des Reichskohlenkommissars als Grundlage zu nehmen.

757. HStD, RD 16056, Schreiben Regierungspräs. Düsseldorf an den Reichs- und Staatskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete, betr. "Meine Ausweisung", Barmen, 12.3.

758. Vgl. die Anweisung der Regierung Düsseldorf an die entsprechenden Kommunen v. 23.2. in: HStD, RD 17072.

759. Vgl. Schreiben Wolf und andere an den Reichskommissar für die Kohlenverteilung v. 23.2. in: ZStA, RmfdbG 53432/53, Bl. 103. Vgl. Schreiben des Reichskohlenkommissars v. 4.3. an den Regierungspräsidenten Grützner in: HStD, RD 17072.

760. Auch Adenauer als Vorsitzender der Städtevereinigung der besetzten Rheingebiete protestiert mit Brief v. 26.2. gegen dieses Vorgehen, das nur möglich sei, wenn die mit den Verhältnissen vertrauten Instanzen nicht hinzugezogen würden. Mit Antwort v. 3.3. weist der Staatssekretär in der Reichskanzlei auf die inzwischen erfolgte Änderung hin, die örtliche Stellen nun mit einbezieht und versichert: "Es ist Vorsorge getroffen, daß in Zukunft derartige Irrtümer möglichst vermieden werden" in: BA, R 43 I/210, 26.2. und 3.3.

761. StaMs, RegMsBes, Nr. 30, Telegramm vom pr. Innenmin. an Regierung Münster v. 24.2., in dem der Erlaß des Reichsverkehrsmin. durch den des Reichskohlenkommissars ersetzt wird. Danach keine allgemeine Anweisung zum

dem Düsseldorfer Regierungspräsidenten die Listen von Bahnhöfen aus, die abgeschaltet werden sollten, wobei es nicht auszumachen war, ob im Einzelfall tatsächlich abgeschaltet wurde. Das *"scharfe Vorgehen der Feinde im Falle der Liefersperre"* senkte jedoch die Bereitschaft zum Abschalten bei einzelnen Lieferwerken weiter [762].

Während der Reichskanzler unbedingt weitere Bahnhöfe stilllegen lassen wollte, damit das Beispiel Oberhausens nicht allein blieb, stießen alle Bemühungen Grützners und der Generalbetriebsleitung West auf den beharrlichen Widerstand von Vertretern der Werke und dem bergbaulichen Verein. Ende Mai schien es dem Reichskohlenkommissar und dem Regierungspräsidenten besser, auf weiteres Abschalten ganz zu verzichten [763]. Der hinhaltende Widerstand von interessierten Kreisen hatte sich durchgesetzt, und es bleibt die Vermutung, daß das Argument des "scharfen Vorgehens" der Besatzer andere Gründe verdeckte, die aber in den Akten nicht weiter aufgedeckt werden konnten. Die Bereitschaft zur Konfrontation war, wie sich in Oberhausen gezeigt hatte, im konkreten Fall bei kommunalen Repräsentanten vorhanden. Die Besatzungsmacht hatte die angekündigte Drohung nicht in die Tat umgesetzt und die Bereitschaft einzelner führender Persönlichkeiten, sich durchaus schweren Repressalien auszusetzen, war ebenso vorhanden (Beispiele Gustav Krupp, der verhaftet und zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, als er sich als Zeuge dem Militärgericht zur Verfügung stellte; und Jarres, der als Duisburger Oberbürgermeister ausgewiesen war und dessenungeachtet an seinen Arbeitsplatz zurückkehrte. Er wurde nur zu einigen Monaten Haft verurteilt [764]). Die Drohung mit schweren Sanktionen blieb dagegen fiktiv.

Abschalten, sondern Einzelfallregelung.

762. Vgl. das Diensttelegramm des Reichsverkehrsmin. an die Generalbetriebsleitung West und die Reichsbahndirektionen Elberfeld und Essen v. 31.3. in: ZStA, RmfdbG, 53424/1, Bl. 380. Listen mit abzuschaltenden Bahnhöfen v. 23.3., 5.4.,4.5., aber auch Hinweise auf Widerstände von Werksleitern finden sich in: HStD, RD 17072, vgl. bes. das Schreiben des Kohlenkommissars an die Generaletriebsleitung West v. 23.4. Der zuständige Reichsverkehrsmin. hatte keinen Überblick, inwieweit tatsächlich abgeschaltet wurde, so schrieb er an die Reichskanzlei, Zentralstelle Rhein-Ruhr v. 21.4. in: ZStA, RmfdbG 53424/2, Bl. 12. (Zitat).

763. HStD, RD 17072, vgl. den Brief der Generalbetriebsleitung West an Grützner v. 7.5. mit wieder einer Liste und der handschriftliche Vermerk Grützners v. 30.5. über ein Gespräch beim Reichskohlenkommissar.

Festzuhalten ist, daß die Abwehr mit dem Verzicht auf dieses Mittel nicht nur eine Konfrontationstaktik aufgab sondern gleichzeitig die Besatzungsmächte unfreiwillig aber sehr effektiv darin unterstützte, sich der Infrastruktur im Verkehrswesen bedienen zu können. Die Nichtzusammenarbeit hatte hier eine wichtige Grenze gefunden.

"Zunächst glänzende Ergebnisse" bei der Befehlsverweigerung stellten aber die Verantwortlichen für den Ruhrkampf fest: *"keine Einholung von Pässen, Nicht-beachtung von Verkehrssperrstunden, Grußverbot für uniformierte Beamte, Ablehnung von Vorladungen, ebenso der Zahlung von Geldstrafen, keine Nachsuchung von Autoverkehrsscheinen usw. Demonstrationsstreiks bei Verhaftungen führender Personen, kein Warenverkauf an Franzosen."* Auch die zweite Richtlinie, freiwillig keine Kohle abzugeben, wurde im großen durchgehalten, und nur einzelne Kommunalverbände gaben Hausbrandkohle für die einquartierten Besatzungstruppen ab. Um nicht unter *"französischen Bajonetten"* zu arbeiten, verließen Eisenbahn- und Postpersonal die Arbeitsstätten und legten den Betrieb still, sobald eine Besetzung erfolgte. Wenn Koks- und Kohlenhalden besetzt wurden, traten Bergarbeiter in einen Demonstrationsstreik [765].

3.4.1.7. Offensive Aktionen der Besatzung zur Desorganisierung des Wirtschaftslebens und zur Ausbeutung des besetzten Gebiets

Mit der Besetzung weiteren Gebiets wurden *"die militärischen Voraussetzungen"* für die Umsetzung des Programms der "Pénétration progressivé" geschaffen. Remscheid und Vohwinkel wurden besetzt und damit die englisch besetzte Zone um Köln isoliert. In Köln wiederum konzentrierten sich die Stellen der deutschen Abwehr. Das von den Amerikanern verlassene Koblenz übernahmen französische Truppen am 24. Januar. Die Kontrolle der badischen Städte Offenburg, Appenweiher und Bühl, sie wurden am 4.2. besetzt, erlaubte den Zugriff auf die wichtige Nord-Süd-Bahnverbindung am Oberrhein [766]. Ebenso wurden die Häfen

---

764. Zu Krupp vgl. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 318. Zu Jarres vgl. BA, NL Jarres, "Beteiligung" 1926, S. 1.

765. "Grundsätze...", vermutlich Vorlage Mehlichs für Besprechung im Reichsfinanzmin. am 31.8. in: ZStA, 39.02, Nr. 43, Bl. 41-46 (Zitat Bl. 41).

von Emmerich und Wesel sowie die Zwischenräume zwischen den Brückenköpfen Mainz, Koblenz und Köln nach und nach besetzt (25.2.); ferner die Häfen von Karlsruhe und Mannheim und die wichtigsten Eisenbahnanlagen von Darmstadt (3.3.) [767].

Den Beginn der erneuten wirtschaftlich/militärischen Auseinandersetzung markierte die Abschnürung des besetzten Gebiets. Sie war am 27.1. bis nachts 12 Uhr vollendet [768]. Den Verantwortlichen für den Widerstand war die Bedeutung des erneuten Vorstoßes klar. Mit der Abschnürung würde *"der eigentliche Kampf erst beginnen .... Alle bisherigen Maßnahmen waren Vorpostenkämpfe, bei denen wir aber sehr gut abgeschnitten haben"* [769]. Die Zolllinie erlangte erst allmählich in dem Maße Bedeutung, wie die Kontrollstellen enger und die Kontrollen genauer und dichtmaschiger wurden [770]. Hier ging es der Besatzung vor allem um die Desorganisierung des normalen Wirtschaftslebens.

In einem zweiten Bereich unternahm sie Anstrengungen, um die eigene Abhängigkeit von der Zusammenarbeit zu verringern. Hierbei konzentrierte sie sich darauf, Arbeits- und Transportkapazitäten zu aufzubauen, um eine Abfuhr der Kohlen- und Koksmengen aus eigener Kraft zu erreichen. Dabei kam ihr ein eklatanter taktischer Fehler der Abwehr zu Hilfe: kontinuierlich wurden bis in den Frühsommer hinein Kohlen gefördert, auf Halde gefahren und damit dem Zugriff der Besatzer ausgesetzt.

Am 9. Februar vermeldete der Lagebericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung: *"Die Kohlenabfuhr nach Westen*

---

766. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 218.

767. Bericht v. Hatzfeldt über die Lage im besetzten Rheinland v. 15.3. in: BA, R 43 I/187, Bl. 89RS; Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 194.

768. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 267. Zur etwas anderen Datierung vgl. die folgende Anmerkung.

769. Brief des Kommissars Mehlich an seinen Freund Grzesinski, Oberregierungsrat im Landespolizeiamt Berlin-Schöneberg v. 1.2. in: ZStA, 39.02, Nr. 25, Bl. 185. Nach Mehlich wurde die Abschnürung erst am 1.2. perfekt.

770. Bereits am 13.2. meldete die Fachgruppe Bergbau des RdI, daß die Absperrung um das Ruhrgebiet insoweit effektiv geworden sei, als durch die "verschärfte Streckenkontrolle" es nicht mehr möglich sei wie bisher, auf den Besatzern unbekannten Gleisen Kohlenzüge herüberzubringen in: ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1072, Lagebericht des Staatssekretärs für die besetzten

ist seit gestern in Gang gekommen", aber die gemeldeten Züge kamen zunächst nicht über die Grenze. Am 14.2. wurde eine weitere, allerdings eingleisige Strecke für die Kohlenabfuhr genutzt. Die Schienenabfuhr wurde durch einen planmäßigen Schleppbetrieb auf dem Rhein ergänzt, der Kähne zum Kehler Hafen führte [771].

Am 11./12. März wurde die größte staatliche Grube des Reviers, die Zechenanlage Westerholt, besetzt. Tags darauf trafen sich der französische und der belgische Ministerpräsident in Brüssel und vereinbarten, die nächste Stufe der "pénétration progressivé" freizugeben. Nun begann der Abtransport der auf Halde aufgetürmten Kohle- und Kokshalden. Entsprechende Ordonnanzen flankierten diese Maßnahmen. Zunächst wurde eine Verbrauchssperre für Koks erlassen, der Transport von Kohle und Koks im besetzten Gebiet drastisch eingeschränkt und schließlich alle lagernden Kohlevorräte beschlagnahmt. Mitte April vereinbarten die beiden Regierungschefs bei einem erneuten Treffen in Paris, die Aktion zu intensivieren. Der Abtransport der Brennstoffe kam zunehmend in Gang [772]. Über Aachen wurden zwischen dem 6.2. - 2.3. insgesamt 56 Züge mit 1896 Wagen gezählt (zum Vergleich: im Dezember 1922 waren es 39925 Wagen) [773]. Der Deutsche Eisenbahnerverband schätzte den Abtransport auf 20% im April, 33% im Mai, mit steigender Tendenz [774]. Etwa 10.000 t tägliche Abfuhrmenge wurden im April im Reichsverkehrsministerium angenommen [775].

---

rheinischen Gebiete v. 14.2.

771. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1070, Bl. 15, 24, und Bl. 33f., Berichte v. 9.2., 10.2., 14.2.

772. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 226f.

773. Bericht v. Hatzfeldt über die Lage im besetzten Rheinland v. 15.3. in: BA, R 43 I/187, Bl. 98RS.

774. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 227.

775. Mitteilung des Vertreters des Reichsverkehrsmin. in der Ressortbesprechung v. 19.4. in: ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 21RS.

3.4.1.8. Nicht genutzte Möglichkeiten des Widerstands: Die Sperrung der Kölner Bahnen und das Verschwindenlassen der Kohlenhalden

Diesen Abtransport hätte die Abwehr auf zwei Wegen verhindern können, einmal durch die Sperrung der Bahnen im Kölner Gebiet, also die Transportunterbrechung und dann durch Maßnahmen, die die Produktion auf Halde verhinderten. Beide Maßnahmen sind angegangen und weit vorangetrieben worden, bevor sie verhindert wurden bzw. nicht mehr umsetzbar waren.

Dem britisch besetzten Köln kam eine Schlüsselrolle in der Verkehrsführung zu, liefen doch wichtige Strecken aus dem Ruhrgebiet nach Frankreich und Belgien durch diese Stadt. Als sich der britische Vertreter der französischen Anfrage widersetzte, die Strecken freizugeben, übrigens mit dem Hinweis auf einen dann sofort drohenden Streik der deutschen Eisenbahner, war der materielle Erfolg der Ruhrbesetzung tatsächlich infrage gestellt. Großbritannien verhandelte nun einerseits mit Frankreich und drohte andererseits dem Deutschen Reich mit dem Abzug aus Köln, doch in dem Wissen, daß allein die britische Präsenz in der Kölner Zone Voraussetzung für eine künftige Vermittlungsposition war. In Verhandlungen, von denen die deutsche Regierung ständig unterrichtet war, und deren Ergebnis sie zustimmte, bevor es zwischen Frankreich und Großbritannien perfekt gemacht wurde, kam letztlich ein Kompromiß zustande, der auf die Fortführung einer bestimmten Anzahl von Zügen durch die Kölner Zone hinauslief. Eine Strecke am Rande des Gebiets wurde den Franzosen übergeben[776]. Die Frage ist nun, warum die deutsche Regierung in diesem zentralen Bereich der Abwehr gegen die Interessen des Widerstandes handelte.

Es war das Auswärtige Amt, das gegen die im Kabinett befürwortete Einstellung aller Militärtransporte Bedenken angemeldet hatte und durchsetzen konnte, daß auf seine Sonderinteressen Rücksicht genommen wurde. Es argumentierte mit dem drohenden Abzug der Engländer und drang darauf, alles zu unterlassen, was einen Grund zum Abzug geben könnte [777]. Während Kölner Gewerkschafter bei britischen und deutschen Stellen gegen diesen Befehl Sturm liefen [778], Widerstandsführer vor den

776. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 114-117.

777. Vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 51, bes. S. 183f., Kabinettssitzung v. 22.1., dort Vertagung des Themas wegen Abwesenheit von Reichskanzler und Außenminister,

negativen Folgen für die Haltung der Eisenbahner warnten [779] und Ministerialbeamte letztlich vergeblich versuchten, ihnen die Gründe dafür verständlich zu machen [780], blieb das Außenministerium hart. Es geriet in die Defensive, als Gewerkschafter in Besprechungen ankündigten, die Eisenbahner nur noch wenige Tage in Ruhe halten zu können und der Vertreter der Reichskanzlei den Eindruck festhielt, daß auch das Auswärtige Amt einsehe, daß es an seinem Standpunkt nicht mehr festhalten könnte [781]. Und tatsächlich wurden zunächst die Verfügungen zurückgezogen [782]. Die letztliche Regelung, doch eine Linie durch die britisch besetzte Zone für Transporte der Besatzungsmächte zur Verfügung zu stellen, bedeutete somit kein Entgegenkommen der Briten gegenüber den Forderungen der Eisenbahnerverbände [783], sondern die Umsetzung eines Kompromisses, dem die deutsche Regierung vorab zugestimmt hatte [784].

Sowohl Großbritannien, das allerdings kein Interesse an einem Erfolg des passiven Widerstands haben konnte, wie auch das Deutsche Reich und die Eisenbahnergewerkschaft verpaßten an diesem Punkt die Chance, durch kluges taktisches Vorgehen den Abtransport beschlagnahmter Waren auf diesen Strecken weitgehend zu verhindern. Die erhoffte Bereitschaft Großbritanniens, zu helfen, hätte sich an diesem konkreten Fall zeigen

---

aber Klarheit darüber, daß auf "Sonderinteressen" des Auswärtigen Amtes Rücksicht genommen wird; ebd., Dok. Nr. 65, bes. S. 220, Kabinettssitzung v. 6.2.; ebd., Dok. Nr. 74, bes. S. 250f., Kabinettssitzung v. 13.2.

778. Eisenbahner bei Lord Kilmarnrock in Koblenz in: Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 116; AdRk Cuno, S. 220 Anm. 11.

779. Bericht Mehlich v. 7.2., in: AdRk Cuno, S. 220 Anm. 12.

780. Handschriftlicher Vermerk Bauknecht? vom pr. Innenmin. über Konferenzen am 8. u. 9.2. der Ortskartellvertreter und Gauleiter der Freien Gewerkschaften. Die Eisenbahner hätten sich "nach Aufklärung, wenn auch widerwillig", abgefunden in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 241, Bl. 10. Ähnlich der vorläufige Bericht Kochs v. 5.2., demzufolge die Eisenbahner, mit denen er sprach, sich voraussichtlich abfinden würden, Züge "mit Ausnahme der Züge mit Reparationskohle" zu fahren, wenn die Gründe durch einen autoritativen Bevollmächtigten gerechtfertigt würden in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 238, Bl. 13-20, hier 13RS. Vgl. die Stellungnahme des Reichsverkehrsmin. v. 9.2. an das Auswärtige Amt in: AdRk Cuno, S. 250 Anm. 2.

781. Besprechung im Reichsverkehrsmin. v. 10.2. in: AdRk Cuno, S. 251 Anm. 2.

782. Vgl. AdRk Cuno, S. 251 Anm. 3 und S. 241 Anm. 4.

783. So in AdRk Cuno, S. 251 Anm. 3.

können, zumal sich Großbritannien dort durchsetzungsfähiger zeigte, wo eigene Interessen gefährdet waren. Auf britischen Protest hin stoppte die französische Regierung beispielsweise die Eingriffe in britische Kohlelieferungen [785].

Parallel zur Verhinderung des Abtransports hätten die Förderung von Kohle und die Koksproduktion eingestellt werden können. Zwar sank die Kohlenförderung im Ruhrgebiet kontinuierlich auf 41% im April, die Koksproduktion kam im Mai fast völlig zum Erliegen [786]. Aber immerhin lagen 4,5 Mio. t Kohlen und Koks Ende Mai auf Halde [787]. Während der Abtransport durch die Besatzungsmächte zunehmend in Gang kam, sah der Reichskohlenkommissar keinerlei Veranlassung für eine Produktionseinschränkung für Steinkohle. Diese aber forderten nicht nur *"weite Kreise des westfälischen Bergbaus"*, sondern vor allem auch das Reichsverkehrsministerium, das dafür eintrat, daß dort, wo der Abtransport sich einspielte, *"der passive Widerstand an die Quelle der Kohlenerzeugung zurückverlegt werden möge"* [788]. Die frühzeitigen und andauernden Forderungen der Eisenbahner verhallten ebenso ungehört wie die wiederholten Vorstellungen des Reichsverkehrsministeriums [789]. Wie vom Reichsverkehrsministerium prognostiziert, hatten die Besatzungsmächte nach einem halben Jahr ihre Schwierigkeiten im Transportwesen überwunden, doch in dieser Zeit hätte es doch möglich sein müssen, die Vorräte völlig aufzubrauchen. Stattdessen wurde noch bis Mitte Juni, *"da und dort"* weiter auf Halde geschüttet [790].

---

784. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 115f.

785. Ebd., S. 114.

786. Gemessen am Vorjahresmonat. Die Werte für Januar betrugen 93%, Feb. 76%, März 69% laut Schreiben des Reichswirtschaftsmin. an den Reichsverkehrsmin. v. 29.5., Abschrift in: ZStA, RAM 3024, Bl. 28.

787. Ebd., das entsprach einer Förderung von 14-15 Tagen in normalen Zeiten und war dann nichts Ungewöhnliches.

788. Ressortbesprechung in der Reichskanzlei über Kohlenversorgung im besetzten Gebiet, 19.4., RmfdbG 53432/49, Bl. 19-23, (Zitate Bl. 20RS von "B.", vermutlich Geheimrat Brecht vom Reichskohlenkommissar und von Oberreg.rat Leibbrand, dem Abwehrspezialist im Reichsverkehrsmin.).

789. Reichsverkehrsmin. an Reichswirtschaftsmin. v. 16.3. in: ZStA, RmfdbG 53432/53, Bl. 135; ZStA, RAM 3024, Bl. 30, erneutes Schreiben v. 26.5.

790. Schreiben Reichsverkehrsmin. an Reichswirtschaftsmin. v. 16.6. in: ZStA,

Ein vielversprechender Versuch, mit dem Problem umzugehen, sah vor, die sich auftürmenden Haldenbestände dadurch abzutragen, daß sie in den Kellern der Verbraucher verschwanden. Eine solche Abgabe von Hausbrandkohle in großem Stil an Private und lebenswichtige Betriebe schlugen schon seit Ende Januar Gewerkschafter auf örtlicher Ebene [791], der Reichskommissar Mehlich seiner vorgesetzten Behörde [792] und, im Kontakt mit Mehlich, auch der Abgesandte des Reichskohlenkommissars, Brecht, dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat vor [793]. Im Februar und März verhandelten die Zentralstellen in Berlin untereinander. Vor Ort kam man nicht weiter, da man auf Ergebnisse wartete [794].

Die Fragen der Bezahlung, Kreditierung, Zahlungsstundung konnten nur langsam geklärt werden oder blieben die ganze Zeit hindurch strittig [795]. Obwohl die Minister Wohlwollen signalisierten [796] und im März die

---

RAM 3024, Bl. 31f.

791. Schreiben Ortskartellvorsitzender DBB Recklinghausen v. 5.6. in: ZStA, 39.02, Nr. 21, Bl. 27.

792. Schreiben Mehlich an Reichsarbeitsmin. v. 19.5. in: ZStA, 39.02, Nr. 21, Bl. 38; StaMs, RegMsBes, Nr. 30, 26.3., Niederschrift v. 14.4. über konkrete Umsetzungsschritte in Besprechung in Hamm mit Mehlich, den Regierungen und Oberpräsidium Münster.

793. Schreiben des Reichskommissars für die Kohlenverteilung an den Reichswirtschaftsmin. v. 22.2. in: ZStA, RAM 3024; StaMs, RegMsBes, Nr. 30, Sitzung des Westfälischen Besatzungsausschusses v. 6.4.

794. Schreiben Ortskartellvorsitzender DBB Recklinghausen v. 5.6. in: ZStA, 39.02, Nr. 21, Bl. 27.

795. Zur Aufhellung der Diskussionen in den Zentralstellen ist besonders der folgende Aktenband aufschlußreich: ZStA, RAM 3024, Bl. 6, Reichskohlenkommissar an Reichswirtschaftsmin. v. 22.2., Verzögerung, weil grundsätzliche Frage der Kreditgewährung an Bergbau angeblich noch nicht geklärt, kein öffentlicher Kredit an Verbraucher; ebd., Bl. 8, Reichsarbeitsmin. an Reichswirtschaftsmin. v. 26.3. zur Konkretisierung des Kreditweges und örtlich bereits eingeleitete Selbsthilfe auf einzelnen Zechen; ebd., Bl. 14f., Reichswirtschaftsmin. an Reichsarbeitsmin. v. 10.4., eine Einigung über den Kreditweg mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat war anscheinend schon Anfang März gefunden und Versorgungsbezirke angeblich schon informiert. Der Kreditweg für Private mit hohem Risiko belastet, daher Verhandlungen mit dem Reichsfinanzmin. über Reduktion der Kohlensteuer. Gemeinden, Eisenbahn, Post und Zechen sollen sich über Mengen und Dauer des Kredits untereinander

Grundzüge einer Abgabe von Kohlen auf dem Kreditwege abgesprochen und die Beteiligten informiert schienen, kam die Angelegenheit wieder nicht in Gang. Die Kommunalverbände, wesentlich an der Aktion beteiligt, wollten nicht ohne schriftliche Unterlagen Garantien übernehmen [797]. Schließlich war es Mai geworden, als Musterverträge vorlagen und die Verabredungen vor Ort gertroffen werden konnten [798]. Örtliche Verhandlungen zwischen Gewerkschaftern und Kohlenhändlern über die Umsetzung einer Kreditaktion zur Finanzierung der Kohlenverteilung kamen jetzt ins Stocken, weil die neue Kohlenverordnung der Besatzung erschienen war [799]. Im Mai war die Chance praktisch vertan, weil inzwischen die Besatzungsmächte den Kohlenverkehr auf den Straßen kontrollierten [800]. *"Man versteht nicht,"* so fragte die Stadt Bochum beim Westfälischen Besatzungsausschuß am 18.4., *"wieso in den letzten Monaten nicht unter weitestgehender Kreditgewährung die Keller der kleinen Leute mit Kohlen gefüllt worden sind, während sich hier die Kohlen auf Halden stapeln."* [801] Man wolle sie wohl lieber *"den Franzosen ... in die Hände fallen (lassen), als der Bevölkerung eine genügende Versorgung mit derselben zu ermöglichen"* [802].

Die zeitliche Verschleppung dieser Aktion war auf den ersten Blick der Hauptgrund für diesen schwersten taktischen Fehler der Abwehr. Abstimmungsprobleme zwischen den verschiedenen befaßten Ministerien,

---

verständigen.

796. Schreiben Mehlich an Reichsarbeitsmin. v. 19.5. in: ZStA, 39.02, Nr. 21, Bl. 38. Antrag Beamtenverbandssekretär Dortmund an Reichswirtschaftsmin. v. 17.2. in: RWiM, Nr. 710, Bl. 6.

797. Schreiben Mehlich an Reichsarbeitsmin. v. 19.5. in: ZStA, 39.02, Nr. 21, Bl. 38.

798. HStD, RD 17119, Bl. 38, Schreiben Regierungspräsident Grützner aus Barmen an Regierung Düsseldorf, 5.4.

799. Schreiben Ortskartellvorsitzender DBB Recklinghausen v. 5.6. in: ZStA, 39.02, Nr. 21, Bl. 27.

800. Schreiben Mehlich an Reichsarbeitsmin. v. 19.5. in: ZStA, 39.02, Nr. 21, Bl. 38. Entsprechender Vermerk im Ruhrhauptreferat v. 8.6. in: ZStA, RAM 3024, Bl. 22 u. 22RS.

801. StaMs, OpräMü, Nr. 5002, Anlage zum TO-Punkt III, Sitzung Westfälischer Besatzungsausschuß v. 21.4.

802. DGB Ortsverband Dortmund an Oberpräsident Gronowski, 22.3. in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007.

zwischen Berlin und dem besetzten Gebiet und zwischen den Kohleproduzenten und den Kommunen sind dafür verantwortlich zu machen.

Der Fehler wirkte sich vor allem auch auf die materielle Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung aus. Denn die im Januar noch gefüllten Kohlenkeller waren im Juni so gut wie leer [803]. Im März waren die Preise bereits unerschwinglich, so daß die Verbraucher sich nur mit Verbilligungsaktionen Kohlen beschaffen konnten [804]. Die Versorgung der ca. 750.000 Familien mit Kohlen hätte im Februar viel billiger erfolgen können [805].

Für die andauernde Förderung und für die Lagerung der Halden bei den Zechen gab es jedoch einen einfachen Grund. Die Haldenbestände galten als Sicherheit für die Regierungskredite [806]. Außerdem wurden die Werke für beschlagnahmte Kohlen etc. vom Reich entschädigt, was ihnen von kommunistischer Seite den Vorwurf eintrug, die Beschlagnahme bzw. die profitable Entschädigung einer Abgabe der Kohlen an die Bevölkerung vorzuziehen [807]. Gleichzeitig wurde von Geheimabkommen zwischen Zechen und Besatzungsmächten berichtet, die der Besatzung zu Kohlen und Koks gegen Bezahlung an die Zeche verhalf. Tagsüber fuhr demzufolge die Besatzung die aufgetürmte Kohle ab, die Zechenverwaltung bewachte nachts die Ladeplätze gegen Anschläge [808]. Gegen die Vorhaltungen der Eisenbahner setzte sich ein Artikel in der DAZ zur Wehr, in dem die Produktionsentwicklung gerechtfertigt wurde. Zunächst, so wurde dort

803. Schreiben Ortskartellvorsitzender DBB Recklinghausen v. 5.6. in: ZStA, 39.02, Nr. 21, Bl. 27.

804. DGB Ortsverband Dortmund an Oberpräsident Gronowski, 22.3. in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007.

805. Reichsarbeitsmin. an Reichswirtschaftsmin. v. 17.2. in: ZStA, RAM 3024, Bl. 2RS.

806. Gesamtbetriebsrat der Zechen von der Heydt, Julia, Recklinghausen I u. II, Harpener Bergbau-AG an Mehlich v. 11.5. über ein Gespräch mit Direktor Kette? von der Werksverwaltung in: ZStA, 39.02, Nr. 21, Bl. 41.

807. Vgl. den Lagebericht der Zentralen Nachrichtenstelle Nord v. 11.9., die das als allgemeinen Vorwurf im Ruhrgebiet darstellt, Staatsarchiv Münster, Zentrale Nachrichtenstelle Nord, Nr. 16 (Im folgenden zitiert als: StaMs, ZNN); ZStA, RAM 3024, Bl. 25, Artikel Rote Fahne v. 23.5.

808. StaMs ZNN, Nr. 16, ungezeichnete Notiz, vermutlich der "Z.N.", Zentrale

argumentiert, sollte soviel wie möglich gefördert und dem unbesetzten Gebiet zugeführt werden. Nach der Abschnürung sei die Förderung für die unmittelbar miteinander verbundenen Betriebe weitergegangen und es sei niemals über deren Bedarf hinaus gefördert worden. Die Haldenbestände stammten aus der Übergangszeit der Abriegelung, als die Weiterleitung im besetzten Gebiet noch nicht organisiert gewesen sei. Mittlerweile (der Artikel stammte aus dem Juni. B.M.) würde die nicht sofort verbrauchte Kohle in der Grube untergebracht. Ein weiterer wichtiger Grund für die Weiterförderung sei die Vermeidung größter Arbeitslosigkeit durch sofortige Stilllegung der Werke gewesen und die Vermeidung größerer Tumulte der beschäftigungslosen Arbeiterschaft, entweder gegen die Franzosen oder gegen die deutsche Polizei [809].

Neben diesem umfassendsten und konstruktivsten Versuch, aus einem Fehler des Widerstands einen Vorteil zu machen, gab es schon vor der Besetzung und seit dem Beginn des Widerstands diverse Vorschläge, zu einer Produktionseinschränkung zu kommen. Den radikalsten im Sinne einer Selbstschädigung machte Hugo Stinnes gegenüber Gewerkschaften kurz vor der Besetzung. *"Man könnte... zum Beispiel den Kohlenbergbau dadurch lahmlegen, daß man die Zufuhr von Grubenholz sperrte."* Das hätte die eigene Produktion *"auf ein ganzes Jahr lahmgelegt"*, und sei nicht ernsthaft zu erwägen. Weniger selbstschädigend war sein Vorschlag, die Koksöfen notfalls zu zerstören, wobei er zur Not *"selbst die Dynamitpatronen in die Koksöfen... legen"* wollte. Der Wiederaufbau der Hochöfen würde "nur" drei bis vier Monate dauern [810]. Ruck schätzt diese Äußerungen als taktisch motiviert ein, um eine etwaige Kritik der Gewerkschafter an seinem Widerstandskurs abzublocken. Denn die Gewerkschafter mußten vor allem die mit einem solchen Kurs verbundene hohe und langfristige Arbeitslosigkeit fürchten [811]. Diese Vorschläge wurden nicht weiterverfolgt, nachdem die Besetzung begonnen hatte.

Es gab noch weitere, insgesamt weniger umfassende Vorschläge, die unterschiedlich weit verfolgt wurden. Neben einem allgemeinen Appell des Reichswirtschaftsministers an die Länder, den Brennstoffverbrauch

---

Nord, v. 15.5.

809. ZStA, RAM 3024, Bl. 33, DAZ v. 27.6., "Die Abdrosselung der Kohlenförderung im Ruhrgebiet".

810. Gewerkschaften, a.a.O., Dok. Nr. 75, Bericht Knoll u.a. über Besprechungen anläßlich der Besetzung des Ruhrgebietes, S. 740.

möglichst einzuschränken [812], wurde der Vorschlag, möglichst viele Zechenarbeiter aus dem besetzten Gebiet herauszuholen und im unbesetzten Gebiet zu beschäftigen [813], zumindest ansatzweise beim Reichsarbeitsministerium in die Tat umgesetzt, gegen die Bedenken der Werksleitungen, die eine Abwanderung befürchteten; insbesondere der Bau von Bergmannswohnungen wurde intensiviert. Hier ging man bereits frühzeitig von einem lang andauernden Kampf aus [814].

3.4.1.9. Schwerpunkte der Auseinandersetzung: Zolllinie und Verkehrswesen

Die Abriegelung des besetzten Gebietes wurde erst in der zweiten Hälfte des Februar überhaupt wirksam. In einer Besprechung mit drei Reichsratsausschüssen am 12.2. erklärte der Reichswirtschaftsminister in dieser Sache: *"Die Besetzung habe bisher wirtschaftlich noch keine besonderen Schwierigkeiten gebracht, da die Abschnürung des Ruhrgebiets noch nicht effektiv gewesen sei; die Schwierigkeiten würden jedoch jetzt einsetzen."* Bis dahin hatte man verschiedene Vorbereitungen getroffen. Sie bestanden einmal in der Erhöhung der Kohlenförderung im unbesetzten Gebiet. Falls der Eisenbahnverkehr unterbrochen würde, sollte ferner auf Ersatzverkehrsmittel umgestiegen werden. Dafür wurde derzeit ein *"Autopark"* zusammengestellt [815].

In den ersten Monaten des Ruhrkampfes verhinderte die Größe des besetzten Gebietes und die Lückenhaftigkeit der Absperrung, daß die Zolllinie eine Bedeutung erhielt. In diese militärische Aktivität investierten

---

811. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 52.

812. Rundschreiben des Reichswirtschaftsmin. v. 5.2. in: ZStA RmfdbG/RIM, Nr. 1099, Bl. 11.

813. Diese Idee brachte die Stadt Bochum Anfang Februar ins Gespräch im Westfälischen Besatzungsausschuß in: StaMs, OpräMü, Nr. 5002, 5.2.

814. ZStA, RAM 3024, Bl. 3 u. 20, interner Schriftwechsel im Reichsarbeitsmin. v. 17.2. und 21.4.; ebd., Bl. 12, Schreiben Reichsarbeitsmin. an Reichsarbeitsgemeinschaft für Bergbau v. 15.2.

815. AdRk Cuno, Dok. Nr. 71, Besprechung mit dem vereinigten 1., 2. und 3. Ausschuß des Reichsrats v. 12.2., s. bes. S. 238, Äußerungen des Reichsmin. für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichswirtschaftsmin.

die Besatzungsmächte einen großen Teil ihrer Kraft. Die Abtrennung des Ruhrgebiets nahm kriegsähnliche Ausmaße an. Es wurden *"Brückenköpfe"* zum unbesetzten Gebiet errichtet und gesichert, beispielsweise ein Lippeübergang, *"wo jenseits des Flusses Maschinengewehrnester, Barrikaden, Schutzstände und Drahtverhaue einen festen Brückenkopf schufen. Reiterstreifen nahmen die Bewachung der neuen Grenze gegen das unbesetzte Deutschland auf."* Gleichzeitig wurden die Verkehrsadern mit militärischem Einsatz durchtrennt. *"Der verkehrsreiche Hellweg wurde durch ein drehbares Tor geschlossen, durch Drahtverhaue und Unterstände gesichert. Im Bahnhof Derne richteten Eisenbahntruppen am 17. Januar eine Prüfstelle für den gesamten Bahnverkehr ein."* Die Kontrolle des Verkehrs wurde durch das Einrichten von wenigen Durchlässen angestrebt, überall sonst hinderten starke Streifen den Zutritt und die Ausreise aus dem umstellten Gebiet.

Die Kontrolle der Zolllinie wurde in den ersten Wochen nur stichprobenartig vorgenommen, aber nach und nach wurden auf den Straßen und in den Bahnhöfen neue Dienststellen eingerichtet. Allmählich wurde die ganze Grenze mit Stacheldrahtzäunen verdichtet, der anfangs recht starke Schmuggel unterbunden. *"An wichtigen, unübersichtlichen Stellen, wie im dichtbesiedelten Bochumer Bezirk"*, beobachteten Fesselballone den Grenzverkehr. *"Zwischen diesen (den nördlichen und südlichen Knotenpunkten. B.M.) und der Lippemündung zog sich eine ununterbrochene Kette kleiner Wachen und Posten hin".*

Eine genaue Ortskenntnis, die noch unzureichenden Kräfte der Besatzung, das Ausnutzen der Infrastruktur und die Kollaboration der Soldaten überwanden in den ersten Wochen die Zolllinie mit einem lebhaften Schmuggel. *"In den ersten Wochen der Besetzung gelangen fast regelmäßig des Nachts 'große Kohlen- und Materialtransporte, die geraume Zeit die Industrie in Hagen, Kabel, Halden, Hohenlimburg und dem angrenzenden Bezirk in Gang hielt. Die Truppen waren selbst an dem Treiben beteiligt, so daß sich für das Durchlassen der Wagen allmählich ein fester Tarif herausbilden' konnte. In Werden setzte man des Nachts die Fertigwaren 'am Staadt' in Kähnen über, brachte sie am anderen Ufer hinauf und von dort mit Kraftwagen und Pferdefuhrwerken ins unbesetzte Gebiet; den umgekehrten Weg nahmen die jenseits der Ruhr benötigten Rohstoffe. Als sich die Zollkette verdichtete, wurde Dornap zum Knotenpunkt dieses äußerst regen Verkehrs. An der ganzen langen Grenze halfen französische Zollbeamte sowie zur Aufsicht bestimmte Soldaten bereitwillig nach, um*

sich selbst an dem Lohn zu beteiligen; für Geldspenden und Alkohol waren sie alle sehr empfänglich. Unter anderem konnte so an der Rauschenburg (bei Olfen) mit Hilfe der dortigen Zollbeamten ein großer Möbelwagen mit Goldwaren eingeführt werden."

Die Unterbrechung und teilweise Zerstörung von immer mehr der vorhandenen Verbindungswege (Brücken, Straßen, Eisenbahnlinien) verringerte die Vorteile der Infrastruktur; ein scharfes Eingreifen der Soldaten beeinträchtigte den Mut zum Schmuggel. Etwa im Mai war der *"anfangs mit Leidenschaft betriebene Schmuggel ... nahezu unterdrückt."* Hinzu kamen Schikanen bei der Abfertigung durch Soldaten: *"Kam endlich ein Fuhrwerk an die Reihe, dann wurde in kleinlichster Weise die ganze Ladung ausgeladen, jede einzelne Kiste geöffnet, bis sich eine Handhabe zur Beschlagnahme der ganzen Ladung nebst Fahrzeug bot.' Die Führer aber hatten durchweg fast die üblichen Mißhandlungen auszustehen."* **816**

Das Verkehrswesen war aus mehreren Gründen ein wichtiger Kampfschauplatz des Ruhrkampfes. Für die Besatzung bedeutete die Inbetriebnahme zumindest eines Teils des Bahnnetzes die Voraussetzung für die Ausbeutung des besetzten Gebietes. Darüberhinaus installierte sie mit der "Regie" (Régie des Chemins de fer des Territories occupés **817**) eine Konkurrenzinstitution zur Reichsbahn, wobei die "Regie" zunächst nur als Institution auf dem Papier bestand. *"(W)enigstens scheinbar"* hatte die Rheinlandkommission damit ihr Ziel, die Verkehrsverwaltung in ihre Hände zu bringen, im Rheinland *"auf einem bedeutsamen Gebiet vollkommen erreicht."* Ob sie sie tatsächlich durchsetzen konnte, mußte die Auseinandersetzung der nächsten Monate ergeben.

Da sich der Eisenbahnverkehr ohne die Zusammenarbeit der Bediensteten nur schwer organisieren ließ, versuchte die Besatzung, mit hohen Tagelöhnen neues Personal im Ruhrrevier anzuwerben. Das vorhandene Personal wurde mit Requirierung, Bestrafung und mit Waffengewalt bedroht **818**. Ende Februar begannen die Ausweisungen größeren Stils gegen Eisenbahner. Seit März mußten Eisenbahner als Geiseln auf Regie-Zügen mitfahren **819**. Für angebliche oder tatsächliche Sabotageakte, die in

816. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 199f., 275-278, 231-233, 235 und S. 281. (Zitate S. 192, 193, 196, 232f., 281 und S. 278).

817. Ebd., S. 284; Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 223.

818. Bericht v. Hatzfeldt über die besetzten rheinischen Gebiete v. 15.3. in: BA, R

einzelnen Fällen allein in Dienstunterlassungen bestanden, wurden drakonische Strafen eingeführt (Ordonnanz 147) [820]. Bis zum März hatten sich keine Facharbeiter zur Verfügung gestellt. Bis zum Juni arbeiteten knapp 6.000 ungelernte deutsche Arbeiter und 250 Eisenbahner für die Besatzung, Wentzcke sieht in ihnen *"vielfach wohl strafentlassene Hilfskräfte"* [821]. Mit diesen Arbeitskräften war der Betrieb nicht zu führen, und die Besatzung mußte immer mehr Arbeitskräfte ins besetzte Gebiet holen. Nach deutschen Schätzungen waren Anfang Mai ca. 4.000 zusätzliche Arbeitskräfte im Ruhrkohlenbezirk [822], am 11.7. ca. 10.000 französische und 1.000 belgische Eisenbahner. Ende August waren es 40.000 Arbeitskräfte der Besatzung [823].

Die Tücken der komplexen verkehrsmäßigen Infrastruktur, die die Ausbeutung des Gebiets zunächst verhinderten, beschreibt Wentzcke: *"Trotz dieses Aufwandes (an zusätzlichen Arbeitskräften der Besatzung. B.M.) kam es in den ersten Wochen nur zu täglich wechselnden Gleissperren an den verschiedenen Plätzen und auf den verschiedenen Strecken. Oft genug fuhren die wenigen Züge unter ihrer militärischen Führung wegen falscher Weichenstellung in ein totes Gleis; die ungeübten Kräfte brauchten Stunden um Stunden, um den richtigen Strang zu finden. Kein Wunder, daß die neuen Maßnahmen zunächst zur hoffnungslosen Verstopfung der Strecken, später zur völligen Lahmlegung des Verkehrs führten."* [824] Dann wurden allmählich mehr und mehr Linien des Eisenbahnnetzes von der Regie betrieben. Der Besatzung ging es dabei nicht darum, das gesamte Verkehrsnetz zu übernehmen, das erschien *"weder für die Bedürfnisse der Besatzung noch für die Ausbeutung der 'Pfänder' ... nötig. In der Tat gerieten Verpflegung und Nachschub nur anfangs ins Stocken"* [825]. Ende Januar hatte die Besatzung im Ruhrgebiet zwei Bahnlinien in Betrieb genommen, eine im Norden und eine im Süden [826]. Bis Anfang März betrieb sie zwei Linien zwischen Düsseldorf und

---

43 I/187, Bl. 89 und 99 (Zitat Bl. 89).

819. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 223 und S. 229.

820. Ebd., S. 223. Bericht v. Hatzfeldt über die besetzten rheinischen Gebiete v. 15.3. in: BA, R 43 I/187, Bl. 92.

821. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 283 und S. 289 (Zitat).

822. Besprechung in Besatzungsangelegenheiten am 8.5. in Hagen v. 9.5. in: ZStA, RmfdbG 53424/7, Bl. 96RS.

823. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 229 Anm. 96 und S. 232.

824. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 283.

Duisburg [827]. Es wurden Bahnanlagen besetzt und mit eigenem Personal Militärzüge abgefertigt und ein Notdienst eingerichtet [828]. Aber noch bis Anfang März wurden die Bahnhöfe von Dortmund und Essen *"nur für ganz kurze Zeit gestört"*, und erst dann wurde die Strecke zwischen beiden Städten stillgelegt. Ansonsten wurden Strecken gesperrt, wenn sie für den Abtransport von Haldenkohle oder Zwangsmaßnahmen in Werken gebraucht wurden. Danach wurden sie wieder freigegeben [829].

Die Benutzung bzw. Nicht-Benutzung dieser Institution war für die Besatzungsmächte wie für die Abwehr ein Gradmesser für ihren Erfolg. Während die Besatzungsmächte durch den Einsatz ihrer Zwangsmittel den Verkehr auf die "Regie" bringen wollten, bestand die Haupttaktik der Abwehr darin, immer neue Ausweichmöglichkeiten zu finden, um die Regiebahnen nicht benutzen zu müssen.

Zusammenfassend bilanzierte Wentzcke die Ergebnisse der Auseinandersetzung der ersten Monate: *"So schwer daher die Eingriffe im einzelnen waren, für mehrere Monate wurde der Verkehr an Gütern und Personen lediglich eingeschränkt, nicht völlig unterbunden."* Hierbei bezog er bereits die Ausweichmanöver der Abwehr ein. Man stieg auf Lkw um, lenkte den Verkehr im großen Umfang auf Nebenstrecken und baute neue Gleise. Die Umleitungswege waren schnell bis ins Ausland überlastet. Bereits im März mußte der Güterverkehr deutscherseits durch Rückhaltesperren reglementiert werden, von denen allein Lebensmittel immer ausgenommen waren. Der Verkehr wurde über die Straße, die Schiene und den Wasserweg im besetzten Gebiet geleitet und dabei die Kompliziertheit und Dichtmaschigkeit des Netzes [830] wo immer es ging, ausgenutzt.

Die Besatzung griff mit Kontrollen und Beschlagnahmungen in die Bewegungsfreiheit von Personen und Gütern ein. Anfang März wurde ein Paß- und Visumzwang für die Reisen zwischen besetztem und unbesetztem

---

825. Ebd., S. 284.

826. Nachrichten der Fachgruppe Bergbau des RdI betr. Lebensmittel- und Lebensmitteltransportfragen. Abschrift v. 31.1. in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 232, Bl. 20.

827. Vgl. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 285.

828. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 222f.

829. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 290.

Gebiet eingeführt, der den Personenverkehr und damit auch die Kommunikation mit dem abgeriegelten Gebiet stark beeinträchtigte [831]. Im altbesetzten Gebiet begrenzte seit Juni eine Verordnung den Straßenbahnverkehr auf den Vorjahresumfang, so daß eine verstärkte Nutzung unter Strafe stand [832].

Die Abwehr betrachtete die Infrastruktur der Transportkapazitäten und -möglichkeiten in erster Linie als Kampfschauplatz des Widerstands (für Streiks und Nichtzusammenarbeit) und erst in zweiter Linie als überlebensnotwendige Infrastruktur. Nur vereinzelt wurden Stimmen laut, die nachteiligen Folgen von Streiks im Verkehrswesen für die Aufrechterhaltung der Stimmung und der Widerstandsfähigkeit mehr zu berücksichtigen. Im besetzten linksrheinischen Gebiet wirkten sich aufgrund der strukturellen Unterschiede in der Infrastruktur die Eingriffe ins Verkehrswesen bereits viel drastischer aus. Bereits Ende Januar kam der Zugverkehr auf der linken Rheinseite zum Erliegen [833]. Aufgrund der eindeutigen Anweisungen bestreikte der Widerstand seit Februar den linksrheinischen Bahnverkehr, während das dichtmaschige Verkehrsnetz im Ruhrgebiet ein längeres Ausweichen ohne Kollision mit den Widerstandsanordnungen erlaubte [834]. Mitte März war der *"Eisenbahnbetrieb bei den Reichsbahndirektionen des altbesetzten Gebiets fast vollkommen ins Stocken geraten"*. Alle Hauptlinien waren militarisiert, in deutschem Betrieb waren nur noch die Bahnen in der Kölner Zone und die von Köln nach Osten gehenden [835]. Hier mußte die Abwehr sofort auf die Straße ausweichen, während im Ruhrgebiet die Straßenbahnen wichtige Transportfunktionen übernahmen [836].

---

830. Vgl. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 234-238 (Zitat S. 234).

831. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 223.

832. Bericht des Staatssekretärs für die bestzten rheinischen Gebiete, Brugger, an Reichskanzler v. 27.6. über eine Reise nach Köln v. 21.-24.6. in: BA, R 43 I/188, Bl. 464RS.

833. Bericht Edinger/ Eichmann über Dienstreise ins besetzte Gebiet v. 2.2. in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 249, Bl. 2f.

834. Vgl. Trachtenberg, Reparation, a.a.O., S. 293.

835. Bericht v. Hatzfeldt über die Lage im besetzten Rheinland v. 15.3. in: BA, R 43 I/187, Bl. 97RS.

836. Vgl. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 242f. Vgl. ferner den Bericht v. Hatzfeldt über die Lage im besetzten Rheinland v. 15.3. in: BA, R 43 I/187, Bl.

Die selbstlähmenden Wirkungen von Streiks waren im Verkehrswesen offenkundig, doch hier war vermutlich eine Grenze der Widerstandsmöglichkeiten erreicht, die in der historischen Situation nicht überwindbar erschien. Um nicht zu Kohlentransporten gepreßt zu werden, verließen auch die Binnenschiffer ihre Schiffe - *"anstatt auf ihnen zu bleiben und der Gewalt Widerstand entgegenzusetzen"*. Die Kritik betonte, daß durch die Streiks die Versorgung mit Lebensmitteln bedeutend erschwert wurde [837]. *"Manche Orte sind tatsächlich von allem Verkehr ins unbesetzte Gebiet abgeschnitten..."*, besonders im westlichen Rheinland [838]. Doch wie ein solcher Widerstand gegen Gewalt hätte aussehen können, wurde nicht weiter geklärt.

Ende März/ Anfang April diskutierten Verantwortliche des Widerstands der verschiedenen Länder, Berufsgruppen und der Berliner Zentralstellen über die zeitliche Perspektive des Widerstands, vor allem vor dem Hintergrund der sich immer stärker abzeichnenden selbstlähmenden Wirkungen der bisherigen Taktik. Darauf wird weiter unten näher eingegangen, doch sei an dieser Stelle bereits festgehalten, daß dabei nur die Alternativen des Festhaltens an der demonstrativen Nichtzusammenarbeit bzw. des punktuellen Nachgebens diskutiert wurden. Die oben gestellte Forderung, der Gewalt Widerstand anders als mit Streik entgegenzusetzen, konnte nicht mit Aktionen gefüllt werden und markiert deutlich die Grenze, die dem Repertoire der Widerstandsaktivisten gesetzt war.

Das Repertoire des zivilen Widerstands, das in der Zwischenzeit entwickelt worden ist, hat mit Aktionen des Zivilen Ungehorsams, also bewußten, begrenzten Regelverletzungen sowie mit grenzüberschreitenden Techniken der Kommunikation weitere Möglichkeiten geschaffen, um die inneren Widersprüche auf der Seite der Gewalthaber zu aktivieren und die Spielräume, besonders vor Ort, zu vergrößern. Voraussetzung dafür ist jedoch die Auseinandersetzung mit der Funktion, die der Repression, der Gewalt und der Leidensbereitschaft in Auseinandersetzungen zwischen gewaltsamen und gewaltlosen Konfliktechniken zukommen. Beim ersten spontanen Versuch mit gewaltlosem Widerstand konnten sich aufgrund der fehlenden Erfahrungen diese Fragen für die Verantwortlichen und die Aktivisten gar nicht stellen, zumal nicht vor dem Hintergrund der oben

---

105RS und 106.

837. Zweiter vorläufiger Bericht aus dem besetzten Gebiet v. 8.2., Reichsmin. a.D. Koch in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 238, Bl. 16.

beschriebenen Einstellungen zur Leidensbereitschaft und zur Kraft der Gewaltlosigkeit. An dieser Stelle werden die situations- und zeitbezogenen Begrenzungen des Widerstands im Ruhrkampf und die inzwischen erfolgte Weiterentwicklung des Handlungsrepertoires bei WiderstandsaktivistInnen an der Basis deutlich [839].

3.4.1.10. Die Debatte um die zeitliche Perspektive des Kampfes und die Chance zur Anpassung des Widerstands an die eigenen Kräfte

"Der passive Widerstand ist noch keine Politik, sondern nur die Grundlage für eine Politik." Mit diesen Worten schloß der ehemalige Reichsminister Koch seinen Bericht am 12. Februar über die Lage im altbesetzten Gebiet [840]. Mitte Februar wurde im Kabinett beraten, was weiter geschehen solle. Anfangs hatte man, wie es der Staatssekretär in der Reichskanzlei beschrieb, in dem Bewußtsein gehandelt, *"daß zunächst der Weg ins Freie nicht zu ersehen sei"* [841].

---

838. Ebd., Bl. 15.

839. S. außer den in der Einleitung erwähnten Fällen von gewaltfreiem Widerstand das Verzeichnis von 329 Aktionen zivilen Ungehorsams in 14 parlamentarischen, rechtsstaatlichen Demokratien, S. 18-30 in: ga. Nr. 73/74. 19. Jg. 3.u.4. Quart. 1987. Zur Entwicklung und Verbreiterung direkter gewaltfreier Aktionen s. Jochheim, Gernot, Die Gewaltfreie Aktion, a.a.O.; Gugel, Günther, Furtner, Horst, Gewaltfreie Aktion. Hrsg. vom Verein für Friedenspädagogik, Tübingen 1983. Beispiele für wichtige Vorbilder gewaltfreien Kampfes bei Goss-Mayr, Mensch, a.a.O., S. 105-148. Zur gezielten Unbrauchbarmachung von Kriegsgerät durch gewaltfreie Aktion s. Sternstein, Wolfgang, Schwerter zu Pflugscharen. Aktionsgruppe beschädigt Raketentransporter, S. 2-6 in: ga. Nr. 59/60. 16. Jg. 1.u.2. Quart. 1984. Vgl. ferner die Dokumentation über eine Widerstandskampagne bei Nick, Volker, Scheub, Volker, Then, Christof, Mutlangen 1983-1987: Die Stationierung der Pershing II und die Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung, Mutlangen/Tübingen 1993.

840. AdRk Cuno, Dok. Nr. 72, S. 243.

841. AdRk Cuno, S. 262 Anm. 4, die Ministerbesprechungen fanden anscheinend am 19. und 20.2. statt. Protokolle darüber fehlen, wohl aber sind die vorbereitenden Überlegungen aus der Reichskanzlei hierzu erhalten. Vgl. den Vermerk des Staatssekretärs Hamm über die politische Lage v. 18.2. in: AdRk

Nicht nur die Frage des möglichen Kriegszustandes, den Frankreich erklären könnte, stand im Raum, sondern auch die Tatsache, daß Frankreich in der jetzigen Auseinandersetzung den längeren Atem hatte. Dies war den Verantwortlichen in deutschen Regierungskreisen von Anfang an bekannt [842], so daß diese Erkenntnis sicherlich nicht erst im Sommer aufgekommen ist, wie es manchmal in der Literatur beschrieben wird [843]. Die Einschätzungen über die vermutliche Kampfdauer gingen in Deutschland auseinander. Mit einer kürzeren Frist rechneten eher Kreise in der Industrie, was soweit ging, daß andere Prognosen als 2-3 Wochen Kampfdauer als *"Flaumacherei"* bezichtigt wurden; mit einer eher längeren Zeit rechneten Gewerkschafter [844] und das Arbeitsministerium [845]. Die Kampfform der demonstrativen Nichtzusammenarbeit mit dem Hauptmittel des Streiks war bereits im Ansatz als sehr kostspielig und zeitlich begrenzt erkannt worden [846].

In der zweiten Februarhälfte wurden die Anfragen immer lauter, *"wie die Regierung aus dem Beharrungszustand in aktive Bewegung überzuleiten gedenke"* [847]. In der zweiten Märzhälfte glaubten Gewerkschafter, daß die Kräfte allmählich nachließen. Der Vorsitzende des ADGB informierte die Reichskanzlei über diese Wahrnehmungen. Einerseits, so stellte er fest, war

---

Cuno, Dok. Nr. 78 (Zitat S. 260), sowie die unklar datierte und nicht unterzeichnete Denkschrift, vermutlich ebenfalls von Staatssekretär Hamm im Februar in: ebd., S. 260f. Anm. 2.

842. Ebd., S. 260f. Anm. 2, unklar datierte und nicht unterzeichnete Denkschrift, vermutlich Staatssekretär Hamm im Februar.

843. Maxelon, Michael-Olaf, Stresemann und Frankreich 1914-1929. Deutsche Politik der Ost-West-Balance. Düsseldorf 1972, S. 134. (Im folgenden zitiert als: Maxelon, Stresemann, a.a.O.). Differenzierter Wulf, der den Widerstand sowohl als eine wohlkalkulierte Handlung wie auch als eine Trotzreaktion beschreibt in: Wulf, Peter, Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918-1924 (Kieler Historische Studien. Bd. 28). Stuttgart 1979, S. 355. (Im folgenden zitiert als: Wulf, Stinnes, a.a.O.).

844. Bericht über Dienstreise v. 23.-25.2. nach Gießen und Essen in: ZStA, RWiM, Nr. 710, Bl. 11.

845. Vgl. ZStA, RAM 3024, Bl. 3 u. 20, interner Schriftwechsel im Reichsarbeitsmin. v. 17.2. und 21.4.; ebd., Bl. 12, Schreiben Reichsarbeitsmin. an Reichsarbeitsgemeinschaft für Bergbau v. 15.2.

846. Vgl. BA, NL Jarres, "Beteiligung" 1926.

847. Vermerk des Staatssekretärs Hamm über die politische Lage, 18.2. in: AdRk

"(d)er passive Widerstand ... überall schon als ein Erfolg Deutschlands anerkannt." Andererseits wurden *"(d)ie Verhältnisse im Ruhrgebiet ... zusehends schwieriger"* durch jetzt noch vereinzelte Beschlagnahmungen von Lohn- und Arbeitslosengeldern, durch die allmählich sich steigernde Kohlenabfuhr und die Zunahme ausländischer Eisenbahner. *"Wir haben den Höhepunkt erreicht, wenn nicht vielleicht schon überschritten. Wir glauben, daß der Zeitpunkt für Verhandlungen jetzt gegeben ist, da es besser ist zu verhandeln, ehe die Kraft sichtbar abnimmt, als dann, wenn die Gegner das Erlahmen schon beobachten"*. Mit einer auswärtigen Intervention zugunsten des Reichs durfte mit Sicherheit nicht gerechnet werden. Deutschland sollte nun gegenüber der Reparationskommission Verhandlungen anbieten, was die belgische Regierung gerne aufgreifen würde. Diese Forderung nach Verhandlungen nahm der Gewerkschaftsvertreter nach einem Gespräch mit dem Staatssekretär in der Reichskanzlei für den jetzigen Zeitpunkt erst einmal wieder zurück [848]. Die Gründe dafür werden aus der Debatte über die Taktik des Widerstands und die diplomatische Perspektive ersichtlich, die Ende März/ Anfang April zwischen den Vertretern der besetzten Gebiete und den Berliner Zentralstellen geführt wurde.

Ende März kamen mehrere Entwicklungen zusammen, die eine Generaldebatte unter den Verantwortlichen über den bisherigen Stand des Widerstands entfachten. Es hatte sich einerseits inzwischen herausgestellt, daß die Konzeption der demonstrativen Nichtzusammenarbeit nicht in allen Teilen des besetzten Gebietes in gleicher Weise umgesetzt worden war. Das taktische Vorgehen im besetzten Gebiet war andererseits eng verknüpft mit der zeitlichen Perspektive des Widerstands insgesamt, die in der Verantwortung der Regierung lag. Es bestand die Möglichkeit, in dieser Debatte die außenpolitische Taktik mit der Widerstandstaktik abzugleichen und darüberhinaus, die Taktik im besetzten Gebiet an die regionalen Gegebenheiten anzupassen.

Für eine flexible Handhabung der Abwehrtaktik hatte schon der ehemalige Minister Koch nach seinem Besuch im altbesetzten Rheinland Anfang Februar plädiert: *"Man muß die Abwehr vielmehr elastisch treiben und sich da zur Wehr setzen, wo der Gegner schwache Stellen hat. Das Verantwortlichkeitsgefühl des Einzelnen ist die Hauptsache. Durch befohlene und vereinbarte Bestimmungen wird ein Zustand geschaffen, der*

Cuno, Dok. Nr. 78, s. bes. S. 260.

848. Vermerk des Staatssekretärs Hamm über ein Gespräch mit Leipart v. 28.3. in:

Frankreich bessere Möglichkeiten gibt, auf Grund oder neben diesen Bestimmungen eigene Organisationen oder Maßnahmen vorzunehmen und auszubauen, als wenn der Widerstand aus eigener Initiative der Beamten und Arbeiter bald hier, bald dort ausbricht" [849]. Die demonstrative Nichtzusammenarbeit aber, die bezeichnenderweise als "starre" Abwehr bezeichnet wurde, bedeutete für die Wirtschaftskreise des besetzten Gebiets, daß *"jedes Inverbindungtreten mit den feindlichen Behörden, das eine Anerkennung der feindlichen Organisationen darstelle, unbedingt verboten und unzulässig"* war [850]. Konsequent angewandt, so war es befürchtet worden, und so wurde es nun immer stärker erkennbar, führte der starre Widerstand zur Selbstblockade der regionalen Wirtschaftskräfte und zur Abhängigkeit von der zugesicherten staatlichen Entschädigung bzw. Versorgung mit dem lebensnotwendigen Bedarf [851].

Die "weiche" oder "elastische" Abwehr entwickelte sich in denjenigen besetzten Gebieten, deren zivile Infrastruktur nicht so komplex war wie im Ruhrgebiet. Sie wurde in der Pfalz offensichtlich von Anfang an praktiziert [852], in Baden später übernommen [853] und auch von Hessen unterstützt [854]. Ihr Kernpunkt war, daß *"in jedem Einzelfalle zu prüfen sei, ob der Deutschland erwachsende Schaden nicht erheblich größer sei als der Gewinn der Franzosen."* Diese Haltung ging von der Aufrechterhaltung der Widerstandsfähigkeit, basierend auf der Durchhaltekraft, aus. Die

---

AdRk Cuno, Dok. Nr. 110, S. 348f. (Zitate S. 348).

849. Vorläufiger Bericht aus dem besetzten Gebiet v. 5.2., Reichsmin. a.D. Koch in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 238, Bl. 14.

850. Vermerk in der Reichskanzlei, Zentralstelle Rhein-Ruhr, v. 14.4. in: ZStA, RmfdbG 53424/3, Bl. 37.

851. Bericht v. Hatzfeldt über die besetzten rheinischen Gebiete v. 15.3. in: BA, R 43 I/187, Bl. 105-107. Vgl. ebenfalls die Anfrage von Bergarbeitern, ob sie im Falle der Ausweisung wie die Beamten versorgt würden in: "Mitteilung aus Dortmund" v. 4.8. und Antwortentwurf in: ZStA, RmfdbG 53433/54, Bl. 303. Es scheint, daß für dieses Problem der passive Widerstand, der sich ja eines breiten, spontan verfügbaren Verhaltensrepertoires bediente, wirklich keine Antwort wußte, jedenfalls ist in den Quellen nirgendwo hierzu ein Anhaltspunkt aufgetaucht.

852. Vgl. den Brief des Industriellen Raschig, Ludwigshafen, an den Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hamm, v. 9.5. in: ZStA, RmfdbG 53424/6, Bl. 364.

853. Vgl. Aktenvermerk Reichskohlenkommissar v. 20.3. in: ZStA, RmfdbG 53424/1, Bl. 184.

854. Vgl. den Brief des Industriellen Raschig, Ludwigshafen, an den Staatssekretär

"Vorbedingung für den Widerstand der Bevölkerung sei die körperliche Widerstandskraft". Wenn lebenswichtige Betriebe aus Brennstoffmangel schließen müßten und im Ergebnis die Verbraucher ohne warme Mahlzeiten und Beleuchtung auskommen müßten, so würde dies die Widerstandskraft untergraben [855]. *"(A)uf dem Wege klugen Nachgebens in unwesentlichen Dingen"* waren beispielsweise Transportmöglichkeiten mit der Bahn erheblich länger aufrechterhalten worden [856]. Diese Flexibilität erschien manchen Zeitgenossen als über das tolerierbare Maß hinausgehend. Der Historiker Wentzcke, der eine der beiden wesentlichen Monographien über den Ruhrkampf schrieb, bewertete diese Taktik als beginnenden *"Abfall"* in den süddeutschen Abschnitten des Kampfgebietes [857].

Der flexiblen Kampfesweise stellten sich vor allem die Berliner Organisatoren sowie die Wirtschaftsvertreter vom Niederrhein und der Ruhr entgegen. Sie setzten eine striktere Handhabung des Widerstands durch [858]. Es war grundsätzlich nicht leicht, die beiden widerstrebenden Prinzipien dieses Widerstandes miteinander zu versöhnen, beide hatten Vorteile wie Nachteile, und es hatte den Anschein, als ob beide eher nicht parallel anwendbar seien. Die strikte Verweigerung hatte den Vorteil der Eindeutigkeit [859]. Auf die Spitze getrieben, führte diese Taktik aber in die Paralyse. Beispielhaft dokumentiert dieses Dilemma die Auseinandersetzung über die Bestreikung oder Wiederingangsetzung der Rheinschiffahrt. Hierbei wurde von der Gewerkschaftsseite die völlige Stilllegung der Rheinschiffahrts- und Umschlagsbetriebe gefordert. Andernfalls würde der *"Neid der stillgelegten gegen diejenigen, welche noch den Rest ihres Betriebes aufrecht erhalten können, immer zu Zweifelsfragen und Quertreibereien"* führen. Wenn und solange die starre Abwehr durchgeführt werde, *"so müsse eben einfach alles stillgelegt werden"* [860]. Im Reichsverkehrsministerium bemühte man sich, den Gewerkschaftsführer

---

in der Reichskanzlei, Hamm, v. 9.5. in: ZStA, RmfdbG 53424/6, Bl. 364.

855. Schreiben Syrup an Reichsarbeitsmin. v. 17.3. in: ZStA, RmfdbG 53424/2, Bl. 66.

856. Vgl. den Brief des Industriellen Raschig, Ludwigshafen, an den Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hamm, v. 9.5. in: ZStA, RmfdbG 53424/6, Bl. 364.

857. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. II, a.a.O., S. 137.

858. Vgl. den Brief des Industriellen Raschig, Ludwigshafen, an den Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hamm, v. 9.5. in: ZStA, RmfdbG 53424/6, Bl. 365.

859. Vgl. den Vermerk in der Reichskanzlei, Zentralstelle Rhein-Ruhr, v. 14.4. in: ZStA, RmfdbG 53424/3, Bl. 37.

von seinem Plan abzubringen, *"die letzten Reste der deutschen und ausländischen Rheinschiffahrt durch völlige Bestreikung sämtlicher Umschlagbetriebe stillzulegen."* [861]

Ebenso trieb die Elastizität merkwürdige Blüten, wenn diese Taktik auf die Spitze getrieben wurde. Beispielsweise wurde die Einholung des Erlaubnisscheins zum Warentransport bei der Besatzung (!) von einheimischen Geschäftsleuten damit begründet, *"damit der Regierung unnötige Beschlagnahmekosten erspart bleiben."* [862] Damit war der Sinn des staatlichen Entschädigungsversprechens verloren, der Widersinn auf die Spitze getrieben. Denn jetzt "schonte" die Kollaboration die Kasse des Reichs!

In der Debatte, die im März geführt wurde, ging es aber auch um die Abstimmung der Taktik mit der zeitlich-diplomatischen Perspektive. *"Alle beteiligten Regierungen der süddeutschen Länder (Bayern, Baden, Hessen), Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften hielten übereinstimmend die Taktik (der starren Abwehr auf wirtschaftlichem Gebiet.B.M.) dann für völlig verfehlt, wenn nicht die Reichsregierung sicheren Anlaß zu der Annahme habe, dass die Ruhraktion in kurzer Frist ihr Ende erreichen würde."* Sei dies nicht der Fall, so forderten sie den Übergang zur flexiblen Abwehr [863].

In mehreren Besprechungen prallten die Gegensätze Ende März aufeinander [864]. Für ein Festhalten an der starren Abwehr sprach, daß das Nachgeben ein Signal der Schwäche und Aufforderung, mehr zu verlangen, sei [865]. Die Befürworter der elastischen Abwehr wiesen auf das Mißverhältnis

---

860. Sitzung Reichswirtschaftsmin. über klare Richtlinien für die Ruhrabwehr in der Rheinschiffahrt v. 30.4. in: ZStA, RmfdbG 53424/5, Bl. 192.

861. Besprechung über das teilweise Ingangsetzen der Rheinschiffahrt im Reichsverkehrsmin. v. 3.5. in: ZStA, RmfdbG 53424/5, Bl. 107.

862. Vgl. das Schreiben der Regierung Düsseldorf an die Vereinigung von Arbeitgeberverbänden im Handelskammerbezirk Bochum in: HStD, RD 17073, 29.5.

863. Schreiben Syrup an Reichsarbeitsmin. v. 17.3. in: ZStA, RmfdbG 53424/2, Bl. 66.

864. Besprechung am 28.3. mit Sachverständigen und Wirtschaftern aus dem Rhein- und Ruhrgebiet und Kabinettsitzung v. 29.3. in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 112, S. 352f. und S. 353 Anm. 2.

zwischen der geforderten Zusammenarbeit (z.B. sollten Schiffspapiere zur Abstempelung bei den Besatzungsbehörden vorgelegt werden) und den schädlichen Auswirkungen der Verweigerung (Schließung der Werke im Süden binnen kurzem und Arbeitslosigkeit) [866]. Bis auf den Leiter der Zentralstelle Rhein-Ruhr, Schmid, und den Reichfinanzminister befürworteten in der Kabinettsitzung alle eine größere Beweglichkeit, kamen jedoch zu keinem eindeutigen Ergebnis. Ein Mittelweg ließ sich nicht finden, weil alle Varianten wieder zu dem Punkt zurückführten, daß es im Grunde keine Auflockerung ohne Verstoß gegen die Grundzüge des Widerstands gab [867]. Hier war die zeitliche Perspektive von zentraler Bedeutung für die Wahl der Taktik: *"Wenn man mit langer Dauer rechnet, kann eine gewisse Auflockerung richtig sein. Wenn man aber die Dinge antreiben soll, ist der starre Widerstand richtig"* [868]. Die entscheidende Frage richtete sich an den Außenminister, der sich in der Kabinettssitzung offenbar nicht an der Diskussion beteiligte. Sein Kollege zitierte ihn, *"im April werde man sehen, ob man noch in diesem Monat zu Verhandlungen komme oder sich auf weitere lange Monate einrichten müsse. Eben deshalb aber soll jetzt die starre Taktik festgehalten und dann allenfalls erklärt werden, nun, da es noch Monate dauert, werden wir uns an Formalien nicht stoßen"* [869].

---

865. So in der Kabinettsitzung v. 29.3. der Staatssekretär Hamm mit Bezug auf den Reichskanzler, der, erkrankt, nicht an der Sitzung teilnehmen konnte. Grundsätzlich für die starre Abwehr, aber ohne genaue Kenntnis der Vorgänge im Ruhrgebiet auch Kempner, Ministerialrat in der Reichskanzlei in: AdRk Cuno, S. 355 und S. 350 Anm. 4.

866. Ausführungen des Reichswirtschaftsmin. Bei der Besprechung mit den Wirtschaftern am 28.3. waren die Pfalz, Baden und Hessen sowie einzelne aus Duisburg für die weichere, die ganze Ruhr und der Mittelrhein - die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer - für die harte Haltung in: AdRk Cuno, S. 353.

867. Danach suchte vor allem der Reichsarbeitsminister Brauns, der für die harte Haltung bei den grundsätzlichen Fragen wie Geld, Koks und Kohle für die Besatzung votierte. Ausnahmen wollte er nur für kurze Zeit und ohne ein System daraus zu machen, zulassen, die Entscheidung darüber außerdem mehr ins besetzte Gebiet verlegen in: AdRk Cuno, S. 353.

868. Bürgermeister Schmid in der Kabinettssitzung v. 29.3. in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 112, S. 354.

869. Laut Protokoll keine Äußerung des anwesenden Reichsaußenministers. Reichswirtschaftsminister Becker über Außenminister von Rosenberg in der

Diese Überlegungen waren nur scheinbar eindeutig, denn eine weitere Abstimmung zwischen Widerstand und Diplomatie hat es nie gegeben. Die diplomatische Perspektive, die im folgenden genauer aufgeschlüsselt wird, spielte für den Widerstand und die Abstimmung der Kräfte auf den Zeitfaktor eine, wie gesehen zentrale, aber in der zeitlichen Unbestimmtheit, in der sie verblieb, verheerende Rolle. Dabei lagen die Möglichkeiten auf dem Tisch, wie eine diplomatische und eine widerstandstaktische Abstimmung aussehen konnte. Einerseits konnte der Widerstand wie bisher, das heißt für manche Gebiete, noch strenger, weitergeführt werden, aber, und auch das war jetzt offensichtlich geworden, zu hohen Kosten. Damit konnte man die Dinge antreiben. Andererseits, wenn man sich noch auf Monate würde einrichten müssen, könnte eine nachgiebigere Taktik besser sein, da sie die Ressourcen mehr schonen würde. Die Schlüsselfigur, der Außenminister, blieb unbestimmt. Angesichts der völligen Ungewißheit über den Ausgang der Sondierungen seines Ressorts zu jenem Zeitpunkt hätte spätestens jetzt die Entscheidung für eine Schonung der Ressourcen fallen müssen.

3.4.1.11. Zusammenfassung: Bedingungen und Entwicklungen der Abwehr im besetzten Gebiet

In den Monaten von Februar bis Ende April stand der Widerstand auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit. Noch waren die Besatzungsmächte nicht in der Lage, mit ihren vorhandenen Kräften das Wirtschaftsleben durch die Verkehrsunterbrechungen und die Zolllinie nachhaltig zu desorganisieren. Noch konnten sie aus eigenen Kräften keinen deutlichen materiellen Nutzen aus dem besetzten Gebiet erwirtschaften und noch hatten ihre Gewalttätigkeiten weder den Gehorsam der Bevölkerung unter ihre Herrschaft erzwungen bzw. den Widerstandsgeist erlahmen lassen. Der Widerstand profitierte in dieser Phase von der Komplexität der zivilen Infrastruktur, die die Zahl und Intensität der Eingriffe der Besatzungsmächte noch verkraften ließ. Das Widerstandsverhalten hatte sich eingespielt, wurde weitgehend in die Tat umgesetzt und flexibel gehandhabt.

Kabinettssitzung v. 29.3. in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 112, S. 355 und S. 349.

Doch die Besatzungsmächte schufen sich die Voraussetzungen, in allen diesen Gebieten im Laufe der Zeit Fortschritte zu machen, und es wurden zwei zentrale Gelegenheiten vergeben, die Ausbeutung des Gebietes nachhaltig zu verringern. Eine Sperrung der Kölner Bahnen hätte die Transportkapazitäten der Besatzungsmächte entscheidend geschwächt. Sie wurde trotz des heftigen Protestes aus dem besetzten Gebiet aufgrund des Drängens des Außenministeriums nicht durchgeführt. Die andere Möglichkeit bestand darin, die Bestände an Kohlen und Koks wegzuschaffen, damit sie gar nicht in die Hände der Besatzer fallen konnten. Diese Option scheiterte an der fehlenden Koordinierung der divergierenden Interessen der Beteiligten und blieb in den bürokratischen Entscheidungsgängen so lange unerledigt, bis die Chance zur Umsetzung vertan war.

Bereits in dieser ersten Phase wurde außerdem deutlich, daß die Umsetzung des propagierten Widerstandes sich von der Sanktionsbereitschaft der Besatzungsmächte beeindrucken ließ. Bei der Energieversorgung militarisierter Bahnanlagen schreckte man aufgrund von Drohungen und exemplarischer Bestrafung Einzelner vor der Nichtzusammenarbeit zurück. Der Umgang der Beamtenschaft mit Sanktionen wurde außerordentlich inkonsequent gehandhabt. Ausgewiesene Beamte brauchten nicht an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, die Ausweisung wurde damit de facto anerkannt. Beamte, die vor Kriegsgerichtsverfahren standen, sollten aber Ladungen dorthin nicht folgen, mußten ihre Haftstrafen teilweise in Gefängnissen der Besatzung absitzen und ihre eventuellen Geldstrafen auch noch aus der eigenen Tasche bezahlen, damit nur nicht der Eindruck entstand, die Anordnungen der Besatzungsmächte könnten anerkannt werden. Diese inneren Probleme des Widerstands kamen in diesen ersten Monaten allerdings noch nicht zum Tragen.

Der Widerstand entwickelte sich trotz der einheitlichen Parole der Reichsregierung in den einzelnen Regionen in dieser Zeit unterschiedlich. Dies erzeugte eine Spannung zwischen den verschiedenen Regionen, da die Prinzipien der Widerstandstaktiken schwer zu harmonisieren waren. Der Zielkonflikt zwischen "Ablehnung demonstrieren" und "Infrastruktur erhalten" war bis dato de facto zugunsten der Infrastruktur aufgelöst, die in den verschiedenen Regionen ganz unterschiedlich robust war. Die Folge der Debatte war, daß der starre Widerstand als Konzept favorisiert, konkrete

Anordnungen in einzelnen Bereichen bereits aber wieder vorsichtig zurückgenommen wurden. Daneben wurden intensivst Taktiken des Umgehens und Ausweichens entwickelt.

Als gemeinsames Problem wurde in dieser Phase die zeitliche Dimension des Widerstandes gesehen und versucht, Taktik und diplomatische Perspektive auf einen Nenner zu bringen. Der Versuch der Abstimmung scheiterte, aus Gründen, die in der diplomatischen Perspektive der Reichsregierung und nicht beim Widerstand lagen.

3.4.2. Die Entwicklung und Koordinierung der materiellen Absicherung. Die Funktion des Widerstands in der Konfliktstrategie der Regierung

3.4.2.1. Währungsstabilisierung, Preisentwicklung und Lohngefüge

Die erfolgreiche Währungsstabilisierung dauerte zwei Monate und hielt den Dollarkurs zwischen 19.000 und 22.000 Mark [870]. Die Bank von England, die Zentralbanken der Schweiz und der Niederlande unterstützten diese Transaktionen, indem sie der Reichsbank Geld gegen Sicherheiten liehen. Auf dieselbe Weise hatte die Bank von England im Ersten Weltkrieg Frankreich die Finanzierung des Krieges gegen Deutschland ermöglicht [871]. Die Währungsstabilisierung war einer der wichtigsten Fixpunkte der Ruhrkampffinanzierung. Sie begrenzte für eine Weile den inflationären Trend und ließ erkennbar werden, daß finanzielle Ressourcen für den Widerstand zu mobilisieren waren. Mit einem gewissen Recht konnte deshalb von einer Abstimmung zwischen den finanziellen Kräften und den Belastungen gesprochen werden.

Eine Bedrohung für die Währungsstabilisierung entstand daraus, daß die weitere Finanzierung des Widerstands über die Notenpresse bewerkstelligt werden mußte und damit die Inflation weiter anheizte. Dieses Faktum macht einen von mehreren Schwachpunkten deutlich, die mit der notwendigen und kontinuierlichen Bereitstellung von

870. Vgl. AdRk Cuno, S. 207 Anm. 6

871. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 109.

Ressourcen für den Widerstand verbunden waren, denn trotz großer Bemühungen ließen sich auf Dauer die finanziellen Ressourcen nicht vergrößern.

Das Parlament konnte sich nicht dazu durchringen, den Ruhrkampf, obschon er ja *"für die Allgemeinheit"* geführt wurde, mit Extrasteuern zu finanzieren. Nur bei der SPD, der KPD und einzelnen Abgeordneten des Zentrums bestand überhaupt eine grundsätzliche Bereitschaft zu Steuererhöhungen [872]. Für die Regierung blieb der leichteste Weg zur Finanzierung übrig, und das war die Finanzierung aus dem Haushalt. Die Ruhrkampfausgaben wurden im 12. Nachtragshaushalt für das Jahr 1922 unter "Ausführung des Friedensvertrages" [873] und im Nachtrag zum Reichshaushalt 1923 untergebracht [874]. In die Ausgabenkontrolle des Ruhrkampfs schalteten sich Parlamentarier erst Ende April ein [875]. Freiwillige Sammlungen verliefen über kurz oder lang im Sande [876].

Der inhaltliche Widerspruch zwischen der Finanzierung des Widerstands über Kredite und der Notwendigkeit der Stabilisierung der Währung für das Durchhalten war den Verantwortlichen bekannt [877], nicht nur in der Regierung, sondern auch den beteiligten gesellschaftlichen Kräften. Zwar rechneten manche, vor allem in Wirtschaftskreisen, mit nur einer kurzen Kampfdauer von wenigen Wochen. Aber ebenso wurde, vor allem aus

---

872. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1085, Bl. 77 (Zitat), "Der Kampf würde für die Allgemeinheit geführt und die Kosten müssen von dieser getragen werden", Dr. Sitzler, Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium, in Besprechung mit Gewerkschaften und Arbeitgebervertretern v. 25.1. Zur Personalie vgl. AdRk Cuno, S. 781. Zur Steuerpolitik während des Ruhrkampfes s. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 174-180.

873. ZStA, RWiM, Nr. 708, Bl. 343-351, Ausschuß für Reichshaushalt, 254. Sitzung, Reichshaushaltsplan 1923.

874. ZStA, Präsi, Nr. 241, Bl. 261, 3. Nachtrag zum Reichshaushalt 1923. RGBl. II. Nr. 38 v. 9.10.1923.

875. Entschließung Müller, Marx, Stresemann, Koch v. 25.4. in: ZStA, RWiM, Nr. 708, Bl. 381.

876. Vgl. zur Entwicklung und zum Scheitern der Ruhrhilfe Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 137-153.

877. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 108. Zu der Sitzung des Reichsbank-Kuratoriums v. 21.3., bei der es um den Zusammenhang der Stützungsaktion mit einer Kreditrestriktion geht und zur politisch begründeten Ausnahme im besetzten Gebiet,

gewerkschaftlichen Kreisen, betont, daß die eigenen Kräfte geschont werden müßten [878]. Die breite Anlage des Widerstands und die leicht sanktionierbaren Kampfformen von Streik und Arbeitsverweigerung wurden kritisiert, weil sie auf lange Sicht nicht durchzuhalten waren [879]. Diese Einsicht verursachte die Diskussion über die Taktik des Widerstandes, die Ende März geführt, aber zu keinem Abschluß gebracht wurde. Wäre zu diesem Zeitpunkt klar gewesen, daß die zeitliche Perspektive des Kampfes nicht absehbar war, hätte dies mit großer Wahrscheinlichkeit bereits jetzt zur Zurücknahme von Widerstandsanordnungen und damit zur wesentlichen Begrenzung der Kosten des Widerstands geführt.

Inwiefern die Ruhrkampffinanzierung, deren Organisation und Grundzüge weiter unten dargestellt werden, an der endgültigen Ruinierung der Währung im Jahre 1923 beteiligt war, kann zahlenmäßig nicht festgestellt werden. Ein bedeutsamer Einzelfaktor für die Beschleunigung der Inflation im Jahre 1923 sind, dem Wirtschaftshistoriker Holtfrerich zufolge, die Produktionsstörungen [880] gewesen, die die Schere zwischen Waren- und Geldangebot weiter öffneten. Dies war zu einem nicht unwesentlichen Teil eine Folge der erfolgreichen Abriegelung des Ruhrgebiets. Weitere Belastungen entstanden für die Währung durch die Devisengeschäfte der Industrie [881]. Für die Monate ab März wurde prognostiziert, daß die Vorratswirtschaft für die Sicherstellung der Ernährung durch Lebensmittelimporte ebenfalls Goldvorräte verschlingen würde [882]. Der Zusammenbruch der Währungsstabilisierung, der im April eintrat, konnte angesichts dieser Entwicklungen niemanden überraschen. Es waren eher die Plötzlichkeit und die nie aufgedeckten Hintergründe, die zu Spekulationen Anlaß gaben und Risse in der "finanziellen" Abwehrfront deutlich werden ließen.

In der 12. Woche der Stützungsaktion, am 18.4., brach die Reichsbank angesichts eines *"unerhörten Ansturms"* ihre Markkäufe ab. Ansonsten hätte sie von dem verbliebenen Goldschatz von 700 bis 800 Mio. Goldmark 70

---

das weiterhin leicht Kredite erhält, vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 101.

878. Steeger, Vertreter des DGB in Besprechung im Reichsarbeitsmin. v. 25.1. in: ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1085, Bl. 77.

879. Vgl. BA, NL Jarres, "Beteiligung" 1926.

880. Holtfrerich, Inflation, a.a.O., S. 191.

881. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 112 Anm. 80.

882. AdRk Cuno, S. 262 Anm. 3, Stellungnahme des Reichsernährungsmin. zur

Millionen davon an einem Tag opfern müssen [883]. Nach einhelliger Auffassung in Bankkreisen war dieser plötzliche Fall der Mark eine noch nicht dagewesene Entwicklung. Der Markverfall folgte kurz auf eine Rede des Außenministers im Reichstag am 16.4.23, in der er den Abzug der Besatzungstruppen zur Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen gemacht hatte.

Die entscheidenden Ursachen des Marksturzes blieben im Dunkeln. Einerseits wurde Frankreich hinter dem Markverfall vermutet. Andererseits wurde der Ruhrindustrielle Hugo Stinnes verdächtigt, Devisen in solchen Mengen gekauft zu haben, daß dieser Einbruch erfolgte. Tatsächlich hatte die Fa. Stinnes im Auftrag des Reichsverkehrsministeriums für die Reichsbahn Devisen beschafft, ohne daß das Verkehrsministerium hierüber die Devisenbeschaffungsstelle informiert hatte [884]. Die Vorwürfe an industrielle Devisenkäufe aufgreifend, forderten der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung Bochum eine Untersuchung hierüber angesichts der verheerenden Folgen für die Lebenshaltung. Wie ein *"Stück Landesverrat"* mußte der Währungseinbruch Arbeitern, Beamten und Angehörigen freier Berufe vorkommen. *"Die Arbeiterschaft hat erklären lassen, daß sie nicht mehr bereit sei, unter diesen Umständen mitzutun, es sei denn, daß ohne Ansehen von Person und Partei die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen würden"* [885]. Das Wort vom "Dolchstoß" machte wieder die Runde. Der Staatssekretär in der Reichskanzlei bat den Reichswirtschaftsminister, die *"namhaftesten Häupter der Industrie"* doch noch zu einer Klarstellung zu bewegen. Stinnes, der vor dem RdI Devisenkäufe in dem kritischen Zeitraum bestritt, lehnte eine öffentliche Erklärung dazu ab [886]. Es folgten Anfragen von Abgeordneten und ein offizieller Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses [887].

Lebensmittelversorgung auf lange Sicht v. 20.2.

883. Reichsbankpräsident am 19.4. in Ministerbesprechung in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 128, S. 400.

884. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 111f. Auch Cuno sah Frankreich als maßgebende Kraft, in Besprechung mit Ministerpräsidenten der Länder am 1. u. 2. Mai in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 146, S. 453.

885. Stadt Bochum an den Reichskanzler, 30.4. in: AdRk Cuno, S. 459 Anm. 2.

886. Staatssekretär Hamm an Reichswirtschaftsmin., 3.5. in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 149 und S. 461 Anm. 6 (Zitate S. 460 und 461).

887. Ebd., S. 460 Anm. 3 u. 4.

Die Aufregung über das erneute Abrutschen des Markkurses hatte wichtige Gründe. Die Stabilisierung des Außenwertes der Mark war eng verbunden mit den Hoffnungen darauf, die bis dahin kaum gebremste Inflation bei den Lebenshaltungskosten überhaupt noch in den Griff zu bekommen, und hier hatten die Verbraucher bereits, allerdings unfreiwillig, Vorleistungen durch den Verzicht auf einen Inflationsausgleich bei den Einkommen erbracht. Am Anfang des Widerstands waren die Löhne und Unterstützungssätze auf breiter Front angehoben worden [888]. Eine gleitende Lohnskala, die die Lohnentwicklung automatisch an die Inflationsrate anpaßte, wurde aber nicht eingeführt [889]. Mit dem Beginn des Stabilisierungsversuches wurden die Löhne und Gehälter praktisch eingefroren. Im Unterschied zur Privatwirtschaft blieben beispielsweise die Löhne für Staatsbedienstete von Februar bis Mai fest bis auf die Einführung eines 13. Monatsgehalts (ca. 25%ige Steigerung) [890].

Während die Markstützung den Außenwert der Währung erfolgreich stabilisierte, konnte sie den weiteren Preisanstieg zumindest im besetzten Gebiet nicht verhindern, bestenfalls abschwächen [891]. Auch Verordnungen gegen "Wucher" vermochten die Preise nicht zu senken. Unter der sich öffnenden Schere zwischen Preisen und Löhnen und Gehältern litt die Widerstandskraft [892]. Gleichbleibende oder sinkende Preise waren aber eine Voraussetzung jeder Lohnfestigung [893]. *"Gern auch ist die Beamtenschaft bereit, weiterhin unter grössten Einschränkungen auszuharren"*, schrieb der Verband der Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten der besetzten Rheingebiete und Provinzialverband Rheinland des Deutschen Beamtenbundes an den Reichsfinanzminister: *"In grossen inhaltsschweren*

888. Vgl. ZStA, RWiM, Nr. 708, Bl. 8-10, Vermerk über den Aufbau der Hilfsorganisation für das besetzte Gebiet. Löwe, 10.2. Vergl. die Gehaltsvorauszahlungen an Beamte und die sonstigen Erhöhungen von finanziellen Leistungen in der Aufstellung in: ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1099, Bl. 41-44RS, Maßnahmen, Stand v. 20.2., Bl. 39.

889. Vorschlag Hilferding v. 17.1. in: AdRk Cuno, S. 206 Anm. 3.

890. Vgl. Besprechung im Reichsarbeitsmin. v. 2.5. in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 147.

891. Reichswirtschaftsmin. Becker in der Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder am 1. u. 2. Mai in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 146, S. 452.

892. DGB-Ortsverband Dortmund an Oberpräsident Gronowski v. 22.3. in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007, 22.3., Dortmund.

893. Reichsarbeitsmin. an Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hamm, am 1.5. in:

Reden ist uns von allen Seiten Verständnis und Hilfe versprochen worden. Was aber tut die Reichsregierung? Sie lässt die Beamtenschaft buchstäblich hungern." Der Verband forderte, *"dass die Gehälter der unteren und mittleren Gruppen zum mindesten der Teuerung im besetzten Gebiet angepaßt werden."* [894] Da grundlegende Nahrungsmittel nicht beschafft und deren Verteuerung nicht verhindert werden konnte, verloren die tatsächlich geleisteten Unterstützungen und die Aufrufe an die Hilfsbereitschaft dramatisch an Wert. Gewerkschafter aus Dortmund beklagten die Verschlechterung der Stimmung im März: *"Die Bevölkerung ist sehr erbittert über das Gebahren der Landwirtschaft. Von Spenden für die Ruhrhilfe will sie nichts mehr wissen. In allen Versammlungen hören wir nur das eine Wort, auf der einen Seite schenken sie uns ein paar Brocken, und auf der anderen Seite holen sie es bei den Aermsten der Armen durch die hohen Preise wieder heraus."* [895] In Essen erzwang bereits im März eine organisierte Erwerbslosenbewegung Verhandlungen mit der Stadtverwaltung und -vertretung. Darin mußte die Verwaltung anerkennen, daß inzwischen *"besondere Notfälle"* eingetreten waren, in denen die Stadt helfen wollte. Es stellte sich ferner heraus, daß *"weite Kreise der erwerbstätigen Bevölkerung zurzeit geringere Einkünfte als die Erwerbslosen haben."* [896] Die Konsequenzen des neuerlichen Inflationsschubs deuteten sich in der zweiten Aprilhälfte mit der Zurückhaltung von Waren und der sicheren Prognose neuer Lohnforderungen an [897]. Mit dem Zusammenbruch der Stützungsaktion begannen Anfang Mai wieder Verhandlungen über die Lohnpolitik [898].

Aus diesem Zusammenhang wird deutlich, welche Relevanz die Bemühungen um die Währungsstabilisierung und die Beschaffung

---

AdRk Cuno, S. 456 Anm. 3.

894. Schreiben des Verbandes der Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten der besetzten Rheingebiete und Provinzialverband Rheinland des Deutschen Beamtenbundes an den Reichsfinanzmin. v. 20.3., Abschrift Brief Ortskartell Neuwied v. 13.3. in: ZStA, RmfdbG 53424/1, Bl. 265f.

895. DGB-Ortsverband Dortmund an Oberpräsident Gronowski v. 22.3. in: StaMs, OpräMü, Nr. 5007, 22.3., Dortmund.

896. Bericht Oberbürgermeister Essen über die Bewegung der Erwerbslosen v. 28.3. in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 241, Bl. 51f.

897. Reichsarbeitsmin. Brauns in der Ministerbesprechung am 19.4. in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 128, S. 401.

898. Vgl. Besprechung im Reichsarbeitsmin. v. 2.5. in: AdRk Cuno, Dok. Nr.

zusätzlicher Ressourcen für den Widerstand hatte. Reichsbank und Reichsregierung versuchten auf verschiedenen Wegen bis in den Mai hinein weiterhin, den ungebremsten Fall der Währung zu verhindern. Die ursprüngliche Hoffnung, die Mark nach dem Zusammenbruch am 18.4. wieder bei einem niedrigeren Kurs auffangen zu können [899], erfüllte sich nicht. Darüberhinaus zerbrach Ende April eine weitere Hoffnung, aus eigener Kraft die Währung zu stabilisieren. Mit einem außergewöhnlichen Vorstoß, der ersten Anleihe in einer ausländischen Währung überhaupt, hatte sich die Regierung die Devisenbestände der Wirtschaft nutzbar machen wollen. Am 22.2. bereits brachte der Reichsfinanzminister den Entwurf eines entsprechenden Gesetzes ein, das nach kurzer Beratung und mit wenigen Veränderungen am 2.3.23 in Kraft trat [900]. Das große Interesse bei Banken und privaten Anlegern machte Hoffnung. Doch die Goldanleihe wurde ein *"kläglicher Mißerfolg"*, wie der Reichsbankpräsident nach dem Ende der Aktion feststellte. Vorsichtige Schätzungen hatten damit gerechnet, daß wenigstens die Hälfte der 50 Mio. Dollarschatzanweisungen gezeichnet würden, doch schließlich war es nur ein Viertel [901]. Neben der kurzen Zeichnungszeit und anderen Mängeln im Detail wurden Drohungen aus Frankreich für die mangelnde Beteiligung verantwortlich gemacht [902]. Doch das war anscheinend nicht der springende Punkt. *"Versagt haben wohl ziemlich alle Kreise der Wirtschaft, am besten habe noch die Großindustrie gezeichnet. Versagt habe besonders der Großhandel"*, kritisierte der Reichsbankpräsident. Die Großindustrie hatte 2,25 Mio. Dollar zugesagt [903], die Banken wollten 50% der Anleihe verkaufen, brachten aber nur 25% unter. Darüberhinaus gab es prinzipielle Gegner der

---

147, S. 456.

899. Reichsbankpräsident am 19.4. in Ministerbesprechung in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 128, S. 400.

900. Vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 83. "Vermerk zur Dollarschatzanleihe", 25.2. sowie ebd., S. 276 Anm. 2.

901. Vermerk Kempners v. 15.3. und Äußerung des Reichsbankpräsidenten in: AdRk Cuno, S. 400 Anm. 2. Vgl. ferner die Äußerung der Reichsbankpräsidenten in der Ministerbesprechung am 19.4. in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 128, S. 399f. (Zitat).

902. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 110; AdRk Cuno, S. 400 Anm. 3. Das Garantiekomitee der Reparationskommission kündigt Ende März an, nicht auf die Priorität aller Einkünfte der Reichsbank verzichten zu wollen, die diese zur Rückzahlung der Anleihe verwenden will.

903. Reichsbankpräsident in der Ministerbesprechung am 19.4. in: AdRk Cuno,

Stützungsaktion wie Hugo Stinnes. Er unterzeichnete die Anleihe nicht, sondern sagte lediglich zu, nicht offen dagegen Front zu machen [904]. Das Scheitern der Dollarschatzanleihe bezeichnete der Präsident der Reichsbank als *"Wendepunkt"* [905]. Äußerlich wurde der Schein gewahrt, die Stützungsaktion fortsetzen zu können [906]. Es folgten noch einige weitere Interventionsversuche. Neben weiteren Börseninterventionen verständigten sich Regierung und Reichsbankdirektorium auf eine weitgehende Drosselung des Imports und eine Anmeldepflicht für Devisen [907]. Damit handelten sie sich den nächsten Widerstand aus Wirtschaftskreisen ein [908]. Noch zeigte sich der Kanzler zum Kampf um die Stabilisierung der Mark bereit: *"Es sei entschlossen, die Flinte nicht ins Korn zu werfen, versage sich aber die Wirtschaft, dann auch offen aufzuzeigen, wo die Schuld liege"* [909]. Für Cuno war dies der zentrale Punkt der Abwehr: *"Die Festigung und Stützung der Mark ist das wesentliche Kampfmittel, das wir im Ruhrkampf haben"*, betonte er gegenüber den Ministerpräsidenten der Länder Anfang Mai [910]. Mehr oder fundiertere Ressourcen zu mobilisieren, ließ das innenpolitische Kräfteverhältnis aber nicht zu. Die Eingriffe der Regierung beschränkten sich zunehmend auf kurzfristiges Krisenmanagement. Eine erste Devisenverordnung vom 8.5. sollte die Währungsspekulation erschweren [911]. Das war dann bis Ende Juni alles an erkennbarer Aktivität.

Daß die Stützung der Mark aufgegeben werden mußte, verschärfte die Probleme der Lebenshaltung im besetzten Gebiet. Anfang Mai wurde in den Zentralstellen über eine neue Orientierung in der Lohnpolitik nachgedacht. Außer Appellen an die Länder, preissenkend und lohnstabilisierend

---

Dok. Nr. 128, S. 400 (Zitat). Zur Verteilung unter der Schwerindustrie: Deutsch-Lux: 400.000, August Thyssen-Hütte 300.000, Krupp und Phönix ebenso, Gutehoffnungshütte und Rheinische Stahlwerke je 200.000, Stumm, Hoesch und Klöckner je 150.000 sowie Mannesmann-Röhrenwerke 100.000, nach Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 109f.

904. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 110.

905. Vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 178, S. 541.

906. Vgl. die WTB-Meldung v. 19.4., in: AdRk Cuno, S. 402 Anm. 12.

907. Ebd.

908. Ebd., S. 403 Anm. 1.

909. AdRk Cuno, Dok. Nr. 129, S. 404, Besprechung mit Vertretern der Banken, 19.4.

910. Ebd., Dok. Nr. 146, S. 453, Besprechung mit Ministerpräsidenten der Länder am 1. u. 2. Mai.

einzuwirken, kam nichts wesentliches heraus [912]. Dafür kam es zu ersten Unruhen bei Beamten der Reichsbahn, weil *"den Leuten das Geld ausgehe"* [913]. Die Lohnunruhen, die das besetzte Gebiet Ende Mai erlebte, hatten in dieser Entwicklung ihre Wurzeln. Die in dieser Situation rasch zugesagten Lohnerhöhungen [914] hätten, wenige Wochen vorher erfolgt, den offenen Ausbruch der Unruhen vielleicht vermeiden können.

Festzuhalten sind an dieser Stelle die zahlreichen Vorstöße der Regierung, in diesem zentralen Bereich des Widerstands die finanziellen Ressourcen sicherzustellen. Die Machtmittel, die sie zur Verfügung hatte, reichten jedoch dafür nicht aus. Jeweils unterschiedliche, finanziell starke Kreise beteiligten sich nicht an dieser Unterstützung des Widerstands. Sie konnten nicht dazu gezwungen werden, weil im Parlament für entsprechende Gesetze keine Mehrheiten vorhanden waren. Sie waren selbstbewußt genug, um Verordnungen der Regierung offen den Kampf anzusagen. Eine soziale Sanktionierung, z.B. durch öffentliche Bloßstellung, unterblieb trotz entsprechender Ankündigung. Von einem Kampf der "Allgemeinheit" konnte in diesem Bereich also keine Rede sein. Allerdings verstärkte sich der Druck zur Beteiligung in den folgenden Monaten im Zuge der immer sichtbarer werdenden innenpolitischen Zerfallserscheinungen, so daß im August eine Parlamentsmehrheit für Gesetze im Finanzbereich stimmte, die im Frühjahr undenkbar gewesen wäre. Insofern entwickelte sich die Einsicht, daß Opfer unumgänglich waren, in diesem Bereich mit einer zeitlichen Verzögerung, die dem Widerstand im Sommer nichts mehr nützte, während sie im April von großer Bedeutung gewesen wäre.

Gleichzeitig ist hier auf den Unterschied hinzuweisen, der in der Behandlung von Lohnfragen und von Kreditfragen festzustellen ist und der sich aus der strukturellen Ungleichgewichtigkeit der Machtverteilung erklärt. Im Gegensatz zur Lohnpolitik, die als rigide bezeichnet werden kann, waren die Zentralstellen bemüht, Kredite für die verschiedenen

---

911. Ebd., Dok. Nr. 148, S. 458f. Anm. 1, Kabinettssitzung v. 2.5.

912. Besprechung Reichsarbeitsmin. mit Sozialministern der Länder in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 147, s. bes. S. 457 u. Dok. Nr. 146, S. 452, Ankündigung dieser Besprechung durch Reichsarbeitsmin..

913. Mitteilung des Staatssekretärs Stieler (Reichsverkehrsmin., Eisenbahnabteilung) außerhalb der Tagesordnung in der Kabinettssitzung v. 4.5. in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 150, S. 463.

914. S. dazu Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 376-381 und S. 384-389.

Wirtschaftskreise so leicht wie möglich zugänglich zu machen, letztlich durch Absicherung mit Reichsgarantien. Die daraus resultierende Subventionierung kam den jeweiligen Arbeitgebern zugute, während die Arbeitnehmer in dieser Hinsicht ihre Interessen nicht annähernd erfolgreich durchsetzen konnten.

Die Stützungsaktionen zur Stabilisierung, daß muß darüberhinaus klar gesehen werden, waren ihrerseits keine fundierte Finanzierung, sondern sie verschleierten vielmehr die tatsächliche Entwicklung, wie der britische Botschafter Mitte April festhielt. Die schwebende Schuld des Reichs hatte sich von Ende Januar bis Ende März von 1,6 auf rd. 6,7 Bio. Mark erhöht, die Einnahmen deckten nur noch 10% der Ausgaben und *"jeder Versuch, eine wesentlche Besserung der Lage herbeizuführen, um sich genügende Einnahmen zur Deckung der Ausgaben zu sichern, scheint aufgegeben worden zu sein."* [915] Diese Feststellung gehörte zwar in den allgemeinen Zusammenhang der Nachkriegsdebatte, inwiefern das deutsche Reich aus eigener Kraft den Haushalt sanieren und die Währung stabilisieren konnte und betraf nicht nur die widerstandsbezogene Ausgabengestaltung der Regierung Cuno. Die Situationsbezogenheit der Ruhrkampffinanzierung wird an den beschriebenen Transaktionen allerdings deutlich. Von allgemeinerer Bedeutung ist dagegen sicherlich die grundlegende Frage, welche fundierten Finanzierungsarten zur Verfügung stehen, um gewaltsame Einschnitte in das Wirtschaftleben auszugleichen?

3.4.2.2. Lohnsicherung und Kredithilfe, das Stützkorsett des Widerstands

Am 12.2. trat das "Dürener Abkommen" in Kraft, das die Lohn- und die Lohnfortzahlung regelte, und am 19.2. nahm die "Hika", die "Hilfskasse für gewerbliche Unternehmungen", ihre Kreditvergabe an Betriebe auf, um deren Weiterproduktion zu gewährleisten [916]. Diese beiden, oben bereits kurz erwähnten Organisationen bildeten den grundlegenden Rahmen für die Weiterzahlung von Löhnen und Gehältern und für die Inganghaltung der Wirtschaft im besetzten Gebiet. Ausgenommen hiervon waren die Großbetriebe von Stahl und Bergbau, die eigene Gesellschaften zur

915. Vgl. D'Abernon, Botschafter, Bd. II, a.a.O., S. 232f. (Zitat S. 233).

916. ZStA, RWiM, Nr. 708, Bl. 2f., Richtlinien für den "Ruhrfonds" der Hilfskasse v. 5.2.; ebd. Bl. 7f., Umdruck der endgültigen Fassung; ebd. Bl. 114,

Finanzierung der Weiterarbeit gründeten. Sie traten erstmals Ende April mit Forderungen an die Zentralstellen auf.

Die Prinzipien von Lohnsicherung und Kredithilfe beruhten darauf, den Betrieben möglichst lange eine Produktion und eine Weiterbeschäftigung ihrer Arbeitnehmerschaft zu ermöglichen. Dafür sollten die Arbeitgeber zuerst ihren eigenen Kredit anspannen. Für Sonderfälle war der Hika-Kredit gedacht. Wenn eine Weiterarbeit durch Eingriffe oder Folgeerscheinigung der Besetzung nicht mehr möglich war, sollten die Arbeitgeber auf die Lohnsicherung zurückgreifen, das war ein Zuschuß aus der Staatskasse. Mußten Betriebe dennoch schließen, sorgte die Kommune für den Unterhalt, u.a. mit Notstandsarbeiten und Erwerbslosenunterstützung. Mitte Februar stand die Organisation.

In die Verteilung der Lohnsicherung und die Anwendung der Kredithilfe waren die wirtschaftlichen Organisationen wie Gewerkschaften, Handels-, Handwerkskammern und Arbeitgebervereinigungen eingebunden [917]. Sie wurden ergänzt durch Instrumente, die in kommunaler Aufsicht standen und für diejenigen Berufsgruppen in Aktion traten, die nicht besonders organisiert waren. Die "Erwerbslosenunterstützung" unterstützte deshalb auch selbständige Kaufleute und andere selbständige Berufe, indem sie deren Lebensunterhalt gewährleistete [918]. Die Erwerbslosenfürsorge funktionierte, von kleinen Reibungen ausgenommen, nach Einschätzung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeber-Verbände überall [919]. Ferner erhielten die Gemeinden mit der "produktiven Erwerbslosenfürsorge" im März die Möglichkeit, weitere Notstandsarbeiten aus Mitteln der Rhein-Ruhr-Hilfe [920] zu finanzieren. Hier machte sich ein weiteres Prinzip der

---

vertrauliche Ausführungsbestimmungen v. 28.2.

917. Vgl. ZStA, RWiM, Nr. 708, Bl. 124-127, "Entstehungsgeschichte der Kredithilfe..."; ZStA, RmfdbG 53432/53, Bl. 119, Reichsarbeitsmin. an Reichswirtschaftsmin. v. 19.2.; ZStA, RmfdbG 53432/54, Bl. 6, Reichsbankdirektorium an Vorstandsbeamten der Reichsbankanstalten im besetzten Gebiet, 6.3.; ZStA, RmdfbG/RIM, Nr. 1085, Bl. 77, Besprechung Reichsarbeitsmin. mit Gewerkschaftern und Arbeitgebervertretern; ZStA, Präsi, Nr. 183, Bl. 53f., Abschrift Schreiben des pr. Min. für Volkswohlfahrt an das Oberpräsidium Münster über die Mittel für kommunale Notstandsarbeiten.

918. ZStA, Präsi, Nr. 183, Bl. 88f., Schreiben Reichsarbeitsmin. an das Büro des Reichspräsidenten v. 22.5., s. bes. Bl. 89.

919. ZStA, RmfdbG 53424/6, Bl. 106f., Vereinigung Deutscher Arbeitgeber-

Ruhrkampffinanzierung geltend, nämlich das Bestreben, die Ausgaben möglichst produktiv zu gestalten und, statt Arbeitslosigkeit zu bezuschussen, lieber Arbeiten dafür verrichten zu lassen. Auf dieser Überlegung beruhten die Bestrebungen des Reichsarbeitsministeriums, die Lohnsicherung auf die Hilfskasse (Hika) *"abzuwälzen"*, um lieber Kredite als verlorene Zuschüsse zu gewähren. Der daraus resultierende Vorschlag, die Lohnsicherungsgelder als Kredite zu geben, wurde aber offensichtlich nicht weiterverfolgt [921].

Das Reichsarbeitsministerium verschaffte sich weitere Instrumente, um die Prinzipien von Kreditvergabe und produktiver Arbeit wirksam werden zu lassen. Der Reichsarbeitsminister sicherte sich Mittel zur Vergabe für öffentliche Notstandsarbeiten. Seine Kommissare waren eigentlich für Arbeitslosenfürsorge zuständig, waren aber gehalten, diese so produktiv wie möglich zu gestalten [922]. Insbesondere versuchten sie, Reichs- und Staatsaufträge ins besetzte Gebiet zu vergeben [923]. Ende März erhielten die Kommissare des Arbeitsministers weitergehende Befugnisse und konnten nun mit Darlehen der Erwerbslosenfürsorge *"erhöhte Produktionskosten ausgleichen, die als unmittelbare Folge der besonderen Verhältnisse... entstanden sind, wenn es nur auf diese Art möglich ist, den Betrieb vor der Stillegung zu bewahren"*. Darunter waren vor allem höhere Transportkosten bei der Zu- und Ablieferung (wegen Streckenstilllegungen, Übergang zu Lkw etc.) zu verstehen, aber auch Kosten für den Transport und gegebenenfalls die Unterbringung von Arbeitnehmern (bei Verkehrssperren). Darüberhinaus sollte mithilfe solcher Darlehn vor allem eine Beeinträchtigung der Betriebsmittel verhindert werden. Diese Mittel konnten Arbeitgeber nur dann in Anspruch nehmen, wenn es nicht zumutbar war, diese besonderen Kosten aus Privatmitteln zu tragen oder wenn alle Kreditwege erschöpft waren [924]. Natürlich konnten Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge unberechtigt in Anspruch genommen

---

Verbände an Staatssekretär Hamm, vermutlich v. 3.5.

920. Siegener Besprechung der preuß. Regierungspräsidenten mit Ministerialvertretern, Erläuterung des bevorstehenden Runderlasses und Verteilung der voräufigen Richtlinien in: StaMs, RegMsBes, Nr. 30, Bericht v. 13.3.

921. ZStA, RWiM, Nr. 710, Bl. 2, Vermerk Löwe f. Besprechung im Reichsfinanzmin. am 22.2.

922. ZStA, Präsi, Nr. 183, Bl. 37-39, Abschrift eines Rundschreibens des Reichsarbeitsmin. an entsprechende Länderressorts v. 29.3.

923. ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 15, Beschluß der Ressortbesprechung 6.4.

werden, insbesondere dann, wenn Arbeitgeber und Beschäftigte in einem Betrieb gemeinsame Sache machten und unter dem Deckmantel von Notstandsarbeiten produktive Arbeit ausführten [925].

Es ist leicht nachvollziehbar, daß sich binnen kürzester Zeit ein großes undurchsichtiges Sammelsurium von Maßnahmen entwickelte, bei dem die gegenseitige Abgrenzung schwerfiel. Aus den Bedarfsmeldungen beim Reichsfinanzministerium im Februar ergibt sich ein breites Spektrum von Interessenten am ersten 500 Mrd.- Kredit für die Ruhraktion. Länder, Kommunen, Ressorts und Verbände beantragten Mittel für Löhne, Gehälter und Unterhaltszahlungen aller Art, Ausgleichszahlungen für entgangene Einnahmen, Aktionen der Lebensmittelversorgung, die Unterbringung Ausgewiesener, die Einrichtung eines Ersatzverkehrs auf Reichskosten, Propaganda, neue Organisationsstellen usw. [926]. Nach und nach entstanden etwa 10 verschieden organisierte Verfahren zur Entschädigung oder Finanzierung jeweils bestimmter Personenkreise. Es waren dies die schon angesprochene Kredithilfe und Lohnsicherung sowie ferner die Fürsorge für freie Berufe, die Schadloshaltung für Beamte und Nichtbeamte (bei Ausweisung oder notwendiger Flucht aus dem besetzten Gebiet), die Übernahme von Transportmehrkosten und "toten Unkosten", Kredite für das Handwerk und für bestimmte organisierte Schiffer und schließlich das "Sonderverfahren", das deutschen Reichsangehörigen Schadenersatz leistete. Die erstattungsfähigen Titel waren an bestimmte Bedingungen geknüpft, die Anträge fast immer an unterschiedlichen Stellen einzureichen,

---

924. ZStA, Präsi, Nr. 183, Bl. 37-39 (Zitat Bl. 37 und 37RS), Abschrift eines Rundschreibens des Reichsarbeitsmin. an entsprechende Länderressorts v. 29.3. Vgl. ZStA, RWiM 708, Bl. 170, Besprechung zwischen Reichswirtschafts-, Reichsarbeits- und Reichsfinanzmin. Wenn diese Mittel identisch waren mit denen zur Deckung "besonderer Unkosten", dann waren sie als verlorene Zuschüsse gedacht, die nur nach außen hin als Darlehn bezeichnet wurden.

925. Vgl. ZStA, RAM 33106/647, Bl. 15RS.

926. Vgl. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1099, Bl. 41-44R, Stand 20.2., "Maßnahmen der Reichsregierung aus Anlaß des Einbruchs der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet".

die Antrags- und die Entscheidungsstellen in der Regel voneinander getrennt, und in dringenden Fällen war bei manchen Verfahren eine vorläufige Bevorschussung zulässig [927].

Bei diesem ersten Kredit sicherte sich das Reichsarbeitsministerium den generellen Zugriff auf gleich 190 Mrd., allgemein beziffert für: *"Notstandsmaßnahmen zur 'Abwehr wirtschaftlicher Schäden'"*. Mit 10 Mrd. Mark aus diesem Topf statteten Reichswirtschafts- und Reichsschatzministerium die Kredithilfe aus. Unbeziffert blieben solche Unwägbarkeiten wie die Ausdehnung der Lohnsicherung auf das angrenzende Gebiet, die Ausfüllung des "Dürener Abkommens", die Einrichtung eines Ersatzverkehrs und die Übernahme von Mehrkosten. Dieses allmählich, unter dem Druck der diversen Interessenten entstehende Konglomerat erwies sich vorläufig als tragfähig, die immer größer werdende Spanne zwischen Produktions- und Einnahmeausfall und steigenden Ausgaben in geordneten Bahnen zu überbrücken, denn die eigentlichen Belastungsproben standen noch bevor [928].

Angesichts der Tatsache, daß der finanzielle Ruin dem Widerstand schließlich das Rückgrat brach [929], muß die finanzielle Freigiebigkeit der Regierung Cuno dennoch erstaunen. Im Hintergrund der ganzen Kreditaktion stand nämlich letztlich das Reich, indem es gegenüber der Reichsbank und den Großbanken, die im besetzten Gebiet kein eigenes Risiko eingehen wollten, diverse Garantien und Bürgschaften übernahm [930]. Die Bereitschaft der Regierung zur Finanzierung des Widerstands beruhte jedoch auch auf der Annahme, daß die verschiedenen

---

927. ZStA, RWiM, Nr. 709, Bl. 211-214, undatiert, "Übersicht".

928. Vgl. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1099, Bl. 41-44R, Stand 20.2., "Maßnahmen der Reichsregierung aus Anlaß des Einbruchs der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet".

929. ZStA, RAM 2959, Bl. 71, Reichsarbeitsmin. Brauns in der Pressekonferenz in Hamm zur Begründung der Aufgabe des Widerstands am 27.9. Vgl. auch Bergmann, Weg, a.a.O., S. 231-234.

930. ZStA, RWiM, Nr. 8420, Bl. 118f., Übersicht des Reichsfinanzmin. "über die aus Anlass der Rhein- und Ruhrabwehr vom Reiche übernommenen Garantien", Stand 15.9.; ZStA, RmdfdbG 53432/54, Bl. 4f., Schreiben des Reichsbankdirektoriums an den Reichsfinanzmin. v. 22.3. über die Grenzen der Kredithilfe seitens der Reichsbank; ZStA, RmfdbG 53432/53, bes. Bl. 124, Besprechung mit Banken in der Reichskanzlei, Grenzen der Kredithilfe durch

Bevölkerungs- und Berufsgruppen einen eigenen Beitrag leisten würden. Diese Annahme stellte sich als eine Illusion heraus, wie die vergeblichen Bemühungen um die Währungsstabilisierung gezeigt hatten.

Die Umsetzung dieser Subventionierung verursachte von Anfang an Probleme. Die ressortmäßigen Abgrenzungen der einzelnen Verfahren machten im besetzten Gebiet keinen Sinn. Anträge auf Kredithilfe behandelte die zuständige Handelskammer im besetzten Gebiet, nachdem ein paritätisch zusammengesetzter Ausschuß sie vorgeprüft hatte. Der Spruchausschuß der "Hika" in Berlin befand abschließend. Die Anträge auf Lohnsicherung wiederum mußten bei der jeweiligen Gemeinde abgegeben werden, die die Notwendigkeit prüfte und evtl. ein Gutachten der Handelskammer einholte. Im linksrheinischen Gebiet nahmen die Arbeitgebervereinigungen die Anträge an, die ein paritätischer Ausschuß für jeden Bezirk prüfte. Über ihnen tagte noch der zentrale paritätische Ausschuß in Köln. Der Fürsorge für freie Berufe hatte sich das Reichsinnenministerium angenommen, die Länder organisierten sie unter Hinzuziehung von Berufsvertretungen. Wo die Beamten die Schadloshaltung beantragen durften, regelte jedes Ressort für sich. Nichtbeamtete wandten sich an die "Reichsentschädigungsstelle für Ausgewiesene von Rhein und Ruhr in Kassel", deren Ausschuß entschied. Gutachten für Mehrkosten für Transporte stellten gleich verschiedene Stellen aus, die im April neu entstehenden Wirtschaftlichen Außenstellen (WAST) genauso wie die zuständige Gewerbeaufsichtsbehörde oder die Handelskammer. Die Reichsbahndirektion befand über die Erstattung. Bei den Handwerkern nahm die Handwerkskammer Anträge entgegen und ließ sie durch einen Spruchausschuß vorprüfen. Wenn Organisationen Kredite beantragen wollten, so mußten sie dies bei der Gutachterstelle beim Westdeutschen Handwerkskammertag tun. Der Spruchausschuß des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages entschied abschließend. Anträge auf Schadenersatz prüfte die Verwaltungsstelle im Feststellungsverfahren (FSB). Bei geringeren Beträgen entschied die Reichsvermögensstelle in Koblenz oder die Landesfinanzämter Düsseldorf bzw. Karlsruhe. Die Entscheidung über höhere Beträge behielt sich das Reichsministerium für die besetzten Gebiete vor. Anträge bestimmter kleinerer Betriebe auf Erstattung toter Unkosten nahmen der jeweilige

---

Privatbanken; ZStA, RWiM, Nr. 708, 22.3., Vermerk über eine Besprechung des Reichsfinanzmin. mit Bankenvertretern am 21.3., worin Banken Kredite unter eigenem Obligo im besetzten Gebiet ablehnen und nur als Vermittlungsinstanz tätig

Stadt- oder Landkreis entgegen, andere mußten zur Handelskammer, die WAST entschieden [931].

Daß bei der Vielzahl der befaßten Stellen nicht immer erkennbar war, welche zuständig war, liegt auf der Hand. Im Dickicht der Kompetenzen entwickelten dann manche Sachgebietes ein Eigenleben. So hatte sich beispielsweise bei der Erstattung von Transportmehrkosten ein Wildwuchs unterschiedlichster Erstattungs- und Kreditierungswege entwickelt. So erstattete das Reichsverkehrsministerium bei Lebensmitteltransporten, die WAST gaben unter bestimmten Bedingungen Darlehn zu billigen Zinssätzen, manche Feststellungsausschüsse behandelten sie wie Schäden und erstatteten sie, manche Lohnsicherungsausschüsse übernahmen sie auf Lohnsicherung. Anfang Mai wollten die Handelskammern Klärung und Vereinheitlichung und vor allem: Erstattung in jedem Fall [932]. Zwischen dem befürwortenden Reichsarbeitsministerium, dem Finanzministerium, das *"erhebliche Bedenken"* hatte [933], dem Wirtschaftsausschuß und anderen beteiligten Ressorts wurde nun erst einmal die Frage der diversen Transportmehrkosten bei Produktion und Handel verhandelt und vorgeklärt [934], so daß es Ende Juni wurde, bis die Richtlinien ergingen, die die Erstattung regelten [935]. Daß diese Verfahren Zeit brauchten, bis Klärungen heranreiften, liegt ebenfalls auf der Hand. Um lebenswichtige Betriebe mit Kohlen versorgen zu können, forderten die Gemeinden im April Zuschüsse für die Einfuhr [936], das Finanzministerium erklärte sich zu Verhandlungen über die Kreditvergabe für solche Zwecke bereit [937]. Ende Juli gab der Wirtschaftsminister auf Anfrage die Einzelheiten der Regelung bekannt, die eine Darlehnsgewährung vorsah und einen nachzuweisenden Teil der

---

werden wollen.

931. ZStA, RWiM, Nr. 709, Bl. 211-214, undatiert, "Übersicht".

932. Schreiben der Handelskammer zu Köln an Bürgermeister Schmid v. 2.5. in: ZStA, RmfdbG 53424/5, Bl. 145f.

933. "Ergebnisse der Besprechung mit den Vertretern der Wirtschaftsaußenstellen", 7.5., RmfdbG 53424/6, Bl. 273-280 (Zitat Bl. 280).

934. ZStA, RmfdbG 53424/7, Bl. 73, undatiert, Anfang Juni, Vermerk des Kommissars des Reichskanzlers für die Ruhrabwehr.

935. StaMs, RegMsBes, Nr. 84, Richtlinien des Reichsverkehrsmin. v. 22.6., übermittelt am 28.6. an das Oberpräsidium durch pr. Min. für Handel und Gewerbe. Bereits am 4.7. Rundschreiben der WAST-Hamm mit Detailkorrektur.

936. ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 130, Brief Jarres an Kommissar des Reichskanzlers für die Ruhrabwehr v. 14.6.

Ausgaben erstattete. In diese Regelung waren Länder, Reichsfinanzministerium, Gemeinden, Gasanstalten und Energiewerke sowie zwei verschiedene Prüf- und Antragsstellen einbezogen [938].

Die Art der Umsetzung des versprochenen Entschädigungswillens erhielt aus dem besetzten Gebiet schlechte Noten, wobei besonders einzelne Unterstützungsmaßnahmen wie die Beamtenfürsorge [939], die Schadensersatzanträge bei der Feststellungsbehörde [940] oder die Kredithilfe [941] ganz schlecht abschnitten. Zustände wie der folgende waren kein Einzelfall: *"...wenden sich die Interessenten dann an die ihnen als zuständig bezeichneten Stellen, so sind diese aufgelöst oder sie werden wegen Unzuständigkeit an eine andere Behörde, meist in einer andern Stadt, verwiesen, von dieser möglicherweise nach Berlin geschickt. In Berlin bestehen dann wieder Bedenken und es dauert lange, bis ein Entschluß zustande kommt. Besonders nachteilig wirkt es, wenn die*

---

937. Ebd., Bl. 127RS, Ressortbesprechung v. 15.6.

938. ZStA, 39.02, Nr. 21, Bl. 4, Antwort des Reichswirtschaftsmin. an Reichsarbeitsmin. am 27.7. auf Anfrage v. 29.6., schriftliche Weiterleitung an Mehlich von da am 25.8.

939. StaMs, RegMsBes, Nr. 30, Bericht v. 13.3., Siegener Besprechung der pr. Regierungspräsidenten mit Ministerialvertretern.

940. StaMs, RegMsBes, Nr. 37, handschr. datiert, 18.7., Vermerk in der Regierung Münster, Unterstützung des Antrags der Handelskammern Münster und Recklinghausen an pr. Innenmin., aufgrund der eingetretenen Arbeitsüberlastung im Regierungsbezirk Münster eine eigene Feststellungsbehörde einzurichten; ebd., 22.9, Antwort des pr. Innenmin. an Regierung Münster, worin die Berechtigung der Klagen anerkannt und auf die Komplexität der Materie hingewiesen wird; ZStA, RWiM, Nr. 709, Bl. 37, Klagen über Langsamkeit des Verfahrens in Hagener Versammlung v. 8.6.; ebd., Bl. 113 Kritik an Langsamkeit der Feststellungsausschüsse im Wirtschaftsausschuß am 21.6.

941. Vgl. StaMs, RegMsBes, Nr. 30, Bericht v. 13.3., Siegener Besprechung der pr. Regierungspräsidenten mit Ministerialvertretern; AdRk Cuno, Dok. Nr. 147, Besprechung im Reichsarbeitsmin. v. 2.5., S. 458; ZStA, RmfdbG 53424/6, Bl. 107, Vereinigung Deutscher Arbeitgeber-Verbände an Staatssekretär Hamm, vermutlich v. 3.5.

Interessenten draussen merken, dass zwischen den verschiedenen Berliner Ministerien oder zwischen Reich und Preußen nicht völlige Einigkeit in gewissen Punkten besteht." [942]

Die Fehler dieses Systems drohten sogar, den beabsichtigten Zweck zu unterlaufen, nämlich die Nichtzusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden durch die Bevölkerung abzusichern. Dazu ist die folgende Schilderung symptomatisch, die ein Unternehmer gegenüber dem Münsteraner Oberpräsidium abgab. Ihm war am 9. März ein Waggon mit Waren beschlagnahmt worden und er versuchte seitdem, seinen Antrag auf Erstattung an die richtige Stelle zu bringen. Am 22. März schrieb er: *"Seit dem 9. März, also etwa 14 Tage, werden wir nun von einer Behörde an die andere verwiesen, ohne daß es uns bisher gelungen wäre, die amtliche Stelle ausfindig zu machen, die unseren dringenden Antrag zu bearbeiten gewillt wäre. Die Feststellungsämter erklären sich für nicht zuständig, die Feststellungsbehörde in Essen hat keine Instruktionen, die Eisenbahn verweist auf den Instanzenweg usw. usw. Es hat uns sogar ein Feststellungsamt den Rat gegeben, wir sollten den Franzosen um Herausgabe des Waggons bitten, dies wäre der Weg auf dem wir am schnellsten zu unserem Geld kämen!"* [943]

Neben der Inflation und den düsteren Aussichten auf den Winter drückten diese Erfahrungen mit der finanziellen Stützung auf die Stimmung [944]. Es wurde in den Zentralen durchaus anerkannt, daß Verfahren teilweise schwierig waren [945], aber *"weniger im System als in fehlerhafter Handhabung durch die Gemeinden"* würden die *"Hauptschäden"* bei

---

942. ZStA, RmfdbG 53424/6, Bl. 334f. (Zitat Bl. 334), Brief Ebhardt an Reichskanzlei, Zentralstelle Rhein-Ruhr über eine private Besprechung mit Adolf Möhlenbeck v. 8.5. Vgl. den Irrweg des Antrags auf Lohnsicherung des Bergwerks "Flöte", Brief an WAST v. 21.7. in: ZStA, 39.02, Nr. 14, Bl. 46f.

943. StaMs, OpräMü, Nr. 5007, 9.3., Dortmund, Brief Fritz Linde GmbH an Oberpräsidium Münster v. 9.3. Anschauliches Material über die Umständlichkeit des Verfahrens und die vermittelnde Funktion der Ortsbehörden in: StaDo, (Bestand 17), Amt Aplerbeck (Js1), Schriftwechsel mit Firmen einerseits und vorgesetzten Behörden andererseits wegen zuständiger Stellen und notwendiger Formulare.

944. ZStA, RWiM, Nr. 14704, Bl. 9, Abschrift Brief des Staatssekretärs für die besetzten rheinischen Gebiete, Brugger, an Reichskanzler v. 21.7.

945. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1099, Bl. 39-44RS, Umdruck v. 28.2. an

Notstandsarbeiten und Lohnsicherung liegen [946], die Schuldigen wurden also woanders ausgemacht. So schob das Wirtschaftsministerium die Schuld am langsamen Vorankommen der Kreditanträge den zu langsam arbeitenden Handelskammern zu, die sich, *"obwohl sie sich als Unternehmerorganisationen bezeichnen, (dem Zweck der Einrichtung.B.M.) nicht angepaßt haben"* [947].

Natürlich war bei der Kompliziertheit der Verfahren und der Undurchschaubarkeit der Kompetenzen Mißbrauch leicht möglich. Beispielsweise konnte ein und derselbe Betrieb mehrfach Unterstützung etc. beziehen, weil er unterschiedlichen Organisationsformen angehörte; im Handelsregister eingetragene Betriebe konnten sich Kredite über die Handwerks- und die Handelskammer beschaffen. Die Beurteilung über Anträge sollte daher bei Stellen mit lokalem Einblick und regionalem Überblick liegen [948]. Kontrolle war also nötig, die Frage war, ob durch zentrale Kontrolle und zentrale Entscheidung [949] oder durch Kontrolle vor Ort. Hier traten wieder neue Probleme auf. Wenn sich etwa Kleingewerbetreibende täglich bei den Fürsorgestellen zu melden hatten, von denen sie Unterstützung bezogen, wurde die Kontrolle zu einer kleinlichen Überwachungsprozedur. Neben der Peinlichkeit des Vorgangs war ein Mißbrauch dadurch nicht zu verhindern, der darin bestand, daß die Unterstützung kassiert und gleichzeitig mit dem eigenen Gewerbe weiterhin

---

Reichsmin., Bestätigung von Kritik und Versuch der Koordination beim Reichsfinanzmin.

946. ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 304f. (Zitat Bl. 304), Niederschrift der Sitzung in der Handelskammer Berlin v. 30.7.

947. ZStA, RmfdbG 53433/54, Bl. 168, Reichswirtschaftsmin. an Reichskanzlei v. 23.4.

948. ZStA, RWiM, Nr. 709, Bl. 86-96, bes. 88 u. 93, Schreiben Mensch, Generalsekretär des Dtn. Handwerks- und Gewerbekammertages an Reichswirtschaftsmin. v. 23.2. Er sollte verabredungsgemäß einen Vorschlag für die Verwaltung der Kredithilfe für das Handwerk machen und hat einen Richtlinienentwurf beigelegt.

949. ZStA, RmfdbG 53433/54, Bl. 168, Reichswirtschaftsmin. an Reichskanzlei v. 23.4. Die Revision der Bücher soll beibehalten werden. Vgl. ZStA, RWiM, Nr. 708, Bl. 30-32, Entwurf Reichswirtschaftsmin. an Reichskanzler v. 21.2. Zentrale Kontrolle durch Spruchausschuß der Hilfskasse soll in jedem Fall beibehalten werden.

verdient wurde. Deshalb sollten Kontrollen vor Ort durchgeführt werden, aber *"nicht in kleinlicher Weise"*, sondern entweder durch *"taktvolle() Beamte"* oder aus dem Kreis der Gewerbetreibenden selber [950].

Teilweise kontrollierten die Behörden selber, wie die Feststellungsbehörde, von deren Gründlichkeit berichtet wurde: *"Ist es doch... vorgekommen, daß nach dem Abrücken einer berittenen Truppe seitens der Feststellungsbehörden der Nachweis verlangt worden ist, wo der Mist geblieben ist."* [951] Die Kontrollmöglichkeiten der Verfahren entschwanden darüberhinaus im Zuge der immer verdeckteren Auszahlung [952]. Im Grunde blieb die Frage offen, inwieweit die Regelwerke der Zentralen den Gegebenheiten vor Ort angemessen waren. So kommentierte ein städtischer Sachbearbeiter die Richtlinien über die Leistungen für die Besatzung mit der Frage, was denn zu tun sei, wenn die Besatzungssoldaten Empfangsbescheinigungen und Inventarverzeichnisse einfach nicht unterschrieben, aber dies eine Voraussetzung für die Geltendmachung von Schäden war? [953] Es gab zwei Möglichkeiten, damit umzugehen, wie der WAST-Mitarbeiter fand, der sich über eine Abänderung der Praxis der Lohnsicherung Gedanken machte: Überwachende Kontrollen war die eine Möglichkeit, eine Anpassung der Richtlinien an die Realität die andere, für die er plädierte [954].

Von einer abgestimmten Entscheidungsfindung und effizienten Organisierung der Widerstandsplanung in den Zentralen kann in diesem Bereich also nicht die Rede sein. Der Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, Geib, traf den Sachverhalt ziemlich genau, wenn er *"eindringlich auf das Nebeneinander der Ressortarbeit, offenbar ohne*

---

950. ZStA, Präsi, Nr. 183, Bl. 88f., Schreiben des Reichsarbeitsmin. an das Büro des Reichspräsidenten v. 22.5.

951. StaMs, RegMsBes, Nr. 30, der Westfälische Besatzungsausschuß beschäftigte sich am 6.4. mit dieser Frage, konnte sie dann aber auch nicht lösen.

952. ZStA, RWiM, Nr. 709, Bl. 147f., WAST an Zentralstelle Rhein-Ruhr v. 23.7.

953. StaDo, Magistrat Hörde (Bestand 15), Nr. 773, Bl. 7., entsprechende handschriftliche Vermerke am Rand der Richtlinien "bet. Leistungen für die Besatzung. Essen 14. Jan, Eing. Stadt Hörde 9.2."

954. ZStA, RmfdbG 53424/4, Bl. 81, Bericht WAST Hamm an Reichsarbeitsmin. v. 19.4.

hinreichende Fühlung der Ressorts untereinander", hinwies und es als *"Überorganisation, die für manchen Beobachter Ähnlichkeit mit Desorganisation haben könnte"*, beschrieb [955].

Ein zweites Problem bestand darin, die Verordnungstexte auf die Praxis möglichst widerspruchsfrei anzuwenden. So gab es viel Streit über die Definition und die Ausgestaltung von Begriffen. Besonders schwierig war die Definition *"unproduktiver Arbeit"*, denn Lohnsicherung gab es erst dann, wenn aus der Arbeit dem Betrieb kein Nutzen mehr erwuchs. Wie aber sollten Arbeiten eingeschätzt werden, die für eine spätere Zeit Vorteile brachten? Stand Arbeitnehmern Lohn des Arbeitgebers zu, wenn sie in ihrem nicht mehr produktiv arbeitenden Betrieb aushilfsweise beschäftigt waren oder sprang dann die staatliche Lohnsicherung ein? Arbeitgeber zahlten entgegen der Richtlinie ihren Arbeitnehmern das letzte Lohndrittel aus, um sie im Betrieb zu halten [956]. Wie sollte bei solchen Widersprüchen zwischen Verordnungstext und Realität eine Ausgabenkontrolle möglich sein und Mißbrauch vermieden werden?

Ein weiterer Problemkomplex kreiste um die Frage, ob die Auszahlungen zur Erhaltung des Lebensunterhaltes ausreichend waren und wie dieses System in das Verhältnis von Lohneinkommen und Unterstützungssätzen eingriff. Die Höhe der Lohnsicherung war nach dem "Dürener Abkommen" gestaffelt. Wer unmittelbar von Eingriffen betroffen war, erhielt mehr, als der nur "mittelbar" Betroffene. Dies bedeutete im Einzelfall durchaus eine Reduzierung des Ersatzes und damit böses Blut angesichts weiter steigender Preise und unterschiedlicher Handhabung bei verschiedenen Berufsgruppen. Eisenbahner z.B. wurden weiter voll entschädigt. *"(U)m Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten"*, hatten Arbeitgeber ihren Arbeitern, die nicht zur Arbeitsstätte gelangen konnten, zunächst den vollen Lohn weitergezahlt. Doch mit dem 23.2. waren diese, als nur "mittelbar" betroffen, auf die 2/3 - Ration gesetzt. Daß die Höhe der Unterstützungssätze ausreichend war, wurde darüberhinaus angezweifelt [957]. Es wurde aber darauf gedrungen, die Sätze der Lohnsicherung unter keinen Umständen zu erhöhen, um nicht

---

955. BA, R 43 I/223, Bl. 368, Schreiben des Staatssekretärs im Reichsarbeitsmin., Geib, an den Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hamm, v. 18.5.

956. ZStA, RmfdbG 53424/4, Bl. 79f., Bericht WAST Hamm an Reichsarbeitsmin. v. 19.4.

957. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 238, Bl. 39 (Zitat), "Notizen über eine Dienstreise ins besetzte Gebiet" 16.-18.2., von Brandt, von Oertzen, Reichardt, Gladbacher

weitere Lohn- und Gehaltsforderungen in anderen Bereichen in Gang zu setzen. Da die Lohnsicherungssätze u.U. höher sein konnten als der normale Lohn, kam eine Spirale der Angleichung und Erhöhung bereits im März in Gang. Eine Erhöhung der Unterstützungssätze empfanden die Finanzressorts daher *"bei der gegenwärtigen Finanzlage als Anfang vom Ende"* [958]. Die im Grunde einfachen Prinzipien der Ruhrkampffinanzierung kamen im Geflecht von örtlichen wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Interpretationsspielräumen der Richtlinien, widerstrebenden Interessen der beteiligten Ressorts und verschieden ausgeprägten Machtstrukturen der Lobbies in harten Kontakt mit der Wirklichkeit und bewährten sich dort nicht.

Darüberhinaus kollidierte von Anfang an der Stabilisierungskurs mit der Erleichterung der Kreditvergabe. Weil sich Reichsbank und Wirtschaftsministerium über ihre jeweiligen Aktivitäten nicht abstimmten, kam die Hika zunächst nicht zum Arbeiten und verlor dann viel von ihrer erhofften Effizienz. Während noch die organisatorischen Vorbereitungen für die Hika im Wirtschaftsministerium liefen, vollzog die Reichsbank wegen der einsetzenden Währungsstabilisierung eine Kehrtwendung in der Kreditpolitik. Bankkredite waren so nach dem 12. Februar kaum noch zu haben [959].

Die Reichsbank sah sich nun Klagen ausgesetzt, weil sich Bankanstalten im besetzten Gebiet strikt weigerten, neue Kunden anzunehmen, weil sie Sicherheiten verlangten, die das Reichsbankdirektorium selber gar nicht vorgeschrieben hatten und weil sie ohne Vorwarnung ihre Kreditpolitik beschränkten. Eine *"derartige Behandlung der schwierigen Frage ist keineswegs in unserem Sinne"* [960], gestand das Direktorium der Reichsbank Ende Februar ein. Doch ganz wollte die Reichsbank die Schuld nicht auf sich nehmen. Bei der Nachforschung der Beschwerden kam wiederholt heraus, daß die Reichsbankanstalten beim besten Willen keinen Kredit

---

Bezirk; ebd., Nr. 241, Bl. 31, Besprechung im Reichsarbeitsmin. v. 28.2.

958. StaMs, RegMsBes, Nr. 30, Bericht v. 13.3, Siegener Besprechung der pr. Regierungspräsidenten mit Ministerialvertretern.

959. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 238, Bl. 42, "Notizen über eine Dienstreise ins besetzte Gebiet" 16.-18.2.23., von Brandt, von Oertzen, Reichardt; ZStA, RWiM, Nr. 708, Bl. 124-127, "Entstehungsgeschichte der Kredithilfe für die besetzten Gebiete", Josten, 8.3.

960. ZStA, RmfdbG 53432/54, Bl. 8-10 (Zitat Bl. 9), Reichsbankdirektorium an

hätten gewähren können. *"Daß nicht wenige der Firmen des besetzten Gebiets die günstige Gelegenheit benutzen möchten, größere Kredite für Zwecke, die mit dem Durchhalten nichts zu tun haben, zu erlangen, dürfte außer Frage sein."* Von ihren grundsätzlichen Forderungen an die Kreditgewährung wollte die Reichsbank daher keinesfalls abweichen: der Kredit mußte sicher und *"in dem verlangten Umfange auch unbedingt berechtigt sein"* [961].

Weil der Zugang zu Reichsbankkrediten nun so schwierig war, setzte ein großer Ansturm auf die Hika ein, die einen vermeintlich neuen Kreditweg öffnete. Deren Mittel waren noch gar nicht zur Auszahlung angewiesen und hielten mit den Anforderungen überhaupt nicht Schritt [962]. Anfang März stellte der Reichsarbeitsminister fest, daß die Kredithilfe vor allem deswegen versage, weil die Mittel völlig unzureichend seien. Dies schlug bereits auf die zweite Auffanglinie, die Lohnsicherung, durch. Denn jetzt nahmen bereits Firmen, denen eigentlich Kredite halfen, die sie aber weder von der Hika noch von der Reichsbank erhielten, vermehrt die Lohnsicherung in Anspruch. Die dafür bereitgestellten 200 Mrd. Mark reichten bei weitem nicht aus [963]. Mitte Februar wurden nach oberflächlichen Schätzungen pro Tag etwa 20 Mrd. Mark als Lohnsummen gebraucht [964]. Vor allem die Reichsbank müsse sich der Lage im besetzten Gebiet anpassen, und nicht wenig hing davon ab: *"Mit dieser Änderung in der von der Reichsbank geübten Politik und mit einer wirklich ausreichenden Dotierung der Kredithilfe steht und fällt m.E. die ganze wirtschaftliche Abwehr gegen die feindlichen Eingriffe."* [965]

Reichsbankanstalten im besetzten Gebiet v. 27.2.

961. ZStA, RmfdbG 53432/54, Bl. 4f., Reichsbank-Direktorium an Staatssekretär in der Reichskanzlei v. 22.3.

962. ZStA, RWiM, Nr. 708, Bl. 124-127, "Entstehungsgeschichte der Kredithilfe für die besetzten Gebiete", Josten, 8.3., s. dort die Auseinandersetzung über die verzögerte Anweisung und die Nachforderungen zwischen Reichswirtschafts- und Reichsfinanzmin.; ZStA, RWiM, Nr. 710, Bl. 7, 23, 27, 32, 42, 58, 68-70, Schriftwechsel zwischen Reichswirtschaftsmin. und Reichsfinanzmin. v. 24.2.-14.4., ebenso im März.

963. ZStA, RWiM, Nr. 708, Bl. 220, Reichsarbeitsmin. an Reichswirtschaftsmin. v. 5.3.

964. ZStA, RWiM, Nr. 708, Bl. 39, Besprechung Reichswirtschaftsmin. v. 14.2.

965. ZStA, RWiM, Nr. 708, Bl. 220 (Zitat), Reichsarbeitsmin. an

Vereinte Interventionen von Arbeits- und Wirtschaftsministerien beim Reichskanzler bewogen zwar die Reichsbank zum Einlenken [966], aber auch das wieder auf Kosten des Reichs, das nun für die Kreditvergabe geradezustehen hatte.

Die Reichsbank erkannte an, daß zwischen den Kapazitäten der Hilfskasse einerseits und dem maximalen Punkt des üblichen kommerziellen und industriellen Kredits eine Lücke klaffte. Diesen sollte ein sogenannter "Notlombard" schließen, ein Vorschlag, den die Reichsbank Ende März den zuständigen Ministerien vorlegte und mit den Interessentenkreisen im besetzten Gebiet beriet [967]. Für den erleichterten Lombardverkehr übernahm die Reichsregierung ein Generalpfand in Höhe von 200 Mrd. Mark. Damit war es nun der Reichsbankkredit, der relativ billig zu haben war. Die vorherige Aufteilung der Bankkunden auf die verschiedenen Kreditwege war jetzt wieder untragbar. Der erleichterte Lombardverkehr kam überdies nicht in Gang, weil die Reichsbankstellen nicht mitspielten. Kreditsuchende wurden zwischen den WAST-Stellen und der Reichsbank hin und her geschickt [968].

Die Reichsbank richtete schließlich eine Abteilung "Rhein- und Ruhrkredithilfe" ein. Banken und Bankiers, die Mitglieder der "Stempelvereinigung" waren oder werden konnten, konnten Kredite abrufen, deren Höchstbetrag für jede Bank festgelegt war [969].

Aus den Erfahrungen der Hilfsmaßnahmen resultierte im April eine neue Organisationsstruktur. Die guten Erfahrungen des Reichsarbeitsministers,

---

Reichswirtschaftsmin. v. 5.3. Vgl. ebd., Bl. 33-35, das Votum der Schwerindustrie in der Besprechung in der Handelskammer in Essen v. 19.2.

966. ZStA, RWiM, Nr. 708, Bl. 85f., 23.2., Besprechung in der Reichskanzlei; ebd, Bl. 222f., 10.4., Reichswirtschaftsmin. an Reichsarbeitsmin. über die inzwischen erfolgte Änderung der Reichsbankpolitik; ausführlich ebd., Bl. 124-127, "Entstehungsgeschichte...", Josten, 8.3., entsprechende Weisungen der Reichsbank bereits v. 1.3.; ZStA, Rmfdbg 53432/54, Bl. 6-10, 27.2. und 6.3., vgl. Anweisungen Reichsbankdirektorium an Reichsbankanstalten im besetzten Gebiet.

967. ZStA, RmfdbG 53432/54, Bl. 4f., Reichsbank-Direktorium an Staatssekretär in der Reichskanzlei v. 22.3.

968. ZStA, RmfdbG 53424/6, Bl. 275f., "Ergebnisse der Besprechung mit den Vertretern der Wirtschaftsaußenstellen", 7.5.

969. ZStA, RWiM, Nr. 708, Bl. 310-314, Bankkredite. Undatierte Abschrift über

der bevollmächtigte Kommissare an das besetzte Gebiet entsandt hatte [970], überwanden schließlich die Bedenken im Wirtschaftsministerium [971]. Die wirtschaftliche Abwehr wurde näher an das besetzte Gebiet gerückt, zur Entlastung der Zentralen und Beschleunigung von Entscheidungen, Kommunikation und Information. Weitreichende Vollmachten wurden delegiert und Arbeitsstellen eingerichtet, in denen Vertreter der drei relevanten Reichsressorts - Finanz, Wirtschaft und Arbeit - und der entsprechenden Landesbehörden zusammenarbeiteten: die Wirtschaftlichen Außenstellen (WAST) der Reichsregierung entstanden.

Sie übernahm die Funktionen der produktiven Erwerbslosenfürsorge, der Kredithilfe und Notstandsarbeiten, die über die Zuständigkeit der Länder hinausgingen. An drei Stellen, in Heidelberg, Köln und Hamm arbeiteten entscheidungsbefugte Vertreter des Reichsarbeits-, -finanz- und -wirtschafsministeriums und Kommissare des preußischen Ministers für Volkswohlfahrt zusammen. Die Heidelberger Stelle betreute die nichtpreußischen Gebietsteile Badens, Bayerns, Hessens und Oldenburgs sowie den Regierungsbezirk Wiesbaden. Die WAST entschieden nun auch in der Regel über die Anträge der Kredithilfe [972]. Auch bei der Lohnsicherung, der *"Erwerbslosenfürsorge für Gemeinden"*, wurden die WAST tätig, aber nur dann, wenn die Regierungspräsidenten als eigentlich zuständige Stelle über Anträge nicht entscheiden konnten oder wollten [973].

Bei den Außenstellen bündelten sich die Finanzmaßnahmen der Erwerbslosenfürsorge, Kredithilfe, Lohnsicherung, dazu Wohlfahrtsfragen und Volksnotopfer, doch änderten sich die Zuständigkeiten der Behörden

---

Rhein- und Ruhrkredithilfe. Handschriftlich datiert auf 6.5.

970. ZStA, RmfdbG 53432/53, Bl. 119, Reichsarbeitsmin. an Reichswirtschaftsmin. v. 19.2.

971. ZStA, RWiM, Nr. 708, Bl. 30-32, Entwurf Reichswirtschaftsmin. an Reichskanzlei v. 21.2., zentrale Kontrolle bei der Hilfskasse; ZStA, RWiM, Nr. 710, Bl. 33-38, Schreiben Reichsfinanzmin. an Reichswirtschaftsmin. v. 6.3., Organisation der Kredithilfe und der Lohnsicherung in eine Hand und näher ans besetzte Gebiet verlegen; ebd., Bl. 39-41, Reichswirtschaftsmin. an Reichsfinanzmin. v. 17.3., keine Verlagerung.

972. ZStA, Präsi, Nr. 50/2, Bl. 99-103, Rundschreiben der drei Reichsmin. für Arbeit, Wirtschaft und Finanzen an entsprechende Länderressorts v. 11.4. über Einrichtung der WAST und Merkblatt.

973. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 235, Bl. 5RS und 6, "Vermerk über die

und der örtlichen Stellen nicht [974]. Neben der Entscheidungsbefugnis in den Einzelfällen in den Bereichen ihrer Kompetenz sollten die WAST den gegenseitigen Informationsfluß zwischen den Zentralstellen einerseits und den Verbänden im besetzten Gebiet andererseits sicherstellen. Grenzen wurden den WAST durch den finanziellen Rahmen gesetzt sowie durch Fälle, die von überregionaler Bedeutung waren [975].

Trotz aller Fehler und Kollisionen ging die finanzielle Rechnung des Widerstands in den ersten Monaten auf, obwohl sich bereits Ende April ernste Schwierigkeiten ankündigten. Die Finanzentwicklung wurde im Reichsfinanzministerium aufmerksam registriert und den anderen Ressorts mitgeteilt. Einer Ausgabenexplosion von 947 Mrd. Mark im Januar, 2 Bio. im Februar und 3,6 Bio. Mark im März standen Einnahmen des Reichs von insgesamt 360 Mrd., 521 Mrd. und 562 Mrd. in den ersten drei Monaten gegenüber. Die schwebende Schuld hatte sich mehr als vervierfacht. In einem dringenden Appell warnte der Finanzminister in einem ersten Rundschreiben Mitte April davor, daß die Stützungsaktion gefährdet werden könnte, *"falls die Inanspruchnahme der Reichskasse und der Reichsbank in der bisherigen Art weitergeht."* Aber der Minister verlangte keine Fundierung dieses Finanzgebarens, er mahnte ausschließlich administrative Maßnahmen zur Ausgabenkontrolle an. Die Ressorts sollten dafür sorgen, daß sich ihre Anforderungen *"in den Grenzen des lebensnotwendigen Bedarfs"* hielten, insbesondere beklagte sich das Reichsbankdirektorium über allzu häufige Kreditgesuche. In einer Besprechung mit den Haushaltsreferenten der Ressorts des Reichs und Preußens verständigte man sich auf eine mehrmalige verschärfte Überprüfung der Dringlichkeit bei allen finanziellen Anforderungen [976].

Ende April kamen dann Ausgabenforderungen in ganz anderer Größenordnung auf die öffentlichen Kassen zu. Als der Reichsarbeitsminister Brauns nach der Aufgabe des Widerstands im September die Etappen des finanziellen Desasters erläuterte, erklärte er,

---

Besprechung vom 29.3. im Wohlfahrtsministerium".

974. ZStA, 39.02, Nr. 14, Bl. 168, "Sitzung zur Besprechung der Erwerbslosenfürsorge", 6.4.

975. BA, R 43 I/187, Bl. 207-211, bes. Bl. 210f., Rundschreiben der beteiligten Reichsmin. an die entsprechenden Landesmin., Reichsmin. und Reichskanzlei über die Einrichtung der WAST v. 11.4. und Merkblatt.

976. AdRk Cuno, Dok. Nr. 118, Rundschreiben des Reichsmin. der Finanzen an

nicht außen-, sondern innenpolitische Gründe hätten den Ausschlag zur Aufgabe gegeben. *"Die Spanne sei in den ersten Monaten noch erträglich gewesen, solange es noch möglich war, die Mark leidlich zu stabilisieren. Damals arbeiteten die Bergwerke und vor allem die Schwereisenindustrie noch weiter."* [977] Diese forderten Ende April erstmalig für ihre Betriebe staatliche Unterstützung für unproduktive Ausgaben an. Mit einer Generalklausel hatten sie sich bereits im Februar den Zugriff auf Reichsmittel offengehalten, bevor sie sich auf Wechselverpflichtungen in Milliardenhöhe einließen: *"Die Regierung erkennt an, daß die Ausgaben, die den einzelnen Berufs- und Bevölkerungsschichten in dem zur Zeit tobenden, für das gesamte deutsche Volk geführten Abwehrkampf entstehen, von dem Augenblicke ab und in dem Maße, in dem sie unwirtschaftlich sind, keine Rente, sondern Verluste bringen, von den kämpfenden Schichten allein nicht getragen werden können, sondern ihnen in entsprechendem Umfang vom Reich zu ersetzen sind"* [978]. Bezeichnend ist, daß diese Klausel den anderen Berufs- und Bevölkerungsschichten nicht zur Kenntnis gegeben wurde.

Zunächst hatten sich die Werke selber ausgeholfen und sich mit Garantien des Reichs zufriedengegeben. Um die Finanzprobleme zu entschärfen, die die Verlegung des Ruhrkohlensyndikats von Essen nach Hamburg mit sich brachte, garantierte der Reichsfinanzminister einen Kredit über 150 Mrd. Mark, den die Reichsbank den Zechen eröffnete. Dieser Kredit wurde abgegolten. Von Februar bis Mai garantierte der Reichsfinanzminister monatlich neue Kredite der Reichsbank an die Zechen über insgesamt 890 Mrd. Mark. Ende Mai waren sie mit 770 Mrd in Anspruch genommen. Die Schwerindustrie und der Bergbau im Ruhrgebiet hatten sich zu eigenen Finanzierungsgesellschaften zusammengeschlossen: der "Stahl-" und der "Kohlenfinanzierungsgesellschaft". Beide schlossen Verträge mit der Reichs-Kredit-Gesellschaft [979]. Mitte April kündigte dann die Schwerindustrie an, auch bei ihr sei inzwischen *"der Zeitpunkt gekommen*

---

die Reichsmin. v. 11.4. und S. 371 Anm. 4 (Zitate S. 370f.)

977. Protokoll der Pressekonferenz in Hamm, 27.9., Referat Reichsarbeitsmin. in: ZStA, RAM 2959, Bl. 71-6.

978. ZStA, RWiM, Nr. 8420, Bl. 79-81, Treffen Wirtschaftsvertreter v. Rhein und Ruhr mit Kanzler, Reichswirtschaftsmin. Becker und Reichsarbeitsmin. Brauns am 15.2., Formulierungsvorschlag Becker an Staatssekretär Hamm v. 17.2.

979. ZStA, RAM 647, "Zusammenstellung über die Deckung des Geldbedarfs der Eisen- und Stahlindustrie und des Ruhrkohlenbergbaues im Einbruchsgebiet durch

..., in dem auf Lohnsicherungshilfen nicht mehr ganz verzichtet werden könne. Bei einigen Betrieben sei die eigene finanzielle Kraft erschöpft und die Unmöglichkeit regelmäßiger Produktion nehme in starkem Maße zu. Es sei sehr dringlich, um Entlassungen von Arbeitern zu vermeiden, unverzüglich die Hilfsgrundlagen festzustellen." [980]

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat berief sich ebenfalls auf die allgemeine Ersatzzusage vom Februar, als es Ende April Ersatz für unproduktive Ausgaben der Ruhrzechen verlangte. Innerhalb von fünf Tagen, von Freitag, dem 28.4., bis Dienstag, dem 1.5., sollten die Zentralstellen den vorgelegten Plänen grundsätzlich zugestimmt und Anweisungen erteilt haben. Bis zum 4. Mai. mußten die Mitglieder des Kohlensyndikats eine bindende Erklärung erhalten haben, *"damit die Verwaltungen die Verantwortung übernehmen können, die Lohngelder für die erste Mai-Dekade weiter auf dem Kreditwege zu beschaffen."* Die Zechen berechneten Ersatzansprüche entsprechend dem Förderausfall von Februar bis April in Höhe von 414 Mrd. Mark [981].

Am 3. Mai sagten die beteiligten Ressorts den Zechen den Ersatz unproduktiver Aufwendungen zu [982]. Sie hatten im Grunde auch keine andere Wahl. Wenn die Zechen keine Kredite mehr nahmen, hätte das Reich für die 500.000 Arbeiter des Bergbaus im Ruhrgebiet Lohnsicherung zahlen müssen. Die getroffene Regelung entsprach weitestgehend dem Vorschlag des Kohlensyndikats [983].

Das Prinzip der Ruhrkampffinanzierung basierte auf Reichskrediten, Garantien und Zuschüssen. Die Konsequenzen resultierten in einem Anstieg der Staatsausgaben bei gleichzeitig stark steigendem Anstieg der staatlichen

---

Geldmittel und Garantien des Reiches", undatiert (Ende August/Anfang September).

980. ZStA, RmfdbG 53424/4, Bl. 83, Bericht WAST Hamm an Reichsarbeitsmin. v. 19.4.

981. ZStA, RmfdbG 53424/5, Bl. 34-39 (Zitat Bl. 39), Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat an Reichsfinanzmin., 27.4.

982. ZStA, RAM 647, "Zusammenstellung", undatiert, Ende August/ Anfang September, dort S. 6.

983. Vgl. dazu die Äußerungen Beckers in den Besprechungen mit den Ministerpräsidenten der Länder am 1. u. 2. 5. in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 146, S. 455. Zahl der Arbeiter in: ZStA, RmfdbG 53424/5, Bl. 39, Schreiben des

Kreditaufnahme. Der Wirtschaftshistoriker Witt vermerkt für 1923 einen scharfen Anstieg der Staatsausgaben. Sie verdoppelten sich fast bei gleichzeitig sinkendem Sozialprodukt. Der Trend, einen immer größeren Anteil der Staatseinnahmen über staatliche Kreditaufnahme zu finanzieren, setzte sich auch 1923 weiter fort und stieg von 80% im Jahr 1922 auf nun über 90% [984].

Diese Ruhrkampffinanzierung war ohne die bereits bestehende inflationäre Entwicklung und den sie tragenden Konsens nicht denkbar. Denn nur hieraus ist die grundsätzliche Bereitschaft zu erklären, mit der "der Wirtschaft" für das Ausharren im Ruhrkampf finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Gleichzeitige Bemühungen um eine sparsame Haushaltsführung und das Beharren auf Kontrolle der Verteilung stellten diese Haltung keineswegs infrage, sondern erscheinen in dieser Zeit als Relikte einer vergangenen Epoche solider Finanzwirtschaft. Wichtiger ist, daß nicht alle Interessentenkreise gleichmäßig bedacht wurden, sondern dies durchaus von ihrer Eigeninitiative, der Kenntnis des bürokratischen Apparats und ihrer Durchsetzungsfähigkeit abhing.

Versucht man hier die Position der Regierung zu denen der verschiedenen Wirtschaftsgruppen in Beziehung zu setzen, so ergibt sich ein klares Machtgefälle, das sich in der Fähigkeit ausdrückte, die eigenen Interessen in staatliches Handeln umzusetzen. Die rheinisch-westfälischen Großbetriebe der Stahlindustrie und des Bergbaus verhandelten mit der Regierung wie mindestens gleichrangige Mächte. Sie legten ihr Finanzkonzept vor, diktierten das Tempo und die Bedingungen. Die Großbanken konnten, wie der Großhandel, eine Eigenbeteiligung und ein eigenes Risiko zumindest vermeiden. Kleinere und regionale Arbeitgeberverbände hatten hartnäckig Lobbyarbeit beim Wirtschaftsministerium zu betreiben, um ihre Interessen in den Gang der Entscheidungen einfließen zu lassen. Vertreter der Landwirtschaft mußten sich gegen die öffentliche Anprangerung ihres Standes, sogar von behördlicher Seite, zur Wehr setzen. Die finanziellen Vorstellungen von Gewerkschaftsvertretern nach Lohnanpassung und Preisbindung wurden in

---

Kohlensyndikats.

984. Witt, Finanzpolitik, a.a.O., S. 401, 420 und S. 425, Tabelle, beachte die Fehlerquellen in der Berechnungsbasis, daher dienen die Zahlen nur als grober Richtwert.

den Ministerien abgeblockt und konnten nur aufgrund entsprechender Machtverhältnisse auf unterster Ebene, und dann als Verstöße bzw. Ausnahmen von geltenden Richtlinien, durchgesetzt werden.

Die Bedeutung dieser Machtverteilung für die Entwicklung des Ruhrkampfes liegt darin, daß auf der einen Seite unauffällig Ressourcen vorenthalten wurden bzw. Entscheidungen getroffen wurden, die bestimmte Interessen bevorzugten, auf eine Weise, die jeder demokratischen Entscheidungsfindung entzogen war. Auf der anderen Seite kamen Interessen lange Zeit gar nicht zum Zug, bis sie sich in Ausbrüchen gegen die "eigene" Seite entluden und damit den Zusammenhalt nachhaltig und vor allem, offen, schwächten. Diese nicht überraschende Auffächerung der Machtverteilung in repräsentativ-demokratischen Staaten gewann dadurch eine konfliktrelevante Dimension. Denn das Sichtbarwerden von inneren Gegensätzen wurde im Ausland als ein Zeichen beginnender Schwäche bewertet. Festzustellen ist, daß dies eine Folge des üblichen "Spieles der Kräfte" in einem demokratischen Staat war.

Die Frage, die sich daran anknüpft ist die, wie eine Schwächung des Widerstands aufgrund dieser Strukturmerkmale zu verhindern ist? Die in der historischen Situation entwickelte Zusammenarbeit verschiedener wirtschaftlicher Gruppen in den paritätischen Ausschüssen ist auf Gremien im besetzten Gebiet beschränkt geblieben und hat das grundsätzliche gegenseitige Mißtrauen nicht überwinden können. Festzustellen ist gleichzeitig auch, daß die sachlichen Probleme von Unterstützung einerseits, Mißbrauchsmöglichkeit andererseits sowie das Grundproblem, in welcher Weise eine Unterstützung für das besetzte Gebiet gewährleistet werden kann, ohne die finanziellen Ressourcen völlig zu ruinieren, durchaus gesehen und angegangen worden sind. Der zeitbedingte Kontext der Ruhrkampffinanzierung durch Aktivierung der Notenpresse ist an der beschriebenen Konstellation sehr deutlich geworden.

Dieser Pfad der scheinbar nicht versiegenden Geldschöpfung endete jedoch in dem Moment jäh in einem wirtschaftlichen Bankrott, wenn die ausgegebenen Noten völlig wertlos waren. Die Prognose dieser Entwicklung, die der Bankier Max Warburg schon 1920 aufgestellt hatte, und die er im übrigen für *"zwangsläufig"* hielt, falls der Friedensvertrag

nicht revidiert wurde [985], war vermutlich auch Kanzler Cuno bekannt [986]. Diese Entwicklung wurde durch die Ausgabenwirtschaft der Ruhrkampffinanzierung vorangetrieben.

Die Inflation war demnach eine Voraussetzung, aber auch eine Gefahr für die materielle Stützung des Widerstands. Denn Preissteigerungen, die als unabwendbare Begleiterscheinung zur Inflation gehörten, waren ein Signal der Schwäche und der Schwächung des Widerstands.

3.4.2.3. Fürsorge für Ausgewiesene. Unterbringung vertriebener Beamter

Die alleinige Zuständigkeit der einzelnen Ressorts für die Organisation der Fürsorge der ausgewiesenen Beamten sorgte für viel Unstimmigkeit und Verwirrung. Es gab vereinzelte Vorstöße innerhalb der Zentralstellen, wenigstens Teilbereiche wie die wohnliche Unterbringung oder die Organisation der Umzüge einheitlich zu regeln. Aber es war vom Reich aus nicht daran gedacht, *"gemeinschaftlich für alle Reichsverwaltungen einheitliche Hilfsstellen zu schaffen, vielmehr sei beabsichtigt, die Fürsorge für die Beamten in finanzieller und beruflicher Hinsicht den einzelnen Verwaltungen zu überlassen"*. Dabei blieb es [987]. In der Folge erging eine Fülle von Erlassen, deren Tendenz es war, eine Anpassung an die Inflation

---

985. Specht, Agnete von, Politische und wirtschaftliche Hintergründe der deutschen Inflation 1918-1923 (Europäische Hochschulschriften. Reihe III. Geschichte und ihre Hilfswissenschaften. Bd. 179). Frankfurt, Bern 1982, S. 42f. (Im folgenden zitiert als: Specht, Hintergründe, a.a.O.).

986. Vgl. zur Verständigungsbereitschaft Warburgs vor dem Versailler Vertrag Krüger, Rolle, a.a.O., S. 580-582. Sein Kompagnon, Carl Melchior, war Reparationsberater der Regierung Cuno in: AdRk Cuno, S. 15 Anm. 10, S. 73 Anm. 2., S. 101 Anm. 2. Zur Zusammenarbeit Melchior-Warburg in: Krüger, Rolle, a.a.O., S. 572f. Warburg hatte auch direkten Kontakt mit Cuno in: Maier, Charles, Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany, and Italy in the Decade after World War I. Princeton 1975, S. 367. (Im folgenden zitiert als: Maier, Recasting, a.a.O.).

987. BA, R 43 I/222a, Bl. 19-21, Einladung des Reichsfinanzmin. zur Besprechung über eine gleichmäßige Regelung der Unterbringung der Beamten und Vorschläge des Landesfinanzamtspräsidenten aus Kassel dazu; ebd., Bl. 64-67 (Zitat), Niederschrift über eine Besprechung v. 6.2. im Reichsverkehrsmin. über die

zu erreichen und die jeweils neu auftretenden Fragen verwaltungsmäßig zu ordnen. Hierbei kann davon ausgegangen werden, daß es sich fast immer um die Reaktion der Zentralinstanzen auf Klagen aus der Beamtenschaft handelte [988]. Die Verwaltungsvorschriften hinkten der Situation dauernd hinterher.

Anders als erhofft und beabsichtigt, breitete sich unter der Beamtenschaft nicht das Gefühl von Sicherheit aus, weil die Umsetzung der Erlasse ebenfalls nicht funktionierte. Diese Entwicklung veranlaßte den Preußischen Innenminister, im Mai die nachgeordneten Behörden in einem Rundschreiben auf diesen Mißstand aufmerksam zu machen. Er führte aus: *"Es wird lebhaft darüber geklagt, daß die Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände im altbesetzten (vertragsmäßig besetztes Rheinland.B.M.) und Einbruchsgebiet (Ruhrgebiet. B.M.) in völliger Unwissenheit sich darüber befinden, wie sie im Falle ihrer Ausweisung sich zu verhalten haben und auf welche Weise für sie nach der Ausweisung gesorgt wird. ... Die Ausgewiesenen sind... meist ohne den im Erlaß vom 31. Januar... vorgeschriebenen Personalausweis und wissen nicht, daß Hilfsstellen eingerichtet sind, an die sie sich nach dem Verlassen des besetzten Gebietes wenden können und wo diese liegen. Auch an Geld fehlt*

Unterbringung ausgewiesener Beamter.

988. BA, R 43 I/222a, Bl. 91, (Reichspostmin. v. 31.1.), Bl. 38-44, (Reichsfinanzmin. v. 2.2.), Bl. 79, (Reichsschatzmin. v. 8.2.), Bl. 189-191, (Bayern v. 9.2.), Bl. 85-89, (Hessen v. 27.1.), Bl. 132, (Reichsmin. für Wiederaufbau v. 17.2.), Bl. 177RS-180, (Bayern v. 22.2.), Bl. 219f., (Reichsfinanzmin. v. 28.2.), Bl. 350, (Reichsfinanzmin. v. 12.3.); StaMs, OpräMü, Nr. 5007 (Reichsbahndirektion v. 2.2., Oberpräs. an nachgeordnete Behörden, Münster nicht mehr als Zufluchtsort für ausgewiesene Behörden zu nehmen v. 10.3.); StaMs, OpräMü, Nr. 5000, pr. Finanzmin. gibt am 10.2. neue Dienststelle für ausgewiesene Beamte bekannt, die Haupthilfsstelle Cassel etc; RD Präs, Nr. 132, Bl. 53, (Richtlinien des pr. Min. für Handel und Gewerbe v. 2.2.), Bl. 71, (pr. Min. für Landwirtschaft, Domänen und Forsten v. 10.2. zur Stellung von Verteidigern), Bl. 112f., (Runderlaß des OLG Düsseldorf v. 4.4. bzgl. Schätzung von Hausrat), Bl. 92-95, (Erweiterung des Erlasses v. 30.1. v. pr. Innenmin.), Bl. 90, (Haupthilfsstelle Cassel v. 11.4. über Regelung der Bezahlung der Bezüge); HStD, RD 16102, pr. Innenmin. v. 19.2. über datenmäßige Erfassung der ausgewiesenen Beamten; HStD, Hochbauamt D 82 III, Regierungspräsident Cassel, Betreuungsgrundsätze v. 26.2. und Ausführungsbestimmungen zur Schadloshaltung v. 10.4.; BA, R 43 I/187, Bl. 219-230, Rundschreiben des Reichsfinanzmin. an alle

es den Beamten häufig, weil es ihnen nicht gelingt, Vorschüsse nach Maßgabe obigen Erlasses zu erhalten. Ohne Zweifel muß die Unkenntnis über die an sich ausreichenden Fürsorgemaßnahmen bei den Kommunalbeamten lebhafte Sorge um ihre Zukunft entstehen lassen und Willen und Entschlußkraft lähmen. ... In noch stärkerem Maße wird geklagt über die mangelhafte Orientierung ausgewiesener Familienmitglieder von Gemeindebeamten. Auch diese müssen sich durch behördliche Personalbeschreibung ausweisen können und mit den nötigen Reisemitteln versehen werden, wenn sie ausgewiesen werden...." **989**.

Es fehlte aber nicht nur an den Informationen über das Verfahren. Die Vorgaben der Zentralstellen gingen in Teilbereichen an der Realität vorbei. Dies führte vor Ort zu Unstimmigkeiten, wenn Beamte die für sie vorgesehenen Hilfsstellen tatsächlich erreichten, aber nicht alle erforderlichen Unterlagen vorweisen konnten. Beispielsweise bekamen Ausgewiesene im unbesetzten Gebiet nur dann eine Lebensmittelkarte, wenn eine Abmeldungsbescheinigung aus ihrer Heimatstadt vorlag. Das Argument, daß die gesamte Verwaltungstätigkeit vielfach durch die Besatzung lahmgelegt worden sei, wurde in den Hilfsstellen nicht anerkannt. Schwierigkeiten dieser Art veranlaßten im April den Preußischen Staatskommissar für Ernährung zu einer Verfügung. Darin suchte er zu beschwichtigen, goß aber nur Öl ins Feuer. Er führte aus: *"Der wahre Grund für das Fehlen der Lebensmittel- und polizeilichen Abmeldung wird wohl darin liegen, dass bei der begreiflichen Nervosität, in der sich die Flüchtlinge bei ihrer Abreise aus dem besetzten Gebiet befanden, oder bei dem Mangel an Zeit, -besonders wenn es sich um Ausgewiesene handelt- diese die Abmeldung verabsäumt haben."* Die Bezirksgruppe Rheinland des Verbandes der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens reagierte bissig auf diese Einschätzung und beschwerte sich beim Oberpräsidenten der Rheinprovinz: *"Wenn diese (die Nervosität. B.M.), wie bei gewissen Regierungszentralstellen auch bei der rheinischen Bevölkerung, den Beamten, Angestellten und Arbeitern, tatsächlich bestände, wäre die ganze Verteidigungsaktion längst zusammengebrochen."* Die scharfe und verletzte Reaktion ist bereits ein Zeichen der Entfremdung, die sich nach einigen

---

Ressorts v. 17.4. mit Regelung der Umzugsorganisation.

989. StaMs, OpräMü, Nr. 5000, Runderlaß des pr. Innenmin. v. 12.5.

Monaten des Ruhrkampfs zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet auftat. In der Sache zog der Volkskommissar die umstrittene Verfügung zurück [990].

Schließlich ließ die wohnliche Unterbringung der ausgewiesenen Beamten an manchen Orten zu wünschen übrig. Die Städtevereinigung der besetzten rheinischen Gebiete faßte bereits Ende Februar die bisherigen Erfahrungen zusammen. Eine Stadt bezeichnete die Wohnverhältnisse der Ausgewiesenen als *"trostlos". "Ganze Familien seien an einem Zufluchtsorte auf 1 oder 2 Räume angewiesen, andere hätten überhaupt noch keine Unterkunft gefunden und wohnten noch in Hotels, ohne irgendeine Aussicht, in absehbarer Zeit ein nur einigermaßen angemessenes Unterkommen zu finden. Die Möbel sind in Schuppen und dergleichen schlecht und unsicher untergebracht."* [991]

Die Propaganda der Besatzungsmächte schlachtete die angeblich bevorzugte Behandlung der ausgewiesenen Beamten nach Möglichkeit aus. In einem Flugblatt vom Februar heißt es dazu: *"Diese Behörden (die Besatzungsbehörden. B.M.) können sich wirklich nicht damit begnügen, den beamteten Unruhestiftern durch Ausweisung einen willkommenen Grund zur Beförderung zu verschaffen. Schlimmstenfalls bekommen ja die Herrschaften auf Kosten des deutschen Steuerzahlers angenehme Ferien in einem Schwarzwaldhotel, wo sie reichlich Muße haben, das Unglück der Ruhrbevölkerung zu vergessen."* [992] Da die Beamten nicht an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten, machten sich die zuständigen Ministerien über ihren weiteren Verbleib Gedanken. Der Städtetag bot sich an, ausgewiesenen Beamten neue Verwendungsmöglichkeiten zu vermitteln [993].

---

990. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 232, Bl. 252 und 254f. (Zitate Bl. 255 und 254RS).

991. BA, R 43 I/222a, Bl. 129, Brief Städtevereinigung der besetzten rh. Gebiete in Köln an den Reichskanzler v. 20.2.

992. StaMs, RegAbg I Pa, Nr. 1054, Flugblatt "Bürger und Beamte!" v. Feb. 23.

993. BA, R 43 I/222a, Bl. 200, Brief Dt. Städtetag an Reichskanzlei, Zentralstelle Rhein-Ruhr v. 24.2.

3.4.2.4. Zusammenfassung: Maßnahmen der Regierung zur Absicherung des Widerstands

In den Monaten Januar bis Mai dominierten die Stärken des Widerstands auch in der materiellen Absicherung. Dies lag daran, daß die Währungsstabilisierung bis in den April hinein aufrecht erhalten werden konnte und daß das Konzept aufging, das auf eine möglichst lange Weiterbeschäftigung der Arbeitnehmer in den Betrieben, auf eine möglichst lange Weiterproduktion und auf die Selbsthilfe der Großunternehmen setzte.

Die gravierenden Schwächen, die in den ersten Monaten ebenfalls erkennbar wurden, kamen in diesem Zeitraum noch nicht voll zur Geltung. Die größte Schwäche für die Zukunft lag in der mangelnden Bereitschaft gesellschaftlicher Kräfte, finanzielle Opfer zu bringen. Dieses Versagen kann nicht der Regierung angelastet werden, die zahlreiche Aktivitäten unternahm, um die erforderlichen Ressourcen zu beschaffen.

Das Parlament konnte keine Übereinstimmung erzielen, um die Finanzierung zu fundieren. Verschiedene einflußreiche Wirtschaftskreise weigerten sich, ihrerseits Belastungen auf eigenes Risiko zu übernehmen und damit die finanzielle Durchhaltekraft zu verlängern.

Mit dem Zusammenbruch der Währungsstützung setzte sich dann der inflationäre Trend wieder voll durch, der im besetzten Gebiet als fortgesetzte Preissteigerung ohnehin kaum abgebremst worden war. Das Versagen der Finanzkräfte bei der Ressourcenbereitstellung sollte nun binnen kürzester Zeit zu ersten sichtbaren Erscheinungen der Schwäche führen, indem sich im Mai im besetzten Gebiet Lohnunruhen gegen die Regierung und gegen die Gewerkschaften ausbreiteten.

Vor dieser Entwicklung hatten Gewerkschafter seit langem gewarnt, aber sie konnten in keinem für sie wichtigen Bereich bei der Meinungsbildung in den Zentralstellen die Rolle spielen, die ihrer Bedeutung für den Widerstand annähernd gerecht wurde.

Ein weiterer Schwachpunkt, der noch nicht ins Gewicht fiel, war die Umsetzung der wirtschaftlichen Stützungsmaßnahmen. Hier ist einmal die Organisationsstruktur zu nennen. Es wurde ein Nebeneinander verschiedenster Institutionen geschaffen, die sich kaum voneinander abgrenzen ließen und kompliziert zu handhaben waren. Dann ist die

Funktionsweise zu nennen, denn die einzelnen Verfahren waren nicht aufeinander und nicht mit den Grundzügen der Reichsbankpolitik harmonisiert. Immerhin wurde im April die Organisationsstruktur stark vereinheitlicht und mehr ans besetzte Gebiet verlagert, ohne daß die Grundprobleme damit beseitigt wurden. Die Gründe für diese Struktur sind in den Zentralstellen zu suchen und werden weiter unten ausführlich erörtert.

Als eine bereits offensichtliche Schwäche ist schließlich die Ausgewiesenen-Fürsorge zu nennen, die gleich in mehrerer Hinsicht ihr Ziel verfehlte. Die Inhalte der Bestimmungen, der Informations-Transfer und die Umsetzung wurden kritisiert. In diesem Bereich ist die Alleinzuständigkeit der Ressorts im übrigen von vornherein gewahrt worden und gar nicht der Versuch gemacht worden, zu einer Koordination zu kommen. Die Organisationsleistung der behördlichen Instanzen war in diesem Bereich besonders schlecht, gemessen an dem angestrebten Ziel, Sicherheit und Zuversicht bei den anvertrauten Beamten zu erzeugen.

Mit all diesen latenten bzw. bereits erkennbaren Schwachstellen funktionierte das Absicherungssystem dennoch in den ersten Monaten. Als jedoch Ende April die Großindustrie des Reviers signalisierte, daß auch sie nun öffentliche Unterstützungszahlungen für ihre Betriebe erwartete, wurde das System zum ersten Mal wirklich auf die Probe gestellt.

3.4.2.5. Organisation und Leitung

Die Organisationsleistung der Berliner Zentralstellen wurde kritisch bewertet und die Berechtigung dazu selbstkritisch anerkannt. Doch auch in diesem Bereich sind Versuche festzustellen, die Aufgaben der Koordinierung zu lösen. Die bereits oben kurz erwähnte Einrichtung der Zentralstelle war der Versuch, der umgesetzt wurde; angesichts der Erfolglosigkeit dieser Stelle sind darüberhinaus diejenigen Koordinationsfunktionen interessant, die zuerst an anderen Stellen angesiedelt waren und dann der Zentralstelle Rhein-Ruhr übertragen wurden.

Zunächst einmal spielte die Reichskanzlei selber als Koordinierungsinstanz eine nicht unwichtige Rolle. Als das Kabinett am 19. und 20.2. über die weitere Perspektive des Widerstands beriet, forderte der für die

Vorbereitung zuständige Staatssekretär in der Reichskanzlei zunächst einmal Voten der Ministerien ein, um einen Überblick über die Lage zu erhalten. Dann schlug er vor, ein *"Kriegskabinett"* mit dem Reichskanzler, dem Außen-, Innen-, Wirtschafts-, Finanz-, Wehr-, Arbeits- und Schatzminister und einem Vertreter des Preußischen Staatsministeriums zu bilden, das sich täglich zu einer bestimmten Stunde treffen sollte. Die übrigen Minister sollten sich diese Zeit freihalten. Industrie, Banken, Handwerk und Landwirtschaft sollten je einen, Gewerkschaften zwei Vertreter benennen, die ständig zu Verhandlungen bevollmächtigt waren [994].

Zu dieser Zusammenfassung der gesellschaftlichen Kräfte an der zentralen politischen Entscheidungsstelle im Reich, beim Kabinett, und zu einer regelmäßigen, häufigen Befassung des Kabinetts mit dem Thema kam es nicht. Um so größer war die Notwendigkeit einer gegenseitigen Feinabstimmung zwischen den Ministerien, und nach wie vor bestand der Zwang, schnell zu reagieren. Wie sollte das vonstatten gehen, wer sollte das vorantreiben? Ein praktischer Vorschlag, der zwar nicht ausgeführt wurde, aber vor dem Hintergrund der tatsächlichen Entwicklung als vielleicht erfolgversprechender eingeschätzt werden muß, ging dahin, daß bei regelmäßigen Treffen bevollmächtigte Vertreter der beteiligten Ressorts die Richtlinien festlegen und bei neu zu treffenden Maßnahmen ein grundsätzliches Einvernehmen erzielen sollten. Gelang dies nicht, so mußte ein Chefgespräch Klärung bringen. Dies hätte zumindest die Beschäftigung mit dem Ruhrkampf in nächster Nähe der Ressortinhaber sichergestellt. Auch hierzu kam es nicht, diese im März entwickelte Idee wurde auch nicht weiterverfolgt, weil durch die Einrichtung der Zentralstelle Rhein-Ruhr bei der Reichskanzlei die Sache geregelt schien [995]. Ein weiterer Koordinationsvorschlag ging dahin, daß sich ein- bis zweimal wöchentlich die hauptsächlich beteiligten Referate treffen und einen kurzen Bericht zusammenstellen sollten. Ein in Köln stationierter Verbindungsmann sollte alle 3 Tage berichten bzw. in den Zentralen mündlich Bericht erstatten und gleich wieder Arbeitsaufträge mitnehmen [996]. Die sich letztlich

---

994. AdRk Cuno, Dok. Nr. 78, 18.2., S. 262-264 (Zitat S. 263), "Vermerk des Staatssekretärs Hamm über die politische Lage".

995. ZStA, RWiM, Nr. 709, Bl. 259f., Vorlage Wessigs für Staatssekretär v 12.6. Der Erlaß v. 21.3. ist die Bekanntmachung der Geschäftsordnung der Zentralstelle Rhein-Ruhr in: AdRk Cuno, S. 312 Anm.

996. ZStA, RWiM, Nr. 708, Bl. 66 und Bl. 69f., Niederschrift über Besprechung 22.2. über ein einheitliches Zusammenarbeiten der Fachreferate mit den

entwickelnde Struktur mit Referentenbesprechungen und Verbindungsmännern ähnelt dieser, entstand aber in anderen Zusammenhängen.

Dann wurde diskutiert, die zusammenfassende Arbeit einem Ressort zu unterstellen. Auch dies wurde verworfen [997]. Insgeheim fühlte sich das Reichswirtschaftsministerium als das wichtigste, da der Charakter ein *"Wirtschaftskampf"* sei und die Materie federführend dort behandelt würde [998]. Wenn man sich an die Überlegungen im Reichsarbeitsministerium erinnert, das seinen Kommissar im Ruhrgebiet als Drehscheibe des Ruhrkampfs etablieren wollte, kann man sich leicht vorstellen, daß in diesem Ressort ebenfalls die Überzeugung gepflegt wurde, das wichtigste befaßte Ressort zu sein.

Die Unfähigkeit, die Bearbeitung des Ruhrkampfs an zentralen Stellen zu etablieren, war eine schlechte Voraussetzung für eine Zusammenarbeit mit der Zentralstelle Rhein-Ruhr (ZRR), die im März eingerichtet wurde. Als im Ministerrat Mitte März über die Ausstattung dieser Stelle gesprochen wurde, wurde gleich kritisch angemerkt, daß sie für *"Berichterstattung und Vermittlung"* genügen würde, nicht jedoch, *"wenn aber wirklich die Geschäfte gefördert und Widerstände überwunden werden müßten"* [999]. Daß sie Recht behielten, dafür sorgten die Kritiker bzw. ihre Ministerialbeamten allerdings selber sehr tatkräftig. Der Leiter der Zentralstelle, der aus Düsseldorf ausgewiesene Bürgermeister Schmid, rang ausdauernd und hartnäckig um die Kompetenzen, die eine effektive Zusammenführung der anderen Ressorts zumindest vorstellbar erscheinen ließen. Die Widerstände der Ressorts, an denen die Arbeitsfähigkeit seiner Stelle scheiterte, wurden durch seine unermüdlichen Anläufe offenbar und für die Analyse auswertbar.

Zur arbeitsfähigen Ausstattung der Stelle gehörte nach Schmids Vorstellungen im wesentlichen, daß regelmäßige, häufigere, hochrangige Gespräche stattfanden. Die anfallenden Besprechungen sollten an einer, an

---

Generalreferaten (Einladung).

997. AdRk Cuno, Dok. Nr. 98, Ministerrat v. 16.3., s. bes. S. 310, Reichsinnenmin. Oeser.

998. ZStA, RWiM, Nr. 709, Bl. 259f., Vorlage Wessigs für Staatssekretär v 12.6.

999. AdRk Cuno, Dok. Nr. 98, Ministerrat v. 16.3., s. bes. S. 311, Reichsarbeitsmin. Brauns. Auch der Reichswirtschaftsmin. trat für eine Ansiedlung

seiner Stelle stattfanden, und dann auch unter seinem Vorsitz. Seine Stelle sollte vor Abgang wichtiger Erlasse die Übereinstimmung mit anderen Ressorts feststellen und über die laufenden Aktivitäten der beteiligten Ressorts informiert werden, mit einem finanziellen Fonds ausgestattet werden und einen parlamentarischen Beirat mit Vertretern aller Fraktionen *"(selbstverständlich ausser den Kommunisten)"* erhalten [1000]. Nach außen hin gewann Schmids Stelle zusehends an Kapazität. Am 2.5. wurde er zum *"Kommissar des Reichskanzlers für die Ruhrabwehr"* ernannt [1001], wofür er einen Monat lang gerungen hatte. Denn bislang arbeiteten er und seine Mitstreiter ohne Anbindung an irgendwelche Verfassungsnormen, sozusagen als *"'wilde()' Privatangestellte()"* [1002]. Schmid betrachtete sich nach der Berufung als gleichstehend mit dem Staatssekretär in der Reichskanzlei [1003]. Im Reichswirtschaftsministerium wurde daraufhin geargwöhnt, die Zentralstelle Rhein-Ruhr sei *"von einer reinen Auskunftsstelle und Nachrichten-Vermittlungsstelle zu einer Art neuem Ministerium geworden"* [1004]. Doch davon konnte keine Rede sein, und das mußten die Kritiker eigentlich wissen. Die Staatssekretäre verschiedener Ressorts hatten von Beginn an auf effektivste Weise die Funktionsfähigkeit dieser Stelle beschnitten, die den passiven Widerstand in der Berliner Zentrale befördern sollte. Bevor Schmid darangehen konnte, *"dem Durcheinander der verschiedenen Ressorts ... einigermaßen abzuhelfen"* [1005], mußte er monatelang darum ringen, daß die räumliche Ausstattung [1006] und die Unterbringung der Stelle ein Arbeiten überhaupt zuließ [1007]. Bereits am 1.3. hatte Schmid beim Staatssekretär in der Reichskanzlei

---

der Stelle innerhalb der Hierarchie, beim Staatssekretär in der Reichskanzlei, ein.

1000. BA, R 43 I/1790, Bl. 14 u. 14RS (Zitat Bl. 14), Schreiben Schmid an Cuno v. 10.3.

1001. ZStA, RmfdbG 53432/48, Bl. 51, Ernennungsurkunde v. 2.5.; AdRk Cuno, S. 312 Anm.

1002. BA, R 43 I/1790, Bl. 32f., Schreiben Schmid an Reichskanzler v. 15.4.

1003. BA, R 43 I/1790, Bl. 124, Schreiben Schmid an Reichskanzler v. 13.8., Beschreibung seiner Stelle.

1004. ZStA, RWiM, Nr. 709, Bl. 258-261, Entscheidungsvorlage Wessigs für den Staatssekretär v. 12.6., betr. der Stellung der Zentralstelle Rhein-Ruhr und das Verhältnis des Reichswirtschaftsmin. dazu, hs. Randbemerkungen.

1005. ZStA, RmfdbG 53432/48, Bl. 4, persönliches Schreiben Schmid an v. Maltzan v. 20.3.

1006. ZStA, RmfdbG 53432/48, Bl. 56, Schreiben Reichsfinanzmin. v. 11.5.; ebd., Bl. 40, Schreiben Hamm v. 22.4. wg. Überlastung Telefonzentrale.

hierüber Beschwerde erhoben, und die folgenden Auseinandersetzungen beschäftigten die Pressestelle, das Auswärtige Amt, das Reichsinnenministerium und den Reichskanzler bis Ende Mai [1008]. Dann fand das wochenlange Arbeiten unter unzumutbaren Bedingungen [1009] ein vorläufiges Ende.

Der Reichskanzler wie der Reichspräsident hatten dem Leiter der Zentralstelle ihre Hilfe bei der Überwindung von *"unerträglichen Ressortwiderständen"* zugesagt. Schmid kam mehrfach darauf zurück, nicht nur in der Auseinandersetzung um die Arbeitsbedingungen seiner Stelle. Er mußte sich zunehmend gegen die Attacken verschiedener Minister wehren [1010]. Die Durchsetzungsfähigkeit des Kanzlers, dem Schmid direkt unterstellt war, erwies sich jedoch als nicht groß genug, um der Arbeitsstelle Schmids die nötige praktische Kompetenz zu verschaffen [1011]. Dabei machte sich die Verfassungskonstruktion bemerkbar, die den Reichskanzler mit einer schwachen Stellung innerhalb des Kabinettes ausgestattet hatte [1012].

1007. Ebd., Bl. 4, persönliches Schreiben Schmid an v. Maltzan, 20.3.

1008. Briefwechsel in: BA, R 43 I/1790, Bl. 2, Schreiben Schmid an Hamm v. 1.3.; ebd., Bl. 13, Entwurf Brief an Außenmin. v. 3.3.; ebd., Bl. 14, Entwurf Schreiben an Reichsmin. des Innern v. 6.3.; ebd., Bl. 45, erneute Beschwerde Schmids über Raumnot; ebd., Bl. 76, Ankündigung Umzug für 29.5. und Verteilung der Räume; ebd., Bl. 80, Vermerk Hamm über Umzug und Kommentar Cunos v. 31.5.: "Der Herr RK. hält die Angel. damit für endgültig erledigt, nachdem sie ihn durch 3 Monate hindurch Zeit gekostet hat."

1009. BA, R 43 I/1790, Bl. 45, persönliches Schreiben Schmid an Reichskanzler, 26.4. mit anschaulicher Schilderung der Arbeitsbedingungen.

1010. BA, R 43 I/1790, Bl. 27f. (Zitat Bl. 27), Schreiben Schmid an Reichskanzler v. 26.3.; AdRk Cuno, Dok. Nr. 216, Reichskanzler an Reichsfinanzmin., 11.7., s. bes. S. 641-643 und vgl. S. 639 Anm. 1 zu den diversen Fassungsentwürfen von Schmid und Hamm.

1011. BA, R 43 I/1790, Bl. 61f., Schreiben Schmid an Reichskanzler v. 5.5.

1012. Vgl. Schöne, Siegfried, Von der Reichskanzlei zum Bundeskanzleramt. Eine Untersuchung zum Problem der Führung und Koordination in der jüngeren deutschen Geschichte (Beiträge zur Politischen Wissenschaft. Bd. 5). Berlin 1968, S. 95 und S. 136-139, s. ausführlich zur Vorherrschaft der Fraktionen S. 108-113 und zur Geschäftsführung der Reichsregierung S. 117-122. (Im folgenden zitiert als: Schöne, Reichskanzlei, a.a.O.).

Der Staatssekretär in der Reichskanzlei beispielsweise sah in der Zentralstelle eine direkte Konkurrenz und Bedrohung seiner Zuständigkeit. In der Kabinettssitzung, die über die Einrichtung der Stelle befand, erschien der Bürgermeister Schmid als Leiter nicht als die Person, die Ressortwiderstände würde überbrücken können. Gedacht wurde sogar an den Vorsitz durch den Reichskanzler selber oder eine angemessene Vertretung. Der Reichsarbeitsminister charakterisierte die Stelle als die eines *"zweiten Staatssekretärs"* [1013]. Der Staatssekretär in der Reichskanzlei war seinerseits gar nicht einverstanden mit der Herauslösung der ZRR aus der Reichskanzlei [1014]. Er sorgte dafür, daß sich Schmid nicht zum zweiten Staatssekretär neben ihm emporarbeitete und verhinderte dessen regelmäßige beratende Teilnahme an Kabinettssitzungen zu Ruhrfragen [1015]. Der Pressechef der Reichsregierung verhinderte, daß die Zentralstelle eine eigene Presseabteilung errichten konnte [1016] oder direkte Pressekontakte aufbaute [1017].

Auch das Reichsfinanzministerium ging in die direkte Konfrontation mit der Zentralstelle. Die Dissonanzen reichten bis in den persönlichen Umgang zwischen Schmid und dem zuständigen Referenten. Sie gipfelten in der eindeutig überzogenen [1018] Anschuldigung des Reichsfinanzministers, die Maßnahmen Schmids verhinderten die Anteilnahme des Finanzressorts an allen Entschließungen von finanzieller Tragweite und machten es unmöglich, die Verantwortung für die Entwicklung der Reichsfinanzen zu

---

1013. AdRk Cuno, Dok. Nr. 98, Ministerrat v. 16.3., s. bes. S. 310f.

1014. BA, R 43 I/1790, Bl. 18-22, "Betrifft: Rhein-Ruhr-Zentrale", Hamm handschriftlich an den Reichskanzler v. 17.3. Auf die Spannungen verweist auch Schöne, Reichskanzlei, a.a.O., S. 127f.

1015. BA, R 43 I/1790, Bl. 53-57, Entwurf des Berufungsschreibens für Schmid v. 7.4. und Ausfertigung v. 2.5.; ebd., Bl. 98-101, Schreiben Hamms an Schmid v. 27.6., s. bes. Bl. 99RS; AdRk Cuno, S. 312 Anm. 4.

1016. BA, R 43 I/1790, Bl. 97, Antwortvorschlag Heilbron v. 18.6. auf das Schreiben der Zentralstelle v. 15.6.; ebd, Bl. 98-101, Antwort Hamms v. 27.6.; ebd., Bl. 102, mit Schreiben v. 11.7. gibt Schmid die Presseabteilungspläne auf; ZStA, RmfdbG 53432/48, Bl. 185, mit Schreiben vom 14.7. bestätigt er den Verzicht auf eigene Schritte zur Tagespresse.

1017. ZStA, RmfdbG 53432/48, Bl. 144, Schreiben Heilbron an Schmid v. 13.6.; ebd., Bl. 184, Schreiben Heilbrons an Schmid v. 10.7.

1018. BA, R 43 I/1790, Bl. 108f., Schreiben Reichsfinanzmin. v. 16.6., daß Verhandlungen Schmids mit Buchdruckern zu Anforderungen von 1,35 Mrd. Mark

übernehmen [1019]. Bei verschiedenen anderen Gelegenheiten, die angesichts der tatsächlichen Probleme nebensächlich waren [1020] und aufgrund der Entscheidungs- und Kommunikationsstrukturen fast unvermeidlich [1021] auftraten, intervenierten der Staatssekretär für die besetzten rheinischen Gebiete [1022], der Reichsinnenminister im Verein mit dem preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung [1023] und der preußische Ministerpräsident [1024] gegen die Eingriffe in ihre Zuständigkeiten. Die offiziellen Vorstöße wurden ergänzt durch direkte und subtile Maßnahmen der nachgeordneten Ministerialbeamten gegen die Zentralstelle, die die Eigendynamik dieser Ausgrenzungskampagne deutlich machen.

Daß parallele Sitzungen neben doppelter Arbeit auch noch uneinheitliche Entscheidungen mit sich brachten, war den Referenten selber zwar schon länger aufgefallen. Sie wünschten sich auch eine Vereinheitlichung der Sitzungen [1025]. Nachdem aber die Besprechungen der Staatssekretäre in der Zentralstelle Rhein-Ruhr stattfinden sollten, verständigten sich diese *"in*

---

für die Zeit v. 7.5. bis 15.6. beim Finanzmin. geführt hätten.

1019. AdRk Cuno, Dok. Nr. 193, Schreiben Reichsfinanzmin. an Reichskanzler Cuno v. 16.6., s. bes. S. 580f.

1020. BA, R 43 I/1790, Bl. 110-112, Reichsinnenmin. an Schmid v. 11.7. Schmid hatte z.B. einem Gesangverein für eine Fahrt nach Berlin und in andere Orte des unbesetzten Gebietes 10 Mio. Mark bewilligt, obwohl das preußische und das Reichsressort dagegen waren.

1021. BA, R 43 I/187, Bl. 264f., Schreiben des pr. Ministerpräsidenten Braun an den Reichskanzler v. 3.5. Verstimmung über eine nachträgliche Veränderung einer Entscheidung durch Schmid und eine Kabinettsberatung in der Sache ohne Fühlung mit Preußen mit resultierender Verwirrung im besetzten Gebiet; ebd., Bl. 267f., Antwort des Reichskanzlers v. 27.5., demzufolge ein Vertreter des pr. Staatsmin. an der fraglichen Kabinettssitzung teilgenommen hat. Allerdings ist in den entsprechenden Überlieferung in AdRk diese Person nicht in der Teilnehmerliste in: AdRk Cuno, S. 438. Die mangelnde Fühlung zwischen Preußen und dem Reich war eben durch die Zentralstelle Rhein-Ruhr nicht aufzuheben.

1022. ZStA, RmfdbG 53424/5, Bl. 111, Schreiben v. 30.4., in dem der Staatssekretär anläßlich einer Anregung von Schmid, wie auf eine Ordonnanz der Rheinlandkommission zu reagieren sei, auf seine Zuständigkeit verweist.

1023. BA, R 43 I/1790, Bl. 110-112, Reichsinnenmin. an Schmid v. 11.7.

1024. BA, R 43 I/187, Bl. 264f., Schreiben des pr. Ministerpräsidenten Braun an Reichskanzler v. 3.5.; ebd., Bl. 267f., Antwort des Reichskanzlers v. 27.5.

stillschweigendem Übereinkommen", dort jedenfalls nicht zu erscheinen. Die Staatssekretär-Besprechungen fanden nie statt. Führend bei diesem Boykott waren gerade die Vertreter der wichtigsten Reichsressorts von Arbeit, Wirtschaft und Finanzen, zwischen denen ohnehin kurze informelle Informationswege bestanden. Wie vereinbart, wurde der Charakter der Besprechungen in der Zentralstelle unterhalb der entscheidungsvorbereitenden Ebene gehalten, die Federführung blieb gewahrt [1026].

Weder die Konzentration der Besprechungen in der Zentralstelle konnte so gegen den Widerstand und die bewußte Nichtzusammenarbeit der Ressorts durchgesetzt werden [1027]. Noch gingen die koordinierenden Initiativen allein von dieser Stelle aus [1028]. Ein großer Teil der Entscheidungsfindung verlief aufgrund von kurzfristigen, auch telefonischen Absprachen zwischen dem Ministerium, das federführend oder zuständig war und denen, die es für an der Sache beteiligt hielt [1029]. Komplexere Sachverhalte und Lageeinschätzungen wurden in Besprechungen der beteiligten Ressorts

---

1025. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1085, Bl. 26-28, Niederschrift der Referentenbesprechung in der Reichskanzlei v. 2.3. mit dem Vorschlag, in der Reichskanzlei und im pr. Innenmin. ein Terminregister zu führen; ebd., Bl. 25, Rundschreiben des Staatssekretärs für die besetzten rheinischen Gebiete für die Referenten in den Abteilungen, Zweck der Absprache soll sein, auf diese Weise das Nebeneinanderarbeiten zu entschärfen.

1026. ZStA, RWiM, Nr. 709, Bl. 258-261 (Zitat Bl. 261), Entscheidungsvorlage Wessigs für den Staatssekretär v. 12.6., betr. der Stellung der Zentralstelle Rhein-Ruhr und das Verhältnis des Reichswirtschaftsmin. dazu; ebd., Bl. 257, Abdruck der Stellungnahme Wessigs geht an v. Schlieben (Reichsfinanzmin.) und Weigert (Reichsarbeitsmin.) zur Kenntnisnahme "unter Bezugnahme auf die mündliche Besprechung im Reichstag"; ZStA Merseburg, MdI, Nr. 22, Bl. 16, Niederschrift über Ressortbesprechung in der Reichskanzlei v. 1.2.

1027. ZStA, RmfdbG 53424/7, Bl. 288f. und 463, Schreiben Schmid an Reichsfinanzmin. v. 2.6., daß dort anberaumte Sitzung bei ihm stattfinden soll; ZStA, RmfdbG 53424/3, Bl. 184f., Klärung einer Anfrage des pr. Innenmin. durch Sitzung am 5.4. im Reichsfinanzmin.

1028. AdRk Cuno, Dok. Nr. 82 und S. 271 Anm. 1 zur Konzentration der Propagandaarbeit bei der Pressestelle der Reichskanzlei; ZStA Merseburg, MdI, Nr. 232, Schriftwechsel Reichsernährungs- und pr. Innenmin. v. 20.2. über Grundsatz Lebensmittellieferungen.

1029. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 232, vgl. die Anfrage der Regierung Münster v.

beraten, und zwar beim jeweils federführenden, mit dem Ziel, Kabinettsentscheidungen vorzubereiten [1030]. Die Zentralstelle war daran höchstens mit Vertretern beteiligt [1031] und konnte versuchen, die Entscheidungsfindung zu beschleunigen. Die Mitarbeiter der Zentralstelle (ZRR) konnten froh sein, von all den stattfindenden Sitzungen zu wissen, sicher darüber konnten sie nicht sein und an allen teilnehmen vermutlich auch nicht [1032]. Die ZRR beantwortete Einzelfragen [1033], gab Ressortentscheidungen an nachgeordnete Instanzen weiter [1034] und suchte ihrerseits Vertreter der verschiedenen Ressorts für Besprechungen mit Abordnungen aus dem besetzten Gebiet zu besorgen [1035] und Ressortbesprechungen vorzubereiten [1036].

Insgesamt brachte diese ressortzentrierte Kooperation nicht die schnelle und zusammenfassende Klärung von Fragen. Schon gar nicht war die abschließende Beschlußfassung im Kabinett zufriedenstellend gelöst. Im Gegenteil erschien sie Schmid zunehmend als unhaltbar und *"gerade bei der zu erwartenden weiteren Verschärfung der Situation im besetzten Gebiet"*, Anfang Mai, dringend revisionsbedürftig. Bislang dauerte es Wochen, bis eine Entscheidung im Kabinett eingeholt werden konnte. Es fehlten

---

13.4. wegen Lebensmittelverkauf durch Franzosen, Eingang im pr. Innenmin. am 23.4., dort Klärung durch Rücksprache mit Wohlfahrts- und Handelsmin..

1030. ZStA, RmfdbG 53424/3, Bl. 147-152, so im Reichsverkehrsmin. über Transportfragen, beispielsweise am 14.4.; ZStA, RmfdbG 53424/5, Bl. 107ff. oder ebd. am 3.5. über eine teilweise Ingangsetzung der Rheinschiffahrt.

1031. ZStA, RmfdbG 53424/3, Bl. 157-159, Vermerk des Teilnehmers der Zentralstelle Rhein-Ruhr über die Sitzung im Reichsverkehrsmin. v. 14.4.

1032. ZStA, RmfdbG 53424/7, Bl. 468, interner Vermerk in der Zentralstelle Rhein-Ruhr v. 6.6.

1033. ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 130, vgl. Brief Jarres an Zentralstelle Rhein-Ruhr v. 14.6.

1034. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1100, Bl. 235, Schreiben Reichsverkehrsmin. an Zentralstelle Rhein-Ruhr v. 8.5. mit der Bitte, die Reichsvermögensstelle "anzuweisen".

1035. ZStA, RmfdbG 53432/49, telefonische Einladung der Zentralstelle Rhein-Ruhr an Reichsernährungsmin., Reichsbank, Reichsfinanz- und Wirtschaftsmin. zu Besprechung mit Aachender Industriellen wegen der Lebensmittelversorgung der Stadt v. 28.4.; ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 130, vgl. Brief Jarres an Zentralstelle Rhein-Ruhr v. 14.6.

1036. ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 130, vgl. Brief Jarres an Zentralstelle Rhein-

regelmäßige gemeinschaftliche Kabinettssitzungen von Reichs- und preußischer Regierung, die sich in Ruhe mit den wichtigsten Fragen der Rhein-Ruhr-Politik beschäftigten. Bei der bisherigen Praxis, Rhein-Ruhrfragen an normale Kabinettssitzungen anzuhängen, mangelte es an der Zeit, außerdem war Preußen nicht vertreten [1037] und mitunter fiel dieser Tagesordnungspunkt völlig weg [1038]. Die Änderungsvorschläge, die Schmid hierzu entwickelte, blieben, wohl kaum überraschend, nur Papier [1039].

Die Zentralstelle wurde ferner vom Informationsfluß abgeschnitten. Sie wurde eher beiläufig [1040], nach Erinnerung [1041], im Nachhinein [1042] informiert und auch nicht über den Charakter bestimmter Abwehrmaßnahmen ins Bild gesetzt. So hatte sie keine klare Vorstellung über die Struktur der Kredithilfe usw. [1043]. Die Konsequenzen waren klar. Die Stelle, die Ende Mai täglich etwa 20 führende Persönlichkeiten des besetzten Gebietes zu Besuch hatte und um Orientierung angegangen wurde, war nicht im Bilde über die Perspektive der politischen Strategie. Ihr Leiter bekannte offen, daß er *"über die Linien der grossen Politik und über die politischen Absichten des gegenwärtigen Reichskabinetts nahezu völlig im*

Ruhr v. 14.6.

1037. BA, R 43 I/1790, Bl. 61f., Schreiben Schmid an Reichskanzler v. 5.5.

1038. ZStA, Präsi, Nr. 196, Einladung zu einer geheimen Sitzung des Kabinetts am 18.4., Reichskanzlei bringt Rhein-Ruhr-Fragen auf die Tagesordnung; AdRk Cuno, S. 399f., Thema wird abgesetzt.

1039. BA, R 43 I/1790, Bl. 61f., Schreiben Schmid an Reichskanzler v. 5.5.

1040. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1100, Bl. 51, Einladung an Reichs-, preußische und Länderressorts zur Sitzung im Reichsinnenmin. am 7.3. über Quartiergewährung etc., unklar, ob Zentralstelle Rhein-Ruhr davon unterrichtet wird.

1041. ZStA, RmfdbG 53432/48, Bl. 11 und 47, Anfrage Zentralstelle Rhein-Ruhr an RWiM v. 21.3., Erinnerung v. 17.4. und Antwort am 3.5.

1042. Sitzung am 5.4. im Reichsfinanzmin. Die schriftliche Nachricht geht am 14.4. an die Zentralstelle Rhein-Ruhr, bei der sie am 18.4., also fast zwei Wochen nach der Sitzung, eingeht in: ZStA, RmfdbG 53424/3, Bl. 185.

1043. ZStA, RWiM, Nr. 708, Bl. 294f., Anfrage v. 15.4., Antwortentwurf 1.5. Die Zentralstelle Rhein-Ruhr fragt beim Reichswirtschaftsmin. über den Stand der Kreditaktion nach. Die Zentralstelle glaubt, im Grad der Kreditaufnahme einen Indikator für die Lahmlegung der Wirtschaft zu sehen. Dem widerspricht das Fachressort. Es seien die noch am wenigsten betroffenen Betriebe, die Kredite

Dunkeln gehalten (wurde) und auf Zeitungsmitteilungen angewiesen (war)". Die Orientierung des besetzten Gebietes verlangte nach *"Weisungen für die politische Regie des passiven Widerstandes und für die Parole..."*, die Schmid bisher völlig pragmatisch und manipulativ erteilt hatte: *"Ich habe bisher nach bestem Ermessen solche Fragen beantwortet und bin auch heute noch der Meinung, daß die Antwort nicht unbedingt den Tatsachen zu entsprechen braucht."* Aber zumindest mußte Schmid soviel wissen, daß er nicht das Gegenteil von dem ausgab, was die Regierung wollte, und hierüber war er sich nicht mehr sicher. Er resümierte, daß nun, Ende Mai, die *"entscheidenden Fragen der besetzten Gebiete dem Einfluß der obersten Stelle der Reichsregierung entzogen sind und mehr oder weniger sich selbst überlassen bleiben"* **1044**.

Die Möglichkeiten der Zentralstelle blieben ungenutzt, denn der enge Kontakt zu den leitenden Beamten des besetzten Gebiets, den Schmid aus seiner Tätigkeit als Düsseldorfer Bürgermeister mitbrachte und der sich jetzt in den Besprechungen mit der Städtevereinigung fortsetzte, kam nicht zur Geltung. Zwar wurde Schmid bei den Treffen der Städtevereinigung *"glänzend informiert"* **1045**, doch die Möglichkeiten, diese Informationen in den Geschäftsgang der Zentralen einzuspeisen und umzusetzen, blieben genauso unausgeschöpft wie die authentische Weitergabe von Informationen aus den Zentralen ins besetzte Gebiet.

Nach einer weiteren Neuorganisation im Juni **1046** entwickelten die Besprechungen in der Reichskanzlei immerhin den Vorzug, daß sie eine *"rückhaltlose, durch keinerlei außerdienstliche Rücksichten beschränkte Aussprache"* ermöglichten **1047**, die Bürokraten brauchten hier nicht auf Interessentenkreise Rücksicht zu nehmen. In der Spätphase wurden

---

erhielten. Die Fragen könnten nicht beantwortet werden.

1044. BA, R 43 I/1790, Bl. 71f., Schreiben Schmid an Reichskanzler v. 23.5.

1045. BA, R 43 I/187, Bl. 266, Schreiben Schmid an Reichskanzler v. 18.5.

1046. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 21, 1.6., interner Umlauf bei den Referenten in der Zentralstelle Rhein-Ruhr. Besprechung jeden Freitag 16 Uhr, Wünsche für TO bis spätestens Dienstag vorher, ab mittwochs Vorlage bei den Ministerien; ZStA, RmfdbG 53432/48, Bl. 160, 4.6., neue Geschäftsverteilung in der Zentralstelle Rhein-Ruhr.

1047. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1085, Bl. 132, Schreiben Reichsarbeitsmin. an Zentralstelle Rhein-Ruhr v. 27.7., in dem die Hinzuziehung des Wirtschaftsvertreters Wiedemann zur Ressortsitzung kritisiert wird, vor dem

angeblich hier die Entscheidungen über die konkrete Gestalt der Widerstandsmaßnahmen getroffen und nicht mehr in den Gremien im besetzten Gebiet [1048]. Die Entwicklung könnte so interpretiert werden, daß die eigentliche Aufgabe der ZRR, die Koordination der Zentrale, nicht erreicht wurde, sie aber stattdessen Aufgaben anderer Stellen okkupierte.

Die Berliner Ministerien hatten nicht nur ihre eigene Arbeit zu koordinieren, sondern auch noch den Kontakt mit den tragenden Kräften des Widerstands im besetzten Gebiet zu halten und zu pflegen. Auf der *"freiwilligen Vereinbarung... beruht der ganze Kampf"*, betonte der Reichsarbeitsminister mit Blick auf die Beamten, die Unternehmer und die Gewerkschaften des besetzten Gebiets [1049].

In der Kommunikation zwischen dem Widerstandsgebiet und dem unbesetzten Gebiet verstärkte sich das Problem der Nachrichtenübermittlung, das von Anfang an Schwierigkeiten bereitet hatte. Die Sicherheit der Nachrichtenübermittlung war ständig gefährdet. Erst sporadisch [1050], später systematisch [1051] wurde der Postverkehr kontrolliert und Telefonleitungen abgehört [1052]. Als Vorsichtsmaßnahmen wurden Deckadressen eingeführt [1053], an die die amtliche Post geleitet

---

Hintergrund natürlich, daß sich Gewerkschaftsvertreter benachteiligt gefühlt hatten.

1048. ZStA, 39.02, Nr. 43, Bl. 135-140, Schreiben Mehlich an Cuno v. 19.7., s. bes. Bl. 137.

1049. AdRk Cuno, Dok. Nr. 112, Kabinettssitzung v. 29.3., s. bes. S. 355 (Zitat), Brauns spielt auf die in den Abwehrausschüssen zusammenarbeitenden Vertreter dieser Gruppen an.

1050. BA, R 43 I/210, 27.2., Mitteilung des Reichspostmin. an Reichs- und Landesressorts; StaMs, RegMsBes, Nr. 84, Bericht Regierung Münster v. 9.4. über Beschlagnahme von Behördenbriefen in Hengstey am 5.4., empfohlen werden Deckadressen oder andere sichere Wege.

1051. StaMs, RegMsBes, Nr. 69, Brief Magistrat Recklinghausen an Regierung Münster v. 18.6. über Beschlagnahme der gesamten Briefpost und Bitte, amtliche Post nicht mehr an Privatadressen zu senden, sondern an Stelle im unbesetzten Gebiet, von wo aus zuverlässige Privatpersonen sie mitnehmen.

1052. StaMs, RegMsBes, Nr. 30, 1.3., Oberpräsident Münster an Regierungspräsident Düsseldorf über Modalitäten der Kommunikation mit dem Westfälischen Besatzungsausschuß: regelmäßige Zeit, Ort und Deckadresse "Touristenverein Hamm", Telefonate immer über Hamm leiten lassen, weil sonst Gefahr des Abhörens besteht.

werden sollte. Außerdem sollte auf besondere Kennzeichen der Behördenpost wie Aufdruck, Freistempelung etc., verzichtet werden [1054]. Vor Beginn von Telefongesprächen waren bestimmte Kennworte zu nennen [1055].

Als sicherste, aber relativ langsame Übermittlung spielten sich Kurierdienste einzelner Ministerien und der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Verbände ein, die auch amtliche Post beförderten. Aus dem besetzten Gebiet nahmen Privatpersonen amtliche Post mit ins unbesetzte Gebiet und gaben sie dort auf [1056].

Die Besatzungsbehörden waren über die Bedeutung der persönlichen Treffen zwischen nachgeordneten und vorgesetzten Behördenvertretern voll im Bilde. Sie begannen bereits im Februar mit einer gezielten Grenzkontrolle, fahndeten nach Beamten [1057] und erließen Einreiseverbote für Minister [1058] ins besetzte Gebiet. Von den *"hauptsächlichsten Führern der Ruhraktion"* besaßen die Besatzungsbehörden Fotos, und an jeder Kontrollstelle lagen genaue Listen [1059]. Falsche bzw. unverfängliche Pässe

---

1053. StaMs, OpräMü, Nr. 5007, die Handelskammer Bochum firmiert als "Rheinischer Gemüsegarten Kubutsch und Co.", Mitteilung der Handelskammer Bochum v. 6.2. darüber an Handelskammer Münster, abschriftlich von dort am 13.2. an Oberpräsidium zur Kenntnis.

1054. BA, R 43 I/210, 27.2., Mitteilung des Reichspostmin. an Reichs- und Landesressorts.

1055. StaMs, RegMsBes, Nr. 69, Verfügung pr. Innenmin. v. 12.6.

1056. BA, R 43 I/186, Bl. 141, Niederschrift Kempners über Besprechung im Auswärtigen Amt v. 17.1. über Kurierdienst der Post. Auf Anfrage des Reichswirtschaftsmin. im März teilen die Ressorts ihre Kurierverbindungen mit in: ZStA, RmfdbG 53432/48, Bl. 48, Auswärtiges Amt; ebd., Bl. 48RS, pr. Innenmin.; ebd., Bl. 49, Reichsarbeitsmin. über gewerkschaftlichen Dienst; ebd., Bl. 49RS, pr. Min. für Handel und Gewerbe über Vermittlung druch Zweigstelle des Zweckverbandes nordwestdeutscher Wirtschaftsvertretungen bzw. der Fachgruppe Bergbau des RdI; StaMs, RegMsBes, Nr. 69, Brief Magistrat Recklinghausen an Regierung Münster v. 18.6. mit der Bitte, Privatadressen im besetzten Gebiet nicht mehr anzuschreiben sondern die Post an Stelle im unbesetzten Gebiet zu richten und handschriftlicher Verfügungsentwurf, der diesem Vorschlag entspricht.

1057. ZStA, RWiM, Nr. 710, Bl. 9-13, Bericht über Dienstreise 23.-25.2. nach Gießen und Essen. Nicht unterzeichnet.

vor Verhaftung schützen [1060]. Bereits im April war die sichere Einreise nur auf Schleichwegen und mit falschen Pässen [1061] möglich, oder nach Köln [1062], wo die englische Besatzung für sichere Begleitpapiere zu sorgen versprach [1063]. Mit dem Paßzwang unterband die Besatzung gezielt Dienstreisen von Beamten ins unbesetzte Gebiet, indem sie diesen keine Pässe ausstellen ließ [1064]. Die Besatzung war über die Struktur der Abwehr und die entsprechenden Stellen gut informiert, auch über Besprechungen im unbesetzten Gebiet [1065]. Durch Fehler der deutschen Abwehr, Unvorsichtigkeiten in der Nachrichtenübermittlung [1066] und gezielte Beschlagnahmeaktionen bei Behörden setzte sie sich über die Interna der

---

1058. Vgl. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 260.

1059. StaMs, ZNN, Nr. 16, "Sammelbericht über die militärische Lage im Ruhrgebiet" v. 15.5.

1060. Belege für falsche Pässe in: StaMs, RegMsBes, Nr. 57; BA, R 43 I/186, Bl. 401f., der Staatssekretär für die besetzten rheinischen Gebiete, Brugger, schlägt am 27.2. anläßlich der Verhaftung v. Syrups vor, in Pässen Amtsbezeichnungen wegzulassen; BA, R 43 I/187, im gleichen Sinn Mahnke vom Reichswirtschaftsmin. in Notiz an die Reichskanzlei v. 3.3.

1061. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 238, Bl. 86f. Bericht Landrat Hamm v. 11.4.

1062. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 238, Bl. 71, Schreiben des Kölner Regierungspräsidenten v. 27.2. an den britischen Bezirksdelegierten in Köln, in dem sicheres Geleit für die Beamten gefordert wird, nachdem ein Beamter eine Dienstreise nicht antreten durfte und der Präsident des Arbeitsvermittlungsamts, v. Syrup, nach einem Besuch in Köln an einer Kontrollstelle aus dem Zug geholt und verhaftet worden war.

1063. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 238, Bl. 53, 18.9., Schreiben des Regierungspräs. Köln an pr. Innenmin., daß Einreise des neuen Innenmin. vermutlich aufgrund einer Besprechung eines SPD-Reichstagsabgeordneten mit dem britischen Kreisdelegierten ermöglicht wird.

1064. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 238, Bl. 87, Schreiben des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an pr. Innenmin. v. 20.5.; ebd., Bl. 93, Bestätigung durch Generalsekretariat der Interalliierten Rheinlandkommission v. 14.6.

1065. ZStA, RWiM, Nr. 710, Bl. 9-13, Bericht über Dienstreise 23.-25.2. nach Gießen und Essen. Nicht unterzeichnet; ZStA Merseburg, MdI, Nr. 92, Bl. 8, Schreiben Zentralstelle Rhein-Ruhr an pr. Innenmin. v. 10.7.

1066. Vgl. den sechsmaligen Versuch zwischen Juni und Oktober 1923, das Oberpräsidium Münster dazu zu bringen, eine längst entdeckte Deckadresse nicht mehr weiter anzuschreiben in: StaMs, OpräMü, Nr. 6010; ZStA, RmfdbG 53432/48, Bl. 50, Brieftelegramm pr. Innenmin. an Reichs- und Staatsressorts v.

Organisation ins Bild [1067]. Gegen die ausgedehnte Spionage und Bespitzelung wurde deutscherseits ein "Spionageabwehrnetz" aufgebaut, das u.a. Personen aus dem besetzten Gebiet gefangennehmen sellte, wobei es mehr auf den Demonstrationscharakter ankam. Seit dem 16.4. konnten Personen, die der Zusammenarbeit mit der Besatzung verdächtig erschienen, am Übertritt ins besetzte Gebiet gehindert werden [1068].

Unter diesen Rahmenbedingungen versuchten die verschiedenen Bevölkerungskreise, ihre Interessen gegenüber den Zentralen in Berlin zu vertreten. Die drei Abwehrausschüsse in den besetzten Gebieten vereinten vor Ort Unternehmer, Gewerkschafter und Behördenvertreter [1069] und wurden vom Reichsarbeitsministerium betreut. In den Berliner Zentralstellen wurden die jeweiligen Interessenten von den ihnen am nächsten stehenden Ministerien in beratenden Gremien integriert. Die zeitweilig von vielen Ressorts gefragten Gewerkschaftsvertreter [1070]

3.5. wegen Überlastung und Gefährdung seines Kurierdienstes; ebd., Bl. 61, Rundschreiben Reichsarbeitsmin. v. 16.5., auf Geheimhaltung besser zu achten; BA, R 43 I/187, Bl. 205, Schreiben Deutscher Industrie- und Handelstag v. 29.3. an Staatssekretär für die besetzten rheinischen Gebiete wegen unvorsichtiger Verschickung und Abfassung von vertraulichen Mitteilungen; StaMs, RegMsBes, Nr. 2, Erinnerung an Vorsichtsmaßnahmen unter Androhung fristloser Entlassung in der Regierung Münster an alle Dezernate v. 17.4.

1067. StaMs, RegMsBes, Nr. 30, pr. Innenmin. an Regierung Münster v. 27.2. anläßlich der Entwendung von Akten im Landratsamt Bochum durch die Besatzung; ZStA Merseburg, MdI, Nr. 92, Bl. 2, Bericht Regierung Aachen v. 12.6. über Durchsuchung bei Beamten der Regierung Aachen und den Verlust wichtiger Akten; ebd., Bl. 18-20, Rundschreiben Schmid v. 14.7., gezielter Vorstoß ins unbesetzte Gebiet nach Barmen und Diebstahl geheimer Akten des Regierungspräsidenten Grützners.

1068. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 257, Bl. 91, Brief pr. Innenmin. an Polizeipräsidenten Berlin, C.St. am 9.4.; ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 22RS, Ressortbesprechung v. 17.4.; Liste mit Schutzhaftbefehlen und Aufenthaltsbeschränkungen aufgrund einer entsprechenden Verordnung des Reichspräsidenten v. 17.4. in: StaMs, OpräMü, Nr. 5852; die Initiative ging am 15.3. vom Reichsinnenmin. aus, Vorgang in: ZStA, Präsi, Nr. 66, Bl. 172-177.

1069. AdRk Cuno, Dok. Nr. 112, Kabinettssitzung v. 29.3., s. bes. S. 353. Die Erläuterung in der Anmerkung stimmt nicht ganz, denn es waren auch Behördenvertreter in diesen Ausschüssen vertreten. Zur personellen Zusammensetzung des für das Ruhrrevier zuständigen Ausschusses s. BA, NL

konzentrierten ihre Beteiligung bei Sitzungen in Berlin beim Reichsarbeitsministerium [1071]. Bis Mitte März unterrichtete der Generaldirektor der Stinnes-Zechen, Reichstags- und RdI-Präsidiumsmitglied Vögler das Reichswirtschaftsministerium regelmäßig telefonisch über die Lage im besetzten Revier und über Aktionsvorschläge [1072]. Der Wirtschaftsausschuß richtete seine Stellungnahmen an das Wirtschaftsministerium und wurde gelegentlich im Ministerium *"vorstellig"* [1073] Die Beamten hatten den "Westfälischen Besatzungsausschuß" gebildet, der innerhalb der preußischen Behördenhierarchie beratend für die Zentralen und die lokalen Instanzen tätig wurde, im besetzten Gebiet angesiedelt war und an dessen Rande tagte [1074]. Die Beratungsfunktion und die Bedeutung, die diese Gremien erlangen konnten, waren überaus unterschiedlich und erinnern an die bereits oben beschriebene Machtverteilung. Der "Westfälische Besatzungsausschuß" beschränkte seine Ratschläge speziell auf Beamten- und Verwaltungsfragen und bestand nur bis Juni. Dann löste er sich auf, weil die meisten seiner Mitglieder verhaftet oder ausgewiesen waren [1075]. Die Gewerkschafter im Reichsarbeitsministerium brachten *"Wünsche und Anregungen"* vor, vor allem zu Fragen von Löhnen und Preisen und zur Sicherung der Einkommensgrundlage [1076]. Bei den wesentlichen Entscheidungen zur Kredithilfe, dem Dürener Abkommen, der Höhe der

---

Jarres, "Beteiligung" 1926, bes. S. 2.

1070. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 241, Brieftelegramm v. 30.1. mit Einladung zu Besprechung im Reichsarbeitsmin. mit gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen von ADGB, Afa-Bund, Christlichen Gewerkschaften.

1071. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 241, Bl. 3, Rundschreiben Reichsarbeitsmin. v. 26.1.

1072. S. in: ZStA, RWiM, Nr. 8424, beispielsweise Bl. 198 über Reaktion der Bevölkerung auf die Verhängung des Belagerungszustands in Dortmund am 3.2.; ebd., Bl. 271, Anweisung nötig, wenn militarisierte Bahnhöfe nicht mehr beliefert werden sollen.

1073. ZStA, RWiM, Nr. 709, 112-114, Stellungnahme Wirtschaftsausschuß, Sitzung v. 21.6.; ZStA, RWiM, Nr. 8412, Bl. 76-80 (Zitat Bl. 77) über Terminabsprache und Tagesordnung der Besprechung v. 28.3.

1074. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 66, Abschrift des Rundschreibens Oberpräsidium Münster v. 12.2.

1075. StaMs, OpräMü, Nr. 5002, handschriftlicher Antwortentwurf auf Anfrage v. 30.1.24.

1076. ZStA, RAM 3023, Bl. 17 (Zitat), Bespr. 9.2.; ebd., Bl. 27, Bespr. 28.2.;

Erwerbslosenunterstützung, Ausnahmen vom starren Widerstand wurden sie entweder nicht beteiligt oder konnten sich nicht durchsetzen [1077]. Es erwuchs ihnen im Lauf der Zeit Konkurrenz aus den eigenen Reihen, weil Gewerkschaftsabordnungen aus dem besetzten Gebiet in direkten Verhandlungen mit Ministerien Zusagen erreichten, die den Berliner Funktionären versagt worden waren. Da dies die Autorität der Gewerkschaftszentralen *"aufs Äußerste"* gefährdete, bat der Reichsarbeitsminister, einem Wunsch der Gewerkschaftsführer folgend, die Ressorts, solche Abordnungen nicht zu empfangen, sondern vielmehr deren Identität festzustellen und herauszubekommen, woher die Reisemittel stammten [1078]. Der Wirtschaftsausschuß entwickelte sich zum Gegengewicht der Abwehrausschüsse. Beide Gremien berieten [1079], soweit es die Informationskanäle zuließen [1080], die Regierung zu neuen Verordnungen der Besatzung usw. Während es der Wirtschaftsausschuß verstand, Verbindung mit Ressortvertretern zu halten und thematisch, einmal sogar mit einem Vertreter, in den wichtiger werdenden Referentenbesprechungen in der Reichskanzlei anwesend zu sein [1081], verkümmerte die Bedeutung der Abwehrausschüsse zusehends. Ihnen

---

ebd., Bl. 38, Bespr. 9.3.; ebd., Bl. 43, TO Bespr. 20.3.; ebd., Bl. 55, TO Bespr. 10.4.; ebd., Bl. 88, TO Bespr. 8.5.; ebd., Bl. 98, Antrag Lemmer v. 15.6. auf Sitzung zu Indexlöhnen; ebd., Bl. 104, Bespr. v. 26.7.; ebd., Bl. 112RS und 116, Vermerk über Bespr. 29.5.

1077. Ebd., Bl. 83, Bespr. v. 24.4.; ebd., Bl. 30f., Bespr. v. 28.2. und 70, Mitteilung im Hause für Abt. XR; ebd., Bl. 104, Bespr. v. 26.7.

1078. Ebd, Bl. 100f., Rundschreiben Reichsarbeitsmin. v. 26.7.

1079. BA, R 43 I/187, Bl. 305-307, Niederschrift über Ministersitzung v. 8.5. zur Frage der Visumpflicht. Tagung des Wirtschaftsausschusses in Frankfurt und des Abwehrausschusses in Finnentrop. Am 12.5. unterrichtet Brugger von der Stellungnahme des Wirtschaftsausschusses in Frankfurt "im Einvernehmen mit gewerkschaftlichen Vertretern", von den Abwehrausschüssen ist nicht gesondert die Rede; sie können aber mitgemeint sein, da der Wirtschaftsausschuß in der Regel ohne Gewerkschafter tagte.

1080. ZStA, RmfdbG 53424/7, Bl. 149, Niederschrift Sitzung v. 28.5.; ZStA 39.02, Nr. 28, Bl. 36, telefonische Meldung an Mehlich v. 31.5. mit terminierter Aufforderung zur Stellungnahme zur Ord. 171.

1081. ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 304, Niederschrift der Besprechung in der Handelskammer in Berlin mit Vertretern der Ressorts v. 30.7., dort Hinweis auf die Ressortbesprechung; ZStA, RmfdbG 53433/54, Bl. 222, Einladung zur Ressortbesprechung v. 19.7.; ZStA, RWiM, Nr. 8412, Bl. 102, Vermerk über

wurden organisatorische Veränderungen erst nachträglich mitgeteilt, über die Aufgabenfelder und Bedingungen der Wirtschaftlichen Außenstellen wurden sie beispielsweise gar nicht informiert. Ihre Anregungen wurden in der Zentrale nicht weiterverfolgt bzw. dort wurde gegen ihr Votum entschieden. Schließlich entstand eine neue Institution, die direkt mit den Funktionen der Abwehrausschüsse konkurrierte. Es wurden spezielle Kommissare berufen, eine Idee des Bürgermeisters Schmid in der ZRR. Er wollte *"etwa fünf Sonderkommissare draußen an der Front ein()setzen, um eine schnellere und bessere Fühlung zu erreichen und zwar Jarres für das Ruhrgebiet, einen Zentrumsmann (Mönnig) für den Rhein, einen Sozialisten (Adelung-Ulzing(?B.M.) für Hessen, je einen weiteren Herrn für die Pfalz und Baden"* [1082]. Ganz in Erfüllung ging dieser Plan nicht, aber seit Ende April setzten die Reichsregierung und die Regierungen Preußens und Hessens einzelne Persönlichkeiten als *"Vertrauensmann"* oder *"Verbindungsmann"* ein. Sie erkundeten im besetzten Gebiet recht erfolgreich die Stimmung, klärten über Absichten der Regierung auf, kümmerten sich um die Erledigung von *"Wünschen und Beschwerden"* [1083] und wurden regelmäßig zu Besprechungen nach Berlin berufen. Dadurch entstand bei den Leitern der Abwehrausschüsse der Eindruck, *"als ob die Abwehrausschüsse nur noch das fünfte Rad am Wagen spielten und eigentlich nur deshalb noch beständen, weil sie zur Beeinflussung der*

Tagung des Vorstands des Ausschusses in Berlin und Treffen Louis Hagen mit Wirtschaftsmin.; BA, NL Jarres, "Beteiligung" 1926, dort meint Jarres, das Gutachten des Abwehrausschusses sei, wie das der Wirtschaftsführer, "letzten Endes für die Reichsregierung bestimmend" gewesen. Dieser Einschätzung folge ich für die Entwicklung seit April nicht.

1082. BA, R 43 I/1790, Bl. 33, Brief Schmid an Reichskanzler v. 15.4; ZStA, 39.02, Nr. 43, Mehlich an Cuno v. 19.7.

1083. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 21, Bl. 33, Abschrift des Briefs vom Reichskanzler an Jarres v. 26.4.; ZStA Merseburg, MdI, Nr. 22, Bl. 32, Jarres wird Vertrauensmann der pr. Regierung; ZStA Merseburg, MdI, Nr. 21, 15.6., Vorschlag Schmids, den ausgewiesenen Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Fuchs, zum Vertrauensmann für das altbesetzte Gebiet zu machen. Am 27.6. wird Fuchs hierüber verständigt. Der Oberbürgermeister Külb wird Vertrauensmann Hessens; ZStA Merseburg, MdI, Nr. 22, Bl. 35f., laut Meldung Schmids wird Külb auch Vertrauensmann des Reichskanzlers für den pr. Regierungsbezirk Wiesbaden, allerdings wird er nicht der Vertrauensmann der pr. Regierung für diesen Bezirk, vgl. dazu die entgegenstehende Entschließung des pr. Staatsrates v. 26.5.; StaMs, RegMsBes, Nr. 84 (Zitat), Rundschreiben pr. Min. für Landwirtschaft, Domänen

Arbeitnehmerschaft unentbehrlich sind." [1084] Deutlich wird, daß sich die Kommunikation immer mehr in eine Richtung entwickelte, von oben nach unten, von den Zentralen in die Peripherie. Es kam ebenfalls die größer werdende Entfremdung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern/Unternehmern hierin zum Ausdruck. Auf einer großen Versammlung im Juni äußerten Wirtschaftsvertreter ihre Sicht der Rolle dieser Ausschüsse. Von Gutachten über wirtschaftliche Fragen sollten Gewerkschafter ausgeschlossen werden, *"da sie davon nichts verständen"*. Die Aufgabe gewerkschaftlicher Ausschüsse sollte in der *"aktiven Organisierung des passiven Widerstandes"* [1085] liegen.

Es ist also über die Zeit eine deutliche Verschiebung der Mitbeteiligung festzustellen. Die der Beamten und der Gewerkschaften nahm ab, die von bestimmten Wirtschaftersvertretern hielt sich oder stieg, und ebenso nahm die der zentralen Bürokratie zu. Die bitteren Beschwerden über die mangelnde Fühlung, die aus den Kreisen von Gewerkschaftern [1086] und Kommunen [1087] des Ruhrgebiets besonders am Ende des Widerstands geführt wurden, haben hierin ihren strukturellen Hintergrund.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß die größten organisatorischen Defizite der Berliner Bürokratie darin lagen, durch Doppelarbeit und unabgestimmte Vorgehensweisen parallele und manchmal widersprüchliche Verfahren zu entwickeln, deren Handhabung zu kompliziert und schwerfällig war, um den Gegebenheiten im besetzten Gebiet angemessen zu sein. Das Schicksal der "Zentralstelle" Rhein-Ruhr zeigt, wie zielstrebig die Insider der Bürokratie die Kooperation zu sabotieren und die Kompetenzen der Ressorts zu wahren wußten. Von daher scheinen die Überlegungen, die Behandlung der Ruhrkampffragen

---

und Forsten an Regierung Münster v. 9.6.

1084. ZStA, 39.02, Nr. 43, Bl. 135-140, Schreiben Mehlich an Cuno v. 19.7.

1085. ZStA, RWiM, Nr. 709, Bl. 34 und 36, Bericht von der Hagener Versammlung v. 8.6.

1086. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 231, Bl. 67f., Bezirkssekretariat ADGB Rheinland und Westfalen in Düsseldorf an pr. Innenmin. v. 20.10.

1087. Schreiben Magistrat Dortmund an den Reichskanzler v. 26.9. in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 22, Bl. 21RS. Genauso Schreiben Oberbürgermeister Essen am 1.10. an Reichsmin. für die besetzten Gebiete in: ZStA Merseburg, MdI, Nr. 231, Bl. 19.

möglichst hochrangig anzusiedeln, als diejenigen, die noch am ehesten eine tatsächliche kontinuierliche Beschäftigung des Kabinetts und eine entscheidungsfähige Konstellation der Beteiligten zustande gebracht hätten.

In dieser Unfähigkeit zur Zusammenführung der Ruhrkampffragen und der daraus resultierenden Zeitverzögerung und Passivität liegt eine wichtige Begrenzung der Widerstandsmöglichkeiten. Denn auch die Entscheidungen über die Taktik des Ruhrkampf fielen ja nicht im besetzten Gebiet, sondern wurden der Abstimmungsprozedur der Ministerien in Berlin überlassen. Daß solch ein Verfahren wie das Verschwindenlassen der Kohlenhalden in den Kellern nicht rechtzeitig in Gang kam (von aktiven Widerständen dagegen einmal ganz abgesehen), wird verständlich. Ebenso werden die unterschiedlichen Anweisungen und Zusagen an Beamte im besetzten Gebiet, die die verschiedenen Ministerien erließen, klar, denn im Grunde arbeitete jedes Ministerium vor sich hin. Nimmt man nun noch hinzu, daß sich die Einflußmöglichkeiten von Behörden und Gewerkschaftsvertretern des besetzten Gebietes bei den Zentralstellen im Laufe der Zeit weiter lockerten, wird verständlich, daß die Organisationsleistung der Berliner Bürokratie insgesamt eher als ein Schwachpunkt der Widerstandsorganisation zu Buche schlug.

3.4.2.6. Diplomatische Strategie

Der Hauptgegner Frankreich war durch politische Aktivitäten des Deutschen Reiches in seiner Angriffsfähigkeit nicht direkt zu treffen. Eine Wirtschaftskrise oder die Last der Aushebung, so vermutete der Staatssekretär in der Reichskanzlei in einer Denkschrift, könnten die französische Führung zum Kompromiß veranlassen. Beides sei von Deutschland her nicht zu beeinflussen. Nur Druck von außen auf Frankreich könnte dem Widerstand zum Erfolg zu verhelfen und: *"Das Entscheidende wird bei England liegen."* Für die Reichsregierung wurde Großbritannien zum Drehpunkt der außenpolitischen Strategie. Der

Außenminister von Rosenberg entwickelte auf dieser Grundlage die Taktik seiner Diplomatie, in der der Ruhrkampf die Funktion hatte, zu zeigen, *"daß auch Frankreich nichts daran gewinnen kann."* [1088]

Die Politik des Außenministers lief darauf hinaus, Frankreich zu isolieren und die angelsächsischen Mächte Großbritannien und die USA zu einer Intervention zugunsten Deutschlands zu bringen [1089]. Diese Strategie hatte mehrere bedeutsame Konsequenzen:

1. Sie setzte bewußt auf Zeit [1090].

2. Eine direkte Verständigung mit Frankreich wurde nicht angestrebt; Kontakte blieben auf die halboffizielle Ebene beschränkt [1091].

3. Vermittlungschancen, die sich aus den Aktivitäten anderer Länder ergaben, wurden nicht ernsthaft verfolgt [1092].

Die Verhandlungsfühler, die es in diese Richtung gab und die zuerst von der französischen Seite ausgestreckt wurden [1093], blieben bei indirekten Sondierungen. Sie verliefen entweder im Sande oder wurden, auch von Frankreich aus, problemlos abgeblockt [1094]. Die mit den

---

1088. AdRk Cuno, S. 260f. Anm. 2, Unklar datierte und nicht unterzeichnete Denkschrift, vermutlich Staatssekretär Hamm im Februar.

1089. S. Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 177. Auch für Stresemann war die US-Intervention das Ziel und der passive Widerstand das Mittel in: Maxelon, Stresemann, a.a.O., S. 131.

1090. D'Abernon, Botschafter, Bd. II, a.a.O., S. 221, Notiz v. 5.4. im Zusammenhang mit der Loucheur-Aktivität: "Man will abwarten in der Hoffnung - keiner sehr zuversichtlichen Hoffnung - , daß Frankreich dies einsehen und uns um Intervention bitten wird."; ebd., S. 255, Eintragung v. 23.5., Gespräch mit von Rosenberg, kein baldiges neues Angebot, sondern warten und Druck auf Frankreich erhalten.

1091. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 121 über die Anfangszeit.

1092. Vgl. ebd., S. 134, so blieben Vermittlungschancen der Kurie auf der Strecke. S. Stehlin, Stewart A., Weimar and the Vatican 1919-1933. German - Vatican Diplomatic Relations in the Interwar Years. Princeton 1983, S. 212-217 und S. 274-276 zu Schritten der Kurie innerhalb der deutschen Taktik. S. Brüning, Memoiren, a.a.O., S. 102 zur Auswirkung von Sabotage auf päpstliche Vermittlungsschritte.

1093. Vgl. Wulf, Stinnes, a.a.O., S. 359f.

Verhandlungsfühlern verbundene Erkenntnis, daß ein Eingehen auf französische Vorstellungen schwere Opfer bedeuten würde, korrespondierte nur zu gut mit der vom Außenminister ohnehin bevorzugten Orientierung auf die USA, die über eine Parteinahme Großbritanniens aktiviert werden sollten [1095].

Die Chancen für langfristig angelegte diplomatische Aktivitäten, die der Widerstand in den Ländern der Besatzungsmächte auslöste, wurden aus diesem Grund nicht genutzt. Anknüpfungspunkte ergaben sich binnen kürzester Zeit sowohl in Italien als auch in Frankreich selber, wenn sie auch noch nicht sofort nutzbar erschienen. Die offensichtliche wirtschaftliche Erfolglosigkeit ließ am schnellsten Italien von der Beteiligung an der Aktion abrücken und eine bewußt vermittelnde Rolle anstreben, die aber nicht sonderlich effektiv war [1096]. In Frankreich begann die Kritik am Unternehmen sofort mit dem erkennbaren materiellen Fehlschlag; sie verhärtete die inneren Fronten erst einmal [1097]. Eine Uminterpretation der Ziele von *"Kohlen beschaffen"* zu *"Sicherheit garantieren"* stabilisierte die Argumentation der Protagonisten wieder [1098]. Die Stellung Poincarés war in innenpolitischen Belangen zwar angreifbar [1099], doch eine Außenpolitik an ihm vorbei oder gegen ihn war nicht möglich, hier bestand ein weitgehender Konsens in der französischen

---

1094. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 144f.; Wulf, Stinnes, a.a.O., S. 369f. und S. 372f.

1095. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 178.

1096. Vgl. Torunsky, Entente, a.a.O., S. 43-47; D'Abernon, Botschafter, Bd. II, a.a.O., S. 229, notiert am 10.4. die beginnende belgisch-italienische Beunruhigung über die weitere Entwicklung der Ruhrbesetzung.

1097. Vgl. Hagspiel, Verständigung, a.a.O., S. 146f., 150 und S. 194f.; Trachtenberg, Reparation, a.a.O., S. 305 meint, die Ineffizienz entfremdete die Gemäßigten.

1098. Vgl. Wulf, Stinnes, a.a.O., S. 353f.; Maxelon, Stresemann, a.a.O., S. 128f.

1099. Vgl. Maier, Recasting, a.a.O., S. 404f. zu innenpolitischen Friktionen und Intrigen im Mai. S. ebenso Wulf, Stinnes, a.a.O., S. 358.

Gesellschaft [1100]. In Belgien dauerte es bis in den Mai, bis über mehrere Stufen der Entfremdung vom Partner Frankreich wieder der Weg zu einer unabhängigeren Position beschritten wurde [1101].

Die deutsche Außenpolitik sparte die an der Besetzung beteiligten Länder bei ihren eigenen diplomatischen Aktivitäten von vornherein gänzlich aus. In der zweiten Februarhälfte entwickelte von Rosenberg seine Strategie zur Lösung der Ruhrfrage. Danach sollte Deutschland, sobald sich der amerikanische Kongreß vertagte, also Mitte März, den Hughes-Plan unter bestimmten Bedingungen anerkennen [1102]. Fünf Tage später sollten Frankreich und Belgien sich aus der Ruhr zurückziehen und den vertragsmäßigen Zustand wiederherstellen. Deutschland und Frankreich würden gemeinsam beim Bankhaus Morgan einen Vorschuß erbitten, der von Deutschland garantiert würde. Zwei Drittel davon würden die Alliierten, ein Drittel Deutschland erhalten. Ferner waren einige Zugeständnisse an Frankreich denkbar.

Der Außenminister rechnete damit, daß die Franzosen noch nicht *"reif"* für einen solchen Plan seien, und daß erst einige Bedingungen erfüllt sein müßten, wie der Fehlschlag des Ruhrunternehmens, innere Schwierigkeiten in Frankreich und *"neue Männer"* am Ruder in Paris [1103]. In der Annahme, genügend Zeit zu haben, um Frankreich zur Einsicht kommen zu lassen lehnte er, unterstützt von den Lagebeurteilungen des deutschen Geschäftsträgers in Paris, Verhandlungen mit Paris ab [1104]. Mit einer solchen Perspektive mußte der Widerstand möglicherweise bis zu den

---

1100. Vgl. Wulf, Stinnes, a.a.O., S. 366f., 370 und S. 372; s. Maier, Recasting, a.a.O., S. 407 zur vereitelten Reynaud-Sondierung mit Stinnes und S. 408 zur wachsenden Popularität im Oktober.

1101. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 163f.; Helmreich, Belgium, a.a.O., S. 275-278.

1102. Vgl. oben S. 93f.

1103. V. Rosenberg an Gesandten in Bern am 20.2., zitiert nach Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 179.

1104. Vgl. Mayer, Karl J., Die Weimarer Republik und das Problem der Sicherheit in den deutsch-französischen Beziehungen 1918-1925 (Europäische Hochschulschriften Reihe III. Bd. 440). Frankfurt, Bern, Ney York, Paris 1990, S. 136. (Im folgenden zitiert als: Mayer, Republik, a.a.O.).

französischen Wahlen im Frühjahr 1924 durchgehalten werden können; die Taktik des Widerstands wurde aber auf diese zeitliche Dimension nicht eingestellt.

Anfang März versuchte der Außenminister den Plan umzusetzen, den der Historiker Link *"grotesk"* nennt und einen *"Beweis für den völligen Mangel an realistischem Denken und ernsthafter Verhandlungsbereitschaft"* [1105]. Diese barsche Kritik ist völlig berechtigt, weil der deutsche Plan weder die Spielräume alliierter Regierungen in Rechnung stellte noch die Kräfteverhältnisse zwischen dem Reich und den Besatzungsmächten berücksichtigte und auch die Notwendigkeit deutschen Entgegenkommens und die Eigeninteressen der beteiligten Staaten nicht in Betracht zog. Die Gründe hierfür lagen aber nicht nur im unrealistischen Denken, sondern auch in den innenpolitischen Begrenzungen deutscher Außenpolitik.

Aus der Perspektive des Außenministers allerdings ließen wichtige Rahmenbedingungen die Strategie als gar nicht so unrealistisch erscheinen. Zum einen wirkte der Widerstand durch die Desorganisation der europäischen Wirtschaft bereits erkennbar auf die öffentliche Meinung in Großbritannien. Es machte sich gerade in der britischen Öffentlichkeit ein Stimmungsumschwung bemerkbar, dessen Wurzeln in wirtschaftlichen Absatzproblemen, in der Kritik von Besatzungssoldaten aus dem Rheinland an der Untätigkeit der Regierung und vermutlich auch in der persönlichen Abneigung des britischen Außenministers, Lord Curzon, gegenüber Poincaré, lagen [1106]. Allerdings, und das nahm die deutsche Außenpolitik nicht hinreichend zur Kenntnis, resultierte hieraus keine britische Handlungsfähigkeit zugunsten Deutschlands. Die Regierung schien in einen profranzösischen und einen prodeutschen Flügel gespalten und somit vorläufig handlungsunfähig [1107].

Der deutsche Außenminister wertete hingegen diese Anzeichen als günstig für seinen Plan. Er ließ am 3. März dem amerikanischen Botschafter gegenüber die Annahme des Hughes-Planes durch die deutsche Regierung unter den bestimmten Bedingungen und unter der Voraussetzung der

---

1105. Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 179-181 (Zitat S. 179).

1106. Vgl. Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O., S. 64-66. Zur profranzösischen Einstellung vgl. britische Pressestimmen, vermutlich März in: ZStA, RmfdbG 53424/1, Bl. 383.

1107. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 135.

Räumung des Ruhrgebietes erklären. Das entsprechende Memorandum ließ er der amerikanischen wie der britischen Regierung übermitteln, die es jedoch beide zurückwiesen [1108].

Diese Reaktion entmutigte den Außenminister nicht. Einige grundsätzliche Fehlannahmen und zahlreiche nichtautorisierte Ermunterungen aus den USA und Großbritannien begründeten und bestärkten kontinuierlich eine Haltung, die auf ein Eingreifen setzte. Die erste Fehlannahme war, daß die New-Haven-Rede des amerikanischen Außenministers der Beginn einer außenpolitischen Initiative sei, stattdessen war sie aber der Abschluß einer innenpolitischen Phase [1109]. Eine ebenfalls falsche Erwartungshaltung betraf die traditionelle britische Gleichgewichtspolitik [1110]. Lord D'Abernon, der britische Botschafter in Berlin, vertrat zwar persönlich diese Auffassung [1111]. Er besaß in Berlin großen Einfluß, aber er vertrat oft genug seine private Meinung, die sein Chef im britischen Außenministerium durchaus nicht in jedem Fall teilte [1112].

Hinzu kamen Stimmungsberichte über die Meinung einflußreicher Kreise oder Einzelpersonen in den verschiedenen Ländern. Einzelne Berichte über die Meinung von Industriekreisen, der Opposition, des Governor der Bank von England, "der liberalen Kreise" und aus dem besetzten Köln ermunterten beständig zum Durchhalten [1113]. Bestärkt wurde die Fehlannahme einer amerikanischen Intervention durch den US-Botschafter in Berlin, Houghton, der eine solche Politik befürwortete, der aber bis zur Aufgabe des Widerstands praktisch einflußlos in Washington war. Er pflegte intensiven Kontakt zur deutschen politischen und industriellen Führungselite. Der amerikanische Gesandte in Bern und amerikanische Mitglieder der Internationalen Handelskammer ermunterten zu unterschiedlichen Zeiten zum Durchhalten [1114]. Gegenläufige Signale vom amerikanischen Außenminister und aus Großbritannien gab es auch, aber sie

---

1108. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 180-181.

1109. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 130f.; AdRk Cuno, S. 109 und ebd. Anm. 8.

1110. Vgl. Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O., S. 37.

1111. Vgl. D'Abernon, Botschafter, Bd. II, a.a.O., S. 278, Eintragung v. 20.8.

1112. Vgl. Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O., S. 130 und S. 134.

1113. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 172 und S. 120; ZStA Merseburg, MdI, Nr. 240, Bl. 50, Deutsche Botschaft, London, 23.7.

1114. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 182f.; Jones, Houghton, a.a.O,

wurden nicht ausreichend registriert [1115]. Ganz offensichtlich verstärkte eine verzerrte Wahrnehmung die positiven Signale und blendete aus, was nicht ins Konzept paßte.

Am 20. April, mehr als drei Monate nach Beginn des Widerstands, kam endlich Bewegung in das internationale Kräftespiel. In einer Rede forderte der britische Außenminister, daß Deutschland die Bereitschaft anerkennen sollte, die Schulden zu zahlen und daß es Sicherheiten anbieten sollte. Die Höhe der zu bezahlenden Summe sollte eine internationale Kommission festlegen [1116]. Damit war nun nicht die von Deutschland erhoffte Wende in der Politik erreicht.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte in Deutschland auffallen müssen, daß der diplomatische Prozeß viel langsamer in Gang kam als vorgestellt und daß dies nicht ohne Konsequenzen für die Gestaltung des Widerstandes bleiben konnte. Bei der Debatte im März hatte der Außenminister seinen Plan vor Augen und um ein Abwarten [1117] gebeten, aber auch Veränderungen in Aussicht gestellt, falls die zeitliche Perspektive geändert werden müsse [1118]. Nun wäre es dringend an der Zeit gewesen, den Zeitpunkt zu erörtern, wann der Widerstand als Mittel der Politik von anderen abzulösen oder auf lange Sicht umzustellen sei. Doch eine solche Besprechung hat es nicht mehr gegeben. Es läßt sich lediglich ein Versuch ausmachen, über die Abwehrtaktik, diesmal im Rheinland, im ministeriellen

---

S. 32; Diamond, Sander A., Ein Amerikaner in Berlin. Aus den Papieren des Botschafters Alanson B. Houghton 1922-1925, S. 470 in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 27. 1979. Dokumentation; Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 120 und S. 140-144.

1115. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 183, dieser notiert die penetranten Hinweise des amerikanischen Außenministers gegenüber dem deutschen Botschafter, in direkte Verhandlungen mit Frankreich einzutreten. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 133, vermerkt eine ähnliche Haltung bei Großbritanniens Außenminister.

1116. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 144 u. Anm. 60.

1117. Vgl. den gewerkschaftlichen Vorstoß, zu Verhandlungen zu kommen in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 110, S. 348f., Vermerk des Staatssekretärs in der Reichskanzlei, Hamm, über ein Gespräch mit Leipart, dem Vorsitzenden des ADGB, v. 28.3. Tags darauf nimmt Leipart diesen Vorschlag für den aktuellen Zeitpunkt zurück.

1118. Bürgermeister Schmid und Reichswirtschaftsmin. in der Kabinettssitzung v.

Rahmen zu sprechen. Diesen regte der Staatssekretär in der Reichskanzlei am 3. Juni an, aber offensichtlich ist sie nicht zustandegekommen [1119]. Der passive Widerstand war insofern mehr Glaubenssache als Werkzeug, um Politik zu gestalten.

Der Grund dafür liegt m.E. darin, daß sich im April bereits die diplomatische Perspektive von jeglicher Rückbindung an die Realität des Widerstands abgekoppelt hatte. Für die Außenpolitik war die Realität des Widerstands nicht besonders wichtig, sondern nur die Tatsache, es ihn überhaupt gab. Ob der Widerstand auf realisierbare Ziele orientiert und mit den Ressourcen abgestimmt wurde, war unerheblich. Dieses Paradoxon erklärt sich dadurch, daß die außenpolitische Strategie gegen Kritik perfekt immunisiert war. Es ist tatsächlich phänomenal, die argumentativen Zirkelschlüsse nachzuvollziehen, mit denen die deutsche Regierung sich auf eine Intervention bei den angelsächsischen Mächten fixierte.

In diesem Argumentationsstrang wurde das Interesse dieser beiden Mächte an einem zahlungsfähigen Schuldner vorausgesetzt. Der Widerstand wurde zum Tabu erhoben, dem die letzten finanziellen Reserven geopfert werden würden. Diese fehlten dann zur Schuldenzahlung und das konnte doch nicht im Interesse der Gläubiger sein. Wenn also der Widerstand eingestellt werden sollte, dann mußten die interessierten Staaten doch dafür etwas tun. Zögerten sie zu lange, so führte die einsetzende soziale Zerrüttung zum Zerfall des Reichs und Bolschewismus. Das konnte doch nicht im Interesse... usw.

Diese Argumentation wurde beispielsweise gegenüber Großbritannien kurz vor der Rede des britischen Außenministers am 20.4. angewandt. Durch private Kontakte wurde um den 20. April die finanzielle Situation des Reichs nach England vermittelt. Paul Reusch, Generaldirektor der Gutehoffnungshütte und Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, sollte seinem Gesprächspartner Geddes, dem Transportminister im vormaligen britischen Kabinett, die folgenden Gedankengänge des Kanzlers nahebringen: *"Die Regierung ist entschlossen, zur Verlängerung dieser Markstützung und damit des Widerstands alles zu tun, was in ihrer Kraft steht; sie ist dabei der Übereinstimmung mit allen Parteien des Reichstags und mit den Führern der Wirtschaft sicher. Sie wird nicht davor zurückschrecken, alle Reserven auszuschöpfen, die für die*

29.3. in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 112, S. 354f.

Reparationsleistungen vorbehalten waren und die Widerstandsfähigkeit auf Kosten und zu Lasten der Reparationsfähigkeit zu steigern und zu verlängern. Damit werden im gegenwärtigen Abwehrkampf die Mittel künftiger Reparationen erschöpft. Es liegt daher im eigensten Interesse der Reparationsgläubiger, dafür zu sorgen, daß Deutschland seinen Abwehrkampf bald einstellen kann." Ein gewisses Festhalten der Währung, so lautete die vertrauliche weitere Auskunft, erschien nur noch für einige Wochen, nicht mehr für Monate, möglich. Der Zeitpunkt der britischen Intervention sei gekommen, ansonsten drohten *"schwerste Verwicklungen"* im Ruhrgebiet und ein Sieg des Kommunismus [1120].

Würden keine auswärtigen Mächte intervenieren, so wurde die Reichsregierung nicht müde, das Chaos und eine bolschewistische Revolution zu prognostizieren. Diese Floskel, die im übrigen bereits von mehreren vorangegangenen Regierungen jahrelang strapaziert worden war, überzeugte die Regierungen der anderen Länder nicht sonderlich. Bereits im Januar vermutete der britische Botschafter, daß eine große Koalition unter Stresemann die mögliche nachfolgende Regierung auf Cuno sein würde, während Cuno seine Regierung als die letzte zahlungsfähige zu präsentieren bemüht war [1121]. Bezeichnend ist jedoch, daß diese auswärtige Einschätzung bei den deutschen Entscheidungsträgern nicht durchdrang.

Immerhin wurde nach der Rede des britischen Außenministers endlich in Berlin erkannt, daß Noten an Großbritannien allein nichts helfen würden. Nun ließ sich nicht mehr vermeiden, einen eigenen Plan zum Reparationsproblem vorzulegen [1122], zumal sich eine französisch-britische Annäherung anzubahnen schien [1123]. Vor diesem Hintergrund und

---

1119. Ebd., S. 536 Anm. 8.

1120. AdRk Cuno, Dok. Nr. 133, S. 413f., 20.4, "Aufzeichnung des Staatssekretärs Hamm über seine Mission in Den Haag".

1121. Vgl. D'Abernon, Botschafter, Bd. II, a.a.O., S. 216, Gespräch mit v. Rosenberg v. 8.3.; ebd., S. 183; AdRk Cuno, Dok. Nr. 133, Auftrag Cunos an Reusch für Gespräche in Großbritannien, S. 413-415, bes. S. 414. Vgl. die Bewertung dieser "Taktik" in der Reichswehr in: Brüning, Memoiren, a.a.O., S. 95f., Gespräch mit Willisen.

1122. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 147; D'Abernon, Botschafter, Bd. II, a.a.O., S. 237-241, Anfrage in Großbritannien, wie ein Angebot aussehen sollte, Depesche D'Abernons v. 22.4., aber weiter keine Mitwirkung D'Abernons.

1123. Vgl. Wulf, Stinnes, a.a.O., S. 381.

angesichts immer lauter werdender Anfragen aus dem politischen Raum in Deutschland wurde die erste offizielle Note vorbereitet und Anfang Mai veröffentlicht.

3.4.3. Gesellschaftliche Handlungsspielräume für Verhandlungen

Vernünftigerweise, so meint der Historiker Rupieper, hätte eine an den eigenen Kräften orientierte Politik früher auf Verhandlungen zusteuern sollen. Die diplomatische Strategie erklärt, wieso die Regierung keine Schritte in diese Richtung unternahm. Hinzuzufügen ist, daß die Forderung nach Verhandlungen in den ersten Monaten keine Rolle in der innenpolitischen Debatte spielte.

Die SPD, der ADGB und einzelne Mitglieder bürgerlicher Parteien wollten zwar Verhandlungen [1124]. Sie wurden in den ersten Monaten von der Regierung über deren Verhandlungsbereitschaft und ihre Aktivitäten in diesem Bereich im Unklaren gelassen. Es hing jede Gruppe ihren Wunschvorstellungen nach, bis die Reichstagsrede des Kanzlers am 6. März in ihrem außenpolitischen Teil zumindestens die Hoffnungen auf Verhandlungsinitiativen seitens der Reichsregierung zerstörte. Denn mit den folgenden Ausführungen umriß Cuno die weitreichende Zielsetzung der Außenpolitik, in deren Dienst der passive Widerstand genommen wurde. *"Wir bekennen uns heute erneut zu diesem passiven Widerstand, (stürmische Zustimmung) der Waffe der Gewaltlosigkeit und des Friedens im Kampfe gegen Unrecht und Gewalt. Wir werden nicht müde werden, bis das Ziel erreicht ist, das wir uns von Anfang an gesetzt haben, kein Ziel des Diktates oder der Beherrschung, wohl aber das Ziel einer freien, vernünftigen, ehrlichen, einen wahrhaften Frieden sicherstellenden Verständigung. (Bravo!)"* Dies hieß im Klartext nichts weniger als die Revision des Vertrages im deutschen Sinn, also die von allen Regierungen verfochtene Maximalposition im Konflikt mit Frankreich. Es blieb offen, wie und wodurch das Ziel erreicht werden sollte. Schließlich interpretierte der Reichskanzler die Ziele Frankreichs ganz im Sinne der bisherigen Schwarz-Weiß-Kategorien. *"Was will Frankreich: Die Zerstörung Deutschlands!*

1124. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 173; ebd., S. 131, wonach der SPD-Abgeordnete Breitscheid bereits im Februar vergeblich bei der Labour-Party sondierte. Adolph, Wels, a.a.O., S. 210, Otto Wels wünschte schon seit dem 26.1.

Nicht darum geht der Kampf, ob Deutschland sich verständigen will, sondern darum allein, ob Frankreich endlich den ehrlichen Willen Deutschlands zu einer freien Verständigung unter gleichberechtigten Gegnern und auf wirtschaftliche günstigen Grundlagen anerkennt, oder ob es weiter auf seiner Politik der Diktate, der Ultimaten, der Sanktionen und der Kapitulationen besteht. (sehr richtig!) Darum fort mit dem Gerede über Verhandlungen, (stürmischer Beifall rechts, im Zentrum und bei den Deutschen Demokraten; Rufe auf der äußersten Linken: Hört! Hört!) mit den Mahnungen zur Verständigung, die nicht an die deutsche, sondern auch an die französische Adresse zu richten wären!" **1125**

Hier vermischte sich die weithin geteilte Interpretation, durch den Widerstand gegen die als ungerecht empfundene Behandlung zu protestieren, wieder mit inhaltlichen Positionen im Konflikt, die keineswegs unumstritten waren. In der Ablehnung von Verhandlungen vereinnahmte der Reichskanzler damit den Widerstand völlig für die Regierungspolitik. Damit überschritt er eine Grenze der gemeinsamen Abwehrhaltung und förderte die Spaltung.

Die oben beschriebene Gesamtansicht hat der Reichskanzler Cuno bis zu seinem Sturz im August konsequent umzusetzen versucht. Die denkbaren Alternativen im diplomatischen Bereich konzentrieren sich auf die Frage, ob es eine Beendigung des Widerstands im Zuge von Verhandlungen hätte geben können. In diesem Zusammenhang erscheint der frühe März als eine potentiell günstige Zeit. Daß Cuno sich auf Verhandlungen nicht einlassen zu können glaubte, lag zum großen Teil auch an seinen persönlichen Auffassungen. Zum Zeitpunkt der Rede war der passive Widerstand auf dem Höhepunkt seiner Kraft. Wie groß wäre der Reputationsverlust im rechten Lager gewesen, auf das der Kanzler bei seinen außenpolitischen Stellungnahmen Rücksicht zu nehmen glaubte? Nicht zufällig genau einen Tag vor dieser Rede meldete sich Ludwig Quidde mit einem Schreiben an den Staatssekretär in der Reichskanzlei zu Wort. Ihm erschien die morgige Stunde *"geradezu eine Schicksalsstunde"* zu sein, um endlich von oberster

---

Verhandlungen mit Frankreich.

1125. Verhandlungen, Bd. 357, S. 9953f. und S. 9956f. (Zitate S. 9953f. und S. 9956f.).

Stelle die Verhandlungsbereitschaft der Reichsregierung auch während der Besetzung zu betonen und den entgegenstehenden Gerüchten den Boden zu entziehen [1126].

Von denen, die im besetzten Gebiet den Widerstand organisierten, wurde jedenfalls die Frage nach Verhandlungen immer drängender gestellt, vor allem im Hinblick auf die jetzt erkennbaren Grenzen der physischen, aber auch psychischen Widerstandsfähigkeit. Es ging jetzt darum, dem Verharren im Widerstand einen Sinn zu geben, der Opfer rechtfertigte. Der spätere Reichskanzler Stresemann sprach nach dem Ende des Widerstands davon, daß man ihn auf der Höhe als einen Pluspunkt in Verhandlungen hätte einbringen können. Als er im August begann, mit dem passiven Widerstand Politik zu betreiben, war die Waffe schartig geworden. Im März wäre die Zeit dafür gewesen, und die Erklärung des Reichskanzlers ein dafür sehr geeigneter Zeitpunkt.

Aus zwei weiteren Gründen blieb zunächst eine Debatte über Verhandlungen aus. Der eine lag in der Eskalationslogik begründet, in der Verhandlungsbereitschaft als ein Zeichen von Schwäche gesehen wurde. Gegenüber den Gewerkschaften hatte der Kanzler die Bereitschaft zu Verhandlungen auch während der Besetzung erklärt. Er hatte aber betont, *"daß er das jetzt nicht öffentlich sagen könne, weil es als Eingeständnis der Schwäche oder der kommenden Niederlage ausgenützt werden würde"*, ein Bedenken, dem Gewerkschafter *"eine gewisse Berechtigung nicht versagen"* wollten [1127]. Bis Ende März wurden die Äußerungen zu Verhandlungen, die der Reichskanzler gelegentlich von sich gab, jeweils nach eigenem Gusto interpretiert [1128]. Hinzu kam, daß die Forderung nach Verhandlungen, die seit April allgemein laut wurden, in ihren Bedingungen

---

1126. AdRk Cuno, Dok. Nr. 91, Brief Quidde an Staatssekretär Hamm, S. 292-294 (Zitat S. 292).

1127. BA, NL Quidde, Nr. 108, "Aufzeichnung über die wichtigsten Punkte einer Unterredung zwischen Frau Dr. Stöcker und Dr. Quidde einerseits und Herrn Graßmann, Vorsitzenden des ADGB und Herrn Gewerkschaftssekretär Maschke andererseits. Gewerkschaftshaus 1. März 1923". (Im folgenden zitiert als: "Aufzeichnung"). Diese Einstellung kann auch als repräsentativ für die Regierung angesehen werden, vgl. Wulf, Stinnes, a.a.O., S. 380.

1128. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 137-139; AdRk Cuno, Dok. Nr. 109, Auswärtiger Ausschuß v. 27.3., die Diskussion dort ist beispielhaft für die Divergenz der Interpretationen.

"so weit von allem, was die französische Regierung annehmen würde, entfernt sind, daß die Verhandlungsbereitschaft zum großen Teil theoretisch bleibt" [1129].

Die grundsätzliche Bereitschaft, mit Frankreich vor der Räumung des Ruhrgebiets überhaupt zu sprechen, war außerdem nicht unumstritten [1130] und nicht ungefährlich. Als Stresemann im April öffentlich Verhandlungen unter bestimmten Bedingungen forderte, führte dies zu heftigen Angriffen von Deutschnationalen, vom rechten Flügel seiner eigenen Partei und in der Presse, mit Anspielungen auf den ermordeten Erzberger... [1131].

Gegen Verhandlungen stemmte sich nicht nur der Außenminister, sondern auch der Staatssekretär in der Reichskanzlei [1132]; bürgerliche Abgeordnete verhinderten im Reichstag eine Debatte über die Außenpolitik vor der Sommerpause [1133], für die nationale Rechte und das Land Bayern waren Verhandlungen kein Thema. Wie die Besatzungsmächte anders als durch Verhandlungen zur Räumung bewegt werden sollten, blieb aber offen. Der Widerstand allein konnte das nicht erreichen [1134].

Ideengeschichtlich ist an dieser Stelle die Position der PazifistInnen des Friedenskartells um Ludwig Quidde und Helene Stöcker relevant. Ihre kleine Gruppe erreichte zwar keine historische Handlungsrelevanz, aber ihre Analysen und Prognosen zeugten von größerer Einsicht in die innen- wie außenpolitischen Macht- und Interessenverhältnisse, als sie bei vielen Entscheidungsträgern vorhanden war. Die Verbindung von Widerstandsbereitschaft, Bejahung des passiven Widerstands als moralischer Waffe, Verständigungsbereitschaft und realistischer politischer Analyse zeigt deutlich die zeitgeschichtlichen Möglichkeiten und die politischen, nicht grundsätzlichen Begrenzungen der Wirksamkeit des

---

1129. Vgl. D'Abernon, Botschafter, Bd. II, a.a.O., S. 233, Eintragung v. 12.4.

1130. Vgl. ebd., S. 195, Gespräch mit von Rosenberg am 29.1.; Mayer, Republik, a.a.O., S. 136.

1131. Vgl. Cornebise, Alfred E., Gustav Stresemann and the Ruhr Occupation: the Making of a Statesman, S. 51 in: European Studies Review. Bd. 2. Teil 1. 1972. (Im folgenden zitiert als: Cornebise, Stresemann, a.a.O.).

1132. AdRk Cuno, Dok. Nr. 110, Vermerk über ein Gespräch mit Leipart v. 28.3.

1133. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 155.

1134. S. Wulf, Stinnes, a.a.O., S. 373 über die zeitliche Begrenztheit des Mittels und die Verhandlungsfühler von Stinnes.

passiven Widerstands im historischen Kontext. Die PazifistInnen werteten den Widerstand als eine positive Kraft und formulierten exemplarisch, welche Funktion der passive Widerstand in einer an Gerechtigkeit mit dem äußeren Gegner orientierten Politik haben könnte. Ihr besonderer Beitrag liegt daran, daß sie m.E. als einzige die Effizienz des Widerstands direkt mit einer Verständigungsbereitschaft über Konfliktinhalte verbanden. Die Analyse des außenpolitischen Umfeldes wird zeigen, daß die Realisierung eines solchen Ansatzes mit einiger Wahrscheinlichkeit im Ausland genau die Prozesse befördert hätte, auf die die deutsche Diplomatie vergeblich hinarbeitete. Der Dreh- und Angelpunkt war der sichtbare Verständigungswille ohne Wenn und Aber. Indem die PazifistInnen dies ansprachen, verbanden sie das Kernproblem des Versailler Vertrages mit dem Widerstand. Der darin liegende innenpolitische Explosivstoff wurde in der Reaktion der Gewerkschaften deutlich, die sich mit den PazifistInnen über die einzuschlagende Strategie im Widerstand zerstritten.

In der Argumentation der Pazifisten mußten die Erfüllung des Vertrages, der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und die Bereitschaft zur Verständigung glaubwürdig gewährleistet werden, wenn der Widerstand Erfolg haben sollte. Was das konkret hieß, hatte das Deutsche Friedenskartell bereits Anfang Februar in einem Flugblatt *"Zur Ruhrbesetzung"* zusammengestellt. Darin wandte es sich gegen Gewaltanwendung und Sabotage auf deutscher Seite und stellte einige Forderungen an die Regierung. Diese sollte Klarheit darüber schaffen, daß sie:

1. gewillt war, *"jede ernsthafte Vermittlung, insbesondere die des Völkerbundes, anzunehmen"...*

2. *"trotz aller Gewalttaten der Gegenseite... an der Pflicht zum Wiederaufbau"* festhielt.

Sie sollte sich darüberhinaus mit inhaltlichen Vorschlägen hervortun, indem sie Klarheit

3. *"über ihr eigenes Reparationsprogramm"* geben sollte und

4. darüber, ob sie und *"das deutsche Volk es dulden wollen, dass die Bereitwilligkeit zur Erfüllungspolitik unwirksam gemacht wird durch Mangel an gutem Willen in den wirtschaftlich mächtigsten Kreisen."*

Schließlich rief es

5. zur *"friedliche(n) Verständigung über die unhaltbaren Bestimmungen des Versailler Vertrages"* mit denen auf, *"die heute jenseits der Grenze dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerfahren lassen, besonders denen, die trotz aller Schwierigkeiten eintreten gegen die Gewaltpolitik ihrer eigenen Regierungen"* **1135**.

Mit diesen Vorstellungen agitierten die Pazifisten auch im Ruhrgebiet, obwohl von diesen Aktivitäten kein weiteres Material aufzufinden war. Anfang März gab es ein Gespräch zwischen Helene Stöcker, Ludwig Quidde, dem Vorsitzenden des ADGB, Graßman und dem Gewerkschaftssekretär. Als die Gewerkschafter darin das Schweigen des Kanzlers zur Verhandlungsbereitschaft verteidigten, weil dies als Schwäche ausgelegt werden könnte, wandten sich die Pazifisten vehement gegen diese Taktik. Sie hielten eine öffentliche Erklärung des Kanzlers gerade für notwendig und möglich, und sei es um den Preis des Bruchs mit den Rechtsparteien **1136**. Hinsichtlich der Inhalte von Reparationsprogrammen war man sich weitgehend einig. Ein solches Programm umfaßte nach gemeinsamer Anschauung eine Veränderung des Steuerwesens und die Erfassung der Sachwerte. Der Dissenz zwischen PazifistInnen und dem ADGB betraf den einzuschlagenden Weg. Zur praktischen Durchsetzung eines ihnen genehmen Reparationsprogramms wollten die ADGB-Führer derzeit ihre Mitglieder nicht mobilisieren. Ein solches Programm könnte, so fürchteten sie, *"in gewerkschaftlichen Kreisen leicht aufgefaßt werden ... als eine Forderung, die innerhalb 48 Stunden zu verwirklichen sei und daß es deshalb die Gefahr eines Generalstreiks zur Erzwingung der aufgestellten Forderungen mit sich bringe, - ein Generalstreik aber (sei wegen der Folgen bedenklich)"* **1137**. Offensichtlich spielte hier der begrenzte Aktionsradius der Gewerkschaften eine Rolle, die sich von der kommunistischen Linie absetzen mußten. Die pazifistische Agitation im Ruhrgebiet, so lautete die logische Replik des ADGB-Vorsitzenden, komme

---

1135. BA, NL Quidde, Nr. 108, "Zur Ruhrbesetzung" Flugblatt Deutsches Friedenskartell, Jan./Feb. 1923; BA, NL Quidde, Nr. 3, Brief Bureau international de la paix, Bern, an Quidde v. 15.5. Ein gemeinsames Treffen deutscher und französischer Pazifisten, das das Berner Internationale Friedensbüro im Mai zu vermitteln versuchte, scheiterte.

1136. BA, NL Quidde, Nr. 108, "Aufzeichnung".

1137. Ebd., in der Aufzeichnung verbessert. Ursprüngliche Fassung: "könne er in

den Kommunisten zugute. Wenn das so weiterginge, *"könne von einem Zusammenwirken von Pazifisten und Gewerkschaften nicht die Rede sein."* Nach dem Verzicht auf den innenpolitischen Machtkampf zur Verfolgung ihrer Interessen sahen die Gewerkschafter als einzigen Ausweg die *"Hoffnung auf eine Intervention Englands"*. Damit schloß sich der Teufelskreis. Nicht nur vollzog sich, wie Helene Stöcker einwandte, die Entwicklung in England viel zu langsam, um helfen zu können [1138]. Darüberhinaus hatte die organisierte Arbeiterschaft es aufgegeben, im Innern für die Herstellung der Bedingungen einzutreten, die die Voraussetzung für eine Intervention sicherlich verbessert, und die die nicht besonders starke Machtposition der Gewerkschaften gestärkt hätte.

Die oben zitierte außenpolitische Rede des Reichskanzlers war für die Pazifisten ein Zeichen dafür, daß die Regierung Cuno die Bedingungen der Verständigung offensichtlich nicht erfüllen würde. Daraufhin setzte sich in den Reihen der Pazifisten bereits Mitte März mehrheitlich die Forderung nach dem Rücktritt der Regierung durch [1139]. Bereits Mitte April, nachdem die Regierung öffentlich ihr Einlenken auf den Plan des amerikanischen Außenministers kundgetan hatte, forderte das deutsche Friedenskartell eine Note an die Gesamtheit der Alliierten und die Bereitschaft, über die Verhandlungsgrundlagen der deutschen Regierung in Gespräche einzutreten. Ohne feste Gewähr, *"dass die deutsche Regierung eine vernünftige Regelung der Reparations - und Sicherheitsfrage mit allen Mitteln verfolgt"* und die sich jetzt anbahnenden Gespräche *"umgehend in positive Unterhandlungen überleitet"*, würden die gerechten Ziele des Widerstands verdunkelt und *"seine moralischen Kraftquellen in verhängnisvoller Weise unterbunden"* [1140].

---

seiner verantwortlichen Stellung nicht herbeiführen helfen."

1138. Ebd.

1139. BA, NL Quidde, Nr. 100, Hauptversammlung des Landesverbandes Württemberg der Deutschen Friedensgesellschaft, 11.3.

1140. BA, NL Quidde, Nr. 108, "Wir fordern Klarheit", Stellungnahme deutsches Friedenskartell v. 11.4.

3.5. Die Überstrapazierung der Widerstandskräfte. Erste erkennbare Wirkungen auf der internationalen Ebene (Mai- Regierungswechsel im August)

Für das besetzte Gebiet war der Regierungswechsel im August keine besondere Zäsur. Die Kraftprobe zwischen den Besatzungsmächten und dem Widerstand war von Mai bis zur Aufgabe des Widerstands von der Offensive der Besatzung geprägt. Der Mai stellte für den Widerstand einen tiefen Einschnitt dar, denn in diesem Monat wurde der Zusammenhalt gleich durch mehrere Ereignisse sehr geschwächt.

Eine wichtige, entscheidende Zäsur bildete der Regierungswechsel im August von Cuno zu Stresemann hingegen für die Rahmenbedingungen des Widerstands. Der Widerstand erhielt eine andere Funktion in der Außenpolitik. In der Innenpolitik wechselte die Priorität von der Erhaltung des Widerstands um jeden Preis zur Stabilisierung von Währung und Finanzen.

3.5.1. Entwicklung von Widerstand und Besatzungsaktivitäten von Mai bis zur Ablösung des Kabinetts Cuno im August

3.5.1.1. Die Schwächung des Zusammenhalts

Im Mai traten die bisherigen taktischen Fehler des Widerstands und die inneren Widersprüche in Bezug auf den Konflikt offen zutage. Im Verlauf des Monates kamen drei Ereignisse zusammen, die den inneren Zusammenhalt auf deutscher Seite nachhaltig zerrütteten, ohne daß die Besatzungsmächte besondere Aktivitäten entfalten mußten.

Dabei begann der Monat mit hochgespannten Erwartungen, denn endlich veröffentlichte die Regierung ihre erste diplomatische Note zum Konflikt **1141**. Die Stimmung in der Bevölkerung stieg, *"weil überall angenommen wurde, daß das Angebot die Grundlage für die notwendigen Verhandlungen abgeben würde."* Man rechnete mit einem Abschluß des Kampfes in der nächsten Zeit. *"Aber die Stimmung ist durch die in der Presse bekannt*

1141. Zum Inhalt und diplomatischen Kontext s. weiter unten ausführlich. Hier interessiert die Wirkung auf den Widerstand.

gewordene vorläufige Ablehnung in Paris sofort umgeschlagen." Nun machte sich *"ein grosser Pessimismus in der Bevölkerung bemerkbar"* [1142]. Die Gewerkschafter, Parteivertreter und leitenden Beamten der preußischen Verwaltung der besetzten Gebiete, die sich am 8. Mai in Hagen zu einer Besprechung über Besatzungsangelegenheiten mit Vertretern preußischer Ressorts trafen, beschrieben die Stimmung etwas anders. Man war sich einig, daß die Stimmung *"ungebrochen"* sei, Einzelne meinten, sie sei *"im ganzen glänzend"*, ließe *"jedoch hier und da zu wünschen übrig."* Die Kommunistische Partei wurde einerseits als *"Sammelbecken aller Unzufriedenen"* ausgemacht, doch auch Kommunisten hatten sich teilweise *"in den Kampf eingestellt."* Eine *"flaue Stimmung"* gab es von der mittleren und kleineren Geschäftswelt, besonders bei den Wirten, zu vermelden. Insgesamt machten sich die Länge und die Ernsthaftigkeit des Kampfes stärker als bisher bemerkbar. Daß vor allem die Ruhrbevölkerung den Kampf *"weiterhin"* als *"ihren"* betrachtete, erschien wesentlich, zumal gerade die französisch-belgische Antwortnote vom 6. Mai die Initiative der Bevölkerung in Abrede gestellt hatte. Damit der Kampf als von der Bevölkerung gewollt und von ihr unterhalten *"in Erscheinung"* trat, wurden jetzt *"eindrucksvolle Kundgebungen gegen die französische Note"* für erforderlich gehalten [1143].

Das vernichtende Resultat der ersten diplomatischen Initiative, aber auch ihr Inhalt zerstörte insbesondere bei vielen Gewerkschaftern die Erwartungen auf ein positives Ende des Kampfes und die Hoffnungen in die Fähigkeit der Regierung, es zu erreichen [1144]. Ohne Alternative klammerten sich Gewerkschaften und Parteien in den besetzten Gebieten an die immer unbestimmter werdenden Hoffnungen auf Verhandlungen [1145].

1142. ZStA, RmfdbG 53424/5, Bl. 268, 4.5., "Bericht aus dem Ruhrgebiet".

1143. ZStA, RmfdbG 53424/7, Bl. 96ff. (Zitate Bl. 96 und 97), Niederschrift über die Besprechung in Hagen zwischen dem pr. Innenminister, Ober- und Regierungspräsidenten, weiteren leitenden Beamten der betroffenen Region, Mehlich, Partei- und Gewerkschaftsvertretern sowie Vertretern pr. Ministerien am 8. Mai; ZStA, RmfdbG 53424/5, Bl. 303ff., bes. 303RS, Übersetzung der französisch-belgischen Antwortnote v. 6.5.

1144. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 334-338 und S. 355.

1145. BA, R43I/ 188, Bl. 281ff., Bericht Brugger v. 30.5. über die Tagung der Aktionsausschüsse der politischen Parteien des altbesetzten Gebietes in Aschaffenburg am 26.5. Für den ADGB s. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 366.

Als dann Mitte Mai die Besatzung die Eisenbahner ultimativ zur Arbeitsaufnahme aufforderte und Massenausweisungen androhte, wußten die regionalen Verbände der Freien Gewerkschaften dem nichts mehr entgegenzusetzen. Die Verbände der Metallarbeiter und technischen Angestellten und Beamten rieten zum raschen Abbruch des Kampfes. Darin kamen die Auswirkungen der taktischen Fehlentwicklungen und -entscheidungen des Widerstands zum Ausdruck. Denn zur dramatisch schlechten Einkommensentwicklung kam die Enttäuschung über den diplomatischen Fehlschlag, das Wissen um die bekanntermaßen schlechte Unterbringung Ausgewiesener im unbesetzten Gebiet und das Gefühl, in vorderster Linie alleingelassen zu sein. Forderten doch die Eisenbahnerverbände von den Bergarbeitern seit Monaten vergeblich, die Förderung auf Halde zu unterbinden, die die Besatzung jetzt leicht abtransportieren konnte. In dieser Situation bedurfte es massiver Interventionen der ADGB-Spitzenfunktionäre, die auf die übergeordneten Gesichtspunkte und auf die Haltung der konkurrierenden Christlichen Gewerkschaften verwiesen, die den Widerstand fortsetzen wollten. Dies trug dazu bei, daß die freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahner weiter im Widerstand verharrten, doch ohne Perspektive [1146].

In der zweiten Maihälfte kam es im besetzten Gebiet zu blutigen Unruhen auf deutscher Seite. Sie entstanden als eine Folge der rigiden Lohnpolitik im besetzten Gebiet, die nach den anfänglichen Lohnanpassungen verfolgt worden war und die die Einkommen und die Preise immer weiter auseinanderklaffen ließ. Vor den Auswirkungen der sich öffnenden Schere zwischen Einkommen und Preisen auf die "Stimmung" hatten Gewerkschafter bereits im März gewarnt, sich aber mit ihren Forderungen nach Lohnanpassungen nicht durchsetzen können [1147]. Nach dem Zusammenbruch der Markstützungsaktion im April beschleunigte sich der Preisanstieg weiter, ohne daß dem in der Lohnpolitik Rechnung getragen wurde. In der zweiten Maihälfte entlud sich die angestaute Entrüstung in Unruhen im besetzten Gebiet, die die Kommunisten zum Generalstreik ausweiten wollten und die die Gewerkschaften bekämpften. Erstmalig seit Beginn des Widerstands bekämpften sich verschiedene Parteien auf

---

1146. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 353-363; ZStA, RmfdbG 53432/53, Bl. 135, Schreiben des Reichsverkehrsmin. an Reichswirtschaftsmin. v. 16.3. über eine entsprechende Forderung der Eisenbahner.

1147. BA, R 43 I/187, Bl. 107f., Bericht v. Hatzfeldt über die besetzten rheinischen Gebiete v. 15.3.; StaMs, OpräMü, Nr. 5007, 22.3., DGB-Ortsverband

deutscher Seite untereinander, während die Besatzung "wohlwollende Neutralität" wahrte. Zwischen dem 19.5. und 27.5. kam es zu Straßenschlachten in mehreren Städten des Ruhrgebiets. Die schnelle Zusicherung von Lohnerhöhungen (rund 50% für die Bergarbeiter) stabilisierte die Lage. Der "Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung" berichtete Ende des Monats dem Reichspräsidenten, daß die Gründe zum großen Teil auf *"ungenügendes und verspätetes Entgegenkommen in Lohnfragen"* zurückzuführen seien [1148].

In diese brisante Lage platzte dann als drittes Ereignis am 28. und 29.5. die Veröffentlichungen eines Schreibens des Reichsverbandes der deutschen Industrie an den Reichskanzler, das sogenannte "Industrie-Angebot" [1149]. Dieses Schreiben entstand im Zusammenhang mit Sondierungen der Reichsregierung bei der Industrie, um eine weitere diplomatische Note vorzubereiten. Der Reichskanzler hatte in Gesprächen mit dem mächtigsten Wirtschaftsverband die Bereitschaft der Wirtschaft in der entscheidenden Frage der wirtschaftlichen Sicherheiten und Garantien für die Erfüllung des Friedensvertrages sicherstellen wollen. Bei diesen Verhandlungen, die wie *"zwischen gleichberechtigten Mächten"* abzulaufen schienen, gelang es jedoch dem Industriellen Hugo Stinnes, seine ablehnende Haltung zu einer solchen Politik weitgehend im Verband durchzusetzen [1150]. Im Industrie-Angebot erklärte das Präsidium des Verbandes ganz offen, daß es die Lasten einer Reparationslösung hauptsächlich dem Staat, also der Allgemeinheit, und ansonsten insbesondere der Arbeiterschaft in Gestalt höherer Arbeitszeit aufbürden wollte [1151]. Diese Veröffentlichung brachte das Kabinett zwischen dem 26. und 28. Mai (unautorisierte Vorabveröffentlichungen) in eine akute Krise [1152]. Die Führer der sozialistischen Gewerkschaften (ADGB, Allgemeiner freier

---

Dortmund an Oberpräsidium Münster.

1148. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 376-381 und S. 384-389; AdRk Cuno, Dok. Nr. 170, Besprechung in der Reichskanzlei, 27.5., S. 515 Anm. 2 und 5, S. 516 und ebd. Anm. 6 (Zitat S. 516).

1149. AdRk Cuno, Dok. Nr. 168, 25.5., S. 508-513, "Der Reichsverband der Deutschen Industrie an den Reichskanzler".

1150. Vgl. Wulf, Stinnes, a.a.O., S. 383-386 (Zitat S. 385); AdRk Cuno, S. 509 Anm. 2.

1151. Vgl. Wulf, Stinnes, a.a.O., S. 436-438 zu der sehr unterschiedlichen Behandlung des Arbeitszeitkonflikts durch Arbeitgeber und Gewerkschaften im Ruhrkampf; AdRk Cuno, Dok. Nr. 168.

Angestelltenbund, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund und der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellen- und Beamten-Verbände) beschwerten sich in einem Schreiben Anfang Juni beim Reichskanzler darüber, daß ihre Organisationen nicht ebenfalls zu einer Stellungnahme in der Frage der wirtschaftlichen Sicherheiten und Garantien aufgefordert worden waren. Dann nahmen sie zum Industrie-Angebot Stellung und wiesen insbesondere eine Preisgabe des Achtstundentages und die geforderte Aufhebung von Entlassungsbeschränkungen zurück. Sie forderten eine stärkere Autorität des Staates im Umgang mit der Industrie ein. Zum Schluß erklärten sie ihre Position zur Verteilung der Reparationslasten, die denen der Industrieführer entgegenstand. Die von ihnen vertretenen Bevölkerungskreise erwarteten *"eine Verteilung der Reparationslasten ..., die vor allem die großen fundierten und unfundierten Vermögen zur Deckung heranzieht."* Bei den weiteren Beratungen zur Vorbereitung der nächsten Note wurden Gewerkschafter nicht mit einbezogen. Der Reichskanzler ging auch nicht direkt auf das Industrie-Angebot ein [1153]. In Gewerkschaftskreisen schlugen die Wellen über dieses Angebot hoch. Im Juni berichtete der "Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung" über die Stimmung in der "Gewerkschafts- und Beamtenbewegung". In seinem Bericht vom 16.6. hieß es: *"Geradezu aufputschend hat das Industrieangebot in Arbeitnehmerkreisen gewirkt. Die Gewerkschafter aller Richtungen stellen dem Angebot ein glattes 'unannehmbar' entgegen."* [1154]

In den diversen Besprechungen zwischen Vertretern der Zentralstellen und Vertretern der besetzten Gebieten wurde immer wieder beschworen, daß der Wille zum Widerstand ungebrochen sei. Doch viel stärker als in den vorigen Monaten sahen die Verantwortlichen die Kräfte dazu schwinden. Die Vertreter von Parteien und Gewerkschaften des altbesetzten Gebiets wünschten Ende Mai *"sehnlichst einen baldigen Beginn der Verhandlungen zwischen Reichsregierung und den Gegnern"* [1155]. *"Die Bevölkerung sei der Erschöpfung und der Ermüdung nahe. Eine gewisse Gefahr sei, daß plötzlich die Stimmung aufkommen könnte, nun Schluß zu machen, koste es, was es wolle, lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende"*

1152. AdRk Cuno, S. 513 Anm. 1.

1153. Ebd., Dok. Nr. 177 und bes. S. 539 (Zitat) sowie S. 539f. Anm. 4.

1154. Ebd., S. 515 Anm. 4.

1155. BA, R 43 I/188, Bl. 281, Bericht Brugger v. 30.5. über die Tagung der Aktionsausschüsse der politischen Parteien des altbesetzten Gebietes in

1156. Der Widerstand insgesamt wurde nun als ein noch lange dauernder eingestuft, die Lage beurteilten Partei- und Gewerkschaftsvertreter einhellig als *"sehr ernst". "(W)enn durch eine vorsichtige, die Besonderheiten des altbesetzten Gebiets berücksichtigende Taktik mit den noch vorhandenen Abwehrkräften ... haushälterisch umgegangen"* werde, sei der Kampf auch noch länger fortzusetzen. Besonders die noch vorhandenen politisch-gewerkschaftlichen Führer und die Beamten sollten geschont werden **1157**. Allerdings mußte die Taktik beweglicher werden und die Entscheidungen mehr ins besetzte Gebiet verlegt werden. *"Insbesondere muß dahin getrachtet werden, in Fällen ausgewiesener Beamter jeweils ein unsichtbares Kommando zu haben"*. Ansonsten wachse die gegen Berlin ohnehin schon verbreitete Mißstimmung: *"Berlin verteidige das Rheinland bis auf den letzten Rheinländer."* **1158**

Im Mai gaben die Kaufleute ihren selbstorganisierten Verkaufsboykott auf. Die Handelskammer beschloß, das Verkaufsverbot aufzuheben. Daraufhin öffneten die Geschäfte wieder, darunter auch große Warenhäuser, die wegen ihrer Weigerung geschlossen worden waren **1159**. Wentzcke urteilt: *"Wegen Unterlassung der Preisangabe der im Schaufenster ausgelegten Waren steigerte sich bei den belgischen und französischen Gerichten die Verfolgung der Geschäftsinhaber derart, daß sogar die Abwehrausschüsse die Einhaltung dieser Verpflichtungen anrieten. Nicht den einzelnen und nicht die 'Wirtschaft' im besonderen trifft die Schuld, sondern die Trägheit und Gleichgültigkeit der Bevölkerung, die sich nur für kurze Zeit dem Gebot des passiven Widerstandes unterwarf und nicht auf die üblichen Annehmlichkeiten des Alltags verzichtete!"*

Darüberhinaus nahm seit Juni die Benutzung der Regiebahnen durch die Bevölkerung deutlich zu. Wentzcke schildert, daß mit der *"eigentliche(n)"* Reisezeit, zu Pfingsten, viele die Bahnhöfe von Bonn und Koblenz füllten.

Aschaffenburg am 26.5.

1156. BA, R 43 I/188, Bl. 274 (Zitat Landrat Lönartz), Niederschrift Hamms über Besprechung mit Heilbron, Stein, Lönartz.

1157. BA, R 43 I/188, Bl. 283 (Zitate Bl. 283 und 283RS), Bericht Brugger v. 30.5. über die Tagung der Aktionsausschüsse der politischen Parteien des altbesetzten Gebietes in Aschaffenburg am 26.5.

1158. BA, R 43 I/188, Bl. 274ff. (Zitate Bl. 276 und 274RS), Niederschrift Hamms über Besprechung mit Heilbron, Stein, Lönartz.

1159. ZStA, RmfdbG 53424/5, Bl. 269f., "Bericht aus dem Ruhrgebiet" v. 4.5.

"Allen Warnungen zum Trotz, mit denen der Polizeipräsident in Frankfurt die Bevölkerung auf den schweren Einbruch in die Abwehrfront des besetzten Gebietes hinwies, steigerte sich der Zuzug aus dem Rhein-Main-Dreieck in erschreckender Weise. Mitte Juni vermerkte man in Mainz auch für die Wochentage eine weitere Zunahme, da die Beförderungskosten auf den fremden Bahnen teilweise nur ein Zehntel der Preise auf deutschen Dampfern betrugen. Die gleiche Rechnung stellte die Bevölkerung im Ruhrrevier auf, wo die ständig steigenden Tarife der Straßenbahnen die der Regie weit übertrafen."

Bis zum Kabinettswechsel im August änderte sich nichts mehr an dem Trend, daß der Widerstand, ohne formell aufgegeben zu werden, doch immer weniger das Handeln der Einzelnen leitete und auch nach Außen hin nicht mehr als Machtfaktor in Erscheinung trat. Noch einmal eine Einschätzung von Wentzcke: *"Der Bildstreifen, den ungeschminkte Berichte vor dem neuen Kanzler (Stresemann. B.M.) abrollten, lief in einer eindringlichen Warnung vor schmählichem Absacken der deutschen Verteidigung aus. Mit bitterstem Ernst mahnte der Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Fuchs, daß der passive Widerstand in d i e s e r Form dem eigenen Lande mehr schade als den Gegnern!"* **1160**

Die Schuldzuweisung an die Bevölkerung trifft m.E. den Kern der Problematik nicht, bei allem Verständnis für die Enttäuschung und Verbitterung, aus der heraus der engagierte Zeitzeuge Wentzcke urteilte. Das Problem der Überanstrengung der Kräfte lag offen auf dem Tisch und konnte nicht wegdiskutiert werden. Erneut stellte sich die selbstkritische Frage nach der zeitlichen und inhaltlichen Perspektive eines Widerstands mit diesem Sanktionierungsrisiko. Eine Eingabe der Deutschen Friedensgesellschaft im Reichstag am 23.6. **1161** formulierte diese Frage. In der Eingabe warnte die Deutsche Friedensgesellschaft vor dem Schlagwort des *"Durchhaltens"*. Die entscheidenden Widerstandsanordnungen wie der Boykott der Eisenbahnen, Dienststellen der Besatzung, Grußverbot wurden als Zumutungen angesehen, *"die auf Dauer undurchführbar waren"*. Der Widerstand sei nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck **1162**. Diese Sichtweise verband die Bereitschaft zum Widerstand, den die Bevölkerung

---

1160. Vgl. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. II, a.a.O., S. 140f. und S. 144 (Zitate S. 140, 140f. und S. 144).

1161. BA, NL Quidde, Nr. 4, Abdruck des Briefs und der Eingabe v. 23.6.

1162. Ebd., Nr. 4, Abdruck des Briefs und der Eingabe v. 23.6.; ebd., Nr. 140a,

eindrucksvoll unter Beweis gestellt hatte, mit der Verpflichtung der Leitung, mit diesem Mittel politisch sorgsam und effektvoll umzugehen. Der Umkehrschluß bedeutete, daß die Forderungen nach Widerstand in dem Moment ihre Legitimierung verloren, in dem sie für die, die den Widerstand trugen, keinen Sinn mehr erkennen ließen. Hieraus läßt sich die Vermutung ableiten, daß ein selbstorganisierter Widerstand in einer solchen Lage ganz oder vorübergehend aufgehört hätte, vielleicht auch drastisch die Form hin zu weniger sanktionierbaren Elementen verändert hätte.

Tatsächlich wurden seit Mai in vielen Bereichen Widerstandsaktivitäten reduziert. Wie unten noch zu zeigen sein wird, war es nicht nur die Bevölkerung aus eigenem Entschluß, sondern die Regierung ließ ebenfalls Anordnungen direkt zurücknehmen. Gleichzeitig ist festzustellen, daß sich der Handlungsspielraum der Besatzungsmacht in diesem Zeitraum weiter vergrößerte und sie ihre Sanktionsmacht verstärkt einsetzte.

Bei der Beurteilung des Stimmungseinbruchs seit Mai sind der Widerstandsleitung die schweren taktischen Fehler bezüglich der Haldenkohle und der Transportverbindungen anzulasten. Ohne diese Fehler wäre der sichtbare Erfolg der Besatzungsmächte wenn nicht ausgeblieben, so doch wesentlich reduzierter ausgefallen. Auf der Seite des Widerstands wären dem Zusammenhalt die gegenseitigen Vorwürfe erspart geblieben. Die Entschärfung der Lohnfrage und die Verhinderung der Unruhen im besetzten Gebiet hätten durchsetzungsfähigere Gewerkschaften und damit eine andere Machtverteilung zur Voraussetzung gehabt. Die Polarisierung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften hinsichtlich der Reparationsfrage kam nun neu in die Debatte, weil die Regierung außenpolitisch aktiv wurde. Damit wurde ein altes Dilemma wieder offensichtlich, das durch die Inaktivität der Regierung in den vorigen Monaten lediglich verdeckt gewesen war. Der Zusammenhalt hätte auch

---

Schreiben der Reichsgeschäftsstelle der DDP an Quidde v. 28.7. mit Artikel von Erkelenz in "Die Hilfe", "Von der Schwäche des deutschen Pazifismus" und Brief Quidde an Vorstand der DDP v. 26.7., wonach die DDP-Fraktion die Eingabe scharf mißbilligte. Anton Erkelenz schrieb eine scharfe Replik, aber Mitglieder der DDP-Kreisgeschäftsstelle Bernkastel fanden, wie sie Quidde geschrieben hatten, die Beschreibung der Verhältnisse korrekt.

davon profitiert, wenn die im März diskutierte Abstimmung von Kräften und Risiko vorausschauend erfolgt und die Taktik flexibler gehandhabt worden wäre

3.5.1.2. Erhöhte Ausbeutung und gesteigerte Repressalien durch die Besatzung

Ein verschärftes Vorgehen der Besatzungsmächte ist in diesem Zeitraum in mehreren Bereichen festzustellen. Zum einen wurde erstmalig die Todesstrafe vollstreckt, als am 26.5. ein Mitglied eines Sabotagetrupps hingerichtet wurde. Dieses Vorgehen blieb indessen ein Einzelfall, was Wentzcke auch auf die damit verbundene internationale Resonanz zurückführt. Dennoch stellte es eine eklatante Verschärfung der bisherigen Praxis dar.

Die Zugriffe der Besatzungsmächte im wirtschaftlichen Bereich wurden direkter und folgenschwerer, indem sie Sachwerte nun raubten, die sie bis dahin nur formal *"gesichert"* hatten. Am 25.6. wurde die Einfuhr aus dem unbesetzten Deutschland verboten und damit das Revier vollständig abgeschlossen [1163]. Durch die Zoll-Linie von Rohstoff- und Absatzmärkten mittlerweile effektiv abgeschnitten, sank die Wirtschaftsproduktion des besetzten Gebiets [1164]. Aktiv wurden die Besatzungsmächte ferner gegen die Institutionen und Organisationen des Widerstands im wirtschaftlichen Bereich. Ende Mai wurden systematische Beschlagnahmungen von Bargeld gemeldet [1165]. *"Nach den letzten Beobachtungen scheint der Raub deutschen Geldes gut organisiert zu sein"*, berichtete der Regierungspräsident von Koblenz am 20.7. [1166]. Ende Juni gingen sie gezielt gegen die Gelder der "Erwerbslosen-Fürsorge" vor und beschlagnahmten sie bei den Kommunen [1167]. Den Kommunen wurde die

---

1163. Vgl. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 322-324, 213, 296 und S. 188.

1164. Vgl. Erdmann, Gewerkschaften, a.a.O., S. 175 Anm. 10, demzufolge Mitte Mai im südlichen Teil des besetzten Gebiets noch ca. 20% der Betriebe arbeiteten. Nach Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 227 Anm. 75, schätzte eine Delegation der Labour Party die Industrieproduktion des Ruhrgebiets Ende März auf etwa 50%.

1165. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 229 Anm. 93.

1166. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 40, Bericht Regierungspräs. Koblenz an Oberpräsidium und pr. Innenmin. v. 20.7.

Mithilfe bei der Auszahlung der Rhein-Ruhrhilfe- Gelder untersagt [1168]. Im Aachener Bezirk wurde die gesamte Erwerbslosenfürsorge verboten, und die Erwerbslosen erhielten ab dem ersten Juli kein Geld mehr ausgezahlt. Die Rheinlandkommission wollte nach Verhandlungen die Auszahlung wieder zulassen, wenn ihr die Kontrolle gewährt würde [1169]. Mit der Ordonnanz Nr. 192 vom 5. Juli ging die Rheinlandkommission direkt gegen den passiven und aktiven Widerstand vor. Sie stellte dessen Unterstützung unter Strafe [1170].

Schließlich fallen in diesen Bereich Sanktionsdrohungen von neuer Qualität. Ende Juli drohte die Besatzungsbehörde in Witten, *"der Stadt sofort jede Wasser- und Lichtzufuhr abzuschneiden"*, falls diese nicht 100 Mio. Mark an Kohlensteuer bezahlte. Die Stadt zahlte 38 Mio., und damit gab sich die Besatzung zufrieden [1171]. Drohungen dieser Art waren bis dahin aus den Machtkämpfen der Anfangszeit bekannt geworden, aber auch zu dieser Zeit nicht umgesetzt worden. Nun wurden solche Drohungen eingesetzt, um die wirtschaftlichen Ziele der Aktion zu erreichen. Ob die Drohung als ernstzunehmend einzuschätzen ist, ist fraglich. Zu erinnern ist hier an die Grenzen der Drangsalierung, die sich die Besatzung selbst auferlegt hatte, um es nicht zu einem offenem Aufstand gegen sie kommen lassen wollte. Immerhin beharrte die Besatzung nicht auf einer vollständigen Erfüllung ihrer Forderung sondern gab sich mit einem Bruchteil zufrieden. Für die betroffene Stadt war diese Konfrontation indessen eine Bedrohung, deren Konsequenzen nicht übersehbar waren.

Außer diesen verstärkten Repressalien verfolgte die Besatzung das bereits bekannte Ziel weiter, den Verkehr auf die Regie zu zwingen und die Wege des Ersatzverkehrs durch Verordnungen und Eingriffe zu unterdrücken

---

1167. StaMs, RegMsBes, Nr. 1, Bericht Reg.Rat. Hildebrandt v. 26.9.

1168. BA, R 43 I/214, Bl. 120, Bericht über Ressortbesprechung v. 10.7. Bei den Kommunen wurde zwecks Umgehung des Verbots überlegt, die Gewerkschaften die Beträge auszahlen zu lassen.

1169. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 249, Bl. 35, Abschrift des Berichts eines pr. Kommissars bei der WAST für pr. Innenmin. v. 20.7.

1170. AdRk Cuno, S. 650 Anm. 1.

1171. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 17 Bd. 2, Bl. 263, Lagemeldung der Reichskanzlei für die Ruhrabwehr v. 27.7.

[1172]. Ferner setzte sie ihre Aktivitäten fort, die beschlagnahmten Brennstoffe abzutransportieren. Hier stieß sie allerdings im Laufe der Monate an die Grenzen ihrer Fähigkeiten.

Im Mai waren etwa 60 Zechen besetzt, die Kohlenzufuhr für die Werke lahmgelegt und sämtliche Koksöfen gelöscht [1173]. Während sich durch diese Eingriffe vor allem die Weiterarbeit der schwerindustriellen Werke drastisch verschlechterte, kam der Abtransport der Brennstoffe durch die Besatzung zunehmend in Gang [1174]. Der Tiefstand des Abtransports war bereis Mitte März überwunden. Mitte Mai wurden an *"Kohlen und Koks zusammen, auch nach dem sachkundigen Urteil deutscher Fachzeitungen, etwa 15000 Tonnen täglich verladen, 8000 Tonnen Koks und 7000 Tonnen Kohle."* [1175] Dem Zahlenmaterial und den diversen Schätzungen und Statistiken von der Regie und von deutschen Stellen ist mehr propagandistischer als informativer Wert zuzuschreiben, eindeutig ist der Trend der Zunahme [1176].

Zur Sicherung des Bahnkörpers griff die Besatzung zu verschiedenen Mitteln. Einerseits kam es seit Mai zu Massenentlassungen. Die befahrenen Strecken wurden ständig von Posten und Streifen gesichert; um besonders bedrohte Gleise wurden breite Sperrzonen gebildet. Die Züge überquerten Straßenübergänge mit hoher Geschwindigkeit, bedrohte Übergänge durften nur im Laufschritt und unter starker Bewachung

---

1172. Vgl. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 215.

1173. ZStA, RmfdbG 53424/5, Bl. 268, "Bericht aus dem Ruhrgebiet" v. 4.5.

1174. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 227.

1175. Vgl. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 307.

1176. Zahlenbeispiele in: ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1071, Bl. 225, wonach die Abfuhr von Kohle und Koks auf Bahn- und Wasserweg vom 16. Juni bis 15. Juli 31,5% des Vorjahres ausmachte. Vgl. AdRk Str. I, S. 334 Anm. 4, Schätzung des Statistischen Reichsamts v. 22.11. über den Zeitraum Januar bis September: 2,294 Mio. t., insgesamt 22,2% des Vorjahres nach Frankreich, Belgien und Luxemburg. Vgl. ZStA, 39.02, Nr. 43, Bl. 43, Schätzung von Mehlich, daß von Januar bis Juli 1,75 Mio. t Kohle und Koks abtransportiert worden waren. Vgl. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 286, wonach der Abtransport von Kohlen, Koks und Nebenerzeugnissen in der Woche vom 30.4. bis 6.5. mit rd. 100.000 t seinen ersten Höhepunkt und damit rd. 7,4% der Durchschnittslieferung vom Mai 1922 pro Woche erreichte.

überquert werden. Es kam zu vielen Unfällen, die stundenlange Umwege erforderlich machten. Schließlich wurden zur Abschreckung von Sabotageakten Geiseln zur Mitfahrt auf den Zügen gezwungen [1177].

Auf der Brüsseler Konferenz am 6. Juni stimmten Frankreich und Belgien das weitere Vorgehen ab. Nun wurden Kokereien und Brikettfabriken besetzt, um dort die Produktion wieder aufzunehmen oder in eigener Regie fortzuführen. Am 30. Juni erstattete der General Degoutte Bericht. Eine Arbeitsaufnahme der Bergarbeiter für die Besatzung sei nach wie vor nicht zu erwarten. Andererseits würden die Kohlenhalden zu Beginn des kommenden Jahres zur Neige gehen. Eine Ausbeutung der Gruben mit eigenen Arbeitskräften verbot sich, da nicht genug Personal vorhanden und die Arbeit zu gefährlich sei. Bis zum Jahresbeginn mußten die Bergarbeiter also die Arbeit wieder aufgenommen haben. *"Die zwingende Konsequenz dieser Überlegungen, so die Folgerung des Generals, sei, nun alle nur zur Verfügung stehenden Pressionsmittel rücksichtslos anzuwenden, um den passiven Widerstand noch im laufenden Jahr zu brechen".*

Ein Attentat mit mehreren toten bzw. verletzten belgischen Soldaten auf der Duisburger Eisenbahnbrücke gab den Anlaß zur ersten vollständigen Verkehrsunterbrechung am 1. Juli. Für zwei Wochen angesetzt, wurde sie bis zum 26.7. verlängert. Am 9. August wurde sie erneut verhängt und wieder verlängert. Sie blieb bis zum Abbruch des Widerstands in Kraft. Die Organisation des Widerstands litt erheblich hierunter. Auch die meisten der noch arbeitenden Betriebe wurden nun zur Produktionseinstellung gezwungen. *"Von einer Konferenz der Bezirksleiter und des Vorstands des Bergarbeiterverbands wurde diese Maßnahme schon am 17./18.7.23 als bei weitem wirkungsvollstes Instrument der Besatzungsmächte zur Brechung des passiven Widerstands bezeichnet"* [1178].

Die Wirkungen dieser Absperrung beschreibt Wentzcke: *"Weit über Westfalen hinaus, bis Hannover und Gießen waren alle irgendwie geeigneten Gasthäuser und viele Notunterkünfte mit ausgesperrten Bewohnern des Ruhrreviers belegt."* Nur Lebensmittelsendungen wurden zugelassen. *"Die wenigen bislang noch offenen Straßen wurden durch starke Feldbefestigungen, durch Schießscharten, die man in Hauswände brach, durch Gräben, spanische Reiter, Stacheldrahtverhaue und selbst*

1177. Vgl. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. I, a.a.O., S. 287.

1178. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 229-232 und S. 230 Anm. 100f.

durch Scharfschützen gesichert. Zum Teil wurde ein breiter Streifen v o r der Grenze zum Glacis erklärt, dessen Betreten ebenfalls streng untersagt war. 'An manchen Punkten waren (nach einem Bericht aus Derne) versteckte Beobachtungsstellen angelegt, von denen aus weite Strecken mit dem Auge und dem Gewehr beherrscht werden konnten. In Getreidefeldern, Ackerfuchen, hinter Hecken und in Gräben lagen die Schützen, um diejenigen abzuknallen, die einen Übertritt versuchten.'" Im Inneren des Reviers machten ständig wechselnde Sondersperren jeden Verkehr von Stadt zu Stadt unmöglich. *"Vom 3. Juli ab war jeder Straßenverkehr nach 8 Uhr abends verboten; bewaffnete Radfahrerstreifen nahmen die Aufgegriffenen in ihre Mitte und schleppten sie im Laufschritt ins Gefängnis. Blinde Schießwut forderte zahlreiche Opfer; die Festgenommenen wurden von den Offizieren mit Revolvern 'mehr wie viehisch' behandelt."* In Gladbeck wurde der gesamte Straßenbahnverkehr für einen Monat gesperrt und darüberhinaus der Personenverkehr untersagt. In der Folgezeit kam es zu mehreren Schießereien zwischen Sabotagetrupps und Soldaten und daraufhin immer wieder zu Sanktionen. *"Auch in den engen Arbeitervierteln (in Buer.B.M.) durfte bei sommerlicher Schwüle kein Fenster geöffnet sein, kein Licht brennen, in allen Häusern mußte Todesstille herrschen. Die hunderttausend Einwohner der Stadt Buer waren zwischen ihren eigenen Wänden eingekerkert.'" "Als wichtigstes Straf- und Erziehungsmittel schien die Einschränkung der Straßenbahnen zu gelten; selbst die Schienen riß man hier und da auf und zwang die Fahrgäste, die häufig schwerstes Gepäck zu tragen hatten, zu stundenlangem Fußmarsch."* Einzelne Stadtviertel wurden von Nachtverkehrssperren betroffen. *"Die erste Zeitspanne lief am 26. Juli ab; wenige Tage danach, die Abertausende der Ausgesperrten zur Heimkehr, Andere zur Flucht ins unbesetzte Deutschland ausnutzten, setzte vom 9. August bis zum 16. September eine weitere überaus scharfe Grenzsperre ein. Den Grund fand man zunächst in Anschlägen, mit denen einzelne Heißsporne in Düsseldorf, Essen und Dortmund die Besatzung zu schädigen geglaubt hatten. Die zweite Verlängerung ward damit begründet, daß Düsseldorfer Turner gegen das ausdrückliche Verbot an einer Fahrt zum Deutschen Turnfest in Leipzig teilgenommen hätten."* **1179**

Anfang August wurden die Bergarbeiter auf verschiedenen Zechen von der Besatzungsmacht aufgefordert, die Kokereien wieder zu eröffnen. Falls sie

---

(Zitate S. 230 und S. 230 Anm. 101).

1179. Vgl. Wentzcke, Ruhrkampf, Bd. II, a.a.O., S. 82-86 (Zitate S. 82f., 83, 84,

sich weigerten, drohten ihnen die Massenausweisung mitsamt ihren Familien [1180]. Als letzte Stütze des Widerstands sah Degoutte die Werkmeister und Ingenieure an, die hauptsächlich die Arbeiter davon abhielten, für die Besatzungsmächte die Arbeit wieder aufzunehmen. Zu Zwangsmaßnahmen gegen diese Gruppe kam es nicht mehr, weil der Widerstand vorher abgebrochen wurde [1181].

3.5.1.3. Taktischer Rückzug zur Aufrechterhaltung der Durchhaltekraft

In den Berliner Zentralstellen sind diverse Anstrengungen unternommen worden, um das Nachlassen der Widerstandsaktivitäten aufzuhalten. Allerdings gibt es hier unterschiedliche Trends. In Einzelbereichen, die als zentral für den Widerstand angesehen wurden und in denen die Zentralstellen für sich Handlungsmöglichkeiten sahen, wurde versucht, mit moralischem Druck bzw. disziplinarischen Sanktionen das gewünschte Verhalten herzustellen. In anderen Bereichen, die insbesondere mit der Versorgung mit Brennstoffen und Lebensmitteln zusammenhingen und die die physische Durchhaltekraft der Bevölkerung zum Ziel hatten, wurde widerstrebend Nachgiebigkeit praktiziert. Dadurch ergibt sich ein ziemlich uneinheitliches Gesamtbild, das noch dadurch verstärkt wird, daß die Rücknahme bestehender Anordnungen nicht immer öffentlich geschah und damit nicht allen Betroffenen bekannt wurde.

Die Verhinderung der Regiebahn-Benutzung kann als ein offensiv verfolgtes Ziel angesehen werden. Bereits im April begannen Überlegungen in den Zentralstellen, wie die zunehmende Benutzung der Regiebahnen durch die Bevölkerung zu verhindern sei. Zunächst waren es nur einzelne Orte, an denen die Regie mehr Zulauf fand. Ein Grund wurde in den deutschen Schiffspreisen gesehen, die das Zehnfache des Regiebahnpreises betrugen [1182]. Ob daraus Taten folgten, ließ sich nicht ausmachen. Die Nachrichten über eine zunehmende Benutzung der Regiebahn rissen nicht mehr ab [1183]. Im Juni berieten die Referenten der Ressorts erneut über

---

84f., 85f.).

1180. ZStA, RmfdbG 53433/54, Bl. 303, "Mitteilung aus Dortmund" (M.), dürfte Mehlich sein, v. 4.8.

1181. Vgl. Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 233.

1182. ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 128, Ressortbesprechung v. 15.6.

Maßnahmen, denn es ging um einen *"sehr wichtigen"* Teil des Abwehrkampfes, wenn nicht um den wichtigsten überhaupt [1184]. Als Ziel wurde formuliert: *"(E)s darf den Franzosen nicht gelingen, auf den Regiebahnen einen ordnungsmässigen Betrieb in Gang zu bringen"*. Dazu mußten alle Gruppen die Standhaftigkeit der Eisenbahner unterstützen und alles unterlassen, was nach Zusammenarbeit mit der Regie aussah. Erster wunder Punkt in dieser Hinsicht war der Bahnschutz [1185], also *"der Schutz des Bahnkörpers auf den militarisierten Strecken"* [1186]. Die Besatzungsbehörden versuchten hier, Eisenbahner gegen Gemeindeverwaltungen auszuspielen, indem sie die Gemeinden dazu verpflichteten, den Schutz des Bahnkörpers zu organisieren. Damit gerieten die Gemeinden in den Zwiespalt, mitzuarbeiten und sich die Kollaboration mit den Besatzern vorwerfen lassen zu müssen oder sich zu verweigern und sich von den Besatzern Gefährdung der Bevölkerung vorhalten lassen zu müssen. Als Ausweg gaben die Zentralstellen vor, besonders durch das Auftreten deutlich zu machen, daß die Gemeinden ausschließlich für die Sicherheit der Bevölkerung aktiv würden und keinesfalls als Organe der Regie. Hierzu wurde Druck auf die Gemeinden ausgeübt. Als ultima ratio drohte Gemeinden, die sich am Bahnschutz beteiligten, die Streichung aller öffentlichen Zuschüsse und die Sperrung aller Mittel [1187].

Ein zweiter Punkt war die Benutzung der Regiebahnen selber. Das Verbot, die Regiebahnen zu benutzen, wurde bekräftigt, angesichts von Anfragen selbst von Behörden, ob die Beamten bei Dienstfahrten nicht mit der Regie fahren könnten. Außerdem liefen auf deutschen Strecken immer wieder Waren auf, die nur per Regiebahn bis dahin gelangt sein konnten. Weigerten sich die Eisenbahner nun, diese Frachten weiterzubefördern, drohte ihnen die Ausweisung und der Strecke die Militarisierung. Hier

---

1183. HStD, RD 16606, 26.6., Rundschreiben Kommissar Schmid v. 26.6.

1184. ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 148RS., Ressortbesprechung 22.6. Korrektur des Protokolls.

1185. HStD, RD 16606, 26.6., Rundschreiben Kommissar Schmid v. 26.6.

1186. HStD, RD 17073, 20.7., Rundschreiben Oberpräsident Rheinprovinz.

1187. Ebd. Zu den Spannungen zwischen lokalen und vorgesetzten Behörden vgl. ebd, 27.6., Erlaß Regierungspräs. Düsseldorf; ebd., 2.8., Stellungnahme des Bürgermeisters v. Elsen mit dem Hinweis, daß alle Nachbargemeinden ebenso verfahren; ebd., 2.8., 17.8., Berichte Landrat Grevenbroich an Regierungspräs.; ebd., 27.7. Regierungspräs. an Landrat Grevenbroich v. 27.7.; HStD, RD 16606, 26.6., Rundschreiben Kommissar Schmid.

sollte moralischer Druck ausgeübt werden. *"Wer die Regiebahnen benutzt oder Güter auf ihnen verlädt"*, so führte der Kommissar für die Ruhrabwehr aus, *"beweist damit Ehrlosigkeit der Gesinnung."* Ertappte Personen sollten vor der Öffentlichkeit bloßgestellt werden. *"Es wird derartigen Lumpen klar zu machen sein, dass sie die berechtigte Erbitterung der deutschen Eisenbahner, wie überhaupt der gesamten den Abwehrkampf tragenden Volkskreise auf sich ziehen und dafür Sorge zu tragen, dass die Oeffentlichkeit erfährt, wer den Eisenbahnern in den Rücken gefallen ist"*.

Dritter Punkt schließlich war die Arbeitsaufnahme von Beamten bei der Regie. Alle Verwaltungen wurden gebeten, gegen solche Beamte sofort Disziplinarverfahren einzuleiten mit dem Ziel, sie aus dem Amt zu entfernen. Exemplarische Fälle sollten *"mit voller Namensnennung"* veröffentlicht werden, mehrere Beispiele lagen schon vor [1188].

Als ein vierter Schwachpunkt wurde die in manchen Regionen ausbleibende Unterstützung von Eisenbahnern durch andere Widerstandsgruppen ausgemacht. Eisenbahner beklagten sich besonders im Frankfurter Raum darüber, daß deutsche Behörden ihnen Verordnungen der Besatzungsmacht zustellten, manchmal noch in Begleitung französischer Gendarmen. Zuvor hatten die Besatzungsbehörden Wohnungslisten von Eisenbahnern von den Gemeinden gefordert und zum Teil auch bekommen. Andere Gemeinden hatten sich geweigert, Eisenbahner zu beschäftigen. Diese Beschwerden veranlaßten den Verkehrsminister, sich für die Eisenbahner stark zu machen und die preußischen Zentralbehörden aufzufordern, *"auch von dort auf die Landratsämter und Bürgermeistereien wegen einer entschlossenen Durchführung der Abwehrfront einzuwirken"*. Unterstützung fand er darin in der Zentralstelle Rhein-Ruhr, dessen Leiter in dieser Frage *"einen der beiden Kernpunkte der gesamten Ruhrabwehr"* erblickte und die preußischen Landesbehörden entsprechend unterrichtete. Bei deren Leitern lief er damit offene Türen ein, jedoch ist nicht auszumachen, welche konkreten Auswirkungen diese Aktion vor Ort hatte [1189].

Zusammengefaßt konzentrierten sich die Bemühungen der Zentralstellen bei diesen Aktivitäten darauf, Brüche im Zusammenhalt durch verschiedene

---

1188. HStD, RD 16606, 26.6., Rundschreiben Kommissar Schmid.

1189. ZStA, RmfdbG/RIM, Nr. 1100, Bl. 253 (Zitat), Schreiben Reichsverkehrsmin. v. 17.5.; ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 60 (Zitat), Rundschreiben Zentralstelle Rhein-Ruhr v. 22.5.; HStD, RD 16606, 26.6.,

Formen des sozialen Drucks zu kitten. Ähnliches spielte sich in dem zweiten zentralen Bereich des Widerstands ab, als die Zentralstellen den zunehmenden Abtransport von Kohlen und Koks als Problem registrierten. Als erstes reagierte das Reichsverkehrsministerium, das schon im April darauf drängte, *"dass im Einflussgebiet dieser Bahn (über die die Besatzung den Abtransport organisierte. B.M.) der passive Widerstand an die Quelle der Kohlenerzeugung zurückverlegt werden möge"* **1190**. Damit war die Frage der Einschränkung der Haldenförderung angesprochen, aber noch kein Handlungsbedarf erkannt. Erst Ende Mai waren die Zweifel, ob alles *"Erforderliche und Mögliche zur Abwehr des Kohlenraubes"* **1191** geschah, in Berlin soweit gewachsen, daß die Spezialisten in den Ministerien den Kanzler baten, ob er nicht *"durch persönliche Einwirkung auf eine nicht zu große Anzahl der bedeutendsten Persönlichkeiten des Ruhrbergbaues diesen Männern eine Richtung angeben"* könne **1192**. Schließlich stand hier der *"wesentlichste() Punkt der ganzen Ruhrabwehr"* auf dem Spiel **1193**. Die Unternehmer selber hatten in diesem Monat beschlossen, die Förderung auf den Selbstverbrauch und die Deputatkohle einzuschränken **1194**. Doch die Unterbindung der Förderung besaß jetzt im wesentlichen nur noch einen moralischen Wert, indem sie den Eisenbahnern den Rücken stärkte. Diese hatten ihr Widerstandsziel, den Abtransport von Kohle und Koks, dauerhaft zu unterbinden, vor allem deshalb nicht erreichen können, *"weil der Bergbau nicht gleichzeitig die Förderung eingestellt habe"* **1195**.

Angesichts der Tragweite des Problems, der Frühzeitigkeit, mit der es als solches vor Ort erkannt worden war und der machbaren Alternativen, die in der Entwicklung steckengeblieben waren, erscheint hier das Mißverhältnis

---

Rundschreiben Kommissar Schmid v. 26.6.

1190. ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 21RS, Ressortbesprechung v. 19.4.

1191. ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 69, Vermerk Ebhardt, Zentralstelle Rhein-Ruhr, v. 22.5. für Schmid mit der Anregung zu einer Besprechung im kleinen Kreise; die fand am 24.5. statt, s. Anm. 1124.

1192. ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 66, Besprechung v. 24.5., Liste mit 15 Personen.

1193. ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 69, Vermerk Ebhardt, Zentralstelle Rhein-Ruhr, v. 22.5. für Schmid.

1194. ZStA, RAM 3024, Bl. 28f., Schreiben Reichswirtschaftsmin. an Reichsverkehrsmin. v. 29.5.

1195. ZStA, RAM 3024, Bl. 31f., Schreiben Reichsverkehrsmin. an Reichswirtschaftsmin. v. 16.6.

zwischen den Möglichkeiten und dem Umgesetzten besonders groß. In diesem Fall war die fehlende Abstimmung zwischen dem besetzten Gebiet und den Entscheidungsstellen überaus gravierend. Die Zentralstellen hatten zwar einerseits die Führung im Widerstand beansprucht und Alternativen dazu nicht zugelassen, andererseits konnten sie aber ihren Anspruch nicht einlösen. Die Folge war, daß sich die Kluft zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet immer weiter auftat.

Der gegenläufige Trend zu mehr Nachgiebigkeit prägte die Anweisungen, die den Umgang mit Verordnungen und Sanktionen der Besatzungsmacht, das Verhalten der Beamten und den Umgang mit den regionalen Unterschieden betrafen.

Die im Überschwang des Januar vollzogene Ausdehnung des Widerstands auf die altbesetzten Gebiete kollidierte mit deren rechtlichen, politischen und infrastrukturellen Unterschiedlichkeiten. Im Lauf der Zeit setzte sich die Forderung durch, wichtige Beschlüsse grundsätzlich nur unter Berücksichtigung der jeweiligen regionalen Besonderheiten zu fassen [1196]. Eine Umsetzung wäre dem nahegekommen, was der Vertreter des britischen Oberkommissars in Köln als persönliche Ansicht vertrat, nämlich auf das Rheinland als Kampfgebiet zu verzichten, soweit dies ohne Aufgabe zentraler Punkte des Widerstands möglich sei, und die vertraglichen Leistungen wiederaufzunehmen [1197]. Es scheint, als ob vor allem der nationale Stolz auch im altbesetzten Gebiet ein Motor des demonstrativen Widerstands war, dessen Formen sich nicht ohne Schaden für das Prestige auf ein angepaßtes und durchhaltbares Maß reduzieren ließ. Für die Beamten setzte sich im Mai die Parole durch, daß, wo immer eine ausweichende Taktik mit dem *"deutschen Standpunkt vereinbar"* war, sich Beamte so verhalten sollten, daß sie auf dem Posten bleiben konnten [1198].

1196. ZStA, RmfdbG 53424/7, Bl. 89RS, im Bericht des Staatssekretärs für die besetzten rheinischen Gebiete, Brugger, über Sitzung in Gießen zur Lage im altbesetzten Gebiet v. 17.5.; BA, R 43 I/187, Bl. 108-110, Bericht Brugger an Reichskanzler v. 14.3.

1197. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 240, Bl. 51, Bericht des Regierungspräsident von Köln, Adelmann, an pr. Innenmin. v. 14.8.

1198. BA, R 4 3I/188, Bl. 253RS, im Bericht des Staatssekretärs für die besetzten rheinischen Gebiete, Brugger, über Sitzung in Gießen zur Lage im altbesetzten Gebiet v. 17.5.

Die allmähliche Anpassung der Taktik in dieser Zeit ist mit dem Nachlassen der Widerstandskraft begründet [1199]. Das unterschiedliche Vorgehen von anderen Gruppen und Regionen wurde als einseitige Vorteilsnahme empfunden [1200]. Was als eine geschickte Ausnutzung der örtlichen Gegebenheiten die Kräfte vor Monaten hätte verlängern können, richtete sich als gegenseitige Anschuldigung nun negativ nach innen. Die folgenden Rückzugstaktiken wurden daher in der Regel von gegenseitiger Kritik und Anschuldigung begleitet.

Das Festhalten am Widerstand verlagerte sich zunehmend auf das Aufrechterhalten der physischen Widerstandskraft durch eine gesicherte Lebensmittelzufuhr und Kohlenversorgung [1201]. Der gesamte Kampf um das Transportwesen spitzte sich nun auf die Frage zu, diejenigen Bedingungen zu erhalten, die einen Transport von *"lebenswichtigen"* Gütern ermöglichten. Unter diesen Vorzeichen wurde die bisher verfolgte Linie verlassen, verkehrseinschränkenden Anordnungen der Besatzung keine Folge zu leisten, sondern sie zu umgehen. Mitte April forderte die Besatzung Passierscheine für Lkw und Pkw (Ordonnanz 164 v.18.4.23; durch Verfügung Nr. 39 v. 8.5. auf das neubesetzte Gebiet ausgedehnt [1202]). Hier passierten gleich mehrere Pannen. Zunächst wurde die Verordnung von verschiedenen Zeitungen ohne eine kommentierende Stellungnahme abgedruckt. Bei einer solchen Art der Veröffentlichung wurde angenommen, daß die Verordnungen rechtmäßig seien [1203]. Dann

---

1199. Ebd.; BA, R 43 I/188, Bl. 281-3, im Bericht des Staatssekretärs für die besetzten rheinischen Gebiete, Brugger, über Sitzung in Aschaffenburg v. 26.5. So war beispielsweise das Einholen von Passierscheinen für Kohlentransporte im Mai noch verboten, wurde aber im Juni freigestellt. Vgl. dazu ZStA, RmfdbG 53424/7, Bl. 96RS, Besprechung in Besatzungsangelegenheiten am 8.5. in Hagen; ZStA, 39.02, Nr. 43, Bl. 62f. Mehlich an Reicharbeitsministerium, 30.6.; ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 149RS, bekräftigt für Deputatkohlenscheine in Ressortbesprechung am 22.6. Der Kohlenkommissar sollte die Bedenken einzelner Zechen hiergegen ausräumen.

1200. Vgl. die Kabinettsbesprechung v. 29.3. über den Übergang zu einer weicheren Taktik in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 112, bes. S. 353, Ausführungen des Reichswirtschafts- und des Reichsarbeitsministers.

1201. BA, R 43 I/188, Bl. 467, im Bericht des Staatssekretärs für die besetzten rheinischen Gebiete, Brugger, an den Reichskanzler v. 27.6. über seine Reise nach Köln v. 21.-24.6.

1202. Vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 143 und S. 438f. Anm. 1.

wurde von den Zentralstellen die Parole ausgegeben, diese Scheine nicht einzuholen. Vier Tage später wurde diese Richtlinie durch eine nachgiebigere ersetzt, die für lebenswichtige Transporte Ausnahmen zuließ [1204]. Dies rief die Kritik der dazu nicht befragten Behörden im besetzten Gebiet hervor: es bedeute ein erstes Nachgeben mit bösen Folgen, der behördliche Einfluß auf die Ausnahmebewilligung werde ausgeschaltet sein. Dem wurde entgegengehalten, daß dieses Nachgeben nötig sei, *"wenn (man) nicht den nun einmal unvermeidlichen Verkehr auf die militaris(ierten) Eisenbahnen vertreiben und damit dem Feinde grossen Dienst (leisten?) wolle"* [1205].

Der zweite zentrale Punkt für die Aufrechterhaltung der materiellen Überlebensfähigkeit war die Kontrolle über die Kohlenversorgung. Sie und die Widerstandskraft standen im engen Verhältnis: *"Gelänge es den Franzosen, den Kohlenverkehr zu verhindern, sei der Widerstand am Ende. Die Franzosen würden die für den Unterhalt der Truppen nötigen Kohlen auf den militarisierten Strecken fahren und die Gas- und Elektrizitätswerke, soweit sie es für nützlich hielten, ... versorgen und auf diese Weise die Bevölkerung von sich abhängig machen."* [1206] Hier griffen die Besatzungsmächte mit einer Verordnung ein, die die Versorgung der Haushalte mit Kohlen für den Hausbrand (Heizen und Kochen) von einem Passierschein abhängig machte. Dieser wurde nur ausgestellt, wenn die Kohlensteuer an die Besatzung bezahlt worden war. Diese zu verweigern, war ein Kernstück des Widerstands. Die Verordnung wurde im Ruhrgebiet *"sehr scharf durchgeführt"*, doch hier waren *"die meisten Verbraucher reichlich eingedeckt"*. Man rechnete zudem aufgrund bisheriger Erfahrungen mit einer Nachgiebigkeit seitens der Besatzungsbehörden auf längere Sicht, da auch sie an einer Versorgung durch die örtlichen Gas- und Elektrizitätswerke interessiert waren. Ganz anders sah die Situation im

---

1203. ZStA, 39.02, Nr. 18, Bl. 81, Handelskammer für die Kreise Essen, Mülheim-Ruhr und Oberhausen zu Essen an die Schriftleitung v. 1.5.

1204. Vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 143 u. S. 439 Anm. 3.

1205. ZStA, RmfdbG 53424/7, Bl. 96-99, Besprechung in Besatzungsangelegenheiten am 8.5. in Hagen. (In Klammern Ergänzungen des eingebundenen Textes).

1206. ZStA, RmfdbG 53424/3, Bl.147-152 (Zitat Bl. 150), Besprechung im Reichsverkehrsmin. v. 14.4. und Vermerk Zentralstelle Rhein-Ruhr, Bl. 157.

altbesetzten Rheinland aus [1207]. Um die Versorgung mit solchen Kohlen zu gewährleisten sicherzustellen, mußte zugelassen werden, daß Passierscheine beantragt wurden [1208].

Konnten sich so die Endverbraucher eindecken, so war eine Versorgung von lebenswichtigen Betrieben mit Brennstoffen (Bäckereien, Krankenhäusern etc.) auf diesem Wege aber nicht möglich. Im Mai wurde über Schleichwege diskutiert, aber man war sich darin einig, die verlangten Passierscheine für Kohlenstransporte keinesfalls nachzusuchen und auf allen anderen Wegen zu versuchen, besonders die Bäckereien mit Kohlen zur Brotversorgung zu beschicken [1209]. Am 7. Juni stellte die Regierung frei, Passierscheine einzuholen, um ausländische Kohlen importieren zu können [1210]. Die Kohlenversorgung ins besetzte Gebiet spielte sich mittlerweile über den Import hauptsächlich englischer Kohle ab und lief bis in den Juni hinein ungestört und ohne größere Schwierigkeiten. Die Pfalz wurde per Autos aus dem besetzten Gebiet direkt und auch störungslos versorgt [1211]. Insbesondere Großverbraucher wie z.B. das Wasserwerk bei Witten wurde auf diese Weise mit englischer Kohle weiterversorgt [1212]. Als dann im Juni selbst gasliefernde Zechen besetzt wurden, mußte eine ersatzweise Energielieferung für die angeschlossenen Kommunen organisiert werden. Wenigstens ein Fall wurde bekannt, bei dem ein konkurrierendes Gasversorgungsunternehmen diese Notlage ausnutzte und für die Zeit nach dem Ende des Widerstandes Vorteile durchsetzen wollte. Es zögerte mit der Aufnahme der Lieferung, um Zugeständnisse über die zukünftige Gebietsabgrenzung mit dem Konkurrenten zu erhalten [1213]. Dies ist

---

1207. ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 20, Ressortbesprechung v. 19.4.

1208. StaMs, RegMsBes, Nr. 84, 25.7., Anfage Betriebsrat Zeche Baldur I/II bei Regierung Münster und Rundfrage der Regierung bei den Besatzungsämtern Anfang August. Danach müssen die Passierscheine manchmal beantragt werden, manchmal nicht.

1209. ZStA, RmfdbG 53424/7, Bl. 96-99, Besprechung in Besatzungsangelegenheiten am 8.5. in Hagen.

1210. ZStA, 39.02, Nr. 43., Bl 62, Mehlich an Reichsarbeitsmin.

1211. ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 112, Ressortbesprechung v. 8.6.

1212. ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 150, Ressortbesprechung v. 22.6.

1213. HStD, RD 17072, Brief Beigeordneter Zur Nieden? an Regierungspräsident Grützner v. 11.6. und Schreiben Grützners am selben Tag an August Thyssen.

sicherlich ein extremes Beispiel dafür, wie weit der Anspruch gegenseitiger Solidarität und die Realität auseinanderklafften, wobei zu betonen ist, daß eben beiderlei Verhaltensweisen nebeneinander bestanden [1214].

Die Unsicherheit der Kohlenversorgung weckte düstere Erwartungen. *"Die ungeheure Teuerung der Lebensmittel, namentlich die Schwierigkeit, für den bevorstehenden Winter Brennstoffe zu erlangen, beeindrucke die Bevölkerung außerordentlich stark"*, berichtete der Staatssekretär für die besetzten rheinischen Gebiete im Juli aus dem altbesetzten Rheinland [1215]. Diese Erkenntnis war umso bitterer, weil sich die Haushalte schon längst hätten eindecken können, wie Gewerkschafter nun klagten [1216]. Eine rechtzeitige Verbilligungs- oder Kreditaktion, wie im Februar initiiert, hätte nicht nur die Haldenvorräte reduzieren helfen, sondern auch die Widerstandskraft der Bevölkerung an einem wesentlichen Punkt stärken und die später nicht zu umgehende Durchbrechung der starren Widerstandsprinzipien [1217] an diesem Punkt vermeiden können.

Der Trend zur Nachgiebigkeit setzte sich in diesem Zeitraum bei den Richtlinien für Beamte dahingehend durch, daß in zwei konkreten Bereichen ihre Handlungsspielräume gegenüber der Besatzung vergrößert (Vorladungen) und die von ihnen verlangten Lasten (Geldstrafen) verringert wurden. Auch dies geschah jeweils in einem konfliktreichen Prozeß, der sich über mehrere Monate hinzog und durch Informationsdefizite und abweichende Praktiken der Ressorts noch zusätzlich verkompliziert wurde.

Ende März, noch unter dem Eindruck, den Widerstand konsequent durchzuführen, hatte sich das Kabinett darauf verständigt, daß das Reich prinzipiell keine Geldstrafen erstattete [1218]. Die Durchführung dieses

---

1214. S. Weisbrod, Bernd, Zur Form schwerindustrieller Interessenvertretung in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik, bes. S. 674-677 in: System, a.a.O., mit einem anderen Beispiel. Er beschreibt den Versuch von Paul Reusch, dem Generaldirektor der Gutehoffnungshütte und Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die gestärkte schwerindustrielle Position im Sommer 1923 im Ruhrrevier auszunutzen, um bei den geschwächten Ruhrhandelskammern ein neues Organisationskonzept durchzusetzen.

1215. ZStA, RWiM, Nr. 14704, Bl. 9, Schreiben des Staatssekretärs für die besetzten rheinischen Gebiete, Brugger, an Reichskanzler v. 21.7.

1216. ZStA, 39.02, Nr. 21, Bl. 27, Schreiben des Ortskartellvorsitzenden des DBB in Recklinghausen v. 5.6.

Beschlusses gestaltete sich schwierig und kulminierte darin, daß *"stündlich Anfragen aus allen Teilen der Bevölkerung an die Zentralbehörden"* ergingen. Im April befaßte sich das Kabinett erneut mit dem Thema und entschied, daß Geldstrafen nicht zu bezahlen seien und auch nicht erstattet würden, genausowenig wie die Gemeinden oder andere Körperschaften Kontributionen zahlen dürften. Untersuchungs- oder Strafhaft durften auch nicht durch das Hinterlegen von Sicherheiten abgewendet werden [1219]. In der Praxis legten die verschiedenen großen Verwaltungen den Kabinettsbeschluß unterschiedlich aus, mit der Folge, daß die Beamten, die dem Reichsverkehrs- und Reichsfinanzministerium unterstellt waren, mit einer Erstattung rechnen konnten, nicht aber die des preußischen Innenministeriums, der Reichsbank und des Reichspostministeriums. Damit ließ sich die harte Haltung nicht mehr fortsetzen. Formal blieb dieser Beschluß gültig, intern kam es jedoch zu einer abweichenden Regelung, die die Erstattung von Geldstrafen sowie die Zahlung von Kautionen für die Haftentlassung für die Beamten ausdrücklich zuließ, weil *"(i)m Hinblick auf die lange Dauer des Abwehrkampfes und die tatsächliche Entwicklung... eine mildere Durchführung des Kabinetssbeschluß (nicht mehr zu verhindern)"* war. In geeigneten Ausnahmefällen sollten jetzt auf Antrag die Geldstrafen erstattet werden. Es durfte auch eine Kaution gestellt werden, wenn damit die Entlassung von Beamten aus der Haft erreicht werden konnte [1220]. Die Besatzungsmacht stellte, diesen Zwiespalt nutzend, in Aussicht, Geldstrafen oder Haftstrafen auszusetzen, wenn die Verurteilten erklärten, sich den Befehlen zu fügen.

Das Reichsinnenministerium war mit der Neuformulierung der Durchführungsbestimmungen betraut und arbeitete am 22.6. noch daran [1221]. Was beispielsweise geeignete Ausnahmefälle waren, war sowohl bei Geldstrafen wie bei der Stellung von Kautionen interpretationsfähig. Außerdem wurde diese Regelung nur intern weitergegeben [1222]. Folglich

---

1217. ZStA, 39.02, Nr. 43, Bl. 62f., Mehlich an Reichsarbeitsmin. v. 30.6.

1218. ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 14RS, Ressortbesprechung v. 6.4., wo diese Meinungsäußerung als Kabinettsbeschluß interpretiert wird. Es soll ein Runderlaß erstellt werden, weil die Abgrenzung zum altbesetzten Gebiet schwierig ist. Anders nach: AdRk Cuno, Dok. Nr. 111 und S. 352 Anm.8.

1219. Vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 136, S. 420f. (Zitat S. 420 Anm. 5).

1220. ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 79f. (Zitat Bl. 79, in Klammern handschr. Korrektur).

1221. ZStA, RmfdbG 53432/49, Bl. 148RS, Ressortbesprechung v. 22.6.

ging das Durcheinander bei der Erstattung von Geldstrafen weiter. Was die eine Behörde verweigerte, erstattete die andere [1223]. Zwecks Vereinheitlichung der Vorgehensweise wurden die regionalen Verwaltungsstellen von Berlin aus aufgefordert, miteinander Verbindung aufzunehmen und sich abzustimmen [1224].

Analog zu diesem Durcheinander vollzog sich die Behandlung der Frage, ob Beamte Vorladungen vor Kriegsgerichte folgen sollten oder nicht. Auch hier verfuhren die unterschiedlichen Verwaltungen mit verschiedener Praxis [1225]. Den Düsseldorfer Postbeamten war es ausdrücklich verboten, der Ladung zu folgen, mit der Folge höherer Bestrafung, während die Beamten der inneren Verwaltung vor Kriegsgerichten antreten durften [1226]. Die uneinheitliche Praxis und das Bemühen, Beamte im besetzten Gebiet zu erhalten, sprachen für eine Milderung [1227]. Mitte Juli wurde den Beamten freigestellt, Ladungen zu folgen oder nicht [1228].

3.5.2. Maßnahmen der Regierung zur finanziellen Unterstützung des Widerstands und zur Mobilisierung gesellschaftlicher Unterstützung

3.5.2.1. Kurzfristige Stabilisierungsversuche, der Zusammenbruch der Währung und Ansätze zur fundierten Ruhrkampffinanzierung

Das Reichsfinanzministerium beobachtete die Finanzentwicklung, war aber

1222. StaMs, RegMsBes, Nr. 84, pr. Innenmin. fernmündlich an Regierung Münster am 6.6., von da aus selektive Weitergabe an nachgeordnete Behörden; HStD, RD Präs, Nr. 132, Bl. 147, Weitergabe des Beschlusses durch Regierung Düsseldorf v. 29.6.

1223. StaMs, RegMsBes, Nr. 84, Anfrage Magistrat Recklinghausen bei Regierung Münster v. 7.6., von dort entgegengesetzte Auskünfte von Post und Bahn, Erinnerung des Magistrats v. 5.7., Bescheid v. 7.7.

1224. StaMs, RegMsBes, Nr. 84, Kontaktaufnahme der Oberpostdirektion Münster mit der Regierung Münster und Schreiben des pr. Min. für Landwirtschaft., Domänen und Forsten v. 12.6.

1225. ZStA, RmfdbG 53424/7, Bl. 165, Reichspostmin. an Zentralstelle Rhein-Ruhr v. 29.5.

1226. Ebd., Bl. 166, Bericht der Oberpostdirektion Düsseldorf v. 17.5.

1227. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 157, Bl. 119, Abschrift des Antwortschreibens des Kommissars Schmid an das Reichspostmin. v. 16.6.

nicht die Stelle, die zur Stabilisierung der Währung und zur Begrenzung der Ausgaben aktiv wurde. Vielmehr setzte der Reichsfinanzminister andere Akzente in der Außenpolitik und wandte sich Ende Mai an den Reichskanzler mit der Aufforderung, die *"gerechte Abwehr an der Ruhr durch eine entsprechende außenpolitische Betätigung der Reichsregierung zu ergänzen"* und Kontakte mit der Gegenseite aufzubauen [1229]. Ansonsten meldete er sich mehrfach zu Wort, um den Zusammenbruch der Währung zu konstatieren, ohne jedoch selber durchgreifende Initiativen zur Abhilfe erkennen zu lassen. Anfang Juni wandte sich der Reichskanzler an den Finanzminister um Mithilfe, *"den vollen Zusammenbruch unserer Mark abzuwehren"* [1230]. Nach dessen Überzeugung war jedoch *"der volle Zusammenbruch unserer Mark bereits erfolgt ..., nachdem in den letzten Tagen selbst die polnische Mark und sogar die österreichische Krone auf den internationalen Geldmärkten höher bewertet wurden als unsere Mark"* [1231]. Wenig später, am 16.6., beschrieb er in einem vertraulichen Brief an den Reichskanzler eine finanzielle Lage, die schlicht katastrophal genannt werden mußte. Allein für die Finanzierung des Ruhrkampfs waren die Verbindlichkeiten auf über 5 Billionen Mark angewachsen, für die es weder eine Deckung gab noch die Aussicht darauf. Die einzige konkrete Forderung, die der Finanzminister mit diesem Brief verband, war die, die Kompetenzübertretung der Zentralstelle Rhein-Ruhr in finanziellen Fragen abzustellen [1232].

Weiterhin sah der Finanzminister einen Ausweg nicht im Abbruch des Widerstands oder einer ernsthaften Stabilisierung der Ausgaben dafür und der Finanzsituation insgesamt, sondern im Zuständigkeitsbereich eines anderen Ressorts, nämlich in einer größeren Flexibilität in der Frage der außenpolitischen Verhandlungsbereitschaft [1233]. Hierüber war er mit dem Außenminister heftig aneinandergeraten, wobei es konkret jeweils um die Ausgestaltung der Reparationsangebote ging [1234]. Konsequenterweise gab

---

1228. StaMs, RegMsBes, Nr. 84, pr. Innenmin. an Regierung Münster v. 16.7.

1229. Vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 175, S. 532f. (Zitat S. 533), Brief des Reichsfinanzmin. Hermes an Reichskanzler v. 31.5.

1230. Vgl. ebd., Dok. Nr. 178, S. 540f. (Zitat S. 541), Brief Reichskanzler an Reichsfinanzmin. v. 2.6.

1231. Vgl. ebd., S. 541 Anm. 6, Antwort Reichsfinanzmin. v. 6.6.

1232. Vgl. ebd., Dok. Nr. 193, bes. S. 579f., Brief Reichsfinanzmin. an Reichskanzler v. 16.6.; ebd. Dok. Nr. 216, S. 639-643, Antwort v. 11.7.

1233. Vgl. Specht, Hintergründe, a.a.O., S. 115.

selbst Anfang Juli, in einem neuerlichen Schreiben an den Reichskanzler die finanzielle Situation *"zwar keine Veranlassung dazu (...), den Abwehrkampf gegen den Ruhreinbruch aufzugeben."* Bedrohlich spitzte sich dagegen die innenpolitische Situation zu. Wieder ließ nur die Aussicht auf einen außenpolitischen Durchbruch positive Auswirkungen auf die Reichsfinanzen erhoffen, doch dieser Durchbruch mußte nun schnell kommen. Stattdessen zogen sich die Verhandlungen der Alliierten über das letzte deutsche Angebot in die Länge. Die britische Regierung sollte daher noch einmal darauf hingewiesen werden, daß *"höchste Eile geboten"* sei, zu Verhandlungen über Reparationen zu kommen [1235]. Sämtliche der Aktivitäten zur Mobilisierung finanzieller Ressourcen und zur Entwicklung von längerfristigen finanziellen Perspektiven, die unten beschrieben werden, beruhten auf Initiativen anderer Stellen als des zuständigen Ministeriums. Insbesondere die Bemühungen um die Überwindung der Inflationsfinanzierung fanden im Finanzministerium eher Widerstand als Unterstützung.

Zwischen der bereits beschriebenen, gescheiterten Devisenverordnung von Anfang Mai und einer weiteren Stützungsaktion der Reichsbank Mitte Juni [1236] scheint es keinerlei konkrete Aktivitäten der Regierung in Sachen Markstabilisierung gegeben zu haben. Diese Untätigkeit wurde mit großer Bitterkeit und Erregung bei der Bevölkerung registriert, die bei der Wirtschaft sichtbare Opfer vermißte und beim Staat die Bereitschaft, gegen die Inflation und ihre Begleiterscheinungen vorzugehen. Zwar hatten sich Wirtschafts-, Finanzministerium und Reichsbank mit den Gründen des Verfalls und Gegenmaßnahmen befaßt, und auch ein Untersuchungsausschuß des Reichstags beriet diese Fragen. Die Referenten in der Reichskanzlei regten mit Blick auf die zu erwartenden Reichstagsdebatten bereits Anfang und Mitte Juni Gespräche über konkrete Maßnahmen an; vom 21.-26.6. befaßte sich schließlich das Kabinett mit Wirtschaftsfragen.

Kurz zuvor, am 18.6., hatte der Kanzler wieder die Initiative mit einem Rundschreiben an die Länder ergriffen. Gerade jetzt, so schrieb er, als die

---

1234. Vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 161, bes. S. 483-487 in der Beratung der Reparationsfrage im Kabinett am 17.5.

1235. Ebd., Dok. Nr. 208, S. 623-625 (Zitate S. 624), Reichsfinanzmin. an Reichskanzler v. 4.7.

1236. Ebd., S. 689, am 19.6. setzte eine weitere Stützungsaktion der Reichsbank

neue diplomatische Note langgehegte Hoffnungen zu erfüllen schien, dürfe der Widerstand nicht vorzeitig abgebrochen werden. Reich und Länder müßten zusammenstehen, appellierte der Reichskanzler und verwies auf *"neu eingeleitete() Maßnahmen"* angesichts des neuerlichen Marksturzes vom 17. auf den 18. Juni. Löhne und Gehälter sollten nun schneller der Preisentwicklung folgen, kündigte der Kanzler für die Regierung an, soweit diese an deren Festsetzung beteiligt war. Auch versprach er gesetzgeberische Maßnahmen, um mehr Steuergerechtigkeit zu schaffen **1237**.

Dem Marksturz sollte mit einer neuen Devisenverordnung begegnet werden, die den bislang unkontrollierten Verkauf der Währung einer staatlichen Kontrolle unterziehen sollte. Am 20.6. beriet der Wirtschaftsminister mit Mitgliedern des Reichswirtschaftsrats und der Banken über Eingriffe in den Devisenhandel, ohne daß sich die Teilnehmer über die Schritte zur Umsetzung einig werden konnten. Währenddessen verhandelte der Kanzler mit der Reichsbank, um sie erneut zu Stützungsaktionen zu gewinnen. Als Gegenleistung forderte die Reichsbank einen festen Wechselkurs zum Dollar, eine einschneidende Maßnahme. In getrennten Treffen unterrichtete Cuno Vertreter von Industrie und Handel von diesen Planungen. Verschiedene Industrielle und Bankiers waren dagegen, und auch im Kabinett glaubte niemand an die Durchführbarkeit. Nur die verzweifelte Situation schien die Aktion zu rechtfertigen. Am 22.6. wurde die neue Devisenverordnung erlassen und der Kampf mit den Industrie- und Bankenvertretern aus dem besetzten Gebiet, die gegen diese Maßnahme Sturm liefen, begann. Wie beim vorigen Versuch, scheiterte das Kabinett an den gebündelten Wirtschaftsinteressen, diesmal vor allem von einzelnen führenden Wirtschaftern aus dem besetzten Gebiet. Bankiers, Bankenvereinigungen, alle Wirtschaftsverbände der besetzten Provinzen, die Handelskammer und der Börsenvorstand in Köln waren angeblich kategorisch entschlossen, die Verordnung nicht anzuerkennen. Trotz der kämpferischen Einstellung des Kabinetts, das nicht nachgeben wollte und der Zusage von anderen Wirtschaftern im besetzten Gebiet und Bankiers, Druckmittel gegen die Widerspenstigen in den eigenen Reihen anwenden zu wollen, kam ein Kompromiß heraus, der das besetzte Gebiet hinsichtlich

---

ein.

1237. Vgl. AdRk Cuno, Dok. Nr. 192, bes. S. 575f., Denkschrift des Staatssekretärs in der Reichskanzlei, Hamm, zur Wirtschaftslage v. 16.6. und S. 576 Anm. 3, S. 575 Anm. 2 und S. 577 Anm. 8f.; ebd., Dok. Nr. 196, bes. S.

seiner Devisenanforderungen begünstigte und damit die gewünschte Kontrolle unterlief. In der nächsten Kabinettssitzung am 26.6. wurde die Devisenverordnung vom 8.5. verschärft, ihre Brauchbarkeit zog der Wirtschaftsminister jedoch in Zweifel [1238].

Als weitere Maßnahme wurde die Dollarschatzanleihe wiederbelebt, um dem Reich nochmals Devisen zu beschaffen. Reichskanzler und Reichsfinanzminister forderten am 22. bzw. 25.6. die Banken und die Wirtschaftsverbände auf, den Rest der Anleihe aufzunehmen, die im März so schlecht angenommen worden war. Gegenüber dem Finanzminister erklärte sich das Bankenkonsortium bereit, den Rest des Betrages binnen kurzem gegen Devisen abzunehmen. Dem Reichskanzler stellte der Reichsverband der deutschen Industrie *"erhebliche Zahlungen"* in Aussicht. *"(E)ine höchst erfreuliche Bereitwilligkeit"* hatte auch der Vizepräsident der Reichsbank bei seinen Besprechungen mit dem Verband festgestellt.

Was im erwarteten Umfang nicht eintrat, war offenbar die Einlösung dieser Versprechungen. Knapp zwei Wochen später, am 11.7., drohte die Reichsbankführung mit Kreditbeschränkungen gegenüber jenen Kreditsuchenden, die *"in bezug auf die Entnahme von Dollarschatzanweisungen gegen Devisen beim Reiche nicht das getan haben, was billigerweise von ihnen erwartet werden kann und erwartet und verlangt werden muß."* Diese kurzfristigen Maßnahmen erschlossen dem Reich weder die dringend benötigten Devisen noch konnten sie den Sturz der Mark aufhalten [1239].

Nach diesen Niederlagen begann das Kabinett, das Problem grundsätzlicher anzugehen und Schritte zur Überwindung der Inflation zu entwickeln. Hierüber war das Kabinett gespalten, und es war auch hier der Kanzler, der initiativ wurde und seine Kabinettskollegen in die Pflicht nahm. Für einen Übergang zu wertbeständigen Zahlungsmitteln hatte das

---

587f. (Zitat S. 588), Rundschreiben Reichskanzler an Landesregierungen v. 18.6.

1238. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 182-186; AdRk Cuno, S. 600 Anm. 7; ebd., S. 602 Anm. 11; ebd., S. 608 Anm. 3; ebd. Dok. Nr. 203, Vermerk Kempner, Reichskanzlei, zur Devisenverordnung, 25.6., bes. S. 608f. Anm. 4 und S. 609f. Anm. 8; ebd. Dok. Nr. 204, Kabinettssitzung v. 26.6., bes. S. 613 Anm. 10.

1239. AdRk Cuno, S. 598 Anm. 1 (Zitat); ebd., Dok. Nr. 230, Einschätzung des Reichsbankdirektoriums v. 28.7.; Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 200f., bis Ende Juli wurden 35 Mio. der erhofften 50 Mio. aufgebracht. Der Dollarkurs hielt sich nur

Reichswirtschaftsministerium bereits im April Pläne ausgearbeitet. Zu einer Diskussion über dieses umstrittene Thema war es bislang nicht gekommen, da die Stellungnahme aus dem Reichsfinanzministerium bis zum Juli ausblieb. Dessen Chef hielt nichts von wertbeständigen Zahlungsmitteln. Mitte Juli forderte der Reichskanzler den Wirtschaftsminister auf, die Pläne für die Einführung der Goldkonten zu beschleunigen, obwohl das Finanzministerium wie auch Reichsbank und der Zentralverband des deutschen Bankgewerbes dagegen waren [1240].

Ein zweites heißes Eisen war die Frage nach Steuern für den Ruhrkampf. Auch dieses kam im Juli wieder auf die Tagesordnung, und es waren auch diesmal Cuno und die Referenten der Reichskanzlei, die die Initiative hierzu übernahmen. Nicht mehr die Reform einzelner Steuergesetze, wie es der Finanzminister vorhatte, sondern eine Revision des Steuersystems insgesamt konnte jetzt noch etwas retten. Am 11.7. forderte Cuno vom Reichsfinanzminister, eine angemessene Besteuerung zur Unterstützung des Ruhrkampfes vorzubereiten und erinnerte den Minister daran, daß er wiederholt darauf gedrängt hatte, eine spezielle Steuer zur Finanzierung des Ruhrkampfs einzuführen [1241].

Gleichzeitig forderte der Reichswirtschaftsrat Maßnahmen zur Währungsstabilisierung, indem der Etat wieder ins Gleichgewicht gebracht werden sollte. Am Programm des Reichswirtschaftsrates orientierte sich das Memorandum des Staatssekretärs in der Reichskanzlei vom 25. Juli. Dieses lief auf eine Revision der Politik von Reichsbank und Reichsfinanzministerium hinaus. Verschiedene, an die Inflation angepaßte Steuern sollten der Finanzierung des Ruhrkampfs dienen. Am 27.7. verabschiedete das Kabinett den Gesetzentwurf *"über die Erhebung eines Opfers für Rhein und Ruhr"*, wobei auch dieses Gesetz durch die Inflation zu unterlaufen war [1242].

---

eine Woche beim Stand von 150.000.

1240. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 187-192. S. Specht, Hintergründe, a.a.O., S. 118-121, zur Inflationsstrategie von Hermes und seiner Opposition gegen wertbeständige Zahlungsmittel.

1241. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 206; AdRk Cuno, S. 640 Anm. 4, Vermerk Kempners am 28.6. zur grundsätzlichen Reform des Steuersystems. Einzelne Steuergesetze werden Anfang Juli erlassen.

1242. AdRk Cuno, S. 663 Anm. 3; ebd., Dok. Nr. 224, Denkschrift Hamm zur

Inzwischen hatten der Reichsminister für den Wiederaufbau und besonders Henrich, der Direktor der Deutschen Werke, in einer *"Denkschrift über die Möglichkeit einer Rettung Deutschlands vor dem Währungszerfall, einer Lebensmittelkatastrophe und dem politischen Chaos"* ein neues Steuersystem und ein Programm für eine innere wertbeständige Anleihe entwickelt. Dieses Steuerprogramm machte sich Cuno zu eigen und begann, Unterstützung einzufordern. Am 31.7. und 1.8. stellte er den leicht modifizierten Plan Wirtschaftsführern vor und drohte mit Rücktritt, falls er keine Unterstützung fände. Nun erhielt er sie. Weitere Zusagen aus Wirtschaftskreisen besorgte er sich in weiteren Gesprächen. Diese Eigeninitiative brachten die Pläne voran, während die Reichsbürokratie von widerstrebenden Ansätzen gelähmt war. Eine wachsende soziale Unruhe und düstere Zukunftsaussichten brachten die Interessengruppen dazu, Cuno jetzt zu unterstützen. Im Kabinett mußte sich der Kanzler gegenüber den Fachministern Becker und Hermes durchsetzen, um sie auf die Linie des Steuerpakets zu bringen. Beim Reichspräsidenten Ebert fand er für seine Aktivitäten uneingeschränkte Unterstützung. Und auch im Reichstag kamen die Steuer-Notgesetze *"mit unerwarteter Leichtigkeit"* durch. Direkt danach stürzte das Kabinett Cuno und wurde von einer großen Koalition mit Stresemann als Reichskanzler ersetzt [1243].

Hinsichtlich der grundsätzlichen finanziellen Orientierung ist in der Regierung in den Monaten Mai bis August ein Wandel festzustellen, der zu einer Spaltung des Kabinetts führte. Während insbesondere das Reichsfinanzministerium am Inflationskurs festhielt, wurden im Umfeld des Kanzlers Schritte vorbereitet, um die Inflation zu überwinden. Diese Entwicklung kam für den Widerstand zu spät, den sie stabilisieren sollte, wobei festzuhalten ist, daß viele Versuche unternommen worden sind, kurzfristig Ressourcen zu mobilisieren. Erst die ausbleibende Unterstützung und die Dramatisierung der Lage radikalisierte das Herangehen an das

---

Finanz- und Wirtschaftspolitik, 25.7., mit "Rhein-Ruhr-Opfer" als Sondersteuer, Sonderbesteuerung des Vermögenszuwachses, die in der Entschuldung des Grundbesitzes liegt, wertbeständige Anleihe - teilweise als Zwangsanleihe für die großen Vermögen, teilweise für den Ruhrkampf; ebd., Dok. Nr. 205 (Zitat S. 667), vorgelegt in der Kabinettssitzung v. 26.7. u. S. 667 Anm. 3. Vgl. Specht, Hintergründe, a.a.O., S. 122; Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 207.

1243. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 207-215; AdRk Cuno, Dok. Nr. 229 (Zitat S. 682); ebd., S. 682 Anm. 1; ebd., Dok. Nr. 234 und 235, S. 711 Anm. 7 und S. 673 Anm. 4; D'Abernon, Botschafter, Bd. II, a.a.O., S. 268 (Zitat).

Finanzproblem. Durch die Zuspitzung der Lage kam damit an einem Punkt Bewegung in die deutsche Politik, der für den Konflikt von Bedeutung war. Bis dahin hatten Vertreter deutscher Politik eine Stabilisierung der Währung aus eigener Kraft als unmöglich abgelehnt und die Reduzierung der Reparationsleistungen zur Vorbedingung gemacht. Nun machten sie sich unfreiwillig unter dem Druck der von ihnen mit geschaffenen Verhältnisse genau an diese Aufgabe.

3.5.2.2. Subventionierung der Ruhrwirtschaft und der gewerkschaftlichen Organisationen. Reichweite und Grenze der Selbsthilfe der Kaufleute

Unter dem Druck der Inflation und wachsender Anforderungen lief die Organisation der wirtschaftlichen Absicherung in den Sommermonaten heiß. Die bis zum Schluß ungelöste Grundfrage, wie die Wirtschaft des besetzten Gebietes von außen unterstützt werden konnte, ohne daß sie vollständig von der Allgemeinheit subventioniert wurde und *"inwieweit man in der Stützung der Wirtschaft von Seiten des Staats gehen könnte"*, war in den Ressorts bis Ende Mai noch nicht erörtert worden. Man suchte einen Mittelweg, um zwischen produktiver Arbeit und unproduktiver Arbeit, die die Regierung bezuschußte, unterscheiden zu können [1244]. Der Druck, der auf den Betrieben lastete, hatte aber schon viele an den Rand der Substanzerhaltung geführt. Hinzu kamen die wertvernichtenden Wirkungen der Inflationsschübe. Der Forderung, die Kosten der Substanzerhaltung auf das Reich zu übernehmen, mochte sich das Reichsinnenministerium nicht verschließen. Die Experten der WAST warnten allerdings vor den Folgen: *"Die finanzielle Tragweite dieser Entschliessungen ist noch unübersehbar. Es besteht die Gefahr, dass allgemein jeder Schaden, der unmittelbar oder mittelbar durch den Ruhrkampf erwachsen ist, auf die Reichshauptkasse abgewälzt werden wird, und das ist untragbar."* [1245] Mit der Zeit, aber angesichts der bis dahin weit verbreiteten Verbitterung viel zu spät [1246], fiel auch diese Barriere. Von Juli an konnten Kommunen und Handelskammern "tote Unkosten" von Betrieben ersetzen, die schon zum

---

1244. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 235, Bl. 42-44 (Zitat Bl. 44), Aktenvermerk über eine Tagung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Gießen v. 25.5.

1245. ZStA, RmfdbG 53424/6, Bl. 273-280 (Zitat Bl. 279), "Ergebnisse der Besprechung mit den Vertretern der Wirtschaftsaußenstellen" v. 7.5.

Erliegen gekommen waren, und die die fortlaufenden Kosten nicht mehr aufbringen konnten. Im August geschah dies vorschußweise [1247].

Im Bereich der Unterstützungsleistungen an Betriebe entwickelten sich die Interessen in den Sommermonaten auseinander. In den Zentralen wurde verstärkt das Ziel verfolgt, den Trend zur Vergabe von verlorenen Zuschüssen zu bremsen und Zuschüsse durch Kredite und Kredite zunehmend durch wertbeständige Kredite zu ersetzen, um zu einer kontrollierten und schließlich zu einer fundierten Ausgabenwirtschaft zu gelangen. Ein Instrument war die Gewährung von Krediten auf Festmarkbasis mit Rückzahlungsforderungen für den Fall, daß die angeblich stillliegenden Betriebe doch mehr als die Substanz erhielten, was allerdings praktische Schwierigkeiten erwarten ließ, dies im Nachhinein sauber gegeneinander aufzurechnen [1248]. Wirtschaftsvertreter aus dem besetzten Gebiet lehnten Festmarkkredite ab, obgleich deren praktische Handhabung *"entgegenkommend"* für die Betriebe gestaltet wurde [1249].

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß die Versuche mißlangen, von der Zuschußwirtschaft auf Kreditvergabe umzuschalten. Die WAST-Stellen hatten bis Mitte Juli 20 Mrd. an Kredithilfedarlehn vergeben. Im besetzten Teil des Regierungsbezirks Arnsberg allein waren aber schon mehr als 80 Mrd. Mark für Lohnsicherung ausgegeben worden. Nach dem Vertrag mit dem Arbeitgeberverband der Nordwestlichen Gruppe waren fast 100 Mrd. Mark als "verlorener Zuschuß", also als Ersatz für unproduktive Löhne, gezahlt worden. Das Kontingent der Reichsbank für den Notlombard über 250 Mrd. war bereits erschöpft und um weitere 150 Mrd.

1246. ZStA, RAM 33115/670/1, 16.6., Reichswirtschaftsmin. an Reichsarbeitsmin.

1247. StaMs, RegMsBes, Nr. 84, Richtlinien des pr. Min. für Handel und Gewerbe v. 1.7., übermittelt am 16.7.; ebd., 11.8., Rundschreiben Regierungspräsident Münster an nachgeordnete Behörden.

1248. ZStA, RmfdbG 53424/6, Bl. 277f. "Ergebnisse der Besprechung mit den Vertretern der Wirtschaftsaußenstellen" v. 7.5.; ZStA, RWiM, Nr. 708, Bl. 230, Schreiben Reichsarbeitsmin. an Reichsfinanzmin. v. 10.4., in dem Kreditvergabe auf Festmarkbasis begrüßt wird; ZStA, RWiM, Nr. 709, Bl. 11f., Stellungnahme WAST-Heidelberg v. 16.5.; ebd., Bl. 102, Ministervorlage v. 10.7.; ZStA Merseburg, MdI, Nr. 235, Bl. 37, "Ergebnisse der Besprechung mit den Vertretern der Wirtschaftsaußenstellen" v. 7.5., Randbemerkung: "Das wird schwer sein", in der Parallelüberlieferung im pr. Innenmin.

1249. ZStA, RWiM, Nr. 709, Bl. 32, Sitzung Wirtschafts- und Ministerialvertreter

erhöht worden. Der Versuch, durch Kredite die Aufwendungen für verlorene Zuschüsse zu verringern, hatte sein Ziel nur ganz beschränkt erreicht. In zunehmendem Maße ließen Unternehmer den Betrieb lieber stillliegen, als sich mit Darlehn für die Zukunft zu belasten [1250].

Die Eingriffe der Besatzer belasteten das Sicherungssystem nun bis an den Rand der Leistungsfähigkeit. Immerhin, und das muß ebenfalls festgehalten werden, hatte sich mit der Zeit ein Sicherungsnetz eingespielt, das auftretende Verschärfungen der wirtschaftlichen Situation zumindest in Ansätzen auffangen konnte. Mit der Verkehrssperre seit Anfang Juli wurde die Lohnsicherung auch auf die Arbeiter ausgedehnt, die nicht mehr an ihre Arbeitsstätte im besetzten Gebiet kamen [1251]. Privatpersonen, die an der Reise ins besetzte Gebiet verhindert waren, erhielten am Randgebiet Fürsorge durch das Rote Kreuz, das seine Mittel von den Stadtverwaltungen bekam. Dafür kamen *"erhebliche Beträge"* in Betracht [1252]. Für die *"Geschäftswelt"* im besetzten Gebiet wurde nun die Lohnsicherung *"über Nacht von Lebensbedeutung"*, und die Anlaufstellen kamen dem Andrang kaum nach: *"Die Leute drängen sich zu Dutzenden vor den Türen und werden vom einen zum andern geschickt"*, so lautete der Ruf nach mehr Personal für diese amtlichen Anlaufstellen. Beamte seien aber nicht zu erhalten, da sich keiner *"an die 'Front' melden wolle."* [1253] Die Organisation der wirtschaftlichen Sicherung betrieb in den letzten Monaten des Widerstands ausschließlich Krisenmanagement unter sich ständig verschlechternden Bedingungen. Eingriffe der Besatzer mit Sanktionen und wirtschaftlichen Beeinträchtigungen, die immer schnellere Schließung von Betrieben und schließlich die Inflation, die im ganzen Land ein Wirtschaften nach normalen Maßstäben unmöglich machten, stellten die Rahmenbedingungen dar.

Die Versorgung des besetzten Gebiets mit Zahlungsmitteln war durch die Eingriffe der Besatzung ständig bedroht. Die gesamte Finanzorganisation

---

in Hagen v. 8.6.

1250. Ebd, Bl. 140f., Schreiben WAST-Hamm an Reichswirtschaftsmin. v. 18.7.

1251. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 21, Bl. 76RS, Ressortbesprechung v. 6.7.

1252. StaMs, OpräMü, Nr. 5007, 8.7., handschriftl. Niederschrift über Besprechung der Kommunal-, Provinzial-, Bahnbehörden und des Roten Kreuzes in Hamm v. 8.7.

1253. ZStA, RWiM, Nr. 709, Bl. 180, Brief Vorstandsmitglied Bochumer Verein an Zentralstelle Rhein-Ruhr v. 3.8., mit dem mehr Personal für die Anlaufstellen

des passiven Widerstands stand bereits seit März unter Strafe [1254] und wurde seit April zunehmend verdeckt und damit noch weniger kontrollierbar als vorher ausgeführt [1255].

Seit dem Juli stand die Unterstützung des passiven Widerstands insgesamt unter einer Strafandrohung, die ihre Wirkung nicht verfehlte. Die Auszahlung der Scheinarbeitsgehälter schien wirklich bedroht. Während insbesondere im Ruhrgebiet die Lage nicht so kritisch eingeschätzt wurde wie im Rheingebiet, wurde doch über neue Umwege nachgedacht [1256].

Durch die Eingriffe der Besatzung und die zunehmenden Verkehrsschwierigkeiten kamen die Betriebe nun immer schneller zum Erliegen, so daß der Geldbedarf sprunghaft anstieg und die Wirtschaftlichen Außenstellen den Anforderungen nicht mehr nachkamen. Zwar sollten sich die WAST-Mitarbeiter selbständig Guthaben bei Reichsbankstellen einrichten können, was sie von der bisherigen wöchentlichen Zuteilung der Mittel befreit hätte. Aber sie kamen aufgrund der sich überschlagenden Inflation kaum noch oder gar nicht mehr an die jeweils notwendigen Summen heran [1257].

Die Unterstützung des Widerstands scheiterte in der Endphase auch schlicht am Geldmangel und den unzulänglichen Summen, die überwiesen wurden. Städte und Landkreise verlangten das Recht, Notgeld zu drucken. Bergarbeiter, die bei der Auszahlung halfen, wurden bedroht, mehrere Funktionäre des Bergarbeiterverbandes waren denunziert worden und saßen im Gefängnis. Die Lage wurde "kritisch", in einzelnen Zechen begannen Streiks für Lohnerhöhungen. Der Hauptgrund lag in den

---

begründet werden soll.

1254. ZStA, RWiM, Nr. 710, Bl. 39-41, Reichswirtschaftsmin. an Reichsfinanzmin. v. 17.3.

1255. Vgl. Stollenwerk, 1923, a.a.O., S. 44f., 48, 63, 93-96, 117 und S. 134f. zu den lokalen Verhältnissen, hier in Jülich.

1256. ZStA, 39.02, Nr. 33, Bl. 7-9, Reichsarbeitsmin. an Kommissar für die Ruhrabwehr v. 26.7. mit Bericht WAST Köln v. 24.7.; ZStA, RmfdbG 53433/54, Bl. 313, optimistischere Stellungnahme von Jarres an Schmid v. 2.8.; ZStA, 39.02, Nr. 28, Bl. 4, ebenfalls optimistischere Sicht bei Mehlich; BA, R 43 I/214, Bl. 120, Ressortbesprechung 10.7. mit Überlegungen, das Verbot mithilfe der Gewerkschaften vor Ort zu umgehen.

1257. ZStA, RmfdbG 53433/54, Bl. 356, Reichsarbeitsmin. an Reichsfinanzmin. v.

Lebensmittelpreisen. In der Endphase des Widerstands zeigte das besetzte Gebiet dieselben Erscheinungen wie das unbesetzte mit der unzureichenden Versorgung mit Geldzeichen, dem Verlangan nach der Ausgabe von Notgeld, der Unerschwinglichkeit der Lebensmittelpreise, der keine Organisation mehr nachkommen konnte. Ohne höhere Löhne oder eine reichlichere Versorgung mit Lebensmitteln schien der Widerstand Anfang August baldigst zusammenzubrechen [1258]. Von Woche zu Woche steigerten sich die notwendigen Unterstützungssummen mit der Perspektive eines völligen wirtschaftlichen Stillstands, einer Unmöglichkeit der Lebensmittelversorgung für die Stadtbevölkerung, des Hungers, des Elends und des politischen Chaos.

"Als zu dem Marksturz noch das völlige Erliegen der Schwereisenindustrie kam, da waren die Dinge nicht mehr zu halten", beschrieb rückblickend der Reichsarbeitsminister diese Phase [1259]. Die Unterstützung der Großindustrie durch den Staat beruhte auf anderen Grundsätzen als die übrige Widerstandsfinanzierung. Im Gegensatz zum Reich, das seine finanziellen Ressourcen aufbrauchte, sollten die Reserven der Großbetriebe geschont werden, damit sie nach Abschluß der *"Ruhraktion"* wieder sofort aktionsfähig waren [1260]. Für die von der Besatzung abtransportierten Erzeugnisse wurden die Werke entschädigt und die Summe entweder in Raten zurückgezahlt oder mit den gewährten Stahlfinanzkrediten verrechnet [1261]. Darüberhinaus machten die Stahlwerke Schadenersatzforderungen auf, die mindestens so hoch lagen wie die bis dahin empfangenen Kredite [1262]. Im Juni einigten sich das Reichsministerium für Wiederaufbau und das Kohlensyndikat über die Entschädigung für fortgenommene oder im Wert

---

26.7.; ebd, Bl. 355, dringende Nachfrage v. 8.8.

1258. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 249, Bl. 47f., Bankier Dörner an Regierungspräsidenten v. 2.8. über Zustände in Aachen; ebd., Bl. 49f. Bergarbeiterverband, Bezirksleitung Aachen an Regierungspräsidenten v. 1.8.; StaMs, RegMsBes, Nr. 84, Regierungspräsident Münster an pr. Innenmin. v. 3.8.; ZStA, RmfdbG 53433/54, Bl. 355f., Reichsarbeitsmin. an Reichsfinanzmin. v. 26.7. und dringende Nachfrage v. 8.8.

1259. ZStA, RAM 2959, Bl. 71-76 (Zitat Bl. 71), Protokoll der Pressekonferenz in Hamm v. 27.9., Referat des Reichsarbeitsministers.

1260. ZStA, RAM 33106/647, ministerielle Vorbesprechung v. 2.8.

1261. Ebd., "Zusammenstellung...", undatiert (Ende August/Anfang September).

1262. Vgl. dazu die Äußerungen Beckers in den Besprechungen mit den Ministerpräsidenten der Länder am 1. u. 2. 5. in: AdRk Cuno, Dok. Nr. 146, S.

verminderte Kohlen, Koks und Briketts. Für weitere Schäden an dadurch nicht erfaßten Brennstoffmengen wurden Vorschüsse gezahlt [1263]. Die Einschätzung der Summen ist schwierig. Die starke Inanspruchnahme der Ruhrkredite durch die Schwerindustrie, die der Reichswirtschaftsminister von Raumer ansprach, suchte der Industrielle Vögler mit einer Zahlenaufstellung zu entkräften. Bis zum 6.9. hatten demnach die 13 großen Konzerne der Eisenindustrie in Rheinland und Westfalen 19,1 Mio. Goldmark (Umrechnung über Dollarkurs am Tag der Überweisung) erhalten. Schätzungsweise betrug die von diesem Kreis beanspruchte Summe 0,08% der *"für Rhein und Ruhr aufgewandten Beträge"* [1264]. Das wären insgesamt 23,875 Mrd. Goldmark als Gesamtsumme gewesen.

Einzelne Stahlindustrielle setzten die zuständigen Ressorts mit der Drohung von Arbeiterentlassungen unter Druck. Krupp versuchte auf diese Weise Ende Juni/ Anfang Juli, die Vergabe weiterer Staatsaufträge gegen den Widerstand der WAST durchzusetzen [1265].

Im August verlangten erstmalig gewerkschaftliche Organisationen finanzielle Unterstützung vom Staat, interessanterweise mit dem Argument, daß sie mit ihren Aktivitäten *"im Grunde staatliche Aufgaben"* übernommen hatten. Diese Einstellung teilend, beantragte der Düsseldorfer Regierungspräsident am 16. August 60 Mio. Mark zur Unterstützung der Eisenbahnergewerkschaft, die ihm mitgeteilt hatte, *"daß sie am Ende ihrer wirtschaftlichen Kraft ist."* Ihr Engangement für die Einhaltung der Widerstandsvorschriften wurde ihr bereits *"in großem Umfange"* von der Reichsbahnverwaltung *"abgenommen und bezahlt"*, aber die Kurier- und sonstigen Überwachungsdienste hatten im Zuge der inflationären Entwicklung die Eigenmittel verschlungen. Da die Bedeutung der Eisenbahner für den Widerstand außer Frage stand, bat der Regierungspräsident um Überweisung, die auch veranlaßt wurde [1266]. Anderen gewerkschaftlichen Organisationen ging es nicht besser. Seit Anfang Juli litten sie unter Finanzproblemen und brachten sie Mitte August

---

455.

1263. ZStA, RAM 33106/647, "Zusammenstellung...", undatiert (Ende August/Anfang September).

1264. Ebd., Brief Vögler an v. Raumer v. 19.9.

1265. Ebd., Schreiben Krupp v. 25.6., Vermerke v. 25., 26.6. und 5.7.

1266. ZStA, RAM 2948, Bl. 1 (Zitat), Besprechung im Reichsarbeitsmin. v. 16.8.; HStD, RD 17072 (Zitat), Schreiben v. 16.8. an Zentralstelle Rhein-Ruhr und

im Reichsarbeitsministerium zur Sprache. Dort forderten sie eine Erhöhung der bereits gewährten Zuschüsse, *"die eine Entschädigung für die von den Gewerkschaften beim Abwehrkampf übernommenen im Grunde staatlichen Aufgaben"* war. Zugleich wurde verabredet, aufgrund der jetzigen Notlage an besondere Maßnahmen zu denken. Dafür kamen nur Kredite infrage, die vorläufig auf Papiermarkbasis gegeben werden sollten [1267] und dadurch de facto Zuschüsse darstellten. Im Kabinett war man sich über die notwendige Erstattung und auch über die vertrauliche Gewährung von Krediten einig [1268]. Nun stritten sich Finanz- und Arbeitsministerium über die Durchführung dieser Maßnahme und die Gewerkschaften untereinander über den Verteilschlüssel, aber am 25.8. wurde das Geld überwiesen.

Der Antrag des Gewerkschaftsrings vom 10.9. auf Erweiterung des Kredits läutete eine neue Subventionsrunde ein. Innerhalb des Arbeitsministeriums begannen Überlegungen, diese Finanzierung aus den Reichsmitteln wegzunehmen, auf den Ruhrfonds des Arbeitsministeriums zu übernehmen und als verlorene Zuschüsse anzusehen. Das war verständlicherweise auch den Gewerkschaften recht. So wurde verfahren, auch das Reichsfinanzministerium stimmte zu, und am 20.9. erhielten die Gewerkschaften die zweite Überweisung.

Am 24.9. waren die Mittel des Gewerkschaftsrings wieder erschöpft. In den sofortigen Beratungen wurde die Verteilung von 5,3 Bio. Mark, teils als Zuschuß, teils als Darlehn, beschlossen. Die umgehende Auszahlung verzögerte sich aber, so daß DGB-Chef Stegerwald persönlich beim Reichsfinanzminister eine erneute Zahlung erwirkte, mit der Begründung des Wertverlustes durch die verspätete Auszahlung. Im November zahlten die Gewerkschaften ihre Kredite mit wertloser Papiermark zurück. Die Reichshauptkasse verweigerte allerdings die Annahme der 348,4 Mrd.

Antwort Schmids.

1267. ZStA, RAM 2948, Bl. 1f., Besprechung am 16.8., gewerkschaftliche Teilnehmer waren Knoll vom ADGB, Süß vom Afa, Stegerwald und Kaiser vom DGB, Neustedt vom Gewerkschaftsring und vom Reichsarbeitsmin. die Oberregierungsräte Berger und Kuttig sowie als Vorsitzender Sitzler.

1268. AdRk Str. I, S. 32f., Sitzung v. 18.8. Das Kabinett bewilligte eine einmalige Abfindung von 330 Mrd. und einen Kredit bis zu 670 Mrd. Mark. ZStA, RAM 2948, Bl. 2f., die Gewerkschaften hatten 500 Mrd. Erstattung gefordert, die Mehlich für viel zu hoch hielt.

Mark, mit denen der ADGB sein Darlehn tilgen wollte, da der Betrag *"zu gering sei und in keinem Verhältnis zu den Buchungs- und sonstigen Kosten stünde."* [1269]

Angesichts der vielen ungelösten Probleme, die die wirtschaftliche Unterstützung begleitete, wurde die Frage nach grundsätzlichen Alternativen gestellt. In einem Gespräch zwischen einem Wirtschaftsvertreter des besetzten Gebiets und einem Mitarbeiter der Zentralstelle Rhein-Ruhr im Mai bemerkte der erstere dazu: *"In Entschädigungsfragen und Bestrebungen zur Behebung wirtschaftlicher Nachteile herrscht in Berlin ein Zick-Zack-Kurs, der wesentlich nachteiliger wirkt, als wenn man den Interessenten zumutete, von vornherein ohne Entschädigung Opfer für das Vaterland zu bringen, was in gewissen Grenzen von vielen verstanden werden (würde)."* [1270] Wie weitgehend und ausdauernd eine freiwillige Opferbereitschaft im Ruhrkampf möglich gewesen wäre, läßt sich nicht genau bestimmen. Annäherungsweise ist die Entwicklung beim Verkaufsboykott der Kaufmannschaft von Interesse, denn diese Berufsgruppe organisierte ihren Widerstand weitgehend ohne staatliche Initiative. Anders als in anderen Bereichen, wurden bestehende Verordnungen nicht verschärft, um als Rückendeckung zur Verweigerung zu dienen. Als ein Betriebsrat im Februar die Verschärfung einer Rechtsvorschrift verlangte, die die Abgabe von Waren an Ausländer regelte, erhielt er vom zuständigen preußischen Fachministerium eine abschlägige Antwort, *"da erwartet wird, daß der Abwehrkampf auf diesem Gebiet von der Kaufmannschaft selbst geführt werde."* Die treibenden Organe im besetzten Gebiet sollten die Handelskammern sein [1271]. Die Handelskammern Duisburg und Düsseldorf (seit 1921 bereits besetzt), konnten sich nicht zur Proklamierung eines strengen Boykotts entschließen

---

1269. Über den weiteren Verlauf vgl. besonders die Akte ZStA, RAM 2948, Bl. 4-10RS, 17, Verteilschlüssel 25.8.: ADGB 180 Mrd., DGB mit 120 Mrd., Gewerkschaftsring 30 Mrd.; ebd., Bl. 35, 38-41, 59f., Verteilschlüssel 20.9.: 240 Mrd. für den ADGB, 160 Mrd. für den DBG, 40 Mrd. für den Gewerkschaftsring und 40 Mrd. als Darlehn an den Afabund; ebd., Bl. 62f., 65f., 76, 84RS, 90-92, 95f.; ebd., Bl. 112-146 Darlehnsabwicklung des Afa-Bundes; ebd., Bl. 99 (Zitat Kube, ADGB), Vermerk Neuenhofer an Berger v. 1.12.

1270. ZStA, RmfdbG 53424/6, Bl. 334 (handschriftliche Korrektur), Gespräch Ebhardt, Zentralstelle Rhein-Ruhr, mit Möhlenbeck, Aufzeichnung v. 8.5.

1271. StaMs, RegMsBes, Nr. 30, 7.2., pr. Min. für Handel und Gewerbe am 7.2. auf Eingabe Gesamtbetriebsrat der Zechen Recklinghausen v. 31.1.; ebd., 26.2.

[1272]. In Buer, Bochum, Essen, Recklinghausen und Witten entstanden eigenständige Initiativen zum Verkaufsboykott, *"ohne jede Mitwirkung der Verwaltung"*. Die Frage ihrer *"Schadloshaltung"* sollte nun geprüft werden [1273]. Die Gewerbetreibenden wollten die Schäden ersetzt wissen, die ihnen aus dem Boykott entstanden [1274]. Die Ressortvertreter entschieden jedoch, daß das Reich weder eine amtliche Organisation noch die Entschädigung für die Waren übernehmen würde, die nicht verkauft würden [1275]. In Witten wurden die meisten Buchhändler, die einen Verkauf verweigert hatten, Ende Februar zu 30-45 Tagen Gefängnis und 200.000 Mark Geldstrafe verurteilt. In Verhandlungen über die Rücknahme der Strafe wurde hauptsächlich auf Drängen kleinerer Geschäftsleute beschlossen, Waren in geringem Umfang abzugeben. Die Gefängnisstrafe wurde daraufhin erlassen, aber eine Kollektivhaftung angedroht, falls wieder ein Geschäftsmann zum Boykott übergehen würde. Die Form der passiven Resistenz der Geschäftsleute nahm dann einen indirekten Charakter an. *"Nicht allein die Geschäftsinhaber, sondern auch die Angestellten schützen beim Betreten der Läden durch die Franzosen eine äußerste Geschäftigkeit vor, wodurch erreicht wird, daß die Franzosen lange warten müssen, ehe sie bedient werden. Sofern der gewünschte Artikel nicht im Schaufenster oder im Laden ausliegt, wird erklärt, das Gewünschte sei nicht zu haben, in den meisten Fällen verlassen die Besatzungstruppen die Läden, ohne etwas gekauft zu haben, weil ihnen die Waren zu teuer sind."* [1276] In Dortmund waren viele Geschäfte, darunter auch große Warenhäuser, wegen ihrer Weigerung geschlossen worden. Sie konnten im Mai nach der Einstellung des Boykotts wieder öffnen [1277].

Die Entwicklung dieses Boykotts erscheint als ein relativ realistischer Gradmesser für die Reichweite und die Grenzen des passiven Widerstands. In anderen Bereichen verdeckte die Entschädigungszusage der Regierung die Tatsache, daß keine Wege gefunden wurden, um die Eingriffe der Besatzungsmächte faktisch zu behindern. Es stellt sich die Frage, ob nicht

---

(Zitat), Oberpräsident Westfalen an Regierung Münster.

1272. ZStA, RWiM, Nr. 710, S. 12, Bericht über Dienstreise nach Essen und Gießen, 23.-25.2.

1273. StaMs, RegMsBes, Nr. 30, 13.2., Sitzung des Westfälischen Besatzungsausschusses.

1274. ZStA, RWiM, Nr. 8424, Bl. 251, Sitzung Handelskammer Bochum v. 7.2.

1275. BA, R 43 I/208, Bl. 198, Ressortbesprechung v. 13.2.

1276. StaMs, RegAbg I Pa, Nr. 979, Bericht Polizeiamt aus Witten v. 13.5.

gerade diese Zusage das Widerstandspotential gemindert hat. Denn eine pro-forma-Protesthaltung reichte ja aus, um dem Reich gegenüber Schadensersatzforderungen geltend machen zu können [1278].

3.5.2.3. Fürsorge für Ausgewiesene

Die Fürsorge für Ausgewiesene konnte ihre organisatorischen Strukturfehler im Laufe der Zeit nicht ausgleichen, eher im Gegenteil. Wie in anderen Bereichen auch, hielt die Korrektur und Erweiterung der Richtlinien an. Permanent wurden Zweifelsfragen mit neuen Erlassen zur wohnlichen Unterbringung, zu Entschädigungsfragen und zur Weiterbeschäftigung beschieden und bis zum Abbruch des Widerstands am 26.9. erweitert und den Inflationsbedingungen angepaßt [1279].

Angesichts großer Probleme bei der wohnlichen Unterbringung von Flüchtlingen hielt das Kabinett am 14.6. eine Notverordnung für erforderlich. Die Gemeinden sollten verpflichtet werden, Ausgewiesene unterzubringen, und dafür sollte nach dem Willen des federführenden Reichsinnenministers ein beschleunigtes Verfahren entwickelt werden. Das Kabinett gab den Ressorts bereits auf, sich über die Form möglichst rasch zu verständigen. Immerhin erging eine entsprechende Notverordnung aufgrund des Artikel 48 der Weimarer Verfassung einen Monat später [1280].

1277. ZStA, RmfdbG 53424/5, Bl. 269, "Bericht aus dem Ruhrgebiet" v. 4.5.

1278. Vgl. dazu StaDo, Stadtverwaltung (Bestand 3), Nr. 2240, Beschreibung der Eingriffe in die Forstverwaltung, wo auf lokaler Seite als einziges Mittel der Schadensminderung die Erstattung durch das Reich angesehen wird.

1279. HStD, RD Präs, Nr. 132, Bl. 127-132 (pr. Innenmin. v. 5.5.), Bl. 135-7 (derselbe v. 24.5. und 25.5.), Bl. 162 (Reichsfinanzmin. v. 7.7.), (Regierungspräsdent Cassel v. 20.8. und v. 31.8.), Bl. 240 (Regierungspräsident v. 26.9.); StaMs, RegMsBes, Nr. 84, Landgericht Essen bzgl. internationaler Verteidiger v. 26.5.; BA, R 43 I/222b, Bl. 60-67, (Reichsinnenmin. v. 19.6.), Bl. 99 (Reichsfinanzmin. v. 16.8.); StaMs, OpräMü, Nr. 5007, am 13.7. Anfrage im pr. Innenmin. nach Sitzung im Oberpräsidium v. 6.7.

1280. ZStA, Präsi, Nr. 66, Bl. 211-213, 225-226RS und 231; AdRk Cuno, Dok. Nr. 183, S. 549 und ebd. Anm. 5 u. 6.

Den Hintergrund dieser Regelungsversuche stellten Berichte dar, denenzufolge Ausgewiesene unangemessen untergebracht wurden. Welche Interessen gerade in diesem Bereich kollidierten, zeigt das folgende Beispiel. Es macht einerseits die Bemühungen und die organisatorischen Leistungen deutlich, um die Vertriebenen solidarisch zu betreuen und unterzubringen, andererseits aber auch die Grenzen von Hilfsbereitschaft und Belastbarkeit, die mit der Entfernung zum betroffenen Gebiet offensichtlich enger gesteckt wurden.

In einem Bericht wird der Exodus von 76 Familien geschildert, die aus Rheydt am 25. Juni ausgewiesen wurden. Die Flüchtlingsfürsorge stattete sie dort aus, und am 30.6 wurden sie nach Köln gebracht, verpflegt und nach Bielefeld weitertransportiert. Hier wurden sie erstklassig untergebracht und dann der Transport geteilt. Am 3. Juli ging es für den einen Teil weiter nach Osten. In Stendahl empfing sie eine Blaskapelle, doch traten hier die ersten Schwierigkeiten auf, die Familien über Nacht bei der Bevölkerung unterzubringen. Nur zwei Bauern waren bereit, Familien aufzunehmen. Für die anderen mußten zwei Hotels in Stendahl beschlagnahmt werden. Nach einer Rücksprache mit der Flüchtlingsstelle Bielefeld wurde telegrafisch Schwerin als neuer Bestimmungsort mitgeteilt. In Schwerin schickte der Bahnhofsvorsteher den Zug direkt weiter nach Rostock. Dort wurde die Gruppe nochmal geteilt und ein Teil nach Bad Wustrow geschickt, wo er am 13.7. ankam. Auch hier konnten die Familien nur notdürftig und letztlich in beschlagnahmten Hotels und Pensionen untergebracht werden. Die örtlichen Wohnungsgeber wollten an die sommerlichen Badegäste vermieten und nicht Flüchtlinge aufnehmen. Der Landvogt weigerte sich, bei der Unterbringung mitzuhelfen, woraufhin sich die Begleiter des Transports zum Reichsverkehrsministerium nach Berlin auf den Weg machten und diesen Bericht verfaßten. Der Kommissar für die Ruhrabwehr versprach Abhilfe [1281].

Die Versorgung im unbesetzten Gebiet, das sprach sich herum, galt als schlecht. Auch das wirkte zugunsten einer kooperationsbereiten Haltung der Beamten im besetzten Gebiet [1282]. Ende August wurden die ersten Fälle bekannt, daß Beamte bei der Rheinlandkommission die Rückkehr beantragten und auch bewilligt bekamen. *"(O)b etwa mangelhafte Betreuung des Ausgewiesenen zur Entstehung seines Wunsches nach Rückkehr beigetragen hat"*, wollte der preußische Innenminister in einer

1281. BA, R 43 I/224, Bl. 159-163 und 249.

Rundverfügung wissen. Die Erkundigungen der nachgeordneten Behörden förderten zutage, daß dies für diejenigen Personen, die zurückkehren wollten, zutraf [1283]. Eine Frau beispielsweise war mit ihren drei Kindern wegen *"mangelhafter Unterkunftsbetreuung"* im unbesetzten Gebiet wieder zurückgekehrt. Sie hatte die Rückkehr bei der Rheinlandkommission beantragt und die Erlaubnis dazu ohne weitere Bedingungen erhalten. In Mülheim/Ruhr hingegen wußte man nichts über rückkehrwillige Beamte. *"Auch Klagen über mangelhafte Betreuung Ausgewiesener sind hier nicht bekannt geworden."* [1284] Wie in anderen Bereichen, kam es auch in diesem zu unberechtigten Klagen, wie sich bei konkreten Nachprüfungen manchmal herausstellte [1285]. Insgesamt lag die Betreuung, hier der ausgewiesenen preußischen Kommunalbeamten, jedoch im Argen, wie die Reichsregierung auf eine Anfrage von Abgeordneten des Reichstages zugeben mußte [1286].

Unbefriedigend geregelt blieb ferner die Beschäftigung der ausgewiesenen Beamten. Einige leitende Beamte führten ihre Geschäfte vom unbesetzten Gebiet aus weiter. Andere, ebenfalls leitende Beamte, wurden mit Spezialaufträgen der Reichs- oder Landesregierungen versehen (Bürgermeister Schmid aus Düsseldorf, Oberbürgermeister Jarres aus Duisburg, Oberbürgermeister Külb aus Mainz z.B.). Im Juni berieten die Referenten der Ministerien in der Reichskanzlei über mögliche Beschäftigungsbereiche für ausgewiesene Beamte, *"die in den meisten Fällen beschäftigungslos umhersäßen"*. Das Reichsinnenministerium und der Reichskommissar für die Ruhrabwehr wurden beauftragt, ausgewiesene Beamte in die Zentralstellen nach Berlin zu bringen [1287]. In der preußischen Verwaltung fanden nur sehr wenige der Beamten vorübergehend Verwendung, obwohl der Umfang dieser Beschäftigung

---

1282. StaMs, ZNN, Nr. 16, Allgemeiner Bericht v. 11.9.

1283. HStD, RD 16104, Verfügung pr. Innenmin. v. 25.8. und Fehlanzeigen bzw. Meldungen der nachgeordneten Behörden v. 17.9., 2.10., 20.9. Auffallend ist die Bandbreite: Klagen in Crefeld, keine Klagen in Mülheim/Ruhr.

1284. Ebd., Bericht des Oberbürgermeisters v. Mönchengladbach v. 2.10. (Zitat) und des Oberbürgermeisters v. Mülheim/Ruhr v. 20.9. (Zitat).

1285. BA, R 43 I/222b, Bl. 56-59, 20.6., Bericht Bruggers über die Untersuchung der Beschwerde des Provinzialkartells des DBB gegen die Betreuungsstelle in Frankfurt.

1286. BA, R 43 I/222b, Bl. 136-145, Anfrage v. 1.9., Bericht des pr. Finanzmin. an Reichsmin. für die besetzten Gebiete.

1287. ZStA, RmdfbG 53432/49, Bl. 112RS, Ressortbesprechung v. 8.6.; BA, R 43

ausbaufähig schien. *"Es liegt im Staatsinteresse, diese Möglichkeit auch voll auszunutzen, da die Beamten sonst ohne Gegenleistung die Staatsunterstützung beziehen."* Mehr als bisher sollten verdrängte Beamte herangezogen werden, beispielsweise zu Botendiensten oder anderen Hilfeleistungen, also nicht in ihrem eigentlichen Bereich [1288]. Wie weit diese Verfügung umgesetzt wurde, ist nicht bekannt.

3.5.3. Wirkungen des Widerstands auf internationaler Ebene. Handlungsmöglichkeiten der Regierung. Alternativen und ihre Voraussetzungen

3.5.3.1. Wirkungen des Widerstands in den Ländern der Besatzungsmächte, in Großbritannien und den USA

Die wichtigsten Veränderungen fanden in den Monaten Mai bis August im internationalen Umfeld des passiven Widerstands statt.

Die Dauer der Auseinandersetzung führte sowohl in Belgien als auch in Frankreich zu einer Auflösung der anfänglichen innenpolitischen Geschlossenheit. In Belgien verschlechterte sich die Wirtschaftslage zusehends. Seit der Mai-Note der Reichsregierung wuchs die innerbelgische Kritik am Regierungskurs. Ende Mai informierte der belgische Delegierte bei der Reparationskommission die Deutschen, daß sein Land auf baldige Verhandlungen hoffe. Der Sturz der belgischen Regierung am 15. Juni hing zwar nicht mit der Ruhrbesetzung zusammen, wurde jedoch als Warnsignal verstanden, sodaß die neue belgische Regierung mit demselben Premier an der Spitze ihre Aktivitäten verstärkte, aus der Sackgasse herauszukommen. Man suchte nach Wegen, um aus der Ruhr herauszukommen, auch unter Inkaufnahme von Zugeständnissen. Nach dem Abbruch des Widerstands intensivierten sich die belgischen Vermittlungsbemühungen [1289]. Die Belgier wiederum wurden zum Ansatzpunkt erster vorsichtiger

---

I/213, Bl. 225., Ergebnisprotokoll.

1288. HStD, RD Präs, Nr. 86, Verfügung des pr. Innenmin. v. 25.6. betr. Beschäftigung verdrängter Kommunalbeamter.

1289. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 161 und S. 163f.; Helmreich, Belgium, a.a.O., S. 278-283.

amerikanischer Sondierungen im Frühsommer. Daß diese Rolle ohne Bedeutung blieb, lag nicht zuletzt an der Perspektive der deutschen Diplomatie und den taktischen Zügen des deutschen Außenministers.

In Frankreich zerbrach Mitte Juni der bis dahin tragende innenpolitische Konsens von einer gemeinsamen "Mission", die Poincaré an der Ruhr vor Augen hatte. Die Radikalen, die mit Ministern in der Regierung vertreten waren, spalteten sich über die Ruhrpolitik. Ihre Kritik entzündete sich an der drohenden Isolierung des Landes, den ausbleibenden Erträgen, dem Vorgehen im besetzten Gebiet, das die Industriellen zu Märtyrern gemacht habe und an der Brutalität gegen die Bevölkerung, die den Frieden in Europa gefährde. Zum offenen Bruch kam es aber erst Anfang 1924. Die dann fälligen Neuwahlen brachten eine verständigungsbereite französische Regierung an die Macht.

In der entstehenden innenpolitischen Debatte des Jahres 1923 warfen die französischen Sozialisten ihrer Regierung vor, die deutsche Demokratie zu zerstören und die Reaktion zu stärken. Zwar sollte auch ihrer Meinung nach Deutschland zuerst den Widerstand einstellen, aber eine aufgezwungene Kapitulation wurde abgelehnt und Angebote zu Vermittlungsbemühungen gemacht [1290]. Im Mai kam es zu einem öffentlichen Gedankenaustausch zwischen französischen und deutschen Pazifisten [1291]. Der Freiburger Friedenskongreß im August 1923 gab dem französischen Friedensaktivisten Marc Sangnier die Möglichkeit zu einer Interpellation in der französischen Kammer über dieses Ereignis und die verständigungsbereiten Kräfte in Deutschland [1292]. Dabei beschrieb er das Bild eines versöhnungsbereiten Deutschland, wie er es erfahren hatte und beschwor die doppelte Aufgabe Frankreichs: *"Einerseits seine Schuldigkeit fordern, ohne sich von der deutschen Regierung, der deutschen Großindustrie und den deutschen*

1290. Vgl. Hagspiel, Verständigung, a.a.O., S. 194-197; Maier, Recasting, a.a.O., S. 405f. und S. 458.

1291. BA, NL Quidde, Nr. 3, "An die französischen Pazifisten", offener Brief des Deutschen Friedenskartells v. 28.5.; ebd., Zusammenfassung für die deutsche Presse am 31.5.

1292. BA, NL Quidde, Nr. 135, Abdruck der "Interpellation Marc Sangnier's in der französischen Kammer über den Freiburger Friedenskongreß und die deutsche Friedensbewegung". S. Riesenberger, Dieter, Die katholische Friedensbewegung in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1976. S. 1-11 zur Einschätzung Marc Sangniers und zur Bedeutung des Kongresses für die katholische Friedensbewegung

Schiebern narren zu lassen; andererseits die Not der friedfertigen Deutschen verstehen und lindern helfen. Bis jetzt hat die Regierung die erste Aufgabe gut verstanden; ich erwarte, daß sie nun auch die zweite nicht weniger gut versteht, damit Frankreich wieder geliebt werden kann, denn ein geliebtes Frankreich wird viel leichter bezahlt werden, als ein unverstandenes, verleumdetes und verhaßtes Frankreich." [1293]

Auf der wirtschaftlichen Seite zeigte der Lieferboykott von Brennstoffen Wirkungen in Frankreich. Vor allem die Schwerindustrie Lothringens und von Nancy war betroffen. Auch dürfte die sich verstärkende Inflation mit den Kosten für die Besetzung in Verbindung zu bringen sein. Entscheidend war die französische Gesamtwirtschaft jedoch nicht zu treffen [1294], und auch die finanzielle Selbständigkeit des Landes blieb trotz politisch motivierter Spekulationen gegen die Währung bis Anfang 1924 gewahrt. Dem Historiker Schuker zufolge wurde noch im Frühjahr 1923 eine innere Anleihe trotz der unsicheren außenpolitischen Lage überaus einmütig gezeichnet [1295].

Vor diesem Hintergrund erhebt sich die Frage, welche Zielrichtung der passive Widerstand im internationalen Umfeld des Konflikts entfaltete. Bei den Besatzungsmächten waren es vor allem die Dauer und die Intensität der Auseinandersetzung, die die innenpolitischen Positionen allmählich wieder aufweichen ließ. Damit war die Geschlossenheit, die nach der ersten Eskalation im Januar eingetreten war, in beiden Ländern offensichtlich beendet.

War ein Machtwechsel in einem dieser Länder das Ziel des passiven Widerstands, so konnte nur ein äußerst sparsamer und langfristig ausgerichteter Einsatz der Widerstandskräfte die Bedingungen dafür verbessern. Die Frage, ob der Widerstand, wie er sich entfaltet hatte, dieses Ziel aus eigener Kraft erreichen konnte, muß verneint werden. Trotz aller beginnenden Kritik gelang es dem französischen Ministerpräsidenten, die Ruhrpolitik im Innern dauerhaft abzusichern. Der Historiker Wulf stellt fest, daß in dem Moment, als dies in Deutschland klar wurde, die

---

sowie S. 218-231 zu den Fragen von Aussöhnung, Sicherheit und Abrüstung.

1293. BA, NL Quidde, Nr. 135, Abdruck der "Interpellation".

1294. Vgl. Wulf, Stinnes, a.a.O., S. 354.

1295. Vgl. Kemp, Economy, S. 76f.; Schuker, End, a.a.O., S. 31, sieht als hauptsächliche Ursache der Währungsverschlechterung die Steuerpolitik an; s.

bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstands vorgezeichnet war. Dieser Zeitpunkt war Ende Mai bei den Entscheidungsträgern auf deutscher Seite gegeben [1296]. Die Funktion des Widerstands richtete sich aber nicht direkt auf die Kontrahenten, und damit geht Wulfs Schlußfolgerung an der Situation vorbei. Die Unangreifbarkeit von Poincarés Stellung klar vor Augen, hielt man am Widerstand fest, da er eine andere Zielperspektive hatte. Hinter dem Widerstand stand der *"wichtige politische Zweck, Frankreich zu isolieren"*, wenn es eben nicht möglich war, mit Frankreich zu Verhandlungen zu den eigenen Bedingungen zu kommen [1297]. Die Aktivitäten des Widerstands liefen darauf hinaus, daß die Besetzung keine materiellen Erfolge erzielen durfte. Vielmehr sollte die Weltmeinung zugunsten Deutschlands aktiviert und andere Mächte dazu gebracht werden, ihren Einfluß zugunsten der deutschen Position geltend zu machen [1298], nicht zuletzt durch die Verstärkung der wirtschaftlichen Desorganisation [1299]. Wirkungen dieser Art zeigten sich in diesen Monaten. Die Hauptzielrichtung des Widerstands hieß Großbritannien und USA, und das Kalkül der Aktivierung dieser Länder ging in diesen Monaten tatsächlich auf.

Wie vorhergesehen, waren es die wirtschaftlichen Auswirkungen, die in den angelsächsischen Ländern seit dem Frühsommer bemerkbar wurden, und die das Eigeninteresse an einer Veränderung der Situation aktivierten. Seit Mai gaben sich Geschäfts- und Finanzkreise in den USA *"besorgt über das um sich greifende Chaos in Europa"* [1300]. Im Sommer 1923 erforderten, so der Historiker Link, *"die wirtschaftspolitischen Interessen der USA nunmehr*

---

ferner ebd., S. 33, 49 und S. 52f.

1296. Vgl. Wulf, Stinnes, a.a.O., S. 368 und S. 372f., insbesondere den Schriftwechsel von Rosenbergs mit dem Geschäftsträger in Paris, Hoesch, Anfang April und die Einschätzung Brechts nach Gesprächen im Mai in Paris, daß Poincarés Stellung unangreifbar sei.

1297. AdRk Cuno, Dok. Nr. 173, S. 527, Außenminister von Rosenberg in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichsrats v. 30.5.

1298. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 178f., den Bericht des Botschafters in den USA v. 7.1. und v. Rosenberg.

1299. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 22, Bl. 2, pr. Innenmin. in einer Besprechung mit Provinzial- und Polizeibeamten am 21.1.

1300. Hagspiel, Verständigung, a.a.O., S. 149.

ein aktives Eingreifen in die europäischen Wirren" [1301]. In den USA richtete sich die Erwartung darauf, daß die beiden Hauptkontrahenten unter dem selbst angerichteten Druck wieder zur Vernunft kommen würden [1302].

Trotz dieser sich verändernden Rahmenbedingungen hielt sich die amerikanische Administration mit diplomatischen Aktivitäten zunächst sehr zurück. Dabei spielte die Einschätzung der deutschen Verhandlungsbereitschaft eine große Rolle. Bis in den Juni hinein war die US-Administration davon überzeugt, daß die deutsche Regierung nicht ernsthaft verhandeln wollte. Gegenüber Anfragen von britischen Abgeordneten im März beispielsweise konnte deutscherseits nicht verbindlich erklärt werden, daß die Regierung zu Verhandlungen bereit war. Bald nach dem ersten diskreten Vorstoß der Reichsregierung im März liefen Gerüchte über eine britisch-amerikanische Intervention um, als deren Quelle der verärgerte US-Außenminister seinen deutschen Kollegen im Verdacht hatte [1303]. Eine echte Bereitschaft zur Zusammenarbeit aber war die Vorbedingung für amerikanisches Eingreifen. Der amerikanische Botschafter Houghton in Berlin erwies den Deutschen keinen guten Dienst, sie über dieses Faktum im unklaren zu lassen, urteilt der Historiker Jones [1304].

In Großbritannien vertiefte sich die Spaltung, die im Kabinett zwischen prodeutschen und profranzösischen Kräften entstanden war. Die Entfremdung zu Frankreich nahm im Laufe der Monate zu und erreichte bei den ministeriellen Befürwortern aktiver Initiativen erstaunliche Ausmaße. Die Überlegungen gingen dahin, die Reparationensfrage auch gegen französischen Widerstand neu untersuchen zu lassen, ferner die Frage der Legalität der Ruhrbesetzung in der Reparationskommission zur Sprache und, bei Widerstand, Frankreich und Belgien vor den Weltgerichtshof oder den Völkerbund zu bringen. Es wurde sondiert, wie privaten Anleihen dieser Länder in Großbritannien Schwierigkeiten bereitet werden konnten. Selbst über den Einsatz der schärfsten finanziellen Waffe wurde nachgedacht. Diese bestand darin, mit der Rückzahlung der eigenen

---

1301. Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 184.

1302. So formulierte es der Präsident des amerikanischen Stahltrusts, Gary, am 5.4. im Gespräch mit D'Abernon in: D'Abernon, Botschafter, Bd. II, a.a.O., S. 222f.

1303. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 133f.; Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 183f.

Schulden bei den USA zu beginnen, diese mit interalliierten Schulden und deutschen Reparationen abzugleichen und gleichzeitig von Frankreich die Fundierung der Schulden zu verlangen. Bei schlechtem Willen Frankreichs konnten die französischen Golddepositen in London eingefroren werden. Gleichzeitig wurde eine Untersuchung in Auftrag gegeben, die die möglichen Folgen eines deutschen Zusammenbruchs abschätzen sollte. Diese prognostizierte nicht den Bolschewismus, sondern eine totalitäre Regierungsform als wahrscheinliches Ergebnis von Zusammenbruch und Reaktion. Von all diesen Überlegungen drang jedoch in den Monaten Juni und Juli nichts nach außen [1305]. Die diplomatischen Aktivitäten zielten darauf ab, zusammen mit den anderen Alliierten auf die deutschen Verhandlungsangebote zu reagieren. Erst als dies an der Unbeweglichkeit in Frankreich und Belgien scheiterte, gewann der prodeutsche Flügel vorübergehend die Initiative.

3.5.3.2. Diplomatische Aktivitäten der Reichsregierung. Gelungene Isolierung Frankreichs um den Preis eines zerrütteten Widerstands

Mit zwei Noten ging die deutsche Regierung im Mai und im Juni auf der diplomatischen Ebene in die Offensive, allerdings mehr von Großbritannien gedrängt als aus eigenem Antrieb. Die erste Note wurde am 2. Mai der englischen, französischen, belgischen, amerikanischen, italienischen und japanischen Regierung übergeben. Die Reichsregierung verlangte darin die Lösung der anstehenden Fragen auf der Basis eines gegenseitigen Verständnisses und erklärte sich zu solch einer Problemlösung bereit. Zum passiven Widerstand hieß es: *"Die im Widerspruch hiermit (zu einem gegenseitigen Verständnis. B.M.) erfolgte Besetzung des Ruhrgebiets hat die Bevölkerung mit passivem Widerstand beantwortet. Die Deutsche Regierung teilt den Wunsch aller Besonnenen, daß die täglich sich verschärfende Spannung gelöst und der nutzlosen Zerstörung wirtschaftlicher Werte Einhalt getan werde. Sie hat sich daher entschlossen, nochmals einen Versuch in dieser Richtung zu machen, ohne damit ihren*

1304. Jones, Houghton, a.a.O., S. 32.

1305. Der englische Außenminister Lord Curzon, der Unterstaatssekretär im Außenmin., Sir Eyre Crowe und der englische Delegierte bei der Reparationskommission, Bradbury, waren die Protagonisten dieses Kurses in: Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 218-221.

Rechtsstandpunkt zu verlassen oder den passiven Widerstand aufzugeben, der fortgesetzt werden wird, bis die Räumung der über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete und die Wiederherstellung vertragsmäßiger Zustände in den Rheinlanden erreicht sind." Dann entwickelte sie ein Reparationsangebot auf der Basis ihres im Januar bereits abgelehnten Planes, nannte allgemeine Sicherheiten und Garantien dafür und gab ihre Bedingungen zur Mitarbeit bekannt. Sie erklärte ihre Bereitschaft, das gesamte Reparationsprogramm *"einer von jeder politischen Einwirkung unabhängigen internationalen Kommission zu unterbreiten."* Im Gegenzug forderte sie den Verzicht auf weitere Sanktionen und die möglichst rasche Wiederherstellung des Status quo ante. *"Dazu gehört"*, so hieß es in der Note weiter, *"daß die über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete geräumt, in den Rheinlanden vertragsmäßige Zustände wiederhergestellt, die verhafteten Deutschen in Freiheit gesetzt und den Ausgewiesenen ihre Wohnstätten und Ämter zurückgegeben werden."*

Unisono wiesen alle angesprochenen Mächte die Note als zumindest enttäuschend und nicht ausreichend zurück, auch Großbritannien. In der britischen Antwortnote vom 13. Mai rügte der Außenminister, *"daß die Vorschläge Ihrer Regierung große Enttäuschungen hervorgerufen haben, und daß die Deutsche Regierung den ungünstigen Eindruck, den sie sowohl auf die Regierung Seiner Majestät als auch auf ihre Alliierten gemacht haben, nach meiner Ansicht hätte voraussehen und daher vermeiden können und müssen. Die Vorschläge sind sowohl der Form wie dem Inhalt nach weit davon entfernt, dem zu entsprechen, was Seiner Majestät Regierung als Antwort ... vernünftigerweise hätte erwarten können."* **1306**

Der Grund für das schlechte Abschneiden des ersten diplomatischen Vorstoßes lag teilweise im menschlichen Versagen, aber auch darin, daß die internen Begrenzungen einer deutschen Verhandlungsbereitschaft offenbar wurden. In dieser ersten Note flossen die verschiedensten und widersprüchlichen Absichten zusammen. Zum einen mußte den Erwartungen des Auslands an substantielle Angebote Rechnung getragen

---

1306. Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Herausgeber und Bearbeiter Dr. Herbert Michaelis und Dr. Ernst Schraepler. Fünfter Band. Die Weimarer Republik. Das kritische Jahr 1923. Berlin o.J. Um 1960, S. 121-124 und S. 131 (Zitate S. 121f., S. 123 und S. 131). (Im folgenden zitiert als: Ursachen); AdRk Cuno, S. 444f.

werden, auf der anderen Seite mußten aber Eingriffe in die Substanz des eigenen Ressorts verhindert werden. Der Außenminister wollte die Note als ein reines taktisches Manöver benutzen und ohne reale Substanz formulieren, um die Alliierten einander weiter zu entfremden. Auf derselben taktischen Ebene sollten die Kritiker im Innern, die SPD und Gewerkschafter vor allem, durch die demonstrative Verständigungsbereitschaft besänftigt werden. Der Außenminister ließ eine Note ausarbeiten, in der allein die Nennung der angebotenen Reparationssumme bereits die Ablehnung auch in Großbritannien sicherte. Im Kabinett gab es Mitglieder, die zu weitergehenden Zugeständnissen bereit waren. Sie konnten sich nicht durchsetzen bzw. blieben unerwähnt. Die Note wurde herausgegeben in dem Wissen, daß sie vermutlich Schaden anrichten würde [1307].

Indem die deutsche Diplomatie nach außen hin aus taktischen wie grundsätzlichen Erwägungen an den bisher eingenommenen Positionen festhielt, arbeitete sie mit alten Vorstellungen weiter [1308]. Gleichzeitig wurde seit April jedoch an verschiedenen Punkten feststellbar, daß sich die Positionen zum Konflikt zu verändern begannen und daß Vorstellungen der Gegenseite konzeptionell verarbeitet wurden. Der Richtungswechsel, den Gustrav Stresemann im April mit seiner Forderung nach Verhandlungen vollzog, wurde bereits beschrieben. Cornebise zufolge begann er zunehmend, die deutsche Einheit und die zukünftige Entwicklung ins Auge zu fassen und sich aus früheren rechten Positionen zu lösen. Gegen Ende Juni wurde für ihn das falsche außenpolitische Konzept ersichtlich, jedoch vermied er den offenen Angriff auf den Reichskanzler [1309].

Im Außenministerium entstand im April das Gaus-Schubert-Konzept, das die für Frankreich so wichtige Frage der Sicherheit gegenüber Deutschland konstruktiv aufgriff. Mit einer *"Mischung aus Gebietsstandsgarantie und Schiedsvertragsangebot"* nahm es in der rechtlichen Konstruktion die spätere Locarno-Regelung vorweg, es wurde allerdings in der Mai-Note nicht aufgegriffen [1310]. Der Reichskanzler beauftragte Anfang Mai das

---

Anm. 17.

1307. Vgl. D'Abernon, Botschafter, Bd. II, a.a.O., S. 241f. und S. 244f. mit vernichtender Kritik und Hinweisen auf die verpaßten Möglichkeiten; Bergmann, Weg, a.a.O., S. 238-240; Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 147-150; Krüger, Außenpolitik, a.a.O., S. 204; Wulf, Stinnes, a.a.O., S. 381f.

1308. Vgl. Wulf, Stinnes, a.a.O., S. 381.

Auswärtige Amt mit der Ausarbeitung eines Memorandums, das u.a. die gesetzgeberischen Vorbereitungen für Garantien zur Sicherung von Reparationsangeboten enthalten sollte. Die Notwendigkeit neuer inhaltlicher Initiativen führte Anfang Mai Parteivertreter zusammen, doch über die konkrete Ausgestaltung konnten sie sich noch nicht einigen [1311]. Führungskräfte der Wirtschaft wiederholten zunächst bis Ende Mai weiterhin alte Positionen, die sie im oben bereits beschriebenen Industrie-Angebot formulierten. Als sie bei der Diskussion um die Sicherung der Garantien das Reich an erster Stelle nannten [1312], ernteten sie damit nun aus eigenen Reihen Kritik. *"Das Ausland wird niemals verstehen"*, so warnte der Industrielle v. Thyssen-Bornemisza, *"daß der wirtschaftlich schwächere Teil, nämlich das Reich... mehr leisten soll als Industrie, Landwirtschaft, Schiffahrt, Handel usw."* [1313]

Möglicherweise wird in dieser parallelen Entwicklung ein Prozeß deutlich, indem durch die Krise und die Kosten der Konfrontation auch in Deutschland schrittweise ein Umdenken einsetzte. Im Deutschen Reich mußte erst die Erkenntnis heranreifen, daß ohne "Opfer" kein Ausweg aus der Konfrontation möglich sein würde.

Allerdings wuchsen nach dem verpaßten ersten Einstieg im Mai in Deutschland die Zweifel an der Fähigkeit und der Bereitschaft der Regierung, das Gespräch ernsthaft zu suchen [1314]. Die Wirkungen der Note auf den Zusammenhalt des Widerstands waren schlicht verheerend. Seitdem wurde durchgehalten, ohne zu wissen, wofür man kämpfte. In der französisch-belgischen Antwortnote wurde nun ein Junktim zwischen geleisteten Zahlungen und der Räumung der Ruhr aufgestellt [1315].

1309. Vgl. Cornebise, Stresemann, a.a.O., S. 51 und S. 53.

1310. Mayer, Republik, a.a.O., S. 144f. (Zitat S. 144); Krüger, Außenpolitik, S. 203f.

1311. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 153f.

1312. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 157, bei der Formulierung des Industrie-Angebots v. 25.5.; AdRk Cuno Dok. Nr. 168, S. 509.

1313. AdRk Cuno, S. 539 Anm. 3, Telegramm des Industriellen v. Thyssen-Bornemisza v. 2.6. an deutsche Botschaft in Den Haag.

1314. Vgl. Hagspiel, Verständigung, a.a.O., S. 150.

1315. ZStA, RmfdbG 53424/5, Bl. 303-307, Antwortnote Frankreichs und Belgiens v. 6.5.; ebd., Bl. 268, Bericht aus dem Ruhrgebiet, Duisburg 4.5.

Von rechts wie von links wurde die Regierung für diesen Schritt einhellig kritisiert. Daraufhin kursierten Gerüchte über einen Rücktritt des Kabinetts. Doch weder die SPD noch die bürgerlichen Parteien wollten die Verantwortung eines Regierungswechsels auf sich nehmen. Während SPD, DDP, Zentrum und Teile der DVP nun neue Vorschläge forderten, warnte die DNVP, deren Meinung die Regierung zu berücksichtigen gedachte, vor weiteren Zugeständnissen [1316].

An der diplomatischen Strategie hielt man in den folgenden Monaten weiter fest. Durchgängig versuchte die deutsche Regierung, Großbritannien zu einer klaren Stellungnahme zu zwingen und eine amerikanisch-britische Intervention zu lancieren [1317]. An der Vorbereitung einer zweiten deutschen Note wirkte der britische Botschafter in Berlin im Hintergrund beratend mit [1318]. Das Memorandum wurde am 7.6. den Alliierten übergeben. Darin baute die deutsche Regierung auf der Note vom Mai auf, doch relativierte und konkretisierte sie besonders strittige Passagen. Sie erkannte an, daß *"(d)ie Frage nach der deutschen Leistungsfähigkeit ... eine Tatsachenfrage (ist), über die verschiedene Meinungen möglich sind."* Nochmals unterstrich sie ihre Bereitschaft, die Entscheidung einer *"unparteiischen internationalen Instanz über Höhe und Art der Zahlungen anzunehmen."* Sie erklärte sich dazu bereit, alle erforderlichen Unterlagen beizubringen und die notwendigen Einblicke in Ressourcen und Finanzgebarung zu geben. Dann nannte sie genauere Garantien zur Sicherung der Leistungen und betonte, daß entscheidende Fortschritte nur durch *"mündlichen Gedankenaustausch am Verhandlungstisch"* zu erzielen seien. *"Deutschland erkennt seine Verpflichtung zur Reparation an"*, so hieß es diesmal ohne Wenn und Aber. Das Memorandum schloß mit dem Appel: *"Die Deutsche Regierung wiederholt ihr Ersuchen, eine Konferenz zu berufen, um den besten Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtung zu vereinbaren."* [1319]

Diese Note bot der amerikanischen Regierung nun genug Anlaß für diskrete Sondierungen, um auf direkte Verhandlungen der Kontrahenten loszusteuern, da sie die deutsche Bereitschaft hierfür aus dem Text

1316. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 152.; AdRk Cuno, Dok. Nr. 153, S. 465f.

1317. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 181f.

1318. Vgl. Kaiser, Lord D'Abernon, a.a.O., S. 94; D`Abernon, Botschafter, Bd. II, S. 254, Unterredung mit v. Maltzan vom Auswärtigen Amt am 21.5.; ebd., S. 256, Abreise am 28.5. nach London.

herauslas. Der Ansatzpunkt der Amerikaner waren die Belgier. Zeitgleich bemühte sich der neue britische Premier Baldwin um ein abgestimmtes Vorgehen mit den USA [1320]. Am 20. Juli übersandte die britische Regierung einen Antwortentwurf auf das deutsche Memorandum an Frankreich, Belgien, Italien und Japan. Darin übernahm sie verschiedene Vorschläge des deutschen Memorandums und schlug eine gemeinsame Antwort der Alliierten vor [1321]. Dieser britische Vorschlag fand die volle Billigung der amerikanischen Regierung. In ungewöhnlicher Offenheit forderte der amerikanische Außenminister den belgischen Geschäftsträger am 26. Juli auf, nun endlich eine Regelung zu treffen, denn diese Note biete die Grundlage für Verhandlungen [1322].

Die ablehnende Antwort Frankreichs vom 30. Juli, aber auch die belgische Erwiderung ließen allerdings keine gemeinsame Note zu, wie der britische Premier am 2.8. im Unterhaus enttäuscht erklärte. Er kündigte an, dem Parlament die entsprechenden Schriftstücke vorzulegen. Während er die Verbundenheit mit den Alliierten betonte, beharrte er darauf, daß die britische Regierung *"trotzdem die Auffassung beibehalten muß, daß die Lösung des Problems nicht mehr zu vermeiden ist und daß die europäische Situation, wenn jetzt die Alliierten noch länger ihre Meinungen über diese oder jene Einzelheit oder diesen und jenen Vorschlag auszutauschen beginnen, mitsamt allen Reparationszahlungsaussichten, an denen alle Verbündeten gleichmäßig interessiert seien, immer weiter dem unvermeidlichen Ruin entgegentreiben muß."* [1323] In Großbritannien ging man auf Distanz zu den Verbündeten.

Währenddessen entwickelten sich in Deutschland die Erwartungen in die Durchhaltekraft des Widerstands und seine Realität in dramatisch offener und unaufhaltsamer Weise auseinander. Ende April hatte der Außenminister im Kabinett mit Blick auf die vermutlich zeitraubenden diplomatischen Sondierungen verlangt, *"wir müssen jedenfalls alles tun, um Mai und Juni zu überdauern"*. Ende Juli blockte der Außenminister einen anscheinend nicht ganz hoffnungslosen Vermittlungsversuch ab, der die Aufgabe des Widerstands gegen Kompensationen zum Gegenstand hatte. In welch

1319. Ursachen, Bd. V., S. 145f. (Zitat); AdRk Cuno, S. 529 Anm. 19.

1320. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S.184f.

1321. Vgl. Ursachen, Bd. V., S. 157.

1322. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S.186.

1323. Ursachen, Bd. V., S. 157f. (Zitat); Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S.

unterschiedlichen Welten die Kabinettsmitglieder lebten, je nachdem, wie eng sie mit den Realitäten des Widerstands befaßt waren, wird an einer Kabinettssitzung zur gleichen Zeit besonders deutlich. In einer Aussprache über die politische Lage verlangte der Außenminister, *"daß Deutschland, um nicht kurz vor dem besseren Fahrwasser zu stranden, alle Mittel mobil machen müßte, um im passiven Widerstand weiterhin auch den Winter hindurch durchhalten zu können"*. Signifikant sind nun die Äußerungen von Vertretern anderer Ressorts in der einsetzenden Aussprache. Der Staatssekretär aus dem Reichsverkehrsministerium verlangte nach Krediten von England, um Kohlen einführen zu können, damit die Versorgung der Reichsbahn sichergestellt werden könnte. Der Reichsernährungsminister verlangte nach Devisen, weil er nicht wußte, wie er sonst genügend Nahrungsmittel herbeischaffen sollte [1324]. In diesen Ressorts bemühte man sich mittlerweile vorwiegend darum, die physische Überlebensfähigkeit der Bevölkerung und der verkehrsmäßigen Infrastruktur zu erhalten. Einen Austausch zwischen den Erwartungen des Außenministers und der Konsequenz für den Widerstand gab es in dieser Sitzung nicht. An dieser Stelle wird deutlich, wie abgekoppelt voneinander in den Ressorts gearbeitet wurde und wie wenig der Widerstand realiter mit der diplomatischen Perspektive zu tun hatte. Die Hoffnung auf eine Intervention bzw. den Beginn von Verhandlungen wurde als eine konkrete, zeitlich zwar nicht faßbare, aber jederzeit mögliche Zielperspektive dargestellt, die mit einem Schlag die Rettung zu bringen versprach [1325], aber die nie zeitlich fixiert wurde. Die inzwischen drohende Katastrophe ließ sich nach wie vor für die außenpolitische Argumentation instrumentalisieren. Aus dieser Perspektive wird verständlich, daß, um als Mittel der Diplomatie benutzt zu werden, der Widerstand als solcher nötig und keine Konzessionen zulässig waren. Den britischen Außenminister ließ der deutsche Kollege zum Handeln drängen mit der Warnungen wie dieser: *"Jede Verschleppung verschlechtert unsere Lage zum Schaden der Reparationsgläubiger."* Der britische Rat, doch beim passiven Widerstand *"Konzessionen"* zu machen, wurde wiederum zurückgewiesen: Ohne sichere Garantie für die baldige Räumung könne keine Regierung diesen Schritt unternehmen und sollte sie dazu gezwungen werden, wäre sie zum Rücktritt

---

187.

1324. AdRk Cuno, Dok. Nr. 142, S. 433 (Zitat), Ministerbesprechung v. 28.4.; ebd., Dok. Nr. 223, S. 661 (Zitat), Sitzung v. 25.7.

1325. Ebd., Dok. Nr. 112, bes. S. 354, Kabinettssitzung v. 29.3. zur Frage der Taktik und die Äußerungen des Bürgermeisters Schmid und des

gezwungen. *"Ihr Rücktritt würde das Signal für unberechenbare und unabsehbare innere Konflikte sein"* [1326]. Der Kreis schloß sich, die Gedankenwelt blieb unangetastet, und zwar umso mehr, als die Verantwortung beispielsweise für die eigene Handlungsunfähigkeit bei der Stabilisierung der Währung umgedeutet und anderen zugeschoben wurde [1327].

Am 11. August veröffentlichte die britische Regierung eine Note, in der sie sich umfassend und kritisch mit den bisherigen französischen und belgischen Positionen zum Reparationsproblem auseinandersetzte. Zur größten Freude auf deutscher Seite stellte sie die juristische Rechtfertigung der Besetzung durch den Versailler Vertrag vollständig in Abrede. Sie führte aus: *"Frankreich und Belgien sind der Meinung, daß die Besetzung ausgeführt worden ist auf Grund der im Paragraphen 18 der Anlage II zu Teil VIII des Vertrages gegebenen Ermächtigung. Die Deutsche Regierung hat dauernd behauptet, daß eine derartige Operation bei richtiger Auslegung jenes Paragraphen nicht zu jener Kategorie 'wirtschaftlicher und finanzieller Sperr- und Vergeltungsmaßregeln und überhaupt solcher Maßnahmen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten', gehört. ... Die höchsten juristischen Autoritäten in Großbritannien haben S.M. Regierung davon unterrichtet, daß die Einwendungen der Deutschen Regierung wohl begründet sind, und S.M. Regierung hat niemals ihre Ansicht verhehlt, daß die französisch-belgische Aktion der Ruhrbesetzung, ganz abgesehen von der Frage der Zweckmäßigkeit, keine durch den Vertrag selbst gerechtfertigte Sanktion war."* [1328]

Diese Note war nur ein *"vermeintliche(r)"* Erfolg [1329], nämlich dann, wenn man den Bruch zwischen den Alliierten als konstruktiven Schritt zur

---

Reichswirtschaftsmin..

1326. Ebd., S. 668 Anm. 6, Schriftwechsel v. Rosenberg und Botschafter Sthamer in London v. 17.7. und 19.7.

1327. Hier können m.E. Parallelen zur Entscheidungs- und Konfliktunfähigkeit staatlicher Entscheidungsträger beim Umgang mit der Inflation gezogen werden. Vgl. dazu die Diskussionsbeiträge von Ritter, S. 59f. und von Pfleiderer, S. 379 in: Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914 bis 1924. Ein Tagungsbericht. Bearb. und hrsg. v. Otto Büsch und Gerald D. Feldmann (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin. Bd. 21). Berlin 1978.

1328. Verhandlungen, Bd. 379, Nr. 6204, S. 124-132 (Zitat S. 131f.)

Befreiung auffaßte [1330]. So allerdings sah es Cuno, als er, bereits nach seinem Rücktritt, am 13.8. schrieb: *"Dabei ist für mich und insbesondere den von mir hochverehrten Außenminister es eine aufrichtige Genugtuung, daß wir eben am Schluß noch das Ergebnis unserer Außenpolitik in der englischen Note buchen konnten, und ich darf es für Herrn von Rosenberg in Anspruch nehmen, daß in dieser Note kein Satz steht, auf den nicht in weitausschauender vorsichtiger Weise seit Monaten Zug um Zug hingewiesen worden wäre."* Der britische Botschafter hielt über die Wirkung der Note in seinem Tagebuch fest: *"Die englische Note vom 11. August übte eine magische Wirkung auf den Kontinent aus. In Deutschland hat sie in besonders hohem Maße zur Herstellung der Ordnung beigetragen, den Mut und den Selbsterhaltungstrieb der Massen gestärkt"* [1331]. Die moralische Bedeutung dieses außenpolitischen Ergebnisses ist sicherlich nicht gering zu schätzen. Kritisch anzumerken aber bleibt die Frage nach den damit verbundenen Effekten, bzw. der Einbindung dieses Einzelschrittes in die Perspektive einer Aktivierung anderer Staaten zugunsten des bedrängten Landes. Vor diesem Hintergrund fällt die Einschätzung der Note weit weniger positiv aus. Wie die Botschaft in London feststellte, erschwerte diese Note wegen ihrer Schärfe weitere Verhandlungen. Sie schloß die Verständigungsbemühungen seit dem 7. Juni im Grunde ab [1332]. Die interventionsbereiten Kräfte in Großbritannien hatten ihre Karten bis zu ihrer Grenze ausgespielt, denn die Note erzeugte Widerstand im britischen Kabinett. Insbesondere der Kriegsminister beschwerte sich, der die Entente mit Frankreich auf alle Fälle erhalten wollte und sich bei der Abfassung der Note übergangen fühlte. So passierte in Großbritannien erst einmal nichts mehr, auch nicht nach dem Rücktritt Cunos. Noch war in Großbritannien unklar, was Frankreich eigentlich wollte, die USA warteten auf den geeigneten Moment zum Eingreifen und gaben zu verstehen, daß sich Frankreich und Großbritannien auf amerikanische Hilfe verständigen müßten, bevor von dort Schritte unternommen würden [1333]. Das Hoffen auf eine britische Intervention war also vergeblich gewesen. Zugleich wurde das zeitliche Dilemma des Widerstands offenbar. Großbritannien konnte Frankreich nicht zum

---

1329. Mayer, Republik, a.a.O., S. 165.

1330. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 187.

1331. AdRk Cuno, Dok. Nr. 249, S. 747 (Zitat), Brief Cuno an den Bayer. Ministerpräsidenten v. Knilling v. 13.8.; ebd., S. 747 Anm. 3; D'Abernon, Botschafter, Bd. II, a.a.O., S. 272 (Zitat).

1332. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 187.

Rückzug zwingen, aber der Widerstand brauchte schnelle und kurzfristige Hilfe [1334]. Die konstruktiven Ansätze aus Deutschland, auf denen diplomatische Sondierungen interessierter Länder hatten aufbauen können, waren zu spät gekommen, um dem Widerstand noch zu helfen [1335].

Die Folgenlosigkeit der britischen August-Note offenbarte die entscheidendste Fehlannahme des deutschen außenpolitischen Kurses. Sie lag in der Erwartung einer Intervention der USA oder Großbritanniens zugunsten Deutschlands. Diese Erwartung resultierte aus der deutschen Fehlinterpretation einzelner Schritte der US-Regierung. Die New-Haven-Rede vom Dezember 1922 beispielsweise, die inhaltlich so sehr den Vorstellungen von Rosenbergs und Cunos entsprach, markierte den Endpunkt einer bestimmten innenpolitischen Entwicklung, und nicht, wie deutscherseits angenommen, den Beginn einer außenpolitischen [1336]. Unermüdlich verwies der amerikanische Außenminister den deutschen Botschafter in den USA und andere deutsche Repräsentanten auf direkte mündliche Verhandlungen mit Frankreich, um so die Bereitschaft zu einem echten Arrangement zu testen. Zunächst müßten die Deutschen ihre Verpflichtungen anerkennen und realisieren, daß ihnen andere Regierungen nicht dabei helfen würden, sich diesen zu entziehen. Dafür würden beide Seiten eine gewisse Zeit und, *"its own bit of chaos"* brauchen, und bis dahin wollten sich die USA von keiner Seite vereinnahmen lassen [1337]. Irrig war ebenfalls die Annahme, *"England werde sich bemühen, das Gleichgewicht der Kräfte in Europa wiederherzustellen, indem es Deutschland gegen Frankreich stützte"* [1338]. Auch der britische Außenminister drängte das Reich zu einem ersten Schritt, und zwar gegenüber allen Alliierten, nicht nur Großbritannien [1339]. Diese Kritik, die ex post leicht zu üben ist, soll auf die verzerrten Wahrnehmungsmuster hinweisen, die den verfolgten außenpolitischen Kurs m.E. überhaupt erst möglich gemacht haben. Während einerseits störende Signale ausgeblendet wurden, bestärkten fördernde Mitteilungen andererseits den

---

1333. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 222-224.

1334. Vgl. Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O., S. 73.

1335. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 163.

1336. Vgl. ebd., S. 130f.

1337. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 183, Außenminister Hughes gegenüber dem britischen Botschafter am 23.2.

1338. Vgl. Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O., S. 37, bezieht sich auf eine Grundannahme der deutschen Englandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg.

eingeschlagenen Kurs umso mehr. Hinweise in diese Richtung gab es genug, auch aus Großbritannien. Dort warnten Vertreter von Industrie, aus der Opposition und besonders der Governor der Bank von England vor der Aufgabe des Widerstands und interpretierten seine Fortführung als im Sinne von engen Vertrauten des Premierministers [1340]. Der Botschafter in London berichtete über ein Gespräch mit Sir George Paish, das seiner Meinung nach die Position der liberalen Kreise widerspiegelte, von Ende Juli: *"Wenn Deutschland bis Ende des Jahres aushalten werde, könne es sicher darauf rechnen, die Unterstützung Englands wie der übrigen Welt gegen Frankreich zu finden"* [1341]. Signale zum Durchhalten sandten auch immer wieder britische Vertreter in der besetzten Kölner Zone [1342]. Was fehlte, war die vollständige Wahrnehmung der Signale und die Überprüfung ihres Tatsachengehalts.

3.5.3.3. Alternativen und ihre Voraussetzungen

Die nun zu diskutierenden Alternativen beziehen sich darauf, daß der Widerstand nicht bis zur letzten Kraftreserve eingesetzt, sondern daß er zu den vorhandenen Kräften in Beziehung gesetzt und eventuell auch als Kampfmittel abgebrochen und durch andere politische Mittel ersetzt werden konnte [1343]. Die Grundlage für solche Alternativen war in der historischen Situation aufgrund der persönlichen Dominanz, der Zielperspektive und Durchsetzungsfähigkeit des Außenministers nicht gegeben. Dafür änderte sich diese Perspektive mit dem Regierungswechsel. Für eine Außenpolitik, die sich auch um Auswege aus dem Widerstand bemüht hätte, gab es immerhin einige nicht uninteressante Ansatzpunkte seit dem Frühsommer.

Die Relevanz dieser Alternative ergibt sich nicht nur daraus, daß sie in der historischen Situation eine Rolle spielte, sondern vor allem auch dann,

---

1339. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 133.

1340. Ebd., S. 172f.

1341. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 240, Bl. 50, Abschrift, Deutsche Botschaft, London, 23.7.

1342. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 120, der britische Bezirksdelegierte gegenüber Adenauer beispielsweise.

1343. Ebd., S. 121, Rupieper hält die grundsätzliche Perspektive für richtig, die für ein Hinarbeiten auf ein Eingreifen sprach. Fraglich war deren Zeitpunkt und ob

wenn man den Widerstand als Kampfmittel und das Ziel, eine Intervention Dritter zu den eigenen Gunsten, zum Gesamtkonflikt in Bezug setzt. Vor dem Hintergrund der Konstellation des Reparationskonflikts erscheint es widersinnig, daß irgendeine Intervention angelsächsischer Staaten zugunsten Deutschlands vor der Beendigung oder Einstellung des Widerstands hätte stattfinden können. Dies hätte die Rückkehr zum Vorkriegsstatus bedeutet und wäre eine Demütigung der Allianzpartner Frankreich und Belgien gewesen. Hätte sich die deutsche Zahlungsverweigerung qua Inflation durchgesetzt, wäre Deutschland als einzige industrielle europäische Macht von allen äußeren wie inneren Schulden frei gewesen, während die Sieger des Weltkrieges die gegenseitigen Schulden hätten abtragen müssen [1344]. Vor diesem Hintergrund durfte der Widerstand nicht zum Selbstzweck werden sondern immer Mittel zum Zweck und damit Verhandlungsmasse bleiben. Dies macht die Überlegungen so wichtig, wie und unter welchen Bedingungen der Widerstand möglicherweise hätte aufgegeben, eingestellt oder unterbrochen werden können.

Ein zweiter Gesichtspunkt war die psychologische Wirkung, die der Zusammenbruch des Zusammenhaltes im besetzten Gebiet auslöste. Die negativen Begleiterscheinungen, die die Überanstrengung der Kräfte nach sich zog, und die sich in gegenseitigen Vorwürfen und Schuldzuweisungen ausdrückten, drohten am Ende die gesamte Sache nachträglich zu diskreditieren.

Zunächst gab es in Deutschland einen breiten Konsens, den Widerstand, die *"einzige Waffe"* [1345], nicht aufzugeben, bevor eine Regelung erreicht und der Status quo ante wiederhergestellt war [1346]. Der Widerstand wurde als Verhandlungsmasse schon früh ins Gespräch gebracht, aber vom deutschen Außenministerium verworfen [1347]. Ende April legte sich das französische Kabinett darauf fest, vor Abbruch des Widerstands in keine Gespräche

---

sich der Widerstand lange genug halten ließ.

1344. Ebd., S. 118-120.

1345. ZStA, Präsi, Nr. 658, Bl. 10, "Regensburger Anzeiger" v 15.6. über den Standpunkt der bayerischen Regierung, im Artikel "Bayern und die Reichsregierung".

1346. Vgl. D'Abernon, Botschafter, Bd. II, a.a.O., S. 240, Eintragung v. 28.4., gibt die Meinung Stresemanns wider, kein Widerspruch von Breitscheid und Bernhard, die beiden letzten galten als "die weitgehendsten Anhänger der Kompromißpolitik". S. auch Wulf, Stinnes, a.a.O., S. 373.

einzutreten [1348]. Mit der Note vom Juni und der beginnenden diplomatischen Debatte rückte der passive Widerstand bzw. die Konditionen seiner Aufgabe zur Verhandlungsmasse in der internationalen Debatte auf. So griff der Papst besonders den Gedanken der unparteiischen Entscheidung aus dem deutschen Memorandum auf und wandte sich in einem Offenen Brief Ende Juni an die beim Vatikan akkreditierten Diplomaten. Darin gestand er den Reparationsgläubigern zu, Sicherheiten zu verlangen, gab aber zu bedenken, *"ob es zu diesem Zweck notwendig ist, auf jeden Fall Gebietsbesetzungen aufrecht zu erhalten... oder ob es nicht ratsam wäre, sie dann auch allmählich durch andere ebenso wirksame und gewiß nicht so gehässige Sicherungen zu ersetzen.*

Wenn beiderseits diese friedliche Absicht geteilt wird und folglich die Härten der Besetzung ein Ende nehmen und die Besetzung allmählich vermindert wird, bis sie ganz aufhört, so könne endlich jene aufrichtige Völkerversöhnung erreicht werden, die die unerläßliche Vorbedingung für den von allen erwähnten wirtschaftlichen Wiederaufbau bedeutet." [1349]

Während die Vermittlungsbemühungen des Vatikan in der folgenden Zeit zwischen den polarisierten Interessen der Besatzungsmächte und Deutschlands zerrieben wurden [1350], blieb die Umgestaltung von Besetzung und die Aufgabe des Widerstands als Vorleistung in der diplomatischen Debatte. Insbesondere die britische Diplomatie setzte an diesem Punkt an. Im Juni wurden in Deutschland die britischen Vorschläge publik, den Widerstand gegen Kompensationen einzustellen.

Ende Juni wurde im besetzten Gebiet offensichtlich mit der Aufnahme der Verhandlungen konkret gerechnet und außerdem der Widerstand noch für stark genug gehalten, um Forderungen *"der Bevölkerung des besetzten und Einbruchsgebiets"* aufzustellen, die in diesen Verhandlungen vertreten werden sollten. Diese *"Richtlinien"* sollten einen Übergangszustand

---

1347. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 134, Lord Asquith, der Chef der Liberal Party, schlug Mitte März vor, daß ein deutsches Angebot dahingehend modifiziert werden sollte, daß französische Truppen im Ruhrgebiet bleiben sollten, bis die Bankiers eine Übereinkunft für eine Anleihe für Deutschland gefunden hatten.

1348. Ebd., S. 147. S. ZStA, RmfdbG 53424/5, Bl. 303-307 Antwortnote Frankreichs und Belgiens v. 6.5. zum Junktim zwischen Räumung des besetzten Gebietes und tatsächlichen Zahlungen.

1349. Ursachen, Bd. V., S. 149.

herbeiführen und wurden von den Abwehrausschüssen im Ruhrgebiet bearbeitet und mit dem Reichsarbeitsminister in Berlin besprochen. Hierbei wurde von einer gleichberechtigten Teilnahme des Deutschen Reichs an Verhandlungen ausgegangen. Die Rückkehr aller Ausgewiesenen und Verhafteten in die früheren Stellungen rückte bei den Überlegungen dieser Forderungen an die erste Stelle, gefolgt von der zunächst primären Forderung nach vollständiger Freiheit der Arbeit und Arbeitsstätten unter deutscher Leitung und Verwaltung. Das hieß, daß die Besatzungsmächte alle Eingriffe in die Verkehrs- und Kommunikationsnetze und Kontrollmaßnahmen an den Grenzen unterließen. Neu aufgestellt wurde die Forderung nach der Freiheit der deutschen Verwaltung und der Achtung der staatsbürgerlichen Rechte, ganz oben die Versammlungs-, Vereins- und Pressefreiheit. Beschlagnahmte Wohnungen sollten geräumt, auf Strafmaßnahmen verzichtet, die Besatzungsgrenze zurückverlegt und die Truppenhöhe vermindert werden. Die Besatzung sollte eine Entschädigungspflicht anerkennen für Schäden an Leib und Gut, weggenommene Güter und Fahrzeuge sollten herausgegeben werden [1351]. Mit diesen Forderungen wurden Maximalziele angegeben, die de facto auf eine Wiederherstellung des Status quo ante hinausliefen.

Den Gedanken an Konzessionen beim Widerstand im Zuge von Verhandlungen nahm die Deutsche Friedensgesellschaft in einem Schreiben an den Reichskanzler v. 20. Juni und in der bereits erwähnten Eingabe an den Reichstag vom 23.6. auf. Dort setzte sie sich für die Aufgabe des passiven Widerstands im Zuge von Verhandlungen und gegen Kompensationen ein. Denkbar erschien eine *"Unsichtbarmachung der Besetzung"*, eine etappenweisen Räumung oder Kompensationsgeschäfte wie die Lieferung der Kohlen gegen die Aufhebung der Sperre, die Rückkehr der Ausgewiesenen und die Freilassung der Gefangenen [1352]. Mit ihrer Kritik am bisherigen Durchhaltekurs stieß sie auf scharfe Mißbilligung bei der DDP-Fraktion und provozierte eine scharfe Replik von Anton Erkelenz, dem Führer deren linken Flügels. *"Ein Schreiben, das vorher erklärt, der deutsche Pazifismus habe den passiven Widerstand als ein pazifistisches Abwehrmittel gutgeheißen, erklärt die Hauptformen des Widerstands als soziale Mißstände! Die Friedensgesellschaft fordert ein Kompromiß*

1350. AdRk Cuno, S. 632 Anm. 3; ebd., S. 633 Anm. 6 und Dok. Nr. 213.

1351. ZStA, 39.02, Nr. 43, Bl. 72, 74 und 74RS (Zitat Bl. 72), zwei nicht unterzeichnete Aufstellungen der Forderungen, eine datiert v. 22.6. Berlin; ebd., Bl. 136, Brief Mehlich an Cuno v. 19.7.

zwischen Deutschland und Frankreich. Der Regierung Cuno wird gesagt, daß sie es zum Ruhrkrieg hat kommen lassen. Das ganze Schreiben verrät einen derartigen Mangel an Erkenntnis der Aufgaben, die ein politisch klarsehender Pazifismus jetzt hätte, daß es schwer wird mit den Verfassern zu rechten" [1353]. Mitglieder der DDP-Kreisgeschäftsstelle Bernkastel an der Mosel sahen allerdings in dem Schreiben der Deutschen Friedensgesellschaft ihre Ansichten richtig vertreten und hielten diese auch für die der *"weitaus überwiegenden Bevölkerungskreise des besetzten Gebietes"*. Gegenüber dem DDP-Vorstand argumentierte Quidde, daß es kein Vorbei an der Aufgabe des passiven Widerstandes geben würde und daß darüber die Bevölkerung nicht im unklaren gelassen werden dürfe. Vielmehr gehe es darum, die Bereitschaft zu solchen Verhandlungen zu erklären und dann die Aufgabe des Widerstands *"so teuer wie möglich (zu) verkaufen."* Selbst mit weitgehender Unterstützung Englands und aller anderen Mächte könne doch *"kein vernünftiger Mensch glauben, dass wir... die Franzosen ohne Zugeständnisse aus dem Ruhrgebiet herausbringen."* Wenn aber jetzt die Regierung den Feinden der Republik das nationale Schlagwort liefere, *"die Aufgabe des passiven Widerstandes vor voller Räumung der Ruhr sei Verrat am Vaterlande"*, so steigere das die Aussicht auf Bürgerkrieg und den Erfolg der Gegenrevolution [1354].

Wenn in der Literatur gelegentlich die Auffassung vertreten wird, eine Aufgabe des Widerstands sei in der Bevölkerung nicht vermittelbar gewesen, der Widerstand sozusagen aus Gründen des Selbstwertgefühls [1355] weiter aufrechtzuerhalten gewesen, so sind nicht nur mit Blick auf das kleine pazifistische Grüppchen um Quidde hiergegen Einwände zu erheben. In die gleiche Richtung wie Quidde wiesen Einschätzungen von Gewerkschaftern und leitenden Personen von Widerstandsgremien im Ruhrgebiet und durchgängig Berichte aus dem besetzten Rheinland, die einerseits Widerstandsbereitschaft bekundeten und andererseits von der Regierung Verhandlungen erwarteten [1356]. Darüberhinaus hätte eine frühzeitige einseitige Einstellung des Widerstands der französischen

---

1352. BA, NL Quidde, Nr. 4, Abdruck des Briefes und der Eingabe v. 23.6.

1353. BA, NL Quidde, Nr. 140a, Schreiben der Reichsgeschäftsstelle der DDP an Quidde v. 28.7. mit Artikel von Erkelenz in "Die Hilfe", "Von der Schwäche des deutschen Pazifismus" (Zitat); ebd., Nr. 4, Schreiben Reis an Quidde v. 7. 10. Den passiven Widerstand akzeptierten durchaus nicht alle Pazifisten.

1354. BA, NL Quidde, Nr. 140a, Brief Quidde an Vorstand der DDP v. 26.7.

1355. So Wulf, Stinnes, a.a.O., S. 365.

Opposition nutzen können [1357]. Es drängt sich eher die Vermutung auf, daß über die Monate eine in den Realitäten nicht begründete Erwartungshaltung gefördert wurde, die in umso heftigere Enttäuschung umschlagen mußte.

Die britische Taktik übte seit dem Sommer Druck auf das Deutsche Reich auf, als Vorleistung auch ohne sichernde Zusagen auf den Widerstand zu verzichten, damit überhaupt ein Weg zu direkten Gesprächen eröffnet werden konnte [1358]. Großbritannien setzte gleichzeitig Belgien, das lediglich die Beendigung des Widerstands zur Vorbedingung für Verhandlungen machte und Frankreich, das die Juni-Note völlig ablehnte, davon in Kenntnis, daß ein Abbruch nicht ohne Gegenleistungen gefordert werden dürfe [1359]. Frankreich stellte die Rückkehr einer Anzahl von Unterbeamten und Eisenbahnern in Aussicht, sollte der Widerstand aufgegeben werden, wollte dies aber keinesfalls zum Gegenstand von Verhandlungen machen [1360].

Mitte Juli drängte Großbritannien das deutsche Reich zum einseitigen Verzicht auf den Widerstand [1361]. Frankreich kündigte inzwischen die Veränderung des Besatzungsregimes nach der Aufgabe des Widerstandes an, *"wie wir es mit der Sicherheit der Truppen und Ingenieure und mit dem Ziel, das Pfand fest in der Hand zu behalten, für vereinbar halten"*. [1362] Hatte das französische Ziel anfangs geheißen: *"Wir holen Kohle und damit*

1356. ZStA RmfdbG 53424/5, Bl. 268-270, "Bericht aus dem Ruhrgebiet" v. 4.5.; BA, R 43 I/188, Bl. 281ff., Bericht Brugger über Tagung der Aktionsausschüsse der politischen Parteien des altbesetzten Gebietes in Aschaffenburg am 26.5.; Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 355, 358 und S. 366 für den ADGB. Zum Vorschlag Mehlichs zur Aufgabe des passiven Widerstands siehe das nächste Kapitel.

1357. Vgl. Wulf, Stinnes, a.a.O., S. 371, auch Herriot betonte die Notwendigkeit der Aufgabe des Widerstands, ohne sich aber auf einen genauen Zeitpunkt festzulegen.

1358. Vgl. Mayer, Republik, a.a.O., S. 165.

1359. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 161f.

1360. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 2, Bl. 214-216, bes. Bl. 215RS, Antwort der französischen Regierung auf das britische Memorandum vom 13.6., Paris, 14. Juni. Abschrift und Übersetzung aus Le Temps v. 4.8.

1361. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 172.

1362. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 2, Bl. 223-228 (Zitat Bl. 223RS), Antwort der französischen Regierung v. 30.7. auf die britische Note v. 20.7., Übersetzung

fertig" [1363], so wurde nun in den Vordergrund gestellt, durch Pfandnahme und Zwang den Zahlungswillen zu wecken und eine solche Notlage im Reich heranreifen zu lassen, daß dieses die Reparationszahlung diesem Zustand vorzog und schließlich die Zahlungsverpflichtungen praktisch und nicht mehr nur theoretisch anerkannte [1364]. Damit entfernte sich die französische Position zunehmend von der britischen, wie sie der britische Premier vor dem Unterhaus Anfang August beschrieb. Sie hatte der deutschen Regierung geraten, *"wenn sie die Wiederaufnahme von Verhandlungen wünsche, sofort ihre Befehle und Anordnungen zurückzuziehen, durch die der passive Widerstand organisiert und verdichtet worden sei, und unzweideutig alle Akte von Heftigkeit und Sabotage mißbillige, (!) die diesen Widerstand in verschiedenen Fällen begleitet haben, und es wurde dem Glauben Ausdruck verliehen, daß eine derartige Aktion von deutscher Seite die okkupierenden Mächte einer Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine Änderung dieser Besetzungsmethoden und einer Rückkehr zu einem normalen industriellen Leben im Ruhrgebiet geneigt machen würde."* [1365] Je länger sich der Widerstand hinzog und offensichtlich schwächer wurde, desto mehr erweiterten sich die Zielvorstellungen der Okkupationsmächte. Im Umkehrschluß schwanden die Möglichkeiten, die oben genannten Forderungen überhaupt noch zur Geltung zu bringen.

Vor diesem Hintergrund ist die Möglichkeit zu prüfen, ob es eine reale Situation gegeben hat, in der eine gesichtswahrende Aufgabe des passiven Widerstands möglich gewesen ist. Der Historiker Link vermutet, daß bei einer Strategie, die nicht auf einen Bruch der Entente, sondern auf eine Einigung mit der Gesamtheit der Alliierten abgezielt hätte, zumindest eine Chance bestand, die sich aus einer privaten Vermittlungsaktion des Amerikaners J.F. Dulles im Juli entwickelte [1366]. Diese Vermittlungsaktion ist anscheinend auf den belgischen Ministerpräsidenten

---

Temps v. 4.8.

1363. ZStA, RmfdbG 53424/1, Bl. 376 (Zitat S. 30 der Druckschrift), "Die Gründe des Vorgehens Frankreichs. Die Rede des Herrn Poincaré im Senat, 11. Januar 1923".

1364. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 2, Bl. 223-228, bes. Bl. 224, Antwort der französischen Regierung v. 30.7. auf die britische Note v. 20.7., Übersetzung Temps v. 4.8.

1365. Ursachen, Bd. V., S. 157.

1366. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 188; Rupieper, Cuno, a.a.O., S.

Theunis zurückzuführen und entsprach ihrer Intention nach den Interessen des amerikanischen Außenministers. Dulles' Pendeldiplomatie zwischen Brüssel, Hamburg, Berlin und Paris zielte darauf ab, die Aufgabe des Widerstands mit einer Veränderung der Besetzung zu koppeln, um Cunos Position zu sichern. Bei diesen Gesprächen gestanden die belgischen und französischen Verhandlungspartner ein, daß eine Aufgabe des Widerstands für die Verantwortlichen in Deutschland mit großen Risiken verbunden war. Theunis schlug daher den Rücktritt der Regierung Cuno vor, denn nur eine sozialistische Regierung werde die notwendigen Opfer und Maßnahmen gegen die Großindustrie durchführen können. Parallel dazu wurden in Deutschland Pläne entwickelt, die die Aufgabe des Widerstands ermöglichen sollten, ohne als bedingungslose Kapitulation zu erscheinen. Schließlich wurde der Außenminister aus dem Urlaub geholt. Dieser jedoch weigerte sich, in direkte Kontakte mit Frankreich und Belgien einzutreten, weil die neuesten Signale aus London ihm endlich als die lang erhoffte Intervention Großbritanniens erschienen. Hatte doch die britische Regierung angekündigt, die Alliierten einzuladen, die Reparationsfrage gemeinsam zu erörtern. Schließlich überarbeitete er den Entwurf aber doch. Während Dulles in weiteren Verhandlungen mit Cuno eine, wie ihm schien, substantielle Übereinkunft gefunden hatte, sowohl bezüglich des Vorgehens wie des Inhaltes, gab der deutsche Reichskanzler diese Position angesichts des Widerstandes seines Außenministers wieder auf und überließ diesem das Feld. Dieser versuchte im Beisein von Cuno, Dulles in eine diplomatische Intrige einzuspannen, indem er die Sondierungen von Dulles bekanntmachen und mit der amerikanischen Regierung in Verbindung bringen wollte. Reichskanzler und Außenminister kamen zu der Ansicht, jetzt nichts unternehmen zu sollen. Dulles fuhr nach Brüssel und Paris mit leeren Händen bzw. alten Papieren der deutschen Regierung und einem eigenen Memorandum, das der französischen Regierung zwar zusagte, doch sie würde nicht vor einer deutschen Kapitulation zu irgendeiner Vereinbarung mit Großbritannien bereit sein [1367]. Diese Aktion hatte weitreichende Konsequenzen. Der Bericht, den Dulles über seine Bemühungen dem amerikanischen Außenministerium abgab, bestätigte die dort gehegte Vermutung, daß die öffentlich erklärte Verhandlungsbereitschaft bei der deutschen Regierung de facto nicht

---

165.

1367. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 163-171.

bestand und *"jegliche wohlwollende Äußerung der angelsächsischen Regierungen ... ihre Haltung nur zu versteifen (schien)".* [1368]

Die Episode macht noch einmal deutlich, wie groß die Diskrepanz zwischen den deutschen Ränkespielen und den realen Erfordernissen waren, die eine Intervention dritter Mächte hätten befördern können. Schließlich wird die Bedeutung sichtbar, die dem Faktor der Persönlichkeit in manchen historischen Situationen zukommt. Mit der Fähigkeit des deutschen Außenministers, die diplomatische Szenerie völlig zu dominieren und seinen in wichtigen Teilen realitätsfernen Kurs zu verfolgen, gingen entscheidende Chancen verloren, den Zusammenbruch des Widerstands abzuwenden, geschweige denn, dessen Kraft zu nutzen.

Während immer lauter über Kompromisse beim Widerstand nachgedacht wurde, rückte die Sorge um die Zukunft bei den Aktivisten in den Vordergrund. Immer drängender stellte sich die Frage, wie die bisherigen Opfer aufgefangen werden konnten. Die deutschen Forderungen für Verhandlungen mit Frankreich, die oben beschrieben worden sind, wurden in der sozialdemokratischen Presse als Bereitschaft der Bevölkerung zur Aufgabe des passiven Widerstands und zum Kompromiß aufgefaßt, falls Frankreich die Ausgewiesenen zurückkehren und die Gefangenen freiließe und Sicherheiten für Leben und Existenz der Bevölkerung biete. Hiergegen wandte sich noch im September der Christliche Gewerkschafter Breddemann und verwies auf seine Kompetenz, für die Ruhrbevölkerung zu sprechen und auf die Stellungnahme von über 500 Vertrauensleuten des DGB aus dem Ruhrgebiet. Darin wurde die Rückkehr der Ausgewiesenen, die Freilassung der Gefangenen, der Verzicht und die Rücknahme von Maßnahmen, die in das Hoheitsrecht des Reichs und der Länder eingriffen, fast verzweifelt als Voraussetzung dafür beschworen, auf die Waffe des passiven Widerstands zu verzichten. Dafür wurde zugesagt, *"festumgrenzte() wirtschaftliche() Verpflichtungen bis zur Grenze des möglichen"* zu übernehmen, *"jedoch nicht auf Grund einseitigen Diktats, sondern auf dem Wege von Verhandlungen."* Die Rückkehr der Ausgewiesenen und die Freilassung der Gefangenen waren für Breddemann Voraussetzung für jede Verständigung und *"selbstverständlich". "Ein Volk"*, so schrieb er, *"das sich nicht mit aller Kraft einsetzen würde für diejenigen seiner Glieder, die im Interesse der Gemeinschaft unschuldig leiden, wäre moralisch erledigt und reif zum Untergang."* [1369] In dieser

1368. Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 188.

dramatischen Einschätzung wird eine Facette des Widerstands deutlich, die diejenigen in die Verantwortung nahm, die den Widerstand als Konfliktstrategie eingesetzt hatten. Genauso, wie der Widerstand verlangt hatte, Risiken einzugehen, hatte er solidarischen Schutz der Gemeinschaft versprochen. Nun, gegen Ende des Widerstands, drohte die Auflösung selbst der letzten Reste des Zusammenhalts und die isolierte Konfrontation der Vereinzelten mit der geballten Kraft der Besatzungsmächte. Die Art und Weise der Beendigung des Widerstands drohte die gemeinsame Sache im Nachhinein zu entwerten. Vor diesem Hintergrund gewinnen die Überlegungen an Relevanz, mit denen im August die Organisatoren des Widerstands einen drastischen Umbau des Widerstands ins Auge faßten, nachdem das neue Kabinett die längst überfällige Bilanz endlich gezogen hatte.

3.6. Umbauversuche und Abbruch des Widerstands. Konfliktregelung im Londoner Abkommen (Regierungswechsel August 1923 - August 1924)

3.6.1. Entwicklung der Stimmung und der Widerstandsfähigkeit im besetzten Gebiet. Umbau- und Abbruchpläne und die Aufgabe des Widerstands am 26.9. 1923

Anfang August verschlechterte sich die Stimmung unter dem Eindruck von Lebensmittel- und Geldmangel so sehr, daß unter der Arbeiterbevölkerung *"die Neigung zur Aufhebung des passiven Widerstandes"* nahelag, wenn die Regierung nicht für Geld und billigere Lebensmittel sorge. Es kam zu Lohnstreiks. Die Einschätzung ging so weit, daß es auch zur Arbeitsaufnahme für die Besatzung kommen würde, falls diese verbilligte Lebensmittel anbieten würde [1370]. Die fast völlig fehlenden Lebensmittel und eine so geringe Devisenzuteilung, die auch einen Zukauf durch den Handel nicht mehr zuließ, schufen eine explosive Stimmung. *"Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, daß ein Teil der Arbeiter(schaft) sichtlich bemüht*

1369. ZStA, 39.02, Nr. 43, Bl. 26-30 (Zitate Bl. 30 und 29), "Wie steht es im Ruhrgebiet?" Bericht Breddemann, am 10.9. von Pressestelle Ruhr-Rhein an Mehlich; Ruck, Gewerkschaften, a.a.O., S. 437 Anm. 112 zur Personalie Breddemanns.

1370. StaMs, RegMsBes, Nr. 84, Bericht Regierung Münster an pr. Innenmin. v. 3.8.: "Betrifft: die politische und allgemeine Lage im Einbruchsgebiet des

ist, Ruhe und Ordnung zu halten, dass aber auch (auf) der anderen Seite Elemente im dunkeln arbeiten, von denen letzten (Endes) das Schlimmste befürchtet werden muss. Es kommt hinzu, daß die (heutigen) Nachrichten in der Presse über die englischen Mitteilungen aus dem Ober- und Unterhause auf die Bevölkerung geradezu niederschmetter(nd) wirken. Wenn nicht von seiten der Regierung Massnahmen in allerkür(zester) Frist ergriffen werden, die eine Entspannung der Lage herbeiführen, (so) befürchte ich das Schlimmste; ich meine damit unter Umständen einen vollständigen Zusammenbruch des passiven Widerstandes." **1371**

Zeitungsmeldungen verbreiteten wenig später, daß auf einer der größten Zeche des Bezirks (6.000 Mann Belegschaft) auf die Arbeitsaufnahme bei den Franzosen *"intensiv...hingewirkt"* würde **1372**. Aus der Sicht rheinischer Beamtenvertreter hatte der Widerstandswillen im besetzten rheinischen Gebiet deutlich nachgelassen, und zwar aus einer ganzen Reihe von Gründen. Die Wirkungen der Sabotageakte wurden an erster Stelle genannt, gefolgt von den Anzeichen wirtschaftlicher Zuspitzung: Handel und Gewerbe hielten die Waren zurück, die Landwirtschaft gab Ware oft nur noch in geringen Mengen und schon nicht mehr gegen Papiermark ab. Seinen Ausdruck fand der nachlassende Widerstandswille in einer verstärkten Benutzung der Regiebahnen **1373**. Am 9.9. tagte die Demokratische Partei in Dortmund. *"Stimmung ist wenig zuversichtlich"*, faßte der Lagebericht der Zentralstelle zusammen. Öffentliche Versammlungen der VSPD zur selben Zeit verabschiedeten eine Resolution, in der die Arbeiter aus dem besetzten Gebiet die Regierung aufforderten, in der inneren und äußeren Politik zu schnellen und energischen Taten zu kommen und die französische Regierung direkt zu Verhandlungen einzuladen **1374**.

Die Zersplitterung nahm in den letzten vier Wochen des Widerstands noch

---

Regierungsbezirks Münster."

1371. HStD, RD 17119, Bl. 209, Bericht Bürgermeister v. Angermund an Regierungspräs. Düsseldorf v. 3.8. (sinngemäße Ergänzung des eingebundenen Textes in Klammern).

1372. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 241, Bl. 99, Artikel: "Fehler in der Behandlung der Ruhrarbeiter" v. 11.8., Berliner Tageblatt, Nr. 375.

1373. ZStA, RmfdbG 53432/51, Bl. 4, Besprechung mit Landesverband der Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten der besetzten rheinischen Gebiete v. 23.8.

1374. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 17 Bd. 2, Bl. 312, Lagebericht des Reichsmin.

einmal eine neue Dimension an. Für die offensichtlichen Fehlentwicklungen und auch Mißbräuche schob man sich gegenseitig die Schuld zu. Führende Widerstandsgruppen wurden jetzt für die Krise verantwortlich gemacht. Allgemein wurde der Mißbrauch der Ruhrgelder angeprangert: *"Was im Ruhrgebiet geschehe, sei das Unglaublichste und Unanständigste, was man sich überhaupt denken könne. In der schamlosesten Weise würde dort mit den Reichsgeldern umgegangen."* [1375] Gewerkschafter warfen den besitzenden Kreisen vor, nicht genügend Opfer zu bringen und der Wirtschaft im besetzten Gebiet, den Eisenbahnerwiderstand vorgeschoben zu haben, um im Hintergrund ihre Betriebe aufrechterhalten zu können [1376]. Der Preußische Minister für Volkswohlfahrt prangerte die Haltung der niederrheinischen Arbeitgeberverbände an, die sich zu sehr auf staatliche Unterstützung eingerichtet hätten und zugleich die Mißstände bei den Tarifen der Notstandsarbeiten, die bereits Wanderbewegungen hervorgerufen hatten [1377]. Vom rheinischen Zentrum wurde die Rechnung aufgemacht, daß die Unterstützungssätze für die Erwerbslosen *"den wirtschaftlichen Ruin der Rheinlande mitverschuldet"* hatten, indem sie entsprechende Lohnforderungen nach sich zogen [1378].

Beamtenvertreter fühlten sich als ausgegrenzte Gruppe, der vorgeworfen wurde, *"durch (ihr) starrköpfiges Verhalten"* allein schuld daran zu sein, *"dass der Ruhrkampf noch nicht zu einem günstigen Ergebnis gekommen sei"*. Dies und die fürsorgerische Fehlentscheidungen der Regierung hatten auch in dieser Gruppe die Stimmung zum Durchhalten schwer angeschlagen. So wurden bange Fragen laut nach den Möglichkeiten und Plänen zum Durchhalten und schließlich: *"Soll der Widerstand fortgesetzt werden, auch wenn die Bevölkerung selbst den Kampf aufgibt?"* [1379]

---

für die besetzten Gebiete v. 11.9.

1375. HStD, RD 17088, Information des Chefredakteurs des Generalanzeigers Elberfeld-Barmen an Grützner über die Lage in Berlin v. 30.8., Informant dort Syndikus der sächsischen Industriellen.

1376. AdRk Str. I, Dok. Nr. 39, S. 183, Eisenbahnergewerkschafter in Besprechung der Spitzengewerkschaften im Reichsarbeitsmin. v. 4.9.

1377. Ebd., Dok. Nr. 41, S. 191 und S. 193, Schreiben pr. Min. für Volkswohlfahrt an Reichsarbeitsmin. v. 4.9.

1378. Ebd., S. 287 Anm. 13, Brief Koblenzer Zentrum v. 19.9. an Reichskanzler.

1379. ZStA, RmfdbG 53432/51, Bl. 4f., Besprechung mit Landesverband der Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten der besetzten rheinischen Gebiete v. 23.8.

Die Erbitterung im Ruhrgebiet über die Lohnpolitik der letzten Monate hatte dazu geführt, daß auf einzelnen Zechen im Essener Bezirk die Berbarbeiter für die Wiederaufnahme der Arbeit bei der Besatzungsmacht stimmten. Breddemann, Vorsitzender des DGB in Essen, machte die Arbeiterschaft fremder Nationalität, den kleinen Prozentsatz *"vaterländisch entwurzelter und durchweg moralisch verkommener deutscher Elemente"*, die Essener Arbeitslosenbewegung, Syndikalisten mit ausschlaggebender Rolle und *"gekaufte Elemente"* mit Rückendeckung bei der Besatzungsmacht als die treibenden Kräfte aus, gegen deren Mißbrauch die *"große Zahl der ruhigen und anständigen Bergleute"* zu wenig Aktivität an den Tag gelegt habe. Dafür sei die Erbitterung der letzten Monaten verantwortlich. Bergarbeiter wie Angestellte und Beamte im Bergbau würden auch jetzt nicht die Abwehr verlassen, vielmehr käme es auf den in französische Regie übergegangenen Zechen zu Massenausweisungen [1380].

Mitte September kursierten Gerüchte, nach denen die Eisenbahner den Widerstand aufgeben wollten. Gewerkschafter der Eisenbahner ließen erklären, *"dass sie am passiven Widerstand festhalten, bis durch Verhandlungen die Freiheit und der Bestand des Reiches gesichert sind!"* Gerade die Streiks der Eisenbahner wurden für die mangelnde Lebensmittelzufuhr verantwortlich gemacht, ein von der Besatzung geschickt benutztes Schlagwort, dem die deutsche Propaganda nicht ausreichend entgegentrat [1381].

Durch einen Umbau des Widerstands drohten dem besetzten Gebiet Einschnitte in der finanziellen Unterstützung [1382]. Die Dortmunder Stadtverwaltung wandte sich gegen die offiziell angekündigte Verringerung der Unterstützungszahlungen. *"Dieser Weg, endlich die Reichsausgaben einzuschränken, ist zwar für die Regierungsstellen im unbesetzten Gebiet... ausserordentlich einfach und bequem; er ist aber für die ausführenden Organe im besetzten Gebiet vollständig undurchführbar..."* Auf der Stadtverwaltung lastete bereits jetzt *"unerträglich"* der Druck der Massen.

1380. ZStA, 39.02, Nr. 43, Bl. 26-30 (Zitate Bl. 26f.), "Wie steht es im Ruhrgebiet?" Bericht Breddemann, am 10.9. von Pressestelle Ruhr-Rhein an Mehlich.

1381. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 17 Bd. 2, Bl. 320, Lagebericht Reichsmin. für die besetzten Gebiete v. 19.9.

1382. HStD, RD 17088, Information des Chefredakteurs des Generalanzeigers Elberfeld-Barmen an Grützner über die Lage in Berlin v. 30.8., Informant dort

Die schon vorhandenen Unruhen würden durch einen solchen Abbau weiter verstärkt. Ein Abbau der Unterstützung wäre identisch mit der Aufgabe des Widerstands. Die Arbeiter würden *"sofort jede Arbeit bei der Besatzung annehmen..."*. Vor jedem Abbau sollte sich daher die Regierung mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern verständigen. *"Das ist eine selbstverständliche Forderung des demokratischen Staates und der ganzen Idee des Ruhrkampfes. Offenbar ist das bisher nicht geschehen."* Darüberhinaus verlangte die Stadt vom Reich die Begleichung seiner Schulden und die Weiterzahlung der Mittel. Ansonsten *"müssen wir die Zahlungen an die Unterstützten einstellen und die Verantwortung für alles dann kommende der Regierung überlassen."* **1383** In diesem Gegeneinander zerbrach der innere Zusammenhalt des Widerstands, an dem nur noch formal weiter festgehalten wurde.

Zu einer Bilanzierung des Widerstands trafen sich Ende August Mitglieder des für das Ruhrgebiet zuständigen Abwehrausschusses mit Vertretern des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete und dem Reichsfinanzministerium. Vermutlich für diese Sitzung hatte der Reichs- und Staatskommissar Mehlich die *"Grundsätze, Mittel und Methoden des passiven Widerstandes an Rhein und Ruhr, nebst einigen Bemerkungen dazu"* verfaßt. Darin beschrieb er die Wirkungen des Widerstands auf die deutsche Wirtschaft und die Bevölkerung:

"Lahmlegung des Eisenbahn- und Binnenschiffsverkehrs. Ausfalls der Kohlenförderung von monatlich rund 7 Millionen Tonnen. Belastung deutscher Wirtschaft mit engl. Kohleneinfuhr. Ausfall der Eisen- und Stahlerzeugung, sowie der Eisenprodukte. Keine Erzeugung von Betriebs- und Stickstoffen (Benzol, Ammoniak), Ausfall der Gasfernversorgung. Einschnürung der Lebensmittelversorgung.

Belastung der Wirtschaft mit brachliegenden, aus allgemeinen Mitteln zu bezahlenden Arbeitskräften. Erschwerte Lebensmittelbeschaffung. Unterbindung des Verkehrs mit dem unbesetzten Gebiet. Verkehrserschwerung im Gebiet (Nachtsperrstunden, Stillegung der Straßenbahnen, Unterbindung des Telefon- und Telegraphenverkehrs, Passierstempelpflicht). Mangel an Hausbrandkohle, sowie Leucht- und

---

Syndikus der sächsischen Industriellen.

1383. ZStA, 39.02, Nr. 14, Bl. 14-16, Magistrat der Stadt Dortmund v. 22.9. in Akten Mehlich, unklar, ob an Zentrale abgegangen.

Kochgas. Mangel an wichtigem Lebensbedarf (Textilien, Schuhe etc.) infolge Erhebung von Einfuhrzöllen. Verhaftungen, Ausweisungen und Verurteilungen. Geiselfestnahmen, Verschärfung des Wohnungsmangels. Erschwerung des Schulunterrichts. Behinderung von Presse und Versammlungen.

Behinderung der Verwaltung durch Ausweisung der meisten leitenden Persönlichkeiten. Verminderung der Staatsgewalt durch Vertreibung der Polizei. Zunahme des kommunalen Notgeldes.

Erschwerung der Lohn- und Gehaltszahlungen durch Schließung von Reichsbank und Wegnahme deutscher Gelder."

An Erfolgen, so fuhr er fort, könne die Besatzung zwar nicht verzeichnen, daß sie die Bevölkerung für sich arbeiten ließ. Ebenso könne sie Zechen und Kokereien nur vereinzelt in Betrieb nehmen und Lokomotiven nicht in ausreichendem Maße reparieren. Jedoch habe sie einen durchgehenden Eisenbahnverkehr mit Belgien und Frankreich installieren können. Bis Juli hätte sie darauf etwa 13,4 Mio. t Kohlen und Koks sowie *"erhebliche Mengen Holz"* abtransportieren können. Sie erbeutete auch *"(z)ahlreiches"* Eisenbahnmaterial und versuchte, die Kokereien wieder in Gang zu bringen. Die Ein- und Ausreise könne nur mit französischen Genehmigungen erfolgen und die Polizei würde mit französischen Ausweisen ausgestattet. Die uniformierten Beamten müßten der Grußpflicht nachkommen. Vom passiven Widerstand sei geblieben:

"1. keine Arbeit unter französischer Besetzung

2. keine Lieferung von Kohlen und Koks

3. keine Bezahlung von Kohlensteuer

4. Nichtbezahlung von Zöllen (teilweise)

5. Nichteinholung von Ein- und Ausfuhrgenehmigungen (teilweise)

6. Nichtbenutzung der Regiebahnen (teilweise)

Fortdauernd unter dem zunehmenden Druck der Besetzung abgebaut. Dem Widerstand droht stärkste Erschütterung durch Teuerung infolge Markentwertung, Lebensmittel- und Hausbrandkohlenmangel." **1384**

Ausgehend von dieser Einschätzung diskutierte Mehlich daraufhin taktische Varianten, die es erlaubten, den Widerstand zu modifizieren, um ihn zu stärken und das Los der Bevölkerung zu erleichtern. Dabei konnte es kein Abrücken von den ersten beiden Punkten des noch verbliebenen Widerstands geben, der Arbeits- und der Lieferverweigerung. Dagegen erschien eine Bezahlung der Kohlensteuer für Hausbrandkohle und kleinere gewerbliche Betriebe als möglich und nützlich, vor allem, weil die Kohlensteuer viel niedriger als die Einfuhrpreise für englische Kohle lagen. Ein Nachgeben bei der Bezahlung von Zöllen und dem Einholen von Ein- und Ausfuhrgenehmigungen rückte in den Bereich des Denkbaren, um Versorgungsmängel (z.B. bei Textilien) zu beheben. Generell sollte aber am Verbot festgehalten werden, um nicht den Eindruck *"beginnender Kapitulation"* zu erwecken. Wegen der ausgewiesenen Eisenbahner sollte *"(d)er Widerstand gegen die Regie"* aufrecht erhalten werden. Eine eventuelle Aufgabe dieses Widerstands sollte gegen die Rückführung der ausgewiesenen Eisenbahner verhandelt werden.

Die ganzen Überlegungen kreisten darum, die Taktik zu ändern, um den Widerstand zu stabilisieren. Der Eindruck "beginnender Kapitulation" mußte mit Rücksicht auf die innen- und währungspolitischen Folgen unbedingt vermieden werden. Begrenzte Verhandlungen mit Frankreich durch die Industrie zur Wiederaufnahme der Reparationskohlenlieferungen waren anzustreben, auch unter weitgehenden Zugeständnissen, was die Liefermengen anging. Jedoch sollten *"(k)eine Maßnahmen inbezug auf Aufgabe des Widerstandes"* getroffen werden, *"die von beteiligter Bevölkerung nicht gefordert sind."* **1385**

In der Besprechung im Reichsfinanzministerium am 31.8. drohte das Aus für den Widerstand von der finanziellen Seite her. Selbst die anwesenden Insider erschraken über die für die Lohnsicherung fälligen Summen. Eine Finanzierung in bisheriger Weise war nicht mehr möglich, das

---

1384. ZStA, 39.02, Nr. 43, Bl. 41-46 (Zitate Bl. 42-44), "Grundsätze, Mittel und Methoden des passiven Widerstandes an Ruhr und Rhein, nebst einigen Bemerkungen dazu", verm. Vorlage von Mehlich für Besprechung im Reichsfinanzmin. v. 31.8.

Wirtschaftsleben mußte wieder in Gang gebracht werden. Jedoch mußte dies geschehen, ohne den Eindruck des beginnenden Abbaus zu erwecken, weil dies von wesentlicher Bedeutung für die Stimmung der Bevölkerung sein würde [1386].

Gleichzeitig spitzte sich Ende August der Kampf um die Arbeitsaufnahme bei den Besatzungsmächten zu. In dieser Zeit fiel die Entscheidung, inwieweit es den Besatzungsmächten gelingen würde, die beschlagnahmten Gruben und Kokereien in Gang zu bringen. Das einzige Mittel der Abwehr war noch, die Arbeiter von der Arbeitsaufnahme abzuhalten. Dies war nur möglich, wenn die Lebensmittelversorgung sichtbar geregelt war. Ende August wurde die *"Lebensmittelversorgung des besetzten Gebietes - insbesondere des Ruhrgebiets - der Angelpunkt des ganzen Kampfes"* [1387].

Parallel zur Entwicklung im Kabinett rückte für die Organisatoren des Widerstands immer mehr die Perspektive in den Blick, daß der Widerstand binnen kurzer Zeit eingestellt werden müßte. Seit Mitte September ging es für die Führung des Widerstandes nur noch um die Frage seiner Beendigung. In den Abwehrausschüssen wurden im September zwei verschiedene Pläne diskutiert, welche Schritte das Reich gehen könnte und sollte, falls die von der Regierung gesuchte Verständigung nicht zustande käme [1388]. Als Varianten kamen in Betracht: die Beendigung durch die

---

1385. Ebd. Bl. 44-46 (Zitate Bl. 45f.).

1386. Ebd., Bl. 46RS, handschriftl. Mitschrift der Sitzung im Reichsfinanzmin. v. 31.8. von Mehlich, Teilnehmer lt. dieser Mitschrift: Reichsminister Fuchs, (Vizekanzler?) Schmidt oder Schreibfehler und gemeint ist der Bürgermeister Schmid, dies ist wahrscheinlicher; Rudolf Karlowa (Ministerialrat im Reichsfinanzmin.), Kurt Martmöller (Alter Bergarbeiterverband, Mitglied im Abwehrausschuß), Wiskott (Generaldirektor, im Kohlensyndikat, Mitglied im Abwehrausschuß), Piper (vermutlich MdR und ehem. Referent in der Zentralstelle Rhein-Ruhr), Heinrich Kurtscheid (Mitglied des Reichswirtschaftsrates und Vs. des Christlichen Holzarbeiterverbandes), Karl Jarres (Oberbürgermeister Duisburg und Vertrauensmann der Reichsregierung, ebenfalls Mitglied im Abwehrausschuß), möglicherweise auch Dr. Sitzler (Reichsarbeitsmin.).

1387. ZStA, RWiM, Nr. 14758, Bl. 29, Brieftelegramm Brecht, Geheimrat beim Reichskohlenkommissar, an Reichsernährungsmin. v. 22.8. mit seiner Einschätzung.

1388. BA, NL Jarres, "Beteiligung" 1926, bes. S. 2f.; ebd., Anl. III zu "Beteiligung", "Denkschrift für 'Abwehrausschuß' Mehlich 21.9.23. Zur

Regierung, durch eine Erklärung des besetzten Gebietes, ein Abbau ohne förmliche Beendigung (*"versumpfen lassen"*), ein vertragsloser Zustand mit den Besatzungsmächten und *"Kriegg"* [1389].

Zwei dieser Ideen wurden von ihren Protagonisten zu Konzepten verdichtet. Der Reichs- und Staatskommissar Mehlich schlug eine einseitige Vorleistung vor, den Abbruch des Widerstands aus dem besetzten Gebiet heraus. Diese Erklärung wollte er mit den *"Erwartungen"* an die Besatzung verknüpfen, die Ausgewiesenen zurückkehren zu lassen, die Verurteilten und Verhafteten freizugeben, den Grenzverkehr zuzulassen und weitere Eingriffe in die deutsche Staatshoheit zu unterlassen. Mit der Aufgabe des Widerstandes würde für die französische Seite das einzige Hindernis für Verhandlungen entfallen, das sie bislang immer in den Vordergrund gestellt hatte. Würde Frankreich jetzt eine versöhnliche Haltung ablehnen, würde es die Bevölkerung gegen sich aufbringen. Ein neuer Widerstand mit anderen Formen würde entstehen. Denn *"das steht fest, dass die Bevölkerung Mittel und Wege finden wird, um den Franzosen das Leben sauer zu machen."* Die Voraussetzung für diesen Weg war, daß die Bevölkerung einmütig hinter die Aufforderung an die Regierung gebracht werden konnte. Dann würde sie mit der Aufgabe des Widerstands auch nicht *"die Waffen aus der Hand"* legen [1390].

Die ausführlichste Kritik am Vorschlag Mehlichs formulierte Oberbürgermeister Jarres. Er bezeichnete eine einseitige Aufgabe als *"Kapitulationsweg"*. Er erwartete unannehmbare Bedingungen von französischer Seite, die dann aber auch tatsächlich nicht angenommen werden dürften. Die Erfahrungen der Vergangenheit gäben aber zu der Befürchtung Anlaß, daß auf eine zunächst erfolgende einmütige Entrüstung innere Kämpfe und eine Annahme unter Protest folgen würden, mit verheerenden Folgen für die Reichseinheit.

Beendigung des Abwehrkampfes an Rhein und Ruhr.", Blatt 2; ZStA, RAM 2959, Bl. 1f., Bericht über Sitzung der Abwehrausschüsse in Altena am 12. 9., in der der Vorschlag Mehlichs beraten wurde.

1389. ZStA, RAM 2959, Bl. 1., Bericht im Reichsarbeitsmin. über Sitzung der Abwehrausschüsse in Altena am 12. 9.

1390. ZStA, RAM 2959, Bl. 7-11 (Zitate Bl. 11 und 10), "Zur Beendigung des Ruhrkonfliktes", Vorschlag Mehlich.

Sein Vorschlag lief darauf hinaus, den Konflikt zu dramatisieren und dadurch eine Beilegung zu beschleunigen. Demzufolge sollte die Regierung ihren Verständigungswillen betonen und danach die Besatzungsmächte zur Erfüllung des Friedensvertrages, konkret, zum Rückzug aus dem Ruhrgebiet und zur Wiederherstellung rechtmäßiger Zustände im Rheinland auffordern. Andernfalls würde das deutsche Reich den Versailler Vertrag Frankreich und Belgien gegenüber für aufgelöst erklären. Als eine mögliche, aber unwahrscheinliche Folge konnte sich Jarres einen akuten Kriegszustand mit weiterer Besetzung vorstellen. Die Folgen dieser Maßnahmen würden jedoch den europäischen Konflikt beschleunigen.

Als eine andere mögliche Folge erschien ein latenter Kriegszustand denkbar mit der Konsequenz einer gewaltsamen Bildung eines Rhein- und Ruhrstaates und dessen Abtrennung von Deutschland durch die Besatzungsmächte. Jarres nahm den Vorwurf der *"Katastrophenpolitik"* vorweg und rechtfertigte sie als *"Politik auf weite Sicht, die sich nicht scheut augenblickliche furchtbare Härten in Kauf zu nehmen"*. Der Zustand der vorübergehenden Abtrennung sei dann wieder aufzuheben, *"wenn sich die besten Kräfte des Deutschtums der Lage bemächtigen und sie im deutschen Sinne meistern."* **1391**

Die Kritik Mehlichs an diesem Vorschlag verwies auf die internationalen Folgen. Er prognostizierte einen Sympathieverlust und eine steigende Bereitschaft der anderen alliierten Mächte zu Unterdrückungsmaßnahmen. Auch in Deutschland erwarteten *"genug Leute ... von einem sofortigen Waffengange die endgültige Betreuung (sic!) Deutschlands"*, es würde also kaum beim formalen Kriegszustand bleiben. Falls doch, besaß Frankreich damit alle Rechte, um ein lebensfähiges Staatsgebilde abzurunden. In der weiteren Entwicklung würden die Verbindung zum abgetrennten Teil nicht stärker, sondern sich die Interessen auseinander entwickeln **1392**.

Die tatsächliche Entwicklung stellte keines der beiden Konzepte auf die Probe. Die Art und Weise des Abbruchs wurde letztlich davon bestimmt, daß das Reich die Verantwortung für das Schicksal der besetzten Gebiete übernahm. Damit sollte jeder Anschein vermieden werden, als würden diese

---

1391. BA, NL Jarres, Bd. 49, Anlage III zu "Beteiligung" (Zitat Bl. 5 und 7), Denkschrift für "Abwehrausschuß" Mehlich 21.9.

1392. ZStA, RAM 2959, Bl. 12-14 (Zitat Bl. 13), "Zur Beendigung des Ruhrkonflikts II.", gemeint ist sicherlich "Befreiung". Von Mehlich unterzeichnete

Gebiete sich selbst überlassen und im Stich gelassen werden. Am 26.9. rief die Reichsregierung den Abbruch des passiven Widerstandes aus [1393]. Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages kam es am selben Tag zur Debatte hierüber. Der Hauptgrund war, daß eine immer noch mögliche weitere Fortsetzung weitere Kredite des Reiches unbedingt erforderte. Eine Fortführung aber würde unweigerlich zum inneren Zusammenbruch führen. *"Die machtpolitischen Verhältnisse"*, so der Kanzler, *"seien stärker gewesen als die moralische Gegenwehr, die das Deutsche Reich aufzubringen vermocht habe."* An der Haltung des französischen Ministerpräsidenten waren alle Versuche gescheitert, die Erfüllung von einigen der im Juni aufgestellten Bedingungen oder Erwartungen mit der Aufgabe des Widerstands zu verkünden.

Fast alle Parteien billigten den Schritt bis auf die Kommunisten und die Deutschnationalen, die jetzt den Bruch mit Frankreich vollziehen wollten. Doch gegen *"diejenigen, die heute die schärfsten Maßnahmen zur Fortführung des passiven Widerstandes forderten,"* hatte sich der Kanzler bereits verwahrt, weil sie dieselben waren, die *"sich noch soeben gegen die allzu große Belastung durch die zuletzt vom Reichstag bewilligten Steuern gewandt hätten."* [1394]

3.6.2. Die Bedeutung des Kabinettswechsels für den Widerstand. Diplomatische Bemühungen für eine Einstellung des Widerstands gegen Kompensationen

Am 13. August 1923 wurde das Kabinett Cuno durch das erste Kabinett Stresemann ersetzt [1395]. Am 11. August hatte die SPD-Reichstagsfraktion in einem offiziellen Beschluß der Regierung ihr Vertrauen entzogen,

---

Darstellung und Einschätzung des Jarres'schen Vorschlages.

1393. AdRk Str. I, S. 363-365 Anm. 16, Proklamation an die Bevölkerung. Am 26.9. wurden die deutschen Auslandsvertretungen vom Abbruch des Widerstands unterrichtet.

1394. HStD, RD 17073, Bl. 1, Kölnische Zeitung v. 27.9. Zweite Morgenausgabe. "Die Einstellung des passiven Widerstandes".

1395. AdRk Str. II, S. 1225, Reichskanzler und Geschäftsführung Auswärtiges Amt: Gustav Stresemann (DVP), Vizekanzler, Reichsmin. für Wiederaufbau: Robert Schmidt (SPD), Reichsinnenmin.: Wilhelm Sollmann (SPD),

nachdem sie sie bislang im Parlament unterstützt hatte [1396]. Innerhalb der Regierungsparteien war bereits Ende Juli in der parteinahen Presse Kritik am Regierungskurs in bislang nicht gewohnter Schärfe geübt worden. Sie richtete sich vor allem gegen die Untätigkeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik [1397], löste eine Pressediskussion aus und traf vermutlich vor allem deshalb den Nerv, weil sie das "Allgemeinempfinden" auszudrücken vermochte. Am 11. August gaben die Parteiführer der Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien (Zentrum, Deutsche Volkspartei, Deutsche Demokratische Partei und Bayerische Volkspartei), die die Regierung bildeten, dem Reichskanzler Cuno zu erkennen, daß sie sich ein Kabinett auf der Grundlage einer großen Koalition unter Einschluß der SPD vorstellen konnten. Damit war für diesen die Arbeitsgrundlage seines bürgerlichen Kabinetts entfallen und er bot seinen sofortigen Rücktritt an. Während er so die Parteien unter Druck setzte, sich schleunigst über eine Regierungsbildung zu verständigen, wurde der Weg frei für Gustav Stresemann, der *"in der Luft"* lag [1398]. Binnen 36 Stunden, so schnell wie noch nie in der kurzen Geschichte der Republik, stand das neue Kabinett, getragen von einer großen Koalition im Reichstag, gebildet von Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Deutscher Volkspartei [1399].

Der Regierungswechsel erfolgte vornehmlich aus innenpolitischen Gründen, als die Kosten des zeitaufwendigen außenpolitischen Kurses die Parteien des Parlaments zum Handeln zwangen. Diese Kosten bestanden in genau dem finanz- und währungspolitischen Desaster, das Teil der Interventionstaktik des Außenministers gewesen war. In bitter-ironischer Weise konnte die deutsche Taktik einen mehrfachen "Erfolg" verbuchen: die prophezeihte

---

Reichsfinanzmin.: Rudolf Hilferding (SPD), Reichswirtschaftsmin.: Hans von Raumer (DVP), Reichsarbeitsmin.: Heinrich Brauns (Z), Reichsjustizmin.: Gustav Radbruch (SPD), Reichswehrmin.: Otto Geßler (DDP), Reichspostmin.: Anton Höfle (Z), Reichsverkehrsmin.: Rudolf Oeser (DDP), Reichsmin. für Ernährung und Landwirtschaft: Hans Luther, Reichsmin. für die besetzten Gebiete: Johannes Fuchs (Geschäftswahrnehmung seit 13.8., Einrichtung des Min. am 24.8.).

1396. AdRk Cuno, S. 733 Anm. 2.

1397. Ebd., S. 695 Anm. 1, Angriff des Zentrumsblatts Germania am 27.7.

1398. Ebd., Dok. Nr. 246, Ministerbesprechung v. 12.8.; ebd., Dok. Nr. 247, Besprechung mit Parteiführern der Arbeitsgemeinschaft v. 12.8.; ebd., Dok. Nr. 248, zweite Besprechung mit Parteiführern der Arbeitsgemeinschaft; ebd., S. 737 Anm. 12 (Zitat v. Seeckt im Brief an seine Schwester v. 19.8.).

1399. AdRk Str. I, S. XXII.

währungspolitische Katastrophe war eingetreten, das beschworene politische Chaos stand direkt vor der Tür und die Alliierten waren sichtbar gespalten. Nur für die Konfliktlösung und insbesondere für die Lage des Reichs änderte sich dadurch nichts zum Besseren, die versprochene Rettung trat nicht ein. In dieser nüchternen Bilanz wird die Unausgewogenheit der deutschen Konfliktstrategie deutlich, die unter völliger Ausschaltung der Sicherung eigener Ressourcen auf die Idee einer Rettung von außen hingearbeitet hatte.

Die dauerhafte Fixierung auf das außenpolitische Konzept, das die innenpolitische Destabilisierung instrumentalisierend vorwegnahm und damit beförderte, ist aber nur der eine Strang, der zur Auspowerung der eigenen Kräfte führte. Der andere Strang ist der der ausgebliebenen Unterstützung bei der Mobilisierung innerer, vor allem finanzieller Ressourcen. Angesichts der Anstrengungen, die gerade der Reichskanzler in dieser Sache im Laufe der Monate immer wieder unternahm, erscheint die Kritik an der Tatenlosigkeit der Regierung nicht stichhaltig. Die ausbleibenden Taten waren vielmehr die Folge von mangelnder Durchsetzungsfähigkeit zwischen polarisierten Interessen innerhalb des Kabinetts und gegenüber mächtigen Interessentengruppen. Rupieper, der den Anteil Cunos an den Aktivitäten des Sommers hervorhebt, bemängelt, daß sie zu spät kamen, aber er stellt zugleich infrage, daß ein anderes Kabinett anders gehandelt hätte [1400]. Welche Handlungsvarianten dem Kabinett Cuno bei der Anlage und der Durchführung des Widerstands zur Verfügung standen, sind bereits diskutiert worden. Neben taktischen Variationsmöglichkeiten des Widerstands waren vor allem in der Struktur der interministeriellen Koordination und in der Realitätsferne und Dominanz des außenpolitischen Konzepts Defizite sichtbar geworden. Hier sind beim Vergleich beider Kabinette sowohl Parallelen wie Unterschiede festzustellen, die den Blick für Varianten aufgrund der personellen Zusammensetzung der Entscheidungsgremien erweitern können.

Zunächst muß man jedoch feststellen, daß sich die innenpolitischen Rahmenbedingungen seit Januar erheblich verändert hatten. Als die Regierung Stresemann antrat, hatte sich die Lage im Reich und in der Hauptstadt Berlin in Richtung auf einen drohenden Bürgerkrieg zugespitzt. Eine sich überschlagene Inflation machte die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln immer schwieriger, und ein Bruchdruckerstreik

---

1400. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 206.

in Berlin bedrohte die Versorgung mit Zahlungsmitteln unmittelbar. Offen riefen völkische und kommunistische Presseartikel zu Gewalttätigkeiten auf. Von einer Zurückstellung innerer Konflikte zugunsten einer gemeinsamen Aktionsfähigkeit nach außen konnte keine Rede mehr sein.

Dennoch ist das Kabinett Stresemann nicht als ein Liquidierungskabinett anzusehen, sondern es wurde in dieser Hinsicht in der Tradition des vorherigen gesehen. Das primäre Arbeitsfeld des Kabinetts lag allerdings nun in der Lösung der Finanz- und Währungskrise. Hier gab das Parlament durch eine Entschließung der Koalitionsparteien und der Bayerischen Volkspartei am 15. August der Regierung einen Arbeitsauftrag. Sie sollte *"die Voraussetzung für die Stabilisierung der Währung und die Sanierung der Reichsfinanzen auf dem Weg einer gesetzlichen Belastung der Vermögenswerte der Wirtschaft"* schaffen. Danach vertagte sich das Parlament und kam erst wieder am 27. September zusammen. Die gesamte Phase der Beendigung des Widerstands ruhte daher allein in der Verantwortung der Regierung. Sie brach bald darauf, am 3. Oktober, auseinander und wurde durch eine weitere Regierung der Großen Koalition, wieder unter Leitung von Stresemann, abgelöst. Hier schieden die Sozialdemokraten nach vier Wochen wieder aus [1401].

Das neue Kabinett machte nach seinem Amtsantritt im August zunächst nicht viel anders, was die Weiterführung des Widerstands betraf. Quer durch alle Parteien wurde die *"Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes um jeden Preis"* gefordert [1402]. Der neue Kanzler Stresemann äußerte sich gegenüber dem britischen Botschafter beeindruckt von der *"Entschlossenheit des Landes, den Kampf gegen den Ruhreinmarsch fortzusetzen und seine Unabhängigkeit zu bewahren."* Als Beweis hierfür führte er die Bereitschaft zur Verdopplung der Steuern und zur Aufnahme einer inneren Anleihe an. Mit Blick auf den wichtigsten potentiellen Verbündeten war hier eine große Portion Zweckoptimismus im Spiel. Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Maltzan, schätzte gegenüber demselben Botschafter die *"Wahrscheinlichkeit einer längeren Fortdauer des Widerstandes in der Ruhr keineswegs optimistisch"* ein [1403].

1401. AdRk Str. I, S. XXIV-XXVII, XXXIV und XXXVI (Zitat S. XXVI).

1402. Vgl. D'Abernon, Botschafter, Bd. II, a.a.O., S. 276, Eintragung v. 17.8., Unterredung mit Stresemann und ebd., S. 269 (Zitat), Eintragung v. 11.8.

1403. Ebd., S. 271 (Zitat), Eintragung v. 13.8 und ebd., S. 274 (Zitat), Eintragung

Die betonte Kontinuität beider Kabinette enttäuschte in Frankreich. Während der französische Botschafter noch am 12. August von einer *"einzigartigen Gelegenheit"* sprach, *"ein Zeichen gewandelter Atmosphäre zu setzen"*, etwa durch eine Erklärung auf höchster französischer Ebene über mögliche Änderungen im Besatzungsregime, enttäuschte dann die Regierungserklärung Stresemanns, hob sich zu wenig von der Haltung seines Vorgängers ab [1404].

Eine weitere Kontinuität ist im ministeriellen Durcheinanderarbeiten festzustellen. Die Ernennung eines "Reichsministers für die besetzten Gebiete" sorgte im Kabinett Stresemann keineswegs für eine Konzentration der Kräfte, sondern führte zu einer Unterbrechung der Tätigkeit der Zentralstelle und zu wochenlangem Tauziehen über den Amtsantritt des Ministers, die Ausstattung und Organisation des Ministeriums und die Position des Stellvertreters, des Bürgermeisters Schmid, in der Behördenhierarchie [1405].

---

v. 17.8.

1404. Vgl. Hagspiel, Verständigung, a.a.O., S. 154, vor allem Anm. 68f. (Zitat S. 154 Anm. 68).

1405. BA, R 43 I/1790, Bl. 124, Schreiben Schmid an Reichskanzler v. 13.8. über einstweilige Fortführung der Geschäfte; ebd., Bl. 135f., Vermerk über eine telefonische Besprechung zwischen Auswärtigem Amt und Kempner v. 16.8., derzufolge der neue Minister die Arbeit noch nicht aufgenommen, aber einige Ressorts Schmid bereits für unzuständig erklärt hatten. BA, R 43I/ 993, Bl. 8, Aufforderung des Staatssekretärs in der Reichskanzlei, Rheinbaben, an den designierten Reichsminister für die besetzten Gebiete, Fuchs, "mit tunlichster Beschleunigung" einen Erlaß über die Errichtung und den Aufgabenkreis des neuen Ministeriums zu entwerfen; ebd., Bl. 5, zurückgenommene Kanzler-Anweisung an die Pressestelle, zwei Stockwerke freizumachen, v. 17.8.; ebd., Bl. 24, Rundschreiben RmfdbG v. 29.8. über den Bezug eines neuen Gebäudes in der nächsten Woche; ebd., Bl. 3, handschriftliches Schreiben von Schmid an Kempner mit der Ankündigung, daß sowohl er wie Fuchs sofort die Ämter niederlegen, falls ihre Forderungen nicht erfüllt werden; ebd., Bl. 4, Berufung Schmids durch Fuchs am 17.8. zum Stellvertreter unter der Bezeichnung "Staatssekretär"; ebd., Bl. 6, Brief Schmid an Rheinbaben v. 18.8. wegen der einsetzenden Auseinandersetzung über seinen Titel; ebd., Bl. 7, Schreiben Fuchs v. 22.8. an Rheinbaben in derselben Sache; ebd., Bl. 8, Einigung über Titulierung in Schreiben Rheinbaben an Fuchs v. 23.8. S. auch AdRk Str. I, S. 486 Anm. 2.

Das Ministerium selber entstand durch die Zusammenlegung der Abteilung Brugger im Reichsinnenministerium, der Zentralstelle Rhein-Ruhr bei der Reichskanzlei sowie der Abteilung R des früheren Reichsschatzministers [1406]. Es war *"eine Verlegenheitsgründung"*. Das Ministerium sollte beim Abbau des passiven Widerstands die Kräfte bündeln und nach außen die Bedeutung vor allem des Rheinlands dokumentieren. Anfang Oktober sprach sich der Reichsminister für die besetzten Gebiete (und ausgewiesene Oberpräsident der Rheinprovinz) Fuchs dafür aus, das Ministerium wieder aufzulösen. Denn die Finanzlage des Reichs ließ auch nicht annähernd Raum, die als berechtigt anerkannten Ansprüche zu befriedigen. Mit dieser Verantwortung sollte aber nicht ein einzelnes Ministerium, sondern alle Ressorts belegt werden. Der Zentralstelle Rhein-Ruhr sollte die Abwicklung der Geschäfte übertragen werden. Fuchs bot seinen Rücktritt an, blieb aber dann doch weiter Minister bis zum Rücktritt des zweiten Kabinetts Stresemann im November [1407]. Das Ministerium spielte bei den folgenden Sondierungen und der Liquidierung des Ruhrkampfes keine besondere Rolle, nahm sich aber der Betreuung der Verhafteten und Ausgewiesenen an.

Für das Kabinett Stresemann ging es um einen *"Wettrennen zwischen Kompromiß und Zusammenbruch"* [1408]. In der Zeit vom 11.-16. August standen 16 Bio. Einnahmen insgesamt Ausgaben von 262 Bio. Mark gegenüber. Dieser Stand der Reichsfinanzen übertraf alle negativen Erwartungen und dürfe in seinen Einzelheiten, so vertraute der Reichsfinanzminister den Parteiführern an, nicht einmal dem Haushaltsausschuß mitgeteilt werden [1409]. Mit Einsparungen bei den Ausgaben des Ruhrkampfes durfte nicht gerechnet werden [1410]. Mit rasch wirkenden Mitteln, einem Zugriff auf Devisen der Wirtschaft und der

---

1406. BA, R 43 I/993, Bl. 15, Erlaß Reichspräsident über die Einrichtung eines Reichsministeriums für die besetzten Gebiete v. 24.8.

1407. AdRk Str. I, Dok. Nr. 114 (Zitat S. 486), Schreiben Fuchs an Stresemann v. 5.10.; ebd., S. 487 Anm. 7.

1408. D'Abernon, Botschafter, Bd. II, a.a.O., S. 290, Eintragung v. 7.9.

1409. AdRk Str. I, Dok. Nr. 14, S. 58, Reichsfinanzmin. Hilferding in Parteiführerbesprechung v. 22.8.

1410. Ebd., Dok. Nr. 9, S. 25, Besprechung über die Währungssanierung v. 18.8. mit Kanzler, Finanz-, Ernährungs-, Wirtschaftsmin. und den Abgeordneten Helfferich (DNVP), Schiele (DNVP) und Reichert (DNVP).

Einrichtung von Goldkonten [1411] sollte eine *"Atempause"* erreicht werden, *"die außenpolitisch zur ehrenvollen Liquidation der Ruhrfrage ausgenutzt werden müsse."* [1412]

Die Bestandsaufnahme der Regierung Stresemann gab Ende August ein ernüchterndes Bild von der zeitlichen Perspektive, die noch blieb. Längst war der Widerstand als einzige Waffe *"schartig"* [1413] geworden, als Ziel blieb lediglich die *"ehrenvolle Liquidation"* und die Erhaltung der Reichseinheit [1414]. Nun kam es zu einem Prioritätenwechsel. Die Stabilisierung der Währung rückte an die erste Stelle [1415]. Von dem Moment an, als die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels beschlossen war, also Ende August, war das Ende der inflationären Ruhrkampffinanzierung besiegelt [1416]. Im Unterschied zur vorherigen war bei dieser Regierung die Kopplung zwischen der außenpolitischen Entwicklung und weiterreichenden währungspolitischen Notwendigkeiten jedoch enger, so daß schrittweise die Aufgabe des Widerstands ins Auge gefaßt und vorbereitet wurde [1417]. Solange die Geldentwertung noch andauerte, konnte auch die Finanzierung weitergehen, da, wie Reichsernährungsminister Luther richtig feststellte, *"von Unkosten der Ruhrbesetzung nicht gesprochen werde (könne)"*. Erst die Einführung des wertbeständigen Zahlungsmittels machte die Ausgaben zu echten Lasten,

---

1411. AdRk Str. I, Dok. Nr. 14, S. 58f., Reichsfinanzminister Hilferding und Reichswirtschaftsminister v. Raumer in Parteiführerbesprechung v. 22.8.

1412. Ebd., S. 59, Stresemann in Parteiführerbesprechung v. 22.8.

1413. ZStA, Präsi, Nr. 658, Bl. 10, "Regensburger Anzeiger" über Standpunkt der bayerischen Regierung, im Artikel "Bayern und die Reichsregierung" v. 15.6.

1414. HStD, RD 17088, Chefredakteur Generalanzeiger Elberfeld-Barmen über Gespräche in Berlin mit Syndikus der sächsischen Industriellen v. 30.8.

1415. Vgl. D'Abernon, Botschafter, Bd. II, a.a.O., S. 277, Eintragung v. 17.8., Unterredung mit Stresemann.

1416. AdRk Str. I, S. 166f., Kabinettssitzung v. 30.8.

1417. Ebd., S. 306 Anm. 6, Mitteilung Staatssekretär v. Maltzan an deutsche Botschaften v. 18.9.; ebd., S. 320 Anm. 10, vertrauliche Aufzeichnung v. Schubert v. 20.9. über die Schritte der nächsten Tage, Abbruch des Widerstands, auch wenn Franzosen nicht auf deutsche Vorstellungen eingehen; ebd., Dok. Nr. 71, S. 320-324, Kabinettssitzung v. 20.9.

die die Inflation nicht mehr auslöschen konnte. Von daher mußte man *"zum Zeitpunkt der Einführung der wertbeständigen Zahlungsmittel genau wissen ..., welche Unkosten der besetzten Gebiete man noch tragen kann."* **1418**

Das gab noch die Zeit, über einen Umbau des Widerstands nachzudenken. Bei der Bestandsaufnahme Ende August gingen die Meinungen diametral auseinander: *"Der Reichskanzler hat die Vertreter des Ruhr- und Rheingebiets aufgefordert, ihm ganz ungeschminkt die Wahrheit zu sagen. Es sind dabei Mitteilungen gemacht worden, die einander vollständig entgegenstehen. Es sind sehr pessimistische und sehr optimistische Erklärungen abgegeben worden."* **1419**

Anfang September spitzte sich die finanzielle Lage des Reichs noch dadurch weiter zu, daß die industriellen Werke ganz stilllagen und einen völligen Lohnausgleich erhielten. Gegen die Bemühungen der WAST, die Werke auf Lohnsicherung und damit auf 2/3 der Lohnsumme zu übernehmen, wehrten sich die Arbeitgeber. Diese Auseinandersetzung mit den Industriellen zog sich durch den ganzen September, und auch nach dem Abbruch des Widerstands finanzierte das Reich die Arbeiter der Schwerindustrie weiter, wohl wissend, daß sie andernfalls von ihren Arbeitgebern entlassen würden **1420**. In diesen Auseinandersetzungen kündigten sich die Lohn- und Arbeitszeitkämpfe der kommenden Wochen bereits an, in denen die bergbaulichen Arbeitgeber die akute Notlage der gewerkschaftlichen Organisationen nutzten, um ihre Vorstellungen auch unter Bruch bestehender gesetzlicher Regelungen zu diktieren.

Die oben beschriebenen Entwicklungen stellen die innenpolitischen Entwicklungen dar, die zur Beendigung des Widerstands rieten. Analog dazu zeigten die außenpolitischen Sondierungen, die die neue Regierung anstellte, daß von dieser Seite keine Erleichterung zu erwarten war. Die Bewegung, die hier wieder in die diplomatischen Beziehungen kam, konnte für eine gesichtswahrende Aufgabe des Widerstands nicht genutzt werden.

1418. Ebd., S. 165 Anm. 50, Luther an Stresemann v. 31.8.

1419. HStD, RD 17088, Information des Chefredakteurs des Generalanzeigers Elberfeld-Barmen an Grützner über die Lage in Berlin v. 30.8., Informant dort Syndikus der sächsischen Industriellen.

1420. ZStA, RAM 33106/647, Vermerk v. 3.9. und Brief Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller; ebd., 5.10., Telegrammentwurf an WAST-Hamm.

In der zweiten Augusthälfte scheiterte der Versuch einer Annäherung zwischen Belgien und Großbritannien. Schließlich startete der neue Premierminister Baldwin einen neuen Versuch, im direkten Gespräch dem französischen Ministerpräsidenten die britische Auffassung klarzulegen. Für Großbritannien war keine Zusammenarbeit mit Frankreich während der Okkupation möglich, andererseits eine Befriedung des Zustands dringend nötig. Denn neben der ansteigenden Gefahr von politischen Unruhen in Europa belastete eine Arbeitslosigkeit das britische Wirtschaftsleben, die zunehmend auf die wirtschaftlichen Störungen infolge von Besetzung und Widerstand zurückzuführen war [1421].

In den USA vollzog sich eine bemerkenswerte Wandlung in der Haltung gegenüber den Motiven Frankreichs. Ein wichtiger Punkt dabei war die offensichtliche Bereitschaft der neuen Regierung Stresemann zu einer direkten Verständigung mit Frankreich. Von daher wurden dessen Versuche, unter Wahrung des Gesichts den passiven Widerstand aufgeben zu können und eine direkte Verständigung mit Frankreich anzubahnen, vom amerikanischen Außenministerium wohlwollend aufgenommen. In der dortigen Einschätzung mußte Frankreich hierauf eingehen, wenn der Ruhreinmarsch wirklich die Sicherung der Reparationszahlungen zum Ziel hatte [1422].

Stresemann sprach die Notwendigkeit von Opfern kurz nach seiner Amtsübernahme an. In der Stuttgarter Rede am 2.9. führte er dann genauer aus, was er sich unter Opfern und Sicherheiten vorstellte, um den französischen Rheinstaatplänen ein eigenes, die Souveränität wahrendes Konzept gegenüberzustellen. Er nahm das im April entwickelte Gaus-Schubert-Konzept auf [1423]. Analog dem Dulles-Plan versuchte der Reichskanzler dann im September vergeblich, eine schrittweise Aufgabe des Widerstands in die Tat umzusetzen [1424]. In diversen Sondierungen verschaffte sich die neue Regierung tatsächlich Aufklärung über die ihr

1421. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 224-226.
1422. Vgl. Jones, Houghton, a.a.O., S. 33.
1423. Vgl. Mayer, Republik, a.a.O., S. 181 und S. 184.
1424. Vgl. Link, Stabilisierungspolitik, S. 188f.

möglichen Schritte. Dabei mußte sie ihre Annahmen über eine britische Unterstützung und ein französisches Entgegenkommen fortlaufend korrigieren [1425].

Die Überlegungen eines möglichen Umbaus, die Mitte September angestellt wurden, förderten zutage, wie weitgehend der Widerstand am finanziellen Tropf hing [1426]. Ganz offen wurde die Frage gestellt, *"ob nicht vielmehr (d.h. statt Kürzungen vorzunehmen. B.M.) der passive Widerstand sofort aufzugeben sei, d.h. ob wir nicht eine Waffe aus der Hand legen sollten, die sich letzten Endes gegen uns richte, in dem Bewußtsein, daß dem Gegner unsere Lage genau bekannt sei."* Neben den außenpolitischen Gründen hielt auch die Furcht vor einer innenpolitischen Eskalation, insbesondere der Reaktion Bayerns, von einem sofortigen Abbruch ab [1427]. Damit wird eine neue Bedeutung deutlich, die der Aufrechterhaltung des Widerstands im Kabinett Stresemann zukam: der Vermeidung bürgerkriegsähnlicher Unruhen im Innern.

Gegenüber dem britischen Botschafter betonte der Reichskanzler bereits Anfang September, *"daß es ihm unmöglich sei, das deutsche Volk zur Aufnahme der Arbeit an der Ruhr zu bewegen, solange er nicht wisse, was die Franzosen ihrerseits zu tun gedenken. Würde Deutschland bald seine industrielle Freiheit wiedererlangen?... Wenn die Franzosen auf die Aufgabe des passiven Widerstandes bestehen, ohne dafür irgendwelche Erleichterungen zu gewähren, würden sie Deutschland in Chaos und Bürgerkrieg hineintreiben."* [1428] Angesichts französischer Unbeweglichkeit mußte die Regierung Schritt für Schritt von ihren Erwartungen auf Erleichterungen und Zusicherungen abrücken [1429]. Am 19. 9. noch notierte der britische Botschafter, daß der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Maltzan, darauf dränge, *"daß Deutschland irgendwelche Vereinbarung treffe, denn der passive Widerstand könne nicht weiter fortgesetzt werden.*

1425. Vgl. D'Abernon, Botschafter, Bd. II, a.a.O., S. 282-291, 294, 300, 302 und S. 304 in Bezug auf England. Vgl. Kaiser, Lord D'Abernon, a.a.O., S. 467f. u. 139f.

1426. AdRk Str. I, Dok. Nr. 56, Aussprache in der Chefbesprechung v. 14.9.; ebd., Dok. Nr. 59, Kabinettssitzung mit dem pr. Staatsmin. und Ländervertretern v. 15.9.

1427. Ebd., S. 275 (Zitat), Reichsfinanzminister Hilferding; ebd., S. 273 Anm. 1.

1428. D'Abernon, Botschafter, Bd.II, a.a.O., S. 288, Eintragung v. 4.9.

1429. Ebd., S. 290f., Eintragung v. 11.9. und 12.9.

Er sieht kaum ein Zeichen des Nachgebens bei Poincaré und keine sichtbare Veränderung der französischen öffentlichen Meinung, die nach seiner Ansicht noch immer geschlossen hinter Poincaré steht." [1430]

Nachdem die Regierung in Besprechungen mit Partei-, Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Beamtenvertretern der besetzten Gebiete am 24. sowie mit den Ministerpräsidenten der Länder und der Parteiführer am 25.9. die Notwendigkeit des sofortigen Abbruchs des Widerstands kundgetan und keinen erheblichen Widerstand hiergegen vorgefunden hatte, beriet der Ministerrat am 25.9. über die Form [1431]. Am 26. 9. proklamierte die Reichsregierung die Einstellung des Widerstands [1432]. Am 27.9. unterrichtete der Reichskanzler die alliierten Botschafter mündlich über die Einstellung des Widerstands [1433].

Die Aufgabe des Widerstands geschah nun ohne Aussicht auf irgendwelche Erleichterungen in der Zukunft. Ausschlaggebend war nun die nackte Existenzerhaltung im Innern, die der Reichsarbeitsminister auf einer Pressekonferenz so umschrieb: *"Eine verantwortliche Reichsregierung war verpflichtet, insbesondere in dem Augenblick den Kampf abzubrechen, wo er uns selbst ins Elend zu stürzen und zu vernichten drohte."* [1434] In der Nacht vom 26. auf den 27. September wurde der Ausnahmezustand über das Reich verhängt [1435].

Durch die Fähigkeit zum Prioritätenwechsel, die realitätsnahe Überprüfung ihrer Pläne und Erkundung ihrer Handlungsspielräume unterschied die Regierung Stresemann fundamental von ihrer Vorgängerin. Hatten sich die Handlungsspielräume gegenüber den Besatzungsmächten durch die eigene Schwäche drastisch verringert, so hatte die Dramatik der inneren Lage jedoch dort neue Spielräume geschaffen. Angesichts des Ernstes der Lage stieg die Opferbereitschaft [1436]. Die Unterschiedlichkeit, mit der die beiden

---

1430. Ebd., S. 294, Eintragung v. 19.9.

1431. AdRk Str. I, Dok. Nr. 76, 77, 79, 80, 81.

1432. Ebd., S. 366 Anm. 20.

1433. Ebd., S. 379 Anm. 8.

1434. ZStA, RAM 2959, Bl. 71-76 (Zitat Bl. 72), Protokoll der Pressekonferenz in Hamm v. 27.9., Referat Reichsarbeitsminister.

1435. AdRk Str. I, S. 391 Anm. 7 und 8. Zum Verhältnis Reichsregierung-Reichswehr bei der Installierung des Ausnahmezustandes s. Brauweiler, Heinz, Generäle in der deutschen Republik, Groener, Schleicher, Seeckt. Berlin 1932, S.

Regierungen mit dem passiven Widerstand und den außenpolitischen Anforderungen umgingen, beleuchtet so einerseits die Bedeutung personeller Konstellationen und Fähigkeiten. Andererseits ist sie auch Ausdruck für die Wandlung der Rahmenbedingungen, die sich im Verlauf der Konfrontation vollzogen hatte.

Beide Aspekte, sowohl individuelle Fähigkeiten und die Entwicklung durch die Krise, kamen in der Person Stresemanns zum Ausdruck. Bei seinem Ziel, dem Wiederaufstieg Deutschlands zur souveränen gleichberechtigten Großmacht, behielt er die Begrenzungen der Handlungsfähigkeit im Blick und konnte den *"undifferenzierten nationalen Egozentrismus"* überwinden. Die Interessen der Nachbarn berücksichtigend, konzentrierte er sich mit *"großem pragmatischem Geschick und anpassungsfähiger Elastizität auf das Mögliche und Machbare"*. Die wichtigsten Schritte waren zunächst die Regelung der Reparationsfrage als Voraussetzung jeder weitergehenden Politik. Auf dieser Basis waren die Räumung des Ruhrgebiets und anschließend des Rheinlands die vordringlichen Ziele [1437].

3.6.3. Die Verzögerung der Arbeitsaufnahme der Beamten nach der Einstellung des Widerstands. Folgelasten des passiven Widerstands

Im *"Aufruf an die Deutschen im besetzten Gebiet"*, den der Reichsminister für die besetzten Gebiete beim Ende des Widerstands verfaßte, hieß es: *"Alle Verordnungen und Anweisungen des Reichs, die während des Kampfes im Einvernehmen mit Euch ergangen sind, sind aufgehoben"* [1438]. Doch das bedeutete nicht die Rückkehr zum Zustand vor dem 11. Januar. Denn

---

36 und 43. (Im folgenden zitiert als: Brauweiler, Generäle, a.a.O.).

1436. S. Maxelon, Stresemann, a.a.O., S. 134, z.B. die Einsicht, jetzt aus eigener Kraft die Währung sanieren zu wollen. Daß dies eine Änderung des Willens und nicht der Umstände war, liegt auf der Hand. So ist Brünings Behauptung unlogisch, daß eine Währungsstabilisierung nach der Ruhrbesetzung "(v)öllig unmöglich" war. De facto ist sie unter der Besetzung der Ruhr vollzogen worden, war also möglich. Dazu Brüning, Memoiren, a.a.O., S. 83.

1437. S. Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O., S. 111-120 allgemein zur außenpolitischen Konzeption Stresemanns; vgl. ebd., bes. S. 111, 114, 117f. und S. 120 (Zitate S. 114 und S. 117).

1438. ZStA, RAM 2959, Bl. 3, Deutsche Allgemeine Zeitung v. 28.9., gleichzeitig

zusammen mit der Aufforderung an die Ressorts, die Widerstandsanordnungen aufzuheben, ergingen Anweisungen an die Beamten, sich zunächst noch zurückzuhalten [1439]. Die Ankündigung der Besatzung, daß sie deutsche Beamtenstellen selbständig besetzen könnte, durfte weiterhin ausdrücklich nicht beachtet werden [1440].

Die meisten Reichsminister hatten die Notwendigkeit zu klaren Anweisungen schon vor dem Abbruch gesehen und den Generalkommissar Schmid kritisiert, der gegenüber den Regierungspräsidenten noch am 25.9. erklärte, für die Beamten ändere sich zunächst nichts [1441]. Das Postministerium zog alle Erlasse zurück [1442], der Verkehrsminister am 28.9. das Lieferverbot [1443] und andere Anordnungen, insgesamt 38 [1444].

Allerdings trug dies nicht zur erwünschten Klarheit bei. Nach wie vor gingen in den Zentralstellen Anfragen aus der Bevölkerung ein, die sich weiterhin darüber unklar war, *"wie weit sie ... ihre wirtschaftliche und rechtliche Handlungsfreiheit wiedererlangt"* hatte. Die bisherigen rechtlich abgefaßten Verlautbarungen der Regierung gaben keine Auskunft darüber, was im konkreten Einzelfall erlaubt oder was weiter verboten war [1445]. Vor einer derartigen Entwicklung hatte der DGB kurz vor dem Abbruch gewarnt und genaue Anweisungen gefordert, *"über die Formen und Bedingungen, unter denen sich der Abbruch des Widerstandes vollziehen soll"* [1446].

Doch die Reichsregierung hatte erwartet, daß es nach der formellen Aufgabe des Widerstands zu Verhandlungen mit den Besatzungsmächten kommen würde, um den Übergang zu regeln [1447]. Sie hatte ihrerseits Überlegungen für den Abbau des Widerstands und die Rückführung zu normaler Produktion angestellt. Das Verhalten der Besatzungsmächte ließ all diese Vorbereitungen aber zur Makulatur werden [1448], denn es kam zu

---

werden die Verordnungen des Reichspräsidenten zurückgenommen.

1439. AdRk Str. I, S. 379 Anm. 6.

1440. HStD, RD 16606 undatierte Richtlinien nach dem 27.9.

1441. BA, R 43 I/215, Bl. 213-16, Kabinettssitzung v. 26.9.

1442. Ebd., Bl. 240-42, Postmin. am 27.9. an Reichskanzlei mit Abdruck.

1443. Ebd., Bl. 224, Anordnung Reichsverkehrsmin.

1444. AdRk Str I., S. 379 Anm. 5.

1445. ZStA, RAM 2959, Bl. 45, Ruhrhauptreferat an Generalkommissar Schmid v. 3.10., am 10.10. wiedervorgelegt, immer noch ohne Antwort.

1446. BA, R 43 I/215, Bl. 186-188, DGB an Reichsregierung v. 25.9.

keinen Verhandlungen auf hoher Ebene. Vielmehr verdichtete sich der Verdacht, daß die französische Regierung mit Hilfe der mittleren und unteren Beamten- und Arbeiterschaft die Verwaltung des Ruhrgebiets selber in die Hand nehmen wollte [1449], die Zugehörigkeit zu Preußen und zum Reich dabei bewußt ignorierend. Am 29.9. wurde eine Erklärung bekannt, die angeblich die Arbeitsaufnahme der Eisenbahner mit einem politischen Treuebekenntnis zu den Besatzungsmächten zu verbinden schien [1450]. Die Postbediensteten im besetzten Gebeit kündigten daher Ende September an, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen [1451]. An anderer Stelle wurde ultimativ die Mitarbeit der Forstbediensteten zugunsten der Reparationslieferungen gefordert [1452].

Auf Veranlassung des Reichskanzlers ging deshalb nach der Kabinettssitzung am 1.10. eine allgemeine Weisung an die Beamtenschaft hinaus, nicht zu verhandeln, bevor eine offizielle Antwort aus Frankreich und Belgien vorlag, ob es zu Verhandlungen kommen würde oder nicht. Die Diskrepanz, die die Beamten nun zum Verhalten der Bevölkerung, die den Widerstand aufgegeben hatte, zeigen mußten, war eindeutig, doch sie wurde in Kauf genommen. Denn *"die Beamten (seien) auch Träger der Souveränitätsrechte, die wir uns ausdrücklich vorbehalten hätten."* [1453] Die Beamten wurden im Anschluß an diese Sitzung aufgefordert, weitere 48 Stunden abzuwarten. Insbesondere Eisenbahn- und Postbedienstete sollten

---

1447. AdRk Str. I, Dok. Nr. 81, bes. S. 369f., Ministerrat v. 25.9.

1448. BA, R 43 I/215, Bl. 208-212, Stufenprogramm des Reichsarbeitsmin. v. 27.9.

1449. AdRk Str I., S. 379 Anm. 8, Unterredung v. Maltzan mit frz. Botschafter v. 29.9.

1450. Ebd., S. 419 Anm. 7.

1451. Ebd., Dok. Nr. 94, bes. S. 412, Reichspostmin. in der Kabinettssitzung v 30.9.

1452. Ebd., Dok. Nr. 97, bes. S. 420, Kabinettssitzung. v. 1.10., vom franz. Bezirksdelegierten gegenüber dem Regierungspräsidenten in Trier.

1453. Ebd., S. 420, Stresemann in Kabinettssitzung v. 1.10.

noch einige Tage *"Gewehr bei Fuß stehen und auch nicht mit den Franzosen verhandeln, bis nähere Weisung von Berlin kommt"* [1454]. Eine Eidleistung an die Regie erschien unmöglich [1455].

Die Rheinlandkommission sah ihrerseits keine Veranlassung zu Verhandlungen. Sie erlaubte auch dem Vertreter des Reichsministers für die besetzten Gebiete beim Oberpräsidium Koblenz nicht, das besetzte Gebiet zu verlassen, um sich Instruktionen der Regierung zu holen, sondern stellte Bedingungen, bevor sie anerkennen wollte, daß der passive Widerstand beendet sei [1456]. Ihr faktisches Verhalten bezeichnete Reichskommissar Mehlich *"als eine glatte Sabotage der Rückführung des Ruhrgebietes zu voller Produktion."* [1457] Währenddessen gingen Ausweisungen, Beschlagnahmungen von Geldern und das Aufreißen von Gleisen weiter [1458].

Am 4. Oktober hob der preußische Innenminister den Polizeierlaß vom 24. Januar und das Grußverbot auf [1459]. Am 5. Oktober wurde den Eisenbahnern vom Kabinett freigestellt, eine Dienstverpflichtung zu übernehmen und denjenigen Fürsorge versprochen, die eventuell ausgewiesen würden, weil sie sich verweigerten. Schließlich stellte es sich heraus, daß es bei der Verpflichtung, die die Besatzung forderte, doch nicht um einen Treueid, sondern nur um eine Dienstverpflichtung handeln sollte [1460]. Diese Interpretation gab auch Generalsekretär der Rheinlandkommission am 8. Oktober ab: *"Von einer Huldigung an die*

1454. HStD, RD 17075, Barmen, 2.10., telefonische Mitteilung v. Mehlich in Regierung Düsseldorf.

1455. AdRk Str. I, Dok. Nr. 97, bes. S. 421, Kabinettssitzung v. 1.10., Reichsfinanzmin. Hilferding; ebd., Dok. Nr. 99, S. 436ff., Stresemann in Besprechung mit Parteiführern v. 2.10., so auch Müller-Franken (SPD), Marx (Zentrum).

1456. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 231, Bl. 23-26, bes. Bl. 23, Gespräch von Sybel mit Generalsekretär der Interall. Rheinlandkommission, Isambert, v. 2.10; BA, R 43 I/215, Bl. 229f., Schreiben Reichsmin. für die besetzten Gebiete an Reichskanzler v. 29.9., zum Ausreiseverbot.

1457. ZStA, 39.02, Nr. 43, Bl. 20, Bericht aus Unna-Königsborn v. 3.10.

1458. AdRk Str. I, S. 476, Klöckner im Gespräch mit General Degoutte am 5.10.

1459. BA, R 43 I/215, Bl. 296, Abschrift der Verfügung des pr. Innenmin. v. 4.10.

1460. AdRk Str. I, Dok. Nr. 112, S. 483f., das Kabinett diskutiert die Havas-Meldung, die diese Interpretation ins Spiel bringt; AdRk Str. II, Dok. Nr. 115, S.

Besatzung oder überhaupt von einem politischen Charakter der Verpflichtung sei keine Rede. Über diesen Punkt bestehe bis hinauf zu Herrn Poincaré kein Mißverständnis" [1461]. Hierauf konnten sich Reichs- und preußische Regierung einlassen. In der Kabinettssitzung vom 10.10. wurde ein Brieftelegramm des Generalkommissars Schmid mit Anweisungen an die Beamten abschließend diskutiert und mit von Preußen gewünschten Veränderungen verabschiedet, in dem die Zusammenarbeit verordnet wurde: *"Die mit der Aufgabe des passiven Widerstandes verbundene Aufhebung aller zur Abwehr von der deutschen Regierung erlassenen Verordnungen und Anweisungen hat zur Folge, daß die deutschen Beamten im besetzten Gebiet nunmehr ohne Verletzung von Amtspflichten oder deutschen Gesetzen mit den Dienststellen der Besatzungsmächte zusammen zu arbeiten und dabei den Anforderungen dieser Dienststellen zu entsprechen haben."* [1462] Am 11.10. zog der Preußische Innenminister die Verhaltenserlasse für die innere Verwaltung, die Kommunalbeamten, Gemeinde- und Kreisbehörden und das Sanktionsgebiet zurück [1463]. Aber immer noch fragten Kommunalverwaltungen an, ob sie jetzt Kontributionen bezahlen und ihre Beamten die Regiezüge benutzen durften [1464].

Mit der Aufgabe des passiven Widerstandes verschob sich die Kampfrichtung für die innere Verwaltung jetzt gegen den drohenden Separatismus. Am 27.9. erging die folgende Anweisung: *"Im Falle innerer Unruhen haben alle Reichsbehörden und Reichsbeamten ausschließlich den*

---

489 Anm. 3, Gespräch v. Maltzan mit de Margerie v. 6.10. über unterschiedliche Interpretationsweisen, Hinweis auf Entrüstung unter den Eisenbahnern über diese "Zumutung" als Grund für das Dementi von Havas.

1461. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 231, Bl. 26, Bericht v. Sybel v. 8.10. im pr. Innenmin.

1462. AdRk Str. II, Dok. Nr. 125, S. 535 Anm. 51; HStD, RD Präs, Nr. 132, Bl. 258, allerdings hatte das Reichsmin. für die besetzten Gebiete die alte Fassung schon am 10.10. an die pr. Oberpräsidien weitergegeben, und entsprechend wurden die nachgeordneten Verwaltungsstellen von der Düsseldorfer Regierung weiterverständigt.

1463. BA, R 43 I/215, Bl. 334, Abschrift der Anweisung des pr. Innenmin. v. 11.10.

1464. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 231, Bl. 63, Fernspruch Meldestelle Schwerte und Oberbürgermeister Gelsenkirchen v. 11.10.

Anordnungen der Reichsregierung Folge zu leisten. Etwaige erforderliche Notverordnungen über ihre Dienstpflichten erläßt der Herr Reichspräsident." [1465]

Solange noch Hoffnung bestanden hatte, den Widerstand im Zuge von Verhandlungen beenden zu können, waren einige Forderungen aufgestellt worden, die mit dem Ende des Widerstands erfüllt werden sollten, als eine der wichtigsten die Rückkehr aller Ausgewiesenen und Verhafteten in die früheren Stellungen. Für die Beamten-Arbeitsgemeinschaft waren das die *"Mindestbedingungen"* gewesen, ohne deren Erfüllung die Beamtenschaft *"ihre einzige Waffe, den passiven Widerstand, nicht aus der Hand geben wird"* [1466]. Nun war genau dieser Fall eingetreten, ohne daß die Mindestforderungen erfüllt worden waren. Die Rückkehr der Ausgewiesenen in die Heimat und auf ihre Arbeitsstellen, die Freilassung der Verhafteten, all das lag allein im Gutdünken der Besatzungsmächte. Und diese ließen sich damit Zeit [1467].

Rückkehrwillige Beamte mußten Gesuche zur Rückkehr auf ihren Posten verfassen und sie durch Behörden an die Rheinlandkommission weiterleiten. Insbesondere die preußischen inneren Behörden warteten dazu eine *"günstige() Gelegenheit"* ab [1468]. Anfang 1924 setzte eine stärkere Rückkehr ausgewiesener Beamter und Nichtbeamter ins besetzte Gebiet ein

---

1465. HStD, Hochbauamt D 82 III, Regierung Düsseldorf an nachgeordnete Behörden v. 27.9.

1466. BA, R 43 I/215, Telegrammbrief der Beamten-Arbeitsgemeinschaft Rhein-Ruhr v. 11.9. per persönlichen Boten an den Reichskanzler.

1467. BA, NL Jarres, Bd. 6, "Notizen für die heutige Rede des Herrn Reichskanzlers, betreffend besetztes Gebiet" v. 20.11., bis zum 20. November war z.B. bei den Eisenbahnern in dieser Frage wenig Entgegenkommen der Regie gezeigt worden.

1468. BA, R 43 I/215, Bl. 308-316, Besprechung Reichskanzler mit Abgeordneten am 8.10., darin Hinweis des Reichsministers Fuchs auf Bedingungen der Besatzungsmächte und Zwecklosigkeit individuellen Vorgehens. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 231, Bl. 28f., Gespräch von Sybel mit Isambert v. 9.10. HStD, RD 170744, Schreiben zur Nieden v. 29.10.; ebd., Regierungspräs. Düsseldorf an Denvignes v. 12.12.; ebd., Besprechung Barmen v. 15.2.1924 (Zitat) beinhaltet die Sondierungen der pr. Regierung in Absprache mit den ausgewiesenen Landräten. HStD, RD 16699, Telefonat pr. Innenmin. mit Grützner in Barmen, daß Repräsentanten der Bevölkerung vorgeschickt werden sollen und am 7.11. die

[1469]. Am 23.1. 1924 gab die Interalliierte Rheilandkommission Einzelheiten über das Verfahren der Rückkehr in das besetzte Gebiet und über die Neuzulassung zum Amt bekannt [1470]. Bis Anfang März 1924 wurde die Rückkehr auf den Posten im altbesetzten Gebiet in fast gar keinem Fall erlaubt [1471].

Am 26.6. 1924 erlaubte der Kommandierende General die Rückkehr aller Personen ins besetzte Gebiet mit Ausnahme der Schutzpolizei und von 64 namentlich genannten Personen. Darunter befanden sich hauptsächlich Eisenbahner, aber auch Bürgermeister, Landräte, Polizei-, Post- und Zollbeamte. Der Hintergrund dieser Maßnahme war die neue, allgemeine Richtlinie der französischen Regierung, mit Ausgewiesenen und Verurteilten milde umzugehen. Eine automatische Wiedereinsetzung in die Ämter war darin jedoch nicht eingeschlossen [1472]. Und eine automatische Rückkehr der Beamten war das offensichtlich nicht, denn gleichzeitig legte die Rheinlandkommission den Regierungspräsidenten Listen von Personen vor, deren Ausweisung sie aufhob und die kaum leitende und höhere Beamte enthielt. Für deren Rückkehr wollte sich der Stellvertreter des Oberpräsidenten Koblenz mit allem Nachdruck einsetzen [1473]. Mitte September 1924 verweigerte die Besatzung noch sechs Verwaltungs- und Polizeibeamten die Rückkehr, ließ aber nun alle Beamten, auch die der Schutzpolizei, wieder zurück und auf ihre Ämter. Eine ähnliche

---

entsprechende Verfügung der Regierung Düsseldorf.

1469. BA, R 43 I/222b, Bl. 273, 278f., Schreiben Reichsmin. für die besetzten Gebiete an Ressorts, Länder, DRK und Fürsorgeamt Grenzgebiete v. 2.2.1924.

1470. HStD, RD Präs, Nr. 132, Bl. 264, Mitteilung der Interall. Rheinlandkomm. v. 23.1.24, Hinweis darauf in Schreiben des Regierungspräs. Düsseldorf an pr. Innenm. v. 4.3.24.

1471. HStD, RD 17074, Rundschreiben pr. Finanzmin. v. 3.3.24.

1472. HStD, RD Präs, Nr. 132, Bl. 376-381, Richtlinien der Besatzungstruppen v. 26.6.1924, 27.6.1924 und Personenliste v. 11.8.1924.

1473. HStD, RD Präs, Nr. 132, Rundschreiben pr. Innenmin. an die ausgewiesenen höheren Verwaltungsbeamten, Datum nicht erkennbar, Eingang Regierung Düsseldorf am 22.7.1924; ebd., Bl. 299, Staatstelegramm v. 8.7.1924 an Landräte und Oberbürgermeister des altbesetzten Gebiets, Namenslisten bislang nicht zurückgelassener Beamter aufzustellen, die bis zum 16.7.1924 bei der Interalliierten Rheinlandkommission vorgelegt werden sollen.

Bestimmung über die belgische Zone wurde in allernächster Zeit erwartet [1474]. Einzelne Beamte waren bis Anfang Januar 1925 noch nicht zurückgekehrt oder auf ihrem alten Posten [1475].

Die Beamten, die zurückkehren durften, mußten verständigt und mit Ausweisen versehen werden. Außerdem erwarteten sie zuhause möglicherweise Schwierigkeiten, eine neue Wohnung zu finden. Darauf sollten sie gegebenenfalls schonend vorbereitet werden. Der Preußische Innenminister legte in einer Verfügung vom Juli 1924 *"allen Behörden und Beamten des besetzten Gebietes ans Herz..., in den Fragen der Rückkehr Ausgewiesener schnell, entgegenkommend und mit Herzlichkeit zu behandeln (sic!), damit die Erinnerung der Verdrängten an die Rückkehr in ihrer Heimat, soweit es in der Macht deutscher Stellen liegt, durch nichts getrübt wird."* [1476] Im Regierungsbezirk Münster wurden die Rückkehrenden *"durchweg"* wieder in ihren alten Wohnungen untergebracht. In Recklinghausen sagte die Besatzung Entgegenkommen bei der Unterbringung zu, ansonsten gab es keine Mitwirkung seitens der Besatzung im besetzten Teil des Regierungsbezirks Münster [1477].

Ähnlich schleppend verlief die Freilassung von Verurteilten, die die Besatzungsmächte mit Geld- oder Haftstrafen belegt hatten. Die Willkür dieser Besatzungsjustiz wurde offen zugegeben. Gegenüber dem Rechtsanwalt Grimm, der die verschiedensten Fälle vor Militärgerichten der Besatzungsmächte vertrat, äußerte sich privat ein Offizier über die Höhe der verhängten Strafen: *"Es ist gleichgültig, ob ein Monat verhängt wird oder fünf Jahre, wir wissen ja doch, dass die Strafen nicht vollstreckt werden, sondern ihr natürliches Ende in dem Augenblick finden, wo die Ruhrbesetzung liquidiert wird und dies wird ja in allerkürzester Zeit sein."* [1478] Aber dementgegen blieb eine allgemeine Freilassung aus, die Besatzung wartete auch hier ab [1479]. Die verhängten Strafen, bis hin zu

---

1474. HStD, RD Präs, Nr. 132, Regierungspräsident an Landräte etc. v. 14.9.1924.

1475. Ebd., pr. Innenmin. an Regierungspräs. Düsseldorf v. 7.1.1925 über die Regelung nach der Auflösung der Deutschen Abordnung für die Durchführung der Londoner Vereinbarungen.

1476. HStD, RD 8594, pr. Innenmin. an Regierungspräs. Düsseldorf v. 15.7.1924.

1477. StaMs, RegMsBes, Nr. 83, Anfrage pr. Innenmin. v. 8.8.1924 an Regierung Münster über Unterbringung und Beteiligung Besatzung, Rundverfügung an Stadtverwaltungen, Antwortentwurf Regierung Münster v. 30.8.1924.

Todesstrafen und lebenslanger Zwangsarbeit auf der Insel St. Martin de Re, galten weiter. Eine Generalamnestie schied für die französische Seite aus, lediglich Beurlaubungen wurden ausgesprochen. Übrig blieb ein Gnadenverfahren im Einzelfall, das jeweils drei bis vier Monate in Anspruch nahm [1480]. Vorstöße in Einzelfällen erschienen erfolgversprechend [1481]. Am 24. Oktober 1923 waren nach dem Kenntnisstand des Ministeriums für die besetzten Gebiete noch ca. 4000 Gefangene im besetzten Gebiet, Frankreich und Belgien inhaftiert [1482]. Der Kommandierende General Degoutte erhielt im November die Erlaubnis, die Strafe auszusetzen. Damit erhielten die Gefangenen die volle Freiheit wieder bis zur endgültigen Begnadigung, die nur eine Formsache war [1483], doch wieweit er davon Gebrauch machte, ist nicht bekannt. Einen Schlußstrich unter die Strafen zog das Londoner Abkommen v. 30.8.24, in dem eine gegenseitige Amnestie vereinbart wurde. Davon blieben *"Verbrechen gegen das Leben, die den Tod herbeigeführt haben"*, ausgenommen [1484]. Bis in die ersten Monate des Jahres 1925 wurden die politischen Gefangenen *"nahezu sämtlich"* allmählich entlassen, also fast zwei Jahre nach dem Geschehen! Gleichzeitig sprachen Militärgerichte weiterhin Verurteilungen aus politischen Gründen im besetzten Gebiet aus, obwohl es ihnen nach dem Londoner Abkommen nicht mehr zustand [1485].

1478. HStD, RD 17074, "Verhandlungen wegen der deutschen Ruhrgefangenen", Paris, 14.11., Bericht des Rechtsanwaltes Grimm. Grimm zufolge teilte diese Meinung der Chef der französischen Militärjustiz.

1479. ZStA Merseburg, MdI, Nr. 231, Bl. 28f., Gespräch von Sybel mit Isambert v. 9.10.

1480. HStD, RD 17074, "Verhandlungen wegen der deutschen Ruhrgefangenen", Paris, 14.11., Bericht des Rechtsanwaltes Grimm. HStD, RD Präs, Nr. 132, Bl. 230, Oberregierungsrat Tiemann v. 20.10. bis Ende 1923 aus Krankheitsgründen von der Haft beurlaubt.

1481. HStD, RD Präs, Nr. 132, Regierungspräs. Düsseldorf an pr. Innenmin., Finanzminister und Grützner v. 1.1.1924, beispielsweise zur Haftverschonung für den Oberregierungsrat Lutterbeck durch die deutsche auswärtige Vertretung beim belgischen Justizmin.

1482. BA, R 43 I/224, Bl. 345, Rundschreiben Reichsmin. für die besetzten Gebiete an Ressorts und Regierungen v. 24.10.

1483. HStD, RD 17074, "Verhandlungen wegen der deutschen Ruhrgefangenen", Paris, 14.11., Bericht des Rechtsanwaltes Grimm.

1484. HStD, RD 16533, Bl. 199ff., Übersetzung des Artikel 7 Anlage III zum Londoner Schlußprotokoll.

Am 20.7.1925 wurde der Regierungsbezirk Münster, soweit er besetzt gewesen war, wieder geräumt [1486]. Damit konnte die Fürsorge für inhaftierte Gefangene in diesem Gebiet *"im wesentlichen als beendet angesehen werden"* [1487].

Die materielle Unterstützung für die Gefangenen blieb aufgrund dieser abwartendenden Haltung der Besatzungsmächte noch lange nach Abbruch des Widerstandes aktuell. Die Betreuung der 4124 Inhaftierten [1488] und Ausgewiesenen geriet aber wie alles andere in den Strudel von Förderungsabbau [1489], Währungsstabilisierung und Sparprogrammen. Während bis zum 26.9. die Erlasse zur Schadloshaltung der Beamten etc. durchweg erweiternd präzisiert und der Inflation angepaßt wurden, schlug dies mit dem Abbruch des Widerstands um. Der betreute Personenkreis wurde immer enger gefaßt und die Leistungen Stück für Stück reduziert. Die Ausnahmegruppe der ausgewiesenen Beamten wurde nach und nach wieder in den normalen Geschäftsgang integriert, indem sie wie versetzte Beamte behandelt wurden [1490].

1485. StaMs, RegMsBes, Nr. 83, Brief Reichsmin. für die besetzten Gebiete v. 10.2.1925., Abschrift v. pr. Innenmin. an Regierung Münster v. 21.3.1925.

1486. StaMs, RegMsBes, Nr. 63, Mitteilung Regierungspräs. an alle Dezernate v. 14.8.1925.

1487. StaMs, RegMsBes, Nr. 83, Reichsmin. für die besetzten Gebiete v. 10.2.1925.

1488. AdRk Str. II, S. 635, darunter 372 Beamte, Stand v. 19.10. nach Angaben des Reichsmin. für die besetzten Gebiete.

1489. BA, R 43 I/215, Bl. 308-316, angekündigt im Gespräch mit Abgeordneten v. 8.10. vom Reichsmin. für die besetzten Gebiete.

1490. BA, R 43 I/222b, Bl. 183 (pr. Innenmin. v. 23.10., ausgesperrte Beamte gelten nicht als ausgewiesen), Bl. 218 (Reichsfinanzmin. v. 13.11., Tagegelder an ausgewiesene nur noch unter bestimmten Bedingungen); HStD, RD Präs, Nr. 132, Bl. 233 pr. Innenmin. v. 19.11., kein außerordentlicher Zuschlag mehr an ausgewiesene Beamte; BA, R 43 I/222, Bl. 232-235, 238, 241-245 (Reichsfinanzmin. v. 17.12., Reduzierung der Fahrterstattung zu Internierten, Beamte nun wie versetzt zu behandeln); StaMs, RegMsBes, Nr. 37, pr. Min. für Volkswohlfahrt v. 11.12., Ausgewiesene nicht mehr in Hotels sondern in billigeren Privatwohnungen unterbringen; HStD, RD Präs, Nr. 132 (pr. Staatsmin. v. 1.1.1924, Behandlung wie versetzte Beamte, Erstattung Mehrausgaben fällt fort), ebd., (pr. Staatsmin. v. 20.3.1924 über Fürsorge zurückkehrender Beamter -

Die katastrophale finanzielle Lage des Reichs durchkreuzte jeden Versuch einer angemessenen Betreuung. Das Reichsministerium für die besetzten Gebiete erweckte zwar den Anschein einer *"besonders pflegliche(n) Behandlung"* der Belange des besetzten Gebiets, die weit über die Fürsorge für Gefangene und Ausgewiesene hinausreichte, aber die Finanzlage des Reichs ließ eine Erfüllung der *"berechtigten Wünsche"* der besetzten Gebiete nicht zu. Der Reichsminister Fuchs erklärte anläßlich der Bildung des zweiten Kabinetts Stresemanns am 5. Oktober 1923 seinen Rücktritt **1491**. Fuchs konnte zum Bleiben bewegt werden. In den folgenden Auseinandersetzungen um Kürzungen der Fürsorge trat das Reichsministerium mit mehr oder weniger Erfolg für diese Personengruppe ein. In diesem Zusammenhang appellierte der Minister für die besetzten Gebiete am 24.10. an alle Ressorts, daß sie mit einer Note an die alliierten Mächte an das Schicksal der noch etwa 4000 inhaftierten Personen in deutschen Gefängnissen bzw. in Gefängnissen in Belgien und Frankreich erinnern sollten. Er regte bei allen Ressorts an, es sich zur dringendsten Aufgabe zu machen, *"mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die sofortige Freilassung dieser Personen einzutreten und insbesondere den schwergeprüften Inhaftierten und ihren Angehörigen, die sich nach Aufhebung des passiven Widerstands vielfach in geradezu verzweifelter Stimmung befinden, mit aller Deutlichkeit zu erkennen zu geben, daß von Seiten ihrer Regierung alles nur mögliche für sie geschieht."* Er hielt eine Note an die Regierungen für geboten und schloß, daß die *"Bevölkerung eine stärkere Aktivität der Reichsregierung in der Gefangenenfrage dringend verlangt."* **1492**

Darüberhinaus unterstützte das Ministerium die Anstrengungen des Deutschen Roten Kreuzes, die Betreuung der Verdrängtenfürsoge aufrechterhalten zu können **1493**. Hier ging es vor allem um nichtbeamtete Ausgewiesene, die von den Sparmaßnahmen des Reichsfinanzministeriums,

---

Grundsatz wie bei Versetzung).

1491. AdRk Str. I, Dok. Nr. 114, S. 486f., Rücktrittserklärung des Reichsmin. Fuchs.

1492. BA, R 43 I/224, Bl. 345.

1493. BA, R 43 I/222, 232-5, 238, 241-5, Einspruch des Reichsmin. für die besetzten Gebiete gegen die Reduzierung der Interniertenunterstützung in der Kabinettssitzung v. 13.12.; BA, R 43 I/222b, 229-231, Auseinandersetzung mit dem Reichsfinanzminister um die Auszahlung von Betreuungsvorschüssen und die vorübergehende zwangsweise Einstellung der Betreuung v. 24.11.-19.12.; ebd., Bl.

von verspäteter Auszahlung und dadurch von einer vollständigen Entwertung in den letzten Wochen der Inflation besonders betroffen waren. Erst die Einführung der Rentenmark beendete den letzteren, in dieser Inflationsendphase verbreiteten Mißstand [1494]. Sie änderte jedoch nichts daran, daß auch bei Beamtengruppen die Betreuungssätze anerkanntermaßen zu niedrig lagen. Alleinstehende Eisenbahner, so hatten Gewerkschafter wiederholt angemahnt, konnten davon nicht einmal die Hälfte der Pensionskosten bezahlen, in der sie untergebracht waren. Seit Anfang Januar 1924 waren sie auf die Unterstützung von Kameraden angewiesen. Solche Verhältnisse gab es oft bei Ausgewiesenen unterer Besoldungsgruppen [1495] und bei ausgewiesenen Selbständigen. Die Verschlechterung der Situation zwang die Betroffenen mitunter zur Selbstorganisation. In München bildete sich beispielsweise eine *"Organisation der Ausgewiesenen privater Berufe"*, die bereits im September in Berlin vorsprach und Abhilfe zugesagt bekam. Als das Gegenteil eintrat, richtete ein Mitglied dieser Organisation eine Eingabe an den Reichspräsidenten und schilderte die Lage. Danach hatte sich die Versorgung mit Geldmitteln so zugespitzt, daß die Beträge, die zur Auszahlung kamen, gerade noch für ein Mittagessen reichten und überdies noch gekürzt worden waren. Die Richtigkeit der Fakten bestätigten die angefragten Ministerien. Die Frage des Ph. Keidel, der am 12. Juni 1923 mit seiner Familie ausgewiesen worden war, an den Reichspräsidenten,

---

196, Anfrage des Abgeordneten Dr. Cremer v. 5.11. bei der Reichskanzlei über Betreuung der Inhaftierten in Zweibrücken durch DRK und Nachforschungen des Reichsmin.

1494. ZStA, Präsi, Nr. 146, Bl. 145-151, Eingabe Keidel aus München v. 17.11. beim Reichspräsidenten und die Nachforschungen. HStD, RD Präs, Nr. 120, Bericht Regierungsassessor Finger an Regierungspräsidenten Düsseldorf über die finanzielle Notlage nach seiner Versetzung zur Regierung Trier v. 5.11. und Bestätigung des Sachverhalts im allgemeinen durch Regierungspräs. Düsseldorf v. 16.11. an pr. Innenmin.

1495. BA, R 43 I/222b, Bl. 268f., 282-284, Brief der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter an Reichskanzler Marx v. 26.1.24; die Nachfrage beim Reichsmin. für die besetzten Gebiete bestätigt den Sachverhalt und drängt auf Erhöhung.

werden sich wohl zum Jahresende einige der Ausgewiesenen gestellt haben: *"Ist das der Dank dafür, daß wir für die dummen Streiche der Reichsreg(ierung) Heimat (und) Hab (und) Gut geopfert haben?"* **1496**.

Die Schlußabrechnung aus der Ruhrkampfzeit beschäftigte die Betroffenen zum Teil noch bis ins Jahr 1925. Einige mußten jetzt Überzahlungen von Betreuungsgeldern aus dem Jahr 1924 zurückerstatten **1497**. Darüberhinaus wurde die Rückzahlung noch ausstehender Darlehen und Vorschüsse geregelt **1498**.

3.6.4. Die Konfliktbearbeitung nach dem Ende des passiven Widerstands

Im folgenden sollen drei Linien der weiteren Konfliktbearbeitung genauer verfolgt werden, die für die Einbettung des passiven Widerstands in den Gesamtkontext der Auseinandersetzung um Reparationen besonders bedeutsam erscheinen.

Soweit es um die Frage nach dem Machtpotential zivilen Widerstands geht, ist zuerst den Veränderungen nachzugehen, die in diesem Bereich nach der Aufgabe des Widerstands zu verzeichnen waren. Die Strategie des Widerstands hatte darauf abgezielt, Großbritannien und die USA zu einer Intervention zugunsten des angegriffenen Landes zu bringen, die nach dem Ende des Widerstands nun tatsächlich eintrat. Die Analyse der entscheidenden Ereignisse und Faktoren, die die Intervention auslösten, soll Rückschlüsse für die Einbettung von zivilem Widerstand in eine derartige Konfliktstrategie ermöglichen.

Im Mittelpunkt des zweiten Fragenkomplexes steht die Rückkehr des besetzten Gebietes und seiner Bevölkerung zum Status vor der Besetzung.

1496. ZStA, Präsi, Nr. 146, Bl. 145RS, teilweise abgekürzt, Eingabe Keidel aus München v. 17.11. beim Reichspräsidenten.

1497. StaMs, RegMsBes, Nr. 63, Erlaß pr. Min. für Landwirtschaft, Domänen und Forsten an nachgeordnete Behörden v. 7.2.1925, überzahlte Beträge für 1923 werden nicht eingefordert, für 1924 zurückverlangt.

1498. HStD, Hochbauamt D 82 IV, Schreiben Regierungspräs. Düsseldorf v. 21.8.1925.

Angesichts der Machtlosigkeit des Reichs in dieser Situation waren die auf der Londoner Konferenz im August 1924 ausgehandelten Ergebnisse ein großer Erfolg und es stellt sich die Frage, wie und warum sie zustande gebracht werden konnten.

Die Regelung der inhaltlichen Probleme ist schließlich die dritte Linie, die in groben Zügen insoweit nachzuzeichnen ist, daß deutlich wird, wie sie zustande kamen, wie groß die Reichweite war und wo ihre Grenze lag. Schließlich ist die Verteilung der inneren Lasten zu beschreiben, um eine Einschätzung zu gewinnen, ob und inwieweit der Einsatz im passiven Widerstand für die Beteiligten von Nutzen war.

3.6.4.1. Die Fortsetzung der Auseinandersetzung mit diplomatischen Mitteln. Eskalation durch Frankreich und die erhoffte Intervention. Regelung im Londoner Abkommen

Die Aufgabe des Widerstands wirkte sich zunächst auf die außenpolitische Situation des Reichs nicht positiv aus, da zur Überraschung der deutschen Entscheidungsträger die französische Regierung nun ihrerseits Verhandlungen mit offiziellen Vertretern des Reichs verzögerte. Ganz gezielt setzte Frankreich auf die Verlängerung der Krise in Deutschland und auf die zur Desintegration bereiten Kräfte. Tragischerweise verpaßte es damit den Zeitpunkt, zu dem es mit dem Reich in direkten Verhandlungen zu sicher vorteilhaften Vereinbarungen hätte kommen können. Aber in den ersten vier Wochen nach Ende des Widerstands ging die französische Rechnung auf. Aufgrund der nun uneingeschränkten französisch-belgischen Vorherrschaft konnten die Besatzungsmächte die Wiederaufnahme der Arbeit zu den eigenen Bedingungen weitgehend diktieren (MICUM-Verträge) **1499**.

1499. Über die Motive und Ziele der französischen Politik nach der Aufgabe des passiven Widerstands gibt es ein breites Meinungsspektrum in der Literatur. S. Rupieper, Industrie, a.a.O., S. 590; Erdmann, Karl-Dietrich, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1966, S. 71-78, 80-82 und S. 84-86. (Im folgenden zitiert als: Erdmann, Adenauer, a.a.O.); Maier, Recasting, a.a.O., S. 392; Feldman/ Homburg, Industrie, a.a.O., S. 129; Krüger, Außenpolitik, a.a.O., S. 206. Als plausibelster Ansatz erscheint mir der von

Die Handlungsmöglichkeiten auf deutscher Seite waren zu dieser Zeit darauf beschränkt, direkt gegen den Separatismus anzugehen. Im außenpolitischen Bereich bemühte man sich, von der Entwicklung nicht völlig abgekoppelt zu werden. Das Auswärtige Amt suchte im Entscheidungsprozeß zwischen den Alliierten vor allem durch intensiven Kontakt mit dem Foreign Office Einfluß zu wahren. *"Beide Ämter standen fast täglich in Verbindung"*. Für den Fall, daß die erhoffte Sachverständigenkommission nicht zustandezubringen war, wurde ein Appell an die Siegerstaaten vorbereitet [1500].

Indem sich sich die Waagschale der Macht im Oktober und November immer weiter zugunsten Frankreichs senkte, sahen dortige Entscheidungsträger weitergehende Optionen in den Bereich der Möglichkeiten rücken. Schon im Laufe des Frühjahres 1923 waren in Frankreich Pläne gereift, die die Fragen von Sicherheit, interalliierten Schulden und garantierten Kohlenlieferungen mit Überlegungen zu neuen staatlichen Gebilden im Rheinland verbanden [1501]. Diese Desintegrationspolitik stieß zwar in London sofort auf Skepsis, wo eine französische Hegemonie am Rhein, und damit in Mitteleuropa, befürchtet wurde. Nach der Aufgabe des passiven Widerstands rückte die Rheinlandfrage unter diesem Gesichtspunkt aber wieder in den Vordergrund französischer Deutschlandpolitik [1502].

Im Reich überschlugen sich im Oktober und November die Ereignisse mit wirtschaftlichem Kollaps, Umsturzversuchen von rechts und links, drohender Diktatur, Bürgerkrieg und Separatismus [1503]. Die Aufstände der Separatisten im Rheinland und in der Pfalz im Oktober ließen die

---

zunächst begrenzten Zielen, ihrer allmählichen Erweiterung, der parallelen Schaffung von Optionen im Rheinland bis zum Versuch, es angesichts der Schwäche des Reichs bis zur Desorganisation zu treiben. Damit folge ich weitgehend Trachtenberg, Reparation, a.a.O., S. 291-335, s. besonders 314-324 über die Bedeutung der Wolff-Verhandlungen sowie Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 124-127.

1500. Vgl. Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O., S. 211 und S. 215f. (Zitat S. 215).

1501. Vgl. Rupieper, Cuno, a.a.O., S. 124-127, Pläne Foch, Seydoux und Serrigny v. März und April 1923.

1502. Vgl. Mayer, Republik, a.a.O., S. 139 und S. 168.

1503. Vgl. Jones, Houghton, a.a.O., S. 33.

Besatzungsmächte mit mehr als wohlwollender Neutralität geschehen [1504]. Die Zuspitzung der inneren Lage im Reich, insbesondere der Konflikt mit Bayern, schien die Prognose der Auflösung zu bestätigen.

Eine Auflösung der Reichseinheit oder die Bildung eines vom Reich staatsrechtlich gelösten Verbandes hätte jedoch die wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse auf dem Kontinent drastisch beeinflußt. Entwicklungen dieser Art betrafen die britischen Interessen vital und ließen die britische Regierung umgehend in einer Form reagieren, die sich von den bisher gepflogenen qualitativ unterschied [1505]. Ähnliches geschah in den USA im Oktober 1923. Als sich die Vorhersage des Botschafters in Deutschland bewahrheitete und Poincaré jede Verhandlung ablehnte, erkannte Castle an: *"Well, Houghton has been right all the time."* Über die sich zuspitzenden Ereignisse im Oktober und November berichtete der Botschafter in einer Serie von Briefen und Telegrammen. Im Unterschied zur Zeit während des Ruhrkampfes wurde die Richtigkeit der Berichte und Vorhersagen nicht mehr in Zweifel gezogen, der Außenminister Hughes zeigte sich zunehmend Houghtons Vorschlägen gegenüber aufgeschlossen [1506].

Der Separatistenputsch vom 21. Oktober und die Ausrufung der unabhängigen rheinischen Republik waren die Ereignisse, die innerhalb weniger Tage zur Klärung der Standpunkte führten. Während sich Poincaré am 30. Oktober dazu entschied, hinter der offiziell erklärten Neutralität einen Rheinstaat in irgendeiner Form anzustreben, signalisierte die US-Administration bereits am 25.10. ihre Ablehnung einer solchen Entwicklung. Die Regierung in London sah die französische Rheinpolitik als Verletzung des Friedensvertrages, und Belgien distanzierte sich im November von den Aktivitäten im besetzten Gebiet. Der offene

---

1504. S. McDougall, France's, a.a.O., S. 304-316, bes. S. 306 und S. 308.

1505. S. Erdmann, Adenauer, a.a.O., S. 74-78 und S. 117; Bischof, Erwin, Rheinischer Separatismus 1918-24. Hans-Adam Dortens Rheinstaatbestrebungen (Europäische Hochschulschriften Reihe III. Geschichte und ihre Hilfswissenschaften. Bd. 4). Bern 1969, S. 127 und S. 136; Williamson, D.G., Great Britain and the Ruhr Crisis, 1923-1924, S. 70-91 in: British Journal of International Studies 3. 1977, S. 83f. (Im folgenden zitiert als: Williamson, Great Britain, a.a.O.); Helmreich, Belgium, a.a.O., S. 290.

1506. Vgl. Jones, Houghton, a.a.O., S. 33.

Separatismus brach in blutigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern der Bewegung in den betroffenen Gebieten bis zum Jahresende zusammen.

Die weitere Auseinandersetzung um die Behandlung Deutschlands sowie um konstruktive Schritte zur Problemlösung führten nun die Alliierten hauptsächlich untereinander. Dabei wurde an einer zentralen Stelle nun eine völlige Kehrtwendung der bisherigen Politik vollzogen. Das konkrete Ereignis, bei dem diese Veränderung sichtbar wurde, war die Kronprinzenaffäre. Am 23. Oktober, also mitten im Separatistenaufstand und kurz vor der anscheinend so nahgerückten Desintegration des Reiches, kehrte der Kronprinz der Hohenzollern nach Deutschland zurück. Sofort brachte Frankreich den Fall vor die Botschafterkonferenz. Und obwohl auch Großbritannien die Rückkehr des Kronprinzen verurteilte, weigerte es sich strikt und erfolgreich, der französisichen Forderung nach Sanktionen nachzugeben. Mit Recht betrachtet der Historiker Mayer diesen Vorfall als das *"de-facto-Ende der Sanktionen"*, dessen Bedeutung für die Sicherheit des Reichs *"nicht hoch genug eingeschätzt werden"* kann. Mit der Weigerung aller Alliierten und dem französischen Nachgeben in diesem Punkt war das Ende der Sanktionspolitik faktisch schon erreicht, bevor sie in der Londoner Konferenz auch vertraglich weitgehend eingeschränkt wurde [1507].

Der nächste wichtige Schritt war die Drohung der Briten vom 19. November, die Botschafterkonferenz und andere inter-alliierte Körperschaften zu verlassen, wenn Frankreich nicht von seinem destruktiven Kurs in den besetzten Gebieten ablassen würde [1508]. Gleichzeitig wurde der amerikanische Außenminister aktiv. *"Nachdem sogar die 'Vorleistung' Deutschlands, die Beendigung des passiven Widerstandes, nicht zu einer Verständigung führte, sondern Frankreichs wirtschaftspolitische Hintergedanken hegemonialer Art greifbare Gestalt annahmen und gleichzeitig Deutschland durch die Umsturzversuche von links und rechts ins Chaos zu versinken drohte, wurde auch Hughes klar, daß die Ausübung der amerikanischen Schiedsrichterfunktion nur durch einen spürbareren gemeinsamen britisch-amerikanischen Druck inszeniert werden konnte"* [1509]. Der amerikanische Außenminister griff den britischen Vorschlag auf, seine Idee einer internationalen Expertenkommission wieder

1507. Vgl. Mayer, Republik, a.a.O., S. 169-172 und S. 178f. (Zitate S. 179).
1508. Vgl. Jones, Houghton, a.a.O., S. 34.

zu beleben. Dafür setzte er sich in harten Konfrontationen mit dem französischen Botschafter ein. Als Druckmittel konnte er dabei auch eine gewisse finanzielle Abhängigkeit Frankreichs von den USA ins Spiel bringen. Die deutsche Regierung erhielt vom amerikanischen Außenminister den Rat, alles zu tun, um das parlamentarische System zu bewahren und die Währung zu stabilisieren. Ihr wurde darüberhinaus die Aussicht auf eine Reparationskonferenz gegeben [1510].

Am 30. November kam es zum nächsten entscheidenden Schritt. Die Reparationskommission setzte zwei Untersuchungsausschüsse über die Reparationsfrage ein, darunter den nach seinem Vorsitzenden benannten Dawes-Ausschuß. Im Auswärtigen Amt wurden die Hoffnungen auf die Arbeit dieser Ausschüsse zwar nicht geteilt, aber dennoch informelle Kontakte dorthin aufgebaut. Der Kontakt nach Großbritannien bestimmte in den folgenden Monaten den Charakter der deutschen Außenpolitik weitgehend. Das Auswärtige Amt übernahm dabei die Vorschläge des britischen Botschafters für den Umgang mit der Reparationskommission. Durch den Governor der Bank von England, der im *"ständige(n) Gedankenaustausch"* mit deutschen Vertretern stand, diesen aber verschwieg, und den britischen Botschafter wurden außerdem die britischen Vertreter in der Dawes-Kommission bearbeitet. Dem britischen Botschafter legten die Vertreter des Auswärtigen Amtes nahe, daß es unbedingt notwendig sei, in die Verhandlungen das Ruhrgebiet bzw. dessen Räumung einzubeziehen.

Zusammenfassend kann man hier festhalten, daß die deutsche Diplomatie nach dem Abbruch des Widerstands den Versailler Vertrag als Berufungsinstanz nutzte, denn dieser gab auch den Besiegten Rechte. Sie stellte einen Antrag an die Reparationskommission auf Überprüfung der Zahlungsfähigkeit. Ansonsten suchte sie in enger Anlehnung und in intensivem Austausch mit dem britischen Auswärtigen Amt, ihre Auffassungen dort einfließen zu lassen [1511]. Ein abgestimmtes Vorgehen der angelsächsischen Mächte führte zur Initiierung und, nach erfolgter französischer Zustimmung, zur Einsetzung zweier Untersuchungsausschüsse, die sich im Winter 1923/24 mit der

1509. Link, Stabilisierungspolitik, a.a.O., S. 189.

1510. Vgl. Jones, Houghton, a.a.O., S. 33f., Notiz über ein Gespräch mit Houghton von Carl v. Schubert am 13.11. S. ebd., S. 192 Anm. 45.

1511. Vgl. Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O., S. 221, 241, 244f., 215f. und S.

Reparationsfrage befaßten und im April 1924 ihren Bericht hierzu vorlegten. Diese wurden von den Regierungen angenommen, so daß der Weg für eine erfolgversprechende Konferenz im Sommer 1924 frei wurde [1512].

Ferner ist festzustellen, daß sich das Umfeld der Politik, das durch die öffentliche Meinung bestimmt ist, nach der Beruhigung der Situation in Deutschland veränderte. Nicht nur in Deutschland sondern auch in anderen europäischen Ländern setzte sich eine Stimmung durch, die eine Verbesserung der internationalen Beziehungen verlangte. Maier hält diese Stimmung für so bedeutsam, daß er zu dem Urteil kommt: *"In the face of the general sentiment for peace, European leaders would change course or be replaced."* [1513] Auch Hagspiel betont, daß nach der *"Fruchtlosigkeit der machtpolitischen Vorstöße und mit dem personellen Führungswechsel in beiden Ländern"* Positionen des Ausgleichs in weit stärkerem Maße durchdrangen. Er verweist dabei auf die 1923 in Hamburg neu gegründete Sozialistische Internationale. Sie hatte sich nach langem Ringen auf einen Reparationsweg verständigt, der sowohl französischen wie deutschen Mitgliedern gerecht zu werden schien. *"Dem unaufhörlichen, prestigesüchtigen Kräftemessen stellten sie das alternative Konzept einer inneren und äußeren Demokratisierung Deutschlands entgegen"*. Und, so Hagspiel, es waren *"in nicht geringem Maße die Gedanken der sozialistischen Internationale, die... in die deutsch-französische Außenpolitik Eingang fanden"* [1514]. Diese Grundstimmung war einer der Gründe, daß die Ergebnisse der Dawes-Kommission eine positive Aufnahme finden und im Sommer 1924 erstmalig ein erfolgversprechender Versuch unternommen werden konnte, auf einer Konferenz über Reparationen zu einer einvernehmlichen Regelung zu kommen. Hier ging es vor allem darum, die Besetzung rückgängig zu machen und inhaltliche Fragen der Reparationen zu regeln.

Das Ziel, den Einmarsch rückgängig zu machen, war für das deutsche Reich nach der Aufgabe des Widerstands mit eigenen Mitteln nicht mehr erreichbar. Hier waren es die Finanziers, die die Räumung des Ruhrgebietes ganz oben bei den Bedingungen nannten, die als Voraussetzung für jegliche

---

211 (Zitat S. 244). S. ferner Erdmann, Adenauer, a.a.O., S. 87-106, bes. S. 97.

1512. Vgl. Maier, Recasting, a.a.O., S. 411; Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O., S. 221 und S. 246-250.

1513. Vgl. Maier, Recasting, a.a.O., S. 420.

deutsche Anleihe und damit für jegliche Finanzierungsgrundlage von Reparationszahlungen genannt wurden [1515]. Die Räumung des besetzten Gebiets war somit im Kern in den Beratungsergebnissen des Dawes-Komitees enthalten, indem dort u.a. die Einheit des deutschen Wirtschaftsgebiets als Voraussetzung für effektive Reparationen genannt wurde [1516]. Ganz richtig setzte dies eine *"radikale Änderung der Ruhr-Besetzung"* voraus, *"die fast einer Räumung gleichkäme."* [1517] In diesem Punkt blieben die Gegensätze bis zu Londoner Konferenz unvereinbar. So unnachgiebig der französische Ministerpräsident die Besetzung verteidigte, so sehr drängten jetzt Großbritannien und die USA darauf, *"die Politik der Pfänder endgültig und bedingungslos aufzugeben."* [1518]

Der Erfolg dieses Verhandlungsprozederes wurde durch einen permanenten Druck Großbritanniens und der USA auf die Entscheidungsträger in Deutschland sichergestellt. Am 9.4. 1924 stellten die Experten der Dawes-Kommission ihre Ergebnisse vor. Die Reichsregierung wurde aufgefordert, ihre Bereitschaft zur Teilnahme an den Diskussionen hierüber zu erklären. Daraufhin setzte eine Kampagne der britischen Regierung ein, um eine eindeutige, durch keine opportunistische Einwände verwässerte Zustimmung zu erhalten. Intern formulierte die Reichsregierung die Voraussetzungen, unter denen sie sich eine Lösung vorstellen konnte, und ließ diese kritischen Fragen der britischen Regierung zukommen [1519]. Schließlich nahm die Reichsregierung das Gutachten der Dawes-Kommission an. Der Text stammte wortgetreu vom amerikanischen Botschafter Houghton. Dieser bearbeitete in der Folgezeit die Deutschnationale Volkspartei, deren Haltung zu dieser Frage entscheidend

---

1514. Hagspiel, Verständigung, a.a.O., S. 94f. (Zitate S. 95).

1515. Vgl. die Besprechung Owen D. Youngs mit Lamont vom Bankhaus Morgan in: Hogan, Lamont, a.a.O., S. 15f.

1516. Vgl. Mayer, Republik, a.a.O., S. 183; Holz, Kurt A., Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse. Frankfurt 1977. 2 Bde. Band I: Text, S. 26 und S. 38f, deutsche Presseberichte zu Beginn und den Ergebnissen der Dawes-Beratungen. (Im folgenden zitiert als: Holz, Diskussion, Bd. I, a.a.O.).

1517. Vgl. Holz, Diskussion, Bd. I, a.a.O., S. 30, Stand Mitte Februar, s. Bericht in der Germania, "Frankreichs Furcht vor dem Sachverständigen-Bericht" (Zitat, das ein von der Temps verbreitetes Gerücht aufgreift); ebd., S. 40, Frankfurter Zeitung v. 10.4.24.

1518. Ebd., S. 31, s. die Kölnische Volkszeitung v. 22.2.24.

1519. Vgl. zur britischen Kampagne Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O., S. 246-

war. Deren Führer versicherten ihm, trotz der entgegengesetzten Wahlpropaganda, die Zustimmung im Reichstag nicht zu versagen. Ende Mai 1924 hielt Houghton den Boden für soweit bereitet, daß die Annahme des Expertenplans gesichert erschien [1520].

In die französische Haltung brachte in dieser Hinsicht erst der Wahlausgang der Parlamentswahlen im Frühjahr 1924 entscheidende Bewegung. Der bislang regierende Bloc national konnte aus dem Sieg an der Ruhr keinen bleibenden Nutzen ziehen. Zum einen führte die seit Januar 1924 stark steigende Inflation den Linksparteien Wählerschichten zu. Und auch die Stabilisierung der Währung rettete die Regierung nicht, denn sie mußte mit höchst unpopulären Steueranhebungen durchgeführt werden. Die Linken griffen die Steuerpolitik der Regierung mit politischen und wirtschaftlichen Argumenten an. Mit den neuen Steuern, so argumentierte der Sozialistenführer Léon Blum, wollte sich die Regierung von der Ruhrpolitik loskaufen, einer Politik, die seit mehr als zwei Jahren eine gütliche und produktive Regelung des Reparationsproblems verhindert habe [1521]. Bei den Parlamentswahlen erhielt das "Linkskartell", bestehend aus Sozialisten, Radikalen, Linksradikalen und sozialistischen Republikanern einen großen Zuwachs an Parlamentssitzen (weniger an Stimmen) [1522]. Unter dem neuen Ministerpräsidenten, dem Radikalsozialisten Herriot, erhielt die französische Regierung den entscheidenden Bewegungsraum. Der Wahlausgang in Deutschland schwächte dagegen diejenigen Parteien, die die bisherige Außenpolitik mitgetragen hatten. Die Deutschnationalen zogen als stärkste Fraktion in den Reichstag ein. Die Regierungspolitik wurde indessen kontinuierlich weitergeführt, da die vorherige Regierung Marx in fast unveränderter personeller Besetzung weiterarbeiten konnte [1523].

Im Londoner Abkommen im Anschluß an die Konferenz in London im Juli und August 1924 wurde der Ruhrkampf beigelegt, indem eine Amnestie vereinbart und das Procedere des Rückzugs entwickelt wurde [1524]. Im Vorfeld und während des Verhandlungsmarathons setzten britische und

---

250.

1520. Vgl. Jones, Houghton, a.a.O., S. 35f.

1521. S. zusammenfassend Maier, Recasting, a.a.O., S. 458-480; ebd., S. 466, Blum am 22.2.1924. Zur Stellung Blums innerhalb der französischen Sozialisten s. Hagspiel, Verständigung, a.a.O., S. 89-101, bes. S. 91.

1522. Vgl. Hagspiel, Verständigung, a.a.O., S. 207.

1523. Vgl. Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O., S. 251 und S. 252f.

amerkanische Diplomaten ihr Spiel hinter den Kulissen fort, um durch gezielte Informationsweitergabe die jeweiligen Entscheidungsträger auf Linie zu bringen.

Auf der Reparationskonferenz trafen sich die Alliierten im ersten Konferenzabschnitt allein. Währenddessen hielt nicht nur Houghton die Deutschen über den Gang der Verhandlungen informiert und beruhigte die Sorgen vor einem alliierten Diktat [1525]. Auch die britische Delegation stand im vertraulichen Kontakt mit Berlin und vertrat deutsche Interessen mit [1526].

In der Frage der Räumung des besetzten Gebiets brachte die Konferenz den für Deutschland wie für Frankreich prestigewahrenden Durchbruch, nachdem die Bankiers auch auf der Konferenz die Frage der militärischen Besetzung mit der Gewährung der Anleihe in Verbindung brachten. Die Lösung bestand in einem diplomatischen Briefwechsel der beteiligten Regierungen über die Räumung des besetzten Gebiets in spätestens einem Jahr und der demonstrativen sofortigen Räumung Dortmunds [1527]. Dieses französische Versprechen wurde von der amerikanischen Seite unterstützt, die über die deutschen Minimalpositionen voll im Bilde war [1528]. Die deutsche Seite machte in der Zeitfrage Zugeständnisse, indem sie sich auf eine längere Räumungsfrist einließ und erhielt dafür Kompensationen in Details der Reparationsaufbringung und dem Charakter der Besetzung. So sollte die 'wirtschaftliche' Räumung des Ruhrgebiets nach 85 Tagen vollzogen sein, eine vollständige Amnestie wurde vereinbart und die Rückkehr der Ausgewiesenen [1529]. Die Amnestie bezog sich dabei nicht explizit auf den Zeitraum des passiven Widerstandes, sondern auf den gesamten Zeitraum seit dem Einmarsch der Truppen am 11.1.1923 [1530].

1524. Vgl. Helmreich, Belgium, a.a.O., S. 297-299; Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O., S. 266-268.

1525. Vgl. Jones, Houghton, a.a.O., S. 36.

1526. Vgl. Hagspiel, Verständigung, a.a.O., S. 215.

1527. Vgl. Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O., S. 266-268.

1528. Vgl. Jones, Houghton, a.a.O., S. 36, Kontakt Botschafter Houghton-Kellogg.

1529. Vgl. Kaiser, Lord D'Abernon, a.a.O., S. 112.

1530. ZStA, RFM, Nr. 398/7, Beih. 8, Bl. 5, Amnestie aufgrund Londoner Konferenz und Locarno, Art. 7 Anhang III des Londoner Protokolls.

Daß die sachlichen Fragen, die im Londoner Abkommen 1924 geregelt wurden, so weitgehend mit deutschen Wunschvorstellungen übereinstimmten, liegt strukturell an der weitgehenden Parallelität der Interessen mit denen der angelsächsischen Mächte und der entscheidenden Finanziers.

1. Militärische Interventionen gegenüber Deutschland wurden an bestimmte, schwer zu erfüllende Bedingungen gebunden.

2. Bei Meinungsverschiedenheiten in Reparationsfragen wurde ein Schiedsgericht installiert, das paritätisch besetzt werden sollte.

3. Als Sicherheit kamen nicht mehr territoriale Pfänder, sondern allgemeinwirtschaftliche Garantien in Betracht.

4. Reparationszahlungen wurden von nun an so gestaltet, daß sie die deutsche Wirtschaft und Währung nicht in Gefahr brachten.

5. Deutschland erhielt eine internationale Anleihe, um die Zahlungen in Gang zu bringen.

6. Die Räumung des Ruhrgebiets sowie eine Amnestie und eine Rückkehr der Ausgewiesenen wurden zugesichert.

7. Einseitige Sanktionsmöglichkeiten wurden eingeschränkt.

Auf der anderen Seite hatte sich das Deutsche Reich erstmals freiwillig zum Zahlen verpflichtet. Die Gesamthöhe der Reparationen war nicht verringert worden.

Im Hintergrund erhielten die USA entscheidende Einwirkungsmöglichkeiten in der Reparationskommission, in der deutschen Wirtschaftspolitik und in diversen Schiedsgerichten [1531].

Nach der Einigung auf der Londoner Konferenz mußte in Deutschland noch die Zustimmung des Reichstages zu den Dawes-Gesetzen eingeholt werden. Am 20. August fand dazu ein Gespräch zwischen einer Delegation der DNVP und Botschafter Houghton über ihre Bedingungen für die Annahme des Dawes-Planes statt. Nachdem sich Houghton zweimal geweigert hatte, die Delegation zu empfangen, mit dem Hinweis, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Deutschlands mischen zu können, gab er dem Drängen des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt nach, der ihn im Namen des Reichspräsidenten und des Kabinetts darum bat. In dem Gespräch mit der Delegation der DNVP warnte Houghton vor einer Zurückweisung des Dawes-Planes und hielt für diesen Fall das Scheitern der in Deutschland so dringend gewünschten Anleihe in den USA für möglich. Bei einer Zustimmung jedoch kündigte er an, daß wohl mehr als die im Dawesplan vorgesehenen 200 Mio. Dollar zur Verfügung gestellt würden. *"In other words,"* so kommentiert der amerikanische Historiker Jones diese Taktik, *"American economic power could be used als a carrot or a stick to bring Germans as well as Frenchmen into line"* [1532]. Am 29.8. 1924 nahm der Reichstag den Dawes-Plan an, am 30.8. 1924 wurde das Londoner Protokoll unterzeichnet.

Am 10.10.1924 wurde die Anleihe gewährt und am 20.10.1924 Dortmund geräumt. Am 28.10.1924 wurde die Micum aufgelöst, und am 29.10.1924 stellte die Reparationskommission die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Einheit des Reichs fest [1533].

Die Bedeutung des Dawesplans für den Gesamtkonflikt liegt m.E. darin, daß er wichtige inhaltliche Teilfragen des Versailler Vertrages gütlich und einvernehmlich regelte und es erlaubte, die Eskalationsspirale wieder zurückzudrehen, die mit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet nochmals mit neuer Intensität in Gang gekommen war. In dieser Hinsicht war es ein wichtiger Deeskalationsschritt. Im Dawesabkommen blieb allerdings ein Bereich ungelöst, der für Frankreich ein auslösendes Moment der Ruhrbesetzung gewesen war, nämlich die Sicherheitsfrage. Auch die späteren

1531. Vgl. Hagspiel, Verständigung, a.a.O., S. 215-219.

1532. Vgl. Jones, Houghton, a.a.O., S. 36f. (Zitat S. 37).

Sicherheitsverträge von Locarno befriedigten die Sorgen des amerikanischen Botschafters in dieser Hinsicht nicht, insoweit, als sich das Reich die Revision der Ostgrenzen definitiv offenhielt. Houghton sah in diesen Verträgen einen vorübergehenden Aufschub, während *"pretty much everyone in Europe... believes that war is coming; and not so very far off"* [1534]. Die Locarno-Verträge, so prognostizierte Houghton dem amerikanischen Präsidenten, fixierten den Punkt, an dem der nächste große Krieg beginnen würde, an der deutsch-polnischen Grenze [1535].

3.6.4.2. Die Verteilung der Lasten im Innern Deutschlands

Die Frage nach der Verteilung der Lasten ist in zweierlei Hinsicht zu untersuchen. Einmal geht es in einem sehr direkten Sinne darum, wie die materiellen Schäden beglichen wurden, die der Ruhrkampf hinterlassen hatte. Zum zweiten ist zu fragen, welches "Zahlungsprogramm" in Sachen Reparationen sich durchsetzte, oder ob ein neues entwickelt wurde. Fragen dieser Art sind wichtig, um eine Kosten-Nutzen-Analyse des Widerstands aus unterschiedlichen Blickwinkeln zu ermöglichen.

Die Fähigkeit von organisierten Interessen, die "Allgemeinheit" für sich einzuspannen, war bei den Ruhrindustriellen am ausgeprägtesten entwickelt. Die Sachlieferungen der westdeutschen Industrie an die MICUM wurden durch eine Erstattung ersetzt, die frühestens zwei Jahre nach der Währungsstabilisierung erfolgen sollte. Am Kabinett und am Parlament vorbei wurden 900 Mio. Mark ausgezahlt, in denen *"erhebliche Gewinne für die Schwerindustrie"* steckten, *"die trotz eines später eingesetzen parlamentarischen Untersuchungsausschusses niemals ermittelt werden konnten."* [1536] Erst nachdem diese Transaktion Jahre 1925 bekannt wurde, entstand der Plan einer *"sozialen Ruhrentschädigung"* [1537]. Denn viele

---

1533. Vgl. Weidenfeld, Englandpolitik, a.a.O., S. 270f.

1534. Jones, Houghton, S. 37, Zitat in einem Brief an Präsident Coolidge am 26.6.1925.

1535. Ebd., S. 38, aus einem Brief an Präsident Coolidge v. 19.8.1925.

1536. Vgl. Krohn, Claus-Dieter, Steuerpolitik und Industrie in der Stabilisierungsphase: Von den Steuernotverordnungen im Winter 1923 zur Finanzreform im August 1925, S. 436 (Zitat) in: System, a.a.O. (Im folgenden zitiert als: Krohn, Steuerpolitik, a.a.O.). S. dazu ausführlicher Krohn, Claus-

Bürgerinnen und Bürger, die während des Ruhrkampfes Opfer gebracht hatten, warteten noch auf eine Entschädigung [1538]. Auf die Streitigkeiten der Interessenten und ihrer Lobbyisten in Parlamenten und Ministerien, die mit der Aufteilung der Mittel verbunden war, soll hier nicht eingegangen werden. Im Ergebnis bedachte diese *"hochpolitische Aktion"* zumindest nachträglich einige wesentliche Widerstandsgruppen mit einer gewissen Abfindung. Die Mittel wurden unter den Gewerkschaften (ADGB, DGB, Afa-Bund und Gewerkschaftsring) mit 10 Mio. zur eigenständigen Verfügung verteilt. Die restlichen 20 Mio. verteilten die vom Widerstand betroffenen Länder an Gemeinden und an das Gewerbe. Die politische Wirkung dieser Entschädigung kam zunächst der Reichsregierung zugute. Als im Dezember 1927 über die industrielle Ruhrentschädigung im Reichstag diskutiert wurde, waren die Hilfsgelder der Aktion gerade verteilt. Auch die Abgeordneten, die die Aktion initiiert hatten, profitierten bei nachfolgenden Ämterbesetzungen von ihren Aktivitäten. Und schließlich hatte es auch der Gewerkschaftsausschuß erreicht, *"daß die Verdienste seiner Organisation während des Ruhrkampfes von den Regierungen des Reichs und der Länder offiziell gewürdigt wurden"* [1539].

Dieter, Stabilisierung und ökonomisches Interesse. Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1923-1927. Düsseldorf 1974, S. 105-112. (Im folgenden zitiert als Krohn, Stabilisierung, a.a.O.).

1537. S. dazu ausführlich Blaich, Fritz, Der "30-Millionen-Fonds" - Die Auseinandersetzung um eine soziale Ruhrentschädigung, S. 450-476 in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 113. 1977. (Im folgenden zitiert als: Blaich, "30-Millionen-Fonds", a.a.O.).

1538. Ebd., S. 451, 453 und S. 457.

1539. Vgl. Feldman, Gerald D., Der Historiker und die deutsche Inflation, S. 55-66 in: Feldman, Gerald D., Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise: Studien zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1914-1932 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Bd. 60). Göttingen 1984, S. 65, beobachtet dieses Phänomen der extrem unterschiedllichen Durchsetzungsfähigkeit bestimmter organisierter Interessen für die Inflationszeit und hält es für bedeutsam bei der Vorgeschichte des Faschismus, indem es "vorindustrielle und antikapitalistische Gefühle" wachgerufen habe. (Im folgenden zitiert als: Feldman, Historiker, a.a.O.). Vgl. dazu BA, NL Jarres, Bd. 47, den Brief der Rechtsanwälte Jörissen/ Springsfeld an Jarres v. 14.3.1924 über die Auseinandersetzungen, die Eisenbahner mittlerweile mit Reichsstellen über ihre Entschädigung führten. Ihnen blieb die Appellation oder der individuelle Rechtsweg. S. zur "sozialen Ruhrentschädigung"

In der Gesamtbilanz von Nutzen und Kosten des Widerstands konnte diese späte Anerkennung allerdings für die Gewerkschaften nur ein schwacher Trost sein. Ihren eigentlichen Kampf hatten sie verloren. Die Schlüsselstellung der Ruhrindustrie für die Regelung des Reparationskonflikts, die bei der Analyse der Konfliktdynamik beschrieben worden war, hatte sich durch den Ruhrkampf zwar verändert. Maier beschreibt die Verschiebung der Machtbalance treffend folgendermaßen: Frankreich habe sich stark genug gezeigt, die deutsche Industrie zum Zahlen zu zwingen, aber es sei international zu verwundbar gewesen, um das Rheinland von Deutschland zu trennen. Die deutsche Industrie habe zwar den Franzosen nachgeben müssen, aber sie sei stark genug gewesen, um Berlin den größten Teil der Rechnung aufzubürden [1540].

Die Verteilung der Lasten der Reparationen kann man auf die Kontroverse zuspitzen, wie die aufzubringenden Leistungen zu erwirtschaften seien. Im Konzept der Arbeitgeber besaß die Verlängerung der Arbeitszeit hier Priorität, wobei im übrigen selbst Sozialdemokraten Ausnahmen von den geltenden Arbeitszeitverordnungen durchaus ins Auge faßten. Kaum war der gemeinsam geführte Kampf im Ruhrgebiet eingestellt, gingen dort die Arbeitgeber der Schwerindustrie in die Offensive. Ohne das neue Ermächtigungsgesetz abzuwarten, das möglicherweise die Forderungen befriedigt hätte, beschloß der Zechenverband in einem einsamen und einseitigen Beschluß, die Arbeitszeit unter Tage ab dem 8. Oktober um eineinhalb Stunden zu erhöhen. Am 5. Oktober erbat ein Vertreter dieser Gruppe die Billigung dieses Vorgehens vom Kommandierenden General der Besatzungstruppen, der sich indessen weigerte, gegen deutsche Gesetze zu verstoßen. Auch der Reichskanzler weigerte sich strikt, dieses Vorgehen zu akzeptieren, das eine heftige öffentliche Kritik an der Schwerindustrie ausgelöst hatte [1541].

Das war also der Lohn für die deutschen Arbeiter, so lautet Maiers sarkastischer Kommentar, für ihr Aushalten im passiven Widerstand. Dieser erste Frontalangriff der Arbeitgeber scheiterte [1542], weitere taktische

---

Blaich, "30-Millionen-Fonds", a.a.O., S. 450-476, bes. S. 470 (Zitate S. 473, 475 und S. 476).

1540. Vgl. Maier, Recasting, a.a.O., S. 419.

1541. Vgl. Feldman/ Homburg, Industrie, a.a.O., S. 147f. S. ebenso Weisbrod, Bernd, Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise. Wuppertal 1978, S. 147-149.

Varianten erwiesen sich bis Dezember 1923 dann als erfolgreich. Es folgten Aussperrungen und gezielte, abgesprochene Verkürzungen der Arbeitszeit, mit Löhnen am Existenzminimum, die den Widerstand der Gewerkschaften im besetzten Gebiet schließlich brachen, die teilweise nicht mehr in der Lage waren, Streikunterstützung zu zahlen [1543]. Anfang Dezember gaben die Gewerkschaften die Parole aus, die von den Arbeitgebern diktierten Arbeitszeiten und Schichtsysteme übergangsweise zu aktzeptieren.

Die Wirtschaftshistoriker Feldman und Homburg erklären diesen Wandel so: *"Die Gewerkschaftsführer konnten ihre Politik nicht ohne die Basis machen. Die Masse der schlecht genährten und schlecht entlohnten Arbeiter war jedoch ausreichend 'ausgehungert', um die neuen Einstellungsbedingungen in dumpfer Resignation hinzunehmen."* [1544] Obwohl staatlicherseits versucht wurde, die Kosten einer Mehrarbeit auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen zu verteilen [1545], konnte sich die Industrie auch gegenüber der staatlichen Schlichtungsinstanz zunächst durchsetzen [1546]. Die Empfänger staatlicher Leistungen traf die drastische Kürzung der Sozialleistungen. Darüberhinaus verschafften die Steuerreformen den Besitzenden weitere eindeutige Vorteile [1547].

3.7. Diskussion der zeitgenössischen und wissenschaftlichen Einschätzungen der Wirksamkeit und Wirkungen des Widerstands

In der Literatur fällt die Einschätzung über den passiven Widerstand recht unterschiedlich aus, je nachdem, welcher Aspekt im Vordergrund steht. Das

---

1542. Vgl. Maier, Recasting, a.a.O., S. 390.

1543. Vgl. Feldman/ Homburg, Industrie, a.a.O., S. 151-156; Steinisch, Arbeitszeitverkürzung, a.a.O., S. 474-483; Maier, Recasting, a.a.O., S. 445-447 und S. 449.

1544. Feldman/ Homburg, Industrie, a.a.O., S. 155.

1545. Vgl. Wulf, Stinnes, a.a.O., S. 438f.

1546. Vgl. Maier, Recasting, a.a.O., S. 448; Feldman/ Homburg, Industrie, a.a.O., S. 159; Steinisch, Arbeitszeitverkürzung, a.a.O., S. 471f.

1547. S. dazu Witt, Finanzpolitik, a.a.O., S. 422-424; Krohn, Steuerpolitik, a.a.O., S. 427-435; Maier, Recasting, a.a.O., S. 381.

unmittelbare Ziel, Reparationen von Deutschland einzutreiben, darüber besteht weitgehend Einvernehmen, wurde nur höchst unzulänglich erreicht [1548].

Die Machtprobe, in der es darauf ankam, den deutschen Widerstandswillen gegen Reparationszahlungen zu brechen, entschied Frankreich für sich [1549]. Denn das Deutsche Reich mußte den Kampf bedingungslos nach Erschöpfung seiner Kräfte und ohne Aussicht auf Erleichterung der Besatzungsbedingungen abbrechen. D'Abernon, als britischer Botschafter in Berlin ein engagierter Zeitzeuge, meint jedoch, daß die Ruhrbesetzung schon im Anfangsstadium scheiterte. Denn *"(d)ie Gewalt verlangt sofortigen Erfolg. Sobald sie einmal gedämmt oder aufgehalten wird, ist das Spiel verloren."* [1550] Damit spielt er auf die machtpolitische Seite der Konfrontation an. Ein Einmarsch ohne Widerstand hätte das Deutsche Reich als Machtfaktor auf dem europäischen Kontinent ausgeschaltet [1551]. Diese Sichtweise erweist sich als richtig, wenn der Ausgang des Reparationskonflikts mitberücksichtigt wird. Hier war es Frankreich nicht

---

1548. Vgl. Albrecht-Carrié, France, Europe and the Two World Wars. 1960, S. 140. (Im folgenden zitiert als: Albrecht-Carrié, France, a.a.O.); Helmreich, Belgium, a.a.O., S. 275; Pitts, Vincent J., France and the German Problem. Politics and Economics in the Locarno Period (Modern European History). New York, London 1987, S. 4; Williamson, Great Britain, a.a.O., S. 73. Optimistischer Marks, Sally, The Illusion of Peace. International Relations in Europe 1918-1933. London 1976, S. 51. (Im folgenden zitiert als: Marks, Illusion, a.a.O.).

1549. Darauf kommt es Albrecht-Carrié, France, a.a.O., S. 139f., besonders an, der hierin den Erfolg sieht. In die gleiche Richtung, aber abwägender, urteilt Erdmann in Gebhardt, s. Gebhardt - Handbuch der deutschen Geschichte. 9. neubearb. Auflage. Hrsg. v. Herbert Grundmann. Bd. 4, 1. Teilband: Der erste Weltkrieg. Die Weimarer Republik. Bearbeitet von Karl Dietrich Erdmann. 1973, S. 246. (Im folgenden zitiert als: Gebhardt, a.a.O.).

1550. D'Abernon, Botschafter, Bd. II, a.a.O., S. 39.

1551. Ebd., S. 37. Insofern ist die These von Lee/ Michalka, German, a.a.O., S. 45, daß nicht der Widerstand, sondern die britische Politik der entscheidende Faktor für das Fehlschlagen der französischen Politik war, zeitlich zu differenzieren. Die britische Feindschaft gegenüber der Pfänderpolitik schlug sich 1923 zunächst im Nichthandeln nieder. Ohne deutschen Widerstand wäre die britische Position sicherlich schwächer gewesen. So auch Krüger, Außenpolitik, a.a.O., S. 201f.

mehr möglich, die Bedingungen der Reparationszahlungen festzusetzen, vielmehr waren es die Positionen der angelsächsischen Länder, die in diesem Fall mit den Interessen des Deutschen Reichs parallel gingen [1552].

Der Ruhrkampf trug zu dieser Entwicklung jedoch eher indirekt bei, indem er, neben anderen Faktoren, den bereits wirkenden Prozeß der Hyperinflation weiter beschleunigte und die mit dieser zusammenhängenden [1553] sozialen und politischen Krisenerscheinungen dramatisierte. Diese destabilisierenden Wirkungen auf die wirtschaftliche und politische Lage Europas, auf die Teile der Literatur abheben, gehörten zum Kalkül und Konzept des Widerstands. Dieser Gesamtwirkung ist m.E. richtigerweise die Schockwirkung und die Bereitschaft zum Umdenken in den politisch verantwortlichen Zirkeln und der öffentlichen Meinung zuzuschreiben, in deren Folge verständigungsbereite Kräfte eine Zeit lang die Politik stärker bestimmen konnten [1554].

Doch von der Phase des passiven Widerstands sind analytisch die Monate nach seiner Aufgabe bis zur beginnenden Stabilisierung im Winter 1923/24 zu trennen, in denen Frankreich eine gezielte Verzögerungstaktik betrieb, um durch eine fortschreitende politische und wirtschaftliche Destabilisierung vielleicht doch noch die Desintegration des Reichs zu erreichen. Das Reich wehrte sich in dieser Phase mit den verbliebenen, äußerst begrenzten diplomatischen Mitteln, indem es lediglich an Rechtspositionen festhielt. Die einseitige Fortsetzung der Eskalation durch Frankreich, die nicht im passiven Widerstand begründet werden konnte, führte die Intervention der angelsächsischen Mächte herbei. Diese machte

---

1552. Vgl. Marks, Illusion, a.a.O., S. 51, betont die Fortsetzung der "Schlacht" nach September 1923.

1553. Vgl. Carsten, Reichswehr, a.a.O., S. 215; Feldman, Historiker, a.a.O., S. 59.

1554. Aldcroft, Jahre, a.a.O., S. 103; Meier-Welcker, Seeckt, a.a.O., S. 363; Steinisch, Arbeitszeitverkürzung, a.a.O., S. 461, spricht vom "coup de grace", den "der Ruhrkonflikt für die deutsche Wirtschaft" bedeutete; ebd., S. 464.

sowohl dem Separatismus als auch der französischen Vorherrschaft in den Reparationsorganen ein Ende [1555]. Frankreich hatte die Schlacht gewonnen, aber den Krieg verloren [1556].

Dieser Hintergrund der Veränderung der internationalen Lage gab der Einschätzung des deutschen Arbeitsministers Brauns bei Ende des passiven Widerstands eine gewisse Berechtigung, daß *"(o)hne den Abwehrkampf an Rhein und Ruhr ... eine Umstellung in der politischen Weltlage undenkbar (war). Wenn man Aussenpolitik treiben wolle, könne man das nicht durch Reden, sondern es müssten auch Fakta gesetzt werden, um die Gegenseite zu einer anderen Politik zu zwingen. So haben wir denn auch tatsächlich durch diesen Kampf die aussenpolitische Weltlage vollständig gewendet"* [1557].

Den Schaden bei diesem Ausgang des Ruhrkampfs und der Art seiner Beendigung hatte nicht zuletzt die demokratische, republikanische Staatsform [1558]. Sie schien im Herbst 1923 nicht mehr fähig, die Krise zu meistern, so daß Diktaturkonzepte bis in SPD-Kreise hinein die Runde machten [1559]. Der demütigende Abbruch war offensichtlich unmittelbarer Auslöser für den Buchrucker-Putsch in Küstrin und mittelbar bei der Eskalation zwischen Reich und Bayern wirksam [1560]. Schließlich wurden mit den Gewerkschaften gerade die überzeugtesten Anhänger der

---

1555. Meine Zuordnung von Ursachen unterscheidet sich insofern von der Erdmanns in Gebhardt, a.a.O., S. 247.

1556. Vgl. Marks, Illusion, a.a.O., S. 54.

1557. ZStA, RAM 2959, Bl. 71-76, hier Bl. 72, Protokoll über die von der Pressestelle der Reichsregierung einberufene Pressekonferenz ... in Hamm am 27.9.

1558. Vgl. Albertin, Faktoren, a.a.O., S. 668f.; Brauweiler, Generäle, a.a.O., S. 43 und S. 36.

1559. Vgl. Maier, Recasting, a.a.O., S. 382-384; Meier-Welcker, Seeckt, a.a.O., S. 374f.; Wulf, Stinnes, a.a.O., S. 392; Krisenjahr 1923, a.a.O., S. XII, zur "Diktatur des Reichspräsidenten".

1560. Vgl. Erdmann, Adenauer, a.a.O., S. 106; Maier, Recasting, a.a.O., S. 375; Carsten, Reichswehr, a.a.O., S. 188.

republikanischen und sozialen Demokratie entscheidend geschwächt und dem Staat entfremdet, die ihre Organisationen für staatliche Zwecke bis zuletzt eingespannt hatten [1561].

Dies ist der Gesamtkontext des Widerstands, der bei der folgenden Diskussion der Ergebnisse in Rechnung gestellt werden muß.

1561. Witt, Finanzpolitik, a.a.O., S. 424; Maier, Recasting, a.a.O., S. 450 mit Blick auf die Reichstagswahlen 1924.

4. Zusammenfassung der Ergebnisse

4.1. Auswertung der historischen Analyse für die Soziale Verteidigung

4.1.1. Gründe für den Verlauf

4.1.1.1. Grundlegende Handlungsmuster der Akteure: Experimentieren nach Versuch und Irrtum, Übertragung neuer Herausforderungen in bekannte Konzepte, Entwicklung einer handlungsleitenden Orientierung

Die historische Analyse fragte nach den Gründen für die mangelnde Abstimmung der Ressourcen mit der zeitlichen Perspektive der Diplomatie. Zu allererst ist dabei zu klären, ob die Probleme, die sich in der Rückschau deutlich zeigen, in der Wahrnehmung der Akteure überhaupt eine Rolle gespielt haben.

Es ist ein durchgängiges und auffälliges Merkmal der Recherche gewesen, daß diejenigen Entscheidungen oder Nicht-Entscheidungen, die sich im Verlauf des Widerstands als schwere Fehler herausstellten, in der Regel frühzeitig erkannt und in den Entscheidungsgremien zum Thema gemacht wurden. Eine Ausnahme bilden die Vorstellungen und Einwände, die pazifistische Organisationen machten. Ihnen gelang es nicht, mit ihren Anregungen die Diskussionsprozesse in den Entscheidungsgremien zu beeinflussen, was die sachliche Relevanz der Argumente nicht schmälert.

Die bürokratischen Entscheidungsinstanzen zeichneten sich durch eine große Bereitschaft aus, sich auf eine neue und unbekannte Situation einzustellen. Die Politik der Reichsbank ist hier eine Ausnahme und ebenso die Außenpolitik. Beide orientierten sich wesentlich an alten Vorbildern, was zur Ausblendung von Handlungsmöglichkeiten und zur Engführung der

Strategie führte. Mit den unbekannten Herausforderungen ging man im bürokratischen Apparat so um, daß, wenn vorhanden, bekannte Verfahren auf die neue Situation angepaßt wurden [1562].

Entscheidungen mußten ständig unter großer Unsicherheit gefällt werden [1563]. Der experimentelle Charakter der Auseinandersetzung ließ die Folgen der eigenen Handlungen oft nicht überblicken. Man bemühte sich, entstandene Fehlentwicklungen zu korrigieren sowie die Rahmenbedingungen für den Widerstand ständig den Erfordernissen anzupassen. In dieser Phase befanden sich die Akteure wieder auf bekanntem Gebiet. Sie stießen an die Grenzen ihrer eigenen Organisationen oder auf die widerstreitenden Interessen, unterschiedlich ausgeprägten Handlungsmöglichkeiten und -ziele der verschiedenen anderen sozialen Akteure.

Die Erfahrung mit dem Ruhrkampf könnte, würde sie genutzt, den Bereich des Unbekannten verringern und den Blick dafür schärfen, welche Strukturelemente innerhalb und zwischen sozialen Akteuren eine zivile Widerstandsfähigkeit stärken können. Grundsätzlich werden sich Unwägbarkeiten aber wohl nicht vermeiden lassen, und so gibt es wahrscheinlich keine Alternative zum Experiment und zur Korrektur. Die ermutigenden Erfahrungen des Ruhrkampfs sind hier, daß sich Fehlentwicklungen durchaus frühzeitig andeuteten, daß sie auffielen und daß sie hätten korrigiert werden können.

4.1.1.2. Die zentrale Frage nach der Abstimmung von Ressourcen und zeitlicher Perspektive

So ist auch die Frage nach einer Anpassung der zeitlichen Perspektive an die eigenen Kräfte bzw. nach der Zielperspektive frühzeitig gestellt und rechtzeitig diskutiert worden; die Möglichkeit einer Anpassung der Widerstandskräfte an die zeitliche Perspektive bestand also. Sie wurde dadurch vergeben, daß die anfangs installierte, ressourcenaufwendige Form des Widerstands zur Idealvorstellung des Widerstands stilisiert wurde und möglichst beibehalten werden sollte. Die zeitliche Perspektive wurde

---

1562. S. oben S. 111f. und S. 407-409.

1563. S. oben S. 169-173 und S. 321-329.

jeweils um einige Wochen oder wenige Monate nach hinten verschoben und damit der Moment der Anpassung schließlich verpaßt. Eine Vergrößerung der Kräfte durch die Mobilisierung zusätzlicher finanzieller Ressourcen oder durch effizienzsteigernde Optionen des Widerstands im besetzten Gebiet und damit ein Hinausschieben des Anpassungsdrucks, gelangen nicht. Während der Widerstand immer auf ein kurzfristiges Durchhalten ausgerichtet wurde, wurde der Zeitpunkt verpaßt, ihn auf eine langfristige oder richtiger, auf eine zeitlich nicht bestimmbare Perspektive umzustellen.

In der Hierarchie der Handlungsoptionen besaß die außenpolitische Strategie eine absolute Priorität und quasi eine Weisungsfunktion, nicht nur, aber auch gegenüber den Belangen des Widerstands. Bei Zielkonflikten wurden effizienzsteigernde Optionen [1564] und ressourcenschonende Veränderungen [1565] des Widerstands unterlassen. Umgekehrt konnte die Diplomatie niemals einen zeitlichen Rahmen für den Widerstand abstecken [1566]. Die Anpassung scheiterte also nicht nur am verpaßten Timing sondern auch an der Machtverteilung, in der Widerstandsbelange weit niedriger als diplomatische Notwendigkeiten eingestuft waren und blieben.

Das Interesse der Außenpolitik an den Erfordernissen des Widerstands beschränkte sich lediglich darauf, ihn der Form nach beizubehalten. Weil die destruktiven Aspekte des Widerstands in Bezug auf die Besatzungsmächte, auf die Vernichtung finanzieller Ressourcen und auf die politische Destabilisierung im Vordergrund der diplomatischen Argumentation standen, fügte sich das Erlahmen der Kräfte und die dann einsetzenden Auflösungserscheinungen des Zusammenhalts widerspruchslos ins verfolgte Konzept. In dieser Funktion des Widerstands im außenpolitischen Konzept findet die Frage ihre Antwort, warum der Widerstand nicht abgebrochen wurde, bevor seine Wirkungen das System destabilisierten. Erst die Änderung des außenpolitischen Konzepts, in diesem Fall durch einen Regierungswechsel, beendete diese Funktion.

Die Bedeutung dieser Konstellation liegt darin, daß alle Erfordernisse des passiven Widerstands hierin ihre letzte Grenze fanden. Der Umkehrschluß macht deutlich, daß diese Konstellation situativ bedingt war. Denn eine

---

1564. Die Sperrung der Kölner Bahnen beispielsweise, s. oben S. 252-254.

1565. Wie der Übergang zur weichen Taktik, s. oben S. 266-273.

1566. Mal sollte der Widerstand bis zum Mai dauern, dann bis über den Winter durchgehalten werden, s. oben S. 397-399.

veränderte außenpolitische Orientierung oder eine größere Durchsetzungsfähigkeit von Belangen des Widerstands hätte einen anderen Verlauf ergeben können.

4.1.2. Diskussion und Bewertung der ermittelten Alternativen

4.1.2.1. Abzweigungen für alternative Verläufe, ihre Bedingungen, Realisierungschancen und Bedeutung

Im folgenden werden zunächst in chronologischer Reihenfolge die möglichen "Abzweigungen", d.h. die Entscheidungssituationen für alternative Verläufe des Geschehens, beschrieben, die die in der historischen Situation mehr oder weniger realisierbaren Varianten darstellen. Wären sie umgesetzt worden, wäre der Widerstand entweder unterblieben, hätte weniger Ressourcen gebraucht oder mehr bekommen. Er wäre effizienter geworden im Sinne seiner Anwender und wenn, dann vor dem Zusammenbruch eingestellt worden.

4.1.2.1.1. Widerstandsbezogene "Abzweigungen"

4.1.2.1.1.1. Vermeidung der Eskalation und des Einmarsches

Eine Vermeidung der Eskalation hätte einerseits durch eine Unterwerfung des Reichs unter die französischen Forderungen geschehen können, und dazu war die Bereitschaft in Deutschland vorbei. Die britische wie die amerikanische Regierung besaßen die Möglichkeit, vor dem Einmarsch durch eine diskrete oder öffentliche, eindeutige Distanzierung oder

Teilnahme Partei zu ergreifen. Dies hätte die Situation allerdings geändert, war aber in beiden Ländern innenpolitisch nicht aktuell. Von daher erscheint die Eskalation der Auseinandersetzung unvermeidlich [1567].

4.1.2.1.1.2. Eigensabotage

Die frühzeitige Eigensabotage strategischer Verkehrsknotenpunkte hätte vielleicht einen vorläufigen Rückzug der Truppen erzwingen können. Hierzu hätte es aber weiterer Vorbereitungen, also zusätzlicher Bedingungen bedurft und dies bedeutet nur eine potentielle Möglichkeit. Die psychologische Wirkung in den Ländern der Besatzungsmächte wäre vermutlich verheerend gewesen und hätte zu weiterer Eskalation gedrängt. Nur eine äußerst sensible deutsche Außenpolitik hätte es vermocht, hier Brücken zu bauen, die einen Rückzug ohne Gesichtsverlust zugelassen hätte. Wahrscheinlicher wäre der Ausbruch nationaler Emotionen auf beiden Seiten und eine weitere Eskalation gewesen [1568].

4.1.2.1.1.3. Low-Level-Widerstand

Die Etablierung des Widerstands auf einem wenig sanktionierbaren Niveau lag im Bereich des real Möglichen, sie wurde nämlich von Beginn an praktiziert und Überlegungen in diese Richtung wurden in den Zentralstellen angestellt. Dazu hätte die Regierung nur die bisher angewandten Verhaltensvarianten ihrer Beamtenschaft beibehalten und eine Parole entwickeln brauchen, wie sie schon angedacht worden waren. Als Richtungen waren möglich: Verweigerung der Kontrolle bei Beibehaltung der bisherigen Lieferungen zu eigenen Bedingungen; eine Verhinderung eskalierender Maßnahmen und gegebenenfalls die Rückziehung des Lieferstopps und die Sondierung, unter welchen Bedingungen die Lieferungen wieder aufgenommen werden könnten; tatsächliche passive Resistenz der Beamtenschaft in Weiterentwicklung bisheriger Erfahrungen; Rücksichtnahme auf regionale Besonderheiten bei der Aufstellung von Verhaltensanweisungen.

1567. S. oben S. 86f., 89f., 91f. und S. 94.

Für eine solch weniger sanktionierbare Form hätte sich sicher eine Parole finden lassen, die das Verhalten auf den Punkt brachte. Die Regierung wurde als Instanz gesehen, um die Parole zu bestimmen, und sie hätte diese Zuschreibung nutzen können. Dies hätte auch diejenigen Widerstandsprotagonisten begrenzt, die weitergehende Maßnahmen befürworteten, aber die eben auch von der Rückendeckung der Regierung abhängig waren. All diese Entwicklungen wären möglich gewesen, wenn nicht die hartnäckigen Vorstellungen der Widerstandsprotagonisten auf eindeutige Verbote durch die Regierung gedrungen und wenn die scheinbare Eindeutigkeit von Verboten nicht eine so hohe Priorität bekommen hätte [1569].

Die Folgen sind schwer abschätzbar, aber die schnelle Eskalation und die ungeheure Ausdehnung und Verwundbarkeit dieses Widerstands wäre zumindest nicht so schnell geschehen, es hätten mehr Erfahrungen mit dem Widerstand gesammelt und auf dieser Grundlage Instruktionen erlassen werden können. Der Umgang mit den Anweisungen für die kommunalen Beamten belegt, daß es ging, wenn man nur wollte. Es wäre vermutlich mehr Kompetenz bei den unteren Instanzen verblieben [1570].

4.1.2.1.1.4. Regionale Konzentration oder Flexibilisierung

Die Konzentration des Widerstands auf das Ruhrgebiet, vielleicht sogar unter Aussparung des Sanktionsgebietes, zumindest aber die Beibehaltung regional unterschiedlicher Taktiken war zunächst reale Praxis, die mit der Ausgestaltung des Widerstandsgedankens kollidierte und dann verändert wurde. Ein anderes Idealbild vom Widerstand hätte hier Kräfte konzentrieren können. Oder aber die Entscheidung für eine Eskalation hätte, mit Blick auf die erforderlichen Kosten, Konsequenzen für die zeitliche Perspektive haben müssen. Die Konzentration der Kräfte wäre bei

---

1568. S. oben S. 99f, 104-111, bes. S. 110f.

1569. S. oben S. 118f. und S. 122-124.

1570. S. oben S. 156-161.

einem niedrigeren Sanktionsnivau des Widerstands möglich gewesen. Für sich gesehen, erscheint sie im Zuge der Eskalation nur potentiell möglich [1571].

4.1.2.1.1.5. Sperrung der Kölner Bahnen

Die nächsten Abzweigungen führten in die Richtung, die Prinzipien der Nichtzusammenarbeit konsequent umzusetzen. Dies hätte an zwei Punkten zu erheblichen Veränderungen führen können. Die Sperrung der Bahnen im Kölner Raum war real möglich und ist aufgrund der Durchsetzungsfähigkeit des Auswärtigen Amtes innerhalb der Regierung verhindert worden. Damit wurde der Abtransport erbeuteter Güter in nennenswertem Umfang überhaupt möglich. Die Reichsregierung hat an dieser Stelle aktiv den Widerstand in seiner Effizienz beeinträchtigt. Sie hätte nur den Dingen ihren Lauf lassen müssen, denn vor Ort stand die Einstellung der Züge aufgrund des Widerstands bevor. Als Folge dieser Aktion wäre die materielle Erfolgsbilanz der Ruhrbesetzung niedriger und die Erfolgsbilanz der Eisenbahner bedeutend höher geworden, ohne daß die Besatzungsmächte das Reich hätten dafür verantwortlich machen können.

4.1.2.1.1.6. Unterbrechung der Energiezufuhr

Ebenfalls konsequent wäre die Abschaltung der Energiezufuhr für militarisierte Bahnstrecken gewesen. Sie hätte die Handlungsfähigkeit der Besatzungsmächte im Verkehrswesen merklich eingeschränkt, weshalb sie auch entsprechend scharf reagierte. Diese Option war nur potentiell möglich, weil sie eine größere Risiko-, also Leidensbereitschaft bei den leitenden Personen vorausgesetzt hätte. Der Konflikt wäre insbesondere auf kommunaler Ebene verschärft worden, wobei vermutlich die Besatzungsmacht an die Grenzen ihrer Gewaltbereitschaft gestoßen wäre und die Bevölkerung vor Ort offensichtlich zunächst zur Kraftprobe bereit war [1572].

1571. S. oben S. 124f., 127, 133-137 und S. 141f.

1572. S. oben S. 245-249.

4.1.2.1.1.7. Rückkehr nach der Ausweisung

Auch die nächste Variante hätte eine Verschärfung der Situation gebracht. Sie betrifft die Rückkehr der Ausgewiesenen, vor allem der Beamten. Sie ist vor allem aus dem besetzten Gebiet verfolgt, aber von den zuständigen Stellen auch nicht ansatzweise umgesetzt worden. Dies und die Bereitschaft der betroffenen Beamten, durch die Rückkehr erneut offensiv die Konfrontation mit der Besatzung aufzunehmen, wäre natürlich die entscheidende Bedingung gewesen. Um hierzu die Bereitschaft herzustellen, hätte es m.E. einer positiven Identifizierung mit dieser Haltung bei den Beamten bedurft. Sie war bei einzelnen vorhanden, hätte aber erst als massenhafte Handlung die Besatzungsmächte in ihrer Repressionsfähigkeit herausgefordert. Gerade hier wären eine intensivere Kommunikation und eine bessere Abstimmung erforderlich gewesen, so daß diese Variante nur als potentielle Möglichkeit angelegt war [1573].

4.1.2.1.1.8. Haldenkohlen in die Keller

Die Verbringung der Haldenkohle in den Kellern der Verbraucher wäre das Meisterstück des Widerstands geworden. Ohne besonderes Risiko bezüglich der Sanktionsmöglichkeiten hätte die anfangs intakte komplexe Infrastruktur des Reviers genutzt werden können, zwei wichtige Ziele mit einem Schlag zu erreichen: die Versorgung der Bevölkerung auf Dauer mit Kohlen und die Entziehung des zweiten zentralen materiellen Zieles der Besatzer. Auch diese Option ist nur eine potentielle Möglichkeit gewesen, weil erhebliche Widerstände diesem Ziel entgegenstanden: bürokratische Hemmnisse und wichtige Interessen an Haldenbeständen. Die Folge einer Umsetzung wären geringere Kosten für die Brennstoffeinfuhr und eine ohne Risiko erheblich gesteigerte Effizienz des Widerstands gewesen [1574].

1573. S. oben S. 216-229.

1574. S. oben S. 254-258.

4.1.2.1.2. "Abzweigungen" bei der materiellen Absicherung des Widerstands

4.1.2.1.2.1. Fundierte Steuern für den Ruhrkampf

Fundierte Steuern für den Ruhrkampf waren der Wunsch des Reichskanzlers und hätten diesen auf eine materiell ausdauernde Grundlage gestellt. Diese Alternative war zuerst nur eine prinzipielle, rückte aber zum Schluß der Amtszeit in den Bereich des Potentiellen. Die konstitutiven Bedingungen waren die Bereitschaft des Parlaments zum Beschluß neuer Gesetze, die Erarbeitung solcher durch das zuständige Ressort und die Notwendigkeit zum Verlassen des Inflationskurses. Erst als sich diese letzte Bedingung im Sommer veränderte, gelang die Umsetzung dieses Zieles, das dem Widerstand dann allerdings nichts mehr nützte [1575].

4.1.2.1.2.2. Devisenbeschaffung

Eine kräfteverlängernde Devisenbeschaffung durch Anleihen und Devisenkontrolle war eine Option, die zwar tatkräftig angegangen wurde, aber doch nur eine potentielle war. Die Bedingung ihrer Realisierung wäre ein Sinneswandel der Finanzkräfte gewesen, die sich nicht für den Widerstand einspannen lassen wollten. Oder die Regierung hätte sich zusätzliche Druckmittel verschaffen oder von ihrem Mittel des sozialen Drucks durch öffentliche Anprangerung wirklich Gebrauch machen können [1576].

4.1.2.1.2.3. Finanzielle Enthaltsamkeit

Diese wäre im Verzicht auf eine allgemeine Ersatzzusage zum Ausdruck gekommen. Auch diese Option ist nur im Prinzip möglich gewesen, weil sie in den zuständigen Ministerien nicht bearbeitet worden, sondern als eine Anregung aus dem besetzten Gebiet gekommen ist. Die Bedingung ihrer Umsetzung wäre eine klare Begrenzung der Rolle der Regierung gewesen, die sich für die politische Führung und gegen eine materielle Unterstützung

---

1575. S. oben S. 275f., 368-370 und S. 372-375.

hätte entscheiden müssen. Vermutlich, aber das kann man nur spekulieren, weil die Quellen darüber nichts aussagen, haben sich die Organisatoren in den Ministerien gar nicht vorstellen können, daß unter diesen Umständen überhaupt ein Widerstand zustande käme [1577].

4.1.2.1.3. "Abzweigungen" in der diplomatischen Ausnutzung des passiven Widerstands

Angesichts der Festlegung im Auswärtigen Amt sind alle Optionen in diesem Bereich nur potentielle Möglichkeiten. Sie beruhen alle auf den Voraussetzungen, daß die gegebene Fixierung auf die Spaltungsstrategie weniger eng und die Instrumentalisierung des Widerstands weniger destruktiv gewesen wären.

4.1.2.1.3.1. Verhandlungen ohne Vorbedingungen

In der außenpolitischen Rede des Reichskanzlers Anfang März hätte er Angebote zu Verhandlungen ohne Vorbedingung machen können. Diese Option ist eine nur prinzipielle. Sie entsprach nicht Cunos Denken, und in weiten Kreisen galt um diese Zeit Verhandeln als Schwäche. Andererseits markiert dieser Zeitpunkt die erste definitive und damit richtungsweisende Äußerung zur Frage von Verhandlungen und ist im zeitlichen Ablauf von besonderer Bedeutung. Angesichts der Langwierigkeit diplomatischer Prozesse war eine frühe Initiative nötig [1578]. Um die angelsächsischen Mächte zu aktivieren, war außerdem eine echte Verständigungsbereitschaft erforderlich, wie pazifistische Kreise klar erkannten. Die Folge einer solchen Aktion wäre einerseits eine Irritierung im rechten Lager gewesen, aber andererseits möglicherweise ein früherer Beginn wirklich konstruktiver Sondierungen zur Beilegung der Krise [1579].

1576. S. oben S. 280-284 und S. 370-372.

1577. S. oben S. 163f. und S. 382-384.

1578. S. oben S. 338-340.

1579. S. oben S. 340-344.

4.1.2.1.3.2. Anpassung der Widerstandskräfte an die zeitliche Perspektive

Bei der entsprechenden Debatte um die Taktik hätte der Außenminister zugeben können, daß er keine zeitlichen Versprechungen machen konnte. Dies hätte die Befürworter einer flexiblen Taktik bestärkt und zum Überdenken des bisherigen Kurses geführt. Sehr wahrscheinlich ist eine Auflockerung von Anweisungen, die zu diesem frühen Zeitpunkt vielleicht als eine "taktische Frontbegradigung" und nicht als der Anfang vom Ende gewirkt hätten [1580].

4.1.2.1.3.3. Offenheit für diplomatische Aktivitäten anderer Staaten

Diese Option ist prinzipiell, da alle erkennbaren Ansätze so frühzeitig abgeblockt oder durch Intrigen instrumentalisiert wurden, daß sie nicht weiter verfolgt wurden. Angesichts der seit dem Frühjahr entstehenden Spaltungen in den Ländern der Besatzungsmächte wären hier in jedem Fall Sondierungsmöglichkeiten vorhanden gewesen [1581].

4.1.2.1.3.4. Einbeziehung neuer Konzepte in die diplomatische Debatte

Seit dem Frühjahr wurde im Außenministerien an Konzepten gearbeitet, die französische Sicherheitsinteressen aufnahmen. Allein die Bekanntgabe, daß solchen Gedanken nachgegangen wurde, hätte in den angelsächsischen Ländern die Ernsthaftigkeit einer deutschen Verständigung klargemacht. Die Voraussetzung dafür wäre ein konstruktives außenpolitisches Konzept gewesen. Die Folge wäre im Innern wiederum ein Konflikt mit rechten Parteien und mit Bayern gewesen, aber auch die Desillusionierung übersteigerter Erwartungen an den passiven Widerstand [1582].

1580. S. oben S. 266-273, 350-353 und S. 358-368.

1581. S. oben S. 94, 330-332 und S. 387-389.

1582. S. oben S. 89f., 340f., 349-352, 394f., 403-407 und S. 429.

4.1.2.1.3.5. Umfassende Beratungen über Reparationsangebote und deren innenpolitische Lastenverteilung

Diese Option ist eine prinzipielle, weil sie voraussetzte, daß die Bereitschaft zur Reparationszahlung als unumgänglich anerkannt und der damit notwendig verbundene Konflikt als konstruktive Auseinandersetzung zwischen Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebern geführt werden sollte. Sie geht damit über die historischen Interessenlagen und Machtverhältnisse der jeweiligen Entscheidungsträger hinaus. Die Sondierungen des Reichskanzlers beim Reichsverband der deutschen Industrie waren aber erste Schritte zur Anerkennung der Reparationszahlung, das Industrie-Angebot stellte die Bedingungen der Arbeitgeber fest und die Gewerkschafter meldeten sich ihrerseits zu Wort. Hieran hätten, eine ausgeprägte Konfliktfähigkeit voraussetzend, weitere Gespräche anknüpfen können. Die Härte der späteren Auseinandersetzung zeigt die Bedeutung dieses Punktes [1583].

4.1.2.1.3.6. Die Aufgabe des Widerstandes unter Wahrung des Gesichts

Diese Option war real möglich, wenn man sich die Vermittlungsaktion von Dulles im Juli vor Augen führt [1584]. Die Schritte zu einer Übereinkunft waren offensichtlich weit gediehen und auch der Reichskanzler anscheinend positiv eingestellt, bis das Dazwischentreten des Außenministers diese Entwicklung durchkreuzte. Die Bedingung für eine Umsetzung wäre eine größere Festigkeit des Kanzlers und eine Zustimmung des Außenministers gewesen. Aber möglicherweise hätten Kleinigkeiten wie ein Wegbleiben oder Nicht-Erreichen des im Urlaub befindlichen Ministers gereicht, um zumindest weitere Sondierungen zu unternehmen. Die Folge einer Aufgabe unter Wahrung des Gesichts wäre gewesen, daß der Zusammenbruch des Zusammenhalts hätte vermieden werden können. Durch die zwar indirekte, aber doch vorhandene amerikanische Präsenz wäre möglicherweise die später eingenommene destabilisierende Strategie Frankreichs ausgeblieben und der Übergang zu einer Normalität im besetzten Gebiet ohne weitere Eskalation vonstatten gegangen.

1583. S. oben S. 341-344 und S. 348f..

1584. S. oben S. 408f..

4.1.2.2. Entwicklung eines Möglichkeitsurteils: Die mögliche Reichweite eines den Kräften angepaßten Widerstandes

Die oben chronologisch aufgetretenen und hinsichtlich ihrer Wahrscheinlichkeit bewerteten "Abzweigungen" für alternative Verläufe beim Widerstand, der materiellen Absicherung und der diplomatischen Umsetzung sollen nun zu einem Alternativbild eines Widerstands unter günstigeren realen und potentiellen Bedingungen zusammengefaßt werden.

Darin wäre der Widerstand auf einem niedrigeren Eskalationsniveau angesiedelt worden, zugleich wäre die Bereitschaft zur Reparationsleistung demonstrativ unterstrichen worden. Der Widerstand wäre auf das Ruhrrevier konzentriert und die Bahnen im Kölner Raum durch Streik blockiert worden.

Offensive Aktionen wie die Unterbrechung der Energiezufuhr und die Rückkehr der ausgewiesenen Beamten hätten die Sanktionsfähigkeit der Besatzungsmächte herausgefordert, ohne die Durchsetzung jeweils zum Prinzip zu erheben. Die lokalen Konfrontationen hätten dem Widerstand vor Ort eine vertiefte Dynamik und seinen Belangen in der Gesamtabstimmung eine größere Durchsetzungskraft verliehen. In der Folge hätten sich die Haldenkohlen in den Kellern unterbringen lassen.

Aufgrund der langen Vorgeschichte der Eskalation und der großen Bedeutung dieser Machtfrage gerade für Frankreich ist nicht auszuschließen, daß eine verstärkte Repression die Antwort gewesen wäre. Der Partner Belgien wäre angesichts der gänzlich ausbleibenden Erfolge möglicherweise auf die Suche nach gesichtswahrenden Auswegen gegangen.

Hätte die deutsche Außenpolitik hier Spielraum besessen, wären Signale an vermittlungsbereite Drittstaaten, aber auch inhaltlich relevante Angebote gegenüber England und den USA und ein Einstieg in erste Sondierungen möglich gewesen. Das Angebot, möglichst schnell die Waffe des passiven Widerstands aus der Hand legen zu können, wäre ein Signal gegenüber den Besatzungsmächten wie den nationalen Kreisen im Inland gewesen. Der Widerstand selber hätte sich, zeitlich angepaßt, Formen wenig sanktionierbarer Art gesucht. In dieser Konstellation hätte es zu einer vielleicht erfolgreichen Vermittlungsaktivität kommen können.

Selbst bei günstigeren Bedingungen mußte der passive Widerstand Verhandlungsmasse bleiben, sollte er seinen eigentlichen Zweck erfüllen. Angesichts der Vorgeschichte und der Relevanz dieser Machtfrage ist es schwer vorstellbar, wie der Widerstand allein einen Rückzug hätte erzwingen können. Eine solche Demütigung der Kontrahenten hätte in der internationalen Situation vermutlich keine Intervention zugunsten Deutschlands bewirkt, sondern eher das Gegenteil. Deutlich wird auch, wie sehr der passive Widerstand als ein ziviles Mittel begriffen und in den Rahmen ziviler Strategien gestellt werden muß. Der Erfolg des Widerstandes läge darin, die Konfrontation aufrecht zu erhalten, zu verhindern, daß Fakten gesetzt werden und darin, die Zeit für politische Lösungen offenzuhalten. Diese sind von der Diplomatie zu erzielen, die in enger Abstimmung mit den Kräften des Widerstands ein Gegengewicht zur Konfrontation schaffen muß, indem sie, an den Interessen der im Konflikt involvierten und an einer Regelung vital interessierten Mächte orientiert, Angebote entwickelt und dabei eigene Zugeständnisse nicht scheut.

Es wäre zu weit interpretiert, wollte man das Machtpotential zivilen Widerstands nur auf das einer "Verhandlungsmasse" beschränken. Der Konfliktkontext ist hier wichtig, und im Ruhrkampf handelte es sich immerhin um die Auseinandersetzung mit der stärksten kontinentalen Militärmacht dieser Zeit, die ihr Machtpotential im wesentlichen aus defensiven Motiven heraus umso verzweifelter einsetzen mußte, je weniger sie mit ihren Machtmitteln zum Ziele kam. Ein weniger hoch gestecktes Operationsziel auf der militärisch agierenden Seite kann die Waagschale leichter zugunsten des zivilen Widerstands senken. Zur weiteren Diskussion dieses Sachverhaltes wären ähnlich gelagerte, vergleichbare Anlaysen hilfreich.

4.1.3. Zur Übertragbarkeit der Erfahrungen des Ruhrkampfes und Hinweisen auf mögliche prozeßhafte Verläufe zivilen Widerstands

Die Ausgangsthese zur Übertragung von Erfahrungen aus dem Ruhrkampf in allgemeinere konzeptionelle Überlegungen war, daß die Rahmenbedingungen für zivilen Widerstand, die hauptsächlich im ökonomisch-politischen Subsystem anzusiedeln seien, insoweit stabil seien, daß eine Übertragung von Erfahrungen zulässig sei. Ferner war die Frage gestellt worden, ob es gleichsam immanente Regeln gibt, die einen

Widerstand im Zeitablauf zum Scheitern verurteilen. Diese Frage nach Steuerungsfähigkeit bzw. Eigendynamik geht über die Ermittlung der spezifischen Ursachen eines bestimmten Sachverhaltes hinaus. Für den Ruhrkampf lassen sich daher, jenseits der oben beschriebenen Handlungsmuster, Strategien und Konzeptionen der Verantwortlichen, einige Bereiche ausmachen, in denen sich Tendenzen zu einer Eigendynamik und Steuerungsresistenz bemerkbar machten. Sie sollen hier ausgeführt und auf ihre situative bzw. strukturelle Komponente hin bewertet werden.

4.1.3.1. Elemente von Eigendynamik im passiven Widerstand und ihre Ausgangspunkte

Die Herausbildung von Sachzwängen, die die flexible Steuerung erschwerten, lagen insbesondere im Bereich der Führung des Widerstands und seiner finanziellen Ausgestaltung.

Die Offenheit der Regierung, Gegenmaßnahmen zu unterstützen, ermutigte die gesellschaftlichen Protagonisten von Widerstandsideen zur Konfrontation mit der Besatzungsmacht. Mehr und mehr ließ sich die Regierung von den angeblichen Erfordernissen zu Aktivitäten im eigenen Bereich und zur Übernahme der Gesamtverantwortung drängen. Dies beschleunigte die Eskalation, da die Wirkungen der Nichtzusammenarbeit, die ein ganzer Staatsapparat entfaltet, noch weit größere sind als die gesellschaftlicher Träger, nicht zuletzt durch den Vorbildcharakter, den das Verhalten von Beamten als Trägern der Souveränität besitzt. Die Vorstellung innerhalb der Regierung, daß die Nichtzusammenarbeit möglichst konsequent, und nicht etwa selektiv, zu sein hatte, zog dann wieder die Ausdehnung und Intensivierung des Widerstands logisch nach sich und wurde als Trend so dominant, daß er die bisherige Praxis in vielen Bereichen verdrängte.

Als die Regierung die Verantwortung für den Widerstand übernahm, wurde sie zum Widerpart der Besatzungsmächte. Hier ist eine starke Abhängigkeit von den Aktivitäten der Besatzer festzustellen. Es wurden, vor allem in

späteren Monaten, Maßnahmen vorweggeahnt, aber es blieb grundsätzlich beim Reagieren. Dies gab den Besatzungsmächten große Handlungsfreiheiten im besetzten Gebiet. Da ihnen die Struktur der Abwehr bekannt war, konnten sie die Kosten des Widerstands durch eigene Aktivitäten gezielt in die Höhe treiben.

Das Konzept der Regierung, den zunehmenden Ausfall des Transportsystems mit einer Subventionierung der Produktion zu kompensieren, entwickelte eine innere Zwangsläufigkeit. Das Konzept setzte damit ein, Produktionsausfälle in den Betrieben mit Krediten und Zuschüssen auszugleichen, ging dann dazu über, eine Produktion auf Halde bzw. Lager zu finanzieren, um schließlich die Arbeitslosigkeit innerhalb der Betriebe zu finanzieren und letztlich die Substanzerhaltung der Betriebe zu subventionieren. Der Trend ging dahin, jeden wirtschaftlichen Schaden, der mit dem Ruhrkampf in Verbindung zu bringen war, dem Reich anzulasten. Die Bürokratie sah sich vor die Schwierigkeit gestellt, klare Grenzen der finanziellen Verantwortlichkeit zu ziehen. Nachdem das Reich die finanzielle Verantwortung übernommen, aber die gesellschaftliche Kräfte eine fundierte Finanzierung abgelehnt hatten, trieb die Finanzierung des Widerstands die Inflation weiter an. Diese erhielt durch Maßnahmen der Besatzung, die zum Produktionsausfall im besetzten Gebiet führte, ohnehin einen starken Impuls. Die Inflation entwickelte für die Organisatoren eine Eigendynamik, indem sie in den letzten Monaten alle organisatorischen Anstrengungen zunichte machte, die finanziellen Ansprüche des besetzten Gebietes zu befriedigen. Sobald eine Neuregelung gefunden war, war sie entweder in den angesetzten Summen oder in den Zahlungsfristen bereits überholt. Dieser Dynamik verdanken m.E. die Wirtschaftlichen Außenstellen ihre schlechten Kritiken in der zeitgenössischen Literatur, obwohl sie vom Ansatz her eigentlich eine positive Fortentwicklung darstellten.

Versucht man, die Ausgangspunkte dieser Trends zu bestimmen, so ist als der wichtigste die Unklarheit über das Mittel und die Möglichkeit, es

variabel anzuwenden, zu nennen [1585]. Dies scheint mir für alle sich entwickelnden Sachzwänge mit Ausnahme der inflationsbedingten zu gelten. Der sich entwickelnde Widerstand schien Führung durch die Regierung, Einheitlichkeit im Verhalten und uneingeschränkte Unterstützung zu verlangen. Die Entscheidungen in diese Richtung waren weniger ein situatives Abwägen zwischen verschiedenen Optionen sondern mehr der Versuch, eine Idee möglichst konsequent umzusetzen. Die Abhängigkeit von den Aktionen der Besatzung resultierte aus der Eskalationsdynamik, der nur mit bewußten De-Eskalationsschritten hätte entgegengesteuert werden können. Die mangelnde Offensive wiederum resultierte aus dem Verzicht auf die konfrontativen Optionen des Widerstands. Es gab vereinzelte Vorstöße, um das Mittel des passiven Widerstands offensiver zu nutzen. Sie lagen darin, die Repressionsmacht der Besatzer anzugreifen durch die Rückkehr der Beamten, das Besetzen von exponierten Stellen mit Prominenten, die Unterbrechung der Energiezufuhr bei militarisierten Strecken beispielsweise. Sie blieben ungenutzt, da die dazu notwendigen Vorstellungen von einer positiven Kraft der Gewaltlosigkeit kaum entwickelt waren.

Der inflationäre Trend ist ein Grundmuster der historischen Situation gewesen, der sicher bei der Freizügigkeit der finanziellen Unterstützung eine entscheidende Rolle gespielt hat, aber von den Entscheidungsträgern abgekoppelt funktionierte. Bemerkenswert ist daher der Versuch, sich zur Stützung des Widerstands gegen diesen übermächtigen Trend zu stemmen.

4.1.3.2. Gestaltungsbereiche des passiven Widerstands

Neben diesen Sachzwängen gab es einen weiteren Bereich, in dem die Verantwortlichen in Regierung und Ministerialbürokratie, im weiteren Sinne auch im organisatorischen gesellschaftlichen Umfeld, Gestaltungsmacht besaßen und ausübten. Hier ist der experimentelle Charakter der Herausforderung bei der Bewertung der Leistungen mit zu berücksichtigen. Aus dieser Perspektive sind u.U. Varianten, die in der historischen Situation nur diskutiert, aber nicht umgesetzt wurden, als Ideenpool von größerer Relevanz als die realisierte Variante, die sich aus spezifischen Gründen nicht bewährte.

1585. S. oben S. 111f., 120 und S. 143f.

Zunächst lag bei der Regierung die politische Kompetenz zur Führung des Widerstands mit den konkreten Aufgaben, die Widerstandsanordnungen zu erteilen, Sicherheiten anzubieten, die gesellschaftlichen Kräfte zusammenzufassen und außenpolitisch zum Ziel zu führen. Mit der routinierten ressortmäßigen Aufgabenverteilung wurden die diversen Maßnahmen entwickelt, mit Aufrufen von Entscheidungsträgern, durch Veröffentlichungen von Entscheidungen des Kabinetts bzw. zuständigen Ressorts oder autorisierte Vertreter im besetzten Gebiet bekanntgegeben. Die diskutierte und partiell umgesetzte Variante war die Verlagerung von Entscheidungen ins besetzte Gebiet.

Auf der politischen Ebene fungierte die Regierung als Kristallisationspunkt für die Orientierung des Widerstands, verfügte aber nur über eine begrenzte Macht, Gefolgschaft einzufordern. Die Gefolgschaft gesellschaftlicher Gruppen hing von deren Zustimmung bzw. der Macht und Bereitschaft zur Verweigerung, dem Sanktionspotential der Regierung sowie von der Intensität der Widerstandsstimmung und der -kraft ab. Ausgesprochen deutlich wurde die prekäre Machtsituation der Regierung bei der Bereitstellung von Sicherheiten für Widerstandsopfer. Im immateriellen Bereich besaß sie einen Prestigebonus durch die anfängliche Begeisterung, Opferbereitschaft und Zuschreibung durch gesellschaftliche Gruppen. Diesen brauchte sie jedoch durch die unzureichende Leistung in diesem Bereich mit der Zeit auf. Die Umsetzung verschiedener Vorschläge und Konzepte scheiterte an politischen Widerständen und konnten aus diesem Grund nur ansatzweise und vorübergehend umgesetzt werden. Politisch scheiterte die Regierung ebenfalls beim Mobilisieren sozialer Akteure auf die Ziele des Widerstands und bei der Koordination der Absprachen. Auch hier konnte sie von einer günstigen Ausgangslage ausgehen, da die gesellschaftliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit über bestehende Gräben hinweg anfangs praktiziert wurde. Die Abstimmung mit Kommunen und Gewerkschaften ließ mit der Zeit nach.

Der größte Minuspunkt ist im außenpolitischen Bereich zu vermerken. Hier verfolgte die Regierung eine Spaltungstaktik im Hinblick auf die Alliierten mit dem Ziel einer angelsächsischen Intervention. Die diskutierten, aber abgeblockten Varianten gingen in die Richtung, früher zu verhandeln bzw. beim Ingangkommen eines Dialoges substantiellere Angebote bei den Inhalten zu machen. Die Einschätzung geht dahin, daß eine verfehlte Taktik eine effizienzmindernde Durchführung des Widerstands erzwang und ihn in den Zusammenbruch führte anstatt ihn so früh wie möglich als Verhandlungsmasse einzusetzen oder eine ressourcenschonende

Durchführung zu erlauben. Diese Taktik verschlechterte die tatsächlichen Ansatzpunkte für angelsächsische Sondierungen und blendete sonstige Vermittlungsinitiativen völlig aus.

Die nächsten Gestaltungsbereiche liegen innerhalb des organisatorischen Komplexes der Ministerien und der Bürokratie. Hier hatte die Regierung die Entscheidungsfindung über Widerstandsmaßnahmen zu befördern. Dafür mußte sie das zuständige Entscheidungsgremium bestimmen, die ministeriellen Entscheidungen zusammenführen, die Informationsbeschaffung über die Lage im besetzten Gebiet sicherstellen und die Absprache mit gesellschaftlichen Akteuren organisieren und koordinieren.

Zum höchsten beschlußfassenden Gremium wurde das Kabinett mit den zuständigen Einzelressorts auserkoren. Die diskutierten, aber in der Gesamtheit nicht umgesetzten Varianten sahen die Vollmachten bei einem Gremium mit Vertretern der wichtigsten Widerstandsgruppen im besetzten Gebiet oder die Übertragung von Vollmachten auf Einzelpersönlichkeit am Rande des besetzten Gebiets vor.

Die Verankerung der Entscheidungsfindung im Kabinett muß als eine Notlösung aufgrund des geringen gegenseitigen Vertrauens der gesellschaftlichen Kräfte angesehen werden. Sie führte zu einer Überforderung des Kabinetts, die dieses durch Nichtbefassen "löste". Da die Koordinationsstelle des Widerstands zu niedrig und uneingebunden in der Hierarchie vor sich hin arbeitete, erhielten die Widerstandsbelange einen zu niedrigen Stellenwert [1586].

Hinsichtlich der Informationsbeschaffung über die Lage im besetzten Gebiet entwickelte sich eine briefliche, telefonische, telegrafische, persönliche Kommunikation von Institutionen sämtlicher Verwaltungszweige, von wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen und gesellschaftlichen Verbänden sowie diversen autorisierten und selbstautorisierten, neu eingerichteten Meldestellen aus dem besetzten Gebiet an die verschiedensten Stellen in den Zentralbehörden in Berlin. Es konnte kein relevanter Zugang zu internen Daten der Besatzungsmächte festgestellt werden. Diese Informationslage lieferte in ihrer Unvollständigkeit, Verzögerung und oftmals Widersprüchlichkeit eine äußerst unsichere Entscheidungsgrundlage.

1586. S. oben S. 169, 176, 182-184, 186-188, 303f., 310-321 und S. 328f.

Zur Absprache mit den gesellschaftlichen Akteuren wurden "gemischt" zusammengesetzte sowie homogene Ausschüsse einzelner Widerstandsgruppen im besetzten Gebiet als beratende Organe installiert. Als Ansprechpartner für verschiedene Widerstandsgruppen oder Aufgabenbereiche wurden Kommissare aus den Ministerien bzw. der Reichs- oder den Landesregierungen mit begrenzten Kompetenzen entsandt. Die verschiedenen Widerstandsgruppen wurden an unterschiedliche, fachlich zuständige Ministerien angebunden. Zwischen Vertretern der besetzten Gebiete und verschiedener Ministerien fanden regelmäßig am Rande des besetzten Gebietes Versammlungen statt. Diese Schnittstellen zwischen Bürokratie/ politischer Führung einerseits und lokaler Einflußnahme/ Beratung andererseits sind unterschiedlich einzuschätzen. Bei homogen zusammengesetzten Gruppen ist ein Trend zum Lobbyismus und zur Ausspielung anderer Widerstandsgruppen festzustellen. Den größten Widerstandsbezug kann man bei gemischt zusammengesetzten Gruppen mit Entscheidungsnotwendigkeit oder bei Beratungen feststellen.

Die Entsendung von Kommissaren hatte ebenfalls Vor- und Nachteile. Sie ermöglichte eine größere Handlungs- und Bewegungsfreiheit in den Zentralen durch direkte Kommunikation. Die zwischengesellschaftliche Abstimmung ging aber verloren. Insgesamt ist festzuhalten, daß es sich hierbei um beratende Gremien handelte und daß keine Mitbeteiligung bei der Entscheidung garantiert war.

Die Koordination der Entscheidungsfindung in den Berliner Ministerien wurde durch die Einrichtung einer weisungslosen Zentralstelle bei der Reichskanzlei geregelt, die nicht in die Hierarchie eingebunden war. Angesichts der unbefriedigenden Resultate dieser Lösung verdienen die nicht verfolgten Alternativen Beachtung. Die behördeninterne Ausschaltung der Stelle hatte zur Folge, daß weder eine Gesamtkoordination noch eine Beschleunigung der Beschlußfassung zustandekam. Die Abstimmungsdefizite und die schlechten Ergebnisse der bürokratischen Organisation sind dem Umstand zuzuschreiben, daß eine Gesamtkoordination faktisch völlig fehlte.

Die diskutierten Varianten gingen in die Richtung täglicher Besprechungen auf Ministerebene mit den wichtigsten Ressorts und Vertretern

gesellschaftlicher Gruppen; regelmäßige Besprechungen von kompetenten Ressortvertretern mit Regelung über das Verfahren in Zweifelsfällen; Beibehaltung der Koordinierung in der Reichskanzlei; Vorsitz der Zentralstelle durch den Reichskanzler oder einen durchsetzungsfähigen Minister.

Der Bereich der finanziellen Absicherung des Widerstands ist vor dem Hintergrund zu sehen, daß hier die Verantwortlichen hinsichtlich Planung und Zielperspektive völlig neuen Boden betraten und nur in Einzelbereichen auf frühere Organisationsformen zurückgreifen konnten. Zudem prallten hier pragmatisches und unflexibles Denken innerhalb der Reichsbehörden besonders krass aufeinander. Die Hauptaufgaben bestanden in einer wenigstens ansatzweisen Stabilisierung der Währung, in der Erschließung von Finanzierungsquellen für die anfallenden Kosten, der Entwicklung von Verfahren zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens, zur Abwicklung von Schäden und zur Betreuung von Ausgewiesenen.

Zur Stabilisierung der Währung kam es durch Interventionen der Reichsbank; spätere Versuche bezogen sich auf die Aufnahme innerer Anleihen und die Einrichtung einer Devisenkontrolle.

Zur Beurteilung ist festzustellen, daß die Interventionen der Reichsbank die staatlichen Währungsreserven erschöpften, während sich finanziell starke gesellschaftlicher Kreise an der weiteren Devisenbeschaffung nicht beteiligten. Es gab einen aktiven Widerstand aus solchen Kreisen gegen die Versuche der Devisenkontrolle, so daß sich hier die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit des Staates gegenüber sozialen Akteuren besonders offensichtlich zeigte.

Die anfallenden Kosten wurden hauptsächlich durch das Aufbrauchen der Währungsreserven gedeckt, anfangs und nur zum geringen Teil durch private Spenden. Die Entwicklung eines Steuerprogramms fällt in die Schlußphase des Widerstands, als die Notwendigkeit einer wirklichen Fundierung unumgänglich wurde. Bis dahin finanzierten, inflationsbedingt leicht zu erschließen, Staatskredite und -zuschüsse auf Papiermarkbasis den Widerstand.

Die diskutierten Varianten waren Kredite auf Festmarkbasis oder die Endabrechnung der Kredite nach Ende der Auseinandersetzung, beide waren auch nicht durchsetzbar gegenüber den Interessentengruppen.

In diesem Bereich sind große, vergebliche Anstrengungen und mangelnde Durchsetzungsfähigkeit von Mitgliedern in Regierung und Bürokratie festzustellen, und auch hier war es der mangelnde politische Wille, der sich unter der Verschlechterung der Verhältnisse erst ändern mußte, bevor hier die Opferbereitschaft stieg.

Die praktische Herausforderung im nächsten Bereich bestand in der Entwicklung von Verfahren, mit denen das Wirtschaftsleben aufrechterhalten werden konnte. Bausteinähnlich entwickelte die Bürokratie die Konzepte von Lohnsicherung, Kredithilfe, Erwerbslosenfürsorge, Transportmehrkostenerstattung, Ersatz toter Unkosten und Reichskrediten zur Absicherung wirtschaftlicher Selbsthilfe. Der Verzicht auf eine staatliche Entschädigung wurde als Variante erst im Laufe des Ruhrkampfes in die Debatte gebracht und nicht verfolgt.

Das oben beschriebene Konglomerat verschiedener Entschädigungs- und Unterstützungsleistungen wurde ein wichtiges Grundgerüst zur Absicherung, auf das immer größere Bevölkerungskreise im Laufe der Zeit zurückgreifen. Es beinhaltete jedoch enorme Reibungsverluste durch die Kompliziertheit und Unabgestimmtheit der Verfahren und die dauernden Veränderungen bei zuständigen Stellen. Da es zu keiner eindeutigen Grenzziehung kam und die Inanspruchnahme zu hoch wurde, führte diese Struktur zum finanziellen Kollaps.

Hinsichtlich der Schutzfunktion für Opfer von Ausweisung und Vertreibung verdient ein Einzelverfahren besondere Beachtung. Zur Betreuung von Ausgewiesenen wurden dezentrale Anlaufstellen verschiedener Organisationen und der einzelnen Ressorts für die Betreuung, Unterbringung und Weiterbeschäftigung (bei Beamten) von Ausgewiesenen eingerichtet. Die Zusammenfassung der Ausgewiesenenbetreuung, insbesondere der ausgewiesenen Beamten, wurde angeregt, aber nicht umgesetzt. Die Inhalte, die mangelnde Bekanntgabe und die Durchführung machten die Ausgewiesenenfürsorge zu einer Schwachstelle der materiellen Stützungsaktion. Insbesondere in der Zeit nach dem Ende des passiven Widerstandes konnte weder materiell noch ideell diesen Personen ein ausreichendes Sicherheitsgefühl vermittelt werden.

Der letzte Bereich, der zu gestalten war, betraf die unmittelbare Konfrontation von Staat und Beamtenschaft mit den Anforderungen durch die Besatzungsmächte. Hier ging es konkret um die Ausstattung der

Beamten mit Verhaltensrichtlinien für den Umgang mit den Besatzungsmächten, um die Aufrechterhaltung der Verwaltungstätigkeit und die Bewahrung der Hoheitsrechte.

Die Weisungen an die Beamten wurden ressortintern aufgrund allgemeiner Absprachen geregelt und geschahen hauptsächlich durch den Erlaß von Einzelanweisungen oder von Grundlinien für das Beamtenverhalten, meist in Absprache mit betroffenen Beamtenvertretern. Es wurde zwischen den Beamtengruppen vor Ort differenziert in eine grundsätzliche Verweigerung der Spezialverwaltungen und eine teilweise Zusammenarbeit der Kommunalverwaltungen zur Abschirmung der Bevölkerung. Das Widerstandsrepertoire umfaßte Nichtzusammenarbeit, Proteste, Weiterarbeit nach deutschen Gesetzen bis zur gewaltsamen Entfernung, u.U. Arbeitsniederlegung und die Zusammenarbeit mit anderen Widerstandsgruppen.

Die diskutierten Varianten betrafen die Sichtbarkeit und Sanktionierbarkeit des Beamtenwiderstands. Die angewandte demonstrative Variante hatte den Vorteil der Eindeutigkeit und den Nachteil der leichten Sanktionierbarkeit. Die Varianten lagen im Bereich eines weniger sanktionierbaren Widerstands und umfaßten einen regionalen Verzicht auf Widerstand, einen nicht sichtbaren Widerstand, die Beschränkung des Widerstands auf bestimmte (z.B. leitende) Beamtenkategorien oder, eskalierend, die völlige Nichtzusammenarbeit aller Beamtengruppen.

Die Differenzierung des Beamtenverhaltens verursachte Probleme wegen der Polarisierung des Verhaltens im Zuge der Eskalation, konnte aber teilweise durch intensive Kommunikation vor Ort aufgeklärt werden und bewährte sich auf Dauer.

Die Aufrechterhaltung der Verwaltungstätigkeit wurde zum Thema, als die Besatzungsmächte zur Ausweisung größten Stils griffen und die Beamten nicht zurückkehrten. Um der lokalen Verwaltung die Tätigkeit zu ermöglichen, wurden Verhaltenserlasse zurückgenommen, insbesondere der demonstrative Charakter abgeschwächt. An subversiven Aktionen ist das Abtauchen in den Untergrund und die Leitung von Außen in größerem Umfang praktiziert worden. Vorgesetzte Behörden versuchten ausgewiesene oder verhaftete Beamte durch die Entsendung von Vertretern oder Kommissaren zu ersetzen, was nicht sonderlich erfolgreich war.

Pragmatische, kurzfristige Lösungen waren die Übertragung der Funktionen auf noch vorhandene Beamte und die Suspensierung endgültiger Entscheidungen bis zum Wiedereintreten geordneter Verhältnisse.

Demonstrativer Widerstand und die Aufrechterhaltung von Verwaltungstätigkeit bildeten einen nicht aufgelösten Zielkonflikt. Hier ist eine Prioritätenverschiebung festzustellen. Zuerst stand die Demonstration der Abwehr um jeden Preis im Vordergrund, später die Erhaltung der Funktionsfähigkeit.

Die Beamtenschaft repräsentierte die Konfliktbereitschaft der Staatsmacht im Ruhrkampf durch ihre Nichtzusammenarbeit, aber auch durch die Ausführung von erzwungenen Befehlen unter Protest.

Die Einbeziehung der Beamten in den passiven Widerstand symbolisierte den Willen der Staatsmacht im besetzten Gebiet. Gegenüber der Gewaltanwendung der Besatzer reichte die entgegenstehende Willensbekundung, selbst wenn mit Gewalt Befehle erzwungen werden konnten. Im Grunde übernahm der Widerstand die Wahrung der Hoheitsrechte, indem die Befolgung deutscher Gesetze zu seinem Inbegriff wurde. Nationale Emotionen, persönliche Entscheidungen und sozialer Anpassungsdruck motivierten zu verschiedenen Anteilen die Bevölkerung zur Teilnahme.

Die Souveränität des Reichs und die Preußens war auch nach Aufgabe des Widerstands trotz unbeschränkter Gewaltherrschaft der Besatzungsmächte solange nicht gefährdet, wie sich nicht innerhalb der Bevölkerung und ihrer Entscheidungsträger Stimmen für ein Verlassen des nationalen Verbandes stark machten und ihre Landleute mit Überzeugung oder mit Gewalt zur staatsrechtlichen Veränderung bestimmen wollten.

4.1.3.3. Der Ruhrkampf: Ausnahme- oder Regelfall zivilen Widerstandes?

War die gewaltige gesamtgesellschaftliche Anstrengung des Ruhrkampfs zum Scheitern verurteilt, weil gewaltloser Widerstand grundsätzlich gegen Gewalt nichts ausrichten kann? Oder war der Ruhrkampf eine spezifische unglückliche Ausführung einer effizienten Kampftechnik? Oder waren es die Rahmenbedingungen der politischen, ökonomischen und internationalen

Konstellation, die diesen Ausgang bewirkten? Die Anteile des Widerstands am Scheitern und die Reichweite seiner Effizienz werden anhand der Erfolgsbedingungen weiter unten diskutiert. Hier interessiert zunächst die Abgrenzung der situationsspezifischen von den strukturellen Ursachen.

Als situationsspezifische Faktoren sind vor allem die Nachkriegssituation, also die Konfliktgeschichte und das Vorhandensein einer stark inflationären Finanz- und Währungssituation einzustufen. Der Zusammenhang des Ruhrkampfes mit der Regelung der Nachkriegsordnung ist für die Intensität des Engagements sicherlich verantwortlich zu machen. Dies gilt sowohl für den hohen Prestigerang der Auseinandersetzung für Frankreich als auch für den geradezu verzweifelten Versuch auf deutscher Seite, sich wehren zu wollen, obwohl man eigentlich gar keine (militärischen) Mittel dafür hatte. Die große Bedeutung des wirtschaftlichen Kampfgebietes hat dann möglicherweise mit dazu beigetragen, daß militärische Macht zur Erzwingung ziviler Ziele eingesetzt und damit das entsprechende Know-how an zivilen Gegenmaßnahmen aktiviert werden konnte. Die Inflation wiederum erleichterte dem schwachen Staat den Weg der unfundierten Widerstandsfinanzierung auf eine so gewiß nicht leicht wiederholbare und auch nicht anzustrebende Weise.

Situationsspezifische, aber auch strukturelle Faktoren, sind darüberhinaus auch die Prägung von Politik durch Persönlichkeiten oder die konkrete Machtverteilung zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Eine welch entscheidende Rolle solche Faktoren spielen, zeigte die Analyse der Außenpolitik und der vergeblichen Ressourcenmobilisierung. In dem Maße, wie diese beiden Faktoren als Strukturelemente begriffen werden, stellen sich die eigentlich weiterführenden Fragen: Wenn es nicht auszuschließen ist, daß entscheidende Persönlichkeiten in der Führungselite einen verhängnisvollen Kurs steuern, welche anderen Elemente können diese Defizite ausgleichen oder korrigieren? Für den Ruhrkampf bleibt das Fazit, daß in diesen wichtigen Bereichen Defizite zu spät (beispielsweise durch den Wechsel von Rosenberg zu Stresemann als Außenminister) oder gar nicht ausgeglichen werden konnten.

Die im Ruhrkampf wirksamen Formen der allgemeinen gesellschaftlichen Machtverteilung, des unterschiedlichen Zugangs zu Ressourcen und des Ressortpartikularismus innerhalb der Bürokratie sind sicherlich keine spezifischen, sondern eher strukturelle Momente, die sich teils förderlich, im Ganzen aber eher hinderlich auf den Verlauf des Widerstands ausgewirkt

haben. Dort, wo sich Bürokratie der Herausforderung positiv gegenüberstellte, entwickelte sie durchaus die Fähigkeit, Probleme frühzeitig zu erkennen und Auswege zu entwickeln. Ein struktureller Faktor auf der gesellschaftlichen Ebene schließlich ist das spontan aktivierbare Widerstandsrepertoire, das Know-how sozusagen, das als Einzelelement für den Widerstand konstitutiv war.

Als die wichtigste begrenzende Einzelvariable ist bei den strukturellen Faktoren sicherlich die Machtverteilung zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen anzusehen, wie die Bewertung der Abzweigungen für alternative Verläufe gezeigt hat. Versucht man eine Gesamtabwägung der Faktoren des Scheiterns, so wäre die situationsspezifische Ausgestaltung der strukturellen Faktoren des persönlichen Prestiges, der Machtverteilung und der internern Begrenzungen der bürokratischer Organisation an die erste Stelle zu setzen. Die Frage eines effizienten Widerstands wäre auch immer eine Frage, inwieweit es gelingt, Macht in politischer oder finanzieller Hinsicht für den Widerstand zu kanalisieren.

4.2. Gewaltlosigkeit als Machtfaktor im zwischenstaatlichen Konflikt

Beim Versuch, den passiven Widerstand im Ruhrkampf ins Verhältnis zum Potential zivilen Widerstands zu setzen, sollte zunächst die Wirkungsrichtung der angewendeten Methoden eingeordnet werden. Wie eingangs weiter ausgeführt, kann, ausgehend vom grundlegenden Verzicht auf physische Gewaltanwendung, durch gewaltlose Methoden die Gegenseite zum Nachgeben gezwungen oder dazu "bekehrt", besser, überzeugt werden.

Die Mittel des passiven Widerstands im Ruhrkampf sind der ersten Wirkungsrichtung zuzuordnen. Hier wurde das spezielle Wissen des "Reviers" und seiner Menschen und die Abhängigkeit der Besatzer davon genutzt, um durch die Verweigerung deren Ziele zu vereiteln. Gleichzeitig bestand eine eindrucksvolle und lange anhaltende Bereitschaft, der gewaltsamen Unterdrückung standzuhalten.

Ist der Ruhrkampf so ein Beispiel für die Anwendung gewaltloser Methoden, die auf die Beeinflussung der Einstellungen der Gegenseite weitgehend verzichten, so zeigt er gleichzeitig Bereiche, in denen Kontakt zum Gegner hätte aufgebaut werden können, um auf die negativen Einstellung der Gegenseite einzuwirken. Die teilweise bewußte Vermeidung bzw. das Beargwöhnen von Kontakt, was beispielsweise in der Funktion der Kommunalbeamten als Puffer zwischen Besatzung und Bevölkerung zum Ausdruck kam oder - neben anderen Gründen - im Mißtrauen gegen die Agitation der Kommunisten, deutet möglicherweise darauf hin, daß ein grenzüberschreitender Kontaktaufbau bei gleichzeitig abgrenzenden Verweigerungstechniken eine intensivere Auseinandersetzung mit den verschiedenen Spielarten gewaltloser Methoden voraussetzt, soll er nicht den Zusammenhalt gefährden.

Auf der Seite der Besatzungsmächte ist die Notwendigkeit ebenfalls festzustellen, eine Legitimierung für die Repression zu finden. Diese wurde damit erreicht, daß auch der zivile Widerstand als von Berlin inszeniert dargestellt wurde und jede Zwangsmaßnahme sich "eigentlich" gegen die dortigen Schuldigen richtete.

Im Folgenden sollen nun unter dem Gesichtspunkt der Eskalationsdynamik im Ruhrkampf das Verhältnis zwischen militärischer Gewalt und gewaltloser Gegenwehr bestimmt werden.

Hier ist festzustellen, daß der Widerstand seitens der Besatzungsmächte als ernstzunehmender Machtfaktor wahrgenommen wurde. Es blieb ihnen gar nichts anderes übrig, denn er vereitelte ihr vorrangiges Ziel völlig: die schnelle Unterwerfung bei der Androhung von Gewalt und die Kontrolle über zentrale Daten.

Beim Einmarsch diente die militärische Gewalt als Drohmittel, die Ausübung der Gewalt war eng begrenzt. Mit der zunehmenden Klarheit, daß freiwillig an Lieferungen nicht zu kommen war, wandelte sich der Charakter der Besetzung und die Funktion der Armeen. Das Drohmittel wurde selektiv eingesetzt, stieß aber auf so mächtige gewaltlose Gegenwehr, daß es wieder zurückgenommen wurde. Es folgte eine Reorganisation der Truppen und der Konzeption und ein allmähliches erneutes, systematischeres Vorgehen. Die Ziele der Aktion wurden geändert von Kohlen zu Sicherheit, und die Unterwerfung des Widerstands wurde zum Ziel. An gewaltsamen Machtmitteln kamen zum Einsatz: selektive

Unterdrückung und gewaltsame Eingriffe in die wirtschaftliche Infrastruktur. Die Investitionen auf Seiten der Besatzungsmächte stiegen in Bezug auf Finanzen und Personal.

Der Widerstand hatte nicht nur das Handlungsrepertoire von Protest und Nichtzusammenarbeit, sondern auch die Komplexität der Infrastruktur auf seiner Seite sowie die Flexibilität, mal an einer Stelle nachzugeben und woanders wieder zu verweigern. Gleichzeitig wurde versucht, die Beschädigungen durch die Gewalt durch die materielle Unterstützung des unbesetzten Gebietes auszugleichen.

An dieser Stelle wird deutlich, wie sehr die Besatzungsmächte ihr Konfliktverhalten auf das ihres Gegners einstellten. Sie mußten diejenigen Ansatzpunkte finden, die es ihnen entweder ermöglichten, aus eigener Kraft ihre Ziele zu erreichen oder den Widerstand zu brechen. Sie wählten die dosierte Repression und die Unterbrechung des Warenverkehrs. Die Gewaltlosigkeit des Widerstands scheint dabei insofern Schwierigkeiten bereitet zu haben, als eine Erhöhung von Repressalien häufig mit vorherigen gewaltsamen Sabotageakten gerechtfertigt wurde. Ob dies ein direkter Zusammenhang ist, kann nicht mit Sicherheit angenommen werden, aber die Häufung ist auffallend.

Allerdings muß betont werden, daß der Widerstand in großem Umfange ambivalente Signale aussandte. Es gab keine offene Widerstandsankündigung im Vorfeld, sondern nur Gerüchte. Die bisherigen Erfahrungen der alliierten Mächte deuteten auf Anpassung der deutschen Seite nach formalen Protesten. Eindeutige Konfrontationssignale wie der Entzug der Akten des Kohlensyndikats wurden begleitet von einer klaren Zusammenarbeit im Transportwesen bei der Beförderung der Truppen. Die endgültige Eskalation geschah durch gezielte Konfrontationsschritte, die die Rechtmäßigkeit des Vorgehens der Besatzer offen anzweifelten und offensiv angriffen. Zusammen mit anderen Faktoren initiierten sie die massenhafte Solidarisierung, die den Widerstand auf eine breite Grundlage stellte.

Der Ruhrkampf bildet so gesehen, in zweifacher Hinsicht einen Wendepunkt im Reparationskonflikt. Auf der inhaltlichen Ebene wurden im Dawes-Abkommen zum ersten Mal Ergebnisse auf einer gleichrangigen Verhandlungsbasis erzielt. Die einseitige Festlegung von Fakten durch die Alliierten hörte damit auf. Auf der Verhaltensebene brachte der passive Widerstand den Wendepunkt früher. Die Annahme des Versailler Vertrages

hatte mit militärischer Drohung und seine Bestimmungen mit Zwangsmaßnahmen durchgesetzt werden müssen. Auf deutscher Seite war die Strategie der Vermeidung, des Ausweichens und des Nachgebens unter Zwang entwickelt worden. Im Ruhrkampf fand dann endlich die offene Konfrontation statt, und die große Leistung der Weimarer Republik bestand darin, sie auf deutscher Seite mit gewaltlosem Widerstand durchzuführen. Die Spirale von Sanktion, Anpassung und Vermeidung wurde durchbrochen. Genau an dieser Stelle erzielte der Widerstand nach seiner Aufgabe seinen wichtigsten Sieg: gewaltsame Alleingänge einzelner Alliierter unter Anwendung von Zwang waren nach dem Ende des passiven Widerstands unter den Alliierten nicht mehr durchzusetzen.

4.3. Der Ruhrkampf als Fall zivilen Widerstands. Einordnung in die Erfolgsbedingungen

Im methodisch-theoretischen Teil waren als generelle Bedingungen für einen Erfolg zivilen Widerstands mehrere Annahmen formuliert worden. Die Grundbedingungen lauteten, daß der Widerstand der Unterdrückung standhalten, länger als die Unterdrückung andauern und (in manchen Fällen) Gewaltanwendung reduzieren können muß, wenn er Aussicht auf Erfolg haben soll. Einige weitere Bedingungen waren situationsabhängig und nicht in jedem Fall erfolgsbestimmend. Als solche wurden formuliert: das Ausmaß der Abhängigkeit der Besatzer von Zusammenarbeit und die Möglichkeiten, den Nutzen der Besetzung zu verringern.

Wenn man die obige Kategorisierung auf den Ruhrkampf anwendet, dann ist er an der zweiten Bedingung gescheitert, und zwar durch eine bewußt in Kauf genommene Überanstrengung der eigenen Kräfte. Zwar waren die Eingriffe in die Infrastruktur seitens der Besatzung massiv, aber dem standen etliche nicht genutzte Möglichkeiten der Anpassung der Kräfte gegenüber. Auch die vorhandene tiefe Spaltung in der deutschen Gesellschaft hat den Einbruch nicht verursacht. Gewaltsame Unterdrückung war vorhanden und hat zur Verhaltensanpassung geführt, aber sie war nicht von ausschlaggebender Bedeutung.

Die situationsbezogenen Erfolgsbedingungen sind weitgehend erfüllt worden. Soweit das primäre Ziel auf die Zusammenarbeit gerichtet war, wurde es vollkommen vereitelt. Hierfür war das Zusammenspiel des

Entzuges wichtiger Detailinformationen (Kohlensyndikat) und der Technik der Arbeitsverweigerung (gewerkschaftliches Kampfrepertoire) entscheidend. Später baute die Besatzung aus eigener Kraft Transportwege auf und unterband eine gegen diese gerichtete Sabotage mit drastischen Sanktionen gegen die Bevölkerung. Die vielfach geübte Unbrauchbarmachung hat die Nutzung dieser Transportwege durch die Besatzung nicht zu unterbinden gewußt. Und der Entzug der Kohle konnte nicht organisiert werden.

Die Einordnung in die Erfolgsbedingungen macht die Reichweite und die Grenzen des historischen Handlungsrepertoires deutlich, aber auch die Entwicklung seitdem. Der Einbruch in das Wirtschaftssystem erfolgte durch die Unterbrechung des Verkehrs von Waren, Personen und Nachrichten durch die selektive Zerstörung bzw. Kontrolle vitaler Verbindungswege. An dieser Stelle gab es keine offensive Auseinandersetzung, keinen gewaltlosen Kampf um die Rechtmäßigkeit und Durchsetzbarkeit der Zoll-Linie. Zahlreiche gewaltfreie Kampagnen haben seit dem Zweiten Weltkrieg auch in Zentraleuropa ein zusätzliches Handlungsrepertoire geschaffen, das diese Begrenzungen heute infrage stellen würde. Dazu gehören im Bereich "Nutzen verringern" die Möglichkeiten, mit Verkehrsblockaden gewaltfrei Transporte behindern zu können. Im Bereich "Repression reduzieren" wären gezielte Aktionen zivilen Ungehorsams gegen Einrichtungen wie Grenzbefestigungen, aber auch konstruktive Aktionen wie demonstrative Reparaturen etc. vorstellbar. Bei drohenden Auseinandersetzungen von großen Menschenmengen mit bewaffneten Einheiten könnten durch Deeskalationstrainings zumindest die Gefahren des "Durchdrehens" sich bedroht fühlender Soldaten vermindert werden. Schließlich sind Akte vorstellbar, die Bedrohungsgefühle von Soldaten dadurch zu verringern, daß sie demonstrativ begleitet würden. Zusammengenommen bedeutet dies nichts anderes, als daß die spontan vorhandenen und jederzeit aktivierbaren Ressourcen in der Bevölkerung (in unterschiedlichem Ausmaß selbstverständlich) zu gewaltfreiem Handeln in der Zwischenzeit erheblich gestiegen sind. In Bezug auf den Ruhrkampf bedeutet dies, daß damalige Grenzen des Widerstandsrepertoires heute nicht mehr gelten würden.

Ob dies für die organisatorischen Fähigkeiten ebenso gilt, muß dahingestellt bleiben. Im Unterschied zu Kreisen in der Bevölkerung hat sich die staatliche Bürokratie bis heute nicht mit den Erfordernissen auseinandergesetzt, die eine zivile Konfliktaustragung an sie stellen würde.

Das im Ruhrkampf entwickelte Gerüst materieller Sicherungen, auf das Geschädigte zurückgreifen konnten, ist sicher entwicklungsfähig. In der historischen Situation konnte keine materielle Fundierung durchgesetzt werden, noch eine sinnvolle Grenze zwischen zumutbarer Eigenbelastung und zu entschädigendem Opfer gefunden werden und die Ausnutzung durch die Besatzung zur Kostensteigerung vermieden werden.

4.4. Zur Frage nach einer an Gerechtigkeit orientierten Konfliktlösung und dem Spannungsverhältnis von Staat und Bevölkerung im zwischenstaatlichen Konflikt

Die historische Analyse zeigte, wie wirtschaftlich einflußreiche Kreise gleich auf mehreren Ebenen bei der Verteilung der Lasten des Ruhrkampfes ihren Anteil zurückhielten (Währungssicherung, fundierte Steuern, Devisenkontrolle, Haftung für die Aufbringung der Reparationen, Arbeitszeitfrage), beim Akquirieren öffentlicher Entschädigungen aber umso erfolgreicher waren, während weder die organisierte Arbeitnehmerschaft, noch weniger aber öffentliche Körperschaften und unorganisierte bzw. wenig organisierte Interessen eine auch nur annähernd angemessene Durchsetzungsfähigkeit entwickeln konnten.

Dennoch läßt sich vor dem Hintergrund dieser Unwausgewogenheit eine Struktur von gesellschaftlicher Zusammenarbeit im Ruhrkampf feststellen, die Erfahrungswerte bereitstellt, wie in Demokratien mit dieser Machtverteilung umgegangen werden kann.

Dabei spielen die traditionellen Verfahren des Machttransfers, wie sie bei Ruloff in der "Institutionaliserung" eine Rolle spielten, eine eher formale Rolle. Dies wird beispielsweise im Ruhrkampf daran deutlich, daß der Regierungswechsel von Cuno zu Stresemann eine Sache kleiner Parteieliten war, auf deren Entscheidung größere und diverse Bevölkerungskreise keinen nennenswerten Einfluß hatten.

Das faktische Kriterium, das die Struktur der gesellschaftlichen Zusammenarbeit bildete, war im Ruhrkampf das der vorhandenen gesellschaftlichen Organisationen auf den verschiedensten Ebenen einerseits und ihre im Konflikt zu organisierende horizontale Kommunikation und

Kooperation und vertikale Einbindung bis hinauf in den außenpolitischen Entscheidungsprozeß. Kommunikation und Kooperation zwischen den Organisationen und Ebenen bildeten dabei die Struktur des für den Widerstand entscheidenden Zusammenhalts, wobei die bestehenden Unterschiede nicht vertuscht sondern als die Arbeitsgrundlage für dennoch zu findende gemeinsame Lösungen gemacht wurden. Solche örtlichen und regionalen Kommunikations- und Kooperationspunkte hat es im Ruhrkampf gegeben, und es wäre eine lohnende Aufgabe, die lokale bzw. kleinräumige Struktur dieser Zusammenarbeit genauer herauszuarbeiten. Eine vertikale Kommunikation und Kooperation ist in Ansätzen ebenfalls entstanden, aber nicht konsequent durchgehalten und nicht bis in die Entscheidungsebenen aufgebaut worden. Hier wäre der Ansatz eines "Kriegskabinetts" weiterführend gewesen, der bereits die Einbeziehung von Vertretern von Bevölkerungskreisen vorsah. Bei konzeptionellen Überlegungen sind die Legitimierung dieser Personen und ihr tatsächlicher Einfluß auf die Entscheidungsfindung noch genauer herauszuarbeiten.

Die Untersuchung des internationalen Umfeldes machte deutlich, wie sehr eine außenpolitische Konzeption, die auf wirkliche Verhandlungen abgezielt hätte, die internationale Unterstützung für den Widerstand hätte befördern können. Gleichzeitig wurden die inneren Restriktionen gegen einen solchen Kurs deutlich, die nicht nur in der Wahrnehmung der Akteure, sondern auch der Polarisierung der öffentlichen Meinung und der Gesellschaft über diesen Punkt lagen. Die wichtigsten hier zu entwickelnden Bereiche wären die Vermittlung der Tatsache, daß bei zivilen Auseinandersetzungen Verhandlungsbereitschaft und strikter Widerstand zusammengehören können, und daß berechtigte Interessen auch bei der Gegenseite anzutreffen sind.

4.5. Anregungen für das Konzept der Sozialen Verteidigung aus den Ergebnissen des Ruhrkampfs

4.5.1. Bewertung der bisherigen konzeptionellen Schlußfolgerungen aus dem Ruhrkampf

Die historische Analyse differenzierte die bisherigen Schlußfolgerungen in der Literatur zur Sozialen Verteidigung. Es können die Auswirkungen auf die internationale Situation, die Tatsache des staatlichen widerständigen

Handelns und des Widerstands in einer hochindustrialisierten Region als bedeutsame Charakteristika unterstrichen werden.

Die Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren für den Ausgang eines gewaltlosen Widerstandskampf kann genauer gefaßt werden. Wirtschaftliche Faktoren spielten bei der Unterstützung dieser Widerstandsform eine wesentliche Rolle, weil sie auf einer materiellen Absicherung aufgebaut war. Für den Ausgang des Kampfes war die zu lange Beibehaltung dieser Form mit der folgenden Überstrapzierung der Kräfte das erkannte, aber nicht gelöste Problem. Wirtschaftliche Faktoren waren auch für den Erfolg der Besatzer bedeutsam, weil sie Eingriffsmöglichkeiten in das Wirtschaftsleben fanden, die der Widerstand nicht überwinden und das materielle Gerüst nicht auffangen konnten.

Wenn der Ruhrkampf als ein Beispiel für Niederlagen des gewaltlosen Widerstands gelten soll, dann dafür, wie sie nicht aussehen sollen, wenn das Mittel nicht diskreditiert werden soll. Diese negative Einschätzung ist nicht nur mit der unausgewogenen Verteilung der Lasten nach Abschluß des Kampfes zu begründen. Sie resultiert vor allem daraus, daß der Widerstand bis zum völligen Zusammenbruch des Zusammenhalts hinausgezogen und nicht vorher abgebrochen wurde. Dadurch, daß die finanziellen Leistungen für die Inhaftierten, Ausgewiesenen und Geschädigten bei Abbruch des Kampfes in den Strudel von Währungssanierung und Einsparungen gezogen wurden, entstand bei ihnen ein berechtigtes und nachvollziehbares Gefühl von Betrogen- und Verlassensein, das durch die Anstrengungen im Ministerium für die besetzten Gebiete nicht aufgefangen werden konnte.

Eine weitere Schlußfolgerung verwies auf das Erreichen der politischen Ziele selbst nach der Aufgabe des Widerstands. Damit wird m.E. die Reichweite des passiven Widerstands überstrapaziert. Denn bei einer anders gelagerten Interessenlage der wichtigsten alliierten Mächte hätte die politische Lösung anders ausgesehen. Bei der Analyse von Beispielen zivilen Widerstands sollte daher das Konfliktumfeld mit seinen Interessenlagen und seiner Machtverteilung als eine wichtige Rahmenbedingung immer eigens mit berücksichtigt werden.

Schließlich wird auf die vergrößerten Chancen verwiesen, die in einem gewaltfreien Umgang mit dem Konflikt gelegen hätten. Die Bedeutung dieser Ansicht wird durch das Verhalten von Pazifisten zum Versailler Vertrag und zum Ruhrkampf unterstrichen. Gerade aus dem pazifistischen

Lager wurde der Versailler Vertrag scharf kritisiert, der eigene Anteil am Kriegsausbruch und die eigene Verantwortung für den Wiederaufbau aber auch deutlich gesehen. Politisch nicht handlungsmächtige PazifistInnen vertraten hier sehr klarsichtig Positionen, die das Unrecht auf beiden Seiten formulierten. Spekuliert man hier weiter, so hätte eine konsequente Ablehnung des Versailler Vertrages unter den gegebenen Bedingungen möglicherweise eine Eskalation des Konflikts zur Folge gehabt, so daß die Konfrontation von 1923 bereits drei Jahre früher erfolgt wäre. Mit diesen Überlegungen wird deutlich, daß gewaltfreier Umgang mit Konflikten nicht bedeutet, ihnen auszuweichen, sondern, als Dramatisierung eines Unrechtszustandes beispielsweise, eine ausgeprägte Konfliktfähigkeit und -bereitschaft erfordert.

4.5.2. Überlegungen zu den Eingangsstrategien, der dynamischen Weiterarbeit ohne Kollaboration und zur Strategie

Sharp benennt als Eingangsstrategien Sozialer Verteidigung die sofortige dramatische Inszenierung des gesamten Widerstandspotentials, um zu einer schnellen Entscheidung zu kommen oder "Kommunikation und Warnung" als eine massierte Ankündigung und exemplarische Darbietung der Widerstandsmittel. Beide Strategien bedürfen der Eindeutigkeit in Bezug auf den Gegner und der Entschlossenheit auf der eigenen Seite [1587].

Vergleicht man damit die Entwicklung des Ruhrkampfes, wird sichtbar, wie ambivalent die Signale an die möglichen Invasoren waren und wie sprunghaft und überraschend die Widerstandshaltung ihre massenhafte Form annahm. In vielen Bereichen, die das Verhalten von Beamten betraf, wurde aufgrund einer allgemeinen Parole zunächst experimentiert. Dennoch trafen die jeweiligen Maßnahmen wie der Entzug der wichtigen Kontrollinformationen und die Verweigerung des Gehorsams sehr zielgenau die Schwachstellen der Invasoren. Da anfangs unklar war, ob es zu einem nennenswerten massenhaften Widerstand kommen würde, kann als Erfahrung aus dem Ruhrkampf mitgenommen werden, daß eine entschlossene Minderheit mit einem entsprechenden Know-how durchaus einzeln mit Widerstandsmaßnahmen beginnen kann, auch wenn eine massenhafte aktive Beteiligung zunächst nicht stattfindet. Für die

---

1587. S. oben S. 50-52.

Überlegungen, wie niedrig das Eskalationsniveau eines zivilen Widerstands angelegt werden kann, hieße das, daß die Bereiche, in denen Besatzer durch offensive Aktionen direkt herausgefordert werden, möglicherweise auf sehr wenige begrenzt werden können. Wichtig für den Zusammenhalt scheint zu sein, daß Ausdrucksformen von Solidarität gefunden werden, die von vielen Menschen ohne große Sanktionsgefahr angewendet werden können. Da insbesondere die direkten, offenen Widerstandsaktionen die Repressionsfähigkeit der Gewalthaber direkt herausfordern, muß in Widerstandskonzepten mit Eskalationsspiralen gerechnet werden, die durch gewaltlose Aktionen in Gang gesetzt und mit gewaltsamen Repressionen beantwortet werden. Um hier die Gefahr von Eskalationsspiralen abzuwenden, erscheint es notwendig, Widerstandskonzepte verstärkt auch auf Deeskalationsmöglichkeiten, Schutzmaßnahmen und Selektierung des Widerstands durchzuarbeiten. Sharp sieht das Schwergewicht einer anhaltenden Verteidigung zwar bereits im selektiven Widerstand, doch die Bereiche, die er dann aufführt, umfassen die, die auch im Ruhrkampf alle mehr oder weniger berührt waren. Hier müßte m.E. stärker differenziert werden, wie sich Widerstand und Nicht-Widerstand zueinander verhalten sollen. Gerade dieser Aspekt war im Ruhrkampf von großer Bedeutung, denn es sollte eine Widerstandshaltung möglichst eindeutig ausgedrückt werden, und gerade die Versuche von Differenzierungen wurden zugunsten einer demonstrativen und sanktionierbaren Haltung aufgegeben.

Dieselbe Anfrage richtet sich auch an die von Ebert beschriebene Haltung der "dynamischen Weiterarbeit ohne Kollaboration", bei der, kurzgefaßt, alle an ihren Plätzen weiterarbeiten, bis sie durch gewaltsame Eingriffe in ihrer Arbeit behindert werden [1588]. Dies war die Parole des Ruhrkampfes, wobei hier eingewendet werden kann, daß gerade bei der "dynamischen Weiterarbeit" die Möglichkeit zum Kontakt und damit zu Beeinflussung genutzt werden kann, was im passiven Widerstand, wie gesehen, nicht der Fall war. Die Umsetzung der "dynamischen Weiterarbeit" hätte auch zur Folge gehabt, daß nach einer Ausweisung etc. eine Rückkehr zur Arbeitsstelle logisch erfolgt wäre.

Die Haltung der "dynamischen Weiterarbeit" könnte im Ruhrkampf in den Versuchen gesehen werden, die Verwaltungstätigkeit aufrecht zu erhalten. Das beinhaltete u.a., daß Verwaltungsangehörige plötzlich Funktionen wahrnehmen mußten, die eigentlich nicht zum eigenen Arbeitsbereich

---

1588. S. oben S. 52.

gehörten, daß improvisiert werden mußte und daß Verfahrensgänge den sich ändernden Verhältnissen angepaßt wurden. Dazu gehörte, als noch nicht erwähnter Aspekt, die Kommunikation mit anderen Verwaltungsangehörigen, mit dem Klientel und mit anderen Widerstandsgruppen am Ort als oft neue Herausforderung, die für den Zusammenhalt von besonderer Wichtigkeit war.

Aus den strategischen Überlegungen von Boserup und Mack leistet der Begriff des "Zusammenhalts" und der "Gegenoffensive" des Widerstands eine brauchbare Beschreibung der inneren Dynamik des Widerstands [1589]. Im Ruhrkampf ist nachzuvollziehen, wie der Zusammenhalt auch über die Mobilisierung nationaler Werte und die Entfaltung sozialen Anpassungsdrucks funktionierte. Die zweite Aufgabe des Gegenangriffs auf die Gegenseite erfolgte mehr durch die diplomatische Strategie. Diese arbeitete auf den Aufbau internationalen Druckes zur Unterstützung des Widerstandes hin, orientierte sich aber zu sehr am Eigeninteresse, anstatt die Ansatzpunkte bei den alliierten Mächten zu ermitteln, bei denen sich der Widerstand mit deren Interessen traf.

4.5.3. Effizienzsteigerung durch Planung und Vorbereitung

Der passive Widerstand war kein Fall Sozialer Verteidigung, denn diese setzt planerische Vorbereitungen von Bevölkerung und Regierung im Falle eines Angriffs von innen oder außen voraus.

Die historische Recherche und die Diskussion der Alternativen zeigten die Dimension des Unbekannten, denen sich die Entscheidungsträger stellten und sie zeigten die Bedeutung, die die Unkenntnis des Mittels und seiner Erfordernisse hatte. Was hätte eine Vorbereitung und eine Planung verändert? Diese Frage betrifft das von Ebert entwickelte Konzept Sozialer Verteidigung an einer entscheidenden Stelle, denn er stellt die These auf, daß durch Vorbereitung und Planung eine Effizienzsteigerung des Konzeptes erreichbar wäre. Diese Vermutung ist durch die Analyse des Ruhrkampfes in mehreren unterscheidbaren Bereichen zu unterstützen.

1589. S. oben S. 52.

Der erste betrifft die Notwendigkeit, daß sich staatliche Stellen mit der grundsätzlichen Funktionsweise und den Wirkungen gewaltlosen Widerstands beschäftigen. Diese Kenntnis von zivilem Widerstand hätte eine Flexibilisierung in der Anwendung, eine Vermeidung der sich hier entwickelnden Eigendynamik und damit, wie gesehen, die Chancen einer erhöhten Reichweite in der historischen Situation haben können. Ebenso wären die Abhängigkeiten von Aktionen der Besatzer bei einer bewußten Anwendung zivilen Widerstands geringer gewesen, da die Möglichkeiten zur gezielten Dramatisierung auf der einen und Deeskalation auf der anderen Seite bekannt gewesen wären. Zu dieser grundsätzlichen Kenntnis gehörte die Unterscheidung der abgrenzenden und grenzüberschreitenden Methoden zivilen Widerstands, die Fähigkeit ihrer kombinierten Anwendung und die Einordnung gewaltloser Maßnahmen in die Eskalationsdynamik.

Ein zweiter Bereich umfaßt diejenigen Überlegungen, wie sich Angehörige des Staatsapparates gegen konkrete Angriffe behaupten können. Hier hat der Ruhrkampf eine Fülle von konkreten Erfahrungswerten zu bieten, die sich auf die Abwehr eines bestimmten Typs von Angriff beziehen. Der Angriff richtete sich im Kern auf die Erzwingung von Zusammenarbeit und die Anerkennung von Herrschaft, und hier wurde eine Fülle von verschiedensten Reaktionsmöglichkeiten erprobt, von der direkten Herausforderung des Herrschaftsanspruches bis zur subversiven Weiterarbeit. Auch in diesem Bereich könnte die bewußte Auseinandersetzung mit ziviler Konfliktaustragung, insbesondere mit dem Einwirken auf die negativen Einstellungen des Konfliktgegners und mit der Bereitschaft, durch offensive Aktionen Sanktionen in Kauf zu nehmen, das bisherige praktische Repertoire bereichern.

Ein dritter Bereich beinhaltet die organisatorischen Maßnahmen, die hinsichtlich der Koordinierung und konsensualen Entscheidungsfindung zu treffen wären. Hier ginge es darum, Verfahren zu entwickeln, die behördenintern eine effiziente und hochrangige interministerielle Abstimmung ermöglichen. Dies könnte behördenintern durch eine Auswertung und Weiterentwicklung bisheriger Erfahrungen mit neuartigen, ressortübergreifenden Herausforderungen geschehen. Die Weiterentwicklung müßte die Faktoren von Entscheidungen bei unsicherer Information und von Entscheidungen unter Handlungsdruck besonders berücksichtigen.

Schließlich wären die bürokratischen Leistungen auf ihre praktische Umsetzbarkeit hin zu bewerten, eine Aufgabe, die eine Kooperation von Behörden und gesellschaftlichen Institutionen erforderte und in den nächsten Bereich hineinführt, der durch die Kooperationsbeziehungen zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen definiert ist. Auch in diesem vierten Bereich liefert der Ruhrkampf spezifische Erfahrungen, die auf ihre Aktualität hin auszuwerten und gegenbenenfalls zu ergänzen wären. Insbesondere wäre hier an die Auswertung der staatlich-gesellschaftlichen Kooperationen während der Umgestaltung der DDR zu denken, also die Erfahrungen von Runden Tischen auf ihre Brauchbarkeit zu prüfen. Da diese Kooperationsbeziehungen im Grunde alle Hierarchieebenen betreffen, käme auch die Auswertung von lokalen BürgerInnenbeteiligungen infrage. Die wesentlichsten Kriterien für die Auswertung wären hier die Fähigkeit zur Integration und zum konsensualen Ausgleich verschiedenster Interessen und zur Erarbeitung konkreter Handlungsoptionen.

Ein fünfter Bereich umschließt das Widerstandsrepertoire, das in der Gesellschaft vorhanden ist und das im konkreten Konfliktfall zur Anwendung kommt. Dieses ist in verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen und Bereichen sehr unterschiedlich ausgebildet und geht weit über die spezifischen Kenntnisse und Erfahrungen mit gewaltfreien Aktionen hinaus. Hier wäre eine Bestandsanalyse vonnöten, die in den einzelnen Bereichen das vorhandene Repertoire eruiert, wobei die leitende Frage zunächst ganz allgemein die nach der Fähigkeit zur Behauptung und Durchsetzung der eigenen Interessen wäre. Dabei würden m.E. viele praktische Methoden zum Vorschein kommen, die von ihren AnwenderInnen gar nicht als gewaltlose Methoden angesehen, aber sehr wohl dort anzusiedeln sind. Von dieser Erfahrung der vorhandenen Eigen-Mächtigkeit ausgehend, könnte eine Auseinandersetzung mit Konzepten von Gewaltlosigkeit eine Vertiefung, Verbreiterung und konzeptionelle Verankerung der eigenen Handlungsfähigkeit bewirken.

Darüberhinaus wäre das spezifische Handlungsrepertoire zu ermitteln, das den derzeitigen Stand der gewaltlosen Konfrontations- und Eskalationstechniken erkennen ließe. Hierhin gehörten die Auswertung von Greenpeace-Aktionen genauso wie die Fähigkeiten, Situationen kollektiver Eskalation zu deeskalieren.

Schließlich gehört in diesen Bereich neben den handlungs- und konfliktorientierten Techniken auch die Fähigkeit gesellschaftlicher Gruppen zur lokalen, regionalen und überregionalen Selbstorganisation. Hier würde eine Analyse der Kooperations- und Organisationsstrukturen von Widerstandsregionen Aufschluß über den aktuellen Stand hinsichtlich der Entscheidungsfindung, Motivation und der Bildung und Aufrechterhaltung von Zusammenhalt geben.

In allen genannten Bereiche wurde bewußt eine Bestandsanalyse an den Beginn gesetzt. Solche Analysen sind deshalb so wichtig, weil sie am Gegebenen ansetzen, an den bisher von den Beteiligten selbst erarbeiteten oder erfahrenen Fähigkeiten. Für die Entwicklung ziviler Macht erscheint es unabdingbar, die Selbstwahrnehmung der AkteurInnen über ihre Fähigkeiten zu stärken, um, darauf aufbauend, den Blick für größere, konzeptionelle Zusammenhänge zu erweitern. Insbesondere gilt dies für die Erkenntnis, daß im Falle eines gesamtgesellschaftlichen zivilen Widerstands gesellschaftliche und staatliche Institutionen in einer normalerweise nicht gewohnten Art aufeinander angewiesen und voneinander abhängig sind. Zwischen diesen staatlichen und gesellschaftlichen "Welten" findet eine Kommunikation über dieses Thema überhaupt noch nicht statt. Sie einzurichten, wäre auf dem Weg zur zivilen Widerstandsfähigkeit eine Leistung von unschätzbarem Wert. Die Voraussetzung dafür wäre auf beiden Seiten, den je eigenen Beitrag innerhalb einer zivilen Auseinandersetzung zunächst wahrzunehmen und auf dieser Grundlage das eigene Eingebundensein in das Zusammenspiel mit anderen Organisationen und Institutionen zu reflektieren. Davon ausgehend, könnten konkrete Erwartungen und Angebote hinsichtlich einer Zusammenarbeit formuliert werden.

Aus diesen Überlegungen wird deutlich, daß strategische und konzeptionelle Vorbereitungen und Planungen von sozialer Verteidigung sich vermutlich nicht im abstrakten Rahmen vollziehen können. Hier wie bei der Entwicklung des praktischen Handlungsrepertoires gehören konzeptionelle Arbeit und Reflexion einerseits und das Erleben und Erfahren von praktischer Handlungskompetenz andererseits zusammen. Eine solches Aufeinander-Zugehen von gesellschaftlichen Organisationen und staatlichen Institutionen scheint sich derzeit in der Sicherheitspolitik vorzubereiten, nämlich dort, wo gesellschaftliche AkteurInnen von staatlichen Organisationen zivile Handlungskompetenz einfordern. Die Diskussionen um zivile Kriseninterventionen und deren Trägerschaft und

um die Einrichtung eines Zivilen Friedensdienstes gehen in die Richtung, daß ein neuer Dialog auf Ebenen beginnt, auf denen staatliche und gesellschaftliche Organisationen nur wenig in direktem Kontakt miteinander standen.

Letzlich wird im Konfliktfall das vorhandene Repertoire auf die umfassende Probe gestellt. Dies betrifft die Fähigkeit, zur Entscheidung über einen Widerstand zu kommen, ihn flexibel zu handhaben, die größtmögliche Effizienz im konkreten Konfliktfall zu erzielen und ihn diplomatisch auszunutzen. Vorbereitungen für die praktische Durchführung sind nur sehr begrenzt zu treffen, sondern hier bewährt sich dann der Stand des umfassenden Wissens über die Anwendung des Mittels insgesamt. Der Ruhrkampf war insofern ein Sprung ins kalte Wasser, weil am 11. Januar noch niemand wußte, daß sich die Besatzungstruppen am 20. Januar zwar im Ruhrgebiet, aber dort in der Defensive befinden würden.

Die bewußte und grundsätzliche Entscheidung für die zivile Art der Auseinandersetzung bedeutet dagegen eine neue Qualität gesellschaftlicher Konfliktfähigkeit und staatlichen Selbstverständnisses. Der Unterschied liegt nicht so sehr in der praktischen Kompetenz, sondern in der Einschätzung von ziviler Konfliktaustragung als wirklich geeignet und tragfähig, als das "letzte Mittel". Hier schließt sich der Kreis, warum die Bewußtmachung der Macht ziviler Konfliktaustragung und der Entwicklung der eigenen Fähigkeiten dazu so entscheidend ist. Ohne das Vertrauen in die Wirksamkeit dieses Mittels wird es möglicherweise eher noch spontane Rückgriffe in Notsituationen als die bewußte Entscheidung und die konsequente Entwicklung von ziviler Widerstandsfähigkeit und Sozialer Verteidigung geben, zu der dann auch klare Grundlagen hinsichtlich der Mobilisierung finanzieller Ressourcen, Entschädigungen etc. gehören würden.

4.5.4. Die Aufrechterhaltung staatlicher Souveränität ohne Gewaltmittel

Der passive Widerstand ist ein Beispiel dafür, wie ein Staat gewaltlose Mittel einsetzen kann, um Eingriffe in seine Souveränität zurückzuweisen. Im Verständnis damaliger Entscheidungsträger war diese Überzeugung zwar nicht verankert, aber die Art und Weise, wie sie den gewaltlosen

Widerstand einerseits förderten und andererseits instrumentalisierten, kennzeichnet den zivilen Widerstand als ein Mittel praktischer Politik und staatlicher Konfliktaustragung. Die Macht des passiven Widerstands beruhte auf der Mobilisierung großer Massen für nationale Werte, aber auch für die Erhaltung der Demokratie und für die Selbstbestimmung der Arbeit. Die praktische Macht beruhte einerseits auf dem Kampfrepertoire der Gewerkschaften, die mit der Umsetzung des Widerstands "staatliche Aufgaben" übernahmen. Sie beruhte ferner darauf, daß die Legitimität des angegriffenen Systems von großen Teilen der Bevölkerung als so hoch angesehen wurde, daß sie bereit waren, dies zum Ausdruck zu bringen und dafür sogar Sanktionen hinzunehmen.

Diese ihm zugeschriebene Legitimität konnte der Staat nicht mit Gewalt erzeugen oder mit physischem Zwang erschaffen. Die Druckmittel, die auszumachen sind, bestanden im sozialen Anpassungsdruck auf gesellschaftlicher Ebene im besetzten Gebiet und auf der staatlichen Ebene vor allem in disziplinarrechtlichen Sanktionen gegenüber Beamten sowie in der Androhung von öffentlicher Brandmarkung. Beide Mittel wurden selektiv und wenig angewandt. Das Schwergewicht lag eindeutig darauf, durch materielle Anreize und durch immaterielle Solidarisierung die Motivation zum Widerstand zu stärken. Der Staat förderte den Widerstandsgeist, indem er nationale und ethische Werte aktivierte. Doch ist die Motivation zum Widerstand noch weiteren Quellen zuzuschreiben. Gewerkschaftliche Parolen mobilisierten beispielsweise die Abwehr von Fremdbestimmung. Die massenpsychologischen Wirkungen der Eskalation schließlich führten zu einer breiten Handlungs- und Aktionsbereitschaft einerseits und einer Abgrenzung, Polarisierung und Abwertung der als feindlich angesehenen Besatzungsarmeen andererseits. In diesem Kontext, der Abwertung nach außen, stehen die nationalistischen Agitationen und die durch Haß aktivierte Motivation.

So verschieden, ja mitunter gegensätzlich die Motivationen einzuschätzen sind, sie mündeten in ein gleichgerichtetes Verhalten, das die Weisungen der Regierung als Richtschnur des eigenen Verhaltens gültig sein ließen. Heller ist an diesem Punkt zuzustimmen, wenn er Herrschaft, Legitimität und für gültig erachtete Norm in Beziehung setzt: *"Die Legitimität einer gesellschaftlichen Ordnung ist entscheidend für den Macht- und Geltungsanspruch derjenigen gesellschaftlich-politischen Herrschaft, welche die betreffende Ordnung setzt und in Wirksamkeit erhält. ... Was von oben wie Herrschaft aussieht, präsentiert sich von unten immer als normative Ordnung. Zur Sicherung ihrer Macht und Ordnung kann sich*

keine Herrschaftsorganisation bloss auf ihre Zwangsapparatur verlassen. Immer muss sie nach Legitimierung, d.h. danach streben, die Beherrschten in eine Willens- und Wertgemeinschaft einzubeziehen, die ihren Machtsanspruch honoriert; sie muss also versuchen, ihren Herrschaftsanspruch durch ideelle Gehalte zu rechtfertigen und als normative Pflicht bei den Beherrschten zur inneren Anerkennung zu bringen." **1590**

Als ein weiteres Phänomen ist festzuhalten, daß dem Staat aus dem besetzten Gebiet heraus eine Führungsrolle für den Widerstand zugeschrieben wurde. Dies bleibt unverständlich, wenn, verkürzt, legitime Gewaltsamkeit die Essenz eines Staates ist. Erklärlich wird es, wenn Staat primär funktional verstanden wird als Organisations- und Aktivierungsinstanz von Menschen zu gezieltem Handeln. Auch hier treffen Hellers Vorstellungen eher den Sachverhalt, wenn er schreibt: *"Und wie das Entstehen, so ist das Bestehen, die Aktivität der kollektiven Wirkungseinheit nicht möglich ohne ein Organ-Handeln, das sowohl bewußt auf die Setzung der Ziele wie auf ihre Durchsetzung ... gerichtet ist. Jede Organisation bedarf zur Herbeiführung des Zusammenwirkens also wenigstens eines Organs und in irgendeinem Umfange einer rational gesetzten Ordnung."* **1591**

Die Regierung stand ihrerseits in der Pflicht, dem Widerstand eine Perspektive zu geben. In dem Maße, wie sie daran scheiterte und wie die Kräfte zum Widerstehen nachließen, entzogen immer größere Bevölkerungskreise der Regierung ihre Gefolgschaft. Aber selbst dieses Scheitern und die Überstrapazierung des Zusammenhalts bis zum Zusammenbruch stellte die Souveränität als solche nicht infrage sondern verlangte vielmehr nach Abänderung des Mittels.

Im Grunde macht die Folgezeit des passiven Widerstands mit den vergeblichen Abtrennungs- und separatistischen Putschversuchen am deutlichsten, daß die tiefsten Wurzeln der Souveränität eines Staates nicht in dem Gewaltpotential stecken, das er über seine Mitglieder ausüben kann, sondern in der letztlich freiwilligen Entscheidung über die Zugehörigkeit und Loyalität.

1590. Heller, Staatslehre, a.a.O., S. 87f.
1591. Ebd., S. 89.

Der Ruhrkampf dokumentiert den ersten Versuch eines Staates, in einem zwischenstaatlichen Konflikt gegenüber militärischer Gewaltandrohung und -anwendung mit anderen Mitteln aktionsfähig zu bleiben, und darin liegt eine zukunftsweisende Bedeutung. Diese wird sichtbar, wenn man die Vorstellung infrage stellt, daß die Fähigkeit zur Gewaltanwendung den Staat im Grunde ausmacht. Wenn Gewalt und Zwang als zwar häufige, aber eben funktionale Begleiterscheinungen von Staat angesehen werden [1592], wird die Perspektive offenbar, die der zivile Widerstand im Ruhrkampf aufgezeigt hat. Seitdem Gandhi die Idee der Gewaltfreiheit in Mittel der politischen Auseinandersetzung umgesetzt hat, die ihre Wirkungen gerade darin entfalten, daß sie gegen Gewalt und Gewaltbereitschaft eingesetzt werden, ist im Grundsatz die Frage wieder offen, welche die "letzten" Mittel sind [1593]. Conrad resümiert: *"Die Gewalt ist nicht aus der Welt geschafft, sie ist nur in ihrer Stellung als einzige und ausgezeichnete Möglichkeit des politischen Ernstfalls, als letztlich maßgebendes Kriterium des Politischen erschüttert."* [1594] Während bei Gandhi die politische Praxis von einer theoretischen Durchdringung begleitet war, blieb der Ruhrkampf für die Zeitgenossen und für eine weitere lange Zeitspanne eine unreflektierte Praxis. Für den notwendigen Übergang zu zivilen Formen zwischenstaatlicher Konfliktaustragung bietet er gleichwohl einen beachtenswerten Ausgangspunkt. Er stellt unter Beweis, daß Widerstand auf diese Weise nicht nur möglich ist sondern unter veränderten Bedingungen auch erfolgreich sein kann, und daß diese Bedingungen menschlichem Einwirken zugänglich sind.

1592. So verbindet auch Heller staatliches Handeln mit Zwang, um Handeln zu vereinheitlichen und Handlungen zu unterdrücken, die die Einheit gefährden, s. Heller, Staatslehre, a.a.O., S. 89f. Er setzt sie aber, wie gesehen, immer in Bezug zur Legitimität, die auf einer inneren Zustimmung beruht.

1593. Vgl. die Herausarbeitung der politischen Dimension der Gandhi'schen Kampagnen bei Conrad, Begriff, a.a.O., S. 96-100.

1594. Ebd., S. 100.

5. Verzeichnis der Quellen

5.1. Archivalien

Die folgenden Bestände sind nach der Reorganisation des Archivwesens nicht mehr an ihrem alten Standort: Die Akten der Reichskanzlei (R 43 I) sind im Bundesarchiv in Potsdam einzusehen. Die Bestände der Dienststelle Merseburg befinden sich nun im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStAPK) in Berlin-Dahlem. Dort ist sowohl beim pr. Innenministerium wie auch beim pr. Staatsministerium bei Bestellungen "I. HA" vor dem Bestand anzugeben. Im übrigen wurden die Signaturen der Bestände sowohl im Bundesarchiv in Potsdam wie im GStAPK in Berlin-Dahlem beibehalten.

Bundesarchiv Koblenz (BA)

Akten der Reichskanzlei im Bundesarchiv Koblenz (BA, R 43 I)

NL Jarres (BA, NL Jarres)

NL Quidde (BA, NL Quidde)

NL Brecht (BA, NL Brecht)

Zentrales Staatsarchiv Potsdam (ZStA)

Präsidialkanzlei, Reichspräsident (ZStA, Präsi)

Reichsarbeitsministerium (ZStA, RAM)

Reichswirtschaftsministerium, Hauptabteilung III, Außenhandel, Devisenbewirtschaftung, bes. Gebiete sowie

Reichswirtschaftsministerium, Generalia und Geschäftsbetrieb (ZStA, RWiM)

Reichsfinanzministerium, Organisation und Geschäftsbetrieb sowie Einzelne Finanzierungen/ Subventionen (RFM)

Reichsministerium für die besetzten Gebiete, darin:

Zentralstelle Rhein-Ruhr (ZStA, RmfdbG, Filmnr.)

Abtlg. IV (für die besetzten Rheinischen Gebiete) und R des Reichsministerium des Innern (ZStA, RmfdbdG/RIM)

Reichs- und Staatskommissar für gewerbliche Fragen in Westfalen (ZStA, 39.02)

Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete in Koblenz (ZStA, Rkomm)

Zentrales Staatsarchiv, Dienststelle Merseburg (ZStA Merseburg)

Preußisches Ministerium des Innern, Rep. 77 Tit. 4041. (ZStA Merseburg, MdI)

Sitzungen des preußischen Staatsministeriums, Rep. 90a B III 2b6. (ZStA Merseburg, pr. Staatsmin.)

Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStD)

Regierung Düsseldorf, Präsidialabteilung (HStD, RD Präs)

Regierung Düsseldorf (HStD, RD)

Hochbauamt Düsseldorf (HStD, Hochbauamt D)

Landratsamt Essen (HStD, LA Essen)

Staatsarchiv Münster (StaMs)

Oberpräsidium Münster (StaMs OpräMü)

Regierung Münster, Besatzungsakten (StaMs RegMsBes)

Regierung Arnsberg, Polizeiabteilung (StaMs RegAbg I Pa)

Zentrale Nachrichtenstelle Nord (StaMs ZNN)

Stadtarchiv Dortmund (StaDo)

Stadtverwaltung (Bestand 3)

Polizeiverwaltung (Bestand 5)

Landkreise Dortmund (Bestand 10), Hörde (Bestand 12)

Magistrat Hörde (Bestand 15)

Ämter (Bestand 17), Brambauer (11sl), Brackel (As1), Aplerbeck (Js1), darin Gemeinde Aplerbeck (47s) und Gemeinde Berghofen (48s)

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (AA)

NL von Maltzan (AA, NL v. Maltzan)

5.2. Gedruckte Quellen

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Cuno. Hrsg. für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Karl Dietrich Erdmann, für das Bundesarchiv von Wolfgang Mommsen, bearbeitet von Karl-Heinz Harbeck, Boppard 1968.

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Die Kabinette Stresemann I und II, 2 Bde. Hrsg. für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Karl Dietrich Erdmann, für das Bundesarchiv von Hans Booms, bearbeitet von Karl Dietrich Erdmann und Martin Vogt, Boppard 1978.

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Herausgeber und Bearbeiter Dr. Herbert Michaelis und Dr. Ernst Schraepler. Fünfter Band. Die Weimarer Republik. Das kritische Jahr 1923. Berlin o.J. Um 1960.

Verhandlungen des Reichstags. I. Wahlperiode 1920. Band 357 und Band 379. Anlagen zu den Stenographischen Berichten. Nr. 6093 bis 6204. Berlin 1924. (RT-Drucksachen.) Nr. 6204 Notenwechsel der Alliierten im Anschluß an die deutschen Noten vom 2. Mai und 7. Juni 1923.

6. Literaturverzeichnis

Adolph, Hans J. L., Otto Wels und die Politik der deutschen Sozialdemokratie 1894-1939. Eine politische Biographie (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin. Bd. 33). Berlin 1971.

Albertin, Lothar, Faktoren eines Arrangements zwischen industriellem und politischem System in der Weimarer Republik 1918-1928, S. 658-674 in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.-17. Juni 1973. Hrsg. v. Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod. Düsseldorf 1974.

Albrecht-Carrié, France, Europe and the Two World Wars. 1960.

Aldcroft, Derek A., Die zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street. 1919-1929 (Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert. Bd. 3). München 1978.

Allen, Henry T., Französische Rheinpolitik in amerikanischer Beleuchtung. Ausgewählte Stücke aus dem Tagebuch des Oberkommandierenden der amerikanischen Besatzungstruppen. Bearbeitet von Dr. Rudolf Pechel. Berlin 1925.

Artaud, Denise, Die Hintergründe der Ruhrbesetzung 1923: Das Problem der interalliierten Schulden, S. 241-259 in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 27. 1979.

Bader, Rolf, Kortländer, Michael, Strukturelle Nichtverteidigbarkeit hochindustrialisierter Staaten. Hrsg. v. Institut für Psychologie und Friedensforschung. Berlin 1989.

Bahrmann, Hannes, Links, Christoph, Chronik der Wende. Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989. Berlin 1994.

Bariety, Jacques, Die französische Politik in der Ruhrkrise, S. 11 - 27 in: Die Ruhrkrise 1923: Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. Hrsg. v. Klaus Schwabe. Paderborn 1985.

Bariety, Jacques, Les Relations Franco-Allemandes après la première guerre mondiale. 10. Nov. 1918-10. Jan. 1925. De Exécution à la Négociation. Paris 1977.

Bariety, Jacques, Das Zustandekommen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft (1926) als Alternative zum mißlungenen "Schwerindustriellen Projekt" des Versailler Vertrages, S. 552-568 in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.-17. Juni 1973. Hrsg. v. Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod. Düsseldorf 1974.

Bergmann, Carl, Der Weg der Reparation von Versailles über den Dawesplan zum Ziel. Frankfurt am Main 1926.

Bischof, Erwin, Rheinischer Separatismus 1918-24. Hans-Adam Dortens Rheinstaatbestrebungen (Europäische Hochschulschriften Reihe III. Geschichte und ihre Hilfswissenschaften. Bd. 4). Bern 1969.

Blaich, Fritz, Der "30-Millionen-Fonds" - Die Auseinandersetzung um eine soziale Ruhrentschädigung, S. 450-476 in: Blätter für deutsche Landesgeschichte. 113. 1977.

Borch, Herbert von, Obrigkeit und Widerstand. Tübingen 1954.

Boserup, Anders, Mack, Andrew, Krieg ohne Waffen? Studie über Möglichkeiten und Erfolge sozialer Verteidigung. Kapp-Putsch 1920 / Ruhrkampf 1923 / Algerien 1961 / CSSR 1968, Reinbek 1974.

Boutros-Gahli, Boutros, Agenda für den Frieden. Bericht des Generalsekretärs an den Sicherheitsrat, vorgelegt in New York am 17. Juli 1992, D657-D674 in: Europa-Archiv. Folge 24. 1994.

Brauweiler, Heinz, Generäle in der deutschen Republik. Groener, Schleicher, Seeckt. Berlin 1932.

Brücher, Gertrud, Wahrnehmungsverzerrung und Gewalt. Funktional-strukturelle Systemtheorie und Friedensforschung. Diss. Frankfurt 1986.

Brüning, Heinrich, Memoiren 1918-34. Stuttgart 1970.

Bruyn, Severyn T., Social Theory of Nonviolent Action: A Framework for Research in Creative Conflict, S. 13-63 in: Nonviolent Action and Social Change. Hrsg. v. Severyn T. Bruyn und Paula M. Rayman. New York, London, Sydney, Toronto 1979.

Carsten, Francis L., Reichswehr und Politik 1918-33. Köln, Berlin 1964.

Carter, April, Die politischen Voraussetzungen der Sozialen Verteidigung, S. 244-265 in: Gewaltloser Widerstand gegen Aggressoren. Probleme, Beispiele, Strategien. Hrsg. v. Adam Roberts. Göttingen 1971.

Conrad, Dietrich, Der Begriff des Politischen, die Gewalt und Gandhis gewaltlose politische Aktion, S. 72-112 in: Kultur und Konflikt. Hrsg. v. Jan Assmann und Dietrich Harth. Frankfurt 1990.

Cornebise, Alfred E., Gustav Stresemann and the Ruhr Occupation: the Making of a Statesman, S. 43-67 in: European Studies Review. Bd. 2. Teil 1. 1972.

D'Abernon, Viscount, Ein Botschafter der Zeitenwende. Memoiren. Bd. I: Von Spa bis Rapallo. Leipzig 1929. Bd. II: Ruhrbesetzung. Leipzig 1929.

Diamond, Sander A., Ein Amerikaner in Berlin. Aus den Papieren des Botschafters Alanson B. Houghton 1922-1925, S. 431-470 in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. 27. 1979. Dokumentation.

Dohrmann, Bernd, Die englische Europapolitik in der Wirtschaftskrise 1921-1923. Zur Interdependenz von Wirtschaftsinteressen und Außenpolitik. München, Wien 1980.

Ebert, Theodor, Gewaltfreie Abwehr von Gewalt gegen Flüchtlinge, S. 52-66 in: Gewaltfrei in Krisen intervenieren. Analysen - Berichte - Konzepte - Ideen - Perspektiven. Eine Dokumentation aus Anlaß der Potsdamer Tagung "Staat - Krieg - Gewaltfreiheit" des Bundes für Soziale Verteidigung 1991. Überarbeitete Neuauflage Jan. 1993.

Ebert, Theodor, Der Bund für Soziale Verteidigung und die Senghaas/Ebert-Kontroverse, S. 43-48 in: gewaltfreie aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit. Nr. 87/88. 23. Jg. 1. u. 2. Quartal 1991.

Ebert, Theodor, Das zivile Modell und die Sicherheitspolitik. Eine Erwiderung auf Dieter Senghaas, S. 49-61 in: gewaltfreie aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit. Nr. 85/86. 22. Jg. 3. u. 4. Quartal 1990.

Ebert, Theodor, Das zivile Modell staatlicher Sicherheitspolitik: Selbstbehauptung und Solidarität mit gewaltfreien Mitteln. Erneute Erwiderung auf die Kritik von Dieter Senghaas am Konzept der Sozialen Verteidigung, S. 30-41 in: gewaltfreie aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit. Nr. 89/90. 23. Jg. 3. u. 4. Quartal 1991.

Ebert, Theodor, Strategie und Warnungswirkung der Sozialen Verteidigung, S. 60-66 in: Jochheim, Gernot, Soziale Verteidigung - Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht. Eine Handreichung. Düsseldorf 1988.

Ebert, Theodor, Soziale Verteidigung - eine Alternative zur "Vorwärtsverteidigung"? Ein Forschungsbericht (1968), S. 9-29 in: Ebert, Theodor, Soziale Verteidigung, Bd. 1: Historische Erfahrungen und Grundzüge der Strategie. Waldkirch 1981.

Ebert, Theodor, Die Soziale Verteidigung als Forschungsaufgabe. Die Ansätze der Friedensforschung und das Problem der gewaltfreien Macht, S. 167-175 in: Civilian Defence. Voraussetzungen und Möglichkeiten. Ein neuer Weg zu Abrüstung und Sicherheit? Tagungsbericht der wissenschaftlichen Arbeitstagung v. 15.-17. 9. 1967, veranstaltet von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler. München 1967.

Ebert, Theodor, Soziale Verteidigung: Sicherheitspolitik mit gewaltfreien Mitteln nach der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze, S. 4-25 in: gewaltfreie aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit. Nr. 82/83. 21./22. Jg. 4. Quartal 1989/1. Quartal 1990.

Ebert, Theodor, Gewaltfreier Widerstand als Mittel der Verteidigungspolitik. Das Konzept der Sozialen Verteidigung in der Argumentation von Kriegsdienstverweigerern (1980), S. 171-192 in: Ebert, Theodor, Soziale Verteidigung, Bd. 2: Formen und Bedingungen des zivilen Widerstandes. Waldkirch 1983.

Ebert, Theodor, Gewaltfreier Widerstand gegen stalinistische Regime, S. 52-77 in: Ebert, Soziale Verteidigung, Bd. 1. Historische Erfahrungen und Grundzüge der Strategie. Waldkirch 1981. (Die Einleitung S. 52-57 und die Schlußfolgerungen S. 71-77 des 1964 geschriebenen Artikels wurden 1971 überarbeitet.)

Eberwein Wolf-Dieter, Reichel, Peter, Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung (Texte und Studien zur Politologie. Hrsg. v. Professor Klaus von Beyme und Professor Kurt Sontheimer). München 1976.

Epple, Ruedi, Die Soziale Verteidigung ist kein Instrument des Staates. Kommentar zur Kontroverse Senghaas/Ebert, S. 50-53 in: gewaltfreie aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit. Nr. 89/90. 23. Jg. 3. u. 4. Quartal 1991.

Erdmann, Karl-Dietrich, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Stuttgart 1966.

Erdmann, Lothar, Die Gewerkschaften im Ruhrkampfe. Berlin 1924.

Favez, Jean-Claude, Le Reich devant l'occupation franco-belge dans la Ruhr. Genf 1969.

Feldman, Gerald D., Der Historiker und die deutsche Inflation, S. 55-66 in: Feldman, Gerald D., Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise: Studien zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1914-1932 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Bd. 60). Göttingen 1984.

Feldman, Gerald D., Iron and Steel in the German Inflation 1916-23. Princeton 1977.

Feldman, Gerald D. und Heidrun Homburg, Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916-1923 (Historische Perspektiven. Bd. 5). Hamburg 1977.

Feldman, Gerald D. und Irmgard Steinisch, Industrie und Gewerkschaften 1918-1924. Die überforderte Zentralarbeitsgemeinschaft (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Nr. 50). Stuttgart 1985.

Forndran, Ehrhard, Abrüstung und Friedensforschung. Kritik an E. Krippendorff, D. Senghaas und Th. Ebert. Düsseldorf 1971.

Galtung, Johan, Basic Needs Approach, S. 55-126 in: Human needs. Hrsg. v. Katrin Lederer. Königsstein 1980.

Galtung, Johan, Die Prinzipien des gewaltlosen Protestes - Thesen über die "Große Kette der Gewaltlosigkeit", S. 82-92 in: Dokumentation des Bundeskongresses "Wege zur Sozialen Verteidigung" vom 17.-19. Juni 1988. Hrsg. v. Bund für Soziale Verteidigung. Minden 1988.

Galtung, Johan, Strategien des direkten und des strukturellen Widerstandes, S. 20-25 in: gewaltfreie aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit. Nr. 75/76. 1. u. 2. Quartal 1988. (Hearing der Fraktion der GRÜNEN im Bundestag. Das Verteidigungskonzept der GRÜNEN: Soziale Verteidigung).

Galtung, Johan, Der Weg ist das Ziel. Gandhi und die Alternativbewegung. Wuppertal 1987.

Gebhardt - Handbuch der deutschen Geschichte. 9. neubearb. Auflage. Hrsg. v. Herbert Grundmann. Bd. 4, 1. Teilband: Der erste Weltkrieg. Die Weimarer Republik. Bearbeitet von Karl Dietrich Erdmann. 1973.

Gewaltfreiheit auf den Philippinen - Die gefahrvolle Straße, S. 75-81 in: Versöhnungsbund-Rundbrief. Nov. 1986.

Die Gewerkschaften in den Anfangsjahren der Republik 1919-1923. Bearbeitet von Michael Ruck (Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Bd. 2). Köln 1988.

Gordon, Harold J., Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919-1926. Frankfurt am Main 1959.

Goss-Mayr, Hildegard, Der Mensch vor dem Unrecht. Spiritualität und Praxis gewaltloser Befreiung. 4. neubearb. u. erw. A. Wien, München, Zürich 1981.

Grupp, Peter, Deutsche Außenpolitik im Schatten von Versailles 1918-1920. Paderborn 1988.

Gugel, Günther, Furtner, Horst, Gewaltfreie Aktion. Hrsg. v. Verein für Friedenspädagogik Tübingen. Tübingen 1983.

Guggenberger, Bernd, Das Menschenrecht auf Irrtum. Anleitung zur Unvollkommenheit. München 1987.

Gumbel, E., Geheime Rüstung und politische Morde in der Weimarer Republik, S. 205-281 in: Der Friede. Idee und Verwirklichung. Festgabe für Adolf Leschnitzer. Hrsg. v. Erich Fromm und Hans Herzfeld. Heidelberg o.J. (1959).

Haffner, Sebastian, Der letzte Friedensvertrag, S. 416-427 in: Der Vertrag von Versailles. Mit Beiträgen von Sebastian Haffner, Gregory Bateson, J.M. Keynes, Harold Nicholson, Arnold Brecht, W.I. Lenin u.a. München 1978.

Hagspiel, Hermann, Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland? Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder. Bonn 1987.

Heckmann, G., Lehren des norwegischen Widerstandes, S. 132-143 in: Civilian Defence. Voraussetzungen und Möglichkeiten. Ein neuer Weg zu Abrüstung und Sicherheit? Tagungsbericht der wissenschaftlichen Arbeitstagung v. 15.-17. 9. 1967, veranstaltet von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler. München 1967.

Heller, Hermann, Staatslehre. Herausgegeben von Gerhart Niemeyer. Vierte, unveränderte Auflage, Leiden 1970.

Helmreich, Jonathan, Belgium and Europe. A Study in Small Power Diplomacy (Issues in Contemporary Politics. Historical and Theoretical Perspectives. 3). The Hague, Paris 1976.

Hogan, Michael J., Thomas W. Lamont and European Recovery: The Diplomacy of Privatism in a Corporatist Age, S. 5-22 in: U.S. Diplomats in Europe, 1919-1941. Hrsg. v. Kenneth Paul Jones. Santa Barbara 1981.

Holtfrerich, Carl-Ludwig, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive. Berlin, New York 1980.

Holz, Kurt A., Die Diskussion um den Dawes- und Young-Plan in der deutschen Presse. Frankfurt 1977. 2 Bde. Band I: Text. Bd. II: Anmerkungen, Bibliographie.

Horsky, Vladimir, Prag 1968. Systemveränderung und Systemverteidigung (Studien zur Friedensforschung. Hrsg. v. Georg Picht, Heinz Eduard Tödt und Heinz Theo Risse. Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (F.E.S.T.) Heidelberg. Band 14). München, Stuttgart 1975.

Huber, Wolfgang, Friedensethik und Friedensforschung, S. 57-63 in: Perspektiven der Friedensforschung. Hrsg. v. Bernhard Moltmann (Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung. Bd. XV). Baden - Baden 1988.

Hucke, Jochen, Politische Handlungsspielräume. Möglichkeiten und Probleme ihrer empirischen Bestimmung. Bad Honnef 1980.

Jahn, Egbert, Von der internationalen Friedensforschung zur nationalen Sicherheitsforschung?, S. 85-110 in: Perspektiven der Friedensforschung. Hrsg. v. Bernhard Moltmann (Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung. Bd. XV). Baden - Baden 1988.

Jochheim, Gernot, Die gewaltfreie Aktion. Idee und Methoden, Vorbilder und Wirkungen 1. Aufl. Hamburg 1984.

Jochheim, Gernot, Soziale Verteidigung - Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht. Eine Handreichung. Düsseldorf 1988.

Jones, Kenneth Paul, Alanson B. Houghton and the Ruhr Crisis: The Diplomacy of Power and Morality, S. 25-39 in: U.S. Diplomats in Europe, 1919-1941. Hrsg. v. Kenneth Paul Jones. Santa Barbara 1981.

Kaiser, Angela, Lord D'Abernon und die englische Deutschlandpolitik 1920-1926. Frankfurt, Bern, New York, Paris 1989.

Kappel, Rolf, Technologieentwicklung und Grundbedürfnisse: eine empirische Studie über Mexiko. Rolf Kappel, Manfred Metz, Diethard Wendt (Sozialwissenschaftliche Studien zu internationalen Problemen. Bd. 84). Saarbrücken, Fort Lauderdale 1983.

Kemp, Tom, The French Economy 1913-39. The history of a decline. London 1972.

Kempf, Wilhelm, Konflikteskalation durch autonome Prozesse, S. 53-69 in: Gewaltfreie Konfliktlösungen. Interdisziplinäre Beiträge zu Theorie und Praxis friedlicher Konfliktbearbeitung. Hrsg. v. Wilhelm Kempf, Wolfgang Frindte, Gert Sommer, Michael Spreiter. Heidelberg 1993.

Koelbing, Dorothea, Der passive Widerstand gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durch Frankreich 1923. Die Art der Beteiligung am Widerstand bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Magisterarbeit. Freiburg. O.J.

Kothari, Rajini, Foreword, S. VII-X in: Walker, R.B.J., One World, many worlds: struggles for a just world peace. Boulder 1988.

Das Krisenjahr 1923. Militär- und Innenpolitik. 1922-24. Bearbeitet von Heinz Hürten (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Zweite Reihe. Militär und Politik. Hrsg. v. Erich Matthias und Hans Meier-Welcker. Band 4). Düsseldorf 1980.

Krohn, Claus-Dieter, Stabilisierung und ökonomisches Interesse. Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches 1923-1927. Düsseldorf 1974.

Krohn, Claus-Dieter, Steuerpolitik und Industrie in der Stabilisierungsphase: Von den Steuernotverordnungen im Winter 1923 zur Finanzreform im August 1925, S. 426-438 in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.- 17. Juni 1973. Hrsg. v. Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod. Düsseldorf 1974.

Krüger, Peter, Die Außenpolitik der Republik von Weimar. Darmstadt 1985.

Krüger, Peter, Die Auswirkungen der Inflation auf die deutsche Außenpolitik, S. 297-314 in: Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924-1933. Hrsg. v. Gerald D. Feldman unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 6). München 1985.

Krüger, Peter, Die Rolle der Banken und der Industrie in den deutschen reparationspolitischen Entscheidungen nach dem Ersten Weltkrieg, S. 568-582 in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.- 17. Juni 1973. Hrsg. v. Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod. Düsseldorf 1974.

Lakey, George, Sociological Mechanisms of Nonviolence: How It Works, S. 64-72 in: Nonviolent Action and Social Change. Hrsg. v. Severyn T. Bruyn und Paula M. Rayman. New York, London, Sydney, Toronto 1979.

Lee, Marshall M., Michalka, Wolfgang, German Foreign Policy 1917-1933. Continuity or Break? Spa, Hamburg, New York 1987.

Link, Werner, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932. Düsseldorf 1970.

Link, Werner, Die Vereinigten Staaten und der Ruhrkonflikt, S. 39-51 in: Die Ruhrkrise 1923: Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. Hrsg. v. Klaus Schwabe. Paderborn 1985.

Maier, Charles S., Coal and Economic Power in the Weimar Republic: The Effects of the Coal Crisis of 1920, S. 530-542 in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.- 17. Juni 1973. Hrsg. v. Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod. Düsseldorf 1974.

Maier, Charles, Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany, and Italy in the Decade after World War I. Princeton 1975.

Marks, Sally, The Illusion of Peace. International Relations in Europe 1918-1933. London 1976.

Maxelon, Michael-Olaf, Stresemann und Frankreich 1914-1929. Deutsche Politik der Ost-West-Balance. Düsseldorf 1972.

Mayer, Karl J., Die Weimarer Republik und das Problem der Sicherheit in den deutsch-französischen Beziehungen 1918-1925 (Europäische Hochschulschriften Reihe III. Bd. 440). Frankfurt, Bern, New York, Paris 1990.

McDougall, Walter A., France's Rhineland Diplomacy, 1914-1924. The last Bid for a Balance of Power in Europe. Princeton 1978.

Meier, Christian, Fragen und Thesen zu einer Theorie historischer Prozesse, S. 11 - 65 in: Historische Prozesse. Hrsg. v. K.G. Faber, K. G. und C. Meier (Theorie der Geschichte. Beiträge zur Historik. Bd. 2). München 1978.

Meier-Welcker, Hans, Seeckt. Frankfurt am Main 1967.

Meran, Josef, Theorien in der Geschichtswissenschaft. Die Diskussion über die Wissenschaftlichkeit der Geschichte (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 66). Göttingen 1985.

Mez, Lutz, Ziviler Widerstand in Norwegen. Frankfurt 1976.

Mitchell, C.R., The Structure of International Conflict. London 1981.

Moltmann, Bernhard, Perspektiven der Friedensforschung, S. 11-40 in: Perspektiven der Friedensforschung. Hrsg. v. Bernhard Moltmann (Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung. Bd. XV). Baden - Baden 1988.

Müller, Barbara, Soziale Verteidigung und öffentliche Verwaltung. Historische Erfahrungen von Verwaltung: Kollaboration und Gegenwehr bei Invasion und Umsturz. Pfalzfeld, o.J. (1988).

Neidert, R., Verankerung des Widerstandsrechts statt Civilian Defence, S. 184f. in: Civilian Defence. Voraussetzungen und Möglichkeiten. Ein neuer Weg zu

Abrüstung und Sicherheit? Tagungsbericht der wissenschaftlichen Arbeitstagung v. 15.-17. 9. 1967, veranstaltet von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler. München 1967.

Neumann, Walter, Die Gewerkschaften im Ruhrgebiet. Voraussetzungen, Entwicklung und Wirksamkeit. Köln 1951.

Nick, Volker, Scheub, Volker, Then, Christof, Mutlangen 1983-1987: Die Stationierung der Pershing II und die Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung, Mutlangen und Tübingen 1993.

Nolte, Hans-Heinrich, Geschichte zivilen Widerstands, S. 13-141 in: Nolte, Hans-Heinrich, Nolte, Wilhelm, Ziviler Widerstand und autonome Abwehr. 1. Aufl. Baden-Baden 1984.

Pitts, Vincent J., France and the German Problem. Politics and Economics in the Locarno Period (Modern European History). New York, London 1987.

Pohl, Karl Heinrich, Weimars Wirtschaft und die Außenpolitik der Republik 1924-1926. Vom Dawes-Plan zum Internationalen Eisenpakt. Düsseldorf 1979.

Porsholt, Lars, Probleme des Überganges von militärischer zu ziviler Verteidigung, S. 54-61 in: Civilian Defence. Voraussetzungen und Möglichkeiten. Ein neuer Weg zu Abrüstung und Sicherheit? Tagungsbericht der wissenschaftlichen Arbeitstagung v. 15.-17. 9. 1967, veranstaltet von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler. München 1967.

Historische Prozesse der deutschen Inflation 1914 bis 1924. Ein Tagungsbericht. Bearb. und hrsg. v. Otto Büsch und Gerald D. Feldmann (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin. Bd. 21). Berlin 1978.

Recouly, Raymond, Marschall Foch. Erinnerungen von der Marneschlacht bis zur Ruhr. Dresden 1929.

La résistance civile au Kosovo. Rapport de mission de la délégation du MAN. Réédition. Paris 1994.

Riesenberger, Dieter, Die katholische Friedensbewegung in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1976.

Rittberger, Volker, Frieden und Friedensfähigkeit, S. 65-83 in: Perspektiven der Friedensforschung. Hrsg. v. Bernhard Moltmann (Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung. Bd. XV). Baden - Baden 1988.

Roberts, Adam, The Technique of Civil Resistance. Maschschr. Manuskript. London 1976.

Roberts, Adam, Ziviler Widerstand als eine Technik in den internationalen Beziehungen, S. 25-40 in: Jochheim, Gernot, Soziale Verteidigung - Verteidigung mit einem menschlichen Gesicht. Eine Handreichung. Düsseldorf 1988.

Ruck, Michael, Die Freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923. Köln 1986.

Ruloff, Dieter, Geschichtsforschung und Sozialwissenschaft. Eine vergleichende Untersuchung zur Wissenschafts- und Forschungskonzeption in Historie und Politologie. München 1984.

Ruloff, Dieter, Konfliktlösung durch Vermittlung. Computersimulation zwischenstaatlicher Krisen (Interdisciplinary Systems Research. Interdisziplinäre Systemforschung 6). Basel, Stuttgart 1975.

Rupesinghe, Kumar, Preventive Diplomacy and Conflict Management in Situations of Internal Conflict: The Role of International NGOs and Humanitarian Agencies. Bericht für die Friedrich Ebert Stiftung 6.6.1994. International Alert.

Rupieper, Hermann J., The Cuno government and Reparations. The Hague 1979.

Rupieper, Hermann J., Industrie und Reparationen: Einige Aspekte des Reparationsproblems 1922-1924, S. 582-592 in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.- 17. Juni 1973. Hrsg. v. Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod. Düsseldorf 1974.

Scheer, Friedrich Karl, Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892-1933). Organisation, Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland. Frankfurt 1981.

Schöne, Siegfried, Von der Reichskanzlei zum Bundeskanzleramt. Eine Untersuchung zum Problem der Führung und Koordination in der jüngeren deutschen Geschichte (Beiträge zur Politischen Wissenschaft. Bd. 5). Berlin 1968.

Schuker, Stephen A., The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes-Plan. Chapel Hill 1976.

Schuker, Stephen A., American "Reparations" to Germany, 1919-1933, S. 335-384 in: Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924-1933. Hrsg. v. Gerald D. Feldman unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 6). München 1985.

Schultze, E., (Hrsg.), Ruhrbesetzung und Weltwirtschaft (Schriften des Weltwirtschaftlichen Instituts der Handelshochschule Leipzig). Leipzig 1927.

Schulz, Stefan, Der Staatsstreich in der Sowjetunion 1991. Drei Tage Widerstand aus der Perspektive der Sozialen Verteidigung, S. 20-28 in: gewaltfreie aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit. Nr. 89/90. 23. Jg. 3.u.4. Quartal 1991.

Schulz, Stefan, Ziviler Widerstand in Moskau. Der Beitrag der Sozialen Verteidigung am Scheitern des Putsches in der Sowjetunion 1991, S. 33-36 in: Gewaltfrei in Krisen intervenieren. Analysen - Berichte - Konzepte - Ideen - Perspektiven. Eine Dokumentation aus Anlaß der Potsdamer Tagung "Staat - Krieg - Gewaltfreiheit" des Bundes für Soziale Verteidigung 1991. Überarbeitete Neuauflage Jan. 1993. (Der Text ist fast identisch mit Schulz, Staatsstreich.)

Schulze, Hagen, Weimar. Deutschland 1917-1933 (Die Deutschen und ihre Nation). 2. A. Berlin 1982.

Schwabe, Klaus, Zur Einführung, S. 1-9 in: Die Ruhrkrise 1923: Wendepunkt der internationalen Beziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. Hrsg. v. Klaus Schwabe. Paderborn 1985.

Schweitzer, Christine, On Direct Nonviolent Civilian Intervention (3 Spalten) in: Peaceful Settlement of Conflict - A Task for Civil Society. Second International Workshop. March 16-18, 1994. Papers. Evangelische Akademie Loccum.

Senghaas, Dieter, Konfliktformationen im internationalen System. Frankfurt am Main 1988.

Senghaas, Dieter, Auch für die Theorie der "Sozialen Verteidigung" schlägt jetzt die Stunde der Wahrheit, S. 38-48 in: gewaltfreie aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit. Nr. 85/86. 22. Jg. 3.u.4. Quartal 1990.

Senghaas, Dieter, Einige Überlegungen zur Rede von Theodor Ebert, S. 49-52 in: gewaltfreie aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit. Nr. 87/88. 23. Jg. 1.u.2. Quartal 1991.

Sharp, Gene, Making Europe Unconquerable. The Potential of Civilian - based Deterrence and Defence. Cambridge 1985.

Sharp, Gene, Grundlagen der Sozialen Verteidigung, S. 8-14 in: gewaltfreie aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit. Nr. 75/76. 1. u. 2. Quartal 1988. (Hearing der Fraktion der GRÜNEN im Bundestag. Das Verteidigungskonzept der GRÜNEN: Soziale Verteidigung).

Sharp, Gene, The Significance of Domestic Nonviolent Action As a Substitute for International War, S. 233-253 in: Nonviolent Action and Social Change. Hrsg. v. Severyn T. Bruyn und Paula M. Rayman. New York, London, Sydney, Toronto 1979.

Sharp, Gene und Bruce Jenkins, Organisation und Leitung des Hungerstreiks der Studenten in Peking - Mai/Juni 1989, S. 62-69 in: gewaltfreie aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit. Nr. 85/86. 22. Jg. 3.u.4. Quartal 1990.

Siegl, Elfi, Das letzte Wort aus Wilna: Keiner wird uns zwingen in: Frankfurter Rundschau, S. 3, 14.1. 1991.

Sorensen, Georg, Peace and Security: Concepts and Strategies (1988), S. 556-572 in: A Just Peace Through Transformation. Cultural, Economic, and Political

Foundations for Change. Proceedings of the International Peace Research Association. Eleventh General Conference. Hrsg. v. Chadwick Alger u. Michael Stohl. Boulder, London 1988.

Soutou, Georges, Der Einfluß der Schwerindustrie auf die Gestaltung der Frankreichpolitik Deutschlands 1919-1921, S. 543-552 in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.- 17. Juni 1973. Hrsg. v. Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod. Düsseldorf 1974.

Specht, Agnete von, Politische und wirtschaftliche Hintergründe der deutschen Inflation 1918-1923 (Europäische Hochschulschriften. Reihe III. Geschichte und ihre Hilfswissenschaften. Bd. 179). Frankfurt, Bern 1982.

Spethmann, Hans, 12 Jahre Ruhrbergbau. 5 Bde. Berlin 1928-1931.

Spethmann, Hans, Der Ruhrkampf 1923 bis 1925. O.O., o.J. Auszug aus "Der Ruhrkampf 1923-1925 in Bildern" 1931. (Brosch. 16 S.).

Stehlin, Stewart A., Weimar and the Vatican 1919-1933. German - Vatican Diplomatic Relations in the Interwar Years. Princeton 1983.

Steinisch, Irmgard, Arbeitszeitverkürzung und sozialer Wandel. Der Kampf um die Achtstundenschicht in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie 1880-1929 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin. Bd. 65 und Beiträge zu Inflation und Wiederaufbau in Deutschland und Europa 1914-1924. Hrsg. v. Gerald D. Feldman, Carl-Ludwig Holtfrerich, Gerhard A. Ritter, Peter-Christian Witt. Bd. 6). Berlin, New York 1986.

Steinweg, Reiner, Die Kritik an der Sozialen Verteidigung, S. 70-140 in: Soziale Verteidigung. Konstruktive Konfliktaustragung. Kritik und Gegenkritik. Bearbeiter des Schwerpunktthemas: Theodor Ebert, Dieter Senghaas, Reiner Steinweg (Militärpolitik Dokumentation. Heft 80/81. 13. Jg. 1990). Frankfurt 1991.

Sternstein, Wolfgang, Der Ruhrkampf. Wirtschaftsprobleme der Sozialen Verteidigung, S. 50-86 in: Gewaltloser Widerstand gegen Aggressoren. Probleme, Beispiele, Strategien. Hrsg. v. Adam Roberts. Göttingen 1971.

Sternstein, Wolfgang, Schwerter zu Pflugscharen. Aktionsgruppe beschädigt Raketentransporter, S. 2-6 in: gewaltfreie aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit. Nr. 59/60. 16. Jg. 1.u.2. Quartal 1984.

Sternstein, Wolfgang, Übergangsstrategien zur Sozialen Verteidigung. Darstellung und Kritik. Maschschr. Manuskript o.O., o. J.

Sternstein, Wolfgang, Übergangsstrategien zur Sozialen Verteidigung, S. 118-130 in: Dokumentation des Bundeskongresses "Wege zur Sozialen Verteidigung" vom 17.-19. Juni 1988. Hrsg. v. Bund für Soziale Verteidigung. Minden 1988.

Stollenwerk, Alexander, 1923 in einer rheinischen Kleinstadt. Der passive Widerstand und die Separatistenzeit im altbesetzten Gebiet. Jülich 1934.

Thielen, Joseph H. Helmut, "Soziale Verteidigung" - revolutionärster Zweig der Friedensforschung oder sektiererische Sackgasse? Zur Kritik eines praxeologischen Konzepts der Friedensforschung. Maschinenschriftliches Manuskript. Berlin 1975.

Torunsky, Vera, Entente der Revisionisten? Mussolini und Stresemann 1922-1929 (Dissertationen zur neueren Geschichte. Bd. 14). Köln, Wien 1986 .

Trachtenberg, Marc, Reparation in World Politics. France and European Diplomacy 1916-1923. New York 1980.

Verzeichnis von 329 Aktionen zivilen Ungehorsams in 14 parlamentarischen, rechtsstaatlichen Demokratien, S. 18-30 in: gewaltfreie aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit. Nr. 73/74. 19. Jg. 3.u.4. Quartal 1987.

Vordermayer, Lutz, Geschichte und Gesetzmäßigkeiten. Hypothesenbildung und Abstraktion in der Geschichtswissenschaft unter besonderer Berücksichtigung von Vilfredo Pareto und Norbert Elias (Europäische Hochschulschriften. Reihe III. Geschichte und ihre Hilfswissenschaften. Bd. 262). Frankfurt, Bern, New York, 1986.

Wagner, Bernd, Konflikte zwischen sozialen Systemen. Konzeption für ein bedürfnisorientiertes Konfliktmanagement (Soziologische Schriften. Bd. 24). Berlin 1978.

Weber, Max, Objektive Möglichkeit und adäquate Verursachung in der historischen Kausalbetrachtung, S. 266-290 in: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre von Max Weber. Hrsg. v. Johannes Winckelmann. 4. durchges. A. Tübingen 1973.

Weidenfeld, Werner, Die Englandpolitik Gustav Stresemanns. Theoretische und praktische Aspekte der Außenpolitik. Mainz 1972.

Weisbrod, Bernd, Zur Form schwerindustrieller Interessenvertretung in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik, S. 674-692 in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.- 17. Juni 1973. Hrsg. v. Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod. Düsseldorf 1974.

Weisbrod, Bernd, Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise. Wuppertal 1978.

Wentzcke, Paul, Der Ruhrkampf. 2 Bde. Berlin 1930 u. 1932.

Wette, Wolfram, Geschichte und Frieden. Aufgabe historischer Friedensforschung (AFB-Texte). Bonn 1987.

Williamson, D.G., Great Britain and the Ruhr Crisis, 1923-1924, S. 70-91 in: British Journal of International Studies 3. 1977.

Wippermann, Klaus W., Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. 114). Bonn 1976.

Witt, Peter-Christian, Finanzpolitik und sozialer Wandel in Krieg und Inflation 1918-1924, S. 395-426 in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.- 17. Juni 1973. Hrsg. v. Hans Mommsen, Dietmar Petzina und Bernd Weisbrod. Düsseldorf 1974.

Wulf, Peter, Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918-1924 (Kieler Historische Studien. Bd. 28). Stuttgart 1979.

Wurm, Clemens A., Frankreich, die Reparationen und die interalliierten Schulden, S. 315-334 in: Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924-1933. Hrsg. v. Gerald D. Feldman unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 6). München 1985.

Wurm, Clemens A., Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924-1926 (Europäische Hochschulschriften. Reihe III. Bd. 115). Frankfurt, Bern, Las Vegas 1979.

Ziviler Friedensdienst. Einsatzgruppen für eine Politik mit gewaltfreien Mitteln. Erklärung der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg vom 8. Juli 1994 zum Zivilen Friedensdienst, S. 11-22 in: gewaltfreie aktion. Vierteljahreshefte für Frieden und Gerechtigkeit. Nr. 101/102. 26. Jg. 3. u. 4. Quartal 1994.

Ziviler Friedensdienst. Ein Konzept des Bundes für Soziale Verteidigung. Minden 1994.

Zuschlag, Berndt, Thielke, Wolfgang, Konfliktsituationen im Alltag. Ein Leitfaden für den Umgang mit Konflikten in Beruf und Familie. Stuttgart 1989.

Zwehl, Konrad von, Die Deutschlandpolitik Englands von 1922 bis 1924 unter besonderer Berücksichtigung der Reparationen und Sanktionen. Diss. München 1974.



ISBN 3-8258-2675-9